

# Marxistische Studien

## Arbeiterklasse im Betrieb:

Formierungsbedingungen

Kämpfe: 35 Stunden / Werftbesetzung

Betriebliche Friedensinitiativen

Linke betriebliche Bündnisse

Bewußtseinsentwicklung / Profil von Kadern

Arbeit: Flexibilisierung und Kontrolle

Großbetriebe als Zentren der Arbeiterklasse

Belegschaften: Frauen, Jugend, Intelligenz

Betriebe ohne Hinterland?

Wissenschaft für Bewegungen

Alternativen zum Wettrüsten

Staat, Recht, Verstaatlichung

Jahrbuch des IMSF 7

# Marxistische Studien

## Jahrbuch des IMSF 7, 1984

# Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

Redaktion:

Heinz Jung, André Leisewitz, Kaspar Maase,  
Klaus Pickshaus, Josef Schleifstein

Herausgegeben vom Institut für  
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)  
Frankfurt am Main



# Marxistische Studien

Arbeiterklasse im Betrieb:

Formierungsbedingungen

Kämpfe: 35 Stunden / Werftbesetzung

Betriebliche Friedensinitiativen

Linke betriebliche Bündnisse

Bewußtseinsentwicklung / Profil von Kadern

Arbeit: Flexibilisierung und Kontrolle

Großbetriebe als Zentren der Arbeiterklasse

Belegschaften: Frauen, Jugend, Intelligenz

Betriebe ohne Hinterland?

Wissenschaft für Bewegungen

Alternativen zum Wettrüsten

Staat, Recht, Verstaatlichung

Jahrbuch des IMSF 7  
1984



© 1984 by Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

6000 Frankfurt am Main, Liebigstraße 6.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des IMSF gestattet.

Gesamtherstellung: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

ISSN 0171-3698

# Inhalt

Vorwort . . . . .	7
Der Betrieb als Formierungsbasis der Arbeiterklasse in der BRD heute – Thesen des IMSF . . . . .	9
<b>Betriebliche Bewegungen</b>	
<i>Gert Hautsch/Klaus Pickshaus/Klaus Priester, Der 35-Stunden-Kampf: Bedeutung und Bilanz . . . . .</i>	26
<i>Fritz Fiehler/Holger Geißelbrecht, Werftbesetzung und Umbruchperiode der Arbeiterbewegung . . . . .</i>	60
<i>Heike Leitschuh/Regina Stosch, Neue Formen betrieblicher Bewegungen im HBV-Bereich in den achtziger Jahren . . . . .</i>	73
<i>Peter Müller, Betriebliche Friedensinitiativen in der Bundesrepublik . . . . .</i>	84
<i>Jürgen Burger/Michael Nacken/Peter Sörge, Das Betrieblich Alternative Bündnis in Bremen. Über den Formierungsprozeß linker betrieblicher Bündnisse . . . . .</i>	95
<b>Belegschaften im Wandel</b>	
<i>Johannes Henrich von Heiseler, Gibt es einen neuen Typ betrieblicher Kader? . . . . .</i>	115
<i>Lothar Peter, Arbeit, Betrieb, Bewußtsein. Zur Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse in der neueren industriesoziologischen Diskussion . . . . .</i>	130
<i>Bernd M. Semmler, Die Großbetriebe und ihre Belegschaften. Angaben zum großbetrieblichen Sektor der Bundesrepublik . . . . .</i>	154
<i>André Leisewitz, Flexibilisierung und Kontrolle. Neue Technologien und Veränderungen der Betriebsstrukturen am Beispiel der Automobilindustrie . . . . .</i>	175
<i>Klaus Dörre, Arbeiterjugendliche und Klassenformierung. Zum Wandel außerbetrieblicher Entwicklungsbedingungen und seinen Auswirkungen auf den Formierungsprozeß . . . . .</i>	194
<i>Alma Steinberg, Strukturwandel der Frauenarbeit und betrieblich-gewerkschaftliches Engagement . . . . .</i>	213
<i>Hellmuth Lange, Die lohnabhängigen Naturwissenschaftler und Ingenieure: „Die Arbeiten werden aufgeteilt, und es wird immer mehr“ . . . . .</i>	233
<i>Kaspar Maase, Betriebe ohne Hinterland? Zu einigen Bedingungen der Klassenbildung im Reproduktionsbereich . . . . .</i>	256

## Diskussion

- Jens Bünnig/Georg Fobbe/Uwe Höfkes*, Zur aktuellen Neustrukturierung des Kapital- und Klassenverhältnisses. Der Betrieb als Formationsbasis sozialökonomischen Strukturwandels . . . . . 282

### Alternativorientierungen in der Wissenschaft

- Ursula Schumm-Garling*, Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Technologiepolitik: Technologieberatungsstellen und Konversionsarbeitskreise . . . . . 299

- Herbert Wiedermann*, Zur Wissenschaftsentwicklung in der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) . . . . . 307

### Alternativen in der Sicherheitspolitik

- Christoph Butterwegge/Wolfgang Zellner*, Alternativen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik. Zur Diskussion über eine neue NATO-Strategie in der SPD . . . . . 319

- Jürgen Reusch*, IMSF-Diskussionsrunde „Alternativen zum Wettrüsten“ . . . . . 332

### Staat und Recht; staatliche Industrie

- Heinz Wagner*, Marxistische Rechtstheorie in ihrer aktuellen Bedeutung . . . . . 347

- Martin Kutscha*, Sozialstaatsverheißung und innerstaatliche Feinderklärung. Zum Wandel von Verfassungspositionen in der BRD . . . . 357

- Claus Skrobanek-Leutner*, Marxismus, Staat und Recht heute. Kolloquium des IMSF . . . . . 369

- Margit Scherb*, Die verstaatlichte Industrie in Österreich. Geschichte – Funktion – Möglichkeiten – Perspektiven . . . . . 376

### Marx-Engels-Forschung

- Irina K. Antonowa/Winfried Schwarz/Alexander Tschepurenko*, Der dritte „Kapital“-Entwurf von 1863–1865. Ein Überblick vor der Veröffentlichung . . . . . 394

### Marxistische Wissenschaftsinitiativen

- Werner Rügemer*, Marxismus-Studien und Marxistische Wissenschaftlerkonferenzen in den USA . . . . . 410

- IMSF – 1984. Publikationen, Veranstaltungen und wissenschaftlicher Beirat des IMSF . . . . . 416

- Autoren dieses Bandes . . . . . 420

- Zusammenfassungen zu den Beiträgen . . . . . 422



# Vorwort

Den Schwerpunkt des vorliegenden Bandes der „Marxistischen Studien“ bilden Beiträge zu Fragen betrieblicher Bewegungen und Formierungsprozessen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Damit werden Forschungslinien weitergeführt, die von Band 6 (1983) ausgehen, in dessen Mittelpunkt die *Arbeiterklasse der 80er Jahre* stand. An den Anfang haben wir im IMSF formulierte Thesen zur Rolle des Betriebes als Formierungsbasis der Arbeiterklasse heute gestellt; sie bilden in gewisser Weise den Bezugsrahmen für die Beiträge zum Schwerpunktthema. Längst nicht alle hier aufgeworfenen Fragen werden in diesem Band beantwortet; da die Thesen am Anfang der Arbeit standen, konnte in sie auch noch nicht eingehen, was die Aufsätze an Klärungen und neuen Überlegungen gebracht haben.

Der erste Block von Beiträgen analysiert aktuelle Kampf- und Formierungsbewegungen in Betrieben und ihre politische Ausstrahlung. Der gewerkschaftliche Kampf um die 35-Stunden-Woche mit seinen Ansätzen einer alternativen wirtschaftspolitischen Logik enthält die Antwort auf gegenwärtig in der Linken wieder einmal kursierende Thesen von der Krise der Gewerkschaftsbewegung und ihrem bevorstehenden Ende. Der zweite Komplex hat eher strukturelle Aspekte zum Gegenstand, Wandlungen in den technischen, sozialen und bewußtseinsmäßigen Bedingungen der Klassenformierung im Betrieb. Viele Fragen können hier nur aufgeworfen werden – zu groß sind die Lücken sozialwissenschaftlicher Forschung in der Bundesrepublik. Von marxistischer Seite muß die Untersuchung betrieblicher Zusammenhänge und Bewegungen vorangetrieben werden, soll nicht ein entscheidendes Moment sozialer Dynamik weiterhin ungenügend erhellt bleiben.

Soziale Bewegungen und ihr Bedarf an wissenschaftlicher Beratung für die Erarbeitung von Alternativkonzepten sind zu einem wichtigen Bezugspunkt für progressive Tendenzen in den Gesellschaftswissenschaften wie in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen geworden. Zwei Beiträge beschäftigen sich mit einigen Aspekten dieser Entwicklung in der Bundesrepublik.

Den Themenstrang von Analysen zur Rüstungs- und Sicherheitspolitik aus früheren Jahrbüchern führen wir weiter mit zwei Aufsätzen, die zur Debatte um Alternativen zur gegenwärtigen NATO-Strategie gehören. Bisher weniger beleuchtete Aspekte der marxistischen Staatsdiskussion und SMK-Analyse greift der anschließende Block von Beiträgen auf. Es geht um Fragen des Rechts in den Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik und um eine präzisere Kenntnisnahme internationaler Erfahrungen mit Möglichkeiten und Grenzen verstaatlichter Industrie, hier im Falle Österreichs.

Ständige Rubriken der „Marxistischen Studien“ werden fortgeführt mit Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung und zu Bemühungen US-amerikanischer Marxisten, einen Kristallisationspunkt der Debatte für am Marxismus orientierte Forscher zu schaffen.

Im Dezember 1983 hat das IMSF einen wissenschaftlichen Beirat berufen; ihm gehören an: *Wolfgang Abendroth, Hermann Bömer, Dieter Boris, Christoph Butterwegge, Frank Deppe, Heike Flessner, Georg Fülberth, Jörg Huffs Schmid, Johanna Hund, Hans Jürgen Krysmanski, Lothar Peter, Jan Priewe, Hans Jörg Sandkühler, Josef Schleifstein, Angelina Sörgel, Robert Steigerwald, Kurt Steinhäus.* Gesonderte Beiräte für einzelne Publikationsreihen des IMSF wird es in Zukunft nicht mehr geben, so daß also auch in diesem Band kein Beirat mehr firmiert. Wir danken den bisherigen Mitgliedern des Jahrbuch-Beirats für ihre Arbeit – ein Teil von ihnen wird im IMSF-Beirat vertreten sein.

Von 1985 an werden die „Marxistischen Studien“ in zwei Lieferungen pro Jahr erscheinen. Wir wollen das Spektrum der Themen auf weitere Gesellschaftswissenschaften erweitern und mehr Raum für Beiträge aus der internationalen marxistischen Forschung schaffen. Band 8 erscheint im März 1985 mit einem geschichtswissenschaftlichen Schwerpunkt; die vorgesehenen Beiträge beschäftigen sich u. a. mit der Analyse der welthistorischen Veränderungen zwischen 1945 und 1985 sowie mit Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Nachkriegs-Westdeutschland. Band 9 ist für den Herbst 1985 mit dem Themenschwerpunkt *Perspektiven der BRD-Gesellschaft und Alternativen der Arbeiterbewegung* geplant.

Frankfurt am Main,  
August 1984

Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)

# **Der Betrieb als Formierungsbasis der Arbeiterklasse in der BRD heute**

## **Thesen zum Schwerpunktthema**

*I. Theoretische Prämissen – II. Momente der objektiven betrieblichen Klassenstruktur und Klassenorganisation – III. Der Betrieb als hegemonialer Raum*

Der vorliegende Text wurde im November 1983 von einer Arbeitsgruppe des IMSF ausgearbeitet, im Dezember 1983 mit einer größeren Interessentengruppe diskutiert und wird nun in überarbeiteter Fassung veröffentlicht. Diese Thesen dienen der Vorbereitung des Schwerpunktthemas dieses Jahrbuches. Ihre Aussagen haben vielfach provisorischen oder hypothetischen Charakter oder sind als Fragen formuliert. Sie reflektieren also eher einen Arbeitsprozeß, als daß sie abgesicherte Ergebnisse ausdrücken. Es wird hier zweifellos auch ein umfassenderes Arbeitsprogramm formuliert, als es in diesem Jahrbuch bewältigt werden konnte. Gerade die uneingelösten Anforderungen könnten als Aufgabenstellungen für die Zukunft verstanden werden.

Der praktische Zweck ist durch die Betriebsorientierung der marxistischen Kräfte gesetzt. Ihre Handlungs- und Einflußmöglichkeiten im Prozeß der Bildung von Klassenbewußtsein auf der betrieblichen Ebene zu erkennen, macht die Untersuchung der heutigen betrieblichen Verhältnisse erforderlich. Es geht darum, auf welcher Grundlage die Arbeiterklasse in ihrer objektiven Seite (Klasse an sich) entsteht, wo die Übergangswege und -momente von dem sich spontan reproduzierenden ökonomischen Klassendenken zu politischem Klassenbewußtsein zu erkennen sind und welche entsprechenden Kräftegruppierungen heute wirksam sind.

Inzwischen gibt es die Erfahrungen der Streikämpfe von Mai bis Juli 1984 um die 35-Stunden-Woche. Sie haben sich unmittelbar in diesen Thesen noch nicht – wohl aber in einer Reihe der Beiträge dieses Bandes – niedergeschlagen. Sie verweisen jedoch auf die Relevanz der hier aufgeworfenen Fragen und Problemstellungen und bestätigen sie. Sie haben einmal mehr gezeigt, wie haltlos die Thesen vom angeblichen Abgang der Arbeiterklasse als geschichtliches Subjekt sind. Bei den von Modetrends hin- und hergeworfenen Sozialwissenschaften haben diese Ereignisse wieder Konjunktur für das Thema Arbeiterklasse gebracht.

Wir stellen die Thesen den Beiträgen zum Schwerpunktthema dieses Bandes voran, weil wir der Ansicht sind, daß mit ihnen die Konturen, Probleme und Forschungsaufgaben zusammengefaßt skizziert werden.



## 1. Theoretische Prämissen

1. Die Rolle des Betriebes ergibt sich daraus, daß hier gesellschaftliche Produktion und Arbeit realisiert werden. Die Arbeiterklasse tritt im Betrieb als Träger der lebendigen Arbeit und damit als *Subjekt des Produktionsprozesses* auf. Sie formiert sich auf Basis der gesellschaftlichen Produktion als Subjekt der Geschichte.

Vom Standpunkt des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist die Phase der *Produktion materiellen* – und im weiteren Sinne auch des geistigen – *Reichtums* der Gesellschaft die entscheidende Phase. Alle anderen Sphären und Bereiche bestimmen sich auf die Produktion hin. Dem entspricht auch die Beziehung von Arbeits- und sonstigen Lebenstätigkeiten der Produzenten.

2. In der kapitalistischen Produktion fungiert der Arbeiter – als Glied des Gesamtarbeiters – nicht nur als Produzent von Gebrauchswerten und von Wert (Einheit des Produktions- als Arbeits- und Wertbildungsprozesses), sondern auch als Produzent von Mehrwert – dem Ziel der kapitalistischen Produktion.

Als *Lieferant von Mehrarbeit und Produzent von Mehrwert* ist der Lohnarbeiter Ausbeutungsobjekt der kapitalistischen Produktion. Die Phase der Produktion ist somit auch die *Phase der Mehrwertproduktion und der Ausbeutung* des Proletariats. Das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital in der Produktion ist das Verhältnis von Eigentümern der Produktionsbedingungen und eigentumslosen Produzenten, woraus – nach Karl Marx – die Struktur und Form der Klassenherrschaft als Ganzes, also einschließlich der Überbauverhältnisse, entspringt. Die Produktion als Sphäre der Ausbeutung ist deshalb auch der Ort, wo der sozialökonomische Antagonismus elementar zum Ausdruck kommt.

3. Der Betrieb als umgangssprachlicher Begriff erfaßt *Arbeitsstätte und kapitalistisches Unternehmen als Einheit*. Sein Verständnis geht heute über die materielle Produktion hinaus und umfaßt auch die eigenständigen Einheiten des Handels, der Verwaltung, Forschung, anderer Dienstleistungen, ebenso die staatlichen Einrichtungen. Er bezieht sich also auf alle Einheiten und Bereiche der (kollektiven) Anwendung von Erwerbstätigen und Lohnabhängigen. Damit entsteht ein breiter Fächer von Betriebstypen, deren Spezifik auch im Belegschaftstyp zum Ausdruck kommt.

Die Grundstruktur des kapitalistischen Betriebes ist damit gegeben und dadurch geprägt, daß hier die Verwertung eines Einzelkapitals organisiert ist, daß die durch diesen Zweck und den besonderen Tätigkeitsbereich geprägte Kooperation die Arbeiter und Angestellten zu *einer Belegschaft* zusammenschließt und daß deren Funktion als Verwertungsmaterial gemeinsame Interessen gegen „ihr“ Kapital, „ihren“ Unternehmer, „Chef“, ihre Gesellschaft usw. begründet. Diese Interessen beziehen sich auf die Bedingungen ihrer Verwertung als Lohnarbeiter (Arbeitszeit, Arbeitsintensität, Arbeitsbedingun-

gen, Arbeitsbefugnisse, Kommunikationsräume u. a.) und auf die Bezahlung ihrer Arbeitskraft (Eingruppierung, Lohnhöhe usw.).

Der arbeitsteiligen Gliederung des Produktionsprozesses entspricht eine *funktionelle und hierarchische Gliederung* des Arbeitskörpers, in der sich die innerbetriebliche Herrschaft des Kapitals realisiert und vergegenständlicht. Dieses betriebliche Herrschaftssystem hat sich unter dem Druck der Produktivkräfte und des sozialen Kampfes fortlaufend verändert und stellt sich in immer neuen Organisationsformen dar (heute etwa durch die neuen Informations- und Kontrollsysteme). Die Entwicklung des Arbeiters (hier immer gebraucht als soziale und ökonomische Kategorie, nicht als arbeitsrechtliche – weshalb der Begriff Arbeiter hier immer auch Beamte und Angestellte einschließt) als wichtigster Produktivkraft und seine sozialen Bedürfnisse sind vorwärtstreibendes Moment der Betriebs- und Ausbeutungsorganisation.

Der *Betrieb als Produktions- und Ausbeutungseinheit* ist immer wieder auch der materielle Anhaltspunkt für sozialpartnerschaftliche Vorstellungen (Vorstellungen der illusorischen Gemeinsamkeit), für eng bezogenen Arbeiterökonomismus und für Betriebssyndikalismus.

Der kapitalistische Betrieb als *relative Einheit* auf antagonistischer Grundlage ist stets auch ein *Machtsystem*, weil gegensätzliche Interessen aufeinanderprallen, diese sich organisieren, um sich durchzusetzen, und somit ein ständiger Kampf um Einfluß und Macht stattfindet. Das Verständnis des Betriebes als Machtsystem muß jedoch davon ausgehen, daß es sich um *Beziehungen in einem Herrschaftssystem* handelt, um die Beziehung zwischen Eigentümern und Nichteigentümern, Ausbeutern und Ausgebeuteten, Unterdrückern und Unterdrückten. Es geht also im normalen Gang um den Modus der Austragung, um die konkrete Form dieser Beziehungen. Offene Situationen sind dies nur insofern, als es vom Kräfteverhältnis abhängig ist, welche mögliche Variante verwirklicht wird. Als Machtsystem ist der Betrieb gleichfalls *hegemonialer Raum*, d. h. Ort des Kampfes um die ideologische und politische Führung der Belegschaften – ein Kampf, der zwischen Kapital und Arbeit und zwischen den Strömungen der Arbeiterklasse bzw. der Belegschaft geführt wird.

4. Mit dem Wirksamwerden eines von der wissenschaftlich-technischen Revolution geprägten Typs der intensiven Reproduktion vollziehen sich wichtige *Veränderungen der inneren Struktur und Organisation der Betriebe*. Dies gilt auch für die Struktur des betrieblichen Gesamtarbeiters. Sie verändert sich mit dem zahlenmäßigen Wachstum und zunehmenden Gewicht von Gruppen der Intelligenz, technischer Angestellter und im Umgang mit modernen Produktionsmitteln und -anlagen qualifizierter Arbeiter. Z. T. werden traditionelle, vom Taylorismus und Fordismus geprägte Formen der Arbeitsteilung und -organisation aufgelöst bzw. umgestaltet. Dies betrifft auch innerbetriebliche Hierarchie- und Kontrollformen. Die Anwendung neuer Technik und Organisationsformen unterwirft zugleich bisher der realen Subsumtion weniger zugängliche Abteilungen des Gesamtarbeiters (besonders im Angestelltenbereich) stärker der kapitalistischen Arbeitsorganisation.

Offensichtlich findet gegenwärtig eine Art Doppelbewegung statt: das Vordringen der fordistisch-tayloristischen Systeme und Methoden der Leistungs- und Arbeitsbewertung und der entsprechenden innerbetrieblichen Organisations- und Kontrollformen in die Nichtproduktionsbereiche (Büro, Verwaltung, Verkauf, Arbeitsvorbereitung, Lager usw.) auf der einen Seite und die stärkere Bürokratisierung und Hierarchisierung der Produktionsbereiche mit der Anwendung der neuen Technik und der Automation auf der anderen Seite. Dies führt zu einer stärkeren Annäherung beider Bereiche. Gegenüber dem Schlagwort von der Krise der Arbeitsorganisation und des „Fordismus“ muß die nach wie vor bestehende Vielfalt entsprechender Typen und Formen beachtet werden.

Der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion setzt sich auch über die Veränderung gesamtwirtschaftlicher Strukturen („Strukturwandel“, Wachstum neuer Branchen etc.) und das Entstehen „neuer“ Betriebe durch, die gegenüber traditionellen „alten“ Betrieben in starkem Maße durch Anwendung neuer Technologien, einen hohen Anteil technischer Intelligenz, neue Abteilungen der Arbeiterklasse etc. geprägt sind (z. B. Betriebe der Elektro- und Elektronikindustrie, Luft- und Raumfahrt etc.).

Produktions- und Arbeitsintensivierung lassen mit neuen Arbeits- und Qualifikationsanforderungen, Veränderungen der Arbeitsbedingungen etc. neue Felder der Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital entstehen. Zugleich entsteht eine breitere Palette technisch-organisatorischer Möglichkeiten für die Gestaltung der konkreten Arbeitstätigkeiten, wobei die jeweilige Option auch eine Kampfaufgabe und Frage des Kräfteverhältnisses ist, weil hierüber die Bedürfnisse der lebendigen Arbeit wirksam werden.

Die aktuelle Wissenschafts- und Technikentwicklung hat zu einem größer werdenden Informations- und Handlungsvorsprung des Kapitals geführt. Dies betrifft auch unmittelbar die elementaren betrieblichen und Arbeitsplatzverhältnisse. Die neuen technischen Systeme engen den Manövrier- und Kontrollbereich der Beschäftigten fortlaufend drastisch ein und ermöglichen eine immense Verdichtung der Poren des Arbeitstages bzw. eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsleistung. Dies gilt auch dort, wo die Systeme bürokratisch-hierarchischer Kontrolle Einzug halten. Man muß hier vor allem auch beachten, daß mit diesen Änderungen vielfach die Gruppenstruktur der Beschäftigten, ihre naturwüchsige und elementare Formierungsbasis hinfällig wird.

Unter den Bedingungen der schnellen Einführung der neuen Technik und der Automation erhält das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und wissenschaftlich-technischer Intelligenz (bzw. der betrieblichen Intelligenz schlechthin) und lohnabhängigen Mittelschichten betrieblich und überbetrieblich einen zentralen aktuellen und strategischen Stellenwert.

5. Das *Verhältnis von Betrieb und Gesellschaft* schließt auch die Beziehung der Glieder oder Grundeinheiten der Klasse zur gesamten Klasse ein. Klassenverhältnisse realisieren sich im Betrieb und haben in der Produktion ihre Wurzeln, sie sind aber gesamtgesellschaftlicher Natur. Der Kapitalist kann sein Eigentum nur als Glied seiner Klasse realisieren, der Lohnarbeiter repro-



duziert sich als solcher außerhalb des Betriebes. Seine Existenz ist die historische Voraussetzung der kapitalistischen Produktion. Das Kapital kauft seine Arbeitskraft auf dem Markt.

Der Betrieb ist weder ökonomisch, politisch, sozial noch ideologisch ein geschlossener Raum. Der Lohnarbeiter tritt in den Betrieb nicht nur als Träger einer spezifisch qualifizierten Arbeitskraft und bestimmter, auf den Betrieb, die Arbeit, den Lohn, die Selbstverwirklichung usw. gerichteter Bedürfnisse, sondern auch als *Träger politischer und ideologischer Vorstellungen, Haltungen*. Diese werden Faktor der betrieblichen Verhältnisse. Gleichfalls wirken betriebliche Erfahrungen auf die gesellschaftlichen Vorstellungen, auf das außerbetriebliche Verhalten, die politischen Optionen usw. Für die Gesamtentwicklung sind die betrieblichen Verhältnisse ein dynamischer Faktor, aber sie sind nicht der allein bestimmende Faktor und sie sind auch nicht immer der konkret ausschlaggebende Faktor. Die gesamtgesellschaftlichen politischen und ideologischen Konstellationen wirken in den Betrieb hinein und erhalten dort eine spezifische Verdichtung.

Gegenüber einzelbetrieblichen Verhältnissen ist *das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis der stärkere Faktor*. Die betrieblichen Verhältnisse insgesamt sind jedoch eine wichtige Komponente der Gesamtentwicklung. Dies gilt vor allem für die Durchsetzung und das Wirksamwerden von Arbeiterinteressen. Dies belegen Geschichte und Gegenwart. Für eine konkretere Beurteilung dieser Wechselwirkung müssen die jeweiligen *Besonderheiten der nationalen Entwicklung* beachtet werden, die konkreten Ausprägungen, welche die Betriebsverfassungen erhalten, der Grad realisierter Autonomie in gewerkschaftlichen Kämpfen, die Kampftraditionen usw. Dazu gehören immer auch die Arbeitsmarktsituation, der Stand des Zuflusses an Arbeitskräften u. a. (Dieser Sachverhalt wird bei nationalen Vergleichen deutlich: In England lag die Stärke der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse unmittelbar in der Basismilitanz im Betrieb; in der BRD beruhte in der Nachkriegszeit der gewerkschaftliche Einfluß mehr auf dem Gewicht der großen Organisation; auch in Japan liegt der gewerkschaftliche Einfluß weniger in der betrieblichen Aktion, sondern mehr in der gesellschaftlich-politischen Aktivität).

6. Geklärt werden müssen der *Charakter und die Reichweite betrieblich-gewerkschaftlicher Kämpfe*. Der Kampf gegen den Unternehmer, das Einzelkapital, ist die *ökonomische Ebene* des Klassenkampfes. Die *politische Ebene* bezieht sich auf die gesamtgesellschaftlichen und -staatlichen Verhältnisse und deren (Um-)Gestaltung im Arbeiterinteresse. *Ideologische Ebene* des Klassenkampfes bezieht sich auf die theoretische und propagandistische Artikulation der Klassenverhältnisse, des Klassenkampfes und seiner Ziele und die darauf beruhende Weltansicht (Weltanschauung).

Die ökonomische Ebene des Klassenkampfes ist zwar eine naturwüchsig und spontan entstehende Ebene des Kampfes – wobei auch dabei durchaus unterschiedliche Stufen zu beachten sind –, gleichwohl werden diese Kämpfe nicht ohne Bewußtsein ausgefochten.

Entsprechend der Struktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus gilt so-

gar, daß sich notwendigerweise die ökonomische und die politische Ebene eng verflechten (z. B. beim Kampf gegen Betriebsstillegungen mit der staatsmonopolistischen Strukturpolitik oder mit Verstaatlichungsforderungen). Dementsprechend *haben ökonomische Forderungen und Ziele „ideologische“ Abbilder, Begründungen usw.* Wir sprechen hier von *ökonomischem Klassenbewußtsein*, das mit bestimmten Klassenhaltungen verbunden ist und wiederum in einer jeweils gegebenen sozialpsychologischen Klassendisposition wurzelt.

*Die entscheidende Frage ist, welche Ausprägung das ökonomische Bewußtsein erhält – ob es verbunden ist mit einer Orientierung der Klassenautonomie oder ob es in sozialpartnerschaftliche und integrationistische Stereotypen zurückfällt.* Übergänge zu politischem Klassenbewußtsein und zu (ideologischem) sozialistischem Bewußtsein erfolgen i. d. R. nur von der Position der Klassenautonomie. Diese Bewußtseinsformen sind auch mit der Option für die gewerkschaftliche und politische Organisation verbunden. *Gewerkschaftliche Organisation* ist Ausdruck eigener, gegen die Unternehmer gerichteter ökonomischer Interessen. Dies ist die unterste Stufe ökonomischen Klassenbewußtseins. Bei ihr ist es noch offen, welche weitere Wende genommen wird. Für die Bestimmung konkreter Kampfaufgaben ist es wichtig, die Bewußtseinsabstufungen zur Kenntnis zu nehmen.

Ökonomisches und politisches Bewußtsein von Arbeitern ist nicht identisch mit Klassenbewußtsein. Klassenbewußtsein verlängert sich also nicht in einen „freien Raum“, sondern es muß andere Bewußtseinsformen auflösen, umändern, verdrängen. Obwohl eine Änderung entsprechender Formen nie ohne den alten Ideologiemustern entgegenstehende Massenerfahrungen möglich ist, vollzieht sich eine derartige Änderung nicht im Selbstlauf. Oder genauer: *Die positive Richtung der Änderung wird durch die Wirksamkeit des subjektiven Faktors, der marxistischen Parteien und anderer Kräfte, entschieden.* Hierzu gehören heute auch internationale Komponenten.

7. Für die Formung der Arbeiterklasse besaß die *kapitalistische Fabrik* die entscheidende Rolle, weil sich erst hier das Kapital die seinem Verwertungstrieb adäquate Struktur mit dem Maschinensystem geschaffen hatte. Erst auf dieser Grundlage konnte sich ein gegenüber dem Kapital kompromißloser proletarischer Standpunkt herausbilden und ideologisch formuliert werden – mit dem Marxismus. Gleichwohl gilt, daß sich proletarische Interessen auch im Zusammenhang der Manufaktur, der bei Großbauten (Eisenbahnbau, Straßen- und Städtebau, Hafenbau, Kanalbau usw.) zusammengeballten Arbeitermassen und bei Arbeitern des Handwerks und des Verlagssystems herausbilden können und auch herausgebildet haben. Für die Fabrik der ersten Periode gilt bekanntlich eine hohe Quote von Frauen- und Kinderarbeit; diese Fabrikarbeiter wurden nicht zum Kern der proletarischen Bewegung. Erst mit der Herausbildung männlicher Stammebelegschaften und von Facharbeitergruppen ist dies der Fall. Von Bedeutung ist dann wiederum die Entstehung der Fließbandfabrik in den 20er Jahren und der Typ des modernen Fließband- und Maschinenarbeiters unter *tayloristischen und fordistischen Arbeits- und Ausbeutungssystemen.*

Mit Blick auf heutige Betriebsformen wäre genauer zu untersuchen, wie sich die Umstrukturierung von *Arbeitsteilungs-, Kooperations- und Organisationsformen* auf die betrieblichen Formierungsbedingungen auswirkt. Dies gilt auch für das Anwachsen von nicht in der unmittelbaren Produktion tätigen Abteilungen der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten – gegenüber den Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse auf der Ebene der „klassischen“ kapitalistischen Fabrik ein neues Element. Damit müssen die *Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Abteilungen des Gesamtarbeiters* stärker Berücksichtigung finden.

Diese Strukturverschiebungen korrespondieren auch mit regionalen Verlagerungen. Die erbliche städtische Arbeiterschaft ist nicht überall typisch. Vielfach sind die sogenannten Arbeitergemeinden, die Gürtel im Umland der Großstädte, wichtiger. Dies ist auch gegenwärtig der Fall. Die damit gegebenen Wohnmilieus spielten für die Homogenität der Belegschaften eine wichtige Rolle. Ihre Auflösung hatte weitreichende Folgen.

Somit sind *Außen- und Binnenstruktur der Betriebe* einem Wandel unterworfen, der beachtet werden muß. Unabhängig davon ist allerdings die *Leitfunktion der Großbetriebe*. Sie ist vor allem in der Tatsache begründet, daß im Rahmen der Großbetriebe die Formulierung und Organisierung kollektiver Lohnarbeiterinteressen aus verschiedenen soziologischen Gründen leichter möglich ist, daß es hier eine umfassendere gewerkschaftliche und betriebliche Vertretungsstruktur gibt, daß die Strömungen der Arbeiterbewegung auch organisatorisch vertreten sind usw. All dies begründet jedoch keinen automatischen Trend zu einer klassenorientierten Politik. Gerade Konzernunternehmen haben es in der Vergangenheit oft auf der Grundlage einer relativen Privilegierung verstanden, ausgesprochen sozialpartnerschaftliche Haltungen zu verstärken und zu festigen; dies spielt für innergewerkschaftliche Kräfteverhältnisse eine große Rolle. Großbetriebe haben von ihrer objektiven Stellung her eine ausschlaggebende Rolle für die Orientierung der Klasse, obwohl in ihnen nur Minderheiten der Klasse arbeiten. Wichtig ist es, die Veränderung in den Großbetrieben selbst zur Kenntnis zu nehmen (z. B. Typ IBM). Ferner kann Großbetrieb nicht nur auf die materielle Produktion bezogen werden. Man muß also die heute bestehende Vielfalt in ihrer systematischen Abstufung beachten.

Insofern wäre es wichtig, die Entwicklung *unterschiedlicher Betriebs- und Belegschaftstypen* unter dem Gesichtspunkt objektiver Strukturmerkmale mit ihren jeweiligen Gemeinsamkeiten und Besonderheiten empirisch zu erfassen (Gesichtspunkte wären u. a.: Größenklassen, „alte“ und „neue“ Betriebe, Traditionen, Branchenbezug, Wirtschaftsabteilungen, sozialökonomische Sektoren – großkapitalistischer Sektor, Staatssektor etc. –) und zu untersuchen, inwieweit sich hier übergreifende kollektive Interessenstrukturen und Formierungsbedingungen herausbilden (nach der Ertragskraft der Betriebe, sozialen Bedingungen, Weltmarktorientierung usw.).

Soweit die Veränderungen des kapitalistischen Betriebes, der Struktur der Arbeiterklasse und des Gesamtarbeiters sowie ihrer Formierungsbedingungen in theoretische Konzeptionen von der Auflösung der Arbeiterklasse, der Tech-



nostruktur, des Industriesystemblocks usw. umgesetzt werden, sollten solche Auffassungen kritisiert werden.

## 2. Momente der objektiven betrieblichen Klassenstruktur und Klassenorganisation

8. Ein wichtiger Ansatz ist die Untersuchung der *Belegschaften*, vor allem von Großbetrieben, als *Gesamtarbeiter*. Das betrifft allgemein die Analyse der betrieblichen Sozialstruktur, besonders der *gegenwärtigen Formen der Betriebs-hierarchie und der an die verschiedenen Ränge gebundenen Gruppen*, weil sich hieraus ein unterschiedliches Gewicht der lohnabhängigen Mittelschichten und der lohnabhängigen Intelligenz ergibt, sich vor allem aber Übergangs- und Annäherungsprozesse an die Arbeiterklasse besser erfassen lassen. Wahrscheinlich erbringt dies auch bestimmte Hinweise für gewerkschaftliches und politisches Vorgehen. Dies betrifft z. B. aktuell die Mobilisierung von Gruppen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz gegen die neuen EDV-Überwachungssysteme und für Produktionsalternativen oder die Schlüsselstellung der betrieblichen EDV-Abteilungen für die Einführung neuer Technik.

9. Auch in zyklischen Konjunkturphasen wird die *Krisensituation* vieler Bereiche bestehen bleiben; somit kann eine Art *Polarisierung* unter diesen Gesichtspunkten auftreten. Dies ist eine objektive Basis für Spaltungstendenzen und einen auch in der Konjunktur kaum nachlassenden Druck auf die Real-löhne. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Thesen von Krisenkartellen, Weltmarktkorporatismus usw. zu prüfen.

Die anhaltende Millionenarbeitslosigkeit hat bisher überwiegend gegen die Kampfbereitschaft der Belegschaften gewirkt, die individuelle Suche nach Überlebensstrategien gefördert. Die Tendenz zur sogenannten *Arbeitsmarktsegmentierung* wird andauern. Nach wie vor besteht erst geringe Bereitschaft, gegenüber den Arbeitslosen solidarisches Verhalten (Unterstützung der Arbeitslosenbewegung) zu praktizieren – offensichtlich auch infolge der spontan entstehenden Furcht, dadurch Verschlechterungen in Kauf nehmen zu müssen. Mit anhaltender Arbeitslosigkeit hat sich der Druck auf bestimmte Beschäftigtengruppen (Auszubildende wegen der Übernahme, Alte wegen Frühverrentung, Ausländer wegen Abschiebungsfahr u. a.) verstärkt.

Unterbelichtet blieb bisher in diesem Zusammenhang die exaktere Erfassung der *Betriebspolitik der Unternehmer*, ihrer entsprechenden Apparate und der Verbindung mit außerbetrieblichen und staatlichen Einrichtungen, d. h. die Einwirkung der staatsmonopolistischen *Überwachungs- und Sicherheitsapparate*; ähnlich in der Sozialpolitik (gerade bei bestimmten Monopolen: die Privilegierung durch Beteiligung am Monopolprofit – Degussa, Hoechst usw.; gezielte Arbeitsmarktpolitik innerhalb der Konzerne usw.).

Eine besondere Gruppe sind die *ausländischen Arbeiter*, auch deshalb, weil ihr Gewicht in bestimmten Branchen (Fließband-, Massenproduktionsbetriebe, Grundstoffe u. ä.) groß ist und schon von daher ihre Spezifik gesamtbetriebliche Bedeutung hat. Man muß vor allem ihre Haltung in den betriebli-

chen Konflikten beachten. Allgemein haben sie eine solidarische Orientierung in den Kämpfen. Aber es ist unvermeidlich, daß ihr bedrängter Status dort, wo sie politisch nicht oder nur schwach organisiert oder rechts orientiert sind (z.B. Gruppen von Türken), negative Rückwirkungen haben kann.

10. Daran schließt sich die Frage nach der *Stabilität der Lohnarbeit* an. Orientieren sich die zweite und dritte Ausländergeneration noch auf den Aufbau einer selbständigen Existenz in ihren Heimatländern oder auf ein Lohnarbeiterleben hier? Für welche Gruppen der Arbeiterklasse bestimmen Frühverrentung, Sozialpläne, kurzfristiges Jobben ihre Perspektive? Was bedeutet die Attraktivität der von den Unternehmern propagierten flexiblen betrieblichen Arbeitszeitregelungen? Vor allem für Frauen verstärkt sich die Tendenz zur Ausweitung der *ungeschützten Lohnarbeit* unter zeitgenössischen Verlagssystemen – ermöglicht durch Miniaturisierung neuer Technik und neue Kontrollsysteme.

11. Eine wichtige Änderung in der Reproduktion der Arbeiterklasse ist die Ausweitung des *Bildungssystems*, die Verlängerung der zeitlichen Dauer und die tendenzielle Verlagerung der Ausbildung zur Allgemein- und Berufsbildung außerhalb des Betriebes. Damit verlagert sich auch die soziale Kontrolle, die früher z. T. durch entsprechende Arbeitergruppen ausgeübt wurde, aus dem Betrieb. *Das Milieu des Bildungswesens erlangt für die Sozialisation eine große Bedeutung.* Dies betrifft ohnehin in hohem Maße die Intelligenz, zunehmend aber auch die Nachwuchsgruppen der Arbeiterklasse.

Die Erhöhung des Bildungsniveaus prägt heute schon die betrieblichen Kader. Damit ist auch ein bestimmter Unterschied zwischen den Generationen entstanden. Diese Umstände schaffen in bestimmter Hinsicht neue Möglichkeiten für „theoretisch-ideologische“ Zugänge bei entwickelten betrieblichen Kadern. Was sind das für Zugänge? Gehen sie von der individuellen Lebensweise und verändertem Kulturverhalten aus? Sind sie v.a. sensibel für globale Probleme und die Notwendigkeit gesellschaftlicher Alternativen? Ist es die Sinnfrage der Lohnarbeitersexistenz? Hieraus ergibt sich die Schlüsselrolle, die Bildungsarbeit für die betriebliche Kaderbildung spielt. Wie weit werden gewerkschaftliche Angebote den wachsenden weltanschaulich-politischen Anforderungen gerecht, wie weit können sich marxistisch und/oder alternativ orientierte Kräfte hier für betriebliche Kader profilieren?

12. Die z. T. sprunghaften Veränderungen der betrieblichen Strukturen mit dem Einsatz der *neuen Technik* – mehr noch die Perspektiven dieses Einsatzes – haben die Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse nachhaltig verändert. Was bedeutet das für die innere Struktur der Arbeiter- und Angestellten-schaft, was für ihre Tätigkeiten, Belastungen, Kommunikationsmöglichkeiten usw. – unterschieden nach Branchen und betrieblichen Abteilungen? Zum ersten Mal deutet sich die Möglichkeit an, daß Angestelltenbereiche massenhaft organisiert werden können, da die Industrialisierung ihrer Arbeitsfunktionen nun die Notwendigkeit zu kollektivem Verhalten stärker hervorbringt.

Im Formierungsprozeß der Arbeiterklasse haben historisch immer bestimmte Gruppen innerhalb der Klasse politisch-ideologisch eine führende Rolle eingenommen. Die gewerkschaftliche Organisation neuer Gruppen gab der Arbeiterbewegung in vielen Fällen eine neue Schubkraft. Entwickeln sich angesichts der klassenstrukturellen Veränderungen durch die wissenschaftlich-technische Revolution solche neuen Gruppen?

Aus verschiedenen Gründen ist die Umschichtung in *Angestellten*mätigkeiten noch nicht abgeschlossen. Diese Verlagerung hat die Struktur der Arbeiterklasse sehr nachhaltig beeinflußt, weil aus ihren betrieblichen Existenzbedingungen heraus die Angestellten entschieden weniger als Arbeiter zur Kollektivität und kollektiven Interessenvertretung neigen. Entsprechend ihren Existenzbedingungen – und nicht wegen eines nachhinkenden Bewußtseins – bilden sie eher ein funktionalistisches Gesellschaftsbild denn eine antagonistische Anschauung aus. Sie haben somit *andere Zugänge zu Klassenbewußtsein* als Arbeiter.

Welche Probleme und Möglichkeiten bieten sich hier? Offensichtlich stehen für einfache Angestelltengruppen Fragen von Lohn und Arbeitsplatzsicherheit im Vordergrund; in qualifizierten Gruppen spielen Fragen von Befriedigung und Sinn der Arbeit eine wichtige Rolle – wie vieles andere, das gegenwärtig v. a. von Grün-Alternativen aufgegriffen wird. Sind sie leichter auf politischer Ebene anzusprechen, durch Fragen gesellschaftlicher Dysfunktionalität des SMK, globale Probleme o. ä.? Wie laufen hier die Interessen- und Einflußlinien?

Für die Angestellten spielt die Orientierung an hierarchisch „Höhergestellten“ eine wichtige Rolle. Hier können die Gruppen der fortschrittlichen jüngeren Intelligenz, die sich an den studentischen Kämpfen und Bewegungen beteiligt haben, eine wichtige Rolle bei der Organisation größerer Angestelltengruppen spielen. Gilt das auch für Angestelltenbelegschaften industrieller Großbetriebe, oder können hier kämpferische Einflüsse aus der Arbeiterschaft eher wirksam werden?

In diesem Sinne sind heute diese „höheren“ Gruppen der betrieblichen Sozialstruktur nicht mehr eine unbedingte Stütze der Herrschaft des Kapitals. Jedoch darf in der praktischen Politik nicht die funktionell bedingte *Loyalitätsbindung* dieser Gruppen übersehen werden, die ihrem Auftreten bestimmte Grenzen setzt, abgesehen von bestimmten Privilegieninteressen dieser Gruppen.

Die Beachtung dieser Strukturen ist vor allem in den neuen Betrieben wichtig. Über derartige Zugänge liegen gerade in diesen Bereichen gegenwärtig große Chancen für die gewerkschaftliche und politische Organisation.

13. Kursorisch ist hier auf einige *Veränderungen* aufmerksam zu machen, die für die *Existenz des heutigen Arbeiters* wichtig sind und vor allem seine *außerbetriebliche Sozialisation und Reproduktion* betreffen:

- Gegenüber früher hat die *Freizeit* zugenommen bzw. die Zeit abgenommen, die der Arbeiter im Betrieb verbringt. Dies führt zu einer relativen Minderung der Prägekraft des betrieblichen Lebens.

● In die gleiche Richtung zielt die Verlängerung des *Jahresurlaubes*, der heute vor allem für die jüngeren und mittleren Generationen ein wichtiges sozialpsychologisches Ventil ist. Er hat auch wichtige integrative Wirkungen – wie übrigens auch die Sogwirkung der BRD für ausländische Arbeiter.

● Eine grundlegende Umorientierung der *Generationsperspektive* war mit der *Rentepolitik* bis dato verbunden. Anpassung zahlt sich individuell mehr als Kampf aus (über Anrechnungsjahre, Betriebsrente).

● Die partielle Demokratisierung des *Bildungswesens* hat über den 2. Bildungsweg den agilen Vertretern der Arbeiterklasse einen Aufstieg in die Intelligenz oder ähnliche Positionen erlaubt. Obwohl die ökonomischen und sozialpsychologischen Mechanismen nach wie vor den massenhaften Zugang von Arbeiterkindern zur höheren Bildung blockiert haben, ist ein massenhafter Zugang aus den Arbeiterklassengruppen der Angestellten und Beamten erfolgt. Dies beeinflußt notwendigerweise die Gesellschaftsperspektive dieser Gruppen.

● Für die mittleren und älteren Jahrgänge ist bis heute die *Erhöhung des Konsumniveaus* bzw. Lebens- und Zivilisationsstandards der prägende Vorgang geblieben. Sie reagieren auf die Möglichkeit des Verlustes wie Privilegienbesitzer. Beachtet werden muß, daß sich dies auch in *Kleineigentum* (Haus, Eigentumswohnung) und *langlebigen Konsumgütern* (PKW) ausdrückt und hierüber die Anbindung an konservative Hegemonievarianten möglich ist. Erst mit dem Selbstverständlichkeitseffekt für die nachfolgenden Generationen und ihren Krisenerfahrungen ändert bzw. relativiert sich die Beurteilung dieser Sachverhalte.

● Einen starken integrativen Effekt hatte und hat das *System der Sozialleistungen* (Kindergeld, Wohngeld, BAFÖG) und sein im internationalen Vergleich nach wie vor hohes Niveau. Auch dies hat zur starken Verbreitung des *sozialökonomischen Chauvinismus* – vor allem gegenüber sozialistischen Ländern, den „armen Brüdern und Schwestern“, den Polen usw. – beigetragen, den *Schmidt* seinerzeit als Modell Deutschland zu propagieren und zu nutzen versuchte.

● Ein besonderes Problem ist der *Einfluß der Massenmedien*, vor allem des *Fernsehens* und der *Boulevardpresse* (BILD-Zeitung). Dies hat bei fast allen fortschrittlichen Arbeitern einen mitunter überzogenen symbolischen Haß auf die BILD-Zeitung hervorgebracht, symbolisch, weil er sich gegen die Herrschaft bürgerlicher Klischees in der Arbeiterklasse als Schranke progressiver Möglichkeiten der Arbeiterklasse richtet. So verhindern diese Medien, daß sich spontane Erfahrungen des ökonomischen Antagonismus im Betrieb in politischem Klassenbewußtsein verallgemeinern. Ihre Stärke liegt auf all jenen Gebieten, die nicht der eigenen unmittelbaren Erfahrung und Überprüfung unterliegen. Damit bilden sie eine wesentliche Hürde für die Ausbildung sozialistischen Bewußtseins. Doch ist es auch hier langfristig möglich, daß sich die eigenen Erfahrungen der Wirklichkeit gegen ihre Entstellung in den Massenmedien durchsetzen. Es ist eine außerordentlich wichtige und weiter zu analysierende Erscheinung, daß das Anliegen der Friedensbewegung gegen die Massenmedien verbreitet und v. a. in den öffentlich-rechtlichen Me-

dien nicht hinwegmanipuliert werden konnte, da es von Teilen der (betrieblich und gewerkschaftlich organisierten) Beschäftigten unterstützt wurde. In diesem Zusammenhang ist es auch von erstrangiger Bedeutung, daß in den Mai/Juli-Streiks der Kern der Arbeiterklasse gegen eine beispiellose und nahezu geschlossene antigewerkschaftliche Hetze der Massenmedien Kampfbereitschaft und Aktionsfähigkeit demonstrierte. Soweit die Medien entfremdete und kompensatorische Bedürfnisse befriedigen, ist die Eindämmung ihres Einflusses zweifellos schwieriger als bei offen politischen Themen.

● Geschlossene *Arbeitermilieus* sind heute nur noch eine Seltenheit. Die Bindungen an das *subkulturelle* Milieu der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung haben sich sehr stark gelockert. Gleichzeitig sind große neue Wohnviertel entstanden, deren Charakter durch einfache und mittlere Gruppen der Arbeiterklasse geprägt ist. Wie bilden sich hier Öffentlichkeiten und oppositionelle Kristallisationskerne heraus (Vereine, Bürgerinitiativen, Jugendzentren o. ä.)?

All dies hat auch dazu geführt, daß die ideologische Kontrolle der Arbeiterbewegung, die sich früher betrieblich und außerbetrieblich mit der sozialen Kontrolle ergeben hatte, gelockert oder aufgelöst ist. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die betriebliche Klassenorganisation.

14. Alle bisher genannten Faktoren sind heranzuziehen, wenn es darum geht zu bestimmen, wie die Krisenerfahrungen die Belegschaften in der Grundfrage der Haltung zur Sozialpartnerschaft polarisieren. Ein entscheidender Aspekt der Betriebsstruktur ist der *sozialpartnerschaftlich orientierte Belegschaftsteil*. Diese Gruppen – ebenfalls die Übergänge zur „Mitte“ und nach links – müssen genauer betrachtet werden. Man muß fragen: Wer sind die sozialen Stützen entsprechender Betriebsratsgruppen und wie, mit welchen Praktiken behalten sie Position und Einfluß?

Man muß davon ausgehen, daß Krisenerscheinungen zu *Polarisierungen* in den Belegschaften führen – was keinesfalls einheitliches Handeln in ökonomischen Fragen und gewerkschaftlichen Kämpfen ausschließt und zur Umorientierung bestimmter Gruppen führen kann. Hier muß vor allem nach den *Obergruppen der Arbeiterklasse*, nach den jüngeren und mittleren Facharbeitergenerationen gefragt werden. Hat sich deren Bindung an die Sozialdemokratie tatsächlich gelockert? Was machte sie (zumindest propagandistisch) zu *Schmidt-Anhängern* (die berüchtigte These vom Block des Industriesystems)? Welche Teile votierten im März 1983 für die CDU? Unter welchen Bedingungen setzen sich in diesen Obergruppen Verzichtshaltungen durch? Entlang welcher Linien kommt es zur Polarisierung gegen gewerkschaftlich engagierte Facharbeitergruppen, die gegen die Erpressung zum offenen Lohnverzicht Widerstand leisten wollen? Inzwischen sind offene und zum Teil auch vertragliche Lohnverzichte (vor allem in Mittelbetrieben, aber auch bei ARBED) zu konstatieren. Welche Erfahrungen haben kämpferische Betriebsratsmitglieder gesammelt, wenn unter dem Krisendruck die Handlungsbereitschaft der betrieblichen Basis schwindet?

Frauen sind in den vergangenen Jahren mit kämpferischen Aktionen und



durch gewerkschaftliche Impulse hervorgerufen. Gilt dies nur für reine Frauen-Belegschaften und gleichermaßen in der Industrie wie in den Dienstleistungen? Konnten aktive weibliche Teilbelegschaften die Interessengemeinsamkeit mit den männlichen Belegschaftsteilen und -vertretern stärken und über welche Fragen?

Bei der Beurteilung der Polarisierung darf ebenfalls nicht die *Haltung der „Unterschichten“* aus der Betrachtung bleiben, obwohl sich diese weniger im betrieblichen Milieu artikulieren. Man muß davon ausgehen, daß beim bestehenden ideologischen Klima Radikalisierungen in diesen Schichten eher rechte Strömungen bis hin zum Neofaschismus begünstigen (siehe die Haltung dieser Schichten bei der Jugend, wobei hier auch schon die Deklassierten eine Rolle spielen).

15. Die *objektive betriebliche Klassenorganisation* ist *Gegenmacht- und Schutzorganisation* im Rahmen eines Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisses. Sie umfaßt die gewerkschaftlichen Strukturen im Betrieb (Vertrauensleute u. a. Gremien) und die institutionalisierten Vertretungsgremien nach dem BetrVG (Betriebsräte, Ausschüsse, Betriebsversammlungen, AR-Vertreter u. a.). Sie ist ein aus der Betriebsstruktur hervordachsender Organisationsaspekt der Belegschaft. Als Unterbau müssen die informelle Gruppenstruktur der Arbeiter und Angestellten und die formelle Gewerkschaftsgruppenstruktur (nach Abteilungen usw.) angesehen werden. Dies ist der organisatorische Rahmen, in dem die betrieblichen (Klassen-) Interessen artikuliert, formuliert und durchgesetzt werden können.

Fragen haben sich auf Funktionieren und Zusammenwirken der Einzelelemente der betrieblichen Klassenorganisation in verschiedenen Betrieben, Belegschaften, Situationen zu richten. Wie wirken sie mit- oder gegeneinander, wer führt nach innen und nach außen, wie verschieben sich Funktion und Gewicht, wie wirken sie mit der lokalen oder auch übergeordneten Gewerkschaftsebene zusammen?

Die objektive Klassenorganisation ist auch der Rahmen, in dem die politischen Strömungen der Arbeiterbewegung wirksam werden.

### 3. Der Betrieb als hegemonialer Raum

16. Diese Auffassung basiert auf der Bestimmung des Betriebes als Machtssystem. Vor allem im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Strategien und Systeme strebt das Kapital danach, Klassendenken in der Arbeiterschaft auszulöschen und für seine Maßnahmen die Zustimmung der Belegschaften zu erhalten. Allerdings bestimmt in der *Hauptsache die repressive Seite* das betriebliche Herrschaftssystem. Je stärker jedoch schöpferische und intellektuelle Potenzen der Produzenten gefordert sind, desto mehr ist der Geist der „illusorischen Gemeinschaft“ zur Steuerung und Kontrolle nötig. Die Expansion der bürgerlichen Ideologie hat somit unmittelbare ökonomische Effekte. Auf der anderen Seite ist der Kampf um die Klassenorganisation eine Auseinandersetzung der Strömungen der Arbeiterbewegung *um die gegenüber dem Kapital*



*einzuschlagende Haltung* und umgekehrt. *Der Kampf um die Hegemonie bezieht sich also zuerst auf die ökonomische Ebene des Klassenkampfes und die darin involvierten Ideologien.*

*Klassenautonomie* und *Sozialpartnerschaft* sind die Kennzeichen der beiden gegensätzlichen *Hauptströmungen*. In diesen Gegensatz sind andere politische und ideologische Gruppierungen eingegliedert. Es wäre eine wichtige Aufgabe, die unter den gegenwärtigen Bedingungen wichtigsten Gegenstände und Formen dieser Auseinandersetzung zu analysieren.

17. Der Klassenkampf auf ökonomischer Ebene umfaßt nicht nur den Lohnkonflikt, sondern ebenso Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze. Die Konfliktschwerpunkte haben sich mit dem Wechsel von der Konjunktur zur Krise verschoben: Zwar verbreitern sich Streikformen in den Tarifkonflikten in vielen neuen Sektoren der Arbeiterklasse, der Lohnkampf selbst gerät jedoch in eine starke Defensive. *Welche Konfliktgegenstände werden in den Vordergrund treten?* Es zeigt sich, daß gegenwärtig vor allem die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung verschiedene Bereiche der Reproduktionsinteressen bündeln und zu einem offensiveren Konzept gegen die Krisenstrategie des Kapitals werden kann. Dies haben die Mai/Juli-Kämpfe 1984 inzwischen deutlich bestätigt. Unter dem Krisendruck gewinnt die Verteidigung von demokratischen Rechten im Betrieb an Bedeutung.

Wie setzt sich die Erfahrung um, daß der Spielraum für erfolgreiche Interessenvertretung auf betrieblicher Ebene schrumpft? *Politisierungsschübe* kamen in der zurückliegenden Zeit eher aus den Krisenbranchen (Stahl, Werft) als aus den tarifpolitischen Schwerpunktbereichen (Baden-Württemberg), wie Diskussionen um Verstaatlichung und alternative Wirtschaftspolitik belegen. In den Betriebsbesetzungen und anderen betrieblichen Kämpfen um Arbeitsplätze werden die derzeitigen Kampfbedingungen sehr plastisch sichtbar. Dies gilt für die Reaktion der Gewerkschaften ebenso wie für die sichtbar werdende Schwäche der linken Betriebskerne.

18. Mit der Krise hat sich der materielle Manövrierraum einer sozialpartnerschaftlichen Politik vermindert. Sie kann jedoch nur Masseneinfluß behalten, wenn materielle und soziale Zugeständnisse des Kapitals gemacht werden. Deshalb wird auch die Position *sozialpartnerschaftlicher Führungsgruppen* in den Betriebsräten labil und *ein Wechsel* über die Betriebsratswahlen, Listenaufstellung usw. wird möglich. Dies kann zu einem massenhaften Prozeß werden, der sich auch über den Generationswechsel vollziehen kann. In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich bedeutsam, das *Profil der betrieblich-gewerkschaftlichen Kader*, die einen solchen Wechsel tragen, näher zu bestimmen.

Soweit in einigen Großbetrieben *linke Milieus* entstanden sind, sind Informationen dazu vorhanden und analysiert worden. *Quantitativ wichtiger* ist jedoch der Wechsel, der sich ohne äußeren Bruch – über neue Mehrheiten in den Vertrauensleutekörpern, über andere Orientierungen des außerbetrieblichen Gewerkschaftsapparates usw. – vollzieht. Ihre Vorstellungen über eine

autonome Politik sind zwar nicht identisch mit dem Massenbewußtsein, aber dessen nicht allzu weit abgehobene Spitze.

*Jedoch betrifft diese Veränderung weithin den Modus der Durchsetzung der ökonomischen Interessen.*

19. Unter Bedingungen entwickelteren Klassenbewußtseins von Arbeitermassen war in Deutschland der ständige *Gegensatz von Basis der Arbeiterklasse und Gewerkschaftsapparaten und -führungen eine wichtige Konfliktachse* im Kampf der Arbeiterklasse. Unter den gegenwärtigen Bedingungen trifft dieser Gegensatz längst nicht mehr für alle Gewerkschaftssektoren zu. In den weniger sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Sektoren reflektiert der gewerkschaftliche Funktionärskörper, einschließlich eines Teils des hauptamtlichen Apparates, die Notwendigkeit des Kampfes und die neuen Bedingungen in weit höherem Maße als die Basis. Heute muß mit Blick auf die Gesamtverhältnisse (noch) eher gesagt werden, *die Basis bremst und der Apparat schiebt* als umgekehrt.

Dieses Verhältnis Basis/Apparat kann sich schnell verändern, sobald größere Teile der Arbeiterklasse in Bewegung geraten. Zur Zeit zeigt sich jedoch, daß politisch-ideologische Erkenntnisse im Apparat und Funktionärskörper stärker gewonnen und praktisch umgesetzt werden können. Es wäre wichtig, die Bindung der betrieblich-gewerkschaftlichen Strukturen und Kader an die Gewerkschaftsapparate und die Rückwirkung der Strömungen bzw. deren Wechselwirkung genauer zu untersuchen.

Die Situation in allen *entwickelten* kapitalistischen Ländern scheint zur Zeit durch folgende Verhältnisse bestimmt zu sein: Die Linkstendenzen, die sich in sozialdemokratisch dominierten Organisationen durchsetzen können, verlängern sich nicht spontan und kurzfristig auf die Massenstimmungen der Arbeiterklassen und der Bevölkerung. In diesen Ländern findet auch kein Aufschwung der kommunistischen Strömung statt. Dies hängt offensichtlich damit zusammen, daß es in keinem dieser Länder gelungen ist, vorwärtsweisende Alternativen der Gesellschaftsänderung im Massendenken zu verankern. Diese Situation schlägt notwendigerweise auch auf die betrieblichen Verhältnisse zurück (siehe England, Frankreich).

Der Gegensatz von Autonomie und Sozialpartnerschaft hat gegenwärtig eine wichtige Erscheinungsform in einer entsprechenden, ausgeprägten Blockbildung innerhalb des DGB.

20. Die *außerbetrieblichen* politischen und ideologischen *Strömungen* haben in den entsprechenden betrieblichen Strukturen *keine proportionale Fortsetzung*. Hieran scheitern immer wieder die Proporzbemühungen der CDU, die quantitativen Verhältnisse allgemeiner Parlamentswahlen auf die Repräsentanz dieser Strömungen in den Gewerkschaften zu übertragen, aber auch die Versuche, Kommunisten unter Proporzparolen „abzuschießen“. Hieraus erklären sich aber auch die zeitweiligen Erfolge von kleinen – z. T. sektierisch orientierten – militanten Gruppen bei Betriebsratswahlen.

Die Bedürfnisse nach militanter Vertretung der ökonomischen Klassenin-

teressen reproduzieren nicht nur das Bedürfnis nach einheitlichem Handeln, weil ohne dies nichts durchgesetzt werden kann, sondern sie schaffen auch den Handlungsspielraum für klassenorientierte Kräfte.

Der politisch-ideologischen Verallgemeinerung dieser Tendenz sind gegenwärtig jedoch relativ enge Grenzen gesetzt. Dies betrifft auch die Verbindlichkeit der Autorität betrieblicher Funktionäre. Sie wird i. d. R. nur für den Betrieb und die ökonomische Ebene anerkannt. Dies zeigt sich etwa daran, daß linke Betriebsfunktionäre als Kandidaten oder Befürworter bei Parlamentswahlen nur wenig „mitziehen“.

Die Politisierungsprozesse außerhalb des Betriebes (z. B. Friedensbewegung) sind heute ein wichtiger Orientierungspunkt für viele betriebliche Kader, insbesondere da die Grenzen für die eigenen erfolgreichen Aktivitäten im Betrieb sehr eng gesteckt sind. Welche neuen Formen kollektiven Handelns im außerbetrieblichen Bereich erfassen Gruppen der Arbeiterklasse und wirken auf die politischen Strukturen im betrieblichen Bereich zurück?

21. Wichtig ist es zu prüfen, welche *Auswirkungen die bundespolitische Oppositionsrolle der SPD* auf die betrieblichen Gruppierungen hat. Kommt es zur Vereinheitlichung sozialdemokratischer Kräfte in den Betrieben, werden dabei sozialpartnerschaftliche oder autonomieorientierte Positionen gestärkt? Werden linkssozialdemokratische Betriebsfunktionäre wieder stärker an ihre Parteiführung gebunden und über welche Themen? Es wäre auch zu untersuchen, welche Rückwirkungen dies auf den Autonomieflügel in Betrieben und Gewerkschaften hat. Schließlich geht es auch darum, ob die *Grün-Alternativen* über die Zustimmung in der jüngeren Generation und hier besonders bei den höher Gebildeten eine betriebliche Verankerung erreichen oder ob die SPD diese Versuche aufgefangen hat. Zu fragen ist auch, inwieweit die *neuen sozialen Bewegungen*, die ja auch von Arbeitern und Angestellten getragen werden, Rückwirkungen auf betriebliche Verhältnisse haben und welcher Natur diese sind.

Die politischen Betriebsstrukturen sollten detaillierter anvisiert werden: Dies gilt für die betriebliche Präsenz der SPD, der CDU sowie linker Gruppen – bzw. die Einwirkung der betriebsnahen oder auf den Betrieb ausgerichteten Strukturen (CDA, AfA). Wichtig bleibt auch, die Vernetzung zwischen den verschiedenen linken Betriebskernen weiterhin zu beobachten.

22. Eine weitere Untersuchungsebene sind die *Betriebsöffentlichkeit und die betrieblichen Kommunikationsmittel*. Konkret geht es um die Bestimmung des Einflusses von linken Betriebszeitungen, ob sie über die Informationsfunktion in „Spannungszeiten“ eine bewußtseinsbildende Rolle ausüben können und ob sie bei der Interessen- und Strategieformulierung Resonanz haben.

23. Eine wichtige Aufgabe der Forschung ist die Beachtung vorwärtsweisender Ansatzpunkte. Dies betrifft z. B. Untersuchungen darüber, *wo etwa Betriebsgruppen der DKP* ihre konkreten Wirkungs- und Erfolgsmöglichkeiten haben. Zweifellos ist gegenwärtig ihre Hauptfunktion die konsequente Ver-

stärkung des Autonomietrends auf der ökonomischen Ebene und die Befestigung dieses Trends in den Vertretungskörperschaften.

Wo liegen jedoch darüber hinaus heute für sie die politischen Durchbruchsmöglichkeiten? Es liegt auf der Hand, daß die fortgeschrittensten sozialökonomischen Forderungen (z. B. Verstaatlichung) oder auch die nach Osthandel Ansatzpunkte darstellen. Dabei haben DKP-Gruppen auch Chancen, sich gegenüber sozialdemokratischen und alternativen Kernen weltanschaulich und theoretisch als marxistische Kraft mit sozialistischem Ziel zu profilieren.

Ein Grundproblem der betrieblichen Orientierung ist die *Verankerung* in der Belegschaft durch *Mitgliedergewinnung* und den *Aufbau breiter Kontakt- und Einflußzonen*. Dazu ist die Schaffung *legitimer Sammelpunkte* der oppositionellen und politisch entwickelten Kräfte wichtig. Legitim meint hier: Von einer klassenautonomen Orientierung her Forderungen und Anliegen aufgreifen, die derart breiten Rückhalt in den Belegschaften bzw. in Bevölkerungstimmungen haben, daß solche Sammelpunkte nicht mit formellen oder politischen Vorwänden beseitigt werden können. Jüngstes positives Beispiel sind die *betrieblichen Friedensinitiativen*, und zwar auch deshalb, weil sie sich außerhalb bestimmenden Einflusses etwa der sozialdemokratischen Parteiführung oder anderer systemintegrativer Kräfte formieren konnten. Zu untersuchen ist auch die Arbeit von Arbeitslosen-Initiativen, die mit noch beschäftigten Belegschaften kooperieren, so etwa im Hamburger Großbetrieb HDW.

Als wichtig haben sich auch *Arbeitskreise* erwiesen, die bei den Gewerkschaften und ihrem Umfeld angesiedelt sind und sich vom Standpunkt der Belegschaften mit legitimen Fragen befassen, so der Konversionsforschung, den Informationssystemen, den technischen Alternativen usw.

Beachtet werden muß, ob in der *Bewegung für die Arbeitszeitverkürzung* ähnliche Sammelpunkte von Aktivisten, möglicherweise als zwischengewerkschaftliche Kooperationsgruppen auf lokaler o. ä. Ebene, entstehen werden.

Generell muß die Rückwirkung der Verbindung von Friedens- und Arbeiterbewegung auf die betrieblichen Verhältnisse sehr genau beobachtet werden, weil hier die große Möglichkeit besteht, daß die Grenzen des Ökonomismus durchstoßen werden können.

## **Der 35-Stunden-Kampf: Bedeutung und Bilanz**

*Gert Hautsch / Klaus Pickshaus / Klaus Priester*

*1. Ideologische Reflexion – Faktor neuer Kämpfe – 2. Rahmenbedingungen und Ausgangslage – 3. Umbruchsituation der Arbeiterbewegung – Gewerkschaftliche Strategie in der Krise – 4. Der Arbeitskampf in der Druck- und Metallindustrie – 5. Zukunftsprobleme der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik*

### **1. Ideologische Reflexion – Faktor neuer Kämpfe<sup>1</sup>**

Alle großen Kämpfe werden mindestens zweimal gekämpft: in der Realität und in der ideologischen Reflexion. Selbst ein Sieg in einem Arbeitskampf ist nur ein halber Sieg oder vermag sich noch in eine Niederlage zu verwandeln, wenn er nicht ideologisch befestigt und zu einem Fundament neuer Aktionsfähigkeit der Handelnden wird. In dieser Form realisiert sich die Wirkung des Ereignisses als richtunggebender Impuls der weiteren Entwicklung. Dabei kann es nicht darum gehen, voluntaristisch alle Kämpfe der Arbeiterklasse in „Siege“ umzuinterpretieren, wohl aber darum, die Interessen in der sich anschließenden ideologischen Auseinandersetzung klar zu definieren und für die theoretische Analyse den Gesamtprozeß der Formierung der Arbeiterklasse zu beachten.

Nach dem Arbeitskampf im Sommer 1984 begann sehr rasch die „zweite Runde“. Publizisten der Bourgeoisie behaupteten die Unsinnigkeit und Überflüssigkeit des Arbeitskampfes, erst recht angesichts der materiellen Ergebnisse,<sup>2</sup> denen die finanziellen Opfer der Streikenden und anderer Betroffener gegenübergestellt wurden.<sup>3</sup> Gleichzeitig wurden die aktiven Streikenden als Rechtsbrecher diffamiert, um die juristischen Grenzen des Arbeitskampfes

1 Der Aufsatz stützt sich in erster Linie auf die folgende Analyse: G. Hautsch, K. Pickshaus, K. Priester: Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. „Flexi-Konzept“ des Kapitals und die Zukunft der Gewerkschaften, Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF 16, Frankfurt 1984. Eingearbeitet wurden ebenfalls unveröffentlichte Ausführungen von Heinz Jung zu diesem Thema. Zum Zeitpunkt des Manuskriptabschlusses lagen außerdem folgende Analysen vor: Frank Deppe/Witich Roßmann, Nach dem Arbeitskampf. Resultate – Fragen – Perspektiven, in: dvz/die tat Nr. 28 und 29, v. 13. und 20. 7. 1984; Witich Roßmann, Ohnmächtige Gegenmacht? Gewerkschaftliche und politische Dimensionen und Perspektiven der Arbeitskämpfe '84, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/84.

2 So Hans Mundorf im „Handelsblatt“: „War dieser Arbeitskampf nötig? Die Frage kann ex nunc wie ex tunc mit Nein beantwortet werden“ (4. 7. 1984).

3 CDU-Bundesvorstand, Arbeitskampf 1984 – eine Dokumentation, Bonn 18. 7. 1984.

und der gewerkschaftlichen Betätigung noch nachträglich und präventiv für künftige Konflikte enger zu ziehen.<sup>4</sup> Die klassenorientierten Kräfte in den Gewerkschaften dürfen zwar nicht die kritische Auseinandersetzung mit den Tarifabschlüssen verdrängen. Wichtiger aber wird die Auswertung der Erfahrungen und die Suche nach Möglichkeiten, die Ergebnisse gegen das Kapital zu wenden, sein. Denn die Abschlüsse sind kein „für beide Seiten befriedigender Kompromiß“, sondern die vorläufige Festschreibung der gegebenen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit.

Zunächst bleibt festzuhalten, daß dies ein Kampf nach „orthodoxem Muster“ war. Es waren der traditionelle Klassenkampf und die traditionelle Arbeiterklasse, die sich, gewerkschaftlich organisiert, als Triebkraft des sozialen Fortschritts erwiesen haben.

Wenn jetzt eine kritische Bewertung der Ergebnisse und des Verlaufs des Arbeitskampfes vorgenommen wird, sollte man sich nüchtern die Ausgangssituation vergegenwärtigen. Ein Großteil der Kritiker wird zugeben müssen, daß sie angesichts der komplizierten Krisensituation und des Zustands der Gewerkschaftsbewegung eine solche Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse, wie sie jetzt demonstriert wurde, überhaupt nicht für möglich gehalten haben. Es wurde von vielen auch nicht erwartet, daß das traditionelle Arbeitermilieu für eine „qualitative“ Forderung, in deren komplexe Struktur neben beschäftigungspolitischen Aspekten „humanisierungs“- und freizeit- wie kulturpolitische Dimensionen eingingen, mobilisiert werden kann.

Sicherlich ging es bei diesem Arbeitskampf in erster Linie um ökonomische Fragen. Es bestätigte sich aber, daß jede dem System aufzuzwingende allgemeine Regelung auch politisch durchgekämpft werden muß. Solche Kämpfe erhalten, wenn sie konsequent geführt werden, zwangsläufig eine politische Dimension. 1984 konnte studiert werden, was mit der marxistischen These gemeint ist, politische und ideologische Interessen hingen immer mit ökonomischen zusammen. Der angebliche „Ökonomismus“ und „Klassenreduktionismus“ des Marxismus<sup>5</sup> wurde als Fehlsicht der Kritiker bloßgelegt: Was sich in den staatlichen Apparaten und in den Köpfen der Arbeiter abspielt, kommt eben nicht ohne den Einfluß der ökonomischen Bewegungen zustande.

Aber auch für die Analyse der Entwicklungsrichtung der Klassenbeziehungen ist die Beachtung des Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Ideologie entscheidend. Die in „Ruheperioden“ des latenten Klassenkampfes immer wieder aufgeworfene Frage, ob die „Kooperationsbeziehungen“ zwischen Kapital und Arbeit (als „Sozialpakt“, Sozialpartnerschaftsbeziehungen oder ähnlich bestimmt) dem gesellschaftlichen Antagonismus die soziale Sprengkraft nehmen können,<sup>6</sup> vernachlässigt die krisenhafte Entwicklung der ökonomi-

4 Vgl. Joachim Fest, Rechtsnihilismus, in: FAZ v. 11. 7. 1984. CDU-Bundesvorstand, a. a. O.

5 Diese Vokabeln haben in jüngster Zeit besonders Vertreter der „Argument“-Mehrheitsrichtung generell gegen die marxistische Auffassung gewendet, wonach die Gesellschaft als Ganzes durch ihre sozialökonomische Basis (das Kapitalverhältnis) strukturiert ist und Politik, Kultur, Ideologie usw. deshalb immer nur relative Autonomie gewinnen können.

6 Zuletzt wieder Rainer Erd/Christoph Scherer, Amerikanische Gewerkschaften - Opfer des Weltmarkts, in: Prokla 54 (März 1984), S. 93.



schen Basis, die eine Polarisierung der Interessen der antagonistischen Kräfte und einen Umschlag in offene Konflikte bewirkt.

Die Analyse eines Arbeitskampfes setzt also die konkrete Untersuchung der wirksam werdenden Widerspruchskomplexe, der Umsetzung der ökonomischen Interessen in die jeweiligen politischen Klassenstrategien und die Beachtung der politischen Gesamtkonstellation (parteipolitische Kräfteverhältnisse, politisches Klima, Niveau der Massenbewegungen usw.) voraus. Wird dies nicht beachtet, erscheint für den oberflächlichen Beobachter leicht das Bild eines „abgekarteten Spiels“. In der Realität ist der Streik hingegen, wie der jüngste Arbeitskampf veranschaulichte, ein Kräftemessen der gegnerischen Klassen, bei dem erst im Verlauf der Aktion entschieden wird, welche Klasse in dieser konkreten Situation ihr Druckpotential besser zur Entfaltung bringen kann und ihre Ziele durchzusetzen vermag.

Die Fähigkeit der Gewerkschaften, in der Krise die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse in ein strategisches Konzept umzusetzen und die Initiative zu ergreifen, sowie die sichtbar gewordene Loyalität mit den Gewerkschaften haben demonstriert, daß diese Organisationen mehr als nur partikuläre Interessenvertretung oder Dienstleistungseinrichtungen für die Arbeiterklasse sind, sondern daß sie im Kern Klassenorganisationen geblieben sind.<sup>7</sup>

Als methodischer Zugang kritischer Gewerkschaftsanalysen haben sich weder der Basis/Führung-Gegensatz noch das eindimensionale Gewerkschaftsbild des „kooperativen Verbandes“ als tragfähig erwiesen, weil hiermit die gewerkschaftspolitische Ausgangssituation des Kampfes nicht erfaßt werden kann.<sup>8</sup> Ein unverzichtbarer theoretischer Ansatz ist die Differenzierung nach verschiedenen gewerkschaftspolitischen Strömungen (integrationistische, sozialreformistische und marxistische), in denen sich unterschiedliche Reaktionstypen auf die staatsmonopolistische Vergesellschaftung ausdrücken (mit den Hauptpolen integrationistischer und klassenautonomer Gewerkschaftspolitik).<sup>9</sup> In der gegebenen Situation bestätigte sich, daß bei relativ geringem Entwicklungsniveau selbsttätiger Massenkämpfe den Kadern und Führungen der Gewerkschaften eine ausschlaggebende Rolle zukommt. Dies ergibt sich daraus, daß in der derzeitigen Krisensituation klassenautonome und alternative Aktionsnotwendigkeiten weniger im spontanen Basisdruck als in der For-

7 Walther Müller-Jentsch gibt den Gewerkschaften nur noch eine Zukunft als partikularer Interessenverband ähnlich dem ADAC. Vgl. ders., Klassen-Auseinander-Setzungen, in: Prokla 54, S. 28.

8 Der analytische Gesichtspunkt der grundlegenden gewerkschaftspolitischen Differenzierung wird auch von Jens Blünnig zu wenig berücksichtigt (vgl. ders., Zur Bedeutung des Kampfes, in: revier 8/1984, S. 7 ff.). Integrationistische Politik erscheint bei ihm immer als Konsens der gesamten Gewerkschaftsbewegung, wodurch Bruchstellen und Ansätze einer klassenorientierten Politik in der sozialreformistischen Strömung unterbelichtet bleiben. Ausschließlicher Bezugspunkt klassenorientierter Politik sind die Stimmungen und Haltungen aktiver linker Kerne der Basis. Die hier in weiten Bereichen nach dem Streik vorherrschende Enttäuschung über das Ergebnis wird so zum bestimmenden Maßstab des notwendigerweise damit verzerrten Gesamturteils.

9 Vgl. Gert Hautsch/Klaus Pickshaus, Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft – Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute; in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 3, 1980.

mulierung und Realisierung von Gewerkschaftshandeln wirksam werden. Dies gilt offensichtlich, wie die Erfahrungen anderer Länder des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) und die Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse zeigen, generell. Die Durchsetzung klassenautonomer und linker Positionen in Massenorganisationen der Arbeiterklasse, die sozialdemokratisch dominiert sind, erfolgt gegenwärtig nicht als Anpassung an linke Basisströmungen in der Arbeiterklasse, sondern als Reaktion der sozialreformistischen, gleichwohl klassenautonomen Strömung auf die Angriffsstrategie des Monopolkapitals und des SMK. In den ökonomischen Kämpfen gelingt es, wie die Kämpfe in der BRD zeigten, diese Positionen und Haltungen im Kern der Arbeiterklasse zu befestigen bzw. in Massenkämpfen wirksam zu machen. Hieraus ergibt sich eine *gestiegene Bedeutung der ideologischen Komponente* und der ideologisch-theoretischen Auseinandersetzungen, weil sie mit den Orientierungsprozessen der Gewerkschaftskader und -führungen viel enger verbunden sind als mit den Bewußtseinsbildungsprozessen an der Basis.<sup>10</sup>

## 2. Rahmenbedingungen und Ausgangslage

### 2.1. Flexibilisierung und Kapitalstrategie

Der Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche kann nur vor dem Hintergrund der gegensätzlichen sozialökonomischen Grundinteressen von Kapital und Arbeiterklasse verstanden werden. Für die klassenorientierten Gewerkschaften ging es darum, nach zehn Jahren Massenarbeitslosigkeit und steigender Arbeitsbelastung, Reallohn- und Sozialabbau eine tarifpolitische Regelung zu erzwingen, in der eine andere, den Profitinteressen entgegengesetzte Logik der Entwicklung zum Tragen kommt. Für das Monopolkapital ging es um die Absicherung seiner wirtschaftsstrategischen Grundlinie, der Modernisierungskonzeption und Weltmarktorientierung. Diese macht im Inneren die Verbesserung der Profitproduktion durch angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und die Entlastung der Bruttoprofite durch restriktive Sozialpolitik erforderlich. Das beinhaltet eine grundsätzliche Änderung der betrieblichen und gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse und stellt das bestehende System der Klassenbeziehungen in Frage.

Die wichtigsten Hebel zur Durchsetzung sind die ökonomischen Disziplinierungsmittel und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt als wichtigstes Druckmittel wirkt nur dann, wenn die Übergänge zwischen den verschiedenen Stufen der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit fließend bleiben. Das Kapital benötigt für den verwertungsgünstigen Einsatz der hochmodernen Technik ein möglichst flexibles Ar-

10 Von der herrschenden Klasse wird diesem Tatbestand mit den regelmäßig neu aufgelegten „Unterwanderungskampagnen“ begegnet. Als Antwort auf die jüngsten derartigen Versuche vgl. Hans Preiss, Der Kampf und die Kampagne, in: Die Neue Gesellschaft 7/1984, S. 649 ff.

beitskräftepotential, um so rasch und umfassend wie möglich auf Änderungen der Marktverhältnisse und -strategien reagieren zu können.<sup>11</sup> Flexibilität im zeitlichen und örtlichen Einsatz der Lohnarbeit ist ein direkter Faktor der Kosteneffektivität moderner Produktionsmethoden.

Diese Interessenlage dürfte – neben dem Willen nach Änderung der sozial-ökonomischen Kräfteverhältnisse durch eine Schwächung der Gewerkschaften – der tiefere Grund für den erbitterten Widerstand sein, den das Kapital einer Senkung der Wochenarbeitszeit entgegensetzte. Mit diesem Widerstand stand es sogar im Kontrast zu Prognosen aus dem eigenen wissenschaftlichen Lager, wo oft auch schon von der 35- oder gar 30-Stunden-Woche ausgegangen wird (z. B. in der VW-Studie<sup>12</sup>). Trotzdem sind das System des SMK und die in ihm herrschenden Kräfte unfähig, dem Rechnung zu tragen. Ohne das Einwirken des Drucks des Klassenkampfes von unten und von systemoppositionellen Kräften erlangen ausschließlich die Profit- und Expansionsinteressen für die strategische Orientierung Geltung, und sozialer Fortschritt bleibt auf ein Mindestmaß reduziert.

Bei den heutigen Flexibilisierungskonzepten des Kapitals geht es nicht mehr nur um die je Betrieb variable Länge des Arbeitstages bzw. der Arbeitswoche;<sup>13</sup> auch der Arbeitskräfteeinsatz während der Woche und von Abteilung zu Abteilung, ja von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz soll kurzfristig veränderbar, Jahresarbeitsmenge und Lebensarbeitszeit flexibel sein.<sup>14</sup> Zentrales Anliegen des Kapitals ist es dabei, die Betriebszeit der hocheffektiven Anlagen von der individuellen Arbeitszeit der Beschäftigten abzukoppeln. Idealbild ist die bislang vorwiegend im Einzelhandel praktizierte „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit“.

Flexible Arbeitszeiten gemäß den Unternehmerkonzepten bedeuten in aller Regel nicht mehr, sondern weniger Zeitsouveränität für die Beschäftigten. Ihr Arbeits- und Lebensrhythmus wird noch mehr den kurzfristigen Produktionsbedürfnissen des Kapitals unterworfen (Wochenendarbeit, extreme Schichtzeiten, längere Tagesarbeitszeiten usw.). Außerdem besteht die Gefahr, daß unterschiedliche Kategorien von Arbeitskräften mit ungleichem sozialrechtlichem Status geschaffen werden (Aushilfs-, Teilzeit-, flexible und Vollzeitkräfte). Die kollektive Interessenvertretung durch die Gewerkschaft kann durch die Individualisierung von Interessen und die Aufsplitterung der Belegschaft ausgehöhlt werden, tarifliche Normen sollen tendenziell an Verbindlichkeit verlieren. Flexibilisierung ist demnach nicht nur ein Mittel, um die neue Technik uneingeschränkt als „Kriegsmittel des Kapitals“ (*Marx*) einsetzbar zu hal-

11 Vgl. dazu den Beitrag von André Leisewitz in diesem Jahrbuch.

12 Vgl. Zukunft in menschenleeren Hallen. Personal-Denkspiele im Volkswagen-Konzern, in: *Der Spiegel* 22/1984, 28. 5. 1984.

13 Flexibilisierung der Arbeitszeit ist für das Kapital an sich nichts Neues. Anfang der zwanziger Jahre wurde z. B. das Konzept des „Optimalarbeitstags“ (je nach Auftragslage zwischen 48 und 60 Wochenstunden) dem „schematischen“ Achtstundentag entgegengestellt. Vgl. Gert Hautsch, *Kampf und Streit um Arbeitszeit*, Frankfurt 1984, S. 63 ff.

14 Vgl. Josef Pfeffer, Flexibilität der Arbeit steigert Produktivität, in: *der arbeitgeber*, Heft 21/83. Vgl. auch *Der Spiegel*, H. 12/84, S. 112, und H. 14/84, S. 112ff.

ten; sie dient auch dazu, das gesamte System der Sozialpolitik umzukonditionieren („flexible“ Tarifverträge, Sozialleistungen, Arbeitsrecht usw.).<sup>15</sup> 1984 wollten die Unternehmerverbände einen entscheidenden Durchbruch in dieser Richtung erreichen. Die betrieblichen, ökonomischen und politischen Bedingungen hierfür waren günstig.

## 2.2. Massenkämpfe, politisches Klima und gebremste „Wenderegierung“

Die Regierung *Kohl/Genscher* war den Interessen des Kapitals von Anfang an besonders verpflichtet. Ihren Wahlerfolg 1983 erreichte sie als „Aufschwungpartei“ mit Unterstützung der Unternehmer- und Selbständigenverbände. Allerdings läßt sich die Politik dieser Regierung nicht einfach unter die Kategorien Thatcherismus oder Reagonomics subsumieren, denn das klerikale Spektrum (CDU-„Arbeitnehmerflügel“, kirchliche Sozialinteressen) hat innerhalb der bundesdeutschen Variante des Konservatismus Gewicht und nötigt aus dieser Konstellation heraus der konservativen Politik in vielen Fragen einen Kompromißcharakter auf.

Aber auch unter dem Anspruch eines „gebremsten Thatcherismus“ blieben für die herrschende Klasse die Ergebnisse der „Wende“ bislang enttäuschend. Die hochfahrenden Ansprüche der „geistigen Wende“ blieben schon rasch im Dickicht von Skandalen stecken und mit dem Ruch des Verrats und Treubruchs behaftet. Die Namen *Genscher* und *Lambsdorff* sind Symbole für dieses Bild in der Öffentlichkeit. Die Labilität des konservativen Blocks von der Basis bis zur Spitze ist virulent. Die Regierung selbst hängt vom Fortbestehen der FDP als Partei des Bonner Parlaments ab. Diese Umstände sind als Faktoren, die das politische Klima in der Vorstreik- und Streikphase geprägt haben, unbedingt zu beachten.<sup>16</sup> Sie erklären die nahezu bedingungslose Unterwerfung und Indienstnahme der Regierung durch das Großkapital in der 35-Stunden-Auseinandersetzung. Im Spätherbst 1983 mußte die Koalition all ihre Energie für die Zustimmung der Bundestagsmehrheit zur Raketenstationierung gegen die Mehrheitsstimmung im Land aufwenden. Die ersten Monate des Jahres 1984 waren durch die Affäre *Kießling-Wörner* und einige kleinere Skandale (*Schwarz-Schilling*, *Geißler*) bestimmt. Dem folgte der Skandal um die Amnestie für Verbrechen bei der Parteienfinanzierung, bei dem die Dreistigkeit der konservativen Koalition einen Höhepunkt erreichte. Sie machte in Verbindung mit dem dahinterstehenden Korruptionsfall *Lambsdorff* für jedermann offensichtlich, daß CDU/CSU und FDP die Parteien des „großen Geldes“ sind, ja daß dieses Kabinett den Kapitalinteressen regelrecht verpfändet ist. Das spielte gerade in der Periode vor den Urabstimmungen in der Metall- und, zu Beginn der offenen Kampfphase, in der Druckindustrie eine große Rolle, weil daraus die vorwärtsdrängenden Kräfte in den Gewerkschaften die

<sup>15</sup> Vgl. Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre, Beschluß des 32. CDU-Parteitags, Mai 1984.

<sup>16</sup> Siehe dazu auch Hermann Krüger, Nach der Bonner Wende – oder was aus Illusionen wurde, in: *Unsere Zeit*, 9. und 11. 8. 1984.

Notwendigkeit begründen konnten, im Zweifelsfall auch gegen die Regierung zu kämpfen.

Ergibt sich aus der inneren Logik der konservativen Rechtsregierung, daß sie in diesen zugespitzten Klassenkampfsituationen nicht nur offen die Partei des Kapitals ergreifen mußte, sondern auch sehr unmittelbar diesen Interessen dienstbar wurde (Minister- und Kanzlererklärungen zur Arbeitszeitfrage, von *Blüm* initiiertes „Franke-Erlaß“ usw.), so ergibt sich aus ihrer sozialen Basis eine zunehmende Druckempfindlichkeit in solchen Situationen. Gleichzeitig führte und führt diese innere Logik dazu, daß sie ihre Funktion der Konfliktämpfung und -schlichtung und der Reproduktion des sozialen Konsens nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt wahrnehmen kann.

Das innergesellschaftliche Kräfteverhältnis erwies sich – im Rahmen der gegebenen Herrschaftsformen – als Grenze für die Durchsetzung monopolistischer Interessen. Zur Strategie des Monopolkapitals gehörte vor allem die Ausschaltung der klassenautonomen Strömung und ihres Einflusses im DGB. Ziel war (und ist) die Neuformulierung und -strukturierung der Regulierungsmethoden in den Klassenbeziehungen: Der sozialpartnerschaftliche Konsens soll gesichert und gleichzeitig soll von den Gewerkschaften ein niedrigeres Anspruchsniveau akzeptiert werden. Es ging also nicht um die Ausschaltung der Gewerkschaften insgesamt, wohl aber um ihre Schwächung als handlungsfähige Gegenmacht. Bei einem solchen Regulierungssystem der Klassenbeziehungen handelt es sich aber nie um eine eherne Struktur, die sich durch ihre eigene Bewegung stabilisiert. Gegen solche Vorstellungen einer „selbstregulativen Anpassung“<sup>17</sup> kann mit Recht eingewandt werden, daß eine derartige „Objektivierung nicht mehr erkennen (läßt), wie sie zustande gekommen ist, daß sie im wesentlichen nur ‚angehaltene Bewegung‘ ist, und daß sie als zu Struktur geronnene Bewegung von sozialökonomischen und politisch-kulturellen Handlungszusammenhängen abhängig ist“.<sup>18</sup> Allerdings folgt daraus, daß eine solche Regulierung ein labiles Verhältnis zwischen antagonistischen Interessen und sozialen Kräften einschließt, die sich bekämpfen, wobei die jeweiligen Kräfteverhältnisse ausschlaggebend für das Ergebnis sind.

Die Kapitalvertreter ignorierten jedoch bei der Bestimmung ihrer Strategie und Taktik gegenüber der 35-Stunden-Woche weitgehend das veränderte soziale Klima in der BRD. Sie glaubten offenbar, daß der Kern der Arbeiterklasse von den Protestwellen und den Haltungen, wie sie in den neuen sozialen und der Friedensbewegung zum Ausdruck kommen, noch nicht erreicht worden sei. Sie gingen von einer Situation aus, in der sich, sobald Aufschwungs- und Arbeitsplatzargumente ins Spiel gebracht werden, die Mitglieder gegen die Funktionäre der Gewerkschaften stellen würden.

Eine genauere Beobachtung der Entwicklung hätte dagegen ergeben, daß die Auswirkungen der Regulierungskrise zwar zunächst in den Reproduktionsbereichen in Gestalt der neuen sozialen Bewegungen zum Durchbruch kamen; über kurz oder lang mußten sie aber auch die Kernbereiche der Arbei-

17 Müller-Jentsch, a. a. O., S. 14 ff.

18 Jens Bönnig, a. a. O., S. 9.

terklasse in der Produktion erreichen.<sup>19</sup> Im Zentrum der Anti-AKW-Bewegungen Mitte der siebziger Jahre, später der Hausbesetzer-, Frauen- und Friedensbewegung standen zwar weder Kräfte der Bonner Parteien noch der Gewerkschaften. Der Kern ihrer sozialen Basis lag nicht in der Arbeiterklasse, sondern in der Intelligenz und den lohnabhängigen Mittelschichten. Gleichwohl mobilisierten sie beträchtliche Teile der Kader der Arbeiterbewegung, die in diesen Bewegungen Erfahrungen sammelten und eine Bestätigung ihrer Orientierung auf den außerparlamentarischen Kampf erhielten.

Mit diesen Bewegungen ist letztlich ein neues politisches Klima entstanden, und mit dem parlamentarischen Durchbruch der Grün-Alternativen wurde trotz aller Einschränkungen und Widersprüche Bewegung in die versteinerte politische Szene und in die Wählerlandschaft gebracht. Dabei waren weniger politische Klarheit und Konsequenz der Grün-Alternativen bedeutsam als die Demonstration der Erfolgsmöglichkeit. Das trug dazu bei, daß sich grün-alternative Orientierungen und Sympathien auch im gewerkschaftlichen Linksspektrum ausbreiteten, ohne sich stabil organisatorisch verankern zu können. Es entstand gegen den innenpolitischen Rechtstrend und dann gegen die Rechtswende ein oppositionelles Milieu, aus dem sich immer wieder die tragenden Kräfte der verschiedenen Bewegungen und Aktionen rekrutierten.<sup>20</sup>

Umfang und Tiefe des Einflusses der neuen Bewegungen auf die Arbeiterbewegung zeigten sich am deutlichsten in der Friedensfrage: die Überwindung der anfänglichen Distanziertheit; die Bildung gewerkschaftlicher und betrieblicher Friedensinitiativen; schließlich der symbolische Proteststreik im Oktober 1983, der seit Jahrzehnten erste offizielle Streik gegen ein politisches Vorhaben der Regierung. Im Frühjahr 1983 hatte die „Wende“-Regierung in Sachen Volkszählung ihre erste Schlappe einstecken müssen. Die Bundesrepublik wurde zum Land mit der größten Dichte und dem größten Umfang außerparlamentarischer Protestbewegungen im kapitalistischen Europa, ja in der kapitalistischen Hemisphäre.

Symptom und Ergebnis dieses qualitativen Umschwungs ist die Umorientierung der SPD. Sie ist eine Reaktion auf die Erosion der Wählerbasis der Partei in der Spätphase der sozialliberalen Koalition. Tempo und Konsequenz dieser Umorientierung zeigen aber, daß die Zeit überfällig war. Wichtigste Merkmale sind der erneute „Schulterschuß“ mit den DGB-Gewerkschaften und die Öffnung für Fragen der Ökologie- und Friedensbewegung, um langfristig das an die Grünen verlorene Wählerpotential zurückzugewinnen. Das bedingt aber auch – mit Verschiebungen – eine stärkere Öffnung zu linken Fragestellungen im gewerkschaftlichen Raum und einen größeren Spielraum für klassenautonome Kräfte. Diese Wechselwirkung war für die Herausbildung einer kämpferischen Linie in der IG Metall und ihre Stabili-

19 Damit hat sich auch die These rechtsorientierter SPD-Ideologen vom Gegensatz zwischen „industriellem Kern“ bzw. Industriearbeiterschaft und den neuen sozialen Bewegungen als falsch erwiesen (vgl. etwa das „Löwenthal-Papier“ vom Herbst 1982).

20 Vgl. dazu H. Dybowski u. a., Nicht wehrlos – doch wohin? Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen unter der CDU-Herrschaft, Soziale Bewegungen, Heft 12, Frankfurt 1983.



sierung in der IG Druck und Papier von zentraler Bedeutung. Die Bewegung für die 35-Stunden-Woche wurde dadurch begünstigt.

In der Bundesrepublik hat sich nicht nur ein höheres Niveau der Massenbewegungen und -kämpfe als früher herausgebildet, auch ihr Einfluß auf die politische Entwicklung ist gewachsen. Das ist der Hintergrund, vor dem die Auseinandersetzung um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit vorbereitet und durchgekämpft worden ist. Die für das Kapital nächstliegende – und erfreulichste – Erfahrung, nämlich seine Offensivsituation in den Betrieben und an der Sozialfront, war also nur die halbe Wahrheit. Indem es sie für die ganze nahm und darauf seine Strategie und Taktik für den Kampf um die Arbeitszeit aufbaute, schätzte es die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse von Beginn an unrealistisch ein.

### **3. Umbruchsituation der Arbeiterbewegung – Gewerkschaftliche Strategie in der Krise**

#### **3.1 Betriebspolitik zu Beginn der achtziger Jahre**

Die neuen politischen Bedingungen und die Veränderung des politischen Klimas in der Bundesrepublik beeinflussten die Situation in der Gewerkschaftsbewegung ebenso wie die Kräftekonstellationen im betrieblichen Bereich. Dieser stellt bekanntlich nicht nur die eigentliche Basis der Entfaltung gewerkschaftlicher Gegenmacht dar, sondern der Betrieb selbst bildet einen eigenen „hegemonialen Raum“, d. h. einen „Ort des Kampfes um die ideologische und politische Führung der Belegschaften – ein Kampf, der zwischen Kapital und Arbeit und zwischen den Strömungen der Arbeiterklasse bzw. der Belegschaft geführt wird“.<sup>21</sup>

Die allgemeine Verschlechterung der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen durch die Krise konkretisierte sich auf der betrieblichen Ebene. Der Druck der Massenarbeitslosigkeit verstärkte die Konkurrenz unter den Beschäftigten und zwischen den Belegschaften. Entsolidarisierungs- und individuelle Anpassungstendenzen an die neuen Realitäten nahmen zu. Dies führte in einigen Fällen sogar zu freiwilligem Lohnverzicht und zur Frontstellung von Lohnarbeitergruppen gegen die Gewerkschaften, wenn diese die tariflichen Standards verteidigen wollten (Beispiel: ARBED-Saarstahl). Für die Gewerkschaften ergab sich seit Beginn der 80er Jahre nicht nur tarifpolitisch (seit 1980 Reallohnsenkung), sondern auch organisationspolitisch eine Negativbilanz. Mitgliederverluste (DGB: 1982 und 1983 jeweils über 100 000) und vor allem ein Rückgang der Vertrauensleutezahlen signalisierten eine Schwächung der gewerkschaftlichen Verankerung im Betrieb und eine Schrumpfung der aktiven Kerne. Die IG Druck und Papier reagierte auf diese Situation in der Vorbereitung der 35-Stunden-Bewegung mit einem neuen Konzept ge-

21 Der Betrieb als Formierungsbasis der Arbeiterklasse in der BRD heute. Thesen zum Schwerpunktthema, These 3, in diesem Band.

werkschaftlicher Betriebsarbeit, das die Zusammenfassung aller noch vorhandenen aktiven Kräfte (Vertrauensleute wie Betriebsräte) in sogenannten „betrieblichen Aktionsausschüssen“ und deren inhaltliche Konzentration auf die Mobilisierung für die Arbeitszeitverkürzung vorsah.

Die weitreichendsten Folgen der neuen gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen berühren die Auseinandersetzung um die politisch-strategischen Antworten auf die Krise und damit das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung. Die eingeengten Spielräume für eine sozialpartnerschaftliche Politik schmälern die materielle Basis für Erfolge der integrationistischen Strömung, erweitern den Handlungsraum für klassenautonome Kräfte und polarisieren in vielen Betrieben die Fronten in den Belegschaften und Vertretungsgremien. Es ist kennzeichnend für die gegenwärtige Umbruchperiode der Arbeiterbewegung, daß diese politisch-strategischen Auseinandersetzungen alle Ebenen – die betrieblichen Kräfte, die Einzelgewerkschaften wie den gesamten DGB – erfaßt haben.

Die Betriebsratswahlen vom März bis Mai 1984 fielen in die Mobilisierungsphase der 35-Stunden-Bewegung und widerspiegeln damit die Situation noch vor dem Arbeitskampf. Obwohl während der Wahlkampfzeit durch die IG Metall initiierte Kampagnen zur Verweigerung von Überstunden und zur Leistungsbegrenzung stattfanden, konnte nur eingeschränkt schon von einem stärkeren gewerkschaftlichen Zugriff auf die Betriebspolitik gesprochen werden. Die 35-Stunden-Woche wurde nicht generell zum beherrschenden Thema der Betriebsratswahlen. In vielen Bereichen, insbesondere in den „Überstundenbuden“, wurde dieser Konfliktstoff ausgespart. Durch die unterschiedliche Krisenbetroffenheit und das sehr heterogene Niveau an Gegenwehr wurden stärker als früher betriebliche Rahmenbedingungen und unterschiedliche lokale und regionale politische Besonderheiten wirksam. Dies verursachte ein sehr differenziertes und widersprüchliches Gesamtbild.<sup>22</sup>

Die Initiativrolle der gewerkschaftlichen Führungen und Apparate, speziell der IG Metall und der IG Druck und Papier, im Kampf um die 35-Stunden-Woche erleichterte das Wirken der klassenorientierten Strömung. Die aktiven Kräfte in den Betrieben, die in erster Linie profilierte Verfechter der 35-Stunden-Forderung waren, besaßen in der Regel die Rückendeckung der gewerkschaftlichen Organisation. Diese Konstellation förderte umgekehrt einen engen Schulterschuß aller aktiven und linken Kräfte mit der Gewerkschaft und führte zum Teil zu einer Reorientierung auch linksoppositioneller Kreise auf die IG Metall. Dies ist eine Ursache dafür, daß 1984 die Anzahl linksoppositioneller Listen (1981: ca. 40 in Großbetrieben) als eine Form des Bruchs mit sozialpartnerschaftlicher Politik im Betrieb nicht nennenswert zunahm und am stabilsten in der Chemieindustrie blieb, in der der sozialpartnerschaftliche Kurs der IG-Chemie-Führung über feste Bastionen verfügt.<sup>23</sup>

22 Ausführlicher Klaus Pickshaus, Politische Trends bei den Betriebsratswahlen 1984, in: *revier* Nr. 7, Juli 1984, S. 31-35.

23 Vgl. zur genaueren Untersuchung der Ursachen und Entwicklungslinien Klaus Pickshaus, Politische Differenzierung im Großbetrieb: Zur Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 6, Frankfurt/M. 1983, S. 199 ff.

In einer durch Krisenangst und -erfahrungen geprägten Atmosphäre zeigte sich bei den Betriebsratswahlen 1984 ein starker Trend, für die „Stabilitätskräfte“ im Betrieb zu stimmen und in einer unsicheren Zeit keine Risiken oder Konflikte zu wählen. Das begünstigte nicht unbedingt sozialpartnerschaftliche Kräfte, begrenzte allerdings spektakuläre Ausschläge. Der schon 1981 sichtbare Ablösungsprozeß sozialpartnerschaftlicher Führungsgruppen im Betrieb setzte sich fort und vollzog sich in erster Linie über den Wechsel zu neuen Mehrheiten in den betrieblichen Gewerkschaftsgremien. Der Bonner Regierungswechsel und die neue Oppositionsrolle der SPD wirkten auf zahlreiche sozialdemokratische Betriebsfunktionäre „befreiend“, was in erhöhtem Engagement und stärkerer Profilierung zum Ausdruck kam. Der härtere Kampf um Positionsgewinne, der von der SPD-AfA unterstützt wurde, ging z. T. auch auf Kosten linker Kandidaten.

Zahl und Anteile von rechten, ständischen und sozialpartnerschaftlichen Separatlisten sind in einigen Bereichen aus unterschiedlichen Gründen gewachsen. Zum einen profitierten rechte Listen wie der CMV (Opel Kaiserslautern, Daimler-Benz Würth) von einer desolaten sozialpartnerschaftlichen Praxis der gewerkschaftlichen Mehrheit, die einer Anti-35-Stunden-Kampagne keine eigene Mobilisierung entgegensetzte. Zum anderen traten häufiger als bei früheren Wahlen – begünstigt durch eine starke antigewerkschaftliche Medienhetze im Vorfeld des Arbeitskampfes – rechte Gruppen mit eindeutig antikommunistischer Stoßrichtung gegen gewerkschaftliche Listen mit progressivem Profil auf (z. B. Klöckner-Hütte Bremen, wo eine solche Liste von der SPD-Betriebsgruppe getragen wurde; Glyco Wiesbaden).

Bei den Angestellten nahm die Listenbildung am stärksten zu, wobei sowohl rechte und berufsständische Gruppierungen gewannen als auch in einigen Fällen progressive Kräfte ihre Position erweitern konnten. Rechte Angestelltenlisten („freie“ Listen, DAG usw.) gewannen da an Boden, wo sie Vorbehalte gegen die 35-Stunden-Woche-Forderung zusammen mit der Reaktivierung berufsständischer Angestellten-Ideologie aufgriffen.

Zahlreiche rechte Separatlisten (DAG, „Freie“/„Unabhängige“, aber auch gewerkschaftlich tolerierte CDA-Listen) werden von CDU-Kräften dominiert, die ihre Positionen insbesondere unter den Angestellten ausbauen konnten. Feste Bastionen solcher Listen sind in der Elektro-, EDV- und Luftfahrtindustrie wie in der Chemieindustrie zu registrieren, die einen neuen Belegschaftstypus mit Angestelltenmehrheit und hohem Anteil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bei meist niedrigem gewerkschaftlichem Organisationsgrad repräsentieren. In diesen Betrieben sind häufig progressive Gegenpole sichtbar, die ihre Basis vor allem unter jüngeren Angestellten besitzen, die politisch mit grün-alternativen und linken Positionen sympathisieren.

### *Neue politische Formierungselemente*

Thematischer Bezugs- und Sammelpunkt solcher aktiven Kräfte im Angestelltenbereich, insbesondere innerhalb des neuen Belegschaftstypus, sind in

erster Linie Probleme der neuen Technologien. Dazu gehören die Einführung neuer EDV-Systeme, von Personalinformationssystemen wie Fragen der alternativen Produktion (Konversion).<sup>24</sup> In der Regel bestehen Kooperationszusammenhänge mit Wissenschaftlern außerhalb des Betriebes; Ingenieure sind meist Träger dieser Gruppen. Sammelpunkte dieser Art können sowohl überbetriebliche wie betriebsbezogene gewerkschaftliche Arbeitskreise zu neuen Technologien oder zu Konversionsfragen bilden. In manchen Fällen entwickeln sich aus den betrieblichen Auseinandersetzungen heraus feste Gruppen, die eigene Zeitungen herausgeben (bei T & N Frankfurt eine Betriebszeitung „Kontrast“) und sogar zur eigenen Listenbildung gedrängt werden (bei VDO Schwalbach 6 Sitze gegen eine CDA-dominierte Liste mit 9 Sitzen; bei MBB Bremen hat eine linke „Liste Aktive Metaller“ 6 Sitze von insgesamt 27).

Als neue und dynamische Elemente in der Entwicklung betrieblicher Kräfteverhältnisse erwiesen sich verschiedene Formen von Bündnis- und Kooperationsformationen der aktiven und linken Kerne auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene. Über sie konnten politische Impulse der außerbetrieblichen Massenbewegungen und des gewachsenen Oppositionspotentials in den betrieblichen Raum vermittelt werden. Insbesondere die betrieblichen Friedensinitiativen konnten als „legitime Sammelpunkte der oppositionellen und politisch entwickelten Kräfte“ fungieren.<sup>25</sup>

Festere Bündnisbeziehungen der verschiedenen linken Strömungen im betrieblichen Bereich, die sich in Hamburg während des HDW-Kampfes herausgebildet hatten,<sup>26</sup> entwickelten sich in Bremen in Gestalt einer Wahlbündnisbewegung („Betrieblich Alternatives Bündnis“). Diese Zusammenarbeit, die nach den Wahlen vom September 1983 fortgesetzt wurde, mußte sich bei den Betriebsratswahlen 1984 gegen einen starken Druck rechter sozialdemokratischer Kräfte bewähren. Obwohl die Betriebsratswahlen in Bremen deshalb durch eine starke Polarisierung geprägt waren, konnten im wesentlichen die kämpferischen Positionen verteidigt (Klöckner-Hütte) und z. T. ausgebaut werden (MBB, Seebeck-Werft und andere).<sup>27</sup>

Überbetriebliche Kooperationsformen entwickelten sich als Reaktion auf neue Kampfanforderungen und aus Orientierungs- und Organisationsdefiziten der Gewerkschaften auf informeller Ebene insbesondere in den Krisenbranchen. In der Werftindustrie trafen sich 1983 die linken und aktiven Kräfte, darunter mehrere Betriebsratsvorsitzende, um gegen den staatlichen Sanierungskurs gemeinsame Schritte abzustimmen. In der Stahlindustrie entwickelte sich eine festere Form der gegenseitigen Information und Zusammenarbeit der Vertrauenskörperleitungen fast aller Stahlkonzerne („Sulzbacher Kreis“), die eine wesentliche Kraft bei der Überwindung betriebs- oder standortego-

24 Vgl. hierzu E. Hildebrandt/W. Neef, Anfänge kritischer Organisation von Ingenieuren, Technikern und Naturwissenschaftlern, in: R. Duhm/E. Hildebrandt/U. Mückenberger/E. Schmidt (Hg.), Wachstum alternativ. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1983/84, Westberlin 1983, S. 79 ff. Vgl. auch den Beitrag von Hellmuth Lange in diesem IMSF-Jahrbuch.

25 Vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von Peter Müller in diesem Band.

26 Vgl. hierzu den Beitrag von Fritz Fiehler/Holger Geißelbrecht in diesem Band.

27 Vgl. hierzu den Beitrag von J. Burger, M. Nacken und P. Sörgel in diesem Band.

istischer Spaltungen und der politischen Verallgemeinerung der Bewegung in der Diskussion über die Vergesellschaftungsforderung war.<sup>28</sup> In diesem Prozeß spielte die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Wissenschaftlern (z. B. der „Memorandum-Gruppe“ sowie der Zeitschrift „revier“) eine wichtige Rolle.

Bei den Betriebsratswahlen erweiterte sich der Einfluß der aktiven Kräfte dieser Kooperation (vor allem in den Hoesch-Werken Dortmund, Krupp Rheinhausen, Klöckner-Hütte usw.). Die Verarbeitung der Erfahrungen der Stahlkrise, der übergreifenden Aktionen und der politischen Diskussionen hat offensichtlich einen progressiven Schub ausgelöst, der seine Auswirkungen bis in die SPD hinein besitzt.

Größere tarifliche Arbeitskämpfe fanden in dem zurückliegenden Zeitraum nicht statt.<sup>29</sup> Die amtliche Statistik weist für die letzten Jahre ein niedriges Niveau an Streikbeteiligung aus (1982: 40 000, 1983: 94 000).<sup>30</sup> Erfasst man jedoch die gesamte betriebliche Klassenkampfrealität einschließlich der Warnstreiks, der Betriebsbesetzungen und ähnlicher Aktionen, so hat insbesondere der Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung 1983 ein beachtliches Niveau erreicht. Dazu sind die bisher höchste jährliche Anzahl an Betriebsbesetzungen (1983: 16, 1982: 10, 1981: 6) ebenso wie Demonstrationen und Kundgebungen mit ca. einer halben Million Teilnehmern, darunter 130 000 Stahl- und Werftarbeiter Ende September 1983 in Bonn, zu zählen. Beachtet werden müssen ebenfalls die zahlreichen politischen Demonstrationstreiks und andere betriebliche Aktionen gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen im Herbst 1983.

Die betrieblichen Aktionen blieben vielfach erfolglos und isoliert – auch aufgrund fehlender gewerkschaftlicher Unterstützung und Koordination des Widerstandes. Richtet man den Blick jedoch nur auf die Anpassungstendenzen im Betrieb und das noch heterogene Niveau der betrieblichen Kämpfe in der zurückliegenden Periode, dann bleiben die realen Ansatzpunkte eines Umschlags der Gegenwehr in eine breite Bewegung unterbelichtet. Erfolgreiche größere Streikkämpfe unter den gegebenen Krisenbedingungen erscheinen so – und dies war wohl die Annahme des Kapitals – als völlig unrealistisch. Eine Bündelung der sichtbaren Gegenwehr erschien allerdings in dem Maße realistisch, wie die Gewerkschaften eine vereinheitlichende Strategie der Krisenbekämpfung entwickelten. Eine solche Initiative, dies zeigten schon die Diskussionen über Arbeitskampfstrategien auf den Gewerkschaftstagen des Jahres 1983, konnte am ehesten im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung entwickelt werden.

28 Nicht gewünscht und nicht verboten: IGM-Vorstand nimmt Stellung zum „Sulzbacher Kreis“, in: revier Nr. 1/1984, S. 5. Wichtige Repräsentanten dieses Kreises sind Herausgeber und Autoren des folgenden Buches: W. Gruber/P. Sörgel (Hg.), Stahl ohne Zukunft? Der Überlebenskampf in den Revieren, Hamburg 1984.

29 Vgl. zur Entwicklung 1983 den Beitrag von I. Kurz-Scherf, Tarifpolitik und Arbeitskämpfe, in: M. Kittner (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1984, Köln 1984, S. 69–123.

30 Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 5/1984 (Mai), S. 692.

### **3.2 Kampf um 35 Stunden als Kern einer gewerkschaftlichen Antikrisenstrategie**

Die beschäftigungspolitische Akzentuierung der Arbeitszeitverkürzungsforderung seit Ende der 70er Jahre (Gewerkschaftstage der IG Metall und IG Druck und Papier 1977) markiert einen Wendepunkt in der gewerkschaftlichen Debatte:<sup>31</sup> Arbeitszeitverkürzungen werden nunmehr gefordert als Kern einer breiter angelegten Strategie der Krisenüberwindung, die auf der staatlichen Ebene „qualitatives Wirtschaftswachstum“, eine antizyklische Haushaltspolitik und Beschäftigungsprogramme verlangt, während sie die flankierende Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik anstrebt. Durch gezielte Arbeitszeitverkürzung sollen der Verwertungslogik des Kapitals Schranken gesetzt werden, indem in einem elementaren Steuerungsbereich der Profitproduktion, der ungehinderten Zufuhr und Freisetzung von Arbeitskraft, eingegriffen wird. Diese Konzeption mußte allerdings einen entschiedenen Widerstand der Unternehmer und ihrer Verbände einkalkulieren. Die Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung sprengte, so argwöhnte die FAZ, „den bisher üblichen Rahmen von Tarifverhandlungen... und (greife) in die Wertordnung der Industriegesellschaft“ ein.<sup>32</sup> Bereits in der Stahltarifrunde 1978/79,<sup>33</sup> in der die IG Metall die Wochenarbeitszeitverkürzung durchsetzen wollte, hatte sich gezeigt, daß es trotz eines sechswöchigen Streiks nicht möglich war, das 40-Stunden-Tabu des Kapitals zu brechen.

Aus dem damaligen Scheitern wurden in den Gewerkschaften unterschiedliche Schlüsse gezogen. In einigen Gewerkschaften wurden als tarifpolitische Alternativen zu einer allgemeinen Wochenarbeitszeitverkürzung gruppenspezifische Regelungen gesehen, die sich zur Forderung nach einer „Tarifrente“ oder später nach einer gesetzlichen „Vorruhestandsregelung“ für ältere Beschäftigte in den Konzepten vor allem der IG Chemie und der NGG verdichteten und die man kampfflos durchzusetzen können glaubte. Die IG Metall, in der eine Mehrheit nach dem Stahlstreik diesen Weg zunächst auch gehen wollte, entschied sich ab 1982 endgültig für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als strategisches Konzept. Die IG Druck und Papier hatte sich auf diese Forderung bereits seit einiger Zeit festgelegt.

Mit der Zeit kristallisierte sich innerhalb des DGB eine „Blockbildung“ heraus, bei der die Verfechter der 35-Stunden-Forderung, zu der sich später die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die Gewerkschaft HBV, die Deutsche Postgewerkschaft, die GdED, die GEW und schließlich auch die ÖTV gesellten, den die Vorruhestandsregelung favorisierenden und eher sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften Textil-Bekleidung, NGG, Chemie, Bergbau und Bau-Steine-Erden gegenüberstanden. Obwohl der DGB mehr-

31 Vgl. Gert Hautsch, a.a.O., S. 148 ff.

32 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Dezember 1983.

33 Siehe dazu Gert Hautsch/Bernd Semmler, *Stahlstreik und Tarifrunde 78/79*, Frankfurt 1979 (Soziale Bewegungen, Heft 7).



fach betont hatte, 1984 die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zur „zentrale(n) Aufgabe der Mitgliedsgewerkschaften des DGB“<sup>34</sup> zu machen, verfolgten diese Gewerkschaften in Verhandlungen mit Bundesarbeitsminister und Unternehmerverbänden ihre Politik weiter, ein „akzeptables“ Vorruhestandsgesetz durch den Bundestag verabschieden zu lassen, und torpedierten damit die Vorbereitungen des Kampfes um die 35-Stunden-Woche, weil sie erheblich zur Verunsicherung der Gewerkschaftsmitglieder beitrugen.

### 3.3 Mobilisierung und Urabstimmungen

Hatten die Gewerkschaftstage der IG Druck und Papier sowie der IG Metall den haupt- und ehrenamtlichen Funktionärskörper dieser Gewerkschaften konzeptionell und inhaltlich auf die kommenden Auseinandersetzungen einstimmen können,<sup>35</sup> so blieb doch unübersehbar, daß unter den Beschäftigten selbst die Forderung nach der 35-Stunden-Woche noch nicht in dem Maß verankert war, daß den Urabstimmungen beruhigt entgegengesehen werden konnte. Für die relativ schlechte Stimmung in den Betrieben konnte keineswegs allein nur die „konzentrierte Kampagne von Kapital und Kabinett“ gegen die 35-Stunden-Forderung verantwortlich gemacht werden.<sup>36</sup> Beachtet werden müssen auch die erheblichen gewerkschaftlichen Mobilisierungsdefizite, die sich während der Betriebsratswahlen im Frühjahr 1984 noch deutlich gezeigt hatten.

Dabei muß durchaus in Rechnung gestellt werden, daß noch niemals zuvor von der IG Metall wie von der IG Druck und Papier eine Tarifbewegung so gründlich vorbereitet worden war. Im Vorfeld war eine wissenschaftliche Konferenz im Sommer 1983 veranstaltet worden, um zur konservativen Propaganda der wirtschaftswissenschaftlichen Institute ein Gegengewicht zu setzen.<sup>37</sup> Dazu zählt auch eine breite Vielfalt von Kulturveranstaltungen, die vom DGB koordiniert worden waren. Die seit dem Herbst 1983 in immer kürzeren Abständen gezielt publizierte Ergebnisse demoskopischer Untersuchungen zeigten jedoch, wie groß die Unsicherheit unter den Beschäftigten hinsichtlich des erwarteten konkreten Nutzens verkürzter Wochenarbeitszeiten noch war und in welchem Umfang es dem Kapital im Verein mit fast allen Medien gelungen war, ihre Gegenpropaganda in der Öffentlichkeit gegen die gewerkschaftliche Argumentation zu setzen.

Selbst innerhalb der aktiven betrieblichen Kerne war noch Skepsis verbreitet, ob der Kampf um 35 Stunden überhaupt erfolgreich zu bestehen sein wür-

34 DGB-Bundesvorstand, Empfehlung vom 7. Juni 1983, abgedruckt in: DGB-Bundesvorstand, Abt. Tarifpolitik, Tarifbericht, Extra II/1984 vom 31. Januar 1984.

35 Vgl. Werner Petschick, Zu den fünf Gewerkschaftstagen 1983, in: Gewerkschaftsbeschlüsse 1983. Eine Auswahl von fünf Gewerkschaftstagen, Frankfurt 1984, S. 8ff.

36 So der Leiter der Tarifabteilung der IG Metall, Klaus Lang, in einem Interview mit der „Tagesschau“ vom 31. März 1984, S. 9.

37 Vgl. Hans Mayr/Hans Janßen (Hrsg.), Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung, Köln 1984.

de. Die gewerkschaftliche Strategie hatte, wollte sie Mobilisierungsdefizite erfolgreich abbauen, so „dicht“ wie irgend möglich an den Vorbehalten und Krisen- und Arbeitsplatzängsten der Beschäftigten anzuknüpfen. Dies geschah einmal über eine umfassende Aufklärung über beschäftigungspolitische Möglichkeiten, Kosten, Finanzierbarkeit der 35-Stunden-Woche sowie Möglichkeiten der Gegenwehr gegen negative Begleiterscheinungen einer Wochen-AZV (z. B. Intensivierungsdruck, Rationalisierungsschübe usw.). Dabei hat sich die Nichtaufnahme von Begleitforderungen zur Begrenzung der Leistungsintensivierung in das Forderungspaket der IG Metall, im Gegensatz zur Tarifforderung der IG Druck und Papier, eher hinderlich ausgewirkt. Zum anderen wurden betriebsbezogene Mobilisierungsmöglichkeiten genutzt, indem – wie in der vor allem im IG-Metall-Bezirk Stuttgart durchgeführten Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“ – auf der Ebene der einzelnen Betriebe nachgewiesen wurde, was eine Wochenarbeitszeitverkürzung für die Belegschaften konkret bringen könnte. Eng damit verbunden wurde die Mobilisierung individueller Betroffenheit, z. B. durch betriebliche Umfragen („Was bringt die 35-Stunden-Woche mir persönlich?“ – „Was könnte ich mit einer Stunde arbeitsfreier Zeit pro Tag mehr anfangen?“).

Einen besonderen Stellenwert gewannen in der letzten Phase der Appell an die solidarische Geschlossenheit und das Eintreten für „seine“ Gewerkschaft sowie die Verdeutlichung der gesellschaftspolitischen Dimension des Kampfes. Eine Mobilisierungstriebkraft besonders bei den gewerkschaftlichen Kernen bildete das Motiv, den Kampf um die 35-Stunden-Woche als eine Art „Generalabrechnung“ der erlittenen Krisenverluste zu verstehen und der durch Korruptions- u. a. Affären geschüttelten Wenderegierung ihre eindeutige Parteinahme für das Kapital „heimzuzahlen“.

Die Betonung der gesellschaftspolitischen Aspekte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung verlangte allerdings eine hochgradige Politisierung der Akteure, und sie setzte voraus, daß von Beginn an dieser Kampf als umfassende „soziale Bewegung“<sup>38</sup> angelegt sein mußte. Diese Strategie der Mobilisierung bis hin zu den Urabstimmungen knüpfte also an das in der Arbeiterklasse vorherrschende sozialpsychologische Klima an. Ihre betriebliche Umsetzung gelang besonders gut dort, wo bereits in den vergangenen Jahren entweder gestreikt oder betriebliche Kader in größerem Umfang in die Tarifbewegungen begleitende und stützende Aktivitäten einbezogen worden waren.

Im Frühjahr 1984 konnten binnen weniger Wochen erstaunliche Mobilisierungserfolge erreicht werden: In der Metallindustrie Nordwürttembergs/Nordbadens beteiligten sich vom 9. März bis zum 4. Mai mehr als 800 000 Beschäftigte aus 2530 Betrieben an Warnstreiks, wobei die Schwerpunkte in den Bezirken Stuttgart, der das mit Abstand höchste Aktivitätsniveau aufwies, Hannover, Essen, Frankfurt und München lagen. Die Urabstimmungen in Nordwürttemberg/Nordbaden (80,11%) und Hessen (80,77%) lagen dann auch deutlich über dem notwendigen Quorum von 75%. In der Druckindustrie begannen die Warnstreiks etwa zeitgleich mit der Metallindustrie (14.

38 Hans Janßen, Eine soziale Bewegung ist notwendig, in: *Der Gewerkschafter* 12/1983, S. 58f.

März) und wurden bis zum 12. April, dem Beginn der Urabstimmung, mit ca. 400 Aktionen von etwa 30 000 Beschäftigten getragen. Die Urabstimmung in der Druckindustrie wurde schrittweise über zweieinhalb Monate (bis Anfang Juli) in 440 Betrieben bei ca. 39 000 Beschäftigten durchgeführt. Diese Art der „rollenden“ Urabstimmung hat nicht unwesentlich zur Mobilisierung für die Wechselstreikaktionen beigetragen. (83,5 Prozent der beteiligten Arbeiter und 76,4 Prozent der teilnehmenden Angestellten sprachen sich für Streik aus).

Warnstreikbeteiligung und Urabstimmungsergebnisse widerlegten das durch die Ergebnisse der Demoskopie gezeichnete Stimmungsbild<sup>39</sup> und ließen erkennen, welche gewerkschaftliche Kampfkraft mobilisierbar ist, wenn die Notwendigkeit geschlossenen Klassenhandelns in einer Situation hochgradiger Polarisierung eindringlich verdeutlicht wird.

Nicht nur die Unternehmerverbände dürften von dem so eindeutigen Ausgang der Urabstimmungen überrascht worden sein. Gerade sie sahen sich jedoch veranlaßt, etwa die Urabstimmungstaktik der IG Druck und Papier zu verunglimpfen. Ein Kommentator der FAZ ging sogar so weit, die etwa zur gleichen Zeit stattgefundenen Urabstimmungen, die selbstorganisierte Volksbefragung zur Raketenstationierung und die Europawahlen (bei denen die FDP die 5%-Marke nicht erreichte) allesamt wegen der jeweils mißliebigen Ergebnisse über einen Kamm zu scheren und als „Pseudowahlen“ zu verdammen.<sup>40</sup> Auch an dieser wütenden Reaktion läßt sich ablesen, wie hart die Urabstimmungsergebnisse das Kapital getroffen haben müssen. Mit einigem Recht können sie daher als wichtige Erfolge einer klassenautonomen Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre, als Sieg der Gewerkschaften über die ideologischen Apparate des SMK, als Erfolg der Klassenloyalität über die von Kapital und Regierung geförderten Segmentierungs- und Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse gewertet werden.

## 4. Der Arbeitskampf in der Druck- und Metallindustrie

### 4.1 Überblick

Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche sprengte in mehrerer Hinsicht bisherige Maßstäbe: Er war mit über 13 Wochen Dauer der längste Streik in der Druckindustrie und mit 6 bis 7 Wochen einer der längsten in der Metallindustrie der Nachkriegszeit. Überdies streikte die IG Metall erstmals parallel in zwei Tarifbezirken, darunter seit 1951 erstmals wieder in Hessen. Neu ist auch die Dimension der bundesweiten Solidaritätsaktionen anderer

<sup>39</sup> Solche Umfragen sind von einer relativen Ferne zum Geschehen geprägt, ganz im Gegensatz zu Urabstimmungen, die im betrieblichen Milieu unter einem gewissen Meinungsdruck bei einem engen Kreis von Beschäftigten, den Gewerkschaftsmitgliedern, abgehalten werden und insofern ein Element in einem *dynamischen Meinungsbildungsprozeß* darstellen. Die Situation des „Hic rhodos, hic salta!“, die zur klaren Entscheidung zwingt, wird natürlich andere Ergebnisse bringen als eine viel unverbindlichere Meinungsumfrage auf der Straße.

<sup>40</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Juli 1984, S. 1.

DGB-Gewerkschaften, vor allem der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und der HBV. Den Höhepunkt bildete der „Marsch auf Bonn“ am 28. Mai gegen den „Franke-Erlaß“ mit etwa 250 000 Beteiligten.

Die IG Druck und Papier führte den Arbeitskampf in der Form von Wechselstreiks, an denen gleichzeitig bis zu 20 000 und vom 12. April bis zum 7. Juli insgesamt 46 000 Mitglieder einbezogen waren, also die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder in der Druckindustrie. In der Metallindustrie streikten von Mitte Mai bis Anfang Juli in beiden Bezirken bis zu 58 000; gleichzeitig waren 155 000 ausgesperrt und 310 000 von der kalten Aussperrung (durch Produktionsstilllegung) betroffen.

Auch wenn es in der bundesdeutschen Arbeitskampfgeschichte noch längere Streiks (Metallerstreik in Schleswig-Holstein über 16 Wochen 1956/57) gegeben hat oder die Zahl der Beteiligten durch Streik und Aussperrung ähnlich hoch war (Metallerstreik 1963 und 1971: jeweils ca. 350 000; Drucker- und Metallerstreik 1978: 370 000), ist das Gesamtpotential der in diesem Arbeitskampf Aktivierten weitaus größer. Der Konflikt der Klassen gewann nicht nur stellvertretend, sondern in Ansätzen real eine nationale Dimension, so daß zu Recht von einer der „größten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik“ (*Steinkühler*) gesprochen werden kann. Nicht nur der Blick in die Geschichte, sondern auch in das westeuropäische Ausland verweist auf die außerordentlich komplizierten Ausgangsbedingungen, angesichts derer Länge, Geschlossenheit und Stabilität der Streikfront beachtlich sind. Dies gilt vor allem unter Berücksichtigung der Härte, mit der die Kapitalverbände mit Unterstützung und Ermunterung durch die Rechtsregierung den Kampf führten, in dessen Verlauf ein für bundesdeutsche Verhältnisse neues Ausmaß an Terroranschlägen auf Streikende, Polizeieinsätzen und antigewerkschaftlicher Medienhetze zu registrieren war.

## **4.2 Kapitalstrategie und Streikinitiative der Gewerkschaften**

Die harte Konfrontationslinie der Kapitalverbände beruhte auf der Einschätzung, daß die soziale und politische Situation günstig sei, um eine durchgreifende Neuordnung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse durchzusetzen. Die strategische Zielsetzung lag in erster Linie in der Disziplinierung und Schwächung der Gewerkschaften, denen mit der Festschreibung des 40-Wochenstunden-Tabus eine offene Niederlage beigebracht werden sollte. Es ist durchaus kein Widerspruch, sondern eing geplantes Strategieelement des Kapitals, dabei gleichzeitig mit den stärker sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften über „Alternativen“ zur Wochenarbeitszeitverkürzung (Vorruhestandsregelungen) zu verhandeln, während die Forderungen von IG Druck und Papier und IG Metall bis in die letzte Streikphase als „nicht verhandelbar“ abgelehnt wurden. In der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche ist dem Monopolkapital eine Mobilisierung der eigenen Gesamtklasse sowie bis zu den selbständigen gewerblichen Mittelschichten hin gelungen.

Die Arbeitskampftaktik von IG Metall und IG Druck und Papier sollte bei aller Unterschiedlichkeit im Detail übereinstimmend darauf angelegt sein, kräfte- und finanzschonend einen möglichst großen ökonomischen Druck zu erzeugen, die gesamte Mitgliedschaft wie die Öffentlichkeit zu aktivieren und die Streikbewegung zu politisieren.<sup>41</sup> In dieses Konzept eines flexiblen wie aktiven Streiks, das an die Erfahrungen der „Neuen Beweglichkeit“ anknüpfte, gingen ebenfalls Aktionselemente der neuen sozialen Bewegungen und der Friedensbewegung mit ein. Angestrebt war die Aufhebung der Trennung von Akteuren und Zuschauern, was allerdings manchmal an mangelnder Erfahrung und Vorbereitung, zum Teil aber auch am Boykott sozialpartnerschaftlicher Funktionäre scheiterte.

Beide Streikkonzepte reflektieren in jeweils unterschiedlicher Weise das hohe Produktivkraft- und Vergesellschaftungsniveau, das in dem einen Fall in der Verminderung der Rolle der lebendigen Arbeit besteht und in dem anderen Fall den Produktions- und Reproduktionsprozeß störanfälliger macht. Die IG Druck und Papier mußte aufgrund neuer Satztechniken damit rechnen, daß Facharbeiter vorübergehend durch Streikbrecher ersetzt werden konnten, und jeweils für den Produktionsablauf zentrale Betriebsteile bzw. Produktionsstufen mit Streikaktionen treffen. Die IG Metall konnte die große Fertigungstiefe und Verflechtung der Automobilbranche in ihrer Taktik nutzen. „In der Druck- wie in der Metallindustrie wurde also der Streikhebel jeweils am archimedischen Punkt der branchentypischen Arbeitsteilung angesetzt.“<sup>42</sup> Mit der neuen Streiktaktik wurde auch auf die ernsthafte Bedrohung durch die rechtlich zugelassene, wenngleich durch das BAG-Urteil von 1980 mit der Verhältnismäßigkeitsklausel begrenzte Aussperrungswaffe der Unternehmer reagiert, für deren Anwendung die Schwellen erhöht werden sollten.<sup>43</sup>

Allerdings entsprachen Kooperation und Abstimmung zwischen den Führungen der beiden Gewerkschaften vor und während des Arbeitskampfes in keiner Weise den Anforderungen, obwohl gerade von der IG Druck und Papier schon im April durch erfolgreiche Urabstimmungen und erste Streiks die Arbeitskampfvoraussetzungen auch für die IG Metall, in der noch Verunsicherung und interne Spannungen bestanden, verbessert wurden.

Die IG Druck und Papier reagierte mit ihrer systematisch vorbereiteten und in den aktiven Belegschaftskernen verankerten „flexiblen Kampftaktik“ der unberechenbar bleibenden Wechselstreiks auf die in früheren Kämpfen sichtbar gewordene eingeschränkte Wirksamkeit des traditionellen Streikmodells (unbefristeter Schwerpunkt- oder Vollstreik): Angesichts der neuen Satz- und

41 Zur Entwicklung der Arbeitskampfkonzptionen vgl. Klaus Lang, Arbeitskampsform im Wandel der Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 9/1982, S. 543 ff.; IG Druck und Papier-Hauptvorstand, Koordinierung der tarif- und gewerkschaftspolitischen Aufgaben sowie der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit mit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, Stuttgart o. J. (1984); Manfred Balder, Betriebliche Durchsetzungsstrategien, in: L. Mahtlein u. a. (Hrsg.), Tarifpolitik unter Krisenbedingungen, Frankfurt 1984, S. 97 ff.

42 BDA (Hrsg.), Kurz-Nachrichten-Dienst Nr. 56, Köln 31. 7. 1984.

43 Vgl. zur Rechtsprechung Manfred H. Bobke, Streik und Aussperrung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1984, S. 565 ff.; ders., „Waffengleichheit“ im Metallarbeitskampf?, in: ebenda 7/1984, S. 772-774.

Drucktechnik ist die Produktion von Zeitungen und Zeitschriften nicht immer, in manchen Fällen nur ihre Auslieferung durch Blockaden zu verhindern. Zwar wird auch bei Erscheinen der Zeitungen die Produktion erheblich anfälliger und vor allem teurer, entscheidender wird jedoch der politische Druck, der durch die massenhafte Infragestellung sozialpartnerschaftlicher Verhältnisse mit einer Vielfalt von Aktionen erreicht werden kann.

Eine Bilanz des „Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger“ zeigt, daß zwar 80 Millionen Exemplare von Tages- und Wochenzeitungen nicht erscheinen konnten, jedoch in 15 Prozent der bestreikten Zeitungshäuser die Blätter nahezu komplett, in 65 Prozent der Fälle reduziert oder als Notausgaben und nur in 20 Prozent gar nicht oder außerordentlich eingeschränkt erscheinen konnten.<sup>44</sup> Dennoch wirkte auch der ökonomische Druck, der während der 13 Wochen ständig auf wechselnde Teile des Unternehmerlagers konzentriert wurde und damit Spannungen im Unternehmervorstand verstärkte. Als ein Ergebnis der Streiktaktik und in Einschätzung des politischen Risikos, das sich angesichts zu erwartender Betriebsbesetzungen und anderer vorbereiteter Aktionen ergeben hätte, war in der Druckindustrie eine Aussperrung diesmal nicht durchsetzbar.

Die IG Metall nutzte in der ersten Streikphase den Tatbestand, daß mit der Entwicklung EDV-gesteuerter Zulieferung und eingeschränkter Lagerhaltung (Kanban-System) die Logistik der Automobilindustrie mit geringem Einsatz wirkungsvoll beeinträchtigt werden kann.<sup>45</sup> Die IG Metall begann den Arbeitskampf am 14. Mai mit dem Streik von 12 000 Arbeitern in 14 Betrieben der Zulieferindustrie der großen Automobilkonzerne. Abweichend von dieser „Strategie der Nadelstiche“ in Nordwürttemberg/Nordbaden wurde der Arbeitskampf eine Woche später ab dem 21. Mai mit einem traditionellen Schwerpunkstreik in neun hessischen Betrieben mit 33 000 Beteiligten ausgeweitet. Das hessische Streikkonzept zielte mit seinen gleichmäßig verteilten regionalen Schwerpunkten (Frankfurt, Rüsselsheim, Darmstadt, Hanau und Kassel) auf eine möglichst breite Einbeziehung der gesamten Organisation und sollte damit stärker die gesellschaftspolitische Dimension des Arbeitskampfes zum Tragen bringen. Eine Abstimmung der beiden unterschiedlichen bezirklichen Streikkonzepte, ebenso wie ein für die gesamte Bundesrepublik vorliegender Mobilisierungsplan, der über Solidaritätsstreiks gegen die Aussperrung hinaus rollende Warnstreiks ähnlich wie in der Tarifbewegung 1981 („Neue Beweglichkeit“) vorgesehen hätte, waren nicht erkennbar.

Die kostensparend und auf einen längeren Kampf hin kalkulierte „Strategie der Nadelstiche“ zeigte sehr schnell ökonomische Wirkungen in der Automobilindustrie, erforderte allerdings auch ergänzende Handlungskonzepte für alle im Bundesgebiet nur mittelbar vom Arbeitskampf Betroffenen. Es zeigte sich, daß die Dynamik und Eskalation des Arbeitskampfes recht bald von der heißen und kalten Aussperrung durch die Unternehmer bestimmt wurde. Ins-

44 Vgl. „Die Drucker bleiben am Drucker“, Die Zeit Nr. 30, 20. 7. 1984, S. 9/10; „Druckerstreik: Sieg der Technik“, Die Wirtschaftswoche Nr. 29, 13. 7. 1984; FAZ v. 9. 7. 1984.

45 „Der Metallstreik und die Logistik: Anfälliges System“, Handelsblatt v. 16. 5. 1984.



besondere die kalte Aussperrung, d. h. die durch knappe Lagerhaltung vor allem von Daimler-Benz und BMW bewußt rasch herbeigeführte Produktionseinstellung, wurde zur schärfsten Waffe des Kapitals, da sie darauf zielte, die Moral der Streikfront zu brechen und Entsolidarisierungsprozesse in den Reihen der Gewerkschaft herbeizuführen. Diese Wirkung drohte, weil auf Anordnung des Bonner Kabinetts die Bundesanstalt für Arbeit die bis dahin übliche Zahlung von Kurzarbeitergeld für kalt Ausgesperrte verweigert hatte.<sup>46</sup> Zugleich wurde damit der Konflikt bundesweit verallgemeinert und mit einer Stoßrichtung gegen die „Koalition von Kabinett und Kapital“ auch politisiert. Dennoch gab es von der IG Metall keine ausreichenden Handlungsorientierungen für diese Situation. Auch wenn der von den Unternehmern mit der Ausweitung der kalten Aussperrung auf 310000 Betroffene kalkulierte „Sturm auf die Gewerkschaftshäuser“ nicht stattfand, wurden nach dem „Marsch auf Bonn“ und zahlreichen örtlichen Protestaktionen Grenzen der Mobilisierung sichtbar.

Auf die in zwei Wellen erfolgte „heiße“ Aussperrung reagierten die Gewerkschaft und viele Belegschaften mit einer neuen Qualität an Aktionen. Nachdem Ende Mai die Besetzung eines kalt ausgesperrten Betriebes – der Firma Filter-Knecht in Baden-Württemberg – bundesweites Aufsehen erregt hatte und von der Bezirksleitung der IG Metall offensiv propagiert wurde, häuften sich nach der zweiten Aussperrungswelle neue Aktionsformen: Die Ausgesperrten boten in vielen Fällen im Betrieb ihre Arbeitskraft an und führten „Betriebsbesichtigungen“ durch – ein Schritt des Heranführens an Besetzungen. Nach einer weiteren Betriebsbesetzung bei Werner & Pfleiderer in Dinkelsbühl wurde dort die Aussperrung wieder aufgehoben. Daß diese Aktionen als politischer Druck auf das Unternehmerlager wirkten, wird erkennbar in der Begrenzung der Aussperrungsmaßnahmen auf Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten, im Ausscheren einzelner Betriebe aus der Front und in der Rücknahme der Drohung mit Angriffsaussperrungen in Bayern.

Dennoch wurden Besetzungen nicht zur massenhaft militanten Aktion, was in erster Linie daran liegt, daß selbst beim Kern der Arbeiterklasse noch eine legalistische Ideologie tief verwurzelt ist.<sup>47</sup> Durch die vielerorts aufgeladene und durch zahlreiche Gewaltakte der Gegenseite emotionalisierte Situation an der Streikfront sahen offensichtlich auch Teile der Kämpfenden das Überschreiten des rechtlichen Rahmens als provokatorischen Akt an, der aus ihrer Sicht der Unternehmerpropaganda entgegengekommen wäre. Die durch die Arbeitsgerichtsbarkeit in Eilverfahren bundesweit verfügbaren „Gassen“ vor

46 Zur bisherigen Praxis in den Arbeitskämpfen 1971 und 1978, in denen die BA Kurzarbeitergeld gezahlt hatte, vgl. „Der Streit begann schon 1971“, Frankfurter Rundschau 28. 5. 1984.

47 Hierin liegt eine wesentliche Ursache für die noch geringe Praktizierung von Besetzungen, nicht jedoch im „abwiegenden Verhalten“ der Gewerkschaftsleitungen (so etwa behauptet in „konkret“ Heft 7/1984, S. 50). Die Bezirksleitung der IGM Stuttgart hatte zu jedem Zeitpunkt auf solche offensiven Aktionsformen orientiert (vgl. Streik-Nachrichten Nr. 40, 51, 52, 53, 54 und 60). Eine andere Meinung brachte allerdings H. Mayr (Vorsitzender der IGM) nach dem Streik zum Ausdruck (vgl. Frankfurter Rundschau 6. 7. 1984). In der IG Druck und Papier sind Besetzungen als ein Mittel im Kampf gegen Aussperrung diskutiert und beschlossen worden (vgl. IG Druck und Papier – Hauptvorstand, Koordination..., a.a.O.).

den Betriebstoren hatten zudem den Medien eine gegen die Gewerkschaften gerichtete „Gewaltdiskussion“ erleichtert.

Grenzen der Politisierung wurden auch in der Einbeziehung der Bevölkerung in die passive und aktive Solidarität sichtbar. Es kam zwar zu den umfangreichsten Solidaritätsstreiks und Kundgebungen, die in der Nachkriegszeit einen Arbeitskampf begleitet hatten. Sie waren aber nicht dynamisch genug, um ernsthafte Spaltungen und Brüche im Unternehmerlager hervorzurufen. Die Rücknahme der vom DGB als Antwort auf die Aussperrung angekündigten bundesweiten Solidaritätsstreiks sowie die nur verhaltene Mobilisierung zu Solidaritätskundgebungen anlässlich der zweiten Aussperrungswelle verstärkten dann ab der zweiten Junihälfte die Linie der Deeskalation.

### **4.3 Soziale und politische Träger des Arbeitskampfes und neue Streikkultur**

Große Konzernbetriebe wurden in unterschiedlicher Weise zum Kampffeld. Sie wurden einmal wie Daimler-Benz Sindelfingen (38 000 Beschäftigte) von der Stuttgarter Streikleitung nachträglich in den Streik genommen oder wie Opel Rüsselsheim (34 000) von vornherein als Schwerpunkt in Hessen eingeplant. Zum anderen waren weitere Automobilkonzerne wie BMW (München: 18 000, Dingolfing: 10 000) und Opel Bochum (19 000) von der kalten Aussperrung betroffen und damit zum indirekten, aber für die Gesamtdynamik wichtigen Kampffeld geworden. Ohne daß Betriebe dieser Größenordnung allein ausschlaggebend gewesen wären, werden an ihrem Beispiel unterschiedliche Handlungstypen im Arbeitskampf sichtbar.

#### *Großbetriebe als Kampffeld: Unterschiedliche Handlungstypen*

Exemplarisch bringt der „Sindelfinger Konflikt“ den Widerspruch zwischen der Logik des Streikmodells und der Logik der Massenstimmungen und -bewegung zum Ausdruck. Als am 15. Mai, einen Tag nach Streikbeginn, Daimler-Benz die kalte Aussperrung für 22 000 Beschäftigte in Sindelfingen ankündigte und eine daraufhin von der IG Metall vorbereitete Betriebsversammlung gerichtlich untersagen ließ, entwickelte sich auf einer Kundgebung am 16. Mai ein starker Druck auf Einbeziehung in den Streik – insbesondere der 11 000 Beschäftigten, die weiterproduzieren sollten. Motive waren neben einer Verhinderung der Spaltung der Belegschaft vor allem Unsicherheiten über finanzielle Unterstützung und alternative Handlungsmöglichkeiten.<sup>48</sup> Obwohl die Einbeziehung Sindelfingens in der Öffentlichkeit als kämpferisches Signal aufgenommen wurde, bestätigte der Vorstand der IG Metall den

48 In den „Streik-Nachrichten“ Nr. 41 v. 17. 5. 1984 wird die Stimmung auf der Kundgebung geschildert, auf die der Stuttgarter Bevollmächtigte der IGM, Klaus Zwickel, dann mit den Worten reagierte: „Wir schaffen jetzt Fakten. Wir lassen uns nicht spalten. Die IG Metall ruft jetzt alle gewerblichen Arbeitnehmer des Daimler-Benz-Werkes Sindelfingen zum Protest auf...“

Streikbeschluß des Bezirks Stuttgart erst mit zeitlicher Verzögerung, um ein Aufbrechen der Front gegen die kalte Aussperrung bundesweit zu verhindern.

Der weitere Verlauf bei Daimler-Benz Sindelfingen bestätigte ein eher niedriges Niveau an Kampfmoral und Disziplin: Mit Ausnahme ausländischer Streikposten war die Beteiligung an den Torkontrollen und an Solidaritätskundgebungen wie schon beim Streik 1978 recht gering und nahm nach Beginn der Aussperrung, am 23. Mai, weiter ab. Die über zehn ländliche Streiklokale aufgeteilte Mitgliederregistrierung erschwerte zudem einheitliche Aktions- und Kommunikationszusammenhänge und die Formierung der Belegschaft als kollektive Macht.

Opel bildete den Schwerpunkt der Arbeitskampfstrategie der IG Metall in Hessen (75 Prozent der Mitglieder bei insgesamt neun Streikbetrieben) und demonstrierte über sechseinhalb Wochen eine stabile Streikfront. Zwei Faktoren hatten die Einbeziehung des Rüsselsheimer Werkes beeinflußt: Opel hatte für die 35-Stunden-Bewegung eine Vorreiterrolle in der IG Metall gespielt, wie die erstmalige Aufstellung dieser Forderung auf einer Betriebsversammlung 1977 (noch vor dem Gewerkschaftsbeschluß) und das Engagement der Delegierten zuletzt auf dem Gewerkschaftstag 1983 bewiesen. Außerdem stellt Opel seit dem Führungswechsel im Betriebsrat Mitte der siebziger Jahre zu einer aktiven, linkssozialdemokratisch geprägten Gruppe und mit einem stabilen Vertrauenskörper (rund 1000 Vertrauensleute auf 25 000 Mitglieder) eine der stärksten Bastionen der hessischen IG Metall dar.<sup>49</sup>

Opel Rüsselsheim und sein regionales Umfeld sind traditionell sozialdemokratisch geprägt. In der Streikleitung, die mehrheitlich von führenden sozialdemokratischen Betriebsfunktionären bestimmt war, waren die betrieblichen Minderheitsströmungen der Grünen und der Kommunisten, deren Betriebsgruppe außerordentlich aktiv zur Unterstützung der Streikfront wirkte, integriert.<sup>50</sup> Gegen den Streik wirkten vor allem der CMV (5 von 49 Sitzen im BR) und die DAG (zwei Sitze), wobei auch in deren Potential die Polarisierung der Klassenfronten Teile an die Seite der Streikenden drückte.

Die Dimensionen eines Großbetriebes von besonderem Ausmaß beeinflussten in mehrerer Hinsicht den Streikablauf. Täglich betreten bis zu 5000 Beschäftigte, also etwa ein Siebtel der Belegschaft, das Werk – darunter waren allerdings allein 700 Personen Notbelegschaft (mit IG-Metall-Ausweis), 900 Auszubildende und 1400 AT-Angestellte. Den restlichen bis zu 2000 Streikbrechern standen 3000 bis 4000 Streikposten gegenüber, die täglich wechselten, so daß in der Woche bis zu 20 000 Mitglieder aktiv in den Streik einbezogen wurden. Der Rahmen des Arbeitskampaflaufs wurde durch eine Vereinbarung zwischen Streikleitung und Opel-Direktion bestimmt, nach der von

49 Vgl. hierzu D. Düe/J. Hentrich, *Krise der Automobilindustrie – Das Beispiel des Multi General Motors/Opel AG*, Informationsbericht des IMSF Nr. 35, Frankfurt 1981.

50 Die Betriebsgruppe der DKP bei Opel Rüsselsheim veröffentlichte während des Streiks 28 reguläre Ausgaben ihrer Betriebszeitung „Der Motor“, u. a. mit Interviews der führenden Betriebsfunktionäre, und gab Anfang August 1984 den Bildband „Ein großer Kampf – der Opel-Streik“ heraus. Generell erwies sich die DKP als einzige nationale Organisation, die von Beginn an die Streikbewegung mit allen Kräften unterstützte.

den insgesamt 36 Toren bis auf acht alle geschlossen wurden. Eine Aufkündigung dieser Regelung hätte für jede Seite Risiken und eine Eskalation zur Folge gehabt. In der zweiten Phase des Arbeitskampfes benutzte die Opel-Geschäftsleitung dieses Agreement als Drohung, um die Einhaltung einer von ihr gerichtlich erwirkten „Gassenbildung“ für die Streikbrecher zu sichern. Dieser Fakt wirkte als legalistische Eingrenzung von Aktivitäten, wenngleich nach organisatorischen Anlaufschwierigkeiten in den ersten Wochen aktive Elemente des Streiks wie Kundgebungen und Solidaritätsfeste vor den Toren, Bildungsveranstaltungen mit fortschrittlichen Wissenschaftlern, eigene Frau-aktivitäten und ähnliches erheblich zunahmen.

Als „weicher“ Punkt der Arbeitskampfführung des IG-Metall-Vorstandes stellte sich die unzureichende Einstellung auf die sozialpsychologischen Auswirkungen der kalten Aussperrung heraus, die als Folge der „Nadelstichtaktik“ ebenso vorherzusehen war wie die Verweigerung des Kurzarbeitergeldes durch die Bundesanstalt für Arbeit, die unter Druck der Bonner Regierung stand.<sup>51</sup> Die IG Metall hatte generell alle Betriebsräte darauf orientiert, unter Ausnutzung aller Rechte des BetrVG Produktionsstilllegungen zu verhindern bzw. zu verzögern. Die betrieblichen Reaktionen auf die kalten Aussperrungen hatten allerdings einen weitgehend spontanen Charakter. Sie hingen von der betrieblichen und örtlichen Aktions- und Führungstätigkeit ab, die im wesentlichen durch die jeweiligen betrieblich-hegemonialen Kräfte bestimmt war und unterschiedliche, positive wie negative Ergebnisse brachte.

Den negativsten Pol bildeten die süddeutschen BMW-Werke in München, Dingolfing und Landshut (nur 1200 Beschäftigte). In allen Belegschaften dominieren rechtssozialdemokratische und extrem sozialpartnerschaftliche Kräfte, wobei das politische Umfeld ebenfalls einen starken CSU-Einfluß sichert. Dies trifft trotz einer aktiven Verwaltungsstelle insbesondere auf das Werk Dingolfing zu, in dem sich große Gruppen als Arbeiter der ersten Generation aus dem niederbayerischen Raum rekrutieren (in München ist der Ausländeranteil höher). Die durch die Boulevardpresse angeheizte antigewerkschaftliche Stimmung fand hier große Resonanz und drückte sich in einer aggressiven Haltung gegenüber den Funktionären und in einer Austrittswelle aus. Aktionen als Bezugspunkt blieben sehr begrenzt (Dingolfing: Solidaritätsfahrt nach Stuttgart; München: Kundgebung am 18. Mai); an der Bonner Kundgebung am 28. 5. nahmen aus Dingolfing 50 und aus München 20 Beschäftigte teil. Die Distanz zur Gewerkschaft und zum Streik war noch durch die Haltung des Betriebsratsvorsitzenden gefördert worden, der sich in der Öffentlichkeit als Gegner der 35-Stunden-Forderung und mit eigenen Vorschlägen für eine Schlichtung unter *Helmut Schmidt* schon in der ersten Streikphase profiliert hatte.<sup>52</sup> Innerbetrieblich wurden die sozialen Folgen durch vorgezogene Urlaubsregelungen und Überbrückungskredite gedämpft.

51 Vgl. hierzu kritisch Dieter Keller: Zu den großen Streiks in Baden-Württemberg, in: *Unsere Zeit*, 26., 28. und 31. 7. 1984.

52 Auf der Hauptversammlung von BMW, am 5. 7. 1984, wurde die IG Metall vom Vorstand des BMW-Konzerns scharf angegriffen, während dem Betriebsrat „tiefer Respekt“ ausgesprochen wurde. Vgl. hierzu *Die Zeit* Nr. 29, 13. 7. 1984.

Die Objektkontrolle der Ausgesperrten wurde in keiner Weise überwunden. Für die IG Metall stellte die Entwicklung bei BMW einen ernsthaften Einbruch dar, der den auf Beendigung des Streiks und schnelle Kompromisse drängenden Kräften Argumente lieferte.

Einen aktiven Handlungstyp in der Reaktion auf die kalte Aussperrung repräsentiert das Opel-Werk Bochum, das im traditionell von der Arbeiterbewegung geprägten und daher eher solidarisch reagierenden Milieu des Ruhrgebiets liegt. Innerhalb des Betriebsrats existiert eine aktive linke Strömung von IG-Metall-Mitgliedern, daneben gibt es noch zwei linksoppositionelle Listen. Als die Konzernleitung von den 19000 Beschäftigten 12000 kalt aussperrte, formierte sich aufgrund der Inaktivität der Vertrauenskörperleitung ein informeller Aktionskreis, dessen Orientierungen und Vorschläge weitgehend von der IG-Metall-Ortsverwaltung übernommen wurden. Nachdem es über ein Einigungsstellenverfahren gelungen war, die kalte Aussperrung zu verzögern, scheiterte der Plan einer Betriebsbesetzung auf einer achtstündigen Betriebsversammlung am 12. Juni mit 6000 Teilnehmern daran, daß die Bekanntgabe des ersten Sozialgerichtsurteils gegen den „Franke-Erlass“ durch den Betriebsratsvorsitzenden den Handlungsimpuls schwächte.

Auch wenn es nicht gelang, gemeinsame Schritte der Ausgesperrten mit den noch Arbeitenden zu entwickeln, ging die Vielfalt der Aktionen von Demonstrationen u. a. beim Arbeitsamt, Solidaritätsfahrten nach Rüsselsheim bis zum Vorschlag eines Straßenfestes. Die außerbetriebliche Solidarität, vor allem von SPD-Gliederungen, der DKP und vielen Friedensinitiativen, war breit. Beispiele, auch aus anderen Aussperrungsbetrieben – wie etwa Daimler-Benz Bremen –, belegen, daß für den betrieblichen Reaktionsspielraum auch das solidarische Umfeld, das sowohl durch die Infrastruktur progressiver Bewegungen wie durch die Tendenzen der Medienberichterstattung beeinflußt wird, einen hohen Stellenwert besitzt.

### *Streikbasis und -qualität*

Die tragenden Kerne des Streiks waren die „alten Gruppen“ der Arbeiterklasse, die Industriearbeiter in den Großbetrieben, die den traditionellen Kern der Arbeiterklasse bilden und nach wie vor – zumindest beim deutschen Teil – eine feste Basis der Sozialdemokratie sind. Im Maße der Einbeziehung dieser Gruppen in die Aktion wuchs ihre Kampfbereitschaft. Besonders stabile und verfügbare Kräfte der aktiven Streikfront waren die gewerkschaftlich organisierten Ausländer. Sie brachten oftmals eine größere Beweglichkeit, Spontaneität und höhere Militanz in den Arbeitskampf ein. Dort, wo solche Impulse nicht blockiert wurden, kam es zur Annäherung insbesondere an jüngere deutsche Lohnabhängige, die durch gemeinsame kulturelle Aktivitäten (Straßenfeste usw.) gefördert wurde.

Die Angestellten erwiesen sich erneut als ein neuralgischer Punkt und organisationspolitisch ernsthaftes Zukunftsproblem der Gewerkschaften. Wie schon bei den Betriebsratswahlen sichtbar wurde, wirkten in dieser Gruppe

Konkurrenzverhalten und individuelle Anpassung am stärksten, und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung war hier am schwächsten verankert. Nur in Ausnahmefällen wurden die Angestellten zum Streik aufgerufen: Im IG Metall-Bezirk Stuttgart wurde darauf generell verzichtet, in Hessen waren sie nur in vier von neun Streikbetrieben aufgerufen (bei Opel, Honeywell Maintal, Daimler-Benz Kassel und später Triumph-Adler, um ein bundesweites Auslieferungslager zu blockieren), in der Druckindustrie streikten überwiegend nur die Arbeiter. In der Regel wurden Angestellte auch nicht ausgesperrt, entwickelten jedoch in einigen Betrieben, in denen aktive Angestellten-gruppen existieren, Solidaritätsaktionen. Dies trifft ebenfalls für einzelne Gruppen von Ingenieuren (z. B. VDO Schwalbach) oder in Zeitungsverlagen bei Journalisten zu (z. B. Frankfurter Rundschau: 40 Beteiligte an Solidaritätsstreiks).

Die Träger des Streiks vor Ort waren die betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungskader. Zentrale Aktivität war die Beteiligung an den Streikposten, die auch aus nicht betroffenen Gewerkschaften unterstützt wurden. Dies spielte eine besondere Rolle bei den beweglichen Streikaktionen und Blockaden in der Druckindustrie, weshalb die bürgerliche Presse ihre Angriffe auf diesen Punkt richtete. Unter den aktiven Streikposten, die aus meist jüngeren Kadern unterschiedlicher DGB-Gewerkschaften bestanden, fand ein intensiver Kommunikationsprozeß statt, der die neuen Erfahrungen und Lernprozesse verdichtete.

Generell konnte nicht von begeisterter Arbeitskampfatmosphäre und der Überwindung der Trennung von Akteuren und Zuschauern – insbesondere nicht mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet – gesprochen werden. Aber eine neue Streikqualität ist schon allein in der verstärkten Aufnahme zahlreicher Aktions- und Kulturelemente zu sehen, die durch die außerbetrieblichen Massenbewegungen der letzten Jahre mitgeprägt waren. Angesichts des traditionellen, oftmals ritualisierten und unpolitischen Streikverständnisses in der BRD deuten sich hier tiefgreifende Veränderungen an. Die unvollständige Aktionspalette reichte von der „Erprobung der 35-Stunden-Woche“, kurzen Warn- und Solidaritätsstreiks, spontanen Demonstrationen, Blockadeaktionen, der phantasievollen Bildung von „Gassen“ durch die Streikposten, neuen Kampfaktiken wie Wechselstreiks, militanteren Widerstandsformen gegen die Aussperrung, Umzingelung von Unternehmerzentralen über zentrale Aktionstage bis zum „Marsch auf Bonn“.<sup>53</sup>

Die in einem Arbeitskampf bisher breiteste Unterstützung leisteten Künstler, Theater- und Songgruppen sowie Schriftsteller. Sie förderten selbstorganisierte Kulturaktivitäten der Streikenden, die sich in der Bildung eigener Chöre, in der Gestaltung von Solidaritäts- und Familienfesten und ähnlichem artikulierten. Anknüpfend an die Tradition der „Walduni“ in der Startbahn-West-Bewegung im Rhein-Main-Raum entstanden in Frankfurt und in Wies-

<sup>53</sup> Vgl. Horst-Udo Niedenhoff, *Veränderte „Streikqualität“*. Der Arbeitskampf '84 signalisiert in Methoden und Wortwahl einen Wandel zum Schlechteren, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), *gewerkschaftsreport*, Juli 1984, S. 10–13.



baden/Mainz „Streikuniversitäten“, die von über 100 Wissenschaftlern unterstützt wurden und Bildungsveranstaltungen in den Streiklokalen anboten.<sup>54</sup>

Wechselwirkungen zwischen der politischen Kultur von Friedens- und neuen sozialen Bewegungen und der Streikbewegung konnten am ehesten dort wirksam werden, wo das großstädtische Milieu Annäherung und Kooperation begünstigte. In den Gewerkschaften wurden solche Impulse von jüngeren Lohnabhängigen- und Funktionärsgruppen aufgenommen. In einigen solcher Zentren – z. B. Frankfurt, Köln und Hamburg – war ein z. T. dichtes Netz von Stadtteilinitiativen entstanden. Solche Initiativen waren im Kern Sammelpunkte von politisch und gewerkschaftlich Aktiven, die z. T. im eigenen gewerkschaftlichen Wirkungsfeld nur unzureichende Möglichkeiten des aktiven Einschaltens in die 35-Stunden-Bewegung fanden. Sie waren zugleich aber auch eine Kontakt- und Austauschzone zwischen betrieblichen Aktivisten und Gruppen der Friedensbewegung sowie solcher auf die Arbeiterbewegung orientierten Kräfte wie DKP, SPD, DS und andere Linksgruppen. In Hamburg hatte sich aus dem Solidaritätsbündnis mit HDW ein breiter Koordinationskreis entwickelt, dem Vertreter der IG Metall, der AfA der SPD, der DKP und zahlreiche progressive Gewerkschafter – allerdings nicht mehr die Grün-Alternativen – angehörten. Trotz einiger bundesweiter Solidaritätserklärungen und der parlamentarischen Initiative zum Verbot der Aussperrung blieb das Verhalten der Grünen und der grün-alternativen Szene durch Reserviertheit und Passivität geprägt.<sup>55</sup> Dies weist nicht nur auf deren nach wie vor arbeiterklassenferne soziale Basis hin, sondern markiert auch Grenzen der politisierenden Ausstrahlung der Arbeitskämpfe in der Gesamtbevölkerung.

#### 4.4 Entwicklung und Grenzen des Kräfteverhältnisses

In den Streikkämpfen stieß ein Teil des gewerkschaftlich organisierten Kerns der Arbeiterklasse der BRD unmittelbar mit dem Monopolkapital zusammen, und zwar in der Konfrontation kämpfender Belegschaften und Gewerkschaften auf der einen und monopolistisch beherrschter Unternehmerverbände und Unternehmensleitungen auf der anderen Seite. Es fand ein direkter und harter Schlagabtausch ohne Puffer und Polster statt. Freilich erfolgte dieser Zusammenstoß nicht von einer Position der Machtparität aus, sondern im Rahmen eines sozialökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisses, das durch das System des SMK ausgedrückt und gesichert wird.

Diese Polarisierung erfaßte faktisch die gesamte Gesellschaft, sie wurde aber nicht in allen Bereichen handlungs- und einstellungsrelevant. Denn die Konfrontation erfolgte im ökonomischen Bereich, wo es um Lohn, Leistung

54 Vgl. hierzu die Erfahrungsberichte G. Prätorius/U. Wittig-Goetz, *Wissenschaft für den Streik, Erste Erfahrungen mit einer „Streikuniversität“ in Frankfurt*, in: *dvz/die tat* v. 6. 7. 1984; Richard Sorg, *Ansätze eines Bündnisses. Die Streikhochschule Mainz/Wiesbaden*, in: ebenda v. 13. 7. 1984; Edwin Schudlich, *Streikuniversität*, in: *links*, Juli/August 1984.

55 Zur Auseinandersetzung um den Gesetzentwurf der Grünen für ein Aussperrungsverbot vgl. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 7/1984, S. 442–450.

und Arbeitszeit geht. Sie erschien also als Teilkonfrontation. Die Polarisierung schritt fort im Maße der Politisierung des Kampfes und der Forderungen. Politisierung bedeutet dabei das Sichtbarwerden des Machtcharakters der Auseinandersetzung und der Positionen der Unternehmerverbände sowie die Verallgemeinerung der Kampforderungen. Dies war mit der kalten und heißen Aussperrung gegeben. Die Polarisierung konnte dabei um die Klasseninteressen erfolgen, was den Gewerkschaften eine ungleich größere Mobilisierungsreserve verfügbar machte als den Unternehmerverbänden. Die Wechselwirkung von politischer Legitimation und Breitenmobilisierung wurde in diesem Prozeß in Gang gesetzt, stieß jedoch auf Grenzen des in dieser Situation erzielbaren Kräfteverhältnisses.

Höhepunkt des Arbeitskampfes und der Politisierung war die dritte Streikwoche, die mit dem „Marsch auf Bonn“ und der Betriebsbesetzung von Filter-Knecht begann. Beides waren aufgrund der Massenmobilisierung, der Stoßrichtung gegen die Koalition von „Kabinett und Kapital“ und der neuen Militanz in der Aktion für die Unternehmerverbände wie für die Regierung Signale, deren Breitenecho sie abwarten wollten. In der Massenresonanz wie im Mobilisierungsgrad zum Aussperrungsbeginn in Hessen (30. Mai) zeichneten sich jedoch Grenzen ab. Der Radius von Solidaritätsaktionen innerhalb und außerhalb des DGB erweiterte sich nicht entscheidend.

Eine Vorwärtsdynamik des Arbeitskampfes hätte in dieser Situation eine Ausweitung von Streiks auf neue Bereiche erforderlich gemacht. Am Ende der dritten Streikwoche (am 1. Juni) entschied sich der Vorstand der IG Metall gegen dementsprechende Anträge und setzte auf Konfliktbegrenzung, weil er offenbar das aktivierbare Druckpotential für weitgehend erschöpft und eine Einbeziehung weiterer Bezirke in die Streikfront für zu riskant hielt. Damit war der Umschlagpunkt von der offensiv-expansiven zur eher stagnativen Phase im Arbeitskampf erreicht.

Während in der vierten Streikwoche ergebnislos Kompromißspielräume bei den Unternehmern in Verhandlungen getestet wurden, setzten IG Metall und DGB die Deeskalationslinie fort (Verzicht auf bundesweite Solidaritätsstreiks) und stellten sich auf eine Lösung in einem Schlichtungsverfahren ein, das am 15. Juni, dem Ende der fünften Streikwoche, vom Vorstand der IG Metall akzeptiert wurde.<sup>56</sup> In der letzten Streikphase (sechste und siebte Woche) fielen die Logik der Verhandlungen und die Logik der Massenbewegung zunehmend auseinander, was sich in verstärktem Basisdruck aus der weiterhin stabilen Streikfront und Kritik an der Führung artikulierte.

Bei den Unternehmerverbänden herrschte bis in die letzte Arbeitskampfphase eine Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse vor.<sup>57</sup> Unterschätzt worden war von Anfang an die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften, ihre Fähigkeit zur Initiative und die davon ausgehende Dynamik auf die Klasse. Dies hatte sich in der falschen Beurteilung der Urabstimmungsergebnisse und der

56 Zur Einleitung der Schlichtung vgl. den Bericht in: *Der Spiegel* Nr. 27/1984, S. 24-26.

57 Deutlichste Symptome für wachsenden Realitätsverlust boten die hysterischen Kommentare der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

langen Stabilität der Streikfront gezeigt. Ihre Spekulationen über die Reichweite der demoralisierenden und destabilisierenden Wirkungen der heißen und der kalten Aussperrung waren nicht aufgegangen. Mit den Sozialgerichtsurteilen erfolgte vielmehr in der letzten Streikphase eine Druckentlastung für die Gewerkschaften.

Die harte Linie der Unternehmerverbände war in den Metallverhandlungen in der vierten Streikwoche noch mit der Ablehnung jeder generellen Wochenarbeitszeitverkürzung, der Drohung mit dem Verzicht auf einen Kompromiß und einem tariflosen Zustand, sowie in der Druckindustrie am 21. Juni mit der brüskierenden Ablehnung der *Biedenkopf*-Vorschläge durch die Unternehmer öffentlich sichtbar geworden.<sup>58</sup> Diese Blockadelinie mußte sich angesichts des zwar nicht erweiterten, aber stabil bleibenden gewerkschaftlichen Streikpotentials als unrealistisch erweisen, so daß innerhalb des Unternehmerlagers die Kompromißkräfte an Gewicht gewannen.<sup>59</sup>

Durch ihre eindeutige Bindung an Ziele und Politik der Unternehmer und ihre Instrumentalisierung für diese Politik („Franke-Erlaß“ usw.) schaltete sich die *Kohl/Genscher*-Regierung als potentieller und aktueller Konfliktvermittler aus. Innere Krisen im konservativen Block auf dem Höhepunkt des Arbeitskampfes – Fortsetzung des Verfallsprozesses der FDP bei den Europawahlen und der durch den Parteienfinanzierungsskandal ausgelöste Rücktritt *Lambsdorffs* – zwangen die Regierung zu einem zunehmend zurückhaltenden Kurs und begrenzten damit auch die Konfrontationslinie der Unternehmerverbände.<sup>60</sup> Die Aufgabe der Entschärfung der Konfrontation wurde vor allem von den Sozialgerichten übernommen, die zuletzt die Aufhebung des „Franke-Erlasses“ veranlaßten. Auch wenn es der Gewerkschaft nur begrenzt gelang, die Wirkung der Urteile politisch umzusetzen, wurde damit die Position der Unternehmerverbände geschwächt und der Druck verstärkt, das Tabu der 40-Stunden-Woche fallenzulassen. Damit bestätigte sich die Bedeutung der juristischen Konfliktebene in diesem Arbeitskampf, einer besonderen Ebene des Kampfes um Hegemonie. Sichtbar wird erneut eine Grundtendenz des SMK-Staates, nämlich die Verlagerung der „Konsensdefinition“ vom Parlament und der Regierung zu den Obergerichten, die ebenfalls schon in der Konfliktphase Ende der 70er Jahre im „Mitbestimmungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts zum Ausdruck gekommen war.

Bei der Kompromißfindung in der Sache selbst konnte sich die Sozialdemokratie in Gestalt *Georg Lebers*, eines ehemaligen exponierten Vertreters des Sozialpartnerschaftsflügels im DGB, als Integrationskraft profilieren. Mit *Leber*, und später im Lufthansa-Konflikt *Karl Schiller*, sollte seitens führender SPD-Kräfte eine neue Aufwertung der sozialpartnerschaftlichen Kräfte in den Gewerkschaften erfolgen, deren Position durch den Arbeitskampf geschwächt

58 Der Bundesverband Druck erhielt unmittelbar seine Weisungen von Gesamtmetall und dem BDA, vgl. *Der Spiegel* Nr. 29/1984, S. 17, *Welt der Arbeit* Nr. 26/27, 13. 7. 1984.

59 Als publizistischer Vorreiter dieser Kräfte profilierte sich das „Handelsblatt“.

60 Blüm warnte Anfang Juni die Unternehmer vor Angriffsaussperrungen (*FAZ* 7. 6. 1984), und Kohl erklärte für die Regierung am 6. 6., Wochenarbeitszeitverkürzungen seien kein Tabu (*Handelsblatt* 7. 6. 1984).

wurde, zugleich aber auch der Monopolbourgeoisie die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Sicherung eines „sozialen Konsenses“ und „sozialen Friedens“ in Erinnerung gerufen werden. Neue Integrationsmodelle werden schon deshalb wieder verstärkt favorisiert werden, weil das strategische Ziel des konservativen Blocks, nämlich die Gewerkschaften als Gegenmacht entscheidend zu schwächen, in diesem Arbeitskampf gescheitert ist. Die gewerkschaftliche Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit bestand unter komplizierten Bedingungen den Härtetest. Gescheitert ist auch der nach der Annahme des *Leber-Modells* noch unternommene Versuch, zumindest den „radikalen“ Gewerkschaftsflügel zu schwächen und der IG Druck und Papier eine demütigende Niederlage aufzuzwingen.<sup>61</sup>

## 5. Zukunftsprobleme der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Die Bewertung der Ergebnisse des Arbeitskampfes kann sich nicht in der kritischen Einschätzung des materiellen Resultats, also hauptsächlich des erzielten Kompromisses in der Arbeitszeitfrage, erschöpfen. Sie muß eine politische Bilanzierung enthalten, wenn sie nicht in der Beschreibung des Erreichten verharren, sondern die Bedingungen für die Verarbeitung des Arbeitskampfes in den Gewerkschaften und die betriebliche Umsetzung sowie die Perspektiven des Kampfes um die 35-Stunden-Woche ausloten will.

### 5.1 Zum Ergebnis der Tarifabschlüsse

Die als Ergebnis des Arbeitskampfes erzielten Tarifabschlüsse in der Metall- und Druckindustrie enthalten neben die Realeinkommen nicht sichernden Einkommenserhöhungen mit langer Laufzeit, einer Verbesserung der Lohnstruktur (Druck) und der Möglichkeit zum Abschluß einer Vorruhestandsregelung (Metall) im wesentlichen zwei Komponenten: die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 1,5 auf 38,5 Stunden und die Möglichkeit zur Arbeitszeitflexibilisierung in unterschiedlichem Ausmaß.<sup>62</sup>

Die Reduzierung der Wochenarbeitszeit ab April 1985 stellt einen Erfolg dar, auch wenn kein Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden konnte. Das 40-Stunden-Tabu der Unternehmerverbände wurde damit gebrochen, allerdings um den Preis zum Teil weitreichender Flexibilisierungsmöglichkeiten, die in der Metallindustrie größer sind als in der Druckindustrie und in den Tarifverträgen für die Stahlindustrie und das VW-Werk.<sup>63</sup>

61 Am 27. 6., einen Tag nach Verkündung des *Leber-Modells*, wandte sich Erwin Ferlemann, der Vorsitzende der IG Druck und Papier, mit einem dramatischen offenen Brief an alle Mitglieder: „Wir werden nicht zu Kreuze kriechen.“ *druck und papier* Nr. 17, 27. 6. 1984.

62 Die IG Druck und Papier konnte die angestrebte Ausweitung von Mitbestimmungsrechten für Betriebsräte nicht durchsetzen.

63 Vgl. dazu: Ingrid Kurz-Scherf: *Arbeitszeit im Umbruch*, WSI-Arbeitsmaterial Nr. 4, Düsseldorf 1984; vgl. auch Hautsch/Pickshaus/Priester, *Der Arbeitskampf ...*, a.a.O., Kapitel V.

Während in der Druckindustrie die bisher schon vorhandenen zeitlichen Flexibilisierungsmöglichkeiten bei nunmehr allerdings generell verkürzter Arbeitszeit in den neuen Tarifvertrag übernommen wurden, kann in der Metallindustrie die Arbeitszeit künftig nicht nur zeitlich, sondern auch individuell oder gruppenspezifisch zwischen 37 und 40 Stunden variiert werden.<sup>64</sup>

Der Abschluß des Metalltarifvertrages auf der Basis der Vorschläge *Georg Lebers*<sup>65</sup> stellt demnach einen Einbruch in das bisherige Tarifvertragssystem dar, indem er die Möglichkeit individuell oder gruppenspezifisch unterschiedlicher Arbeitszeiten fixiert und so den vereinheitlichenden Charakter tariflicher Regelungen und damit die Schutzfunktion von Tarifverträgen tendenziell unterhöhlt. Diese Gefahr darf nicht unterschätzt werden, ihre perspektivischen Auswirkungen lassen sich noch nicht abschätzen.

Wie die mit dem Tarifvertrag geschaffenen neuen Flexibilisierungsspielräume von den Unternehmern in der Praxis genutzt werden können, hängt wesentlich vom Widerstandspotential der Belegschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte ab. Somit könnte sich die Regelung für die Unternehmer letztlich lediglich als *Teilerfolg* erweisen, nicht aber als der „große Durchbruch“. Denn weder entspricht der Tarifvertrag den ursprünglichen Absichten der Unternehmer (Jahresarbeitszeitverträge, tarifliche Legitimierung von Teilzeitarbeit und Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze), noch konnten sie einen *bedeutenden* Spielraum für die Differenzierung der Arbeitszeiten durchsetzen.<sup>66</sup> Zudem ergibt sich aus den Regelungen ein Zuwachs von Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der Betriebsräte bei der Überwachung der zu vereinbarenden individuellen vertraglichen Arbeitszeiten. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß bei extensiver Nutzung der neuen Flexibilisierungsmöglichkeiten die Unternehmer Neueinstellungen in größerem Umfang verhindern<sup>67</sup> und erhebliche Spannungen in die Belegschaften tragen können, die sich u. a. aus langfristig entstehenden Einkommensdifferenzierungen aufgrund unterschiedlicher Arbeitszeiten ergeben könnten. Die aus einer Fülle unterschiedlicher individueller Arbeitszeiten möglicherweise erwachsende Gefahr der Einführung oder Erweiterung EDV-gestützter Zeiterfassungs- und

64 Die Details dieser Flexibilisierungsregelungen bei Kurz-Scherf, a.a.O.

65 Leber hatte in seinem „Lösungsvorschlag“ die unternehmerischen Flexibilisierungsideen aufgegriffen und kapitalistische Modernisierungsinteressen mit der gewerkschaftlichen Forderung nach der Sicherung von Arbeitsplätzen zu verbinden versucht. Aus diesem Grund ist der Tarifvertrag vielfach als „Meilenstein“ in der Geschichte der Tarifpolitik gefeiert worden, während Kritiker innerhalb der Gewerkschaften ihre Meinung zum Leber-Kompromiß durch die Schlagworte „Leberkäse“, „Lebertran“ und „Leberhaken“ zum Ausdruck bringen, was sich auch in den Ergebnissen der Urabstimmung zum Abschluß des Streiks niederschlug: Nur 52,4 Prozent der abstimmenden Metaller sprachen sich in Hessen und nur 54,5 Prozent in Baden-Württemberg für das Leber-Modell aus.

66 Diese Auffassung vertritt I. Kurz-Scherf, a.a.O., S. 41.

67 Zu den Beschäftigungswirkungen der Abschlüsse bei Metall und Druck liegen unterschiedliche Schätzungen vor. Die IG Druck und Papier hält lediglich die Verhinderung eines weiteren Abbaus von 20000 Arbeitsplätzen für möglich (FAZ 12. 7. 84), die IG Metall rechnet mit 70000 neuen Arbeitsplätzen in der Metallindustrie (Hans Janßen in „Erziehung und Wissenschaft“, a.a.O., S. 6). Die Bundesanstalt für Arbeit erwartet für 1985 40000 und 1986 weitere 50000 neue Arbeitsplätze als Effekt des Metall-Tarifvertrags (Stuttgarter Zeitung, 6. 7. 84).



-kontrollsysteme muß beachtet werden. Ein weiteres Problem stellt die durch den Abschluß forcierte Verlagerung der Regelungskompetenzen vom Tarifvertrag auf die Betriebsvereinbarung und damit von der gewerkschaftlichen Tarifpolitik auf die Ebene der Betriebsratspolitik dar.

Den aus dieser Entwicklung resultierenden negativen Konsequenzen kann durch die Weiterentwicklung betriebs-, d. h. auch beschäftigtenaher Ansätze der Gewerkschaftspolitik, die Aktivierung der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit und die stärkere Einbindung der Betriebsräte in die Gewerkschaftsarbeit entgegengewirkt werden. Die Notwendigkeit hierzu wird von der IG Metall gesehen. Ihr unmittelbar nach dem Tarifabschluß erarbeitetes „Umsetzungsprogramm“<sup>68</sup> sieht vor, daß noch im Herbst 1984 umfangreiche Schulungsmaßnahmen für Betriebsräte und Vertrauensleute über die Risiken und Chancen des neuen Tarifvertrages durchgeführt werden, wobei neben Auslegungsfragen auch Strategien zur beschäftigungswirksamen Realisierung der 38,5-Stunden-Woche auf der betrieblichen Ebene diskutiert werden sollen. Erst nach erfolgter Schulung sollen dann in Absprache mit der Gewerkschaft Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden.

## **5.2 Nach dem Streik: Fragen für die Zukunft**

Der spezifische politische Charakter des Arbeitskampfes resultierte aus der Situation, daß der Arbeitszeitkonflikt von der herrschenden Klasse zum Test für die Durchsetzungsfähigkeit der konservativen Strategie gemacht worden war. Wie die Entwicklung der Positionen im Arbeitskampf selbst zeigte, besaß die Aufrechterhaltung des 40-Stunden-Tabus für den Erfolg oder Mißerfolg dieser strategischen Zielsetzung politische Symbolkraft. Im eindeutigen Scheitern dieses Ziels liegt die über die aktuelle Situation und die materiellen Ergebnisse weit hinausreichende Bedeutung des Kampfes. Durch die auch im aktuellen westeuropäischen Vergleich herausragende Demonstration der autonomen Handlungsfähigkeit einer Gewerkschaftsbewegung in einer komplizierten Situation werden damit Grenzen der konservativen Hegemonie sichtbar.<sup>69</sup> Auch wenn die politische Landschaft der BRD nicht unmittelbar verändert wurde, muß die herrschende Klasse die Arbeiterbewegung als Gegenmachtfaktor zur „Wendepolitik“ nach diesem Arbeitskampf ernster nehmen, als sie es vorher zu tun bereit war.<sup>70</sup>

68 Klaus Lang, Umsetzung der neuen Arbeitszeitbestimmungen: Herausforderung für die gewerkschaftliche Betriebspolitik, in: *Der Gewerkschafter* 8/1984, S. 2. Hans Vossen, 38,5-Stunden-Woche: Wie kann man sie wirksam im Betrieb umsetzen?, in: *Unsere Zeit* v. 14.8.1984.

69 In „revier“ (Nr. 8/1984, S. 28) wird dagegen die Auffassung vertreten: „Konfrontiert mit der konservativen Strategie gesellschaftlicher Neustrukturierung haben sich die Gewerkschaften der BRD als Papiertiger erwiesen.“ Eine konträre Auffassung äußert Horst-Dieter Zahn, „Kein großer Sieg, aber auch keine Niederlage. Warum alles in allem dieser Abschluß ein Erfolg ist.“ In: *express* Nr. 7, Juli 1984, S. 1 und 17.

70 Von ausschlaggebender Bedeutung für eine realistische Gesamtbewertung des Arbeitskampfes ist die Beachtung der Ausgangslage. Vgl. hierzu Herbert Mies, Die Weichen sind gestellt, in: *Unsere Zeit* v. 7. 7. 1984.



Es hat nicht lange gedauert, bis nach Abschluß der Tarifverträge die ersten Stimmen laut wurden, die einen Abbau der Konfrontation und insbesondere der Politisierung des Konflikts intendierten. In dieser „zweiten Runde“ trat in der Strategie von Unternehmern und Regierung stärker das Bemühen in den Vordergrund, das im Streik spürbar gewordene und durch ihn entwickelte Kräfteverhältnis in Rechnung zu stellen und Formen der institutionalisierten Sozialpartnerschaft neu zu beleben („Kamingespräche“). Als Grundorientierung ist für das Monopolkapital in der BRD eine funktionsfähige Integrationspolitik gegenüber den Gewerkschaften unabdingbar und wird im Zweifelsfalle auch restriktiveren Strategien, wie sie in Großbritannien in den Gewerkschaftsgesetzen und nach dem Arbeitskampf in Überlegungen für ein Verbändegesetz zum Ausdruck kommen, vorgezogen. Aber auch innerhalb des DGB zeigen erste Stimmen, daß die Wiederbelebung korporatistischer Integrationsmodelle neue Auseinandersetzungen provozieren wird, zumal einige damit die Spekulation einer Neuaufgabe einer „großen Koalition“ verbinden.<sup>71</sup> Auf solche Weise würde aber gerade das, was die Gewerkschaftsbewegung durch diesen Kampf an einsatzfähiger Gegenmacht gewonnen hat, wieder aufs Spiel gesetzt.

Im Zusammenhang mit diesem Kampf bildete sich ein Block von Gewerkschaften heraus, die sich stärker an den Klasseninteressen der Mitglieder orientieren. Kern waren die IG Druck und Papier und die IG Metall, aber auch aus anderen Bereichen insbesondere des öffentlichen Dienstes wurde Unterstützung sichtbar. In diesem Konflikt um die Arbeitszeit war der kämpferische Flügel zum Kraftpol der DGB-Gewerkschaften geworden. Selbst Gewerkschaften, die mehr oder weniger offen die 35-Stunden-Zielsetzung sabotiert hatten, profitierten von dieser Bewegung bei ihren Vorruhestandsabschlüssen. Es ging also auch um eine gewerkschaftspolitische Weichenstellung.

Wegen der Schärfe der Auseinandersetzung legte der Streik organisatorische und politische Unzulänglichkeiten und Schwächen in der Mobilisierungsfähigkeit bloß.<sup>72</sup> Durch die innergewerkschaftliche Verarbeitung dieser Schwachstellen, die nicht einfach nur aus der Summierung von Fehlern der Vergangenheit resultieren, sondern auch auf neue Anforderungen aufmerksam machen, wird letztlich die Zukunft der Gewerkschaften mitentschieden.

Wie erwähnt, wurde der Streik im wesentlichen von den „traditionellen Truppen“ der Gewerkschaftsbewegung getragen, d.h. von den Kerngruppen der Industriearbeiterschaft in traditionsreichen Betrieben der verarbeitenden

71 Insbesondere der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach betonte nach dem Streik mehrmals, dieser habe sich nicht gegen die Regierung gerichtet. Überlegungen einer „großen Koalition“ wurden schon vor geraumer Zeit von Hermann Rappe, SPD-MdB und Vorsitzender der IG Chemie, geäußert (vgl. Presse-Dienst der IG Chemie-Papier-Keramik v. 30. 11. 1983) und im August 1984 von Wolfgang Roth (Fraktionsvorstand der SPD) aufgegriffen.

72 Dies wird selbstkritisch auch von führenden IG-Metall-Funktionären angesprochen. Hans Mayr wies auf die mangelnde „Solidarität innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes und in der eigenen Organisation“ hin. „Man habe auch die Kampfbereitschaft von Arbeitern außerhalb des Kampfgebietes falsch eingeschätzt. Aussperrung und ‚kalte‘ Aussperrung hätten nicht stark genug mobilisiert“ (nach FAZ v. 4. 7. 1974).

Industrie. Bei den Angestellten und den technischen Kadern (Ingenieure und dergleichen) war es dagegen oft schwierig, sie zur Solidarität mit ihren streikenden oder ausgesperrten Arbeiterkollegen zu bewegen. Ähnlich war es mit Beschäftigten in anderen Branchen, vor allem in Dienstleistungsbereichen, wo oft wenig Verständnis, teilweise Ablehnung für die Streikziele bestand.

Mit dem künftig sich fortsetzenden Abbau von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie werden die traditionellen Truppen weiter schrumpfen. Ein zentrales Problem wird die gewerkschaftliche Verankerung in den high-tech-Industrien sein, die einen neuen Belegschaftstypus repräsentieren. Soll ein gewerkschaftlicher Machtverlust vermieden werden, müssen auf diesem Sektor Kräfte konzentriert werden. Dies kann Überlegungen einer alternativen Technologiepolitik der Gewerkschaften, neuer Organisationsprozesse unter solchen qualifizierten Lohnabhängigengruppen wie auch Auswertungen der Arbeitskämpferfahrungen einschließen.<sup>73</sup>

Auswertungen des Arbeitskampfes werden sich nicht nur auf die traditionellen Kriterien der Streikerfahrung beschränken können. Daß das Kapital diese Auseinandersetzung zur gesellschaftspolitischen Machtfrage eskalierte, dahinter steckte der Umstand, daß die 35-Stunden-Forderung die Frage der Entwicklungslogik der Ökonomie aufwarf und sozialpolitische Grundorientierungen zum Kampfgegenstand gemacht wurden.

Die 35-Stunden-Bewegung hatte die breitere Thematisierung von Fragen in der gewerkschaftlichen Diskussion gefördert, die über das Arbeitszeitproblem hinaus weitere politische Kampffelder berühren.<sup>74</sup> Die beschäftigungspolitischen, leistungs- und humanisierungspolitischen sowie freizeit- und kulturpolitischen Dimensionen von Arbeitszeitverkürzungen stellen die Gewerkschaften vor die Notwendigkeit, umfassendere Alternativen und Handlungskonzepte auch in diesen Bereichen zu entwickeln. Dies wird insbesondere auf zwei Gebieten vordringlich: Schon die Auseinandersetzung in den Krisenbranchen Stahl und Werften hatte die Notwendigkeit einer alternativen Wirtschaftspolitik unterstrichen, die machtpolitische Veränderungen wie Verstaatlichung und Ausweitung von Mitbestimmungsrechten einschließt. Angesichts der geringfügigen Beschäftigungswirkungen der Tarifabschlüsse erhält der Kampf für eine Umorientierung staatlicher Wirtschaftspolitik noch größere Aktualität. Zum anderen werden tarifpolitisch zur Flankierung der weiteren Arbeitszeitverkürzungskonflikte ein stärkerer Einfluß auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen sowie ein Zugriff auf den sich vergrößernden Sektor der „ungeschützten Lohnarbeit“ an Bedeutung gewinnen.<sup>75</sup>

In der Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeit wird die Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften zu einer Schlüsselfrage. Der 35-Stunden-Kampf und die Sicherung des gewerkschaftlichen Gegenmacht-potentials waren dafür eine wichtige Voraussetzung.

73 Vgl. hierzu die erste Streikauswertung von Rolf Knecht (Gesamtbetriebsrat bei Honeywell Maintal), *Der IG-Metall-Streik bei Honeywell – Einige Gedanken*, in: *Unsere Zeit* v. 7. 8. 1984.

74 Vgl. K. Pickshaus, *Weiterwirkende politische Aspekte des Kampfes um die 35-Stunden-Woche*, in: L. Mahlein u. a., a.a.O.

75 Vgl. hierzu die Referate von W. Riester und G. Gerlach in: L. Mahlein u. a., a.a.O.



## **Werftbesetzung und Umbruchperiode der Arbeiterbewegung**

*Fritz Fiehler/Holger Geißelbrecht*

*1. Schiffbaukrise, Massenarbeitslosigkeit und Privatisierung – 2. HDW Hamburg: Umgruppierung einer Belegschaft und die Dynamik des offenen Betriebskampfes – 3. Notwehr, „allein vorwärtstreibende“ Kampfform oder Signal?*

Die Krise des Kapitals offenbart das Klassenschicksal der „modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt“.<sup>1</sup> In der gegenwärtigen Periode der Überakkumulation stehen spekulierendes Kapital und Massenarbeitslosigkeit einander gegenüber. Aber es geht nicht mehr allein um Krise und Folgen, sondern um Politik mit der Krise. Die ganze Abwälzung der Krisenfolgen auf den Rücken der Arbeiterklasse, die Parteinahme der Regierung für das Kapital und die Politik der Entsolidarisierung schälen das politische Ziel des Kapitals heraus: die Krise in die Gewerkschaften hinein zu verlängern. „Man kann ohne zu übertreiben oder zu dramatisieren feststellen, daß sich die deutschen Gewerkschaften – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auf die veränderte Lage noch nicht klar genug eingestellt haben. Sie sind in die Defensive geraten. In weiten Bereichen, auch in vielen Betrieben, breitet sich Furcht aus, Lähmungserscheinungen sind nicht zu übersehen.“<sup>2</sup>

Die Werftbesetzungen in Hamburg und Bremen im Herbst 1983 sind als ein Signal für die Arbeiterbewegung gewertet worden.<sup>3</sup> Befindet sich die Arbeiterklasse in einer Umbruchperiode? Da in den Werftbesetzungen Schwächen und Stärken, Fraktionierung und Vereinheitlichung, Resignation und Politisierung miteinander verquickt sind, läßt ihre Betrachtung Schlußfolgerungen für das Verständnis der gegenwärtigen Klassenkampfsituation zu. Welche Bedingungen haben den Werftbesetzungen zugrunde gelegen? Inwiefern hat die Dynamik des offenen Betriebskampfes Veränderungen der Belegschaften bewirkt? Warum erlitten die Belegschaften Niederlagen und wie wurden diese verarbeitet? Welche Probleme stellen sich nach den Besetzungen? Diese Fra-

1 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 468.

2 L. Mahlein, Gewerkschaften heute, Frankfurt/M. 1983, S. 6.

3 Eine ausführliche politische Bewertung der Lehren der Werftbesetzung hat in der UZ – Zeitung der DKP stattgefunden. Vgl. H. Geißelbrecht, Neun Tage waren wir die „Herren“ auf der Werft, UZ 13. 12. 83; H. Jahn/H. D. Riechers, Aufrecht durchs Tor, UZ 20. 12. 83; W. Gehrcke, Die Stadt kämpft um die Werften, UZ 28. 12. 83; H. Hoffmann, Rolle der Kommunisten bei der Besetzung der Werft, UZ 6. 1. 84; H. Giersiepen/ K. Pickshaus, So lautet die Lehre Nr. 1: Nur wer kämpft, kann gewinnen, UZ 13. 1. 84.

gen sollen hier in erster Linie anhand der HDW-Besetzung in Hamburg erörtert werden.<sup>4</sup>

## 1. Schiffbaukrise, Massenarbeitslosigkeit und Privatisierung

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise 1981/82 hat zur erneuten Zuspitzung der Werftenkrise, zur industriellen Auszehrung Norddeutschlands und zur rigorosen Durchsetzung der sozialreaktionären Wirtschaftspolitik der Bundesregierung beigetragen.

1. Der erneute Einbruch im krisengeschüttelten Schiffbau macht die bisherige Anpassungspolitik der Werften („Abschmelzen der Belegschaften“, Konzentration auf Spezial- und Marineschiffbau, Überwintern mit Reparatur- und Diversifikationsarbeiten etc.) hinfällig. Kapitalvernichtung, Produktivkraftsteigerung und Verdrängungskonkurrenz beschleunigen sich, ganze Werke und Werften stehen zur Disposition. Diesen Krisenprozessen entspringen Entsolidarisierungstendenzen, da das Nebeneinander von Überarbeit, Kurzarbeit und Entlassungen die gewerkschaftliche Einheit untergräbt.<sup>5</sup>

2. In Wechselwirkung mit dieser Schiffbaukrise steht die Krise der norddeutschen Region.<sup>6</sup> In Hamburg nimmt die Zahl der Arbeitslosen von 30000 1981 auf annähernd 80000 Ende 1983 zu. Wirtschaftspolitische Konzepte des Senats (Ersatz niedergehender durch aufsteigende Branchen – Schiffbau/Luftfahrzeugbau – und beschäftigungspolitische Verpflichtungen öffentlicher Unternehmen – HEW/Fernwärmeerzeugung, zweiter Arbeitsmarkt) scheitern an ihrer Unzulänglichkeit oder werden von den Krisenwirkungen überholt.<sup>7</sup>

3. Da die HDW-Werft dem Salzgitter-Konzern angehört, treten die Stahlkrise, die sozialreaktionäre Wirtschaftspolitik und Ländergegensätze (Kiel/Hamburg) als weitere Bedingungen hinzu. Die bisherige Funktion der Staatsunternehmen, Stütze für marktwirtschaftlich gefährdete oder nicht regulierba-

4 Siehe dazu auch: L. Bading, *Klassenstruktur und politische Bewegung. Beispiel Hamburg: Gewerkschaftliche und neue soziale Bewegungen. Soziale Bewegungen Heft 15, Frankfurt 1984.*

5 Vgl. die Schilderung der Betriebsräte Reinken und Sörgel bei Klöckner über das Gegeneinander der Belegschaften im Streit der „feindlichen Brüder“ um Stahlquoten und über den Lernprozeß für eine betriebliche Gewerkschaftspolitik, die sich aus der „Umklammerung“ mit dem „eigenen“ Unternehmer löst und betriebsübergreifend werden muß. Sörgel/Reinken, *Alle in einem Boot*, in: Gruber/Sörgel (Hg.), *Stahl ohne Zukunft, Hamburg 1984, S. 108 ff.*

6 Vgl. zur Schiffbaukrise als Teil der Überakkumulationsperiode Memorandum 83, *Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung – Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik*, Köln 1983, S. 210 ff.; Heseler/Kröger (Hg.), *Stell Dir vor, die Werften gehören uns*, Hamburg 1983, S. 21 ff.; J. Koch, *Zu einigen Problemen der internationalen Strukturkrise im kapitalistischen Schiffbau*, in: *Wirtschaftswissenschaft 3/1984, S. 407 ff.*; L. Hajen, *Krise des Schiffbaus*, in: *Hamburg Studien, Opladen 1983, S. 132 ff.* Gemäß einer Untersuchung der IG Metall wird allein in der Metallindustrie an der Küste eine Arbeitsplatzvernichtung von 30000 erwartet. Vgl. GEWOS, *Bestandsaufnahmen zum Beschäftigungsprogramm Küste, Hamburg 1984.*

7 Vgl. F. Fiehler, *Arbeitsplatz Hamburg*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981, S. 276*; L. Bading, *Beispiel Hamburg*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt/M. 1982, S. 107 ff.*



re Betriebe, Branchen und Regionen zu sein, verkehrt sich in ihr Gegenteil: rigorose Geschäftspolitik, engere Anbindung ans marktwirtschaftliche Kalkül, Kapitalvernichtung und/oder Privatisierung.<sup>8</sup> Gerade in Zeiten marktwirtschaftlicher Amputation von Staatsunternehmen haben sich das Einverständnis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie mit der Ergänzungsfunktion und auch die Ressentiments gegenüber Verstaatlichungen sowie der Mangel an programmatischen Vorstellungen über mögliche Gestaltungsfunktionen in der Struktur- und Beschäftigungspolitik als Nachteil für die Kampfbedingungen erwiesen.<sup>9</sup>

## 2. HDW Hamburg: Umgruppierung einer Belegschaft und die Dynamik des offenen Betriebskampfes

Für die Werftbesetzung hat die Aktionsleitung eine hervorragende Rolle gespielt. Die unterschiedlichen Kräfte der Belegschaft konnten zu einer betrieblichen Aktionseinheit zusammengeführt werden. Die Aktionsleitung erwies sich als fähig für ihre Aufgabe, weil sie alle Kräfte integrieren konnte und Autonomie im Kampf entwickelte. Die betriebliche Aktionseinheit machte die außerbetriebliche möglich.<sup>10</sup> Was führte die Belegschaftskräfte zusammen, welche Vorstellungen wurden mit der Aktion verbunden, warum zerfiel sie nach der Niederlage, wer waren ihre Erben und wie veränderte sich die hegemonale Struktur im Betrieb?

### 2.1 Krise der Sozialpartnerschaft oder das Ende der „Ära Peters“

Die Geschichte der Werftarbeiter zeichnet sich durch einen überdurchschnittlichen Organisationsgrad, traditionsreiche gewerkschaftliche Kämpfe und die Entwicklung linker Kräfte aus.<sup>11</sup> In den sechziger und siebziger Jahren herrschte in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung eine sozialpartnerschaftliche Orientierung vor, die mit ihrem exponierten Vertreter, dem langjährigen Betriebsratsvorsitzenden *Peters*, als „Ära *Peters*“ in die Geschichte eingegangen ist. Die „Ära *Peters*“ unterstellt sowohl den Schiffbauboom bis zur Mitte der siebziger Jahre als auch die ersten Anpassungsprozesse zu Beginn der Krise bei noch vorhandenen betrieblichen Verteilungsspielräumen sowie den Draht nach Bonn. Mit der Subventionspolitik

8 Die Politik der Privatisierung darf dabei nicht als Rückzug des Staats verstanden werden. Vgl. IMSF, Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, IMSF-Beiträge 6/II, Frankfurt/M. 1982, S. 205 ff.

9 Über die Gestaltungsmöglichkeiten öffentlicher Unternehmen: „Die Verstaatlichung der Werften bringt neue Möglichkeiten der Übereinstimmung von direkter Werftenpolitik und einer Ausrichtung der staatlichen Haushaltspolitik an diesen Zielen. Der Staat als Auftrag- und Kreditgeber sowie als Besitzer der Produktionsstätten könnte direkter und konkreter planen und eher gesellschaftliche Notwendigkeiten über privatkapitalistische Profiterwartungen stellen.“ Werftprogramm der DKP, Entwurf, Düsseldorf 1983, S. 23.

10 Vgl. W. Gehrcke, Die Stadt kämpft um die Werften, UZ 28. 12. 1983.

11 Vgl. H. Hoffmann, Rolle der Kommunisten bei der Besetzung der Werft, UZ 6. 1. 1984.

konnten einige Widersprüche verdeckt werden. Die sozialdemokratische Hegemonie über SPD-Betriebsgruppe, Positionen in Gewerkschaft, Betriebsrat und Vertrauenskörper ruhte damals auf einem breiten Konsens in der Belegschaft. Die ersten unternehmerischen Anpassungsmaßnahmen wurden seitens *Peters* unter Berufung auf die „Mitverantwortung der Arbeitnehmer“ durch „Diplomatie“, „Interessenausgleich“ und „soziale Abfederung“ mitgetragen.<sup>12</sup>

Die anhaltende Krise im Schiffbau macht immer neue Anpassungsmaßnahmen notwendig. Zustimmung zu Anpassungsmaßnahmen ergibt nicht die geringste Perspektive. Die sozialpartnerschaftlich orientierte Betriebs- und Gewerkschaftspolitik führt zu einer Demoralisierung der Belegschaft. Fassungslos stellt *Loderer* eine „Blockade gegenüber gewerkschaftlichen Vorschlägen“<sup>13</sup> fest. Die widersprüchliche Verarbeitung wird in Untersuchungen deutlich, nach denen die Werftarbeiter die Arbeitsplätze ihres gesamten Betriebes gefährdet sehen und zugleich für sich individuelle Lösungsmöglichkeiten für erreichbar halten. Obwohl das Ende der Wachstumsära zur Kenntnis genommen wird, erscheint die Schiffbaukrise begrenzt auf ein Branchenproblem. Die Bereitschaft zur Anpassung erfolgt in der Hoffnung auf eine längerfristige Bestandssicherung. Die Krise wird als wesentlich ökonomisch verursacht betrachtet, vom Staat die Begrenzung der Krisenfolgen erwartet und von der Gewerkschaft die Erhaltung des Reallohniveaus verlangt.<sup>14</sup>

Die Orientierungskrise in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik löst unterschiedliche Reaktionen aus: Tendenzen zu Rückzug und Suche nach individuellen Lösungen, Entfremdung gegenüber der Gewerkschaft und zunehmende Kritik an der selbstherrlichen Politik des Betriebsratsvorsitzenden. Die sich herausbildende Opposition gegenüber offizieller Betriebsrats- und Gewerkschaftspolitik konzentriert sich auf das Betriebsgeschehen und rekrutiert sich unter aktiven Gewerkschaftlern, Sozialdemokraten und Linkskräften unterschiedlicher Richtung.<sup>15</sup> Der Streit um das Unternehmenskonzept '79 und den „Programmlohn“ sowie die administrative Art der Listenaufstellung seitens der IG Metall führen zum offenen Konflikt, nämlich zu einer zweiten Liste „Aktive Metaller“, die auf Anhieb 1981 die Betriebsratsmehrheit gewinnt. Die IG Metall reagiert mit Funktionsverbot, Ausschluß etc.<sup>16</sup>

12 Für die AG Weser charakterisiert ihr Betriebsratsvorsitzender H. Ziegenfuß diese Periode folgendermaßen: „Die AG Weser schwamm in Geld, entsprechend konnte der Betriebsrat ohne große Auseinandersetzungen Erfolge vorweisen. Es ist das Grundprinzip sozialpartnerschaftlichen Umgehens miteinander, daß man in Verhandlungen immer etwas herausholt. Zwar bekommt man letztlich weniger, als man mit Kampfmaßnahmen durchsetzen kann, doch man erhält es ohne große Auseinandersetzungen und Risiken. Obwohl man sich damit in Gefahr begibt, das ‚gesunde Empfinden‘ für die eigenen Interessen zu verlieren, die Auseinandersetzung zu scheuen beginnt und das Kämpfen verlernt.“ In: Heselers/Kröger (Hg.), *Stell Dir vor...*, a. a. O., S. 119.

13 E. Loderer, *Aspekte der strukturellen Krisen im Metallbereich - aus der Sicht der IG Metall*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 10/83, S. 119.

14 Vgl. M. Schumann u. a., *Rationalisierung, Krise, Arbeiter*, 1982, S. 528 ff.

15 Vgl. K. Pickshaus, *Politische Differenzierungen im Großbetrieb. Zur Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 6, 1983, S. 211.

16 Vgl. H. Mahler, *Sie schweißen raus, sie machen dicht*, in: Heselers/Kröger (Hg.), *Stell Dir vor...*, a. a. O., S. 97 ff.

## 2.2 Betrieblich-hegemoniale Krise, Polarisierung und die Rolle der DKP-Werftbetriebsgruppe

Während sich 1981/82 erneut die Krise zyklisch zuspitzte, die Gewerkschaften sich nur unzulänglich vom Niedergang der sozialliberalen Koalition absetzen konnten<sup>17</sup> und Hamburger Senat sowie die SPD sich in eine politische Krise verstrickten, boten der Aufschwung der Kämpfe gegen Sozialabbau, Umweltzerstörung und Aufrüstung, der Dialog der Linkskräfte sowie die einzelnen aufflackernden Widerstände in den Betrieben Chancen, die Blockierung notwendiger gewerkschaftlicher Abwehrkämpfe zu überwinden. Bei HDW wurden Voraussetzungen geschaffen, die Entfremdung der Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Organisation und Rückzugstendenzen zu stoppen, aber auch die Polarisierung gewerkschaftlicher Aktivisten in „Aktive Metaller“ und IG Metall in der Bewegung aufzuheben. „Ausgehend von der gewerkschaftlichen Spaltung anlässlich der Betriebsrätewahlen 1981, standen die Mitglieder der DKP vor der Notwendigkeit, die auseinanderstrebenden Kräfte für Positionen der gewerkschaftlichen Einheit zu gewinnen, den Vertrauensleutkörper zu stärken und Betriebsrat und Vertrauensleute für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.“<sup>18</sup> Diese Orientierung ging von der Unterscheidung zweier wesentlicher Strukturen des betrieblichen Kampfes aus, der des Betriebsrates und der der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Während der Betriebsrat an die jeweilige Stellung des Unternehmens, an die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes und an die unmittelbare Behauptung der Belegschaftsinteressen und -rechte gebunden ist, stellt der gewerkschaftliche Vertrauenskörper durch seine Vermittlungsaufgabe zwischen Belegschaft und Gewerkschaft ein wesentliches Instrument zur Entwicklung von Klassenautonomie dar. Während der Betriebsratsarbeit neben dem Tarifrecht die überragende Rolle in der Schutzfunktion der Gewerkschaften zukommt, gewinnen die gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper in Zeiten des Umbruchs, der Krise und der Klassenzusammenstöße vorrangige Bedeutung für Klärung und Verbreitung von Gestaltungskonzepten. Die Erneuerung der Vertrauensleutearbeit bei HDW verlangte damit sowohl die Veränderung der IG-Metall-Politik zur Werftenkrise wie eine Überwindung des in der Betriebsratsarbeit der „Aktiven Metaller“ angelegten Betriebs syndikalismus.

## 2.3 Die Entwicklung von Alternativen zum Unternehmenskonzept

Die Verwandtschaft des Unternehmenskonzeptes '83 der HDW AG mit dem Geist der sozialreaktionären Wende wurde schon durch den Zeitpunkt seiner Bekanntgabe deutlich; es folgte Bundestagswahlen und der Landtagswahl in Schleswig-Holstein auf dem Fuße.<sup>19</sup> Für die betriebliche Situation bei

17 Vgl. C. Götz, Für eine Wende zur sozialen Demokratie, Köln 1984, S. 18 f.

18 H. Hoffmann, Rolle der Kommunisten . . . , a.a.O.

19 Die Belegschaft erfuhr am 15. 3. 1983 durch die BILD-Zeitung von dem Konzept. Insgesamt sollten bei HDW 2150 Arbeitsplätze vernichtet werden.



HDW Hamburg zeichnete sich eine Verschärfung nach zwei Seiten hin ab, durch den Angriff seitens des Vorstands auf alle betrieblichen Leistungen und Rechte und durch die existentielle Bedrohung der Arbeitsplätze überhaupt.<sup>20</sup> Die Antwort der Belegschaft von HDW Hamburg: Warnstreik.<sup>21</sup> Die vom Verband der deutschen Schiffbauindustrie und den Länderregierungen der Küste beschlossene Vernichtung von 9000 Werftarbeitsplätzen zeigte unmißverständlich, daß betrieblicher Kahlschlag Folge und Teil einer allgemeinen Strategie des Kapitals war. Ein weiteres Verbleiben des Kampfes in den betrieblichen Grenzen, die Suche nach Lösungen im Rahmen der Branche und Beschränkung auf alternative Projektpläne wären fatal gewesen.

Das von fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen verfaßte „Manifest zur Verteidigung der Arbeitsplätze bei HDW“ eröffnete die Perspektive: „Wenn wir unseren Kampf als Teil einer großen Bewegung zur Verteidigung von Arbeitsplätzen, die überall in der Bundesrepublik im Entstehen ist, betrachten, dann können wir optimistischer sein, als es mancher Kollege im Augenblick ist. Unser Streik war ein Schritt hin zu dieser Bewegung, wie auch der Kampf der Kollegen von Video Color in Ulm, von VFW in Speyer zusammen mit der ganzen Stadt, von VDM, Adler und Rockwell-Golde in Frankfurt und der Kollegen von Heckel im Saarland, die ihren Betrieb besetzten.“<sup>22</sup> Die Bildung von HDW-Solidaritätsinitiativen in Altona und Wilhelmsburg, die Entstehung einer HDW/MAN-Fraueninitiative, die Werftenkonferenz in Bremen von Werftarbeitern, Gewerkschaftern und progressiven Wissenschaftlern und der auf wachsenden Druck hin von IG Metall und SPD initiierte „Bürgerprotest für die Rettung der Werften“, an dem sich knapp 13 000 Hamburger/innen beteiligten, verschafften der Belegschaft Selbstbewußtsein und außerbetriebliche Verankerung. Mitte Juni 1983 stellt die IG Metall Hamburg eine Alternative zur Vernichtung von HDW Hamburg und zum Ende des Schiffbaus in Hamburg vor: Öffentliche Aufträge für HDW Hamburg, eine noch zu gründende „Gesellschaft für Umwelttechnik“ auf dem MAN/HDW-Gelände, Weiterbildung von Beschäftigten und die Beteiligung von Hamburg am HDW-Kapital.<sup>23</sup>

20 Auf einer Pressekonferenz stellt der Vorstand von HDW im Februar 1983 die Lage des Unternehmens vor und läßt dabei den nicht eingeladenen Betriebsratsvorsitzenden H. Mahler vor die Tür setzen. Vgl. „Bei HDW wird das Klima rauher“, in: Hamburger Abendblatt 28. 2. 1983. Fortan werden zustehende Rechte, vereinbarte Leistungen und Informationsverpflichtungen zunehmend gebrochen.

21 Es erfolgte ein insgesamt fünftägiger Warnstreik Ende März 1983, der auch Betriebsversammlungen und einen Marsch in die Innenstadt während der Arbeitszeit umfaßte.

22 Manifest zur Verteidigung der Arbeitsplätze bei HDW, in: GEW Hamburg (Hg.), Arbeitsplatzvernichtung und Gegenwehr am Beispiel der HDW Hamburg, Hamburg 1984, S. 11.

23 Entgegen der Legendenbildung in Kreisen der Grünen über die HDW-Besetzung als Aufstand für Alternativproduktion muß auf die Verbindung von Produktionspolitik und Verstaatlichung in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Forderungen verwiesen werden. Darüber hinaus waren die Grünen vor der Besetzung mit einer sehr starken Abgrenzung gegenüber den betrieblichen Kämpfen befaßt.

## 2.4 Im Streik gelten andere Gesetze

Die Zuspitzung der rechtlichen Auseinandersetzung um die Massenentlassung, das Zusammenrücken der verschiedenen Belegschaftskräfte, die enge Zusammenarbeit linker Gewerkschafter auch über HDW hinaus, das Wirksamwerden kämpferischer Tendenzen im IG-Metall-Vertrauenskörper und der Hungerstreik der HDW/MAN-Fraueninitiative führten zur Entscheidung für die Betriebsbesetzung. Bezeichnenderweise stellt die auslösende Aktion, der Hungerstreik der HDW/MAN-Fraueninitiative, den Zusammenhang zwischen der betrieblichen Arbeitsplatzvernichtung und der gesellschaftlichen Massenarbeitslosigkeit her und macht durch seine Protestform die soziale Ungerechtigkeit, die soziale und psychische Verelendung bei Arbeitslosigkeit eindringlich. Mit ihrer Entscheidung zur Betriebsbesetzung ging die Belegschaft weit über den bisherigen Aktionsrahmen hinaus: Es war die erste Besetzung eines Großbetriebes.<sup>24</sup> Neun Tage hat die Belegschaft der HDW im September 1983 dem Kapital die Verfügungsgewalt über seine Produktionsmittel entzogen.

Ein Arbeitskampf hat seine eigenen Regeln. Das gilt vor allem für eine nach geltender Rechtsprechung „illegale“ Betriebsbesetzung. Die gesetzliche Interessenvertretung (Betriebsrat) muß zugunsten der neuen, autonomen Kampfstruktur und von deren Organen zurücktreten. Schon vor Beginn der Besetzung hatte sich eine Aktionsleitung gebildet, in der alle wichtigen Gruppierungen der Belegschaft vertreten waren. Nur die beiden Streiksprecher (Mitglieder der IG-Metall-Vertrauenskörperleitung) waren gewählt, um die anderen Kollegen der Aktionsleitung vor möglichen Repressalien zu schützen. Es gab Verantwortlichkeiten für Torbewachung, Finanzen, Verpflegung, Kultur und andere Bereiche. Täglich wurden drei Belegschaftsversammlungen abgehalten, auf denen die Aktionsorientierung gegeben wurde.<sup>25</sup> Eine inhaltliche Diskussion kam allerdings zu kurz. Problematisch war auch die parallele Verhandlungspolitik des Betriebsrats, der sich zugunsten der Aktionsleitung auf seine rechtlichen Aufgaben hätte beschränken müssen. Das „duale System“ konnte in der Aktion nicht völlig zugunsten einer einheitlichen Interessenvertretung überwunden werden.

## 2.5 Abbruch der Besetzung und Rückkehr in den betrieblichen Alltag

Als die Front des Gegners keinen Millimeter ins Wanken geriet, vielmehr Druck und Drohungen zunahmen, wurden innerhalb der Belegschaft Probleme offenbar, die den unterschiedlichen Erwartungen,<sup>26</sup> aber auch einer unter-

24 Vgl. G. Hautsch/B. Semmler, Betriebsbesetzung, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF 13, Frankfurt/M. 1983.

25 Vgl. H. Geißelbrecht, Neun Tage . . . , a.a.O.

26 Ebenda.



schiedlichen objektiven Situation (Ausländer, Kollegen in weniger betroffenen Bereichen usw.) entsprangen. Erst im Verlaufe der Besetzung haben die Kolleginnen und Kollegen Unternehmerschaft und Staat als ihre Gegner sowie deren Konzept der Wende klarer erkannt. „Unser Gegner war stärker als zunächst gedacht. Vielen war schnell klar, daß Ahlers und sein Vorstand nur Handlanger sind. Aber die Bundesregierung ist ja nicht nur Eigentümer der HDW und des Salzgitter-Konzerns. Sie ist auch Interessenvertreter der anderen Werft- und Stahlkonzerne, der Banken und Versicherungen, überhaupt der ganzen Unternehmerschaft . . . Aber nicht nur gegen diesen Interessenblock mußte die HDW-Belegschaft antreten, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Fast automatisch mußte sie den Kampf gegen das politische Konzept der ‚Wende‘ richten: Ein Konzept zur Abwälzung der kapitalistischen Krise auf die Bevölkerung, zum Abbau aller demokratischen Errungenschaften, aller sozialen Leistungen sowie der Löhne und Gehälter.“<sup>27</sup> Die HDW-Belegschaft ist mit ihrer Besetzung über sich selbst hinausgewachsen. „Du glaubst gar nicht, wie schnell die Kollegen lernen, ihre Besetzung selbst zu organisieren. Da mußte niemand mühsam bei der Stange gehalten werden. Die waren einfach motiviert. Und da konntest du nur staunen, welche Fähigkeiten und Entschlossenheit der einzelne entwickelt.“<sup>28</sup> Die Kritik an der Sozialpartnerschaft und das Zusammenrücken der betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionäre werden immer wieder hervorgehoben. „Jahrelang haben wir mit dem Vorstand verhandelt und Gespräche geführt. Wir waren vor der Fusion der Howaldtswerke mit der Deutschen Werft 22 500. Heute sind wir nur noch 4000 und bald keiner mehr. Mit Verhandlungen und Sozialpartnerschaft kommen wir nicht mehr weiter. Heute sind wir durch den Kampf Freunde geworden.“<sup>29</sup> Für längere Klärungs- und Vereinheitlichungsprozesse wird der Belegschaft keine Zeit gelassen. Unverzüglich läßt der Vorstand den betroffenen Kollegen die Entlassungsschreiben zuleiten, verbunden mit dem Vorschlag, bis zum Kündigungsdatum zu Hause zu bleiben. „Diese Offensive wurde gegen eine Belegschaft gerichtet, deren Kampfbedingungen sich verschlechtert hatten. In der Belegschaft gab es jetzt zwei Interessenlinien. Einerseits die der Gekündigten nach einem ‚akzeptablen‘ Sozialplan. Andererseits die der ‚Verbliebenen‘ nach akzeptablen Arbeitsbedingungen.“<sup>30</sup>

Während der Kampf für einen Sozialplan mit einem 20prozentigen Abstrich abgeschlossen wurde, erreichte der Vorstand bei der Arbeitszeitregelung nicht nur die Aufhebung des Überstundenboykotts, sondern auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit. „Insbesondere bei der Zustimmung zu Verhandlungen über die ‚flexible Arbeitszeit‘ stellte der Betriebsrat kurzfristige betriebliche

27 A. Müller-Goldenstedt/C. Matthiesen, (Mitglieder der Aktionsleitung), Einige Überlegungen zur HDW-Besetzung aus betrieblicher Sicht, in: taz 29. 9. 1983.

28 „Daß wir überhaupt gekämpft haben, ist entscheidend“, in: Hamburger Rundschau 22. 9. 1983.

29 R. Söchtig, Mitglied der Vertrauenskörperleitung bei HDW, SPD-Mitglied und jahrelang einer der Hauptverfechter einer sozialpartnerschaftlichen Linie, in: IG-Metall-Jugend Hamburg, Die Solidarität muß weitergehen, Hamburg, o.J.

30 H. Jahn/H.D. Riechers, Aufrecht durchs Werktor . . . , a.a.O.



Erwägungen über gewerkschaftspolitische — über den Tag hinausgehende — Erwägungen. Denn zweifellos wird mit dieser ‚flexiblen Arbeitszeit‘ nicht die Kampfposition der IG Metall für die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche gestärkt. Dies unterstreicht noch einmal hautnah die Notwendigkeit einer einheitlichen, an die Gewerkschaft gebundenen Interessenvertretung in den Betrieben.<sup>31</sup> Der betriebliche Alltag zerriß die Einheit der Aktionsleitung, ließ die Gegensätze unter den Belegschaftskräften wieder hervortreten und die betriebliche Tagespolitik an die erste Stelle rücken. Dennoch gelang der Einstieg in eine Erneuerung der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit. Die Vertrauensleutesitzungen wurden vorübergehend geöffnet, Verhandlungen um die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen RGÖler und „Aktiven Metaller“ begannen, und die IG Metall machte sich Schritt um Schritt das „Signal von HDW“ zu eigen. Für die Betriebsratswahlen 1984 konnte eine gemeinsame gewerkschaftliche Liste aufgestellt werden, der auch ein gemeinschaftliches Programm der IG-Metall-Kandidaten zugrundelag. Mit den Stimmerfolgen für den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden *H. Mahler* und den Vorsitzenden der Vertrauenskörperleitung, *O. Kock*, hat die Belegschaft gute Ausgangsbedingungen für eine einheitliche Interessenvertretung geschaffen, die allerdings in Zeiten der relativen „Ruhe“ ständig wieder gefährdet ist.

Trotz der materiellen Niederlage der Werftbesetzung und der Schwächung der Belegschaft durch die Entlassungen und den Aderlaß an gewerkschaftlichen Aktivisten kann nicht von vorherrschenden resignativen Tendenzen in der Restbelegschaft gesprochen werden. Die Rekonstruktion gewerkschaftlicher Kampfkraft schöpft trotz aller Rückschläge immer wieder aus den positiven Erfahrungen des Kampfes und dem Bewußtsein, die Massenentlassungen nicht widerstandslos hingenommen zu haben. Ähnliche Tendenzen sind auch in der HDW-Arbeitsloseninitiative (als ein Ergebnis des Kampfes) festzustellen.<sup>32</sup> Der eigentlich erwartete resignative Umschlag ist offensichtlich wegen der Verarbeitungsmöglichkeiten innerhalb der Belegschaft durch politische Parteien, Gruppen, Betriebszeitungen und damit wegen der offenen Auseinandersetzung in der betrieblichen und regionalen Öffentlichkeit nicht eingetreten.

### 3. Notwehr, „allein vorwärtstreibende“ Kampfform oder Signal?

Die offiziellen IG-Metall-Organe (Vorstand, Bezirksleitung und Verwaltungsstelle) haben die Vorbereitung zur Besetzung nicht betrieben, erst zwei Tage nach der Besetzung erschien das erste Flugblatt über den „Notwehrakt“ der HDW-Belegschaft; eine Solidaritätserklärung vom Vorstand aus Frankfurt blieb aus, und der Solidaritätsstreik auf allen Werften war kurz und unvollständig. Dennoch: „Die IG Metall auf der HDW — das sind die Mitglieder, Vertrauenskörper und Leitung — hat in diesen Tagen einen Sprung nach vorn in der Verteidigung der Arbeitsplätze gemacht. So waren die Vertrauens-

31 Ebenda.

32 Vgl. H. Jahn/H. D. Riechers, a. a. O.

leute das Rückgrat der Besetzung. Die IG-Metall-Ortsverwaltung hat uns solidarisch unterstützt, und das nicht nur durch den öffentlichen Aufruf zur Demonstration als Auftakt, sondern auch durch klare Parteinahme für die Besetzung sowie durch stetige persönliche Beratung der IG-Metall-Sekretäre und materielle Hilfe jeder Art bis zuletzt... Aber wie weit ist in der IG Metall schon verstanden worden, daß die Antwort auf das Konzept der ‚Wende‘ ein klares gewerkschaftliches Gegenkonzept sein muß, das auf breiten und überregionalen Widerstand der Arbeiter setzt?<sup>33</sup> Insbesondere im Zuge der Vorbereitungen für den Kampf um Arbeitszeitverkürzung nimmt sich die IG Metall des „Signals von HDW“ an. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Hamburg, *J. Müllner*, erklärt auf dem Gewerkschaftstag 1983 der IG Metall: „Es wäre für uns als Organisation fatal, diese Aktion als Episode, als Ausrutscher abzutun. Sie war in der Tat ein Signal, das uns nicht nur auffordert nachzudenken, sondern das uns verpflichtet, eine Weiterentwicklung vorheriger Kämpfe mit in Betracht zu ziehen. Hier wurde die Wirksamkeit gewerkschaftspolitischen Handelns in der Krise neu problematisiert. Die Dimension der immer brutaleren Kahlschlagsaktionen, die wir ja landauf, landab erleben, ist es, die uns zu diesem Überdenken bundesweit zwingen muß.“<sup>34</sup>

Zu Beginn des Jahres 1984 legt die IG Metall eine Bestandsaufnahme und Vorschläge für ein Beschäftigungsprogramm Küste<sup>35</sup> vor, die sich als Konkretisierung des „50-Mrd.-DM-Programms zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserung der Lebensqualität“ des DGB verstehen. Die Überlegungen gehen von einer unmittelbaren Bedrohung von 30 000 Arbeitsplätzen allein im Metallbereich an der Küste aus, kritisieren die „aus heutiger Sicht fehlerhafte Gestaltung“ bisheriger Programme und verweisen auf die Folgen bei der Schließung von Schiffbaubetrieben, die als Träger möglicher Innovationen für die Region genutzt werden könnten. Während für die Seite der öffentlichen Nachfrage auf den Gebieten Energie, Umweltschutz, Städtebau, Verkehr und Bildung ein überzeugendes Programm vorgestellt wird, bleiben die Überlegungen zur Entwicklung der regionalen Produktionskapazität ohne Rahmenplanung und Vergesellschaftung unzulänglich.

Die GAL in der Hamburger Bürgerschaft und die Grünen im Bundestag nehmen sich der Forderungen der kämpfenden Werftbelegschaften an. Allerdings wird dies weithin als „parlamentarische Kopfgeburt“ empfunden, da es an zusammenhängender Begründung mangelt. „Zu diesen übergreifenden Zusammenhängen, die eigentlich ein Konzept regionaler und sektoraler Strukturpolitik erfordern würden, haben wir uns keine Gedanken gemacht.“<sup>36</sup> Ausgetüftelte kommunalisierte Alternativprojekte werden nachgeschoben.<sup>37</sup> Mit

33 A. Müller-Goldenstedt/C. Matthiesen, *Einige Überlegungen...*, a.a.O.

34 Zit. n. H. Giersiepen/K. Pickshaus, *So lautet die Lehre...*, a.a.O.

35 Vgl. GEWOS, *Bestandsaufnahme zum Beschäftigungsprogramm Küste*, Hamburg 1984; IG Metall, *Vorschläge für ein Beschäftigungsprogramm Küste*, Hamburg 1984.

36 H. Fülle/P. Schaar, *Die Bürgerschaft beschließt...*, in: *Krise der Werften — Krise der Regionen*, Bonn 1984, S. 57.

37 Vgl. R. Fücks, *Werften, alternative Produktion und Vergesellschaftung*, in: *Krise der Werften...*, a.a.O., S. 41 ff.



ihrer Überzeugung, die Werftenkrise sei endgültig, mit der Entgegensetzung von Schiffbau und „sinnvoller Produktion“, mit den überzogenen Erwartungen gegenüber Alternativproduktion und Dezentralisierung sowie mit der Ablehnung von Verstaatlichung und Rahmenplanung blenden die Grünen alle gesellschaftspolitischen Bedingungen und Konsequenzen aus ihren Überlegungen aus.<sup>38</sup>

Die DKP maß der Besetzung die Bedeutung einer Machtprobe zwischen einer Belegschaft und den zur sozialreaktionären Wende entschlossenen Unternehmern nebst Bundesregierung bei. Für die Umbruchperiode von Belegschaft und Arbeiterbewegung war Orientierung der Kommunisten/innen, „daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.“<sup>39</sup> Im Werftenprogramm der DKP wird sowohl die Forderung nach Verstaatlichung der Werften erhoben als auch unterhalb dieser Schwelle ein Programm für den Erhalt der Arbeitsplätze, für Umstrukturierung der Produktion und Arbeitszeitverkürzung vorgeschlagen.<sup>40</sup> Die Entgegensetzung von Verstaatlichung und alternativer Produktionspolitik ist im Verständnis der Marxisten überwunden. „Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.“<sup>41</sup>

Die Politik der Hamburger Sozialdemokratie und des Senats war zunächst bestimmt durch die Überzeugung, den Rückgang des Schiffbaus durch den Aufbau der Raum- und Luftfahrzeugindustrie auffangen zu können. Diese Politik ist spätestens mit der Krise 1981/82 gescheitert. Im Glauben an die gegenwärtige konjunkturelle Belebung ist der erneute Versuch unternommen worden, sowohl den „Standort Hamburg“ mittels einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu verteidigen als auch Handlungsspielraum durch eine erneute Haushaltssanierung zu gewinnen. Was heißt das für HDW Hamburg? In einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft geht der Senat von einem weiteren Rückgang des Schiffbaus aus und verpflichtet sich zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Während eine Minderheitsbeteiligung am Widerstand Schleswig-Holsteins gescheitert sei, würde eine Mehrheitsbeteiligung die Finanzkraft des Senats überfordern. „Den Gesetzen des Marktes und dem Zwang zu einer dauerhaft rentablen Produktion könnte sich auch die Stadt Hamburg als Unternehmer nicht entziehen.“<sup>42</sup> Ebenso wird die geforderte „Gesellschaft für Umwelttechnik“ abgelehnt, da ein „Konkurrenzvorsprung anderer Unternehmen“, fehlendes Know-how und die durch schwerindustrielle Fertigung geprägten „technischen und handwerklichen Fähigkeiten der Werftarbeiter“ dies unmöglich machten. Da eine gezielte Auftragsvergabe

38 Vgl. U. Tischer, Bericht vom 1. Betriebsbesetzer-Hearing im Deutschen Bundestag, in: *Moderne Zeiten* 5/1984, S. 29 ff.

39 K. Marx/F. Engels, *Manifest . . .*, a.a.O., S. 474.

40 Vgl. Werftenprogramm der DKP, a.a.O.

41 F. Engels, *Anti-Dühring*, MEW 20, S. 260.

42 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, Arbeitsplätze im Hamburger Schiffbau bei den „Howaldtwerke Deutsche Werft AG“ in Hamburg (HDW), Hamburg 3. 4. 1984, S. 4.

die Pflicht zur Gleichbehandlung anderer Unternehmen verletze, bleibt nur noch der Auftrag für eine Studie über den Bau von Energiestationen.<sup>43</sup>

Die Werftarbeiterschaft ist mit dem Großkapital und der Bundesregierung zusammengestoßen. Die Werftbesetzungen richteten sich gegen den Strudel von Produktionseinschränkungen und sinkender Nachfrage und verlangten das gesellschaftliche „bewußte Eingreifen“<sup>44</sup> gegen den freien Lauf der Marktgesetze. Für ein „bewußtes Eingreifen“, dem die Anerkennung der gesellschaftlichen Natur der Produktivkräfte zugrunde liegt, mangelt es an wirtschaftspolitischer Programmatik, gewerkschaftspolitischer Autonomie und politisch-kultureller Hegemonie der Kräfte der Arbeiterbewegung.<sup>45</sup> Der Umbruch der Arbeiterbewegung vollzieht sich daher widersprüchlich und mühevoll.

Betriebsbesetzungen haben gegen Ende der sechziger und in den siebziger Jahren in Italien, Großbritannien und Frankreich für Gewerkschaften und Arbeiterparteien den Beginn von Umbruchperioden markiert,<sup>46</sup> die wirtschaftspolitische Probleme wie auch Spannungen in der arbeitenden Klasse reflektierten. In der Bundesrepublik traten sie erstmals im Zusammenhang mit der Krise 1974/75 auf, um dann 1981/82 zu größerer Bedeutung zu gelangen.<sup>47</sup> Wirkten diese Betriebsbesetzungen zunächst als Sonderentwicklung neben der Gewerkschaft, so erhielten die Werftbesetzungen 1983 gewerkschaftspolitische Bedeutung.<sup>48</sup> Betriebsbesetzungen unterstellen einen wesentlichen Wechsel im wirtschaftlichen Entwicklungsgang, Aufkündigung bisheriger Auseinandersetzungsformen zwischen Lohnarbeit und Kapital, Einbrüche bei den errichteten gewerkschaftlichen Schutzwällen, Bewußtseinsprozesse und Mentalitätswechsel in der Arbeiterschaft, ungleiche Entwicklungen von Belegschaften, Verunsicherung von Stammbesetzungen, Spannungen, Brüche und Fraktionierungen innerhalb der Abteilungen und ein Überdenken gewerkschaftlicher Positionen, ihrer Schutz- und Gestaltungsfunktion.<sup>49</sup> Bei Besetzungen kann in wenigen Tagen ein Lernprozeß festgestellt werden, der sonst in ungleich längeren Zeiträumen sich vollzogen hätte; doch wären das Aufrichten eines alleinigen Maßstabs „Besetzung“ oder gar eine „Politik der Besetzung“ für die Arbeiterbewegung falsch, da solche Aktionen allein angesichts der gegenwärtig ungleichen Entwicklung nur Gegensätze verschärfen würden. Wohl aber können Belegschaften sich gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen erfolgreich mit Besetzungen zur Wehr setzen, wenn sie Gewerkschaften hinter sich wissen, die sowohl ökonomische als auch politische Gegenmacht bilden wollen. „Autonome Gewerkschaftspolitik wird

43 Ebenda, S. 8.

44 Vgl. E. Loderer, Aspekte der strukturellen Krisen . . . , a.a.O., S. 639.

45 Vgl. F. Deppe, Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse, Marburg 1981, S. 129.

46 Vgl. G. Hautsch/B. Semmler, Betriebsbesetzungen . . . , a.a.O., S. 7.

47 Ebenda.

48 Vgl. H. Giersiepen/K. Pickshaus, So lautet die Lehre . . . , a.a.O.

49 Vgl. L. Mahlein, Gewerkschaften heute, a.a.O.; C. Götz, Für eine Wende zur sozialen Demokratie, a.a.O.; F. Steinkühler, An Schwierigkeiten mangelt es uns wahrlich nicht, in: Probleme des Klassenkampfes 54, 1984, S. 33 ff.



stets danach zu beurteilen sein, inwieweit sie nicht nur Forderungen aufstellt, sondern auch Strategien zu ihrer Durchsetzung praktisch zu entwickeln vermag. Die eigene Kraftentwicklung in den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen wird damit zu einem wesentlichen Faktor der Entwicklung des Bewußtseins, der Kampfbereitschaft und -fähigkeit der Lohnabhängigen.<sup>50</sup>

Zu Beginn des Jahres 1984 hält die Talfahrt der Schiffbauindustrie an, haben die Großwerften 75 Prozent ihrer Kapazitäten von 1975 vernichtet und ist für 19 437 von 49 000 Beschäftigten Kurzarbeit angemeldet. Der weitgehende Vollzug der geplanten Vernichtung von 9000 Arbeitsplätzen bedeutet über die ökonomische Wirkung hinaus Demoralisierung, Aderlaß an gewerkschaftspolitischen Kräften und Druck auf die verbliebenen Belegschaften. Die gewerkschaftliche Politik läuft auf Betriebsebene Gefahr, zermürbt zu werden. Die erwiesene Bedeutung der Vertrauensleutarbeit macht nicht nur die Notwendigkeit betriebs- und branchenübergreifender Gegenkonzepte deutlich, sondern trägt auch der gleichzeitigen Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen um Arbeit und Soziales Rechnung.

50 F. Deppe, Grundsatzprogramm und gewerkschaftliche Autonomie in: G. Arndt u.a., DGB-Programm '81 — untersucht für die Praxis, Frankfurt/M. 1981, S. 44.

# **Neue Formen betrieblicher Bewegungen im HBV-Bereich in den achtziger Jahren**

*Heike Leitschuh/Regina Stosch*

*1. Einleitung – 2. Gewerkschaftliche Handlungsbedingungen im HBV-Bereich –  
2.1 HBV und DAG – 2.2 Organisationsstruktur der HBV – 2.3 Die Mitglieder-  
struktur der HBV – 2.4 Zum Verhältnis von hauptamtlichem Funktionsapparat  
und betrieblicher Basis – 3. Zur Entwicklung betrieblicher Aktionen*

## **1. Einleitung**

Die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) ist eine ausgesprochene Angestelltengewerkschaft. In der Bundesrepublik ist der Anteil der Angestellten an der Arbeiterklasse von 1950 bis 1981 um das Zweieinhalbfache gestiegen. Gab es 1950 erst 3,9 Millionen, so waren es 1981 schon 10,1 Millionen.<sup>1</sup> Dagegen ist die Zahl der Arbeiter leicht rückläufig. Bei Beibehaltung des gegenwärtigen Trends werden die Angestellten schon 1987 die Zahl der Arbeiter übertreffen. Wachsend sind auch die Arbeiterklassengruppen der Angestellten. Gemeinhin gelten Angestellte als die „geduligen Lohnarbeiter“ – aufgrund ihrer spezifischen Arbeitserfahrungen (meist höheres Maß an selbständigen Entscheidungsspielräumen), besserer Arbeitszeiten und -bedingungen, höheren Einkommens etc. Als typisch für Angestelltenbewußtsein gelten nach wie vor die Vorstellung einer hierarchisch gegliederten Gesellschaftsstruktur, idealistisches politisches Bewußtsein (Gemeinwohlorientierung, Interessenausgleich), betriebliche Aufstiegserwartungen, hohe Identifikation mit den betrieblichen Normen und Zielvorstellungen, gleichgültig-distanzierte Haltung zur betrieblichen Interessenvertretung und skeptische bis ablehnende Einstellung gegenüber gewerkschaftlichen Kampfformen.<sup>2</sup>

1 Vgl. Statistisches Jahrbuch, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1979, 1982, S. 93.

2 Vgl. Angestelltenbewußtsein. Ergebnisse einer INFAS-Untersuchung, hrsg. vom DGB, Düsseldorf 1977.

Ulf Kadritzke, Angestellte und Lohnarbeiter, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 24, Opladen 1982.

Vgl. auch die Untersuchung von W. Kudera, K. Ruff, R. Schmidt, Blue collar – white collar: grey collar? Zum sozialen Habitus von Arbeitern und Angestellten in der Industrie, in: Soziale Welt, Nr. 2/1983, S. 221 ff.

Die Verfasser analysieren bei Arbeitern ein eher antagonistisches und durch kollektive Solidarität geprägtes Weltbild, während bei den Angestellten – am stärksten bei den kaufmännischen Angestellten und deshalb für den Dienstleistungsbereich aussagekräftig – eine funktionalistische und durch die Konkurrenz geprägte Sichtweise vorherrscht. Kollektives Verhalten sei hier schwächer entwickelt.

Weiter zählt zu den betrieblichen Bewegungen eher abträglichen Bedingungen im Organisationsbereich der HBV, daß hier ein sehr großer Teil der Lohnabhängigen Frauen sind. Ihre spezifische Lebensweise (meist Doppelbelastung), ihre häufige Rolle als „Zweitverdienerin“ in der Familie, ihr eher zurückhaltendes Verhältnis zu gewerkschaftlichem und politischem Engagement erschweren die Aktivierung und die Entwicklung von Handlungsbereitschaft.<sup>3</sup> Schließlich wird die Situation dadurch komplizierter, daß der größte Teil der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben arbeitet, wo erfahrungsgemäß kollektive Formen der Interessenvertretung schwerer durchzusetzen sind. Auf der anderen Seite gibt es gegenläufige Tendenzen. „Angestelltenbewußtsein“ wird tendenziell von anderen Bewußtseinsformen überlagert, die den für Angestellte neuen Erfahrungen geschuldet sind: zunehmende Krisenbetroffenheit durch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Deklassierung durch Rationalisierung, Einkommenseinbußen, geringere Aufstiegsmöglichkeiten – also ihre zunehmende Proletarisierung. Im Bereich der HBV kann man seit 1978/79, als es erstmals zu Warnstreiks während der Tarifrunde in Niedersachsen und Westberlin kam, von der Herausbildung einer stärker kämpferisch geprägten Interessenvertretung sprechen.

Für den Organisationsbereich bedeutsam ist außerdem, daß es sich bei der HBV um eine relativ junge Gewerkschaft handelt, die – erst 1948 gegründet – von Anfang an in Konkurrenz zur Standesorganisation DAG stand, sich erst langsam gegen diese durchsetzen konnte und in ihr auch heute noch eine von Unternehmerseite deutlich geförderte Konkurrenz besitzt.

Für die Zukunft stellen sich im Organisationsbereich der HBV große Probleme, vor allem bei der Arbeitsplatzsicherung. Durch die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnik sind schon in den nächsten Jahren von den 10 Millionen Arbeitsplätzen im gesamten Dienstleistungsbereich 2,5 Millionen bedroht. Zur Zeit sind nur etwa 5 % der Arbeitsplätze mit Datensichtgeräten und Bürocomputern ausgestattet; dies wird bis 1990 auf 40 % steigen.<sup>4</sup> Darüber hinaus wird es im Bereich des Handels zu vermehrten Schließungen von Einzelhandelsgeschäften, insbesondere Warenhäusern, kommen wenn der derzeitige Schwund an Massenkaufkraft anhält.

## 2. Gewerkschaftliche Handlungsbedingungen im HBV-Bereich

### 2.1 HBV und DAG

Die Gründung der HBV drei Jahre nach der DAG hatte zur Folge, daß die betrieblichen Interessenvertretungsorgane bereits von sozialpartnerschaftlichen Orientierungen „besetzt“ waren.<sup>5</sup> Einerseits geriet die HBV dadurch

<sup>3</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Alma Steinberg im vorliegenden Band.

<sup>4</sup> Vgl. Günther Volkmar (1. Vors. der HBV) in der „Deutschen Volkszeitung/die tat“, 4. 5. 84.

<sup>5</sup> Viele unserer Informationen und Einschätzungen stammen aus Gesprächen mit Sekretären und Betriebsräten der HBV aus Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg und Marburg, denen wir herzlich für die hilfreiche Unterstützung danken.

zuerst mitgliedermäßig ins Hintertreffen, zumal das langanhaltende Wirtschaftswachstum und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in den 50er und 60er Jahren sozialpartnerschaftliche Bewußtseinsformen und Illusionen über die gesellschaftlichen Verhältnisse nährten. Andererseits ergibt sich aus der Konkurrenzsituation zur DAG für die HBV die Notwendigkeit, sich als konsequentere Interessenvertretung zu profilieren. Eine progressive Entwicklung wird dadurch begünstigt, daß die HBV in dieser Konstellation einen Teil der politisch eher konservativen Kräfte gar nicht aufnehmen konnte.<sup>6</sup>

Unter Krisenbedingungen verändern sich die Voraussetzungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Spielräume für Verhandlungen und integrative Strategien werden kleiner.<sup>7</sup> Im Bewußtsein der Beschäftigten gibt es Brüche der Sozialpartnerschaftsideologie und Polarisierungsprozesse.<sup>8</sup> Unter den derzeitigen Bedingungen in der BRD ist die Anpassung an ein niedrigeres Niveau der Bedürfnisbefriedigung wohl die vorherrschende Form der Verarbeitung der durch die Krise entstehenden Konflikte; insbesondere bei den traditionell mit dem „Betriebswohl“ verbundenen Angestellten. Andererseits verbessern sich die Möglichkeiten für klassenorientierte Kräfte, in den Interessenvertretungsorganen Einfluß zu erlangen, da neue Ansatzpunkte für die Bewußtseinsentwicklung von Belegschaften durch Lernprozesse angesichts der sich verschärfenden betrieblichen und gesellschaftlichen Widersprüche entstehen.

Dies zeigte sich bei der HBV in starkem Mitgliederzuwachs und Stimmengewinnen gegenüber der DAG bei Betriebsrats- und Aufsichtsratswahlen. Nachdem für die Aufnahme der ersten 200 000 Mitglieder 24 Jahre gebraucht wurden, konnten die nächsten 100 000 in nur 5 Jahren (1973–1978) geworben werden. Zur Zeit stagniert die Mitgliederzahl bei rund 360 000 (Stand vom 31. 12. 1983), während sie im DGB insgesamt sinkt.<sup>9</sup> In der Vergangenheit konnte in den meisten Bereichen die Dominanz der DAG gebrochen werden. Die DAG reagierte auf den Schwund ihrer Basis durch Erfindung von angeblich organisierten Übertrittswellen und mit dem ständigen Vorwurf der „kommunistischen Unterwanderung“ der HBV. Sie versucht, sich als Interessenvertreter durch Verhandlungen zu profilieren, indem sie der HBV bei Tarifabschlüssen zuvorkommt und diese damit in ihren Möglichkeiten zu aktiver Tarifpolitik behindert, oder indem sie einfach ein von der HBV erkämpftes Ergebnis übernimmt.

Eine vorläufige Auswertung der Betriebsratswahlen von 1984 ergibt folgende Verhältnisse: In 3029 Betrieben haben 605 161 Wahlberechtigte 16 427 Be-

6 Vgl. Christian Götz, Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) vom 14. bis 20. September 1980 in Wiesbaden, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1980, S. 812.

7 Vgl. Heinz Jung, Arbeiterklasse der 80er Jahre, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 80.

8 Vgl. Johannes Henrich von Heiseler, Zu einigen Aspekten der Bewußtseinsentwicklung in der Arbeiterklasse, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 173.

9 Vgl. Die Quelle 5/1984, S. 312 ff.

triebsräte (BR) gewählt. Davon sind 10 089 HBV-Mitglieder (61,4 Prozent), 1636 DAG-Mitglieder (10 Prozent), 4345 nicht organisiert (26,4 Prozent), und 357 (2,2 Prozent) kommen aus anderen DGB-Gewerkschaften. Eine Aufschlüsselung der Ergebnisse auf die verschiedenen Organisationsbereiche der HBV läßt erkennen: Am schwächsten vertreten ist sie mit gerade 50 Prozent der BR-Mandate in den Sektoren Banken (hier erreichen die Nichtorganisierten beinahe 40 Prozent) und Versicherungen (hier hat die DAG mit knapp 17 Prozent ihre besten Ergebnisse). Die Bereiche Großhandel und Wirtschaftsdienste entsprechen etwa den Durchschnittszahlen.<sup>10</sup>

Am stärksten vertreten ist die HBV im Einzelhandel. Das entspricht der verhältnismäßig hohen Aktionstätigkeit in diesem Bereich und ist u. a. eine Folge der Arbeitsbedingungen in Kaufhäusern, Supermärkten etc., die am ehesten mit denen der Industrie vergleichbar sind, ist aber auch Resultat der niedrigen Löhne im Einzelhandel. Die geringen Wahlergebnisse der DAG zeigen, daß sie für die HBV insgesamt keine gefährliche Konkurrentin mehr ist. Komplizierter ist für die HBV der sehr hohe Anteil an nichtorganisierten Betriebsräten.

1984 haben sich die Anteile von DAG und HBV gegenüber den vergangenen Wahlen nicht wesentlich verändert, was darauf hindeutet, daß die Einflußbereiche nun relativ fest abgesteckt sind. Interessant sind die großen Kaufhäuser, wo DAG wie HBV z. T. überdurchschnittliche Ergebnisse aufweisen. Offensichtlich scheint hier die Entwicklung betrieblicher Auseinandersetzungen zur Polarisierung zwischen diesen beiden Gewerkschaften zu führen, während die Unorganisierten in zunehmendem Maße bedeutungslos werden.

## 2.2 Organisationsstruktur der HBV

Der Zuständigkeitsbereich der HBV umfaßt die Bereiche Handel, Banken, Versicherungen, Geld- und Börsenwesen und Wirtschaftsdienste. Im gesamten Organisationsbereich waren 1980 rund 3,7 Mio. Lohnabhängige beschäftigt, davon 2,9 Millionen im Handel (1,8 Millionen im Einzelhandel). Das läßt die besondere Bedeutung des Handels und insbesondere des Einzelhandels für die HBV erkennen. Auf diesen Bereich entfallen zwei Drittel der Mitgliedschaft. Im Bankenbereich arbeiteten 310 000 und bei den Versicherungen 240 000 Personen. Die Beschäftigtenzahlen sind jedoch im gesamten Organisationsbereich seit 1975 rückläufig.<sup>11</sup>

Der Organisationsgrad lag 1977 im Durchschnitt bei 7,3 Prozent. Er dürfte 1984 um 10 Prozent liegen. Damit hat die HBV den geringsten Organisationsgrad aller DGB-Gewerkschaften (DGB-Durchschnitt: ca. 30 Prozent). Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Gewicht des fast hundertprozentigen Organisationsgrades in den großen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (Neue

10 Gewerkschaft HBV, Hauptvorstand, Ergebnisdienst Schnellmeldung vom 26. 6. 84.

11 Angaben nach: HBV drängt auf einen neuen Kurs, in: Sozialismus 5/1980, S. 90 ff.

Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft, Volksfürsorge, coop usw.) die realen Organisationsverhältnisse im privatkapitalistischen Dienstleistungsbereich noch krasser erscheinen läßt.<sup>12</sup>

Im Handel ist der Warencharakter der Arbeitskraft am stärksten ausgeprägt und für die Beschäftigten auch am offensichtlichsten. Im Bankenbereich ist die Organisierung deutlich schwieriger. Dies liegt mit daran, daß die Banken bisher eine Wachstumsbranche par excellence mit in der Regel zweistelligen Wachstumsraten waren. Hier wurden viele Arbeitsplätze geschaffen, und bis heute hält diese Entwicklung – verlangsamt – an. Erst in den kommenden Jahren ist mit dem Einsatz neuer Computertechnologien Stagnation bzw. Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu erwarten.

Über 50 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in Kleinbetrieben mit weniger als 20 und nur 3,5 Prozent in Betrieben mit mehr als 1000 Angestellten. Im Zuge des Konzentrationsprozesses, besonders im Handel, steigt jedoch der Anteil der in Großbetrieben Beschäftigten. Ausgesprochene Großbetriebe gibt es aufgrund der Aufspaltung in Filialen im HBV-Bereich nur wenige. Doch ist der Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Organisationsgrad offensichtlich. Während z. B. im Einzelhandel der Organisationsgrad bei 10 bis 15 Prozent liegt, beträgt er bei allen großen Warenhauskonzernen (Karstadt, Kaufhof, Hertie, Horten) zwischen 20 und 40 Prozent. Dies gilt auch für Banken und Versicherungen; dort gibt es ebenfalls Großunternehmen mit einem Organisationsgrad zwischen 20 und 40 Prozent.

### **2.3 Die Mitgliederstruktur der HBV**

Eine Besonderheit der HBV ist, daß sie ihre Mitglieder aus ökonomischen Bereichen rekrutiert, die infolge des Strukturwandels stark expandierten. Mit dem starken Mitgliederzuwachs wurde ein schneller Aufbau des gewerkschaftlichen Funktionärskaders nötig. Die HBV verfügt heute über eine große Zahl junger, gut ausgebildeter Funktionäre.<sup>13</sup> Infolge des geringeren Einflusses von „sozialpartnerschaftlichen Filtern“ im hauptamtlichen Apparat (im Vergleich etwa zur IG Metall oder zur IG Chemie) konnten sich aktionsorientierte Positionen leichter durchsetzen. Anstöße aus neuen sozialen Bewegungen stießen weniger auf politisch-ideologische Blockierungen und wurden so in die Gewerkschaft hinein wirksam.

Insgesamt stieg in den 70er Jahren die Aktivität der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften konnten sich stärker betrieblich verankern, was sich in einer positiven Mitgliederentwicklung niederschlug. Eine solche Entwicklung muß nicht mit einem allgemein höheren politischen Bewußtsein der Belegschaften einhergehen, solange kein höherer Verallgemeinerungsgrad der Abwehrkämp-

12 Angaben nach Thomas Hagelstange, Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften 1950-1978, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11/1979, S. 734 ff. Die HBV gibt häufig höhere Organisationsgradberechnungen an (um 20 Prozent). Diese beruhen darauf, daß nur der von HBV-Betriebsräten erfaßte Bereich berücksichtigt wird.

13 Vgl. Christian Götz, a.a.O., S. 813.

fe und keine Vermittlung der Kampferfahrungen zu antikapitalistischem Bewußtsein erreicht werden. Doch können Mitgliedschaft und Übernahme von gewerkschaftlichen oder betrieblichen Funktionen gerade in der HBV angesichts zahlreicher persönlicher und sozialer Nachteile und angesichts des Fehlens verankerter gewerkschaftlicher Strukturen als Anzeichen für die subjektiv gewachsene Bereitschaft gewertet werden, Lohnarbeiterinteressen auch in Konflikten aktiv und verantwortungsbereit zu vertreten.

In der Mitgliedschaft der HBV kommen mehrere Voraussetzungen dafür zusammen, daß eine aktionsorientierte und für neue Probleme offene Politik getragen und gefordert wird. Die Hälfte der Mitglieder war 1980 unter 35 Jahre alt; die „Wirtschaftswundergeneration“ der 35- bis 50jährigen fehlt weitgehend. Aus der ersten Altersgruppe rekrutiert sich vor allem das gegenwärtig gesellschaftlich bedeutsame Linkspotential. Hier kommen überdurchschnittliches Bildungs- und Anspruchsniveau und relativ starke Betroffenheit durch Krisenauswirkungen im betrieblichen wie außerbetrieblichen Bereich zusammen. Ähnliches gilt für das weibliche Element, das in Organisationsbereich und Mitgliedschaft der HBV eine wesentliche Rolle spielt.

Jugend, Frauen, Angestellte – das sind ausgesprochene „Problemgruppen“ der Gewerkschaftsbewegung, bisher unterdurchschnittlich durch gewerkschaftliches Denken und gewerkschaftliche Bindungen erfaßt. Gruppen, die in diesem Milieu aktiv werden, treten als ausgesprochene Minderheiten in einem ablehnenden Umfeld an – das erfordert gewissermaßen Aktionsorientierung und gewerkschaftliche Radikalität, macht die Öffnung für entsprechende Impulse aus dem gewerkschaftlichen Apparat wie aus sozialen Bewegungen mit ähnlicher Basis wahrscheinlich. Schließlich gibt es auch für die Herausforderung durch neue Technik und damit verbundene Rationalisierungsstrategien des Kapitals im Dienstleistungsbereich noch keine eingefahrenen, bewährten gewerkschaftlichen Antworten, so daß auch hier eine relativ offene Situation herrscht. Die Organisation und Aktivierung neuer Gruppen ohne verankerte gewerkschaftliche Traditionen verbindet größere Spontaneität mit spürbarer Unsicherheit und verstärkten Anforderungen an die Führungs- und Verallgemeinerungsfähigkeit der Organisation.

Wir wollen einen etwas genaueren Blick auf die genannten Mitgliedergruppen werfen. Der Anteil der Jugendlichen (unter 25) an der Mitgliedschaft ging von 28% im Jahr 1976 auf 21% 1982 zurück, bis Ende 1983 stieg er wieder leicht an auf 22%.<sup>14</sup> Darin spiegelt sich einmal die Tatsache wider, daß insgesamt immer weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden – die Zahl der organisierten Auszubildenden ging von 1982 bis 1983 um 4058 zurück – und darüber hinaus die Jugendlichen insgesamt bei Eintritt in die Berufsausbildung älter sind aufgrund größerer „Warteschleifen“. Die HBV reagiert mit verstärkter Mitgliederwerbung und Verbesserung ihrer Jugendarbeit

14 Vgl. HBV-Hauptvorstand, Abteilung Jugend (Hrsg.), Wir haben den Dreh raus. Aktions- und Umsetzungsplan zur Jugendmitgliederwerbung, S. 15ff. Absolut betrug die Zahl der in der HBV organisierten Jugendlichen Ende 1982 78590 und Ende 1983 81381 (vgl. Ausblick 12/1983, S. 16).



sowie durch Öffnung zu anderen Politikfeldern wie Frieden, Ökologie etc.<sup>15</sup> 1982 gab es in der HBV 37 aktive Jugendgruppen, darunter jedoch sehr wenige Betriebsjugendgruppen.

Der Frauenanteil in der HBV betrug Ende 1983 nur 56,5%, obwohl z. B. im Handel 60 bis 70% Frauen beschäftigt sind. Weiterhin wirken sich die zahlreichen Benachteiligungen der Frauen wie Doppelbelastung, Familienorientierung, häufige Teilzeitarbeitsverhältnisse hinderlich auf ihr betriebliches und gewerkschaftliches Engagement aus. Doch spiegelt sich eine gestiegene Politisierung auch im Aktivwerden von Frauen wider. Der Frauenanteil an den HBV-Betriebsräten ist steigend (1975: 31%; 1981: 35%; vorläufiges Ergebnis der Betriebsratswahl 1984: 38,6%); damit sind Frauen aber nach wie vor unterrepräsentiert. Insbesondere in Bereichen, in denen schon länger Betriebsarbeit existiert, ist der Betriebsrat eher eine Domäne von vollzeitbeschäftigten Männern. Die hohe Verbreitung von Teilzeitarbeitsverhältnissen bei den Frauen (94,4% der Teilzeitbeschäftigten im HBV-Bereich sind weiblich) wirkt sich hier nachteilig aus. Unter männlichen Betriebsräten ist das Vorurteil, daß Frauen lediglich „dazuverdienen“, häufig. In neuinstallierten Betriebsräten oder in neuen Bereichen (z. B. Verbrauchermärkte) entsteht häufig jedoch eine Frauenmehrheit im Betriebsrat. Hier zeigen sich Auswirkungen der Frauenbewegung und der gestiegenen Bedeutung der Erwerbstätigkeit im Bewußtsein der Frauen.

Die gewerkschaftliche Frauenpolitik erfüllt immer mehr eine Funktion, wie sie ähnlich die Jugendarbeit innehat: Sie wird erster Anlaufpunkt von weitergehenden Aktivitäten und zunehmend Sammelpunkt für vorwärtsweisende Initiativen. Oft nehmen aktive Frauen nicht den Weg des Einstiegs über die Frauenpolitik der Gewerkschaft, sondern engagieren sich direkt im Betrieb. Die meisten allerdings finden einen Einstieg in die Gewerkschaftsarbeit über die nicht so angstbesetzte gewerkschaftliche Frauenarbeit. Dazu kommen Frauen, die keine Betriebsarbeit machen können, etwa weil sie in einem kleinen Betrieb arbeiten, und politisch engagierte Frauen.

Das Durchschnittsalter der Delegierten auf der 1. Bundesfrauenkonferenz der HBV betrug 38 Jahre.<sup>16</sup> Die in der HBV aktiven Frauen gehören meist zu den Jüngeren, sind kinderlos und politisiert, oder zur Altersgruppe der Dreißig- bis Vierzigjährigen, die wieder ins Berufsleben eintreten. Die letztgenannte Gruppe ist vergleichsweise eher konservativ, aber gekennzeichnet durch einen persönlichen Nachholbedarf aufgrund der vorangegangenen Konzentration auf die Familie. Für diese Frauen bedeutet Betriebsarbeit die Möglichkeit, etwas dazuzulernen und sich weiterzuentwickeln.<sup>17</sup>

Im Bereich von HBV, insbesondere im Einzelhandel, ist Teilzeitarbeit weit verbreitet. Im Einzelhandel beträgt der Anteil heute schon ca. 39%.<sup>18</sup> Die Ten-

15 Vgl. Christian Götz, Für einen neuen Anfang in unserer Jugendarbeit, in: *Ausblick* 5/1983, S. 3.

16 Vgl. Bericht der Mandatsprüfungskommission, vorgelegt auf der 1. Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft HBV am 28./29. April 1984 in Leverkusen.

17 So die Charakterisierung durch hauptamtliche Mitarbeiter der HBV. Vgl. Anm. 5.

18 Vgl. *Wirtschaft und Statistik* 1/1984.

denz ist steigend. Vollzeitarbeitsplätze werden in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt; Teilzeit wird benutzt als Mittel zu Kostenersparnis, Arbeitsintensivierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit.<sup>19</sup> Die Entstehung verschiedener Gruppen und Interessenlagen in den Belegschaften kann zu Entsolidarisierung führen und Disziplinierung erleichtern.

Wo die Teilzeitbeschäftigten gezielt angesprochen wurden, zeigte sich, daß sie durchaus zu gewerkschaftlichem Engagement bereit sind. In der HBV gewinnt langsam die Betrachtungsweise an Boden, daß es sich hier nicht um ein „Frauenproblem“ handelt, sondern daß alle Beschäftigten von dieser Entwicklung zur „Flexibilisierung“ betroffen sind.

#### **2.4 Zum Verhältnis von hauptamtlichem Funktionärsapparat und betrieblicher Basis**

Der angedeutete Typus des gewerkschaftlichen Aktivisten, geprägt von neuen Bedürfnissen und Konflikterfahrungen, gekennzeichnet durch ein hohes Maß an selbständigem Handeln, große Ansprüche an innergewerkschaftliche Demokratie und oftmals durch eine „Scharnierfunktion“ zu den neuen sozialen Bewegungen,<sup>20</sup> findet sich bei der HBV relativ häufig im hauptamtlichen Apparat; dies entspricht aber keinesfalls den vorherrschenden Einstellungen in den Betrieben. Für die HBV ist dieser Widerspruch zwischen eher progressiven Führungskadern und eher retardierenden Mitgliedern und Belegschaften ausgesprochen kennzeichnend. Der Schritt zum haupt- oder ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionär kann bei dem relativ niedrigen Organisationsgrad nicht als sozialer Aufstieg gewertet werden, setzt also ein hohes Maß an Motivation und politischem Engagement voraus.<sup>21</sup> In Bereichen gering erschlossener gewerkschaftlicher Aktivität sind Diskriminierungen und Sanktionsmaßnahmen der Geschäftsleitungen leichter durchsetzbar, d. h., gewerkschaftliche Aktivität läßt hier auf eine bewußte, hochmotivierte Entscheidung schließen.

Der größte Teil der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit wird bei der HBV bisher von Betriebsräten gemacht. Sie haben oft keine ausgeprägte politisch-inhaltliche Verbundenheit mit der Organisation, nehmen sie oft lediglich als Dienstleistungs- und Beratungsunternehmen in Anspruch. Dies erklärt auch den verbreiteten Widerspruch zwischen hohen Wahlergebnissen für die HBV-Betriebsräte und geringem betrieblichem Organisationsgrad. Häufig orientieren solche Betriebsräte auf Verhandlungen und defensive Strategien; d. h., das Bewußtsein von Betriebsräten und Belegschaft ist nicht auf dem Stand der Organisationsbeschlüsse. Neue aktionsorientierte Betriebsräte werden oft genug zwischen dem Druck der Geschäftsleitung und der passiven Beleg-

19 Vgl. Jörg Wiedemuth/Horst Zöller, *Konzerne beherrschen den Handel. Rationalisierung und Gegenwehr*, Nachrichten-Reihe 23, Frankfurt 1983, S. 21 ff.

20 Vgl. Arbeiterklasse – revolutionäres Subjekt historischer Veränderung, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6*, 1983, S. 16.

21 Vgl. Christian Götz, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, a.a.O.

schaft zerrieben. Diese Situation kann zu ausgesprochen scharfen Konflikten zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Funktionären auf der einen und den Betriebsräten und der Belegschaft auf der anderen Seite führen.

In dieser Situation kommt dem Aufbau eines gewerkschaftlichen Vertrauensleutekorpers und von HBV-Betriebsgruppen eine Schlüsselfunktion zu. Sie wirken als „Gelenkstelle“ zwischen Mitgliederbasis, betrieblichen Vertretungsorganen und gewerkschaftlichem Apparat. Ihre Arbeit entscheidet wesentlich über das Verhältnis zwischen Basis und Funktionären wie über die Umsetzung gewerkschaftlicher Ziele und Beschlüsse in den Betrieben.<sup>22</sup> Die HBV orientiert seit 1981 verstärkt auf die Bildung von Betriebsgruppen und Vertrauenskörpern, oft gegen den Widerstand der Betriebsräte, die Vertrauensleute nicht als Unterstützung, sondern als Konkurrenzorgane sehen. Bislang gibt es erst in 10 Prozent der Betriebe aktive Vertrauenskörper und Betriebsgruppen. Gewählte Vertrauensleute sind die Ausnahme, „Verteiler“ für Gewerkschaftsmaterial bilden die Regel.

Die bisher eher lockere organisatorische Zusammenfassung der HBV-Mitglieder in Fachgruppen und die geringe betriebliche Verankerung führen dazu, daß außerbetriebliche und allgemein-politische Fragen eine große Rolle in den gewerkschaftlichen Diskussionen spielen. Dies hat den Vorteil, daß intensiver politisch diskutiert werden kann und neue Konfliktfelder wie Frieden und Ökologie stärker in der Gewerkschaft bewußt sind<sup>23</sup> – aber auch den Nachteil, daß manche Betriebsgruppen den Infostand auf der Straße der kontinuierlichen Arbeit im Betrieb vorziehen.

Die verstärkte Rationalisierung bei Banken, Einzelhandel, Versicherungen und anderen Dienstleistungsbereichen bedroht die Angestellten mit Arbeitsplatzverlust, Angleichung der Arbeitsbedingungen an die der Arbeiter und Verschärfung von Kontroll- und Herrschaftsmechanismen des Kapitals. Es schwinden die besonderen Privilegien der meisten Angestellten. Hier ergeben sich neue Ansatzpunkte zur Verankerung der HBV. Dennoch stagniert der Mitgliederstand zur Zeit, und angesichts des starken Beschäftigungsabbaus ist in den nächsten Jahren kein schnelles Wachstum wie in der Vergangenheit mehr zu erwarten. Die vorhandenen gewerkschaftlichen Kräfte sind in den sich verschärfenden betrieblichen Auseinandersetzungen gebunden; eine aufwendige Betreuungsarbeit ist nötig, zur Erschließung neuer Betriebe fehlen oft Kapazitäten. Eine Konsequenz dieser Situation sind spezifische Mitgliederwerbemaßnahmen z. B. für Filial- und Abteilungsleiter und andere Führungskräfte, denen aufgrund ihres starken Einflusses auf die Belegschaft eine Schlüsselfunktion als Bewußtseinsbildner zugemessen wird. Ansatzpunkt ist die Tatsache, daß der Nimbus des Fachverkäufers oder Substituten zunehmend schwindet und mittlerweile auch betriebliche Leitungspositionen durch Rationalisierung und Zentralisierung gefährdet sind.

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. Christian Götz zur Zusammenarbeit mit den Grünen, in: *Ausblick* 11/1983.

### 3. Zur Entwicklung betrieblicher Aktionen

Seit 1978 haben betriebliche Aktionen im HBV-Bereich deutlich zugenommen. Überwiegend handelt es sich um Warnstreiks und Kundgebungen, meist aus Anlaß von Tarifauseinandersetzungen. Bekannt wurden auch Demonstrationen bei zugespitzten Konflikten (Betriebsschließung, Entlassung von Betriebsräten), Unterschriftensammlungen und Solidaritätsaktionen (Kurzstreiks, Flugblattverteilung) zum Kampf der Stahlarbeiter um die 35-Stunden-Woche in NRW 1978/79. Beteiligt waren vor allem Banken und – inzwischen am aktivsten – der Einzelhandel, hier vor allem größere Betriebe wie Kaufhäuser und SB-Märkte. Niedriger Organisationsgrad im Versicherungsgewerbe machte hier bisher nur wenige Aktionen möglich. Einen Streik von fünfeinhalb Wochen führten 120 der 200 Beschäftigten erfolgreich zur Durchsetzung eines Haustarifvertrags im Bibliographischen Institut Mannheim Ende 1981.<sup>24</sup> Regionale Schwerpunkte der HBV-Aktionen lagen in Nordrhein-Westfalen, Frankfurt/M., Hamburg und Stuttgart, bei bundesweiten Aktionen des Einzelhandels in Groß- und Mittelstädten.<sup>25</sup>

Zur Veranschaulichung und Konkretisierung sollen drei Beispiele aus zwei Städten etwas näher ausgeführt werden. Marburg ist eine Mittelstadt mit der Besonderheit, daß fortschrittliche Traditionen von Teilen der Universität und der Einfluß der DKP und ihrer Parlamentsfraktion am Ort ein progressives und förderndes Umfeld für gewerkschaftliche Aktionen bilden. Hamburg ist durchaus stellvertretend für Handlungsbedingungen der HBV in Großstädten.

Das *Kaufhaus Ahrens in Marburg* gehört zum Karstadt-Konzern. Von den über 400 Beschäftigten waren Anfang der 70er Jahre 25 Prozent in der DAG organisiert. 1972 führte die HBV in der Stadt zusammen mit anderen Organisationen ein „Ahrens-Tribunal“ durch und kam so auch im Betrieb ins Gespräch. Die bis dahin nur vier Mitglieder der HBV konnten Einfluß zunächst auf die Jugendvertretung gewinnen und sich auch bei betrieblichen Mißständen gegenüber dem konfliktscheuen DAG-BR profilieren. Es gelang, einige Abteilungsleiter für die HBV zu gewinnen, die von der DAG enttäuscht waren. Durch offensive Mitgliederwerbung und Interessenvertretung wurde 1980 die Mehrheit im BR errungen. Sie konnte 1984 verteidigt werden mit höherer Stimmzahl, nachdem der BR Erfolge im Kampf gegen die Schließung einer Abteilung errang und dabei 30 neue HBV-Mitglieder gewonnen wurden. Der Organisationsgrad liegt heute bei 34 Prozent, während die DAG noch maximal 20 Mitglieder hat.

Der aktive Belegschaftskern wird gebildet von den HBV-Betriebsräten und der Betriebsgruppe, an der bis zu 15 meist jüngere und sehr engagierte Kollegen mitarbeiten. Sie beteiligen sich zugleich aktiv an den Aktionen der Frie-

24 Vgl. Redaktionsteam der BI-Betriebsgruppe (Hg.), *Wir kämpften und gaben nicht nach!* Mannheim o.J.

25 Quelle: Archiv Soziale Bewegungen des IMSF; *Ausblick*, Zeitschrift der HBV, Jahrgang 1983. Vgl. zur Arbeitskämpfentwicklung im HBV-Bereich auch: A. Achenbach u. a., *Arbeitskampf an neuen Fronten. Zu den Aktionen und Streiks im Bereich der GTB, HBV, GEW und RFFU 1979*, Soziale Bewegungen Nr. 8, Frankfurt/M. 1980, S. 31–48.

denzbewegung. Auch der freigestellte BR hat privat wie über Kulturarbeit Beziehungen zur fortschrittlichen Intelligenz am Ort.

In Hamburg fanden während der *Tarifrunde 1981 Warnstreiks in Betrieben des Einzelhandels und des Versicherungsgewerbes* statt. Zur Vorbereitung dienten Betriebsversammlungen, Unterschriftensammlungen für die Aktionen und die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Zu den aktiven Kernen zählten in einem Kaufhaus überwiegend ältere Kolleginnen, die dort schon länger BR- und VL-Arbeit gemacht hatten, in einem anderen eher jüngere Mitglieder. Während DAG-Mitglieder sich als Streikbrecher hervortaten, fanden die Aktionen eine unerwartet breite Unterstützung. In den beiden Kaufhäusern stieg der Organisationsgrad in diesem Zusammenhang von unter 30 auf über 50 Prozent.

Einen nicht ohne weiteres verallgemeinerbaren Fall stellt die Entwicklung am *Kaufhaus Horten in Marburg* dar. Von 1975 bis 1980 konnten dort 44 Prozent der Belegschaft in der HBV organisiert werden (Organisationsgrad bei den Frauen 38 Prozent). Da ein VK fehlte, setzte der BR allerdings seine sozialpartnerschaftliche Politik fort. 1980 wurde ein Teil des Betriebes als selbständiger Supermarkt abgetrennt; ein eigener BR wurde gewählt, und bis Jahresende waren 82 Prozent der Belegschaft HBV-Mitglieder. Als 1981 der Supermarkt wieder geschlossen werden sollte, gelang es dem dreiköpfigen BR, darunter zwei Frauen, die gesamte Belegschaft für den Kampf um die Arbeitsplätze und dann um einen Sozialplan zu mobilisieren. Eine Schlüsselrolle hatte dabei die Informationspolitik des BR, der die Belegschaft in alle Entscheidungsprozesse einbezog; er wurde durch die örtliche HBV konsequent unterstützt. Höhepunkt des Kampfes war eine eineinhalbtägige Betriebsversammlung der bisher völlig kampfunerfahrenen Belegschaft. Im Ergebnis konnte ein relativ guter Sozialplan durchgesetzt werden. Ein Teil der Belegschaft arbeitet heute in einem anderen SB-Markt; ihr betriebliches Auftreten belegt, daß die Erkenntnisse über die Bedeutung einer kämpferischen gewerkschaftlichen Interessenvertretung und über den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital weiterwirken.

Die dargestellten Überlegungen und Beispiele zeigen, daß die HBV im Dienstleistungsbereich erhebliche Entwicklungsperspektiven besitzt. Aus der Mitglieder- und Beschäftigtenstruktur ergeben sich weitere Möglichkeiten der Aktivierung von Belegschaftsgruppen, die dem gewerkschaftlichen Kampf bisher eher passiv gegenüberstanden. Die Entwicklung der Arbeitsbedingungen der Angestellten wird diese in den kommenden Jahren zwingen, ihre Position gegenüber den betrieblichen Interessenvertretungen klarer zu bestimmen. Polarisierungsprozesse werden die Folge sein. Die Entwicklung der Frauenbewegung, das wachsende Selbstbewußtsein und Engagement von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen kann ebenfalls zur Erhöhung des gewerkschaftlichen Aktivitätsgrads im Dienstleistungsbereich beitragen.

## **Betriebliche Friedensinitiativen in der Bundesrepublik**

*Peter Müller*

*1. Verteilung auf Wirtschaftssektoren – 2. Entstehung und Entwicklung der BFI – 3. Aktivitäten – 4. Bewußtseinsentwicklung – 5. Wechselwirkungen zwischen Friedens- und betrieblichem Bereich*

Trotz breiter Aktionen war die Friedensbewegung letztlich nicht imstande, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu verhindern. Vor allem aus der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften wurde noch zu wenig Druck entwickelt. Das Engagement von Belegschaften in den Betrieben wird mit über den Erfolg der Friedensbewegung entscheiden.

Seit 1982 ist eine Reihe von betrieblichen Friedensinitiativen (BFI) entstanden, die den Gegenstand unseres Beitrags bilden. Im Mittelpunkt stehen Fragen nach den vermittelnden Kräften zwischen außerbetrieblicher und betrieblicher Friedensbewegung sowie nach der Spezifik betrieblicher Friedensaktivität. Weiter ist zu untersuchen, inwieweit die BFI zu betrieblich und gewerkschaftlich wirksamen Zentren politisch entwickelter Kräfte geworden sind und ob sie sich Rückhalt unter den Belegschaften erwerben konnten.<sup>1</sup>

Da es sich bei den BFI um einen neuen, bislang nicht bearbeiteten Gegenstand der Forschung handelt,<sup>2</sup> war es notwendig, neben vorliegenden allgemeinen Informationen in Gesprächen und Diskussionen mit Mitgliedern ausgewählter Initiativen vor Ort Erkenntnisse über deren Arbeit zu gewinnen. Damit sind bestimmte Grenzen der Materialbasis gesetzt; dennoch erlaubt sie gewisse Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen. Untersucht wurden Initiativen aus den Organisationsbereichen der IG Metall und der ÖTV, in denen die meisten BFI entstanden sind, sowie der Chemieindustrie; die starke Dominanz sozialpartnerschaftlicher Politik in der IG Chemie setzt betrieblicher Friedensarbeit in dieser Branche große Hemmnisse entgegen.

Zunächst soll ein knapper Überblick über die erfaßten Betriebe gegeben werden. Der Hoesch-Konzern mit seinen drei Dortmunder Hüttenwerken (Phönix-, Westfalen-, Unionhütte) ist ausschlaggebend für die Beschäftigungsmöglichkeiten und die Entwicklung dieser Stadt. Bereits seit einigen Jahren wird dort von der Belegschaft unter Einschluß großer Teile der Bevöl-

1 Vgl. Der Betrieb als Formierungsbasis der Arbeiterklasse in der BRD heute, These 23, in diesem Band.

2 Eine Ausnahme bildet Ute Tschischke, Betriebliche Friedensinitiativen in der BRD, in: IPW-Berichte 5/1984, S. 41 ff.



kerung der Kampf gegen den Abbau der Arbeitsplätze, für die Erhaltung der Stahlbasis Dortmund geführt. Die BFI Hoesch-Hüttenwerke war Haupteinladender für das erste bundesweite Treffen betrieblicher Friedensinitiativen am 11. September 1983 in Dortmund. Das VW-Werk in Kassel-Baunatal ist mit 16 000 Beschäftigten dominierender Metallbetrieb in Nordhessen. In Nürnberg treffen wir auf keine derartige einzelbetriebliche Dominanz. Hier ist insbesondere die AEG Kanis mit 1200 Beschäftigten ein Schwerpunkt betrieblicher Friedensarbeit. Für dieses Werk sind die sozialistischen Länder wichtige Handelspartner. Das Arbeitsamt in Marburg besteht aus dem Hauptamt mit etwa 170 Beschäftigten sowie den Nebenämtern. Dort arbeiten überwiegend Angestellte. Schließlich wurde das Frankfurter Hoechst-Werk in die Untersuchung einbezogen. Der Hoechst-Konzern ist das weltweit umsatzstärkste Chemie-Unternehmen. Im Werk Frankfurt/M. sind 30 000 Personen beschäftigt.

## **1. Verteilung auf Wirtschaftssektoren**

Die Schwerpunkte betrieblicher Friedensarbeit und der betrieblichen Friedensinitiativen liegen im Organisationsbereich der IG Metall sowie im öffentlichen Dienst, darunter in bekannten Konzernen wie Hoesch Dortmund, Thyssen-Stahl-AG, Peine Salzgitter, Mannesmann, MAN, Siemens, Hanomag und anderen. Insbesondere die Stahl- und Automobilindustrie weist eine hohe Anzahl betrieblicher Friedensinitiativen auf. In nahezu allen großen Automobilkonzernen wurden BFI gegründet, so bei Ford, Opel, Daimler-Benz und in allen sechs Werken des VW-Konzerns.

Im öffentlichen Dienst schlossen sich Kollegen insbesondere in Stadtverwaltungen (z. B. in Dortmund und Nürnberg) und im Sozialbereich zu Initiativen zusammen, weiter bei Post und Bahn, in Arbeits- und Jugendämtern sowie Gerichten. Darüber hinaus finden wir eine größere Anzahl von BFI im Sektor Hafen/Werften (Hamburger Hafen, HDW, Hapag-Lloyd) sowie im Organisationsbereich der IG Druck und Papier (z. B. Axel-Springer-Verlag, Hamburg). Die HBV koordiniert die betriebliche Friedensarbeit zum großen Teil auf Ortsebene, da Betriebsgrößenstruktur und relativ geringer Organisationsgrad eine einzelbetriebliche Tätigkeit erschweren.

Daneben arbeiten auch in den Einzugsbereichen anderer Einzelgewerkschaften BFI, so in der Chemieindustrie (in den drei Monopolkonzernen Hoechst, BASF, Bayer) und im Bergbau. Das erste bundesweite Treffen betrieblicher Friedensinitiativen spiegelte diese Verteilung wider. Zur Erklärung sind im wesentlichen drei Aspekte zu nennen:

a) Die Metall-/Stahlindustrie und der öffentliche Dienst sind die weitaus größten Sektoren der bundesdeutschen Wirtschaft (IGM und ÖTV sind die größten Einzelgewerkschaften).

b) Die Stärke der IGM, der überdurchschnittlich hohe Organisationsgrad in den meisten Großbetrieben, die bereits eine gewisse Kampferfahrung haben, und die stärker an den Interessen der abhängig Beschäftigten orientierte Gewerkschaftspolitik bieten günstigere Bedingungen und einen relativen Schutz für Friedensaktivitäten im Betrieb.



c) Im Öffentlichen Dienst ist bei betrieblichen Friedensaktivitäten die Disziplinierungsgefahr durch Arbeitsplatzverlust und ähnliches relativ geringer als in der Privatwirtschaft, auch wenn die Drohung mit Berufsverböten nicht unterschätzt werden darf. Weiter finden wir insbesondere in Angestellten- und Dienstleistungssektoren jene Teile der Arbeiterklasse und ihrer sozialen Nachbarn, die häufig als „Scharniergruppen“ zwischen Friedens- und Arbeiterbewegung wirken<sup>3</sup> und die Verankerung der Friedenthematik in Betrieb und Verwaltung erleichtern. Darüber hinaus wurde der Aufbau von BFI in einigen Bereichen seitens der ÖTV aktiv gefördert. Damit deutet sich bereits an, daß die praktische Haltung der Einzelgewerkschaften zum Friedensengagement oft ausschlaggebend für den Erfolg von BFI ist.

## 2. Entstehung und Entwicklung der BFI

Anstöße zur Bildung von BFI kamen zumeist aus dem außerbetrieblichen Bereich; vielfach waren die Initiatoren schon länger in der Friedensbewegung aktiv. Am Anfang betrieblicher Friedensarbeit standen meist sogenannte Erstunterzeichneraufrufe zu Aktivitäten der Friedensbewegung, bis dann mit zeitlichem Abstand in den jeweiligen Betrieben BFI gegründet wurden. Der Aufschwung in der Bildung von BFI begann Ende 1982 und im ersten Halbjahr 1983 und verstärkte sich dann weiter.

### 2.1 Kaderstruktur und Initiativen zur Konstituierung

Die Bildung von BFI oder ähnlicher Arbeitskreise ist kein spontaner Prozeß, sondern setzt die politische Initiative aktiver Kerne voraus. Dahingehende Bemühungen erforderten stets bewußte Vorbereitung und Planung. Solche Anstöße kamen i. d. R. von linken Gewerkschaftern und Betriebsfunktionären, fortschrittlichen Sozialdemokraten und Parteilosen und Kommunisten, in Einzelfällen auch von stark engagierten Christen. Dies gilt z. B. modellhaft für VW Wolfsburg, wo sich zu Anfang ein Sozialdemokrat, eine Kommunistin und ein Parteiloser zusammengefunden hatten.

Solche Kollegen sind i. d. R. gewerkschaftspolitisch, insbesondere im Hinblick auf die Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche, engagiert und vertreten in hohem Maße klassenorientierte Positionen. Teilweise lag der Grund für die Initiativen in Unzufriedenheit mit dem praktischen Gewerkschaftsengagement in der Friedenspolitik.

Die weitaus häufigste Vorgehensweise war die der individuellen Ansprache von Kollegen für Erstunterzeichnerbriefe, die zur Gründung einer BFI aufriefen, darunter meist Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter, Ortsverwaltungen. Bei VW Kassel-Baunatal unterstützten der gesamte Betriebsrat, der

<sup>3</sup> Vgl. Klaus Pickshaus, Zur Bedeutung der „Scharniergruppen“ zwischen neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung, in: IMSF (Hg.), Marx ist Gegenwart, Frankfurt/M. 1983, S. 265 ff.

Vertrauenskörper, die Jugendvertretung und die IGM-Ortsverwaltung einen Aufruf gegen die Raketenstationierung und für die 35-Stunden-Woche. Damit wurde eine breite Ausgangsplattform geschaffen, die die betriebliche Öffentlichkeit beeinflusste.

## **2.2 Verhältnis zur Gewerkschaft und den betrieblichen Interessenvertretungsorganen; Formen betrieblicher Friedensarbeit**

Die meisten BFI haben Gewerkschaftsbeschlüsse gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu ihrer Arbeitsgrundlage gemacht. Die Hoesch-Friedensinitiative betonte bereits zu Anfang: Wir sind Gewerkschafter und arbeiten auf der Basis der Gewerkschaftsbeschlüsse, um diese in Betrieb und Gewerkschaft in die Praxis umzusetzen. In der Friedensinitiative des Arbeitsamts Marburg war diese Zielstellung von allen Beteiligten, einschließlich der gewerkschaftlich nicht Organisierten, von Beginn an akzeptiert.

In Struktur und Arbeit lassen sich im wesentlichen vier Typen von Initiativen ausmachen:

A) Die Initiativen werden von den Einzelgewerkschaften explizit als Gewerkschaftsinitiativen gegründet (z. B. verschiedentlich im Organisationsbereich der ÖTV), oder die gewerkschaftliche Interessenvertretung im Betrieb erklärt sich quasi zum Träger der betrieblichen Friedensarbeit bzw. zur betrieblichen Friedensinitiative.

B) Die BFI arbeitet sehr eng mit Vertrauenskörper und Betriebsrat sowie mit der Gewerkschaft zusammen.

C) Die BFI arbeitet, unabhängig von der örtlichen Gewerkschaft, nur mit Betriebsrat und Vertrauenskörper zusammen. Dies ist zum Teil in kleineren Betrieben der Fall.

D) In manchen Betrieben müssen BFI gegen den Widerstand von lokalen oder betrieblichen Gewerkschaftsorganen und des Betriebsrats agieren.

In den beiden letztgenannten Fällen stellen diese Initiativen besonders ausgeprägt Sammelpunkte von Kräften dar, die mit sozialpartnerschaftlichen und passiven Zügen der Gewerkschaftspolitik nicht einverstanden sind und für eine Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis, insbesondere im Hinblick auf die Friedenssicherung, eintreten.

Besonders deutlich ist Typ A in Nürnberg ausgeprägt. Dort ist in der IG Metall ein hauptamtlicher Funktionär für Friedensarbeit zuständig. In der AEG-Kanis versteht der Vertrauenskörper die betrieblichen Friedensaktivitäten als integralen Bestandteil seiner Tätigkeit, was eine sehr starke Verankerung dieser Thematik und der damit verbundenen Aufgaben gewährleistet. Diese besondere Form entspricht einer längeren Tradition der Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Frieden und betrieblicher Arbeit. Schon Aktivitäten gegen Bau und Stationierung der Neutronenbombe hatten hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre eingeschlossen. Seit 1981 betätigen sich die IG Metall, aber auch ÖTV, HBV, GHK kontinuierlich in Fragen der Friedenssicherung. Der ÖTV-Kreisvorstand Nürnberg stellte sich von Anfang an

in seiner Mehrheit auf die Seite der Friedensbewegung und veranlaßte die Einrichtung eines Arbeitskreises Frieden und Arbeit beim Kreisvorstand, der z. B. die betriebliche Friedensarbeit in Klinikum und Stadtverwaltung fördert.

Im VW-Werk Kassel-Baunatal hat sich die BFI von einer allgemein betrieblichen, stark aus dem Jugendbereich getragenen, hin zu einer IG-Metall-Friedensinitiative mit gewerkschafts-offiziellen, aber dennoch offenem Charakter als freier Arbeitskreis entwickelt. Sämtliche Aktivitäten wurden vom gewerkschaftlichen Vertrauenskörper mitgetragen. Die Gründungsversammlung der BFI sah 35 Kollegen, in der Mehrzahl Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter sowie den Zweiten Bevollmächtigten der IGM-Ortsverwaltung und eine Delegation der relativ starken SPD-Betriebsgruppe, die sich im wesentlichen auf die Beobachtung des Treffens beschränkte.

Es ist zu betonen, daß in Nürnberg und bei VW zu keiner Zeit von Gewerkschaftsseite die Forderung erhoben worden war, Abstriche bei zentralen Inhalten und Aktivitäten zu machen. Derartige Erfahrungen können indessen nicht unbegrenzt verallgemeinert werden. Dies zeigt sich beispielsweise an Aktivitäten von Initiativen der Deutschen Postgewerkschaft in Düsseldorf, die den Aufruf zum ersten bundesweiten Treffen betrieblicher Friedensinitiativen mitunterzeichnet hatten; deswegen kam es zu Differenzen mit der DPG.

In Nürnberg wurden auch Diskussionen über mögliche veränderte Herangehensweisen für den Fall geführt, daß die enge Verflechtung mit den Gewerkschaften zum Hindernis für die Einbeziehung von Kollegen, beispielsweise von Unorganisierten, werden könnte; dies bedeutete jedoch keinesfalls ein Abrücken von den gewerkschaftlichen Beschlüssen gegen die Raketenstationierung bzw. von der möglichst engen Zusammenarbeit mit den betrieblichen und gewerkschaftlichen Organen der Interessenvertretung.

Ein größerer Teil der BFI ist dem zweiten Typ zuzurechnen (z. B. Hamburger Hafen und Hoesch Dortmund). Sie entwickelten sich unter starker Beteiligung der örtlichen Gewerkschaftsorgane und der VK und konnten die betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen in hohem Maße in die Arbeit einbeziehen. Exemplarisch kann dies an der BFI Hoesch nachvollzogen werden. Die Vertrauenskörperleitungen der Hoesch-Hüttenwerke verstehen sich eindeutig als Teil der BFI. In der Initiative arbeiten ständige Vertreter der Vertrauenskörperleitungen aller drei Werke mit. Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die VKL der Hüttenwerke, trotz starker Reserviertheit der IG Metall Dortmund und des Hauptvorstands, als Einlader für das Dortmunder Treffen fungieren konnten. Sämtliche wesentlichen Aktivitäten, sei es ein Friedensaufruf oder der Aufruf und die Mobilisierung zum Ostermarsch, wurden von seiten der Vertrauenskörperleitung jeweils gestützt und abgesichert. Dabei bestätigt sich im Grunde, daß die BFI alleine nicht zur Mobilisierung der betrieblichen Kampfkraft, zur Durchführung von Aktionen in stande ist. Dies ist Aufgabe der Gewerkschaft im Betrieb.

Ein Repräsentant des dritten Typs ist die BFI Arbeitsamt Marburg. Die Initiative erhielt kaum Unterstützung seitens der örtlichen ÖTV – insbesondere, weil der Krefelder Appell von den Mitgliedern der BFI als unabdingbare Basis für ihre Arbeit verstanden wurde. Andererseits bestehen enge Kontakte

zwischen BFI und Personalrat. Diese Konstellation war nicht unproblematisch für die praktische Arbeit. Beispielsweise war es am 19. Oktober 1983, dem Tag der Betriebe, der ÖTV-Friedensinitiative in der Marburger Stadtverwaltung mit Unterstützung der örtlichen ÖTV gelungen, in ihrem Bereich neunzehn Büros symbolisch zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären. Eine vergleichbare Aktion wurde für das Arbeitsamt nicht durchgeführt, weil man ohne Absicherung durch die örtliche ÖTV das Risiko von Disziplinierungsmaßnahmen zu hoch einschätzte.

Als Beispiel für den letzten Typ kann die BFI Hoechst AG in Frankfurt/M. genannt werden. Diese Initiative besitzt keinerlei Kontakte zur IG Chemie und wird sowohl von Gewerkschaft, Betriebsrat, Vertrauenskörper, Jugendvertretung wie von der Unternehmensleitung als Gegner behandelt. Zur oppositionellen Betriebsratsliste „Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“<sup>4</sup> bestanden keine Kontakte – damit waren die Chancen für eine Sammlung des antisozialpartnerschaftlichen Potentials sehr eingeschränkt.

### **2.3 Zusammensetzung der BFI**

Den Träger betrieblicher Friedensarbeit bildet in vielen Großbetrieben ein linker Kern von Aktiven, zusammengesetzt aus fortschrittlichen Sozialdemokraten, Kommunisten und gewerkschaftlich organisierten Parteilosern. Im Arbeitsamt Marburg gehören zu diesem Kern auch gewerkschaftlich unorganisierte Parteilose, deren Beweggründe zunächst ausschließlich friedenspolitischer Natur waren. Im VW-Werk konnten Mitglieder der DAG ansatzweise für die BFI interessiert und selbst dem Christlichen Metallarbeiterverband (CMV) zugehörige Beschäftigte in Unterschriftensammlungen erreicht werden; insgesamt sind jedoch konservativ orientierte Kreise in BFI praktisch nicht vertreten.

In der BFI Hoechst waren zunächst auch einige dem Spektrum der Grünen zuzurechnende Beschäftigte vertreten, die indessen nach kurzer Zeit – aus Gründen angeblicher politischer „Einseitigkeit“ – die BFI wieder verließen. Die Verfestigung der politischen Strukturen bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim – u. a. durch die Konfrontation zwischen IGM-Mehrheit und der oppositionellen plakat-Gruppe im BR – führte dazu, daß die Initiative zur Bildung und Aktivität der BFI aus dem Jugendbereich kam, dann eine gewisse Ausstrahlung auf andere Kräfte im Betrieb hatte und so ein breiteres Spektrum zusammenführen konnte.

In den Großbetrieben zeigte sich insgesamt eine recht niedrige Bereitschaft zum Engagement in BFI bei jenen Gruppen, die eher an den neuen sozialen Bewegungen orientiert sind – ebenso bei eher konservativen Kreisen. Ein Grund dürfte sein, daß für diese Gruppen der Zugang eher über Fragen der Bedrohung und des Überlebens führt, während in den meisten BFI eine enge

4 Vgl. Klaus Pickshaus, Politische Differenzierung im Großbetrieb: Zur Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 199 ff.

Verknüpfung von friedens- und wirtschafts-/sozialpolitischen Themen das Profil bestimmt.

Auf dem Dortmunder Treffen rekrutierten sich die im Durchschnitt zwischen 25 und 35 Jahre alten Teilnehmer mehrheitlich aus den Bereichen der gutqualifizierten Fachkräfte sowie technischer und kaufmännischer Angestellter. Diese Zusammensetzung findet sich in den meisten BFI.

### 3. Aktivitäten

#### 3.1 Betriebliche und sozialökonomische Ansatzpunkte

In manchen Rüstungsbetrieben (z. B. MBB, Blohm & Voß, VFW Speyer) sind bereits vor längerer Zeit Arbeitskreise zu Fragen alternativer Produktion<sup>5</sup> entstanden; für sie waren Überlegungen zur Produktion nützlicher Gebrauchswerte sowie die vergleichsweise niedrige Arbeitsplatzsicherheit der Anlaß gewesen, um betriebliche Vorschläge zur Rüstungskonversion und Produktionsumstellung zu entwickeln. Das Selbstverständnis dieser Initiativen war allerdings nicht das von BFI; erst mit dem Aufschwung der Friedensbewegung wurden auch solche Aspekte mitdiskutiert. Mit dieser Ausnahme stehen in den BFI meist Fragen der politischen Friedenssicherung im Vordergrund. Dabei werden die Zusammenhänge von Hochrüstung – Arbeitslosigkeit – Sozialabbau in den Mittelpunkt der Aufklärungstätigkeit gerückt.

In der Gruppe der wissenschaftlich-technischen, der kaufmännischen und Verwaltungsangestellten hat sich gezeigt, daß Motive wie Bedrohung und Kriegsangst weitgehend im Vordergrund der eigenen Betroffenheit sowie der Beweggründe zum Kampf gegen die Hochrüstung stehen. Darin spiegelt sich wider, daß kritische Tendenzen in diesen Gruppen sich eher auf die neuen sozialen Bewegungen orientieren und von hier politisch-ideologische Impulse aufnehmen. Im Unterschied hierzu erweisen sich Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, wenn deren Zusammenhang mit der Rüstungsproblematik nachgewiesen wird, als wesentliche Ansatzpunkte im Arbeiterbereich. Gerade im Gefolge der intensiveren öffentlichen Diskussion zeigten sich jedoch Ansätze für eine Erweiterung des Problembewußtseins in Richtung der Bedrohung durch Wettüsten. In beiden Gruppen spielen Generationsunterschiede eine Rolle.<sup>6</sup> So ist unter Jugendlichen die Sensibilität für Gefahren der Hochrüstung erheblich stärker ausgeprägt als im Erwachsenenbereich.

Zwar basieren verbreitete Interpretationsmuster wie „Eine Mark kann nur einmal ausgegeben werden: für Kanonen oder für Butter“ zunächst auf relativ unpolitischem Alltagsverständnis; dennoch bieten sich hier Anknüpfungspunkte für weitergehende Erkenntnisse. Bemühungen in dieser Richtung tref-

5 Vgl. Jörg Huffscheid, Rüstungskonversion als Verbindung friedenspolitischer und sozialökonomischer Interessen, in: WSI-Mitteilungen 6/1983, S. 371 ff.; Schwerpunkt Alternative Produktion und Beschäftigung, in: Die Mitbestimmung 4-5/1984.

6 Vgl. Heinz Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre, in: Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 63.

fen indessen häufig auf bewußtseinsmäßige Sperren; eingewendet wird, daß betriebliche Gewerkschaftsarbeit „unpolitisch“ sein solle, und Systemfragen und antikapitalistische Forderungen werden in der Regel abgeblockt.

Nicht immer ist auch die Bereitschaft vorhanden, über die soziale Komponente der Friedenthematik zu diskutieren. Dies trifft in ganz besonderem Maße auf Unternehmen wie die Hoechst AG zu, wo aufgrund der stetigen ökonomischen Entwicklung und der bislang relativ sicheren sozialen Lage der abhängig Beschäftigten stärker die Komponente der Bedrohungsangst als Politisierungsmoment im Vordergrund stand.

Ein spezifischer Ansatz findet sich im Sozialbereich. In Verbindung mit den Inhalten der Arbeit rückte hier ein Aspekt verstärkt in den Vordergrund: Das Interesse der Kollegen, die sich mit der in ihrer Tätigkeit liegenden sozialen Verantwortung identifizieren (z. B. möglichst erfolgreich Arbeitslose vermitteln wollen), kollidierte zunehmend mit dem Sozialabbau, der Möglichkeiten und Erfolg ihrer Arbeit direkt einschränkt. Ein derartiger moralischer und sozialer Anspruch eröffnete neue Diskussionsmöglichkeiten über Ursachen und Zusammenhänge von Rotstift- und Rüstungspolitik.

Die hohe Bedeutung eines möglichst konkret faßbaren Bezugs für die betriebliche Mobilisierung bestätigen Erfahrungen der BFI bei den Hoesch-Hüttenwerken, wo ein Großauftrag mit der Sowjetunion abgeschlossen worden war. Ebenso bot die Thematik des „Osthandels“ bei AEG-Kanis Ansatzpunkte für betriebliches Friedensengagement.

Integraler Bestandteil der meisten Friedensaufrufe von BFI ist die Verknüpfung mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Mit dieser Herangehensweise konnten betrieblich unterschiedliche Erfahrungen gesammelt werden. Für die Hoesch-Werke ergab sich daraus kein nennenswertes Hindernis. Dagegen brachte diese enge Verknüpfung z. B. bei AEG-Kanis Probleme mit sich, wo spontan eine erheblich höhere Zustimmung zum Thema Friedenssicherung als zur 35-Stunden-Woche-Forderung festgestellt wurde.

### **3.2 Praktische Umsetzung**

Schon in der Gründungsphase bestimmte die betriebspezifische Vorbereitung und Mobilisierung zu den Aktionshöhepunkten der Friedensbewegung die Arbeit der BFI. Als eine wichtige Form wurde die Sammlung von Unterschriften übernommen, um Teile von Betrieben (oft Lehrwerkstätten) zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären; aber auch der Krefelder Appell und der DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ waren Mittel, um die Diskussion in der Belegschaft zu entwickeln. Diskussionen friedenspolitischer Fragen in Vertrauenskörpern und Betriebsräten, selten auf Betriebsversammlungen, betriebliche Ausstellungen und überbetriebliche Kundgebungen verbreiteten – in Wechselwirkung mit der Ausstrahlung der Friedensbewegung – das Friedensengagement.

Mit diesen Aktivitäten wuchs das Bedürfnis nach überregionaler Auswertung und Verallgemeinerung von Erfahrungen und weiteren Orientierungen.



In dieser Situation konnte das erste bundesweite Treffen betrieblicher Friedensinitiativen am 11. September 1983 in Dortmund einen fühlbaren Aufschwung der BFI bewirken. Auf dem Treffen waren etwa 130 BFI vertreten, die Teilnehmerzahl betrug 1500. Mit der Koordinierung war, neben weiteren Einladern,<sup>7</sup> die BFI Hoesch beauftragt worden.

Bereits in der Vorbereitungsphase hatten politische Auseinandersetzungen stattgefunden, insbesondere, als die Jungsozialisten den Vorwurf erhoben, die Veranstaltung sei DKP-gesteuert. Dies führte schließlich zum Austritt der Jusos aus dem Vorbereitungskreis, als sie ihre Vorstellungen nicht völlig durchsetzen konnten. Als Träger verblieben die Falken, SDAJ, sozialdemokratische und parteipolitisch unorganisierte Gewerkschafter. Darüber hinaus versuchten Gruppen wie GIM und MLPD, letztere durch konzentrierte Mobilisierung eines Mitgliederblocks, Einfluß zu gewinnen.

Ziel des Treffens war es, einen Anfang zu machen, um die betriebliche Friedensarbeit bundesweit zu koordinieren. Dabei standen Fragen des konkreten Vorgehens sowie die Vorbereitung des „Tages der Betriebe“ im Vordergrund.

Der Beschluß des DGB zu kurzen Streiks um „5 vor 12“ am 5. Oktober 1983 erleichterte die Arbeit der BFI außerordentlich, so daß in Großbetrieben wie Opel Rüsselsheim oder den Bremer Werften die Arbeit fast hundertprozentig ruhte. Im Rahmen der Aktionswoche der Friedensbewegung war der 19. Oktober als „Tag des Widerstands in Betrieben, Verwaltungen und sozialen Einrichtungen“ stärker durch begrenzte Aktivitäten, meist außerhalb der Betriebe, gekennzeichnet. Nur in einigen Betrieben reichte die Verankerung der BFI aus, um Betriebs- und Personalversammlungen durchzusetzen, die dem Zusammenhang von Hochrüstung und sozialen Fragen gewidmet waren. Insgesamt wurde der Aufruf zum „Tag der Betriebe“ von Gewerkschaftsseite kaum unterstützt. „Die Sache würde einfacher, wenn die Ortsverwaltung dazu aufrufen würde“, mußten Kollegen bei Daimler-Benz feststellen.<sup>8</sup>

Der Bundestagsbeschluß zur Stationierung löste nach diesen Aktionshöhepunkten in vielen Betrieben Ratlosigkeit und Resignation aus. Mehr und mehr wurde das Bedürfnis geäußert, der jüngsten Phase von im wesentlichen organisatorischen Vorbereitungen zu den Aktionshöhepunkten nun eine intensivere Diskussion über inhaltliche Fragen folgen zu lassen; dies wurde zum Teil bewußt als „Einkehr nach innen“ verstanden, sollte aber keinen Rückzug von weiteren Aktivitäten einleiten. Hier spiegelt sich sicherlich die Situation der Friedensbewegung in den BFI wider. So konzentrierten sich neugegründete BFI von vornherein in hohem Maße auf solche Fragen. Der Kampf gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles blieb jedoch im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der BFI.

Nach den Herbstaktionen und dem Bundestagsbeschluß rückte die Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche in den Vordergrund betrieblicher und gewerkschaftlicher Aktivitäten, v. a. im Metall- und Druckbereich. Das trug zum Abflauen betrieblicher Friedensaktionen bei. Doch scheint der enge Zusam-

7 Vgl. die Einladerliste in: Nachrichten 8/1983, S. 24.

8 Vgl. Jugendpolitische Blätter 10/1983, S. 5.

menhang zwischen Friedenskampf und sozialem Kampf für die Zukunft unter aktiven Gewerkschaftern durchaus fest verankert; das belegt etwa die Tatsache, daß auf einer Solidaritätskundgebung des Nürnberger DGB zum 35-Stunden-Streik Ende Mai 1984 vor 15000 Teilnehmern neben Gewerkschaftern auch ein Vertreter des Nürnberger Friedensforums sprach.

#### **4. Bewußtseinsentwicklung**

Mit Ausnahme von Hoechst, wo aufgrund relativer Passivität der Belegschaft bislang das Stimmungsbild unklar blieb, war bei der Mehrzahl der Belegschaften eine positive Haltung zu den betrieblichen Friedensaktivitäten bzw. zur BFI erkennbar. Dies kam u. a. in der Beteiligung an betrieblichen Friedensaktivitäten zum Ausdruck. Ein relativ hohes Ansehen im Arbeiter- wie im Angestelltenbereich schlägt sich allerdings kaum in entsprechendem Eigenengagement wie Mitarbeit in der BFI nieder. Bei den letzten Betriebsratswahlen konnten friedenspolitisch aktive Betriebsratskandidaten gute Ergebnisse erzielen. Im VW-Werk Kassel wurden ihre Positionen, insbesondere fortschrittlicher Sozialdemokraten und auch Kommunisten, wesentlich gestärkt. Dies zeigt, daß ein solches Engagement zumindest kein Hindernis war, für einige möglicherweise zu ihrer Profilierung beitrug. Allerdings zeichneten sich die meisten Kandidaten zugleich durch einen hohen gewerkschaftlichen Aktivitätsgrad bzw. stark klassenorientierte Positionen aus; aus diesem Grunde können unmittelbare Schlußfolgerungen nur unter Vorbehalt gezogen werden.

Mit dem Echo und den Erfolgen für die engagierten Aktivisten gegen die Aufrüstung wuchs ihr Gewicht in den Gewerkschaften. Umgekehrt konnten im Arbeitsamt Marburg sämtliche Mitglieder der BFI in der ÖTV organisiert werden. In den Betrieben mit gutfunktionierenden BFI ist in der Belegschaft durchgängig eine erheblich gestiegene Diskussionsbereitschaft über die Hochrüstung- und Friedensproblematik, insbesondere die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen, aber auch über die Rolle der NATO, erkennbar. Bereits dies stellt ein tiefverwurzeltes Tabu in Frage, zumal es bei einem großen Teil der Beschäftigten gelungen ist, die Zusammengehörigkeit von Rüstung, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit ansatzweise zu verdeutlichen. Praktisch sichtbar wird die zunehmende bewußte Verbindung beider Themenkomplexe in der oftmals gestiegenen Beteiligung derselben Kollegen am Ostermarsch wie an den 1.-Mai-Veranstaltungen.

#### **5. Wechselwirkungen zwischen Friedens- und betrieblichem Bereich**

Beim exemplarischen Vergleich von Hoechst AG und Hoesch erweist sich als eines der zentralen Momente für den Erfolg betrieblicher Friedensarbeit der Umfang gewerkschaftlicher und betrieblicher Kampferfahrung. Bei Hoesch hatte die Tradition der betrieblichen Kämpfe für ein neues Stahlwerk, für den Erhalt der Stahlbasis Dortmund und der Arbeitsplätze einen hohen

Politisierungsgrad großer Teile der Belegschaft zur Folge. Andererseits zeigte sich insbesondere im Hoesch-Werk Union, wo die stärksten Arbeitsplatzverluste hingenommen werden mußten und noch weitere drohen, daß hier kein Automatismus wirkt. Gerade in diesem Betrieb gestaltet sich die Friedensarbeit schwieriger als in Phönix und Westfalenhütte.

Die bundesweiten Erfahrungen aus der Arbeit von BFI machen deutlich, daß es sich dabei um ein wechselseitiges Verhältnis handelt. Im betrieblichen Geschehen verankerte BFI haben dazu beigetragen, daß Gewerkschafter und Vertrauensleute gewerkschaftliche und betriebliche Probleme offensiver anzugehen bereit sind. In den BFI rückten zunehmend Diskussionen auch über diese Fragen in den Vordergrund, die oftmals eine neue Qualität annahmen. Offensichtlich entwickelten sich damit informelle Kreise gewerkschaftlich Aktiver, die als Kristallisationspunkte klassenorientierter Gewerkschaftsarbeit zugleich fortschrittliche Impulse für betriebliche Auseinandersetzungen zu geben imstande sind. Nicht selten werden in BFI auch konkrete Probleme betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit mitdiskutiert.

Mit der Bildung und Entwicklung von BFI kristallisieren sich offensichtlich „legitime Sammelpunkte der oppositionellen und politisch entwickelten Kräfte“<sup>9</sup> in diesen Betrieben heraus. Wie in vielen anderen Betrieben war in der Hoesch-Westfalenhütte mit der BFI „ein *politischer Ausschuß* entstanden (...), in dem Sozialdemokraten, Parteilose und Kommunisten gemeinsame Interessen, *Forderungen und Aktionen formulieren und vorantreiben*. Es ist, wenn man so will, ein Ausschuß der Aktionseinheit, eine politische Aktionseinheit im Betrieb, zwar begrenzt auf ein Thema, aber auf ein Thema, *das sehr umfassend ist und sich von anderen politischen Fragen kaum trennen läßt*.“<sup>10</sup> In gleicher Weise zeigte sich mit dem bundesweiten Treffen in Dortmund ein sich formierender klassenorientierter Kern der Belegschaften, demgegenüber zwar Vorbehalte von offizieller sozialdemokratischer, z. T. auch von gewerkschaftlicher Seite bestehen, der aber in Großbetrieben durch Vertrauensleute und Betriebsräte verankert ist.

Mit dem Eintritt in die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche stellten sich für die betriebliche Friedensarbeit neue Probleme. Die gewerkschaftliche Schwerpunktsetzung auf die Vorbereitung und Durchführung dieses Arbeitskampfes hatte einen erheblichen Rückgang im Interesse und an praktischer Unterstützung von Gewerkschaftsseite zur Folge. Andererseits bietet der aus dem gewerkschaftlichen Kampf resultierende erhöhte Politisierungsgrad der Belegschaften perspektivisch neue Möglichkeiten verstärkter Diskussionsbereitschaft und einer weiteren Öffnung der Belegschaften für Argumente und Forderungen der Friedensbewegung.

9 Der Betrieb als Formierungsbasis..., a.a.O.

10 UZ, 6. 1. 1984; Hervorhebung P. M.

## **Das Betrieblich Alternative Bündnis in Bremen**

### **Über den Formierungsprozeß linker betrieblicher Bündnisse**

*Jürgen Burger/Michael Nacken/Peter Sörgel*

*1. Zur sozialökonomischen Situation des Landes Bremen – 2. Zu den betrieblichen Voraussetzungen des BAB – 3. Die Rolle des BAB in der Bremer Wahlbündnisdiskussion – 4. Die Situation nach den Bürgerschaftswahlen und die Betriebsratswahlen 1984*

Am 25. September 1983 fanden in Bremen und Bremerhaven Bürgerschaftswahlen statt, rund ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU/FDP-Koalition und wenige Monate nach den Bundestagswahlen vom März 1983.

Bundesweit stellten diese Wahlen in Bremen und noch mehr die zeitgleichen Landtagswahlen in Hessen einen Test dar, ob die Bonner Rechtswende auch bei Landtagswahlen ihre Bestätigung finden würde. Die Wahlergebnisse in Bremen wie auch in Hessen haben diese Bestätigung nicht erbracht. In beiden Bundesländern zeigte sich vielmehr, daß die SPD – in der Wählergunst noch wenige Monate vorher auf einem Tiefpunkt – erstaunlich schnell neue Integrationskräfte entwickeln und insbesondere ihr in der Vergangenheit erreichtes Wählerpotential voll bei diesen Wahlen mobilisieren konnte.

Gegenüber den hessischen Landtagswahlen wiesen die Bremer Wahlen einige Besonderheiten auf, deren wichtigste die Kandidatur eines Personenbündnisses mit der Bezeichnung Betrieblich Alternative Liste (BAL) war. Die Bedeutung dieses Wahlbündnisses lag vor allem in der Tatsache begründet, daß hier erstmals ein beachtlicher Teil linker betrieblicher Funktionäre, Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute vor allem aus Bremer und Bremerhavener Großbetrieben neben und gegen die etablierten Parteien in den Wahlkampf eingriff. Die Betrieblich Alternative Liste formulierte den Anspruch, ein Bündnis herzustellen zwischen fortschrittlichen Teilen der Bremer Arbeiterbewegung und den sogenannten neuen sozialen Bewegungen einschließlich der Partei Die Grünen.

Das Bündnis in dieser Breite mißlang. Aber auch in seiner Reduzierung auf nur einen Teil der linken Bremer Arbeiterbewegung und auf linke Teile der neuen sozialen Bewegungen wirkte hier ein Kraft, die nicht nur große Diskussionsprozesse im linken und demokratischen Lager über Bremen hinaus löste, sondern die vor allem in die betriebliche Diskussion neue Elemente hin-

eintrag und zu einer spürbaren Politisierung des betrieblichen Bereichs beisteuerte.

Die Betrachtung des Wahlergebnisses (die BAL erhielt 1,37 Prozent der Stimmen) mag es nahelegen, dieses „Experiment“ zu den Akten zu legen. Ebenso drängt sich als Schlußfolgerung die Frage auf, ob ein Wahlbündnis ohne die Grünen nicht von vornherein ein erfolgloses Unterfangen ist. Solche Gesichtspunkte würden jedoch verkennen, daß der Bündnisprozeß von vornherein mit einer längerfristigen, über den Wahltag hinausreichenden Perspektive angelegt war, und daß deutlich geworden ist, daß die Auswirkungen dieses Bündnisprozesses weit über das Wahlergebnis und über den Wahltag hinausweisen.

Diese Auswirkungen sind nicht zuletzt bei den jüngsten Betriebsratswahlen vor allem in jenen Betrieben, die unmittelbar in die Wahlbündnisauseinandersetzungen einbezogen waren, frappant hervorgetreten. Aber auch ohne solche sichtbaren Spuren war der Bündnisprozeß von großer Bedeutung für die *politische* Verständigung zwischen den verschiedenen linken Kräften in Bremer Betrieben. Auch der Wahlkampf selbst wies zahlreiche interessante Besonderheiten auf, die teilweise mit dem Formierungsprozeß des Bündnisses zusammenhingen, teilweise damit, daß die sogenannte heiße Phase des Wahlkampfes zusammenfiel mit den Aktionen der AG-Weser-Belegschaft gegen die Schließung des Betriebes und der Besetzung der Werft in der letzten Wahlkampfwoche.

Im folgenden soll es nicht um eine Analyse und Auswertung des Bremer Bürgerschaftswahlkampfes gehen. Hier interessieren nur solche Aspekte, die Aufschluß darüber geben, wie und warum ein wichtiger Teil der Betriebslinken in Bremen und im kleineren Umfange auch in Bremerhaven sich aus einer „Zuschauerrolle“ herausbegab, sich als politisches Bündnis formierte und aktiv in die Wahlkampfauseinandersetzungen eingriff. Es soll dabei auch um den Prozeß gehen, der sich im Bewußtsein vieler betrieblicher Funktionäre vollzog, um die Rückwirkungen auf den Betrieb und um die Inhalte der ideologischen Auseinandersetzungen, die betriebliche Funktionäre im Bündnisprozeß selbst und auch in Auseinandersetzungen mit der SPD und den Grünen führten.

Fragt man nach den Faktoren, die wesentlich dazu beitrugen, daß es zu dieser Entwicklung innerhalb des linken Teils der Arbeiterbewegung kommen konnte, so sind vier Punkte zu nennen:

1. die sozialökonomische Situation des Landes Bremen mit besonders ausgeprägten Krisenauswirkungen;
2. die politischen Prozesse in einigen Bremer Großbetrieben, die Formierung einzelbetrieblicher linker Bündnisse und die sich über einen längeren Zeitraum entwickelnde Kommunikation zwischen diesen Bündnissen;
3. die Zuspitzung der Probleme des einzelbetrieblichen Kampfes angesichts der langanhaltenden ökonomischen Krise;
4. die besondere politische Situation vor der Regierungsübernahme durch die Rechtskoalition im Herbst 1982 und hier insbesondere der rapide Verfall der Integrationskraft der SPD für wichtige Teile der Arbeiterklasse sowie die

parlamentarischen Erfolge der Grünen, insbesondere der GAL in Hamburg.

## **1. Zur sozialökonomischen Situation des Landes Bremen**

Das Land Bremen ist in vielfältiger Weise von den Auswirkungen der ökonomischen Krise und insbesondere der Massenarbeitslosigkeit betroffen; der Zweistädtestaat hat die höchste Arbeitslosenquote der Bundesrepublik. Die Arbeitslosenquote stieg von 1982 = 10,4 Prozent auf 13 Prozent im Jahre 1983. Die beschleunigte Zunahme der Massenarbeitslosigkeit war begleitet von einem drastischen Rückgang der offenen Stellen. Während 1982 die Stellen um ca. 54 Prozent zurückgingen, betrug die Reduzierung im Jahre 1983 noch einmal 26,1 Prozent, so daß den Bremischen Arbeitsämtern in diesem Jahr lediglich 987 offene Stellen zur Verfügung standen – bei einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 36 743 Erwerbspersonen.<sup>1</sup> Die besondere Situation in Bremen wird dadurch geprägt, daß sich nahezu alle Branchen, die das Wirtschaftsgefüge des Landes bestimmen, in der Krise befinden bzw. Arbeitsplätze in bedeutendem Umfang durch Rationalisierung abbauen. Diese Branchen sind der Schiffbau, die Stahl-, die Luft- und Raumfahrtindustrie, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie die Fischverarbeitung. Die einzige wesentliche Ausnahme bildet hier der Fahrzeugbau mit einem Betrieb von Daimler-Benz.

Die gängige Erklärung für Bremens Lage ist der Hinweis auf die große Anhäufung von wirtschaftsbestimmenden Problembranchen. Der entscheidende Gesichtspunkt besteht jedoch darin, daß das Land Bremen stärker als vergleichbare Regionen bestimmt wird von Konzernbetrieben, die ihre Zentralen nicht im Lande selbst haben. Acht der größten Bremer Betriebe befinden sich im Besitz auswärtiger Konzerne; Konzernzentralen gibt es in Bremen nahezu nicht.<sup>2</sup> Allein die Krupp-GmbH hat in Bremen in den letzten zehn Jahren drei größere Betriebe geschlossen, darunter die Traditionswerft AG-Weser mit zuletzt ca. 2000 Arbeitsplätzen. Hinzu kommt, daß überdurchschnittlich viele Beschäftigte in Großbetrieben mit über 1000 Belegschaftsangehörigen arbeiten, die zumeist eine solche Konzernabhängigkeit aufweisen. So sind im verarbeitenden Gewerbe Bremens 50,8 Prozent der Beschäftigten in solchen Betrieben tätig, während es in einer Stadt wie Hamburg 43,8 Prozent und im Bundesdurchschnitt nur 39,2 Prozent sind. Zu berücksichtigen ist weiterhin, daß der industrielle Sektor im Lande Bremen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt oder auch zur Stadt Hamburg nennenswert größer ist. In der Bremer und Bremerhavener Industrie arbeiten ca. 90 000 Beschäftigte. Das sind 30 Prozent der Gesamtbeschäftigten. Die entsprechende Quote für die Stadt Hamburg beträgt lediglich 23 Prozent.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Bremen ist zudem gekennzeichnet durch ein unterdurchschnittliches Wachstum sowie einen überdurch-

1 Vgl. Statistische Jahresberichte des Statistischen Landesamts Bremen 1984, H. 1, S. 20.

2 Vgl. zu den Auswirkungen solcher Abhängigkeiten: Landesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Bremen (Hrsg.). Forderungen für eine alternative Wirtschafts- und Sozialstruktur in Bremen. 3. erw. Auflg., S. 27 ff.



schnittlichen Beschäftigungsabbau. Ferner ist festzustellen, daß für einen Stadtstaat wie Bremen der gesamte Dienstleistungssektor unterdurchschnittlich entwickelt ist, was u. a. damit zusammenhängt, daß die Konzernzentralen und die zentralen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen nicht im Lande angesiedelt sind.

Besonders zugespitzt stellt sich die Arbeitsplatzsituation für Jugendliche dar. Hier stieg die Arbeitslosenquote im Jahre 1983 auf über 20 Prozent (Jugendliche unter 20 Jahren), wobei die konzernabhängigen Großbetriebe die Situation der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels dadurch verschärfen, daß sie völlig unterproportional Ausbildungskapazitäten bereithalten oder Ausbildungsplätze sogar abbauen. So beträgt die Ausbildungsquote bei so wichtigen Betrieben wie Daimler-Benz nur 4,5 Prozent, bei MBB und Klöckner 3,5 Prozent und bei Nordmende 3,2 Prozent.<sup>3</sup> Die SPD-Landesregierung hat seit langem große finanzielle Mittel in die mehr oder weniger krisengeschüttelten Branchen gepumpt. Dies gilt vor allem für die Werftindustrie, für die Klöckner-Hütte Bremen, aber auch für die Fahrzeug-, Luft- und Raumfahrtindustrie (MBB und Daimler-Benz). Die aufgrund der bundespolitischen Rahmenbedingungen und der Krise immer angespanntere Finanzlage des Landes wurde vor allem dadurch weiter kompliziert, daß auf Druck der Konzerne immer neue und nicht vorher geplante Finanzzuwendungen durch das Land erfolgten. So sind von 1979 bis 1981 in die Werftindustrie statt vorgesehener 60 Millionen DM 200 Millionen DM geflossen.

Daimler-Benz bekam aus dem Staatshaushalt ca. eine halbe Milliarde DM. In allen Fällen (außer Daimler-Benz) diente diese finanzielle Stützung dazu, in den entsprechenden Konzernbetrieben Kapazitätsabbau und damit Arbeitsplatzabbau zu finanzieren, Fusionen vorzubereiten und Fusionskosten tragen zu helfen; d. h. es ging in jedem Fall um Profitsanierung und nicht um den Ausbau und die Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Ohne Zweifel erfolgte die Wende in der Haushalts- und Finanzpolitik des Landes Bremen, was die Einschränkungen öffentlicher Dienstleistungen, das drastische Zusammenstreichen des Investitionshaushaltes oder Stellenstopp und Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst betrifft, später als in anderen Bundesländern. Die ab 1981 eingeleiteten Sparrunden waren aber um so drastischer, mit der Folge, daß neben der massenhaften Arbeitsplatzvernichtung im industriellen Sektor auch im öffentlichen Dienst ein entsprechender Prozeß eingeleitet wurde.

Viele dieser Probleme kulminierten um das Jahr 1983 herum, als in Bonn die SPD-Regierung noch amtierte und in Bremen der Senat mit den sich verschärfenden wirtschaftlichen Problemen nicht fertig wurde. Auch die betrieblichen Interessenvertretungen stießen immer mehr an Grenzen. Stärker rückte ins Bewußtsein, daß die traditionellen Formen sozialdemokratischer Politik versagt hatten. In vielen Bereichen betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung gab es ein deutliches Absetzen von sozialdemokratischer Politik. Seine besondere Zuspitzung erfuhr dieser Prozeß bei der Werftenkrise,

3 Vgl. ebd., S. 15 und 16.

von der die Traditionsfirmen AG-Weser und Bremer Vulkan gleichermaßen betroffen waren.

## **2. Zu den betrieblichen Voraussetzungen des BAB**

Innerhalb der Bremer Öffentlichkeit und vor allem bei der Bremer Sozialdemokratie sorgte die Tatsache, daß sich ca. ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl bekannte fortschrittliche Betriebsfunktionäre aus einer Reihe Bremer Großbetriebe mit einer „Erklärung zur politischen Lage“ zu Wort meldeten, für großes Aufsehen. Diese Erklärung formulierte den Anspruch, die Betriebsfunktionäre wollten nicht länger Objekt politischer und insbesondere wirtschaftlicher Auseinandersetzungen der etablierten Parteien und auch der Grünen sein, sondern sie würden „jetzt“ für sich selber sprechen mit dem Ziel, ein breites Bündnis aller oppositionellen Kräfte herzustellen, und sie würden diese Absicht in den Betrieben mit ihren Kolleginnen und Kollegen diskutieren.

Die Unterzeichner dieser politischen Erklärung entwickelten aus diesem Ansatz innerhalb weniger Monate ein überbetriebliches Bündnis – das BAB –, das in seiner Gründungsphase 400 Unterzeichner aus über 50 Bremer und Bremerhavener Betrieben umfaßte. Bei den Unterzeichnern handelte es sich in der Mehrzahl um betriebliche und gewerkschaftliche Funktionsträger. Hervorstechend war, daß die Masse der Unterzeichner sich aus ca. 8 Bremer Großbetrieben rekrutierte und dabei vor allem aus der Klöckner-Hütte Bremen. Die Funktionäre der Hütte waren mit 45 Unterzeichnern – fast ausnahmslos Mitglieder der Vertrauenskörperleitung und des Vertrauenskörpers der IG Metall, darunter 13 Betriebsräte – das wohl stabilste Element in diesem Bündnisprozeß. Ebenfalls größere Kontingente stellten Betriebe wie MBB, die Tageszeitungs-AG, die Seebeck-Werft Bremerhaven, aus dem öffentlichen Dienst das Jugendamt und einige Kollegen aus den Bremer Krankenhäusern, sowie mit Abstrichen Daimler-Benz und Hapag-Lloyd. Jedoch waren Funktionäre der beiden größten Bremer Werftbetriebe, AG-Weser und Vulkan, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht unter den Unterstützern des Betrieblich Alternativen Bündnisses zu finden.

Die Konzentration der Unterstützer des BAB auf einige Großbetriebe wirft die Frage nach den Ursachen hierfür auf und danach, auf welche Weise das Feld betrieblicher Auseinandersetzungen in diesen Betrieben aufbereitet war, um eine solche Entwicklung möglich zu machen.

Betriebliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen und Kämpfe von Belegschaften haben sich in der Vergangenheit in Bremen stark auf einige Großbetriebe konzentriert. Das waren insbesondere die Klöckner-Hütte, die Vulkan-Werft, die Flugzeugindustrie (früher VFW, heute MBB) und zu Beginn der 80er Jahre die AG-Weser. Über lange Kampftradition verfügte die Bremer Tageszeitung AG; im öffentlichen Dienst muß die betriebliche und gewerkschaftliche Aktivität des Jugendamtes und von Teilen der Lehrerschaft hervorgehoben werden. In fast allen diesen Betrieben hatten sich dabei in den vergangenen Jahren linke betriebliche Bündnisse herausgebildet.

Die intensivste und längste Entwicklung dieser Art finden wir auf der Klöckner-Hütte in Bremen.<sup>4</sup> Seit 1969 gibt es hier ein Bündnis von Sozialdemokraten, Parteilosen, der Gruppe Arbeiterpolitik<sup>5</sup> und Kommunisten, das seit dieser Zeit in ununterbrochener Reihenfolge die Mehrheit im Betriebsrat und deren Betriebsratsvorsitzenden stellt. Dieses Bündnis tritt mit dem Anspruch auf, konsequente Gewerkschaftspolitik im Betrieb zu vertreten. Das bedeutet nicht, daß es über Patentrezepte gegen den Beschäftigungsabbau in der Stahlindustrie verfügt; aber es versucht, in allen Fragen zusammen mit der Belegschaft die Folgen der Stahlkrise zu mindern und Positionen gegen die Unternehmer zu setzen, wo immer das möglich ist. Dieser Prozeß war stets von intensiven inhaltlichen Auseinandersetzungen im Betrieb um die Linie von Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit begleitet. Im Kern ging es dabei um die Frage einer autonomen, an Klasseninteressen orientierten Gewerkschaftspolitik auf der einen Seite und sozialpartnerschaftliche Positionen auf der anderen Seite, die auf der Klöckner-Hütte über die AfA-Betriebsgruppe mit Vehemenz vorgetragen wurden.

Die Bündnispolitik bei Klöckner hatte im Lande Bremen eine starke Ausstrahlungskraft, weil hier in der Praxis gezeigt wurde, daß offensiv gewerkschaftliche Positionen vertreten werden können, ohne daß es den Unternehmern gelingt, die errungenen fortschrittlichen Mehrheiten wieder zu kippen. An Versuchen hierzu hat es nicht gefehlt – sowohl von seiten der Unternehmensleitung als auch von seiten der rechten Opposition im Betrieb, sowohl einzeln vorgetragen als auch im unmittelbaren Zusammenspiel. So wurde zum Beispiel der Versuch gestartet, nach einer Streikniederlage der Belegschaft im Jahre 1973 im Zusammenhang mit betrieblichen Kämpfen um Teuerungszulagen den damaligen Betriebsratsvorsitzenden *Heinz Röpke* fristlos zu kündigen. In solchen Auseinandersetzungen und der täglichen Arbeit mußte stets der Nachweis gegenüber der Belegschaft gelingen, daß das fortschrittliche Bündnis mit seiner Absage an Sozialpartnerschaft eine bessere Interessenvertretung als andere Kräfte organisieren kann, die, wenn auch nicht immer offen ausgesprochen, auf Zusammenarbeit mit den Unternehmern setzten.

Die innerbetrieblichen Auseinandersetzungen führten, obwohl sie nicht abgesichert waren durch ein entsprechendes außerbetriebliches Kräfteverhältnis, dennoch zu einer Festigung der Kräftekonstellation im Betrieb. Insgesamt entwickelte sich in den zurückliegenden 15 Jahren auf der Hütte ein reiches Reservoir von Kampferfahrungen aus kleinsten Auseinandersetzungen bis hin zu großen Streiks mit und ohne gewerkschaftliche Unterstützung. Daraus erwuchs bei den führenden betrieblichen Funktionären ein ausgeprägtes Be-

4 Klöckner-Hütte Bremen: 6300 Beschäftigte, besteht seit den fünfziger Jahren.

5 Bei der Gruppe Arbeiterpolitik handelt es sich um einen bundesweit organisierten Zirkel, dessen einzelne Gruppen jedoch relative Selbständigkeit besitzen. Die Gruppe konzentriert sich auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Sie leitet sich von der 1929 von der KPD abgespaltenen KPO her. Die Bremer Gruppe Arbeiterpolitik stützt sich insbesondere auf die Klöckner-Hütte, wo sie mit einigen Betriebsräten vertreten ist und konstruktiv in dem linken Bündnis auf der Hütte mitarbeitet.

wußtsein hinsichtlich der Prinzipien der Aktionseinheitspolitik. Die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Belegschaftsinteressen wurde in den jeweiligen Konflikten unabhängig von weltanschaulichen Differenzen als Existenzfrage begriffen. Diese in Kämpfen gewonnenen Erfahrungen wurden im übrigen in der Entwicklung des Betrieblich Alternativen Bündnisses voll wirksam und kontrastierten in den Wahlbündnisauseinandersetzungen erheblich zu den Prinzipien der grün-alternativen Bewegung.

Die Beispielwirkung der Interessenvertretung auf der Klöckner-Hütte für linke und fortschrittliche Funktionäre in anderen Bremer Betrieben hängt im wesentlichen auch mit dieser Stabilität des betrieblichen Bündnisses zusammen. Weniger Allgemeingut ist, daß auf der Hütte auch in kleineren Konflikten eine langfristig angelegte Interessenvertretung organisiert wurde und wird. So werden dort an Punkten Auseinandersetzungen geführt, deren längerfristige Bedeutung für die Entwicklung des Bewußtseins der Belegschaft in anderen Betrieben nicht gesehen wird.

Als Beispiel sei verwiesen auf die Auseinandersetzung bei der Klöckner-Hütte hinsichtlich der Quotenregelung, wo es darum ging, „ob man sich auf ein betriebsegoistisches Verhalten einläßt, in der Hoffnung, die ökonomische Situation des Konzerns als Garant des Erhalts der Arbeitsplätze zu sichern oder zu verbessern, oder aber eine kämpferische Position gegenüber dem Unternehmer beibehält, in der Hoffnung, daß eine bewußte und kampfbereite Belegschaft in der Lage ist, sich gegen die Unternehmer weiterhin zur Wehr zu setzen.“<sup>6</sup>

Eine ähnliche Bündnisentwicklung hat es mit Unterbrechungen auch beim Bremer Vulkan gegeben.<sup>7</sup> Die dortige Echolot-Gruppe, die eine Zeitung gleichen Namens herausgab, stellte seit 1981 den Betriebsratsvorsitzenden, den Kollegen *Fritz Bettelhäuser*. Sie setzte sich 1981 gegen den maßgeblich von der SPD-Betriebsgruppe beeinflussten Betriebsrat durch, der in vielen wichtigen Fragen Positionen der Unternehmensleitung vertrat. Die Haltung, die dieses Bündnis in der betrieblichen Auseinandersetzung zeigte, war konsequent und kämpferisch, nicht immer in der notwendigen Langfristigkeit abgestimmt, aber in jedem Fall wurde ein hervorragender Beitrag dafür geleistet, daß es den Werftkonzernherren nur in geringem Maße gelingen konnte, die beiden Belegschaften AG-Weser und Vulkan zu dem Zeitpunkt, als beide Betriebe alternativ zur Schließung anstanden, gegeneinander auszuspielen. Das hervorragendste Beispiel der Überwindung von Konkurrenz und Spaltung war die gemeinsame Demonstration der Vulkan-Belegschaft mit den Kolleginnen und Kollegen der AG-Weser nach der Bekanntgabe des Stilllegungsbeschlusses für

6 Vgl. Peter Sörgel/Dieter Reinken, Alle in einem Boot?, in: Walter Gruber/Peter Sörgel (Hrsg.), Stahl ohne Zukunft? Hamburg 1984, S. 113 ff. In diesem Beitrag wird am konkreten Beispiel aufgezeigt, welche Probleme und Schwierigkeiten die Entwicklung und Durchsetzung einer nicht an sozialpartnerschaftlichen Positionen orientierten Politik mit sich bringt; gleichzeitig werden auch selbstkritisch die Grenzen solcher konsequenten Interessenvertretungspolitik benannt.

7 Vulkan-Werft: 3500 Beschäftigte; Eigner: 29 Prozent Senat, 22 Prozent Thyssen-Bornemisza, 11 Prozent Hapag-Lloyd, Rest Kleinaktionäre; Gründung des Betriebs vor dem 1. Weltkrieg.

die AG-Weser-Werft, womit gleichzeitig feststand, daß die Vulkan-Werft, jedenfalls auf absehbare Zeit noch, weiterleben würde.

Es muß als ein wesentlicher Mangel der Arbeit des Betrieblichen Alternativen Bündnisses betrachtet werden, daß es ihm nicht gelungen ist, die Kollegen des Bremer Vulkan in dieses Bündnis mit einzubeziehen. Nicht ausgeräumte ideologische Differenzen in Fragen, die nichts zu tun haben mit der betrieblichen Interessenvertretungspolitik, führten dazu, daß dieses Bündnis mit den Vulkan-Kollegen im Jahre 1983 nicht zustande kam und daß der Betriebsratsvorsitzende von Vulkan, *Fritz Bettelhäuser*, sogar für die Bremer Grüne Liste kandidierte.

Bei der AG-Weser<sup>8</sup> verlief die innerbetriebliche Auseinandersetzung in Belegschaft, Betriebsrat und Vertrauenskörper um eine Orientierung auf unterschiedene Kampffaktionen weitaus komplizierter und setzte erst sehr viel später ein. Hier war es die über Jahre andauernde Konfrontation mit den Ergebnissen sozialpartnerschaftlicher Politik, die Konfrontation mit immer wieder gebrochenen Versprechen der Unternehmensleitung, Entlassungen würden die restlichen Arbeitsplätze absichern, und die Einsicht, daß der sozialdemokratisch geführte Senat ohne erkennbare Differenzen die Unternehmensleitung finanziell und politisch stützte, die Betriebsrat und Belegschaft zu einer Wende in der betrieblichen Interessenvertretung veranlaßten.

Bekanntlich haben sich die Ereignisse um die AG-Weser mitten in der Wahlkampfauseinandersetzung überstürzt, als sich abzeichnete, daß die Werft zum Jahresende geschlossen werden sollte. Der damalige Betriebsratsvorsitzende der AG-Weser, *Hans Ziegenfuß*, hat zwar in einem spektakulären Akt seinen Austritt aus der SPD erklärt; die Verbindungen zum BAB nahmen jedoch erst in allerletzter Stunde konkretere Gestalt an. Zwar wandte sich die Belegschaftsvertretung vor dem Wahltermin öffentlich und entschieden gegen die Bremer Senatpolitik, aber diese Entschiedenheit reichte nicht aus, um sich eindeutig als Teil des Betrieblich Alternativen Bündnisses zu verstehen.

Damit, daß es nicht gelungen ist, wesentliche Funktionärsteile des Bremer Vulkan und der AG-Weser in das Bündnis einzubeziehen, sind bereits die beiden wesentlichen Mängel des Betrieblich Alternativen Bündnisses benannt.

Verbindungen gab es auch zu Daimler-Benz.<sup>9</sup> Dort entwickelte sich nach den letzten Betriebsratswahlen eine Gruppe von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die sich in klarer Opposition zur amtierenden Betriebsratsmehrheit herausgebildet hatte. Die Betriebsratsmehrheit bei Daimler-Benz ist in Bremen eine entscheidende Stütze sozialpartnerschaftlicher Politik, da es sich hier einmal um den größten Bremer Betrieb mit ca. 8000 Arbeitsplätzen handelt, und da zum zweiten diese Mehrheit ihre Stabilität dadurch erhält, daß Krise und Arbeitsplatzabbau an Daimler-Benz vorüberzugehen scheinen.

Dennoch zeigt sich immer wieder die Unfähigkeit dieser Betriebsratsmehrheit in Situationen, wo Betriebsrat und Vertrauenskörper notgedrungen in Ge-

8 AG Weser: z. Zeit der Schließung 2200 Beschäftigte; Eigner: Krupp 86 Prozent. Gründung des Betriebes vor dem 1. Weltkrieg.

9 Daimler-Benz: 8500 Beschäftigte; vormals Hanomag-Henschel, vormals Borgward.

gensatz zur Unternehmensleitung geraten. Dies wurde im Juni 1984 unterstrichen am Beispiel der durch den Konzern verhängten kalten Aussperrung im Zusammenhang mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche. Die Betriebsratsmehrheit hatte der Belegschaft das Versprechen gegeben, wie in vergangenen Jahren würde in einem solchen Fall vom Arbeitsamt Kurzarbeitergeld gezahlt. Als dieses Versprechen infolge der Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit nicht eingelöst werden konnte, zeigte sich die ganze Hilflosigkeit und Unfähigkeit sozialpartnerschaftlicher Politik: Die Belegschaft forderte eine Urabstimmung, um Gelder aus der Streikkasse der IG Metall zu erhalten, der Betriebsrat schloß sich in seinem Betriebsratsbüro ein, weil er sich außerstande sah, der empörten Belegschaft mit Antworten auf die so entstandene Situation entgegenzutreten.

Eine wesentliche Stütze erfuhr das BAB durch einen Kreis von Vertrauensleuten des Bremer MBB-Betriebes,<sup>10</sup> deren verstärkte politische Zusammenarbeit im Zusammenhang mit einem Arbeitskreis des Vertrauenskörpers zur alternativen Fertigung steht. Auch diese Kollegen traten als betriebliches Bündnis in Abgrenzung zum sozialpartnerschaftlichen Verhalten des Betriebsrates in der betrieblichen Auseinandersetzung auf. Ebenso wie die oppositionellen Kollegen bei Daimler-Benz gibt auch diese Gruppe von Betriebsräten und Vertrauensleuten bei MBB eine eigene Zeitung heraus.

Die wichtigsten Beteiligten des BAB kommen zwar aus der Metallindustrie, aber auch in anderen Industriezweigen gab es solche Ansätze. Da ist einmal der Druckbereich, vor allem die Bremer Tageszeitung AG,<sup>11</sup> wo ähnlich wie bei Klöckner seit vielen Jahren eine fortschrittliche Betriebsratsmehrheit die Interessenvertretung innehat. Dasselbe gilt für den Bereich der Krankenhäuser, das Jugendamt<sup>12</sup> und einige Schulen sowie verschiedene Zweige des Einzelhandels, in denen Unterstützer des Betrieblich Alternativen Bündnisses respektable Positionen innerhalb der Interessenvertretung bzw. ihrer Gewerkschaften vertreten. Das wesentliche Standbein des Betrieblich Alternativen Bündnisses in Bremerhaven war die Seebeck-Werft,<sup>13</sup> wo fortschrittliche Betriebsräte und Vertrauensleute über ihren Betrieb hinaus den Bündnisprozeß forcierten.

Neben der Formierung einzelbetrieblicher Bündnisse war für die Herausbildung des BAB die sich über viele Jahre hinweg entwickelnde überbetriebliche Zusammenarbeit fortschrittlicher Kollegengruppen aus verschiedenen Betrieben von entscheidender Bedeutung. Eine solche Zusammenarbeit ergab sich zum Beispiel bei der gegenseitigen Hilfe und der Entwicklung von Solidarität bei einzelbetrieblichen Kampfkationen. Sehr früh entwickelten sich solche Formen zwischen der Belegschaft und den Interessenvertretern der Bremer

10 MBB Bremen: 5800 Beschäftigte (einschl. Erno Raumfahrttechnik); vormals VFW Fokker, gebaut während des Faschismus 1934. Eigner: Siemens, Thyssen, Krupp, Familie Blohm, die Länder Hamburg, Bayern und Bremen.

11 Tageszeitung AG: 1000 Beschäftigte, Familienbetrieb.

12 Jugendamt: 2200 Beschäftigte; Zentralkrankenhaus St. Jürgen-Straße ca. 3000 Beschäftigte.

13 Seebeck-Werft: 2400 Beschäftigte; Eigner: Krupp 86 Prozent. Gründung des Betriebs vor dem 1. Weltkrieg.



Tageszeitung AG und der Klöckner-Hütte. Eine nicht unwichtige Triebkraft war dabei die Abstinenz örtlicher Gewerkschaftsapparate in Bremen bei der Entwicklung von Solidarität und Unterstützung für einzelbetriebliche Kämpfe, wo es um die Verhinderung von drohendem Arbeitsplatzabbau oder auch um solche Konflikte ging, die bei der Schließung von ganzen Betrieben anstehen.

Als ein weiterer Punkt von Zusammenarbeit muß das Engagement von Betriebsräten und gewerkschaftlichen Funktionären in der Friedensbewegung genannt werden. Hier gab es mehrfach eigenständige Initiativen, die im wesentlichen von den oben genannten Betrieben und ihren fortschrittlichen betrieblichen Funktionären ausgingen, sowie Aufrufe zu Großdemonstrationen der Friedensbewegung, zum Ostermarsch usw.

Mit dieser Darstellung sind die politischen Voraussetzungen für den überbetrieblichen Bündnisprozeß und die Kandidatur bei den Bürgerschaftswahlen umrissen. Zwar konnte die betriebliche Bündnisentwicklung eine beachtliche Breite erreichen; aber es bleibt festzuhalten, daß die Einstellung zu diesem Bündnis bei fortschrittlichen Kreisen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wesentlich dadurch erschwert wurde, daß die SPD im Herbst 1982 in Bonn in die Opposition ging. Der bis dahin anwachsenden Unzufriedenheit mit sozialdemokratischer Politik wurde damit zumindest subjektiv die Spitze abgebrochen. Nicht von ungefähr löste der Regierungswechsel in Bonn in der Bremer SPD-Landesorganisation verhaltenen Jubel aus.

Die Haltung vieler linker Sozialdemokraten war von diesem Zeitpunkt an zurückhaltend; die vorher spürbare Bereitschaft, sich in ein Bündnis einzubringen, wurde abgelöst von abwartendem Wohlwollen oder gar von Skepsis, die meistens von dem Argument begleitet war, eine solche Bündnisentwicklung wie die des BAB lenke ab von dem notwendigen Engagement in den Betrieben und Gewerkschaften.

Sehr schnell reagierte der SPD-Landesvorstand mit einer Erklärung des Landesvorsitzenden, der das Betrieblich Alternative Bündnis als „Trojanisches Pferd der DKP“ bezeichnete und innerparteilich alle Mitglieder mit Ausschluß bedrohte, die das BAB als Unterzeichner unterstützten. Dies geschah noch, bevor klar war, in welcher Form das BAB in den Wahlkampf eingreifen würde, und bevor ein Kandidaturbeschluß gefallen war. Die gesamtpolitische Konstellation, aber auch der innerparteiliche Druck führte dazu, daß sich nur wenige linke Sozialdemokraten, und dann vorwiegend Betriebsfunktionäre, auf eine aktive Mitarbeit im Bündnis einließen.

Während es von Gewerkschaftsseite auf den Formierungsprozeß des Betrieblich Alternativen Bündnisses keine offiziellen Reaktionen gab, bemühte sich die AfA, Auseinandersetzungen um die Rolle des BAB in betriebliche und gewerkschaftliche Gremien in den jeweiligen Betrieben hineinzutragen. In nahezu allen AfA-Betriebszeitungen, die im Wahlkampf erschienen, wurde zum BAB Stellung genommen. Dabei zeigen die Stellungnahmen der AfA keinerlei Differenzierungen; die Auseinandersetzung wurde mit aller Härte und vor allem mit antikommunistischer Stoßrichtung geführt. Die wesentliche Argumentationslinie war die Behauptung, das BAB sei die Tarnorganisation der

DKP und die Kommunisten seien schon immer Gegner der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Republik gewesen.

Dieses relativ einheitliche Vorgehen der AfA-Betriebsorganisationen sagt jedoch nichts über ihr jeweiliges Herangehen an andere politische, gewerkschaftliche oder betriebliche Fragen sowie über politische Differenzierungen innerhalb der AfA. So gab es während des Wahlkampfes im Hinblick auf die kämpfende AG-Weser-Belegschaft ein gemeinsames Vorgehen von Sozialdemokraten und Vertretern des BAB in den jeweiligen Betrieben. Ebenfalls muß registriert werden, daß der antikommunistische und denunzierende Ton in offiziellen AfA-Verlautbarungen bei linken Sozialdemokraten auf Protest stieß. Dennoch waren damit die politischen Voraussetzungen geschaffen, um eine breitere Einbeziehung von Sozialdemokraten in den Bündnisprozeß zu verhindern. Schließlich gelang es der SPD in der Endphase des Wahlkampfes, auch ihren linken Flügel direkt für den SPD-Wahlkampf zu motivieren.

Es stellt sich die Frage, worin die Ursachen gesehen werden können, daß die Sozialdemokratie aus den Bürgerschaftswahlen nach dem AG-Weser-Debakel überraschend als unangefochten stärkste Partei hervorging und mit einem deutlichen Plus gegenüber den letzten Bürgerschaftswahlen abschneidet. Es ist nicht daran zu rütteln, daß die SPD besonders in den Arbeitervierteln gewählt wurde und daß die Betrieblich Alternative Liste gerade dort wenig Stimmen bekommen hat. Die Gründe, warum sich die ja zweifellos vorhandene Verankerung im Betrieb nicht im Wahlergebnis niederschlug, sind einmal in der schon genannten Tatsache zu suchen, daß die SPD in der Zwischenzeit die Regierungsmehrheit in Bonn verloren hatte. Es hat zweitens eine Rolle gespielt, daß das Betrieblich Alternative Bündnis als das tragende Gerippe der BAL nicht jene Großbetriebe, die ganz besonders von der Krise betroffen waren, ausreichend erfaßt hat. Wichtig war auch, daß viele Kollegen des BAB einem Auftreten bei den Wahlen eher skeptisch gegenüberstanden, daß sie zwar die Notwendigkeit betrieblicher und überbetrieblicher politischer Zusammenschlüsse voll bejahten, der Ausflug „in die hohe Politik“ unter ihnen aber umstritten war. Bei nicht wenigen Belegschaftsangehörigen gab es schließlich erhebliche Verwirrung darüber, daß drei verschiedene alternative und grüne Listen zu den Wahlen antraten.

Viele Kollegen haben den Befürwortern der Betrieblich Alternativen Liste zwar eine konsequente Interessenvertretungspolitik in den Betrieben zuge-  
traut, aber es gab kein Vertrauen darin, daß die BAL auf Parlamentebene Entscheidendes im Sinne von Belegschaftsinteressen bewegen könnte. Es ist wohl entscheidend, daß die sozialdemokratische Partei, die noch wenige Tage vor der Wahl das schlechteste Wahlergebnis in ihrer Geschichte erwartete, eben in dieser letzten Wahlkampfwoche ungeheure Integrations- und Mobilisierungskräfte entwickeln konnte. Mobilisiert wurde vor allem die Angst, die Rechtskräfte könnten als eindeutige Gewinner aus diesen Wahlen hervorgehen, in Bremen könnte sich eine CDU/FDP-Koalition durchsetzen.

Gleichwohl ist das Auftreten des BAB sowohl in den Betrieben als auch in den neuen sozialen Bewegungen nicht ohne Wirkung geblieben. Dies soll im folgenden an zwei Punkten deutlich gemacht werden: Zum einen am Verlauf

der Bremer Wahlbündnisdiskussion und zum anderen am Verlauf der Betriebsratswahlen 1984.

### 3. Die Rolle des BAB in der Bremer Wahlbündnisdiskussion

Das niedrige Bürgerschaftswahlergebnis der DKP im Jahre 1979 (0,8 Prozent) darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Bremen ein Zentrum mit einer traditionell relativ starken Arbeiter- und Friedensbewegung ist. 1967 erreichte hier die DFU bei den Landtagswahlen 4,28 Prozent. Auch die DKP konnte 1971 und 1975 mit 3,1 Prozent bzw. 2,1 Prozent ein beachtliches oppositionelles Potential mobilisieren. Die Kreisorganisation der DKP stützte sich von Beginn an auf betriebliche Kader in einigen Bremer Großbetrieben. Es entwickelte sich außerdem mit der neugegründeten Universität Anfang der siebziger Jahre der MSB Spartakus, so daß ab ca. 1975 auch marxistische Kräfte unter der Studierenden und lohnabhängigen Intelligenz aktiv waren.

Gleichzeitig ist Bremen eine Stadt, in der sich in den siebziger Jahren große Bürgerbewegungen für Umweltschutz herausbildeten. Der Widerstand gegen die Umwandlung des Naherholungsgebietes Garlstedter Heide in einen NATO-Truppenübungsplatz, die erfolgreiche Opposition gegen die Verlegung einer Stadtautobahn quer durch das Ostertor-Viertel (die sog. Mozarttrasse) und die Anti-AKW-Bewegung erfaßten Tausende. Die „Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen“ (BBA) und andere Initiativen repräsentieren eine starke grün-alternative Strömung, die die Grundlage dafür war, daß die Bremer Grüne Liste (BGL) im September 1979 mit 5,3 Prozent in die Bürgerschaft als erstes Landesparlament der BRD einzog.

Die Bedingungen für die Gruppierung der politischen Kräfte in der Wahl Diskussion vor den Bürgerschaftswahlen 1983 waren vor allem durch zwei Momente gekennzeichnet. Zum einen durch eine starke Entwicklung der „Bremer Grünen Liste“ zu Positionen der opportunistischen Anpassung an konservative Ideologien. Diese Entwicklung nahm ihren Anfang bereits im Sommer 1979, als die spätere Parlamentsfraktion der BGL den Bestrebungen für eine Grün-Alternative Liste eine Absage erteilte, was zur Eigenkandidatur einer „Alternativen Liste“ (AL) führte, die im Herbst 1979 1,3 Prozent der Wählerstimmen erhielt.

Die BGL machte sich in der Öffentlichkeit durch solche Aussagen bekannt wie eine Absage an die integrierte Gesamtschule und die Förderung von Privatschulen, das Einbringen von „alternativen“ Sparvorschlägen zu jenen der SPD-Fraktion, die ebenso wie diese auf einen Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst hinausliefen, und die Propagierung von Lohn- und Gehaltsverzicht als Preis einer Arbeitszeitverkürzung. Diese Entwicklung der BGL hatte nicht nur tiefe Unzufriedenheit innerhalb ihres aktiven Wählerpotentials zur Folge, sondern zog auch die Gründung eines von der BGL unabhängigen Landesverbandes der Grünen im Sommer 1980 nach sich sowie die von der AL seit Sommer 1981 wieder begonnene Diskussion um eine grün-alternative Liste für Bremen.

Zum anderen stand dieser parlamentarischen Rechtsentwicklung eine so-

wohl im Hinblick auf ihren Massencharakter als auch auf ihre Bündniskonstellation positive Entwicklung der außerparlamentarischen Aktionen und Initiativen gegenüber. Wurde die Tendenz zur Einheit zunächst in parallelen Aktionen und Aufrufereisen (z. B. zur Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 und gegen die Kandidatur von F. J. Strauß zum Bundeskanzler im Herbst 1980) deutlich, so mehrten sich seit 1981 Aktionsbündnisse, in denen linke Arbeiterbewegung, grün-alternative Kräfte, kirchliche und liberale Strömungen gemeinsam handelten, insbesondere in der Friedens-, Frauen- und Anti-Rotstiftbewegung. Einen Höhepunkt der Aktionen bildete der Antikriegstag 1982, an dem in Bremen bei einer rein lokalen Demonstration ca. 25 000 Menschen teilnahmen.

Ausgehend von dieser Konstellation im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum und unter Auswertung der Erfahrungen der Hamburger Bezirksorganisation<sup>14</sup> wandte sich bereits im März 1982 die DKP Bremen/Niedersachsen Nord in einem offenen Brief an alle demokratischen und linken Kräfte des Landes Bremen mit dem Vorschlag, ein breites demokratisches Wahlbündnis zu schaffen. Demgegenüber versuchte der 1980 in Abgrenzung von der BGL gegründete Landesverband der Grünen („Die Grünen“), der Mitglied der grünen Bundespartei ist, ebenfalls bereits im März 1982 einen Alleinvertretungsanspruch für die künftige parlamentarische Vertretung der oppositionellen Strömungen zu formulieren, indem er die Vorbereitung einer „offenen grünen Liste“ bekanntgab.

Charakteristisch für die ideologisch-politische Situation der grün-alternativen Kräfte war zu diesem Zeitpunkt eine große Unsicherheit über das Profil und die politische Anbindung einer möglichen parlamentarischen Vertretung ihrer Strömung, da die Erfahrungen mit der BGL die Gefahren des parlamentarischen Opportunismus deutlich demonstrierten. Daher wurde hier die Bekanntgabe einer „offenen grünen Liste“ mit großer Skepsis aufgenommen. Die Alternative Liste, in der u. a. Vertreter der Umweltschutzbewegung, der autonomen Friedensbewegung, der Frauenbewegung und des KB repräsentiert waren, hielt an der Orientierung auf die Bildung einer grün-alternativen Liste fest. Dabei verschlechterten sich die Bedingungen für dieses Ziel jedoch 1982, als die „Initiative sozialistische Politik“, in der u. a. viele ehemalige Mitglieder und Funktionäre des KBW zusammengeschlossen waren, fast geschlossen in den grünen Landesverband eintrat. Bei den Grünen, die jetzt eine Organisation von ca. 100 Mitgliedern bildeten, kam es hierdurch zu einer spezifischen Verbindung von stark antimarxistischen und linke Kräfte ausgrenzenden Positionen mit einem ideologischen Führungsanspruch, der sich zum einen aus dieser Tradition, zum anderen aus den fundamental-ökologischen Positionen der Gruppe um *Rudolf Bahro* speiste.

Diese Bedingungen fand das Betrieblich Alternative Bündnis vor, als es in die Diskussion um ein demokratisches und linkes Wahlbündnis in Bremen

<sup>14</sup> Zur Entwicklung in Hamburg vgl. Lothar Bading, Beispiel Hamburg: Soziale Bewegungen – politische Strömungen und Verallgemeinerungen – Wahlen, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt/M. 1982, S. 107 ff.

eingriff. Neben anderen Gesichtspunkten spielte im BAB von Beginn an die Überlegung eine Rolle, zusammen mit anderen sozialen und politischen Kräften die Möglichkeiten für eine parlamentarische Artikulation der oppositionellen Kräfte zu prüfen. Von grundlegender Bedeutung für die Art des Eingreifens in die Wahldiskussion und die Weiterarbeit nach den Bürgerschaftswahlen ist dabei die in ihrer Entstehungsphase 1982 geleistete Bestimmung des Verhältnisses von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf.

In der programmatischen Erklärung des BAB heißt es hierzu: „Die Arbeit im Parlament ist für uns nicht Selbstzweck, sondern dient dem Ziel, die politischen Kräfte zusammenzufassen und zu stärken, die außerparlamentarisch gegen Kriegsgefahr und gegen Abwälzung der Krisenlasten aktiv sind.“<sup>15</sup>

Die Stabilität des BAB als überbetrieblicher politischer Zusammenschluß war in keiner Phase durch die Rechnung auf parlamentarische Chancen bedingt, sondern immer durch den Reifegrad betrieblicher und überbetrieblicher Aktionseinheitsbeziehungen. In die Konsensbildung für eine gemeinsame politische Arbeit gingen u. a. folgende Momente ein:

1. Der Anspruch, als betriebliche Interessenvertreter politisch für sich selbst zu sprechen und die überbetriebliche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten nicht an die Parlamentsfraktionen der SPD oder der Grünen zu delegieren.

2. Die Erkenntnis, daß ein politischer Zusammenschluß betrieblicher Interessenvertreter den gewerkschaftlichen Kampf der Einheitsgewerkschaften gegen die Unternehmer nicht ersetzen, sondern lediglich fördern kann.

3. Der Anspruch auf die Artikulation klassenautonomer Positionen in Auseinandersetzung mit Positionen der Sozialpartnerschaft. Förderung der Erkenntnis, daß die Vertretung von Arbeiterinteressen die Überwindung sozialpartnerschaftlicher Positionen immer dringender erfordert.

4. Der Anspruch, in der Vertretung von Arbeiterinteressen die Zusammenarbeit mit Kräften der neuen sozialen Bewegungen zu suchen, ohne sich diesen Bewegungen unterzuordnen. Dies geschah in der Erkenntnis der zentralen Rolle der Großbetriebe bei der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der linken und demokratischen Kräfte, gleichzeitig unter Würdigung und Berücksichtigung der eigenständigen Erfahrungen und Arbeitsergebnisse der neuen sozialen Bewegungen im Kampf um Umweltschutz, Demokratie und auf anderen Kampffeldern.

5. Die Respektierung der unterschiedlichen politischen Herkunft und Organisiertheit betrieblicher Interessenvertreter, der Verzicht auf alle Versuche, den Zusammenschluß politisch-ideologisch zu dominieren, das Suchen nach gemeinsamen Ausgangspositionen für die weitere Stärkung des Zusammenschlusses.

Dieser Konsens gewährleistete zum einen eine hohe Stabilität und eine gewisse kontinuierliche Ausstrahlungskraft im betrieblichen Bereich, zum anderen bildete er die Grundlage für eine politische Handlungs- und Bündnisfä-

15 Zit. nach: Betrieblich Alternatives Bündnis BAB, Plattform, Bremen 1983.

higkeit nach außen, sowohl in bezug auf außerparlamentarische Aktionen und Initiativen als auch in bezug auf Wahlbündnisdiskussionen.

Die inhaltliche Arbeit des Betrieblich Alternativen Bündnisses, die sich in Arbeitsgruppen und Plenumsdiskussionen breit entwickelte, war unter diesen Voraussetzungen nicht von dem Interesse geleitet, ein Wahlprogramm zu schreiben, sondern den Selbstverständigungsprozeß über Grundlagen und Aufgaben bei der Verbreiterung klassenautonomer Positionen in der Arbeiterklasse voranzutreiben.

Die wichtigsten Felder dieser Arbeit sollen hier nur skizziert werden.

Den zweifellos wichtigsten Bereich bildet die Diskussion um die Auseinandersetzung mit Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit. Als Kernpunkte einer Mobilisierungs- und Widerstandsstrategie wurden herausgearbeitet:

- Die Auseinandersetzung mit der staatlichen Subventionspolitik mit dem Ziel, die Bindung von Subventionen an Arbeitsplatzgarantien durchzusetzen.

- Die Vorbereitung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als einer über den Rahmen einer Tarifrunde hinausgehenden zentralen Auseinandersetzung mit der Macht der Unternehmer.

- Die Erarbeitung von Kampfforderungen für eine alternative Produktion, sowohl in der Rüstungsindustrie als auch in den von Schließung bedrohten Betrieben der Werft- und Maschinenbauindustrie.

- Die Auseinandersetzung mit den Chancen und Problemen einer Nationalisierung der Stahlindustrie und des Schiffbaus.

- Die Ausarbeitung von Ansatzpunkten des Widerstandes gegen betriebliche Überwachungssysteme.

- Die Information über die perspektivische Verwendung neuer Technologien zur Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung und die Diskussion über betriebliche Kontrollmöglichkeiten.

- Die betriebliche Unterstützung des Kampfes gegen die Jugendarbeitslosigkeit durch den Einsatz für ein größeres Lehrstellenangebot und die politische Unterstützung des Kampfes um eine Berufsbildungsabgabe der Unternehmer.

Einen zweiten wesentlichen Bereich bildete die Ausarbeitung von Ansatzpunkten des Widerstandes gegen den staatlichen Sozial- und Bildungsabbau. Diese Diskussion beinhaltete sowohl die Möglichkeiten der Verteidigung und Demokratisierung staatlicher Einrichtungen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens durch die dort Beschäftigten und die Benutzer dieser Einrichtungen, als auch die Orientierung auf ein Bündnis mit den durch staatlichen Sozial- und Bildungsabbau entstandenen Selbsthilfeinitiativen.

Zum dritten gewann in der Praxis des BAB die Unterstützung betrieblicher Friedensinitiativen an Bedeutung, insbesondere, da der Vorsitzende des Hapag-Lloyd-Gesamtbetriebsrates und BAL-Spitzenkandidat, *Jürgen Söncksen*, wegen betrieblicher gewerkschaftlicher Friedensaktivitäten gemäßregelt werden sollte (was der Unternehmensleitung jedoch nicht gelang).

Viertens erwies sich das BAB als eine mobilisierende Kraft in der Solidarität mit der Belegschaft der AG-Weser-Werft, die im September 1983 mit einer Betriebsbesetzung gegen die Schließung protestierte.



Diese Momente gemeinsamer Diskussion und Aktion haben mit bewirkt, daß das Betrieblich Alternative Bündnis auch nach den Bürgerschaftswahlen 1983 seine Stabilität wahren konnte.

In die Bremer Wahldiskussion 1982/83 brachte die Veröffentlichung der politischen Plattform des BAB einige Bewegung. Das BAB sprach sich für ein Wahlbündnis aller oppositionellen Gruppierungen einschließlich der Grünen aus, wobei ein Personenbündnis aus dem BAB, der Friedens-, Frauen- und Umweltschutzbewegung und aus anderen Bereichen als Grundlage einer Kandidatur vorgeschlagen wurde. Die öffentliche Diskussion um ein breites Wahlbündnis, die Durchführung eines kommunalpolitischen Kongresses, die Absage der Grünen nach starken taktischen Auseinandersetzungen in ihren Reihen, die Aufrechterhaltung der Kandidatur der rechten BGL mit einem bekräftigten linken Betriebsrat auf der Liste, die Entscheidung der AL für ein Bündnis mit dem BAB, die Gründung der Betrieblich Alternativen Liste (BAL) und die Ausarbeitung ihres Programms für die Bürgerschaftswahl, der Verzicht der DKP auf eine eigene Kandidatur und der kurze, 8wöchige Wahlkampf, der vom Antikriegstag, der Stationierungsdebatte und von der Besetzung der AG-Weser-Werft geprägt war, all diese Ereignisse bildeten zusammen ein Jahr intensivster politischer Auseinandersetzungen, in die Hunderte von Personen kontinuierlich einbezogen waren. Das gemeinsame Auftreten betrieblicher Interessenvertreter in diesen Auseinandersetzungen muß dabei als ein Faktor bewertet werden, der den gesamten Prozeß wesentlich mitbeeinflusste.

Hatten die Grünen noch im Herbst 1982 den Vorschlag der AL und der Demokratischen Sozialisten, für Bremen einen kommunalpolitischen Kongreß durchzuführen, mit Verweis auf ihre eigenen „Grün 83“-Arbeitsgruppen abgelehnt, so sahen sie sich durch die Mitarbeit des BAB bei der Vorbereitung des Kongresses und den großen Anklang bei etlichen Initiativen aus der grün-alternativen Strömung veranlaßt, in letzter Minute auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Waren die öffentlichen Stellungnahmen der Grünen vor diesem Kongreß durch eine pauschale Absage an eine Zusammenarbeit mit linken Kräften der Arbeiterbewegung und ihre Abqualifizierung als „Traditionalisten“ und „Wachstumsfetischisten“ gekennzeichnet, so differenzierte sich jetzt ihre Position. Während die Gruppe um *Rudolf Bahro* und *Peter Willers* (ehemaliger Bürgerschaftsabgeordneter der BGL) weiterhin jedes Eingehen auf die „abgetakelte Fähre“ der Arbeiterbewegung ablehnte, stellte sich die Gruppe um die ehemalige ISP (*Ralf Fücks* u. a.) auf die veränderten Bedingungen ein. Es wurde die Bereitschaft signalisiert, eine grün-alternative Kandidatur zu unterstützen, wenn zum einen bestimmte inhaltliche Zugeständnisse gemacht und zum anderen die Mitglieder der DKP und der Gruppe Arbeiterpolitik, am besten auch noch des KB, herausgehalten würden.

Inhaltlich forderten die Grünen vom BAB insbesondere eine Absage an Verstaatlichungsforderungen und eine Anerkennung der strategischen Bedeutung von alternativer Kleinproduktion, eine Absage an die „konsumorientierte“ Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung sowie ein Bekenntnis zu ihrer Theorie der „Logik der Blöcke“, nach der zwischen

den Rüstungsmaßnahmen des US-Imperialismus und der Sowjetunion kein Unterschied besteht. Diese Versuche der Grünen, über eine wahltaktische Öffnung eine ideologische Hegemonie unter den oppositionellen Kräften durchzusetzen, sind vor allem am Widerstand des BAB gescheitert.

Demgegenüber entwickelte das BAB eine Perspektive von alternativer Produktion, die sich nicht in erster Linie am Kleingewerbe, sondern an der Auseinandersetzung mit den Konzernen um die Umwandlung von Rüstung in zivile Produktion, um umweltfreundliche Produkte, um ein nationales Schiffbauprogramm orientiert. In der Auseinandersetzung um die AG-Weser setzte sich die BAL für die Forderung „Werften in Gemeineigentum“ ein. Zur Frage einer gemeinsamen Kandidatur stellte sich das BAB auf den Standpunkt, daß es nur selbst entscheiden könne, welche betrieblichen Kandidaten aufgestellt würden, und daß dabei nicht die Parteizugehörigkeit, sondern die betriebliche Verankerung von entscheidender Bedeutung sei.

Vor dem Hintergrund dieser Positionen des BAB, die auf dem kommunalpolitischen Kongreß und in mehreren Wahlplenen und Diskussionsveranstaltungen mit den Grünen entwickelt und verteidigt wurden, blieb die taktische Öffnung der Grünen eine kurze Episode. Demgegenüber nahm der überwiegende Teil der AL diese Politik des BAB positiv auf und bereitete gemeinsam mit ihm eine Kandidatur vor. Bis zuletzt war dabei sowohl in der AL als auch im BAB die Frage der Kandidatur nicht endgültig geklärt, wobei die AL sich am BAB orientierte. Die Ursache hierfür besteht darin, daß sowohl in vielen Initiativen des alternativen Spektrums als auch in einigen betrieblichen Diskussionskreisen eine abwartende Haltung eingenommen wurde. In der Entscheidung des BAB-Plenums für eine Kandidatur trotz dieser Schwächen war die Überlegung von großer Bedeutung, den von der SPD enttäuschten Kollegen eine Alternative bieten zu müssen, um ein Abgleiten zur CDU oder zum Wahlverzicht zu verhindern.

Die inhaltlichen Aussagen des BAB gingen in den Wirtschaftsteil des Programms der BAL ein, das gemeinsam mit der AL und Kräften aus der Friedens-, Frauen- und Jugendbewegung erarbeitet wurde. Gleichzeitig wurden, getragen von der Mitgliederversammlung der AL, zu anderen Programmteilen Aussagen verabschiedet, die sich stark an das Programm der GAL/Hamburg anlehnen.

Aufgrund des Kandidaturbeschlusses der BAL zog die DKP ihre Kandidatur zurück. Sie machte dabei deutlich, daß sie die Kandidatur eines Zusammenschlusses der Betriebslinken zusammen mit Teilen der neuen sozialen Bewegungen für einen Schritt nach vorn hielt. Sie erklärte, daß sie zwei Aussagen des Programms der BAL, die zum Schluß aufgenommen worden waren und sich auf die Einschätzung, der Außenpolitik der Sowjetunion sowie die grundsätzliche Einschätzung neuer Technologien bezogen, nicht teilen könne und hierüber den solidarischen Diskussionsprozeß weiterführen werde. Gleichzeitig bewertete sie das Programm für den Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Kriegsgefahr als eine linke und demokratische Plattform.<sup>16</sup>

16 Vgl. UZ vom 10. 8. 83.

Die Verankerung des BAB und der BAL im *aktiven Kern* der betrieblichen und außerbetrieblichen Linken machte die BAL-Wählerinitiative deutlich, die von fast 1000 Personen, darunter ca. 500 Arbeitern und Angestellten und ca. 250 Lehrern, zumeist gewählten Interessenvertretern, unterzeichnet wurde. Trotzdem gelang es auch in der grün-alternativen Strömung (wie in den Betrieben) nicht, ein nennenswertes Stimmpotential zu gewinnen. Am 25. September 1983 wurde folgendes Stimmresultat ausgezählt:<sup>17</sup>

#### *Wahlergebnisse in Bremen 1979 und 1983*

	Bürgerschaftswahl		Bundestagswahl
	1983	1979	1983
SPD	51,35	49,43	48,71
CDU	33,31	31,94	34,22
FDP	4,59	10,75	6,53
BGL	2,36	5,14	-
BAL	1,37	-	-
Die Grünen	5,43	-	9,74

#### **4. Die Situation nach den Bürgerschaftswahlen und die Betriebsratswahlen 1984**

Wahlkampf und Ergebnis sind nicht spurlos an der Betrieblich Alternativen Liste vorübergegangen. Festzuhalten bleibt, daß bis zum heutigen Tage eine kontinuierliche Arbeit (wenn auch nicht mit dem hohen Aktivitätsgrad und einer so großen Zahl von einbezogenen Kolleginnen und Kollegen) des Betrieblich Alternativen Bündnisses fortgesetzt werden konnte. Die wesentlichen Themen waren die einzelbetrieblichen Auseinandersetzungen anläßlich der Betriebsratswahlen 1984 sowie – als der wichtigste Diskussionspunkt – der Kampf um die 35-Stunden-Woche.

Schon beim Formierungsprozeß des Bündnisses wurde die Sorge deutlich, daß ein öffentliches Auftreten in einem über den Betrieb hinausgehenden Bündnis oder gar bei den Parlamentswahlen dazu führen könnte, daß die Position im Betrieb selbst geschwächt würde. Es war nicht zu übersehen, daß bei den Betriebsratswahlen '84 verschiedene AFA-Gruppen ihren Wahlkampf auf die Aktivitäten der einzelnen betrieblichen Bündnisse bei den Parlamentswahlen abstellten und versuchten, aus dem Abschneiden im Wahlkampf entsprechendes Kapital im Betrieb zu schlagen.

Nun, da die Ergebnisse der Betriebsratswahlen '84 vorliegen, ist folgendes festzustellen:

1. In allen Betrieben, in denen fortschrittliche betriebliche Bündnisse bestehen, gab es bei den Betriebsratswahlen eine starke Polarisierung zwischen so-

<sup>17</sup> Nach: Weser-Kurier vom 27. 9. 1983.

zialpartnerschaftlichen Kräften und fortschrittlichen Kollegen. Das gilt insbesondere für die Betriebe, in denen die Kollegen für die Wahl in den Bürger-schaftswahlkampf eingegriffen haben.

2. Diese Polarisierung fand auch in solchen Betrieben der oben genannten Art statt, die bislang relativ einheitlich ihre Betriebsratswahlen bzw. Personalratswahlen durchgeführt hatten (Persönlichkeitswahl entweder mit gewerkschaftlicher Einheitsliste oder betriebliche Einheitsliste).

3. In allen Fällen wurde die Zuspitzung der Situation, die teilweise zur Kandidatur verschiedener Listen führte, von rechten betrieblichen Kräften im Bemühen vorangetrieben, das Kräfteverhältnis im Betrieb entscheidend zugunsten sozialpartnerschaftlich orientierter Politik zu verändern.

4. In keinem Fall gelang es rechten betrieblichen Kräften, eine solche Veränderung des Kräfteverhältnisses durchzusetzen. Die einzige Ausnahme ist der Bremer Vulkan; die Echolot-Gruppe auf dem Vulkan war der einzige Verlierer bei diesen Betriebsratswahlen. Dort haben die in der AfA organisierten Betriebsräte einen überzeugenden Wahlsieg errungen.

5. Nahezu alle Kolleginnen und Kollegen, die im BAB zusammengearbeitet hatten, haben bei den Betriebsratswahlen '84 zum Teil spektakuläre Wahlerfolge erzielen können.

Hierzu im einzelnen: Bei der Klöckner-Hütte verliefen die Betriebsratswahlen ähnlich zugespitzt wie in vergangenen Jahren. Es gab Versuche von der AfA sowie von der Angestelltenseite her, die eine eigene Arbeiterliste lancierten, die linke Mehrheit im Betriebsrat zu kippen. Bei der Aufstellung der gewerkschaftlichen Einheitsliste der IG Metall machten die der AfA angehörenden Betriebsräte nicht einmal den Versuch, Berücksichtigung zu finden. Zum ersten Mal kandidierte damit die fortschrittliche Betriebsratsmehrheit als gewerkschaftliche Einheitsliste der IG Metall (bisher gab es entweder eine betriebliche Einheitsliste und Persönlichkeitswahl oder verschiedene betriebliche Listen). Gegen die IG Metall-Liste standen im Arbeiterbereich die Liste der AfA und jene aus dem Angestelltenbereich.

Von 23 vergebenen Arbeitersitzen erreichte die Betriebsratsmehrheit als Liste der IG Metall 19 Sitze. Dies war das beste Listenwahlergebnis überhaupt auf der Klöckner-Hütte für die fortschrittliche Mehrheit. In der Vergangenheit war es lediglich über die betriebliche Einheitsliste und Persönlichkeitswahl gelungen, mehr fortschrittliche Betriebsräte in Blockwahlen in den Betriebsrat zu bekommen. Einer der Spitzenkandidaten der BAL, *Peter Sörgel*, wurde mit großer Mehrheit zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt und konnte sich später auch als Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Klöckner Werke AG durchsetzen.

Bei MBB waren die Auseinandersetzungen zu den Betriebsratswahlen von größerer Konfrontation gekennzeichnet. Die rechte Betriebsratsmehrheit versuchte, alle Linken und insbesondere diejenigen, die sich bei BAL/BAB engagiert hatten, schon bei der Aufstellung der Liste aus dem Rennen zu werfen. Das Ergebnis der Wahlen brachte allerdings eine erhebliche Verstärkung der Positionen für das fortschrittliche Bündnis bei MBB.

Auch bei Daimler, bei den Bremer Tageszeitungen, bei Hapag-Lloyd und

einer ganzen Reihe von Mittel- und Kleinbetrieben haben die Kollegen, die im BAB mitarbeiteten, sich halten bzw. ihre Position verbessern können. Im größten Bremer Krankenhaus gab es wegen der Linksentwicklung im Funktionärskörper und wegen des Engagements einiger Personalräte im Betrieblich Alternativen Bündnis gegen die ÖTV-Liste eine betriebliche Spalterliste. Sie wurde gebildet von dem bisherigen Personalratsvorsitzenden, von 75 Prozent der freigestellten Personalräte, die für diese Liste gewonnen werden konnten, und dem Präsidenten der Bundesärztekammer, *Carsten Vilmar*. Beide Listen erreichten die gleiche Stimmenzahl, was die fortschrittlichen Kollegen angesichts des Kräfteverhältnisses zu Recht als einen großen Erfolg bewerten konnten.

Spektakulär war das Betriebsratswahlergebnis auf der Seebeck-Werft, dem größten Betrieb Bremerhavens. Der Betriebsrat steht hier für eine ausgeprägt sozialpartnerschaftliche Position, und der Betriebsratsvorsitzende *Linde* zeichnete verantwortlich dafür, daß die Seebeck-Werft die einzige Werft der Region war, die sich nicht am Solidaritätsstreik für die bedrohten Kollegen auf der AG-Weser beteiligte, obwohl die Seebeck-Werft und die AG-Weser gemeinsam die Aktiengesellschaft AG-Weser/Seebeck-Werft bilden. Es gab hier lediglich zwei fortschrittliche Betriebsräte, *Holger Pflaumbaum* und *Hans Jürgen Schorries*, die beide Mitglieder der DKP sind. Die Seebeck-Werft war zugleich der Betrieb, von dem die meisten Impulse für die Verbreiterung des Betrieblich Alternativen Bündnisses in andere Bereiche hinein ausgingen.

Im Betrieb wurde Persönlichkeitswahl auf einer gewerkschaftlichen Einheitsliste durchgeführt. Es kandidierten neben den beiden Betriebsräten *Pflaumbaum* und *Schorries* zum ersten Mal überhaupt bei Betriebsratswahlen sechs weitere Kollegen, die sich im Bündnisprozeß sehr engagiert hatten. Das Ergebnis: Auf Platz 1 kam *Holger Pflaumbaum* mit dem besten Stimmenergebnis, das überhaupt je bei Persönlichkeitswahlen im Betrieb erzielt wurde, auf Platz 2 *Hans Jürgen Schorries*, auf die Plätze 3 und 4 ebenfalls Kollegen des BAB und erst auf Platz 5 der bisherige Betriebsratsvorsitzende *Linde*, der nicht einmal die Hälfte der Stimmen von *Holger Pflaumbaum* erreichen konnte. Ihm folgte auf Platz 6 ebenfalls ein Kollege des BAB. Alle acht im Block vom fortschrittlichen betrieblichen Bündnis vorgeschlagenen Kollegen wurden in den Betriebsrat gewählt. Im Endergebnis fehlte ihnen zur Mehrheit im Betriebsrat ein Sitz, so daß sich *Linde* erneut als Betriebsratsvorsitzender durchsetzen konnte.

Diese Wahlergebnisse zeigen, daß es möglich ist, mit einem fortschrittlichen politischen Bündnisansatz im Betrieb erfolgreich zu arbeiten und sich auch bei Parlamentswahlen zu engagieren, ohne daß dies von Kollegen durch Entzug ihres Vertrauens beantwortet wird.

Dabei muß jedoch vor allem gesehen werden, daß das Abschneiden bei den Betriebsratswahlen im wesentlichen das Ergebnis langfristiger Interessenvertretungspolitik ist. Die Aufgabe ein politisches Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte, die ihre wesentliche Verankerung im Betrieb haben, zustande zu bringen, bleibt auf der Tagesordnung.

## Gibt es einen neuen Typ betrieblicher Kader?

*Johannes Henrich von Heiseler*

*1. Entwicklung der Fragestellung – 2. Zur Instrumentalismus-Diskussion – 3. Die Prägung betrieblicher Kader: Macht- und Autoritätskonflikte – 4. Das Verhältnis zur Gewerkschaft. Politische Erwartungen – 5. Gesellschaftsbild und Utopie.*

Die These, daß die Arbeit ihre zentrale Rolle in unserer Gesellschaft objektiv verloren habe und daß sie nun auch für die subjektive Lebenserfahrung, für die Bildung von Bedürfnissen und Motiven endgültig ihren prägenden Einfluß eingebüßt habe, ist aus sehr unterschiedlicher Sicht in der letzten Zeit vertreten worden.

*Elisabeth Noelle-Neumann* hat aus konservativer Sicht mehrfach und beharrlich behauptet,<sup>1</sup> die Arbeit erhalte nur noch eine Randstellung im Bewußtsein des allergrößten Teiles der Bevölkerung, noch am ehesten sei eine gewisse Gegenbewegung bei den Frauen wahrnehmbar, aber insgesamt müsse man nun von einem auch subjektiven Bedeutungsverlust von Arbeit und Beruf sprechen. Von einer völlig anderen Position her, von einer Position, die sich selbst in einer gewissen Kontinuität mit der „Kritischen Theorie“ sieht, hat *Claus Offe* sehr ähnliche Gedanken geäußert.<sup>2</sup> Auch seiner Meinung nach rutschen die Arbeit und der Beruf objektiv an den Rand der gesellschaftlichen Tatbestände, und dem entspräche, daß die subjektive Bedeutung nun auch verlorengelange. Im Unterschied zu *Noelle-Neumann*, die damit eine Welt untergehen sieht, scheint *Offe* allerdings eine lichte Zukunft zu ahnen.

Nun ist es für die marxistische Gesellschaftstheorie nicht sonderlich schwer zu zeigen, daß ebenso, wie Arbeit überhaupt für menschliche Gesellschaften aller Formationen ein zentraler Tatbestand sein muß, für die kapitalistische Gesellschaft kapitalistische Lohnarbeit den Kern der Struktur bildet: Die Struktur von Gesellschaften der kapitalistischen Formation in ihrer Gänze wird im Kern bestimmt durch die Beziehung von Lohnarbeit und Kapital, Ausbeutung des Lohnarbeiters, Aneignung unbezahlter Arbeit durch das Kapital, Kommando des Kapitals über fremde Arbeit, politische Herrschaft der Kapitalinteressen, systematisch und in Gestalt seiner konkurrierenden Reprä-

1 Elisabeth Noelle-Neumann: *Werden wir alle Proletarier?* Zürich 1978/Osnabrück 1979; Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.): *Eine Generation später*, Allensbach 1981; Elisabeth Noelle-Neumann: *Selbstbeherrschung – kein Thema*, in: Elisabeth Noelle-Neumann und Edgar Piel (Hrsg.): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983*, Band VIII, München 1983, S. XV.

2 Claus Offe in: Jochen Matthes: *Krise der Arbeitsgesellschaft?* Frankfurt am Main, New York 1983.



sentanten. An diesem Kern, und dies ist kein neues Argument, weil es kein neuer Sachverhalt ist, ändert die Höhe der Zahlung für den Lohnarbeiter ebensowenig wie die Größe des Anteils der Anbieter von Arbeitskraft, die diese nicht effektiv verkaufen können.<sup>3</sup>

Unbestreitbar ist aber eine Reihe von Veränderungen, die diese Grundtatsachen nicht berühren, es jedoch problematisch erscheinen lassen, die Beziehung zwischen den objektiven Grundtatbeständen und der subjektiven Verarbeitung durch die Lohnarbeiter als ein für allemal in einer stabilen Weise gegeben anzunehmen.

## 1. Entwicklung der Fragestellung

Unser konkretes Interesse zielt nun auf die Frage, welche Erfahrungen es sind, die bei betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivisten den Anstoß für die Herausbildung einer aktiven Rolle in Betrieb und Gewerkschaft gebildet haben, wie diese Erfahrungen typischerweise verarbeitet wurden, wie sich die Ausbildung von gewerkschaftlichem und politischem Engagement vollzog.

Wir haben, um konkrete Anhaltspunkte für die Beantwortung dieser Frage zu gewinnen, eine kleine Anzahl mit einem Leitfaden strukturierter Befragungen unter solchen betrieblichen Kadern gemacht. Insgesamt liegen 22 Protokolle vor, eine Zahl, die eine quantitative Auswertung noch nicht ermöglicht. Eine quantitative Auswertung verbietet sich auch, da es sich weder um eine kleine Vollerhebung noch um eine Auswahl, die in den Bereichen einer Zufallsauswahl gleichkäme, handelt. Befragt wurden Mitglieder des Betriebsrats und der Vertrauensleuteleitung in zwei westdeutschen Großbetrieben. Im einen Fall handelt es sich um ein zentrales Werk eines bekannten Automobilkonzerns, im anderen Fall um die Lufthansabelegschaft eines der größten westdeutschen Flughäfen. Wie gesagt ist die Auswahl keine kontrollierte Zufallsauswahl. Um brauchbare Daten zu gewinnen, wurde darauf geachtet, möglichst von allen im Betriebsrat und im Vertrauenskörper zahlenmäßig häufig vorhandenen politischen bzw. gewerkschaftspolitischen Strömungen sowie möglichst von allen verschiedenen Arbeitsbereichen (bei Lufthansa etwa: von der Flugbegleitung bis zur Werft) Vertreter in der Auswahl zu haben.

Versuchen wir, den Typus des betrieblichen Kaders zu kennzeichnen, wie er für die Großbetriebe der Bundesrepublik bis in die sechziger und siebziger Jahre bestimmend war: Die betrieblichen Kader entstammten meist Familien, die schon in der elterlichen Generation zur Arbeiterklasse gehörten. Innerhalb der Arbeiterklasse gehörten sie meist zu Familien qualifizierter Arbeiter. Die Erfahrung des Konflikts mit dem Kapital auf betrieblicher Ebene, vor allem um die Höhe des Arbeitslohns, ist die Grunderfahrung, die den ersten Anstoß für die betriebliche und gewerkschaftliche Aktivität bildet. Auf der Grundlage von Erfahrungen des Konflikts mit dem Kapital auf der Ebene des Betriebs werden dann Erkenntnisse und Haltungen in einem von mit Interessenvertretung verbundenen Lagebewußtsein zusammengefaßt, das durchaus

3 Vgl. Karl Marx: Das Kapital, I. Band, MEW Bd. 23, S. 646.

schon ein bestimmtes Bild der Gesellschaft enthält, durchaus in einem solchen Sinn schon politisch ist, das aber, vergleicht man es mit sozialistischem Bewußtsein als politischem Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse, noch die Vorstufe darstellt, die *Lenin* mit „trade-unionistischem“ Bewußtsein gekennzeichnet hat.

Dabei lassen sich schon hier deutlich zwei Stufen unterscheiden: Die Ebene der Erkenntnis der Konfliktzone zwischen Lohnarbeit und Kapital im Betrieb und in den entgegengesetzten ökonomischen Interessen einerseits und als zweite Ebene diejenige, die sich auf die politischen Fronten, die Sphäre von Staat und Politik bezieht. Die Erkenntnisse und Vorstellungen der zweiten Ebene werden in der Regel erst aufgebaut, wenn die erste Ebene erreicht ist. Man kann meist deutlich abgegrenzte Phasen der Entwicklung unterscheiden. Eine der allerersten Grunderfahrungen ist die, daß die Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander überwunden werden muß durch gemeinsames interessenorientiertes, solidarisches Handeln. Die Gewerkschaft als die organisatorische Form, in der die Tendenz zur Solidarität und die Überwindung der Konkurrenz ihren Ausdruck findet, wird zum unbezweifelbaren und selbstverständlichen Bezugsrahmen des eigenen Handelns. Auf der Ebene parteipolitischer Zuneigungen und Anstöße kann man bemerken, daß meist in der Elterngeneration, im Elternhaus oder unter den Verwandten und Bekannten mindestens ein organisierter Sozialdemokrat vorhanden ist; in einer wesentlich geringeren Anzahl von Fällen ist ein Kommunist da, der Anstöße vermittelt.

Es stellt sich die Frage, ob dieser historische Typ des betrieblichen Kadernach wie vor der entscheidende und bedeutsame Typus ist, auf den sich vor allem auch eine an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte gewerkschaftspolitische und allgemeinpolitische Praxis zu beziehen hat, oder ob die Veränderungen der Arbeit im Großbetrieb auch diesen Typus modifizieren oder ersetzen.

So haben *Joachim Bergmann* und *Walther Müller-Jentsch* innerhalb der konfliktorientierten Kader einen Typus des „Klassenkämpfers“ von dem Typus des „Lohnkämpfers“ unterschieden, ohne allerdings etwas über die Entwicklungsrichtung zu sagen.<sup>4</sup> *Witich Roßmann* hat darauf hingewiesen, daß seit Ende der sechziger Jahre ein neuer Typ von Gewerkschaftern feststellbar sei, der langsam dominierend werde, und legt in diesem Zusammenhang Gewicht auf die Einflüsse des Bildungswesens, der Massenmedien und der Veränderung der Lage am Arbeitsplatz.<sup>5</sup> In den Thesen des IMSF „Karl Marx und das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute“ vom März 1983 heißt es: „Insgesamt kann man feststellen, daß neue Strukturen, Bedürfnisse und Konflikte

4 Joachim Bergmann, Walther Müller-Jentsch: Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Band 2, Frankfurt 1977, S. 194.

5 Witich Roßmann: Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt/M. 1982, S. 67. Schon 1978 hat Frank Deppe auf das Hervortreten einer „neuen Generation“ von Gewerkschaftskadern verwiesen. S. Frank Deppe: Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD, in: ebd., Bd. 1, S. 292 ff.

auch einen veränderten Typus des gewerkschaftlichen Aktivisten geprägt haben, der unter anderem durch ein hohes Maß an selbständigem Handeln und große Ansprüche an innergewerkschaftliche Demokratie charakterisiert ist und der oft ein Scharnier zu den neuen sozialen Bewegungen bildet.“<sup>6</sup>

## 2. Zur Instrumentalismus-Diskussion

Eine wichtige Bedeutung hat in diesem Zusammenhang auch die Diskussion um die These des „instrumentellen“ Verhältnisses zur Arbeit. Sie wurde Ende der sechziger Jahre in die soziologische Diskussion durch *John H. Goldthorpe* und andere eingeführt.<sup>7</sup> In ihrem Kern besagt sie, daß die Angehörigen der Arbeiterklasse ihr Verhältnis zu Arbeit und Beruf nicht mehr durch die Inhalte der Arbeitstätigkeit bestimmen, sondern indem sie sie lediglich als Mittel bewerten, die ihnen erlauben, außerhalb von Arbeit und Beruf liegende Ziele zu verfolgen. Es seien dementsprechend nicht die konkreten Gegebenheiten der Arbeitssituation, die das Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit bestimmen; vielmehr komme seine allgemeine gesellschaftliche Stellung in der Haltung zum Ausdruck, die die eigene Arbeit als Mittel der Reproduktion fasse und der die Arbeitsinhalte daher äußerlich bleiben.

Die Instrumentalismus-These hat einen richtigen Kern. Für den Lohnarbeiter ist in der Tat der Verkauf der eigenen Arbeitskraft notwendiges Mittel, um zu leben und die eigene Reproduktion zu sichern. Auf dieser Ebene ist die Gleichgültigkeit gegen den Arbeitsinhalt, das instrumentelle Verhältnis zur Arbeit durch das Kapitalverhältnis selbst gegeben.

Nimmt man diesen Kern der Instrumentalismus-These, so steckt darin gleichwohl eine Vereinseitigung. Im Kapitalismus bilden Arbeitsprozeß und Verwertungs-(bzw. Wertbildungs-)Prozeß eine widersprüchliche Einheit. Ein widersprüchliches Verhältnis des Lohnarbeiters zu seiner Arbeit ist daher objektiv vorgegeben. Einerseits hat der Lohnarbeiter aufgrund seiner gesellschaftlichen Lage, bevor er noch die Stätte seiner Tätigkeit betritt, ein notwendig instrumentelles Verhältnis zu seiner Arbeit. Andererseits wird die konkrete Bewertung der eigenen Arbeit um so mehr auch von dem Charakter der Arbeit selbst bestimmt, je komplexer dieser Arbeitsprozeß selbst ist.

In ihrer gegen den *Goldthorpe-Lockwoodschen* Ansatz gerichteten Studie „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ gelingt es *Horst Kern* und *Michael Schumann*, die Einseitigkeit der englischen Studie durch eine theoretisch ebenbürtige Einseitigkeit zu ersetzen: Nicht die soziale Situation insgesamt, sondern die spezifischen Gegebenheiten der Arbeit seien es, die das soziale

6 Sonderdruck der Marxistischen Blätter 2/1983, S. 27.

7 John H. Goldthorpe u. a.: *The Affluent Worker*, Cambridge 1968. Die marxistische Kritik der Instrumentalismus-These, wie sie von Lothar Peter (vgl. im vorliegenden Band) entwickelt wird, halte ich für richtig. Sie bedarf aber als marxistische Kritik der Ergänzung durch zwei Aspekte. Einmal muß der rationale Kern der Instrumentalismus-These herausgearbeitet werden: Die Wirkung der gesellschaftlichen Stellung der Lohnarbeiter auf ihr Verhältnis zu ihrer Arbeit. Zum anderen ist es notwendig, auf zeitliche Verschiebungen im mehr oder weniger stark ausgeprägten instrumentellen Verhältnis zur Arbeit einzugehen.

Bewußtsein und Verhalten prägen.<sup>8</sup> Die akribische empirische Arbeit, die in dieser Untersuchung geleistet wurde, soll damit nicht abgetan werden. Der Ansatz zwingt ja geradezu, sehr sorgfältige empirische Arbeit zu leisten, bei der selbstverständlich viele Belege für eine Beziehung zwischen den Arbeitsgegebenheiten und dem Bewußtsein und Verhalten der Arbeiter gefunden werden. Theoretisch avancierter ist zweifellos der Ansatz von *Werner Kudera, Werner Mangold, Konrad Ruff, Rudi Schmidt, Theodor Wentzke*.<sup>9</sup> Kudera u. a. sprechen von einem „gebrochenen Instrumentalismus“, womit das widersprüchliche Verhältnis von Arbeits- und Verwertungsprozeß, von konkreter und abstrakter Arbeit in der kapitalistischen Produktion zumindest deutlich als widersprüchliches Verhältnis genannt wird.<sup>10</sup>

Von *Christiane Bierbaum u. a.* ist die These vertreten worden, daß die Beziehung auf den Arbeitsinhalt für den Lohnarbeiter im Kapitalismus typischerweise illusionäre Vorstellungen transportiere, während es die Gleichgültigkeit gegen den konkreten Inhalt der Arbeit sei, die die Grundlage für die Wahrnehmung des Charakters des Verwertungsprozesses ausmache, der auch den eigenen Arbeitsprozeß präge.<sup>11</sup> Interessant ist die Fragestellung: Welche Seite des Widerspruchs – die eigene Tätigkeit als an sich gleichgültiges Mittel der Reproduktion oder die eigene Tätigkeit als inhaltlich bestimmte Arbeit – ist es, die den Ansatzpunkt für die Erkenntnis der Grundzüge der kapitalistischen Gesellschaft bietet?

8 So insbesondere auf S. 33 und 34 mit ihrer expliziten Ablehnung der Positionen von Goldthorpe u. a., von A. Andrieux und J. Lignon (*L'ouvrier d'aujourd'hui*, Paris 1960) und überhaupt dessen, was Schumann und Kern „dogmatische Anlehnung an Marx“ nennen: den Verweis darauf, daß bei aller Differenziertheit im einzelnen die gemeinsame Klassenlage bei den Angehörigen der Arbeiterklasse gewisse gemeinsame Erfahrungen konstituiert und damit auch gewisse Grundzüge der Bewußtseinsentwicklung fundiert. „Falsch scheint es uns aber, sich ... bei der Analyse des Arbeiterbewußtseins ausschließlich auf die Produktionsverhältnisse zu beziehen und die Einheitlichkeit der durch die ökonomische Struktur geprägten Klassenlage undifferenziert zu postulieren.“ (Horst Kern und Michael Schumann: *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Frankfurt 1970, ebenda.) Gegenüber den damals gängigen Thesen, gemeinsame Züge eines Bewußtseins der Lohnarbeiter gebe es ebensowenig mehr wie gemeinsame Elemente ihrer Lage, bedeuteten aber die Thesen von Andrieux und Lignon sowie von Goldthorpe u. a. einen großen Fortschritt.

9 Werner Kudera, Werner Mangold, Konrad Ruff, Rudi Schmidt, Theodor Wentzke: *Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern*, Frankfurt am Main 1979.

10 Allerdings ist die Erlanger Gruppe nur in der Lage, die Widersprüche anzugeben, in deren Rahmen im weitesten Sinne sich die Entwicklung bewegen kann: Aktuelle Entwicklungstendenzen sind damit nicht anzugeben. Die neuere Studie von Michael Schumann, Edgar Einemann, Christa Siebel-Rebell, Klaus-Peter Wittemann: *Rationalisierung, Krise und Arbeiter*, Bremen 1981, führt, wenn sie auch in der Einzelanalyse ihren gewohnten Standard aufrechterhält, auf der theoretischen Ebene nicht über den Ansatz von Kudera u. a. hinaus. Immerhin kommen hier durch die Empirie gewisse zeitliche Verschiebungen in den Blick.

11 *Christiane Bierbaum, Joachim Bischoff, David Eppenstein, Sebastian Herkommer, Karlheinz Maldaner, Arnhild Martin: Ende der Illusionen? Frankfurt – Köln 1977.* Umgekehrt Michael Schumann u. a., a.a.O., S. 421: „... dann läßt sich kaum die These aufrechterhalten, daß die Orientierung an Arbeitsinhalten ein Indiz illusionärer partikularistischer Versöhnung mit den Bedingungen kapitalistisch organisierter betrieblicher Arbeit sei. Ein differenziertes Interesse an den Inhalten der Arbeit ... scheint vielmehr den Blick gerade zu öffnen auf jene Interessen, die der Arbeiter als Besitzer der Ware Arbeitskraft im Produktionsprozeß hat.“

Die Antwort muß allerdings komplexer sein als die von *Bierbaum u. a.* Die Frage, inwieweit der konkrete Inhalt der Arbeit Bezugspunkt für das Denken der Arbeiter und Angestellten ist, hängt sowohl ab von dem Maße, in dem bestimmte Grundbedürfnisse befriedigt sind, wie von dem konkreten Inhalt der Arbeitstätigkeit selbst. Die Dispositionsmöglichkeiten, der Grad an Repetitivität, das Maß, in dem das Arbeitstempo vorgegeben ist, der Grad an selbständiger Informationsverarbeitung durch den Lohnarbeiter usw. bestimmen das Maß, in dem sich eine – stets relative, stets instrumentell gebrochene – Identifikation mit dem Arbeitsinhalt entwickeln kann.

Die Entwicklung der Arbeit, wie sie gegenwärtig vor sich geht, bringt *auch* solche Sektoren hervor, in denen größere Anforderungen an Kenntnissen und Bildung, selbständigere Dispositionen, autonomere Verarbeitung von Informationen verlangt wird. So haben etwa Aufgaben wie Herstellung, Verarbeitung und Weitergabe von Informationen – Aufgaben, die traditionell von herrschaftsausübenden Teilen des Gesamtarbeiters, also Vertretern der Betriebshierarchie, besetzt waren – auch an vielen anderen Arbeitsplätzen zugenommen. Zugleich entsteht auf dieser Grundlage immer wieder die Gegentendenz, erweiterte Dispositionsmöglichkeiten ebenso wieder einzuschränken und aufzuheben, wie die noch traditionell bestehenden Dispositionsmöglichkeiten klassischer Facharbeitergruppen durch moderne Rationalisierungs- und Arbeitszerlegungsmaßnahmen eingeschränkt und beseitigt werden. Aus der Erfahrung dieser Gegentendenz ergibt sich die skeptische Haltung gerade der traditionellen Facharbeitergruppen gegenüber technischen und organisatorischen Veränderungen ihrer Arbeitstätigkeit, hinter denen sie, auch wenn sie als Humanisierungskonzepte angeboten werden, sehr wohl den Rationalisierungszugriff des Kapitals erkennen.<sup>12</sup>

In unterschiedlichen Sektoren entstehen in bezug auf das Verhältnis zur eigenen Tätigkeit verschiedene Lohnarbeitertypen unterschiedlicher Prägung. Die Problematik dieser Polarisierung ist nicht völlig neu. Der Gegensatz zwischen handwerklich ausgebildeten Facharbeitern und angelegerten Handlangern tritt ins Leben mit der im großen Maßstab eingesetzten kapitalistischen Maschinerie. Dieser Gegensatz schließt verschiedene Bezugsmöglichkeiten zur eigenen Arbeitstätigkeit ein. Das Problem tritt also nicht erst zu dem Zeitpunkt auf, zu dem große Teile der Angestellten und Beamten bedeutende und wachsende Teile der Arbeiterklasse ausmachen. Aber es erhält eine neue Prägung durch die neuen Arbeitstypen moderner Produktion, die neuartigen und gestiegenen Bildungsvoraussetzungen, die (erneut) breitere Rekrutierung von Lohnarbeitern aus anderen Klassen und Schichten.

In der Geschichte der Arbeiterbewegung hat sich gezeigt, daß sich die Entwicklung von kritischem, konsistentem, antikapitalistischem Bewußtsein sowohl auf der Grundlage einer stärker instrumentellen Orientierung wie auf der Grundlage eines stärker die Produzentenrolle betonenden Bewußtseins entfalten kann. Die revolutionäre Sozialdemokratie gewann in den Jahrzehnten ihres historischen Aufstiegs ihre Kraft in besonderer Weise aus den Grup-

12 Vgl. hierzu insbesondere Schumann u. a., a.a.O.

pen, die infolge ihrer Tätigkeit und ihrer Qualifikation eine inhaltliche Beziehung zu ihrer eigenen Arbeit auch als konkrete Arbeit entwickeln konnten. Aus dieser Beziehung konnte ein spezifisches Selbstbewußtsein erwachsen, dem ein starkes Prestige innerhalb der anderen proletarischen Gruppen und Schichten entsprang: Die anderen proletarischen Sektoren orientierten sich in besonderem Maße gerade an jenen Schichten, die auf der Grundlage der Vermittlung von Arbeitsidentifikation, Selbstbewußtsein und daraus erwachsenden sozialen Ansprüchen besonders empfänglich für die Aufnahme der Ideen der revolutionären Sozialdemokratie waren. In einer anderen historischen Etappe gewann dagegen die junge kommunistische Bewegung ihre Kraft vornehmlich aus solchen Gruppen der Arbeiterklasse, denen die Gleichgültigkeit ihrer konkreten Arbeit im Kapitalismus für das Profitsystem besonders deutlich werden mußte.

### **3. Die Prägung betrieblicher Kader: Macht- und Autoritätskonflikte**

Als Untersuchung der Schnittstelle von Massenbewußtsein und Organisationsentwicklung ist die Betrachtung der Entwicklungstypen betrieblicher Funktionäre auch von Bedeutung für die politische Praxis der Arbeiterbewegung.<sup>13</sup> Denn ein neuer Typ betrieblicher Kader, was Motivation, Entwicklungsweg, Bewußtsein und Handlungsformen angeht, schließt auch einen neuen Typ der konkreten Gesetze der Klassenbewegung mit ein. Auf der Grundlage allgemeiner Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes entwickelt jede Epoche im gegebenen nationalen Milieu ihre Eigengesetzlichkeit, was der Vergleich mit den Entwicklungsjahrzehnten der revolutionären Sozialdemokratie und den Formierungsjahren der jungen kommunistischen Bewegung verdeutlicht. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich nicht nur bestimmte äußere Bedingungen in der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren verändert haben; dabei wollen wir uns auf die Frage des dominierenden Typs betrieblicher Kader konzentrieren, ohne zu vergessen, daß allgemeinere Veränderungen sowohl bei den Voraussetzungen wie bei den Wirkungen und Ergebnissen der untersuchten Veränderungen beteiligt sind.

Bei unserer Befragung wurde unter anderem danach gefragt, welches die Themen waren, die den Anstoß für die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit des Befragten bildeten. Auch wenn man voraussetzt, daß sich möglicherweise durch die Retrospektive einiges verschiebt, geben die Antworten wichtige Hinweise. Aus einer langen Liste von 15 vorgegebenen Themen, die der Befragte erweitern konnte (und häufig auch erweiterte), hoben sich einige The-

<sup>13</sup> Untersuchungen von betrieblichen Funktionären sind in der Bundesrepublik selten durchgeführt worden. Erinnert sei hier an den Band 2 der Beiträge des IMSF: *Mitbestimmung als Kampfaufgabe*, Köln 1971, S. 139 bis 302 (Studienausgabe Köln 1972, S. 99 bis 262), der die Vorstellungen betrieblicher Kader in drei Großbetrieben auch in Beziehung zu den Vorstellungen der Belegschaften zu erfassen sucht. Weiter sind hier der schon zitierte 2. Band der Untersuchung von Bergmann und Müller-Jentsch sowie die erwähnte Arbeit von Witich Roßmann zu nennen.



men heraus, die besonders häufig genannt wurden. Es waren dies Lohn- und Einkommensfragen (12 Nennungen), kritische Auseinandersetzung mit gewerkschaftlicher oder Betriebsratsarbeit (13 Nennungen) Arbeitsbedingungen und Pausenregelungen (15 Nennungen) sowie Arbeitszeitprobleme (ebenfalls 15 Nennungen) und schließlich, am häufigsten, Fragen der Macht- und Autoritätsverhältnisse (Mitbestimmung u. a.) (16 Nennungen).

Bei den Macht- und Autoritätskonflikten handelt es sich um Konflikte unterschiedlicher Formen und Ebenen: Es kann um die Frage der Einführung betrieblicher Informationssysteme ebenso gehen wie um Fragen einer nicht als menschenwürdig empfundenen Behandlung der Arbeiter am Band („wie eine Nummer“); häufig kommen gesamtgesellschaftliche Machtverhältnisse mit in den Blick. Allgemein sind es Bedürfnisse der sozialen Existenz, deren Nichterfüllung von diesen Befragten auch bei monetärer „Kompensation“ nicht mehr widerspruchslos geschluckt wird.

Nun weicht dies ab von dem Bild der traditionellen Motivation betrieblicher Kader in der Bundesrepublik. Die bewegende Kraft ergab sich bei dem wichtigsten Typus vor allem aus der Erfahrung des Konflikts um den Arbeitslohn, wogegen andere Motivationen und Anstöße eine untergeordnete Rolle spielten. Wir hatten gesagt, daß im typischen Fall die Entwicklung des Bewußtseins der betrieblichen Kader deutlich stufenförmig verlief: Eine erste Ebene war die betriebliche Ebene, auf der sich zunächst der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital darstellte. In einer zweiten Stufe wurden dann die schon vorhandenen Erkenntnisse oder Vorstellungen auf die Ebene von Politik und Staat übertragen. Nun müssen wir bemerken, daß nicht nur eine bemerkenswerte Anzahl eindeutig von keinem stufenförmigen Prozeß in dieser Weise sprach, sondern daß sich darüber hinaus diejenigen, deren Entwicklungsweg sich nicht in dieser Weise stufenförmig vollzogen hatte, hinsichtlich der Erstmotivation von den anderen zum Teil unterschieden.

Eine Frage lautete: „Der Weg zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit und die Entwicklung allgemeinen politischen Interesses sind ja nicht dasselbe. Was lag in deinem Fall vorher, die allgemeine Politisierung oder die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit?“ Zehn der Befragten antworteten, die Hinwendung zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit sei in ihrem Fall vor der allgemeinen Politisierung erfolgt. Alle zehn erklärten auf Nachfrage, daß es sich um deutlich abgegrenzte Phasen gehandelt habe. Zwölf erklärten, bei ihnen habe die gewerkschaftliche und betriebliche Arbeit nicht am Anfang gestanden: Sechs sprachen davon, daß bei ihnen die allgemeine Politisierung zuerst erfolgte, die sechs übrigen sprachen von einem zeitlich und inhaltlich zusammenhängenden Gesamtprozeß. Wir können davon ausgehen, daß es neben dem bisherigen Typ der Entwicklung gewerkschaftlichen Bewußtseins auch einen weiteren Entwicklungstyp gibt, dessen Entwicklung durch die primäre oder gleichzeitige Verarbeitung von Vorstellungen und Erkenntnissen aus der Sphäre von Staat und Politik gekennzeichnet wird.

Für diesen anderen Typ ist wahrscheinlich die Motivation durch Lohn- und Einkommensfragen von relativ nicht so großer Bedeutung wie für den klassischen Typus (vier von zwölf gegenüber acht von zehn Nennungen). Man kann

weiter auf dieser Grundlage vorläufig annehmen, daß für diesen neuen Typus die Motivation durch Fragen der Macht- und Autoritätsverhältnisse häufiger den Initialanstoß ausmacht als bei dem traditionellen Typ. Diese Annahme wird durch die vorhergehenden allgemeinen Überlegungen gestützt. Die Motivation zur eigenen gewerkschaftlichen und betrieblichen Arbeit dadurch erhalten zu haben, daß man sich mit der vorhandenen gewerkschaftlichen oder Betriebsratspraxis kritisch auseinandersetze, gaben beide Gruppen gleich häufig an.

Fragt man nun nach den Motiven für die allgemeine Politisierung, so erhält man andere Antworten. Zunächst: Beide Typen, derjenige, dessen Entwicklung phasenweise von der betrieblichen Arbeit ausgehend und in einer zweiten Phase sich allgemein politisierend verläuft, und der andere Typus, für den eine solche phasenweise Entwicklung nicht zutrifft, unterscheiden sich nicht in merklicher Weise, was die angegebenen Anstöße der allgemeinen Politisierung betrifft. Am häufigsten genannt wird die kritische Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen oder Betriebsratspraxis (fünfzehn Nennungen), es folgen Fragen des Gesellschaftssystems (vierzehn Nennungen), der Macht- und Autoritätsverhältnisse (ebenfalls vierzehn Nennungen), Probleme im Zusammenhang mit Krieg und Frieden und mit Rüstungsproduktion (dreizehn Nennungen) und Probleme der Arbeitszeit (elf Nennungen). (Es ist vielleicht anzumerken, daß in den Vorgaben auch Umweltfragen, das Problem der Arbeitslosigkeit und Fragen im Zusammenhang mit der Technik auftauchten, daß aber eine Reihe von Befragten gerade zu den genannten Problemen sagte, „damals“, also zum Zeitpunkt, in dem sie gewerkschaftlich und betrieblich aktiv geworden seien bzw. zu dem sie sich allgemein politisiert hätten, habe das für sie noch keine Rolle gespielt.)

Wenn wir von der Annahme ausgehen, daß Fragen der Macht- und Autoritätsverhältnisse am ehesten aufgeworfen werden, wenn einerseits aus dem konkreten Inhalt des Arbeitsprozesses selbst Ansprüche auf ein höheres Maß an Autonomie und Kontrolle auch über den Arbeitsprozeß hinaus im gesamten Produktionsprozeß erwachsen, andererseits der kapitalistische Verwertungsprozeß hier Strukturen vorgibt, die immer wieder zur Kollision mit diesen Ansprüchen führen, dann kann man daraus eine wichtige Schlußfolgerung ziehen: In der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit kommt es heute darauf an, den Zusammenhang zwischen diesem Typ von erfahrbaren Widersprüchen und dem Grundwiderspruch unseres Gesellschaftssystems deutlich zu machen.

Diese Aufgabe der Vermittlung stellte sich selbstverständlich auch schon bei dem früher vorherrschenden Typus, der vornehmlich von dem Widerspruch im Bereich des Konflikts um den Arbeitslohn, um die Höhe der Zahlung ausging. Aber bei dem neu hinzugekommenen zweiten Typus stellt sich diese Aufgabe in anderer und verschärfter Weise. Denn wenn hier die Beziehung auf die Sphäre von Staat und Politik spontan nicht erst in einer zweiten Phase erfolgt, nachdem sich schon bestimmte Erfahrungen der betrieblich-gewerkschaftlichen Ebene konsolidiert haben, heißt das, daß schon in bezug auf die Verarbeitung von Grunderfahrungen, wie der Erfahrung von Macht- und

Autoritätskonflikten, ideologische Einflüsse im Sinne des systematischen Hineintragens von Ideologie (und nicht nur im Sinne ihrer spontanen Reproduktion) früher und stärker eine Rolle spielen.

Die gewachsene Bedeutung von Macht- und Autoritätskonflikten für einen bedeutsamen Teil neuer betrieblicher Kader ist letztlich nicht einfach auf Veränderungen in den Anforderungen des Arbeitsprozesses zurückzuführen, auch wenn diese und der Widerspruch zwischen den Anforderungen des Arbeitsprozesses und den Bedingungen des Verwertungsprozesses die Grundlage abgeben, auf der diese Widersprüche wahrgenommen werden. Zurückzuführen sind vielmehr diese Tendenzen letztlich auf den Vergesellschaftungsprozeß als objektiven Prozeß unter kapitalistischen Bedingungen. Seine Folgen sind die Ausdehnung und Entwicklung des Systems bürokratisch-kapitalistischer Kontrolle, die dadurch produzierte Gegenströmung ist die Forderung nach Einfluß, Mitbestimmung, Kontrolle durch die Lohnarbeiter.<sup>14</sup>

Dieser Konflikt wird im staatsmonopolistischen Kapitalismus stetig reproduziert, ebenso wie der Lohnkonflikt stetig reproduziert wird. Die Tatsache, daß der Konflikt um Fragen der Macht- und Autoritätsverhältnisse offenbar sofort den Bezug zur Sphäre von Staat und Politik einschließt, darf aber nicht dazu verführen anzunehmen, daß die Ansprüche auf Autonomie oder Mitsprache prinzipiell durch das Kapital nicht integrativ zu nutzen seien. Die Möglichkeit, auch diese Ansprüche ebenso wie viele andere integrativ nutzen zu können, ergibt sich für das Kapital aus der Tatsache, daß sie in der Form, in der sie sich spontan entwickeln, noch nicht die Beziehung auf den Grundwiderspruch unserer Gesellschaft einschließen.

Aus der Bedeutung der Konflikte um Macht- und Autoritätsverhältnisse für die Motivation betrieblicher Kader, aber genauso aus ihrer gewachsenen Bedeutung in der Breite bei Angehörigen der Arbeiterklasse, besonders der jüngeren, insgesamt, aber auch und sogar noch stärker bei Angehörigen der Intelligenz und der lohnabhängigen Mittelschichten,<sup>15</sup> ergibt sich für die sozialistische Arbeiterbewegung der Bundesrepublik, den Kern dieser Konflikte zu erfassen und mit den historischen Interessen der Arbeiterklasse zu vermitteln. Die Tatsache, daß im Zusammenhang mit diesen Konflikten sofort der Bezug zur Sphäre von Politik und Staat hergestellt wird, wirft die Frage nach der ideologischen Hegemonie gleichsam eine Stufe früher auf.

Kehren wir noch einmal zurück zur Diskussion um die Instrumentalismus-These. Allgemein wird im Kapitalismus das Verhältnis der Lohnarbeiter zur Produktion durch die widersprüchliche Einheit von Arbeits- und Wertbildungsprozeß geprägt. Dem entspricht, daß sowohl die Erfahrung der Gleichgültigkeit der konkreten Arbeit für das Kapital und die daraus entspringende Betonung der Lohnfrage als Konfliktzone wie die Erfahrung der aus dem Inhalt der Arbeitstätigkeit erwachsenden Ansprüche und der daraus entspringenden Betonung der Macht- und Autoritätsverhältnisse als Konfliktzone

14 Hierzu: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Beiträge des IMSF 2, Köln 1971, S. 17-48.

15 Vgl. hierzu meinen Aufsatz „Wandel des Wertsystems?“, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt/M. 1982.

prinzipiell gleichermaßen Ansatzpunkte für die Entwicklung antikapitalistischen Bewußtseins bilden können. Vergleicht man aber verschiedene konkrete Zeitabschnitte, so zeigt sich, daß sich hier innerhalb der prinzipiell gegebenen Möglichkeiten die Akzente verschieben können. Für die Motivation zu aktiver betrieblicher und gewerkschaftlicher Tätigkeit, bei der sich betriebliche Kader herausbildeten, war in der Bundesrepublik für lange Zeit die Zone des Konflikts um die Lohnhöhe dominierend. Dies scheint sich in der letzten Zeit insoweit geändert zu haben, als nun daneben ein Typus betrieblicher Kader an Bedeutung gewinnt, für den Konflikte im Bereich von Fragen der Macht- und Autoritätsverhältnisse den Ausgangspunkt der Motivation bilden.<sup>16</sup>

#### 4. Das Verhältnis zur Gewerkschaft. Politische Erwartungen

Nun ist der Begriff „Instrumentalismus“ auch verwandt worden, um die These auszudrücken, daß die Lohnarbeiter heute eine Beziehung zur gewerkschaftlichen Organisation haben, die sich durch ein kalkuliertes Verhältnis von Aufwand und Ertrag auszeichnet. Dazu ist zunächst zu sagen, daß die Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Organisation als Werkzeug für die Interessen der Lohnarbeiter, nimmt man dies wörtlich, einen sehr hohen Grad von Bewußtheit voraussetzen würde. Gemeint ist wohl etwas Einfacheres: Ist die Bindung an die und die Beziehung auf die gewerkschaftliche Organisation emotional tief verankert, oder kann sie leicht durch vorübergehende Erwägungen in Frage gestellt werden?

Nun bedeuten Bindung an die gewerkschaftliche Organisation und Beziehung auf die gewerkschaftliche Organisation ja nicht Kritiklosigkeit. Im Gegenteil, schon 1975 ist darauf hingewiesen worden, daß gerade bei den engagiertesten jungen Gewerkschaftsmitgliedern die Kritik an dem konkreten Verhalten der Gewerkschaft besonders deutlich hervortrat.<sup>17</sup> Das schließt die Gefahr einer wachsenden Distanz ein. Die Bedeutung der Vorgabe „kritische Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen und Betriebsratspraxis“ für die Motivation späterer betrieblicher Kader zeigt, daß der Befund von damals keineswegs eine vorübergehende oder beschränkte Erscheinung darstellte. Sie zeigt andererseits, daß in dieser kritischen Haltung die starke emotionale Beziehung zur Gewerkschaft, die sich auf der tiefen Erfahrung begründet, daß die Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander durch organisiert solidarisches Verhalten überwunden werden muß, nicht verlorengegangen ist.

16 Es bleibt zu untersuchen, und es ist eine dringende politische Frage, wie dies bei den Angehörigen der Arbeiterklasse aussieht, die direkt oder indirekt von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Es ist anzunehmen, daß hier – um in der akademischen Sprache zu bleiben – die „instrumentelle“ Beziehung zur Produktion gegenüber der „intrinsischen“ absolut vorherrscht. Wenn man diese Sphäre nicht einbezieht, kann man insgesamt gesehen daher zu falschen Gewichtsverteilungen kommen. Die Verteilung der entscheidenden Motivation für die betrieblichen Kader deckt sich nicht mit der für die Arbeiterklasse insgesamt.

17 Harald Wiedenhofer: Untersuchungen der Einstellungen Harburger Mitglieder der IG Chemie zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung, Diplomarbeit Hamburg 1975, S. 175 f.

Dies zeigen noch eindrücklicher die Antworten auf die offene Frage: „Es geschieht ja immer wieder, daß es innerhalb der Gewerkschaften Konflikte gibt... Wie weit sollte man dabei gehen?“ Die Antworten enthielten durchgehend den Bezug auf die Notwendigkeit solidarischen Verhaltens, auf die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Einheit. Von vielen wurde das geradezu beschwörend vorgetragen. Die emotional verankerte Beziehung ist auch feststellbar in den Protokollen von Interviews mit Betriebsratsmitgliedern, die auf anderen als der offiziellen gewerkschaftlichen Liste in den Betriebsrat gewählt wurden. Andererseits wird in vielen Protokollen ausdrücklich betont, daß das nicht die Annahme jedweder Wendung der Politik des Gewerkschaftsvorstands bedeuten kann.

*Michael Schumann* hatte 1979 darauf hingewiesen, daß Entscheidungen der Gewerkschaftsgremien von den neuen betrieblichen Kadern nicht mehr in gewohnter Selbstverständlichkeit bejaht werden.<sup>18</sup> *Witich Roßmann* hatte daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß durch Verlagerung der Formierung des Bewußtseins und der Handlungsdispositionen aus dem Betrieb heraus das Verhältnis zur Gewerkschaft weniger emotionsbeladen sei.<sup>19</sup>

Demgegenüber lassen die Interviews die Annahme zu, daß auch diejenigen, die sich durch ihr betriebliches Verhalten so stark in Gegensatz zu den offiziellen Beschlüssen der gewerkschaftlichen Gremien setzen, daß sie den Ausschluß kalkuliert in Kauf nehmen, kein emotionsfreies Verhältnis zur Gewerkschaft haben. Eine emotionale innere Bindung wird vielmehr gerade an einer gewissen Bitterkeit deutlich, mit der über solche Konflikte berichtet wird. *Klaus Pickshaus* ist zuzustimmen, wenn er davon spricht, daß diese Beziehung nicht mehr als emotionaler Kitt verwandt werden kann, um strategische und gewerkschaftspolitische Divergenzen zu überdecken.<sup>20</sup> Die zweifellos weiter vorhandene emotionale Beziehung ist jedoch, auch wenn solche Abweichungen im praktischen Handeln nicht mehr tabuisiert sind, eine wichtige Bedingung, die in Rechnung zu stellen ist, wenn man Überlegungen anstellt, wie die gewerkschaftliche Einheit in solchen Fällen wiederhergestellt werden kann.

Eine ähnliche Lage zeigt sich auf der Ebene von parteipolitischen Erwartungen und Neigungen. Was die Personen betrifft, durch die man Anstöße bekommen hat, so sind es nach wie vor vornehmlich Personen, die aus der sozialdemokratischen oder in geringerem Maße aus der kommunistischen Bewegung stammen, die den Initialanstoß gegeben haben. Aber daneben zeigen sich inzwischen auch einige neue Erscheinungen. So gibt es eine kleinere Gruppe unter den Befragten, die von sich sagt, daß sie Anstöße aus der Studentenbewegung erhalten hat. Überhaupt ist die Beziehung zu Hochschulen auch noch bei anderen Gelegenheiten der Befragung spürbar. Es gibt unter den Befragten einige Personen mit Hochschulbildung bzw. solche, die ein

18 Michael Schumann: Entwicklungen des Arbeiterbewußtseins, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1979, S. 157.

19 Witich Roßmann, a.a.O., S. 67.

20 Klaus Pickshaus: Politische Differenzierungen im Großbetrieb: Zur Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, S. 220f.

Fernstudium absolvieren. Der Bildungsgrad ist unter den Befragten insgesamt gegenüber dem Durchschnitt der Arbeiter und Angestellten weit überhöht. Hauptschulbildung, Mittelschulbildung und mindestens Abitur sind unter den Befragten etwa gleich häufig vertreten. Es ist anzunehmen, daß Einflüsse politischer Strömungen, die im akademischen Bereich eine Rolle spielen, auch infolge des relativ hohen durchschnittlichen Bildungsgrades der Befragten unter diesen häufiger spürbar sind.

Alle wichtigen linken Strömungen, die in der Studentenbewegung eine Rolle spielen oder spielten, finden Fortsetzungen oder Entsprechungen oder verwandelte Fortwirkungen in den betrieblichen Kadern. Das gilt für die antiautoritäre Strömung, den MSB Spartakus ebenso wie für frühere maoistische, linkssozialdemokratische und linkssozialistische Gruppen.

Dem überdurchschnittlichen Bildungsgrad der Befragten entspricht eine ungewöhnliche Zusammensetzung und ein ungewöhnliches Ausmaß der Freizeitaktivitäten. Freizeitaktivitäten nehmen bei allen einen wichtigen Platz ein – selbstverständlich klagen einige darüber, infolge ihrer Funktionen keine oder zu wenig Zeit für ihre Freizeitinteressen zu haben. Die Aktivitäten sind höchst unterschiedlich; viele sportliche Aktivitäten fallen darunter ebenso wie Kunstbetrachtung, Theaterbesuche, Musik und alle Arten von Lektüre. Was die Literatur betrifft, so fehlt *Hölderlin* ebensowenig wie Science-fiction oder wissenschaftliche industriesoziologische Literatur. Hier wird sehr deutlich, wie Einflüsse aus Hochschulen und Universitäten in viel unvermittelterem Maße auf die betrieblichen Kader einwirken.

Dies ist nichts völlig Neues: Vor allem über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und die politische Bildungsarbeit anderer Organisationen wurden solche Einflüsse vermittelt. Das Neue ist die gewachsene Stärke und die Unvermitteltheit der Beziehung zwischen Universitäten und betrieblichen Kadern. Das läßt sich bis zur Bildung betrieblicher Gruppen beobachten, die aus universitären Gruppierungen entstehen. Bezeichnend ist auch, daß auf die Frage, welche Aktionen man schon mitgemacht habe, gerade als erste Anstöße häufig Demonstrationen und Auseinandersetzungen in der Oberschule oder der Universität genannt werden.

Was die Erwartungen an politische Kräfte angeht, so sind auch bei solchen Befragten, die vor allem entweder an die Sozialdemokraten oder an die Kommunisten Erwartungen haben, viele, die sich von einer Stärkung der Grünen oder der Alternativbewegung etwas für die positive Veränderung erhoffen. Das heißt: Selbst bei denen, die ihrer Herkunft nach durchaus ähnlich durch Sozialdemokraten beeinflusst wurden, zeigt sich, daß diese ursprüngliche Prägung heute anders verarbeitet wird als in der früheren Generation betrieblicher Kader. Die Selbstverständlichkeit des Bezugs auf die Sozialdemokratie als die wichtigste politische Organisation, in der Arbeiter und Angestellte vertreten sind, scheint bei einer wichtigen Gruppe betrieblicher Kader heute nicht mehr gegeben. Im Verhältnis zur Sozialdemokratie ist tatsächlich bei einer Gruppe innerhalb der betrieblichen Kader das eingetreten, was in bezug auf die Gewerkschaften nicht ganz glücklich als „Instrumentalismus“ bezeichnet worden ist.



## 5. Gesellschaftsbild und Utopie

Mit Hilfe einer Reihe von Feststellungen, denen man zustimmen oder die man ablehnen konnte, wurde versucht, die Vorstellungen der Befragten über die Gesellschaft sowohl in drei Ausprägungen auf einer Skala zu erfassen, die von linken bis zu rechten Positionen reichte, wie auf einer Skala, die das Maß messen soll, in dem die Vorstellungen über die Gesellschaft zusammenhängend oder widersprüchlich sind.<sup>21</sup>

Das Ergebnis, daß das Gesellschaftsbild der Befragten durchschnittlich weit links von dem Gesellschaftsbild von Lohnarbeitern überhaupt, auch Kerngruppen der Arbeiterklasse, liegt, kann nicht sehr überraschen; die Tatsache weit überdurchschnittlicher Aktivität und die Erfahrungen, die mit dieser Aktivität verbunden sind, wirken hier in der gleichen Richtung. Schon aufschlußreicher ist die Feststellung, das unter den Befragten sich überdurchschnittlich viele mit einem eher zusammenhängenden Gesellschaftsbild befanden. Dies kann als Beleg für die These angesehen werden, daß Konflikterfahrungen – bei den Befragten in ungewöhnlich starkem Maße vorhanden – dazu beitragen, daß Widersprüche im Gesellschaftsbild überwunden werden.

Bedeutsam erscheint insbesondere, daß es wahrscheinlich inhaltliche Zusammenhänge zwischen bestimmten Ausgangsmotivationen und der Herausbildung eines eher konsistenten Gesellschaftsbildes gibt. Von den Befragten, die angaben, Fragen der Macht- und Autoritätsverhältnisse hätten als Anstoß für die betriebliche und gewerkschaftliche Tätigkeit eine Rolle gespielt, wiesen zwölf ein eher zusammenhängendes Gesellschaftsbild auf, gegenüber vier mit einem mittleren oder eher widersprüchlichen Gesellschaftsbild. Von denjenigen, die Fragen der Macht- und Autoritätsverhältnisse nicht nannten, wiesen dagegen zwei ein eher zusammenhängendes auf gegenüber vier mit einem mittleren oder eher widersprüchlichen Gesellschaftsbild.

Von den Befragten, die die kritische Auseinandersetzung mit gewerkschaftlicher und Betriebsratsarbeit als einen Anstoß ihrer eigenen betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivität nannten, wiesen zehn ein eher zusammenhängendes gegenüber nur dreien mit einem mittleren oder eher widersprüchlichen Gesellschaftsbild auf; von denjenigen, die diesen Ausgangspunkt nicht nannten, besaßen entsprechend der erwähnten Zuordnung vier ein eher zusammenhängendes und fünf ein mittleres oder eher widersprüchliches Gesellschaftsbild. Wenn oben davor gewarnt wurde, die neuen Zugänge unkritisch überzubewerten, so muß man angesichts dieser Verteilungen, die selbstverständlich der Überprüfung durch eine größere Zufallsauswahl bedürfen, doch darauf hinweisen, daß die neuen Zugänge mehr Ansatzpunkte für die Entwicklung von zusammenhängendem antikapitalistischen Bewußtsein enthalten; zugleich muß man betonen, daß man weniger denn je davon ausgehen kann, daß sich ein solches Bewußtsein von selbst entwickelt.

Einen wichtigen Hinweis enthalten schließlich die Antworten auf die offene Frage „Wie sieht eine bessere Gesellschaft aus?“ Die über den Tag hin-

21 Vgl. meinen Aufsatz in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2, Frankfurt/M. 1979, S. 341 ff.

ausweisenden Vorstellungen, die hier geäußert wurden, lassen sich in zwei große Gruppen zusammenfassen, die einander überschneiden und ergänzen. Da sind einmal Betonungen von Gleichheit und Gerechtigkeit, einem offenbar tiefverwurzelten egalitären Anspruch; da sind zum anderen Betonungen des Anspruchs auf Mitsprache und Kontrolle. (Eine zahlenmäßig kleine Ausnahme bilden personalisierende Formulierungen wie „weniger Neid“ u. ä.) An diesen beiden Erwartungen werden auch die sozialistischen Länder gemessen, wobei tatsächlich bei vielen Befragten nicht die Realität des Sozialismus, sondern das, was in der hiesigen Öffentlichkeit als sozialistische Realität ausgegeben wird, mit diesem Anspruch verglichen wird.<sup>22</sup>

Solche Bedürfnisse „utopischer“ Art sind ernst zu nehmen, weil sie sich aus den Erfahrungen mit den Widersprüchen des Kapitalismus, aus den Erfahrungen des eigenen Lebens heraus entwickeln und weil sie grundlegende Zielrichtungen angeben. Die Richtung der Träume und die Richtung des Handelns hängen miteinander zusammen. Dabei ist es selbstverständlich oft so, daß das, was den Handelnden hier am realen Sozialismus richtig erscheint (oder erscheinen könnte, würden sie es kennen), nicht unbedingt mit dem identisch ist, was unter der Perspektive der dort Agierenden Hauptpunkt der gegenwärtigen Sozialismusedwicklung ist.<sup>23</sup>

Solcherlei Widersprüche zu nutzen ist selbstverständlich das Ziel antikomunistischer Strategie. Aber solcherlei Widersprüche sind nicht in sich schon gegen den Sozialismus gerichtet; im Gegenteil, gerade sie als Widersprüche, die sich aus der veränderten historischen Perspektive ergeben, darzustellen, leistet einen Beitrag zur Orientierung auf die sozialistischen Länder als Bezugspunkt eigener Möglichkeiten. Denn die Ansprüche auf Gleichheit und Kontrolle sind, und das ist zu zeigen, zu verwirklichen unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik, aber auch nur unter diesen Bedingungen.

22 Es wurde schon 1978 darauf aufmerksam gemacht, welche praktischen Konsequenzen der ideologischen Arbeit sich daraus ergeben. (Jugendliche im Großbetrieb, Frankfurt 1978, S. 183 ff., hier besonders 220 f.)

23 So ist z. B. für die Handelnden einer der Hauptanziehungspunkte des Sozialismus die ungeheure Angleichung von Einkünften und Lebensstandard bei den unterschiedlichsten sozialen Gruppen - vom Arbeiter in der Landwirtschaft bis zum Mitglied des Ministerrats. Daß für die politisch bewußt Handelnden im Sozialismus heute ein Hauptproblem darin besteht, auf dieser fundamental egalitären Basis durch eine relative Differenzierung sowohl die ökonomische wie die soziale Entwicklung zu beschleunigen, darf nicht bedeuten, daß man diese wichtige Nebenfrage der Differenzierung zum Hauptproblem macht, wenn es um die Darstellung des Sozialismus geht. Es ist weder objektiv die Hauptseite, noch kann es das für die hier tätigen Subjekte sein.

# **Arbeit, Betrieb, Bewußtsein**

## **Zur Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse in der neueren industriesoziologischen Diskussion**

*Lothar Peter*

*1. „Instrumentelle“ Einstellung zur Arbeit oder „Subjektivperspektive“? – 2. Bewußtseinsorientierungen von Arbeitern und Angestellten im Betrieb – 3. Arbeiterbewegung und Arbeiterbewußtsein – 4. Perspektiven der Industriearbeit – Perspektiven des Arbeiterbewußtseins*

### **1. „Instrumentelle“ Einstellung zur Arbeit oder „Subjektivperspektive“?**

Gesellschaftliches Bewußtsein von Lohnarbeitern ist weder ein mechanischer Reflex auf allgemeine ökonomische Determinanten des Kapitalverhältnisses noch die Summe individueller, aus übergreifenden Klassen- und Sozialzusammenhängen herausgelöster Arbeitserfahrungen.

Zwar bildet der Austausch von Lohnarbeit und Kapital die gesellschaftliche Grundlage für die Konstituierung des „Arbeiterbewußtseins“, aber dieser Austauschprozeß ist stets vermittelt durch konkrete Formen der betrieblichen Verwertung von Arbeitskraft und der Kontrolle über die „lebendige Arbeit“. Das Kapitalverhältnis tritt für die Lohnarbeiter nicht als Abstraktum in Erscheinung, sondern realisiert sich in der betrieblichen Organisation der Arbeit, der betrieblichen Produktionsstruktur, Arbeitsteilung, sozialen Differenzierung und Herrschaftsausübung. Der Betrieb ist also nicht nur die ökonomische Basiseinheit des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses, in der die unmittelbare Kombination der dinglichen und persönlichen Produktionsfaktoren stattfindet, er ist zugleich die konkrete Form sozialer Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, zentraler Ort der Entstehung von Klassenbewußtsein, Brennpunkt des Klassenkampfes.<sup>1</sup>

In der arbeits- und industriesoziologischen Forschung ist die zentrale Bedeutung des Betriebs und insbesondere der betrieblichen Arbeitserfahrung sowohl für den Aufbau einer subjektiven Arbeitsidentifikation als auch für die Entwicklung eines konfliktorientierten, „politisierten“ Arbeiterbewußtseins allerdings immer wieder in Zweifel gezogen worden. Dies geschah unter un-

<sup>1</sup> Vgl. Heinz Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre. Struktur – Kern – betriebliche Basis; in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt am Main 1983, bes. S. 75.

terschiedlichen Gesichtspunkten, aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen inhaltlichen Akzenten.

Bereits während der sechziger Jahre entwickelten vor allem englische Industriesoziologen wie *John H. Goldthorpe* und *David Lockwood* die sogenannte „Instrumentalismus“-These. Ihr zufolge steht der moderne, gut verdienende Industriearbeiter seiner konkreten Arbeitstätigkeit im Betrieb relativ gleichgültig gegenüber und betrachtet seine Arbeit lediglich als „job“, um einen bestimmten Lebensstandard halten zu können.<sup>2</sup>

Distanziertes Verhalten zum Inhalt der Arbeit, betriebs- und arbeitsexterne Wertorientierungen und ein rein ökonomisches Interessenskalkül in bezug auf die Einstellung zum Betrieb stellten sich für die Vertreter der „Instrumentalismus“-These auch auf der Ebene des subjektiven Verhältnisses der Arbeiter zu den Gewerkschaften und Parteien als „instrumentelle“ Orientierung dar. Auch hier zeige sich ein Bewußtsein, das sich von den für die Arbeiterbewegung geschichtlich tragenden Prinzipien der kollektiven Solidarität entferne und Gewerkschaften und politische Parteien ausschließlich nach dem Kriterium ihrer ökonomischen und sozialpolitischen Effizienz beurteile.<sup>3</sup>

Die neuere arbeits- und industriesoziologische Forschung in der Bundesrepublik, die sich im Vergleich zu anderen speziellen Soziologien durch ein bemerkenswert fortschrittliches Profil auszeichnet, hat sich mit der „Instrumentalismus“-These und ihrem Bild vom ökonomisch bornierten, entpolitisierten und seine Arbeit gleichgültig betrachtenden Arbeiter nicht abgefunden.

Vor dem Hintergrund des damaligen Forschungsstandes hatte *M. Osterland* bereits 1975 die „Instrumentalismus“-These kritisch gewürdigt und war dabei zu dem Schluß gekommen, daß sie sich nicht aufrechterhalten lasse. *Osterland* hatte sich gegen die unhistorische und gesellschaftlich verkürzende Sichtweise der „Instrumentalismus“-These gewandt und gefordert, die Sphäre der Arbeit und die Lebenssphäre außerhalb der Arbeit nicht einander schematisch entgegensetzen, sondern ihren inneren, sowohl durch ökonomische Bedingungen als auch durch „subjektive lebensgeschichtliche Erfahrungsprozesse“ vermittelten Zusammenhang aufzudecken, ohne dessen Berücksichtigung die Interpretation spezifischer subjektiver Einstellungen zur Arbeit zu kurz greifen müsse.<sup>4</sup>

Die Instrumentalismus-These hat unterschiedliche wissenschaftliche Reaktionen hervorgerufen. So stellte die von *M. Abendroth* u. a. verfaßte Bremer Hafendarbeiterstudie,<sup>5</sup> die auf einer breiten Datenbasis beruht, zwar durchaus

2 Vgl. John H. Goldthorpe/David Lockwood/Frank Bechhofer/Jennifer Platt, Der Arbeiter und sein Betrieb; in: Friedrich Fürstenberg (Hrsg.), Industriesoziologie II. Die Entwicklung der Arbeits- und Betriebssoziologie seit dem zweiten Weltkrieg, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 96.

3 Vgl. Frank Deppe und Hellmuth Lange, Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins. Ein kritischer Literaturbericht (1. Teil), in: Das Argument 61, 1970, vor allem S. 708-715.

4 Martin Osterland, Innerbetriebliche Arbeitssituation und außerbetriebliche Lebensweise von Industriearbeitern, in: ders. (Hrsg.), Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. Festschrift für Max E. Graf zu Solms-Roedelheim, Frankfurt am Main - Köln 1975, S. 179/180.

5 Michael Abendroth/Niels Beckenbach/Siegfried Braun/Rainer Dombois, Hafendarbeiter. Eine industriesoziologische Untersuchung der Arbeit und Betriebsverhältnisse in den bremischen Häfen, Frankfurt am Main 1979.

„instrumentelle“ Arbeitsorientierungen bei bestimmten Hafendarbeitergruppen fest, interpretierte aber diesen Befund in einer den Implikationen der „klassischen“ Instrumentalismus-These entgegengesetzten Weise. Während *Goldthorpe* u. a. und in der Bundesrepublik besonders *F. Fürstenberg*<sup>6</sup> relativ hohe Arbeitszufriedenheit primär auf Lohnzufriedenheit zurückführten und diese ökonomistische Arbeitshaltung mit der Tendenz zu einer entpolitisierten, konsumorientierten und „privatisierenden“ Lebensweise in Verbindung brachten, stellte die Bremer Studie heraus, daß instrumentelle Arbeitshaltung und ausgeprägtes betriebliches Konfliktbewußtsein bei Hafendarbeitern nicht im Widerspruch zueinander stehen müssen. Eher fördern vergleichsweise hohe Arbeitsidentifikation und Arbeitszufriedenheit, so schrieben *M. Abendroth* u. a., die subjektive Bereitschaft, auf eine „Kompromißfähigkeit gesellschaftlicher Interessenunterschiede“<sup>7</sup> zu setzen. Dagegen seien „instrumentelle“ Arbeitsorientierungen überwiegend an Merkmale von herkömmlicher Hafendarbeit gebunden: an konventionelle Umschlagtechnik, häufig wechselnde Orte des Arbeitseinsatzes, körperliche Arbeitsbelastungen und geringe arbeitsinhaltliche Gestaltungsspielräume. Diesen Arbeitsbedingungen entspreche vor allem ein Typ von betrieblicher Arbeitspolitik, der auf dem Wege „traditioneller“ – also disziplinierender – Methoden die Anpassung an vorgegebene betriebliche Abläufe und Ziele zu vollziehen versuche. Insofern verwundert es nicht, wenn die Autorengruppe der Studie meint, daß „das Interessenverständnis der Hafendarbeiter im traditionellen Typ von Hafendarbeit (...) daher noch am ehesten eine umfassend bejahende und solidarische Haltung zur betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung einschließt“.<sup>8</sup> Demgegenüber lokkere sich das stabile Muster eines kollektiven Interessenbewußtseins besonders da, wo der auf formalisierte Qualifizierung und Kompetenzerweiterung gegründete berufliche Status sich in einem Selbstverständnis widerspiegelt, das um individuelle Leistungsfähigkeit zentriert sei.<sup>9</sup> Allerdings muß dieses Leistungsbewußtsein durchaus nicht in ein privatistisches Desinteresse gegenüber den sozialen Verhältnissen und Machtpositionen im Hafen umschlagen, sondern kann durchaus „eine wesentliche Voraussetzung und Anknüpfungsmöglichkeit für weiterreichende Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Hafendarbeiter“<sup>10</sup> darstellen.

Von einem anderen Blickwinkel als die Autoren der Bremer Hafendarbeiterstudie, die das „Instrumentalismus“-Theorem gleichsam positiv zu wenden versuchten, stellen *Michael Schumann* u. a. mit ihrer (ebenfalls in Bremen durchgeführten) empirischen Untersuchung der Industrialisierung von Werftarbeit das „Instrumentalismus“-Theorem in Frage.<sup>11</sup> Gleichzeitig bemühen sie

6 Friedrich Fürstenberg, *Die Soziallage der Chemiarbeiter*, Neuwied und Berlin 1969.

7 Michael Abendroth u. a., *Hafendarbeit...*, a.a.O., S. 534.

8 Ebd., S. 556/557.

9 Ebd., S. 558.

10 Ebd., S. 559.

11 Michael Schumann/Edgar Einemann/Christa Siebel-Rebell/Klaus-Peter Wittemann, *Rationalisierung, Krise, Arbeiter. Eine empirische Untersuchung der Industrialisierung auf der Werft*, 2 Bde, Bremen 1981.

sich um die Entwicklung eines theoretischen Ansatzes, der nicht nur Defizite dieses Theorems, sondern auch theoretische und methodische Mängel anderer industriesoziologischer Studien aufheben soll.

Ausgehend von einer Kritik am konventionellen Einstellungsbegriff, der in sich widersprüchliche subjektive Verarbeitungsformen des „kapitalistisch organisierten Produktionsprozesses“ zu „Defiziten des Individuums“ erkläre, anstatt sie als Ausdruck eines in sich selbst „widersprüchlich strukturierten Objektbereichs“<sup>12</sup> zu begreifen, versuchen die Autoren ein weiterführendes Konzept für die Analyse des Arbeitsbewußtseins zu erstellen. *Goldthorpe* und *Lockwood* hatten die Einstellung zur Arbeit als durch außerhalb des Arbeitsprozesses erworbene, vorgängige Wertorientierung determiniert betrachtet und der Arbeit selbst eine spezifische Denk- und Verhaltensmuster erzeugende soziale Wirkung abgesprochen. Demgegenüber schlagen *M. Schumann* u. a. vor, das Verhältnis zur Arbeit als „doppelten Bezug auf Arbeit“ zu definieren, der durch eine Einheit von „Arbeitskraft- und Subjektperspektive“ charakterisiert sei.<sup>13</sup> Dabei ist unter „Arbeitskraftperspektive“ eine spezifische Einstellung zur Arbeit zu verstehen, welche die Arbeitstätigkeit nach dem Kriterium einer möglichst geringen Vernutzung von Arbeitskraft und eines möglichst günstigen Verhältnisses von Arbeitskrafteinsatz und Entlohnung organisiert. Insofern deckt sich die Kategorie der „Arbeitskraftperspektive“ dem Inhalt nach teilweise mit der von *Goldthorpe*, *Lockwood* u. a. unterstellten „instrumentalistischen“ Arbeitsorientierung. Dagegen hebt der Begriff der „Subjektperspektive“ hervor, daß der Lohnarbeit trotz ihrer objektiven ökonomischen Verwertungsfunktion gleichzeitig eine Dimension inhärent sei, in der sich die personalen Fähigkeiten, Kompetenzen und sozialen Bedürfnisse nach Anerkennung in der Arbeit zu entfalten suchten. „Arbeitskraftperspektive“ und „Subjektperspektive“ stehen – so *Schumann* u. a. – weder unvermittelt nebeneinander, noch lassen sie sich als „alternative Typen der Arbeitsorientierung konstruieren“<sup>14</sup>, da jeder Arbeiter über *beide* Bezugsweisen verfüge.

Der von *Schumann* u. a. entwickelte Zusammenhang von „Arbeitskraft- und Subjektperspektive“ stellt zweifellos einen Fortschritt arbeitssoziologischer Forschung dar, weil er weder die gesellschaftliche Formbestimmtheit kapitalistischer Lohnarbeit und damit den Warencharakter der Arbeitskraft ausblendet noch das Bewußtsein der Arbeiter auf die ökonomische Reproduktionsfunktion von Arbeit reduziert. Die subjektive Arbeitserfahrung bleibt kein „weißer Flecken“ in der Topographie sozialer Beziehungen und Widersprüche des betrieblichen Arbeitsprozesses, sondern wird als konstitutiver und gestaltender Faktor des Arbeiterbewußtseins anerkannt. *M. Schumann* u. a. haben diesen Ansatz empirisch auf die Analyse der Arbeitsbedingungen und des Bewußtseins von Werftarbeitern zweier Bremer Großwerften angewandt, die zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits von den Auswirkungen der Werftenkrise erfaßt zu werden begannen. Die Aufmerksamkeit der Studie

12 Ebd., Bd. II, S. 545.

13 Ebd., S. 550.

14 Ebd.



richtet sich dabei auf drei Belegschaftsgruppen, die jeweils eine gruppentypische Berufsbiographie aufweisen:

1. die Rohrschlosser, die den Typ des traditionellen qualifizierten Facharbeiters repräsentieren;
2. die E-Schweißer als typische Gruppe der Angelernten in der Industrie;
3. die Schiffbauer als Zwischengruppe, die einerseits immer weniger gelernte Facharbeiter umfaßt, andererseits aber sich zunehmend aus langjährig angelernten und damit nicht mehr als unqualifiziert einzustufenden Arbeitern rekrutiert.

*Schumann* u. a. kommen zu dem Ergebnis, daß die bewußte Wahrnehmung der eigenen Interessen durchaus nicht ohne weiteres mit der Reproduktion der Arbeitskraft zusammenfällt – oder anders ausgedrückt –, daß nur die Erfahrung des Verschleißes der Arbeitskraft und das Interesse an einem möglichst hohen Entgelt für die Vernutzung von Arbeitskraft eine offensive Interessenorientierung erzeuge. Sie arbeiten vielmehr heraus, daß, je sensibler die Arbeiter auf individuelle Gestaltungschancen in ihrer Arbeit reagieren, sie auch um so bewußter die Erfordernisse des Einsatzes ihrer Arbeitskraft artikulieren. Arbeitskraftperspektive und Subjektperspektive korrelieren also hoch miteinander. Auch wenn jeweils eine der beiden Perspektiven klarer ausgeprägt sei als die andere, so bildeten sie doch eine Einheit.

Diese zentrale These der Bremer Werftarbeiterstudie weicht von den Ergebnissen einer anderen Studie ab, an die sie kritisch angeknüpft hatte. Es handelt sich um die Untersuchung von *W. Kudera* u. a. über gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern.<sup>15</sup>

*Kudera* u. a. waren von der Frage ausgegangen, wie Industriearbeiter auf die strukturell widersprüchliche Situation von Lohnarbeit reagieren, sich einerseits einen möglichst hohen Lohn zu sichern, andererseits aber die Verausgabung von Arbeitskraft so zu „dosieren“, daß ihre längerfristige Reproduktion gewährleistet werden kann. Die Autoren befragten im Jahre 1974 Industriearbeiter aus zwei süddeutschen Betrieben des Maschinen- und Nutzfahrzeugbaus. In der Frage, welches Gewicht dem „arbeitsinhalte Moment“ für die Bewußtseinsorientierung zukomme, zogen die Autoren den Schluß, daß die „Arbeits- und Lohnorientierung“ durch einen „gebrochenen Instrumentalismus“ geprägt sei: „Der gebrochene Instrumentalismus ist Resultat des Zwangs, sich einerseits instrumentell auf die vorgegebenen Reproduktionsbedingungen beziehen zu müssen, sich andererseits wegen der Spezifika des Mittels Lohnarbeit nicht durchgängig instrumentell verhalten zu können. Entscheidend für die Gebrochenheit der instrumentellen Orientierung ist, daß sich das dem Instrumentalismus zugrundeliegende Zweck-Mittel-Kalkül beim Versuch, es strikt durchzuhalten, gegen die Arbeiter selbst kehrt: sowohl in dem widersprüchlichen Zusammenhang zwischen Leistung, Lohn und Verschleiß, in der Leistungskonkurrenz der Arbeiter untereinander, durch die die

15 Werner Kudera/Werner Mangold/Konrad Ruff/Rudi Schmidt/Theodor Wentzke, Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern. Eine empirische Untersuchung, Frankfurt am Main 1979.

Lohn-Leistungs-Schraube angezogen wird und der Verschleiß überproportional zunimmt, als auch in der Konkurrenz mit dem Unternehmer, dessen Gewinninteresse nicht nur als entgegengesetztes und als Schranke des eigenen erfahren wird, sondern das auch als Voraussetzung zu akzeptieren ist, ist doch die Rentabilität des Kapitals Bedingung für die Verwirklichung des eigenen Interesses.<sup>16</sup>

Zwar führe der „gebrochene Instrumentalismus“ nicht zu jener extern determinierten Arbeitshaltung, die im Mittelpunkt der klassischen „Instrumentalismus“-These stand, aber sie beinhalte doch eine Unterordnung des „Selbstverständnisses von der eigenen Tätigkeit“ unter die betriebliche Fremdbestimmtheit des Arbeitskrafteinsatzes: Selbst da, wo versucht werde – etwa bei Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit – Subjektansprüche auf autonomere Gestaltung und Disposition der Arbeit zu erheben, modifizierten die Rahmenbedingungen kapitalistischer Lohnarbeit das Arbeitsbewußtsein dergestalt, daß alle seine Formen als „beeinträchtigt oder maßgeblich bestimmt durch die Unterwerfung unter die Forderung“ erscheinen, „in der Arbeit die eigenen Fähigkeiten gemäß fremdem Willen einzusetzen.“<sup>17</sup>

Verallgemeinernd leiten *W. Kudara* u. a. aus dem von ihnen erhobenen Material die These ab, daß weder „ungetrübte Gleichgültigkeit noch ungebrochene Identifikation mit dem Arbeitsinhalt“ empirisch feststellbar sei. Insgesamt jedoch trete der subjektive Bezug auf die Arbeit im Sinne der Entfaltung von Handlungskompetenz eindeutig hinter der funktionalen Bewertung der Lohnarbeit als prekäres materielles „Reproduktionsmittel“ zurück. Während sich überhöhte Erwartungen einer „intrinsischen“, also durch den Arbeitsinhalt vermittelten persönlichen Befriedigung nicht bestätigten, lasse sich eine kritische Wahrnehmung der mit Lohnarbeit verbundenen Reproduktionsrisiken feststellen: „Die daran anknüpfenden Einschätzungen und Perspektiven variieren je nach den Arbeitsbedingungen, also in Abhängigkeit vom Grad der zu ertragenden Belastungen und des erlittenen Verschleißes der Arbeitskraft. Im Mittelpunkt der Reflektionen steht das Erfordernis, die Arbeitskraft zu regenerieren, demgegenüber verflüchtigt sich die Bedürfnisbefriedigung als Zweck und Beurteilungskriterium – vor allem bei der Gruppe einfacher Facharbeiter und Angelernter.“<sup>18</sup>

Die Befunde der Bremer Werftarbeiterstudie sind den Schlußfolgerungen der Erlanger Autorengruppe ganz entgegengesetzt. *Schumann* u. a. sehen einen wechselseitigen Zusammenhang von ökonomischem Interessenkalkül und individuellen Strategien zum Schutze der Arbeitskraft einerseits und „Subjektperspektive“ der Arbeitenden andererseits.

Vor allem bei der Gruppe der Rohrschlosser, die für das Sample einen zentralen Stellenwert hat, entdecken *M. Schumann* u. a. ein „besonders kritisches Arbeitsbewußtsein.“<sup>19</sup> Allerdings scheint dieses Bewußtsein nicht ausschließ-

16 Ebd., S. 118.

17 Ebd., S. 119.

18 Ebd.

19 Michael Schumann u. a., Rationalisierung . . . , a. a. O., S. 780.

lich Resultat der Einstellung zur Arbeit zu sein, sondern durch einen spezifischen Faktor maßgeblich mitbeeinflusst zu werden, der nicht von vornherein im Konzept des „doppelten Bezugs auf Arbeit“ enthalten ist, sondern die je individuelle Arbeitssituation übergreift und auf die Bedeutung kollektiver Sozialerfahrung in der Arbeit verweist. Es handelt sich um die traditionelle gemeinschaftliche Arbeitsweise der Rohrschlosser und die darin eingebundenen kollektiven Arbeitserfahrungen, die wiederum bewußt interessengeleitete Formen der Diskussion beruflicher Probleme hervorgebracht haben. In der langen Tradition eines „kampfstarken Gewerks“ stehend, führen die Rohrschlosser „Branchenversammlungen“ durch, auf denen Zusammenhänge zwischen veränderten Arbeitsbedingungen und praktischen Erfordernissen thematisiert werden. Diese gemeinschaftlichen Formen des Arbeitsvollzugs und das darin sich entwickelnde Potential kollektiver Interessenwahrnehmung geraten nun durch Rationalisierung und Umstrukturierung der Werftarbeit unter Druck und gefährden die bisherigen Möglichkeiten der Rohrschlosser, aus den spezifischen kooperativen Bedingungen des Arbeitsprozesses und arbeitsprozeßlichen Kompetenzen heraus ihre Interessen wirksam vertreten zu können. (Der daraus resultierende „arbeitspolitische Konservatismus“ drückt sich in einer skeptisch-distanzierten Haltung gegenüber technischen Veränderungen aus).

Das Beispiel der Rohrschlosser verweist auf die bewußtseinsprägende Funktion eines spezifisch sozialen Moments in der Arbeit, dessen Relevanz offensichtlich auch das Konzept des „doppelten Bezugs auf Arbeit“ noch nicht angemessen berücksichtigt. Gemeint ist die Bedeutung der konkreten Vergesellschaftung von Arbeit – der betrieblichen Formen von Kooperation, Interaktion und Kommunikation – für die Herausbildung einer der objektiven Lohnarbeitersituation bewußten Interessenorientierung. Mit anderen Worten: die subjektiven Möglichkeiten der Lohnarbeiter, ihre Interessen zu artikulieren und praktisch in die fremdbestimmten Arbeitsbedingungen einzugreifen, hängen wesentlich davon ab, ob sich im Arbeitsprozeß gegen den massiven Druck technologischer und arbeitsorganisatorischer Rationalisierung kollektive Sozialbeziehungen aufrechterhalten oder sogar durchsetzen lassen, ohne die eine Entwicklung von solidarischen, Fragmentierungslinien und Individualisierungstendenzen überwindenden, Denk-, Verhaltens- und Handlungsweisen der Arbeiterklasse im Betrieb schwer vorstellbar, ja unmöglich erscheint.

Obwohl *Schumann* u. a. diesen Aspekt nur streifen, zeichnet sich ihre Untersuchung dadurch aus, daß sie einen in der Forschung bislang weitgehend verschlossenen Zugang zu der Dimension subjektiver Arbeitserfahrung öffnet. Durch den empirischen Beleg dafür, daß die Einstellung der Werftarbeiter zu ihrer Arbeit nicht nur durch das Bemühen um Schonung der Arbeitskraft, sondern auch durch (teilweise komplexe) Erwartungen an die Gestaltbarkeit der Arbeitsinhalte geprägt wird, geben sie der gewerkschaftlichen Arbeitspolitik wichtige Anregungen. Überlegungen kritisierend, die „die Subjektperspektive“ aus der „gewerkschaftlichen Diskussion gänzlich ausgeklammert“<sup>20</sup> ha-

ben, schlagen *Schumann* u. a. vor, die subjektiven „Verhaltensansprüche“ der Arbeiter explizit in die gewerkschaftliche Arbeitspolitik aufzunehmen. Dabei dürfe allerdings die „doppelte Interessenperspektive“ nicht zu einem Dualismus der praktischen Lösungen führen.

Die erwähnten Vorzüge der Bremer Werftarbeiter-Studie haben jedoch nicht verhindern können, daß sich ihre Ergebnisse zumindest in einem wesentlichen Punkt als eindeutig falsch erwiesen haben. Der Studie zufolge haben nämlich die Werftarbeiter nur vage, häufig resignative oder illusorische Vorstellungen darüber, wie die Krise im Schiffbau bewältigt werden könne. Die Interpretation der Befragungsergebnisse und Interviews legt den Schluß nahe, daß die Werftarbeiter aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit nicht dazu in der Lage sind, für ihre Interessen selbst einzutreten.<sup>21</sup> Inzwischen hat die Wirklichkeit diese Einschätzung eindrucksvoll widerlegt und außerdem ein bestimmtes Defizit der empirischen Sozialforschung enthüllt. Mit ihrem Kampf um die Erhaltung der Bremer Großwerft „AG Weser“ und insbesondere mit der im September 1983 durchgeführten Betriebsbesetzung, die auf dem einhelligen Willen der Belegschaft beruhte, die Produktion auf der Werft fortzuführen, haben die Werftarbeiter durch ihr Handeln die Wissenschaft beschämt.<sup>22</sup>

Offensichtlich gibt es in der Arbeiterklasse zwischen subjektiv artikuliertem Bewußtsein einerseits und tatsächlichem Verhalten und Handeln andererseits Brüche und Ungleichzeitigkeiten, deren wissenschaftliche Erkenntnis noch aussteht. Fixiert auf das, was verbalisiert und damit der wissenschaftlichen Verarbeitung zugänglich erscheint, neigen auch kritische Sozialforscher dazu, die nicht-verbalisierte Dimension der Klassenerfahrung von Arbeitern außer acht zu lassen.<sup>23</sup>

## 2. Bewußtseinsorientierungen von Arbeitern und Angestellten im Betrieb

Wenn man mit der marxistischen Theorie der Arbeiterklasse davon ausgeht, daß die politische Vereinheitlichung der verschiedenen Schichten, Gruppen und „Fraktionen“ der Arbeiterklasse die bewußte Überwindung objektiv gegebener und subjektiv reproduzierter Differenzierungen und Segmentierungen in der Gesamtheit der Lohnarbeiter voraussetzt,<sup>24</sup> dann erweist sich die Beziehung zwischen Arbeitern und Angestellten als eine Kardinalfrage. Sie

21 Vgl. vor allem die Überlegungen von M. Schumann u. a. zu den Vorstellungen der Werftarbeiter darüber, wie die Krise im Schiffbau bewältigt werden könne.

22 Heiner Hesefer/Hans Jürgen Kröger (Hrsg.), „Stell Dir vor, die Werften gehören uns . . .“ Krise des Schiffbaus oder Krise der Politik?, Hamburg 1984; H. Ziegenfuß u. a. (Hrsg.), Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Tagebuch einer Betriebsbesetzung, Hamburg 1984.

23 Zur Problematik dieses Sachverhalts vgl. die instruktiven Überlegungen bei Peter Alheit, Alltagswissen und Klassenbewußtsein. Theoretische Aspekte einer prekären Interdependenz, Bremen 1982.

24 Vgl. dazu Frank Deppe, Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg 1981.



beschäftigt auch die kritische arbeits- und industriesoziologische Forschung und Diskussion seit langem. Nun gewinnt das Verhältnis von Arbeitern und Angestellten unter dem Gesichtspunkt der Formierung, Artikulierung und praktischen Durchsetzung gemeinsamer Klasseninteressen für die marxistische Theorie und Praxis um so mehr an Bedeutung, je weniger die Vorstellung von der Arbeiterklasse als einem homogenen Block von Industriearbeitern angesichts der gegenwärtigen, durch den technischen Fortschritt vorangetriebenen Veränderungen und Umschichtungen noch der Wirklichkeit entspricht,<sup>25</sup> obwohl die Industriearbeiter in der materiellen Großproduktion nach wie vor sozialökonomisch *und* politisch die Kerngruppe der Arbeiterklasse bilden, wie der Kampf um die 35-Stunden-Woche erneut unter Beweis stellt.

Marxistisch orientierte Analysen der sozialstrukturellen Entwicklung der Angestelltenschaft und der Veränderungen ihrer Arbeitstätigkeit haben bereits in den vergangenen Jahren immer wieder auf objektive soziale Annäherungsprozesse zwischen Arbeitern und großen Teilen der Angestelltenschaft hingewiesen. So hat zum Beispiel *U. Kadritzke* in verschiedenen Publikationen diejenigen Momente kapitalistischer Arbeitsvergesellschaftung herausgearbeitet, die den geschichtlichen Attributen einer Sonderstellung der Angestellten den Boden entzogen haben, indem Angestelltenarbeit mehr und mehr den für Arbeiter typischen Formen der „reellen Subsumtion“ unter das Kapitalverhältnis unterworfen wird.<sup>26</sup> Die technische Substituierung spezifischer Angestelltenqualifikationen durch EDV sowie die Anwendung von Methoden der Verwertung und Kontrolle von Angestelltenarbeit, die lange Zeit auf die materielle Produktion begrenzt zu sein schienen, greifen allmählich – und zwar nicht sporadisch, sondern fortgesetzt und massiv – auf die Arbeitsbedingungen der Angestellten über. Kürzlich hat beispielsweise *M. Baethge*, gestützt auf Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, hervorgehoben, daß Angestellte durch EDV-Einsatz nicht nur dequalifiziert und ihrer arbeitsprozeßlichen Kompetenzen beraubt, sondern immer massiver auch einer arbeitsorganisatorischen Kontrolle unterworfen würden, die verbliebene Spielräume qualifizierter Angestelltentätigkeit untergrabe und die betriebliche Position der Betroffenen gegenüber der Geschäftsleitung schwäche.<sup>27</sup>

Obwohl *Baethge* damit einen grundlegenden Wandel des „sozialen Gehalts der Kategorie ‚Angestellte‘“ und „strukturelle Analogien zu Arbeitertätigkeiten“<sup>28</sup> konstatiert, schließt er von diesem Befund nicht umstandslos auf eine

25 Vgl. Beiträge des IMSF 3: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, bes. Teile I und II, Frankfurt/M. 1972–1974; H. Jung, Zur Arbeiterklasse der achtziger Jahre, a.a.O.

26 Ulf Kadritzke, Angestellte – Die geduldigen Arbeiter. Zur Soziologie und sozialen Bewegung der Angestellten, Frankfurt am Main/Köln 1975; vgl. auch Jürgen Kocka: Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, Göttingen 1981; Ulf Kadritzke, Angestellte als Lohnarbeiter. Kritischer Nachruf auf die deutsche Kragenlinie, in: G. Schmidt u. a. (Hrsg.): Materialien zur Industriesoziologie, Sonderheft 24 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1982, S. 219–250.

27 Martin Baethge, Wandel betrieblicher Strukturen von Angestelltentätigkeiten, in: Joachim Matthes (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/Main 1983.

28 Ebd., S. 187.

entsprechende bewußtseinsmäßige Umorientierung der Angestelltenschaft. Er nennt dafür folgenden Grund: „Denn wesentliche Merkmale der gesellschaftlichen Bedeutung der Angestellten sind auch unter den veränderten betrieblichen Bedingungen konservierbar. Das gilt zum einen für die materielle Seite: Gerade bei quantitativer Verringerung wäre eine relativ materielle Privilegierung der verbleibenden Gruppen qualifizierter Angestellter durch die Betriebe im Interesse, sich ihre politische Konformität zu sichern, nicht ausgeschlossen. ... Das gilt aber andererseits auch für die ideologische Seite: Die quantitative Begrenzung der Zahl der Angestellten kann, wenn auch vermutlich nur vorübergehend, durchaus eine Restauration traditionaler Ideologeme der Exklusivität und Berufsfachlichkeit in die Wege leiten – und sei es auch nur als ideologische Kompensation für den in bezug auf ihre betriebliche Stellung verlorenen Boden.“<sup>29</sup>

Richtet man nun an die arbeitssoziologische Forschung die Frage, wie sich unter technologisch veränderten Arbeitsbedingungen und Rationalisierungsdruck das Bewußtsein der Angestellten sowie ihre Beziehung zu den Arbeitern entwickelt, so zeigt sich ein recht kontroverses Bild.

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Sozialwissenschaftliche Untersuchung des Metallerstreiks im Unterwesergebiet 1974“, das das Bewußtsein und Streikverhalten von Beschäftigten in Bremer Metallbetrieben analysierte, hat sich *D. Saurien* besonders mit der Gruppe der Angestellten beschäftigt.<sup>30</sup> Auf der Grundlage einer nichtrepräsentativen „qualitativ orientierten Vorgehensweise“ befragte *Saurien* technische Angestellte. Theoretisch stützte er sich dabei auf die These, daß die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses zu einer Auflösung traditioneller sozialer und funktioneller Sonderstellungen der Angestellten führt und dementsprechend angestelltentypische Bewußtseinsformen, wie sie mit dem Ausdruck „Angestelltenmentalität“ beschrieben worden sind, hinter den „Erfahrungen aus ihrer (der Angestellten, L.P.) Situation als Lohnarbeiter“<sup>31</sup> zurücktreten.

Die Auswertung des Materials, das sich schwerpunktmäßig auf die Lohn- und Interessenorientierung der ausgewählten Angestelltengruppe bezog, bestätigte im wesentlichen die Ausgangsthese *Sauriens*. Er kam zu dem Ergebnis, daß sich das aus der subjektiven Wahrnehmung der betrieblichen Arbeitssituation entfaltende Lagebewußtsein der technischen Angestellten jenes traditionellen Selbstbildes zu entledigen beginnt, in dem der Glaube an einen privilegierten Status und persönliche Unentbehrlichkeit dominiert hatte. Je mehr sich die einzelnen Untergruppen der befragten Angestellten in ihrer sozialen Herkunft, betrieblichen Arbeitssituation und Stellung in der betrieblichen Hierarchie der Stellung der Arbeiter annähern, desto höher sei die Bereitschaft, sich selbst ebenfalls als Lohnarbeiter zu definieren. Gleichzeitig bringen die befragten technischen Angestellten Präferenzen in der Interessen-

29 Ebd.

30 Detlef Saurien, Streik und Angestelltenbewußtsein. Bericht über eine sozialwissenschaftliche Untersuchung des Metallerstreiks im Unterwesergebiet 1974, Band II, Bremen 1979.

31 Ebd., S. 7.



orientierung zum Ausdruck, denen bereits ein Bewußtsein gemeinsamer Interessen von Arbeitern und Angestellten zugrundeliegt. Allerdings sei das Lohnarbeiterbewußtsein der Angestellten keine durchgängig konsistente Bewußtseinsform, sondern differenziere sich entsprechend den unterschiedlichen Ausprägungen soziobiographischer Einflußfaktoren, des betrieblichen Status, des Qualifikationsniveaus usw. Durch Korrelation von Daten über das soziale Lagebewußtsein und die betriebliche Stellung („Stellung in der Konkurrenz“)<sup>32</sup> gelangt *Saurien* zu dem Ergebnis, daß ehemalige, zu technischen Angestellten „aufgestiegene“ Facharbeiter und Techniker eindeutig häufiger und klarer ein Lagebewußtsein als Lohnarbeiter artikulieren als graduierte und diplomierte Ingenieure sowie andere technische Angestellte mit hoher beruflicher Qualifikation. Sie tendierten zu einem Lagebewußtsein, „in dem ihr objektiv gemeinsamer Status lohnabhängiger Arbeit mit den übrigen Teilarbeitern im Betrieb und ihre dadurch bestimmte gesellschaftliche Stellung weitgehend durch das Bewußtsein einer Sonderstellung als Angestellter verdrängt wird.“<sup>33</sup>

In einem weiteren Schritt analysiert *Saurien* die Korrelation zwischen Lagebewußtsein und Interessenorientierung. Letztere bezeichnet er – im Vergleich zum sozialen Lagebewußtsein – zweifellos zu Recht als verlässlicheren und präziseren Indikator des Bewußtseins der befragten Industrieangestellten. Seine vorangegangene Analyse und Typologie von Interessenorientierung baute wesentlich auf der Ermittlung subjektiver Wahrnehmung der Lohnsituation auf. Bei einem Drittel der Befragten konnte *Saurien* eine „konsistente und egalitäre Interessenorientierung“,<sup>34</sup> bei einem weiteren Drittel ebenfalls eine, wenn auch schwächere „kollektive Interessenorientierung“, bei rund 15 Prozent eine „disparate“ bzw. diffuse Haltung und bei rund einem Fünftel eine dezidiert „individualistische“, also das Selbstbild des privilegierten, nach „unten“ sozial abgegrenzten Angestelltenstatus reproduzierende Interessenausrichtung nachweisen. Unter Einbeziehung zusätzlicher Daten, zum Beispiel der Einstellung zur Gewerkschaft, ist nach *Saurien* für die absolute Mehrheit der Befragten eine „eindeutig als industriegewerkschaftlich zu kennzeichnende Orientierung“<sup>35</sup> zu erkennen, während rund ein Fünftel zu widersprüchlichen Haltungen neigt und immerhin noch knapp ein Drittel als „extreme Gegengruppe“ zu den Anhängern einer industriegewerkschaftlichen Option zu betrachten ist. Die Befunde entsprachen weitgehend dem praktischen Streikverhalten während des 1974 durchgeführten Metallstreiks im Unterwesergebiet: Ein Drittel der Befragten nahm aktiv und engagiert am Streik teil,<sup>36</sup> ein weiteres Drittel verhielt sich gegenüber den Streikenden „passiv-loyal“, und nur eine Minderheit manifestierte ein Verhalten, das zwischen Privatismus, mangelnder Solidarität und streikfeindlicher, streikbrecherischer Militanz schwankte.<sup>37</sup>

32 Ebd., S. 207.

33 Ebd.

34 Ebd., S. 126.

35 Ebd., S. 209.

36 Ebd., S. 228.

37 Ebd., S. 234 ff.

Die Befunde *Sauriens* lassen sich dahingehend interpretieren, daß zwischen Soziallage, betrieblicher Arbeitssituation und Interessenorientierung Zusammenhänge signifikant sind und Entwicklungsprozesse des Bewußtseins von Angestellten unverkennbar mit Veränderungen des Status und der Arbeitstätigkeit im kapitalistischen Produktionsprozeß korrespondieren, auch wenn nicht jeder Einzelaspekt den Nachweis für eine nahtlose Verknüpfung objektiver und subjektiver Veränderungen in der Gruppe der Angestellten erbringt.

Wegen ihrer schmalen empirischen Basis lassen sich die Ergebnisse von *D. Saurien* jedoch nicht umstandslos verallgemeinern. Zwar stützt seine Studie die in der marxistisch beeinflussten Forschung vertretene Annahme, daß kapitalistische Vergesellschaftung von Angestelltenarbeit unabdingbare Voraussetzungen für die Entfaltung eines kollektiven Lohnarbeiterbewußtseins bildet, aber weder quantitativ noch qualitativ reichen die Ergebnisse *Sauriens* aus, um diese theoretische Annahme im Sinne repräsentativer empirischer Gültigkeit abzusichern.

Gegenen sprechen schon mehrere gewichtige empirische Tatbestände, die die Grundgesamtheit der Angestellten betreffen. Während *Saurien* für die Mehrheit der von ihm Befragten eine eindeutige gewerkschaftliche Interessenorientierung feststellt, unterstreicht der gewerkschaftliche Organisationsgrad von Angestellten in der Bundesrepublik trotz steigender Tendenz die tiefe Kluft, die nach wie vor zwischen der Minderheit gewerkschaftlich organisierter Angestellter und der großen Majorität nichtorganisierter, oder in korporatistischen Verbänden wie der DAG organisierter Angestellter besteht.<sup>38</sup> Weiterhin darf bei der Studie von *Saurien* nicht übersehen werden, daß technische Angestellte häufig, ihren Arbeitsbedingungen und betrieblichen Sozialerfahrungen nach, im konkreten Arbeitsprozeß mit Gruppen der Arbeiterschaft ungleich enger verbunden sind als mit anderen Abteilungen der Angestellten-schaft etwa in der Zirkulationssphäre. Auch der Umstand, daß *Saurien* seine Daten im Kontext einer Streiksituation, zumal in einer Region mit relativ starker gewerkschaftlicher Verankerung, erhoben hat, schränkt die Übertragbarkeit der Ergebnisse seiner Studie ein; denn noch immer ist ja die gewerkschaftliche Orientierung und Streikbereitschaft von Angestellten in der Bundesrepublik ziemlich schwach ausgeprägt. Nur in wenigen Fällen spielten Angestellte in Arbeitskämpfen, bei Betriebsbesetzungen und öffentlichen Aktionen bisher eine tragende Rolle, obwohl sich während der letzten Jahre die Anzeichen für Klassenkonflikte an „neuen Fronten“<sup>39</sup> mehrt, was wiederum für die Richtigkeit der zentralen Schlußfolgerung *Sauriens* spricht.

Zu ganz anderen Einschätzungen als *Saurien* kam eine vergleichende Un-

38 Vgl. Walter Breum u. a., Die Gewerkschaften der BRD. Mitglieder – Theorie – Politik, Hamburg 1981, S. 20. Danach betrug der Anteil der in den Einzelgewerkschaften des DGB 1979 organisierten Angestellten 20,5 Prozent (= 1 610 000) der Gesamtmitgliedschaft. Die Zahl der Arbeiterklasse sozialökonomisch zugehörigen Angestellten beträgt aber ungefähr 7,5 Millionen.

39 Zu Aktionen von lohnabhängigen Gruppen, die der Gewerkschaftsbewegung traditionell sozial und politisch fernstanden, vgl. Andreas Achenbach u. a., Arbeitskampf an neuen Fronten, IMSF-Reihe „Soziale Bewegungen“, Heft 8, Frankfurt/Main 1980.

tersuchung über das Bewußtsein von Arbeitern und Angestellten in der Industrie, die *W. Kudera* u. a. durchführten.<sup>40</sup> Einleitend hoben die Autoren hervor, daß trotz der nicht zu bestreitenden Tendenzen „struktureller Nivellierung in bestimmten Bereichen“<sup>41</sup> markante Unterschiede zwischen den Arbeits- und Lohnbedingungen von Angestellten und Arbeitern fortbestehen. Die aus diesen Unterschieden resultierenden „Orientierungen und Verhaltensstrategien“ ließen sich kaum problemlos zu einem einheitlichen Lohnarbeiterbewußtsein zusammenfügen. Zwar räumen die Autoren ein, daß der „äußere Druck“ durch Rationalisierung und Umstrukturierung den traditionellen Angestelltenstatus erschüttere, aber daraus folge keineswegs eine entsprechende Bewußtseinsentwicklung. Vielmehr führe die Veränderung des betrieblichen Status dazu, daß die Angestellten „in zwei Welten“<sup>42</sup> lebten. Sie versuchten, eine soziale Identität und prekäre Balance zwischen den Polen traditioneller Attribute des Angestelltendaseins einerseits und den realen Veränderungen ihrer Arbeitssituation und betriebliche Funktion andererseits zu finden, indem sie sich in illusionäre Vorstellungen von „Sachrationalität, Kollegialität und Loyalität“ flüchteten. Während die Arbeits- und Sozialsituation von Arbeitern im wesentlichen und allgemeinen durch strikt vorgegebene Arbeitsinhalte, Leistungsnormen und Unterordnungsverhältnisse charakterisiert sei, werde die „durchschnittliche Angestelltentätigkeit“ noch immer durch Arbeitszusammenhänge definiert, in denen persönliche Formen der beruflichen Interaktion und Disposition überwiegen. Der eher persönlich als sachlich vermittelte Sozialzusammenhang in der Angestelltenarbeit impliziere ein komplexes Geflecht von Verhaltensnormen und Einstellungsmustern, in denen individuelle Handlungsstrategien als geeignete Reaktionsweise angesichts steigender Arbeits- und Leistungsansprüche verinnerlicht würden.

Während Arbeiter ein „instrumentelles“, den Einsatz der Arbeitskraft nüchtern kalkulierendes und die Arbeitsrisiken sorgfältig abwägendes Verhältnis zur Arbeit an den Tag legten, identifizierten sich die Angestellten mit ihrer Tätigkeit im Sinne subjektiver Verantwortung für ein reibungsloses Funktionieren des Betriebsablaufs. Dem entspreche auf der Ebene sozialer Beziehungen in der betrieblichen Hierarchie bei den Arbeitern die Wahrnehmung der Vorgesetzten als „Personifikation fremdbestimmter betrieblicher Zwecksetzung“,<sup>43</sup> wohingegen Angestellte in ihren Vorgesetzten die Verkörperung der eigenen sozialen Erwartungen, Aufstiegswünsche und askriptiven Sozialtugenden erblickten. Aus dieser „intrinsischen“ Wahrnehmungsposition gegenüber der eigenen Arbeitssituation erwachse ein – verglichen mit den Arbeitern – ausgeprägtes Konkurrenzverhältnis der Angestellten untereinander, das den kooperativen Arbeitszusammenhang überlagere und individualistische, ego-

40 Werner Kudera, Konrad Ruff und Rudi Schmidt, Blue collar – white collar: grey collar? Zum sozialen Habitus von Arbeitern und Angestellten in der Industrie, in: Soziale Welt, Heft 2/1983.

41 Ebd., S. 202. Vgl. hierzu auch die empirische Untersuchung von Werner Kudera u. a.; Betriebliche Rationalisierung und Angestellte, Köln 1979.

42 W. Kudera u. a.; Blue collar . . . , a.a.O., S. 202.

43 Ebd., S. 205.

istische Problemlösungsstrategien produziere. Zwar sei auch die Beziehung der Arbeiter untereinander keineswegs frei von Konkurrenzdruck und Neigungen zu entsolidarisierender Vorteils kalkulation, aber dennoch liefen vorhandene individuelle Konkurrenzbeziehungen in einem übergeordneten Bewußtsein gemeinschaftlicher Interessen zusammen, wobei der spezifische „betriebspolitische Kontext“ erheblich ins Gewicht falle, ja eine erstrangige Bedeutung gewinne.

Vor dem Hintergrund der so beschriebenen Arbeitseinstellung der Angestellten verwundert es nicht, wenn sich in der Interpretation von *Kudera* u. a. die spezifische Wahrnehmungsform der Angestellten in einer von Kompromissen durchzogenen betrieblichen Interessenorientierung niederschlägt. So betrachten Angestellte den Betriebsrat als ausgleichende Vermittlungsinstanz mit enggefaßter, entpolitisierte Kompetenz, die sich allenfalls auf die Regelung individueller „Gehalts-, Arbeits- und Arbeitszeitprobleme“ erstrecken dürfe. Allerdings konstatieren die Autoren beträchtliche Unterschiede zwischen den beiden Betrieben, aus denen sich ihr Sample rekrutiert. Einer relativ positiven Bewertung der Betriebsratstätigkeit durch die befragten Angestellten in dem Mannheimer Betrieb, der einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auch der Angestellten, eine kampfstärke Belegschaft und einen handlungsfähigen Betriebsrat aufweist, steht die reserviert-ablehnende Beurteilung des Betriebsrats durch die Angestellten des Nürnberger Betriebs gegenüber, dessen betriebspolitische Situation sich von dem Mannheimer Betrieb negativ abhebt. *W. Kudera* u. a. interpretieren die reserviert-abschätzige Haltung der Angestellten des Nürnberger Betriebs als Ausdruck elitärer Distanzierung und prinzipiellen Mißtrauens gegenüber der Legitimität organisierter Interessenvertretung von Lohnarbeitern überhaupt.<sup>44</sup>

Die auf Kompromisse, einvernehmliche Lösungen und Ausgewogenheit bedachte Haltung der Angestellten in Beziehung zu den Organen betrieblicher Interessenvertretung setzt sich im Gesellschaftsbild und Politikverständnis fort, wo ein am Leistungsprinzip und Ideal funktionaler Rationalität ausgerichtetes Denken dominiert. Dagegen sehen die Arbeiter „die Gesellschaft“ und „die Politik“ im allgemeinen pragmatischer und realistischer: „Bei Arbeitern bauen sich Gesellschaftsbilder immer um einen Antagonismus auf, bei Angestellten um eine Ordnungsvorstellung. Angestellte beziehen sich dabei ganz überwiegend auf ein funktionalistisches Modell mit teils ständisch definierten Funktions- und Statusgruppen und verorten sich selber irgendwo in der Mitte, Arbeiter in der Regel auf ein dichotomes Modell, in dem sie irgendwo unten sind. Beurteilen Arbeiter die Gesellschaft unter der Perspektive von Macht und Ungleichheit, so Angestellte unter der von Wettbewerb und Differenzierung.“<sup>45</sup>

Vergleicht man die Studien von *D. Saurien* und *W. Kudera* u. a., so springen die Unterschiede, ja kontroversen Beurteilungen ins Auge. Aber weder die eine noch die andere Studie erlaubt eine Verallgemeinerung ihrer jeweiligen

44 Ebd., S. 214.

45 Ebd., S. 226.

zentralen Aussagen. Dagegen sprechen schon einige methodische Probleme. In beiden Fällen ist die Auswahl des Samples nicht auch nur annähernd repräsentativ für die Grundgesamtheit. In beiden Fällen beeinflussen spezifische regionale, betriebliche und politische Faktoren die Auswertung des erhobenen Datenmaterials und relativieren seine verallgemeinerbare Aussagefähigkeit. Dennoch scheint es, als ob beide Untersuchungen für sich genommen jeweils wichtige Momente des Zusammenhangs zwischen betrieblicher Arbeitssituation, Soziallage und Bewußtsein von Arbeitern und Angestellten beschreiben und erklären. Bei *Saurien* gilt das für die These, daß der soziale Angleichungsprozeß von Angestellten und Arbeitern im Betrieb zumindest im industriellen Sektor eine unabdingbare Voraussetzung für die Ausbildung einheitlicher Lohnarbeiterinteressen schafft. Bei *W. Kudera* u. a. überzeugt dagegen die Akzentuierung spezifischer Merkmale des Angestelltendaseins und des „sozialen Habitus“ von Angestellten, deren Formen noch immer tief in die vergesellschaftenden Umbrüche von Angestelltentätigkeiten hineinragen und so überzogene politische Hoffnungen auf eine spontane massenhafte Hinwendung der Angestellten zu Positionen einer einheitlichen Interessenorientierung oder gar einer stabilen „Klassenidentität“ (*A. Giddens*) als vergeblich oder zumindest recht verfrüht erscheinen lassen. Weder verschwinden offensichtlich – trotz massiver technologischer Innovationen und Veränderungen in der betrieblichen Arbeitsteilung – schlagartig und vollständig jene spezifischen materiellen Momente von Angestelltenarbeit, ohne die eine illusionäre Selbstverortung als funktionelle, außerhalb der Gegensätze positionierte Elite nicht möglich wäre, noch folgt aus den betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen automatisch ein Umschlag des „sozialen Habitus“ von Angestellten. Verknüpft man die Gehalte beider Studien, so erweist sich die subjektive Entwicklung der Angestellten zu einer Kategorie der Arbeiterklasse weiterhin als sehr widersprüchlicher Prozeß, in dem weder eine traditionelle – ebenso elitäre wie illusionäre – „Angestelltenmentalität“ unangefochten vorherrscht noch sich bereits mehrheitlich ein Lohnarbeiterbewußtsein durchgesetzt hätte.

Allerdings fordert die Betrachtungsweise von *Kudera* u. a. in einem bestimmten Punkt Widerspruch heraus. Sie vereinseitigen nämlich den „sozialen Habitus“ der Angestellten zum reinen Ausdruck ideologieträchtiger, illusionärer Selbstdefinition und übersehen dabei, daß in dem Bestreben nach sozialer Harmonie, persönlicher Anerkennung, gerechter Leistungsgratifikation usw. auch ein wichtiges Element sozialen Bewußtseins angelegt ist, das über die Grenzen seiner aktuellen ideologischen Befangenheit und Deformation hinausweist. Eine marxistische Angestelltenpolitik, die es nicht versteht, dieses Element fruchtbar zu machen, es aus seinen bürgerlichen Verformungen zu lösen und konstruktiv daran anzuknüpfen (anstatt es als ausschließlich reaktionär zu verwerfen), wird schwerlich sehr erfolgreich sein, denn die objektiven technischen und sozialen Strukturveränderungen der Angestelltentätigkeit allein lösen offensichtlich keine progressive Entwicklung des Bewußtseins aus. Die Gewinnung breiterer Schichten der Angestelltenschaft für den gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern erfordert eine erhöhte theoreti-

sche und praktische Sensibilität im Blick auf den „subjektiven Faktor“ der Angestellten.

Damit ist ein weiterer wichtiger Aspekt der betrieblichen Formierung der Arbeiterklasse als Subjekt des Produktionsprozesses angesprochen: die Frage nach den Bedingungen, den Möglichkeiten und der Reichweite der organisierten Arbeiterbewegung im Betrieb, die Frage nach ihrer Funktion bei der Entfaltung von Interessenorientierungen und Klassenbewußtsein, die Frage schließlich nach ihrer Bedeutung als kollektiver Akteur in den betrieblichen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit.

### 3. Arbeiterbewegung und Arbeiterbewußtsein

Wenn die industriesoziologische Literatur diese Fragen aufwirft, dann bezieht sie sich hauptsächlich auf die Rolle der Gewerkschaften bzw. die in der Regel mit ihnen eng verflochtenen Organe betrieblicher Interessenvertretung. Erhoben werden vor allem Daten über die Einstellung zu den Gewerkschaften und Betriebsräten, über die verhaltens- und handlungsnormierende Funktion der Gewerkschaften, Daten über das Verhalten bei Arbeitskämpfen, Betriebsstilllegungen usw. Die Analyse politischer Formationen der Arbeiterbewegung im Betrieb auf das Bewußtsein von Arbeitern und Angestellten im betrieblichen Arbeitsalltag spielt demgegenüber eine untergeordnete Rolle, sieht man von wenigen Ausnahmen ab.<sup>46</sup>

In ihrer Studie „Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften“ haben S. Herkommer u. a. die Bedeutung der Gewerkschaften für das „Alltagsbewußtsein“ von Industriearbeitern und -angestellten empirisch untersucht und die Ergebnisse dann für eine breit angelegte theoretische Darstellung ausgewertet.<sup>47</sup> Die Studie beruht auf Gruppeninterviews mit mehr als 100 Industriearbeitern und -angestellten aus der westdeutschen Großindustrie (Metallverarbeitung und Chemie). Zu den wesentlichen Ergebnissen der Arbeit gehört die These von der konstitutiven Bedeutung der Gewerkschaften für die Entwicklung des „Alltagsbewußtseins“ der Lohnabhängigen. Nach der Auffassung der Autoren hat die krisenhafte gesellschaftliche Entwicklung, die sich dem einzelnen Lohnarbeiter als drohender Verlust des Arbeitsplatzes, erhöhter Leistungsdruck und als Lohnabbau aufdrängt, keineswegs eine lähmende, die Einstellung zu den Gewerkschaften negativ beeinflussende, Apathie und Distanzierung hervorrufende Wirkung, sondern reflektiert sich statt dessen in einem geschärften Bewußtsein der eigenen Interessen.

Entsprechend ihrer spezifischen Deutung des Zusammenhangs von ökonomischer Krise und gesellschaftlichem Bewußtsein, derzufolge erst die materielle Erfahrung der Krise Illusionen über die Gesetze gesellschaftlicher Bewegung im Kapitalismus auflösen könne, sehen die Verfasser im Selbstver-

46 Eine Ausnahme bildet hier etwa W. Kudera u. a., *Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein...*, a. a. O.

47 Sebastian Herkommer / Joachim Bischoff / Peter Lohauß / Karlheinz Maldaner / Friedrich Steinfeld, *Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften. Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse, Bewußtseinsänderungen und gewerkschaftliche Strategie 1945 bis 1979*, Hamburg 1979.



ständnis der von ihnen befragten Industriebeschäftigten einen bedeutsamen Ausdruck der wachsenden Bereitschaft, aktiv in die krisenhafte Entwicklung des Gegensatzes zwischen Kapital und Lohnarbeit einzugreifen.<sup>48</sup> Zwar über- setze sich die Erfahrung der Krise nicht automatisch in eine Bewußtseinsdy- namik, die sich gradlinig aller bürgerlichen Denkformen entledige, leite aber doch einen Prozeß des „Umdenkens“ und „tastenden Suchens“ nach Lö- sungsmöglichkeiten und Handlungsorientierungen ein. Die Gewerkschaften bildeten dabei „ein konstitutives Moment des gesellschaftlichen Bewußtseins der Lohnabhängigen.“<sup>49</sup> Es ist *S. Herkommer* u. a. nur zuzustimmen, wenn sie daraus die methodische Schlußfolgerung ziehen, daß es unmöglich sei, Verän- derungen des „Gesellschaftsbewußtseins der Lohnabhängigen zu verstehen und zu interpretieren“<sup>50</sup>, ohne die Funktion der Gewerkschaften dabei ange- messen zu berücksichtigen.

Ebenfalls einen engen Zusammenhang zwischen kollektiver Interessenori- entierung und positiver Einstellung zur Gewerkschaft hatte noch für die Pe- riode der wirtschaftlichen Prosperität die „Forscherguppe Metallarbeiter- streik“ am Beispiel des Arbeitskampfes der Metallarbeiter im Unterweserge- biet 1974 nachgewiesen.<sup>51</sup> Von der Unterscheidung zwischen individualisti- scher und kollektiver Interessenorientierung ausgehend, ermittelte die Studie mit Hilfe weiterer Differenzierungen der Kategorie der Interessenorientie- rung, daß zwischen gewerkschaftlichem Engagement, entwickeltem Interes- senbewußtsein und Streikbereitschaft eine enge Wechselbeziehung besteht.

Daß die konkreten Merkmale und Elemente des Bewußtseins von Lohnar- beitern weder unmittelbar aus der Arbeitserfahrung hervorgehen noch auf dem Weg ausschließlich individuellen Erlebens gewonnen werden, sondern wesentlich von der Qualität der Gewerkschaften nicht nur als politischer Machtfaktor, sondern auch als organisierter Raum für die Entfaltung von In- teressenbewußtsein und Klassenidentität abhängen, geht auch aus der Studie von *W. Kudera* u. a. über „gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern“ hervor, die auf einem Vergleich zwischen den Bewußtseinshaltun- gen von Arbeitern aus zwei industriellen Großbetrieben beruht. Die beiden Betriebe sind sich in ihrer „Produktionsstruktur und Marktstellung“ recht ähnlich. Das gilt auch für die beiden Gruppen des Samples, die mehrere über- einstimmende Sozialmerkmale aufweisen. Trotz der Homogenität der objekti- ven Merkmale der beiden Betriebe und befragten Belegschaftsgruppen er- bringt die Auswertung der erhobenen Daten den Nachweis für bemerkenswer- te, ja gravierende Unterschiede zwischen den beiden Betrieben. Hinsichtlich der Bewertung des kollegialen Zusammenhalts in Abteilung und Betrieb, der Einschätzung der Betriebsratstätigkeit, der Notwendigkeit und der Leistungen der Gewerkschaften sowie der Charakterisierung gesellschaftlicher und politi- scher Machtverhältnisse weichen die Formen des Arbeiterbewußtseins in den

48 Ebd., S. 247.

49 Ebd., S. 251.

50 Ebd.

51 Forscherguppe „Metallerstreik“, Streik und Arbeiterbewußtsein. Eine sozialwissenschaftli- che Untersuchung des Metallerstreiks im Unterwesergebiet, Frankfurt/Main 1979.

beiden Betrieben auffällig voneinander ab. Im Betrieb A beurteilen 40 Prozent der Befragten den „Zusammenhalt“ in der Abteilung und 10 Prozent im gesamten Betrieb positiv. Dagegen sind es im Betrieb B 72 Prozent bzw. 80 Prozent.<sup>52</sup> Im Betrieb A sind 16 Prozent mit der Tätigkeit des Betriebsrats zufrieden und 54 Prozent unzufrieden, während im Betrieb B 72 Prozent Zufriedenheit und nur 6 Prozent Unzufriedenheit äußerten.<sup>53</sup> Die Notwendigkeit der Gewerkschaften steht allerdings für das Sample beider Betriebe ganz außer Frage. Aber im Betrieb A halten 10 Prozent die Gewerkschaften für heute noch notwendiger als früher; im Betrieb B teilen fast 40 Prozent diese Feststellung.<sup>54</sup> Die sich hier abzeichnenden betriebsspezifischen Unterschiede setzen sich auf der Ebene gesamtgesellschaftlicher Vorstellungen und Statements fort. Dabei artikulieren die befragten Arbeiter des Betriebes B ein deutlich klareres Bewußtsein von den Bedingungen und Erfordernissen des politischen Handelns von Arbeitern, der Gewerkschaften und Parteien. Ihr Verhältnis zum Staat und ihre soziale „Selbstverortung“ in der Gesellschaftsstruktur zeichnet sich gegenüber der Arbeitergruppe des Betriebs B durch höhere Kritikfähigkeit aus: Illusionen über die Neutralität des Staates sind weniger verfestigt, die soziale Grundsituation der Lohnarbeit im Gegensatz zum Kapital wird nüchterner und schärfer reflektiert und die Anforderungen, die an Gewerkschaften und Parteien gestellt werden, spiegeln die Interessen von Arbeitern weniger verzerrt wider als die Antworten der Arbeiter des Betriebs A.

Insgesamt rechtfertigen diese Ergebnisse die weiter oben formulierte These, daß sowohl die unmittelbar betriebliche Arbeitserfahrung als auch das allgemeine „Gesellschaftsbild“ wesentlich von der Wirksamkeit und Anziehungskraft der Gewerkschaften bzw. Arbeiterorganisationen im Betrieb abhängt. Der „organisierte subjektive Faktor“ der Arbeiterklasse erweist sich damit als aktives Moment und nicht nur als organisatorische Hülle für die Entwicklung kollektiver Interessenorientierung, Klassenidentität und Klassenbewußtsein. Gleichzeitig relativiert die organisierte Arbeiterbewegung im Betrieb durch ihre Programmatik, ihr Selbstverständnis und ihre Praxis den Einfluß der ideologischen Hegemonie des Kapitals auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse. Wo die organisierte Arbeiterbewegung – und das gilt namentlich für die Großbetriebe der kapitalistischen Produktion und Zirkulation sowie der öffentlichen Verwaltung – im Erfahrungsradius des einzelnen Arbeiters, Angestellten und einfachen Beamten präsent ist, können sowohl die in der Struktur des arbeitsteiligen Produktionsprozesses angelegte und ideologisch vertiefte Zersplitterung der Belegschaften überwunden als auch Elemente eines einheitlichen Lohnarbeiterbewußtseins entfaltet werden. Eine Studie von R. Lichte, die auf einer teilnehmenden Beobachtung in einem von Stilllegung bedrohten und 1971 geschlossenem Werk der Röhrenproduktion beruht,<sup>55</sup> zeigt,

52 W. Kudera u. a., *Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein . . .*, a.a.O., S. 127 (Tabellen 23 u. 24).

53 Ebd., S. 166 (Tabelle 31).

54 Ebd., S. 176 (Tabelle 34).

55 Rainer Lichte, *Betriebsalltag von Industriearbeitern. Konflikt handeln einer Belegschaftsgruppe vor und während einer Betriebsstilllegung*, Frankfurt/Main 1978.



wie sich Konkurrenzverhalten, individualistische Anpassungsstrategien, politische Apathie bei den Arbeitern verfestigen, wenn die Gewerkschaft im Betrieb schwach und inaktiv ist und sich der Betriebsrat auf Sozialpartnerschaft eingeschworen hat: „Um die Partialisierung gegeneinander konkurrierender Lohnarbeiter im Betrieb oder die Isolierung der vom Produktionsprozeß strukturierten Arbeitsgruppen zu überwinden, bedarf es zur subjektiven (bewußten) Organisation der Arbeiter organisatorischer Elemente, die in dieser Arbeit als Kader bezeichnet wurden. Kader haben demnach die Aufgabe, die von der Produktionsstruktur des Betriebes bestimmte Zersplitterung der Belegschaft zu überwinden, dabei aber gleichzeitig zu beachten, daß die Belegschaft durch die objektive Produktionsstruktur in einer bestimmten Weise gruppiert ist und diese Gruppierungen der Belegschaft Partialisierung ausdrücken . . .“<sup>56</sup>

#### **4. Perspektiven der Industriearbeit – Perspektiven des Arbeiterbewußtseins**

Die unabdingbare Rolle der organisierten Arbeiterbewegung für die Entwicklung und Verbreitung klassenspezifischer Interessenorientierungen der Lohnabhängigen anzuerkennen, darf jedoch nicht heißen, die konkreten materiellen Formen der Arbeitsvergesellschaftung in ihrer Wirkung auf die subjektive Situation des einzelnen Beschäftigten aus der Analyse des Arbeiterbewußtseins „politizistisch“ auszublenden. Erfolge der Arbeiterbewegung im Betrieb werden immer auch davon abhängen, ob sie die widersprüchlichen Zusammenhänge zwischen produktionstechnischen Neuerungen, Arbeitsanforderungen, sozialem betrieblichen Status und Bewußtsein der Beschäftigten richtig zu erfassen und in mobilisierungsfähige Forderungen der Betroffenen umzusetzen vermag.

Einer kritischen, den Interessen der Lohnabhängigen und ihren Organisationen verpflichteten Arbeits- und Industriesoziologie stellt sich so die Aufgabe, Arbeit nicht nur als Bestandsaufnahme des status quo zu bilanzieren, sondern auch ihre zukünftigen Entwicklungstendenzen zu erforschen und Prognosen zu erstellen, an denen sich die Arbeiterbewegung orientieren kann.

Unter dem Stichwort „Krise der Arbeitsgesellschaft“ wird heute die Zentralität und die soziale Gestaltungskraft von Arbeit mit Nachdruck in Frage gestellt. Der „Sinn der Arbeit“ und die normative Geltung von Arbeit für alle kollektiven und individuellen Lebensbezüge genießen keine uneingeschränkte Anerkennung mehr. Dem entspricht auf der Ebene soziologischer Theoriediskussion und empirischer Forschung die Neigung, die Erklärung und Deutung sozialen Bewußtseins und Verhaltens von Lohnarbeitern aus der Sphäre der Arbeit in die Sphäre der Nicht-Arbeit, der individuellen Reproduktion, Freizeitgestaltung und kulturellen Aktivität zu verlagern.<sup>57</sup> Dieser „Paradigmen-

<sup>56</sup> Ebd., S. 496/497.

<sup>57</sup> Vgl. zu dieser Frage die Überlegungen von Sebastian Herkommer, Arbeit und Nichtarbeit, in: Materialien zur Industriesoziologie, a.a.O., S. 264–282.

wechsel“ ist in einem übergreifenden Kontext jener Diskussion über gesellschaftlichen „Wertwandel“ zu verstehen, die von *Ronald Ingleharts* „silent revolution“ über *André Gorz* „Abschied vom Proletariat“ bis zu den skeptischen Prognosen reicht, die *C. Offe* der „Arbeit als soziologischer Schlüsselkategorie“ kürzlich gestellt hat.<sup>58</sup> Deziidiert vertritt *Offe* die These, daß die „subjektive Valenz bzw. Zentralität der Arbeit für die Arbeitenden“<sup>59</sup> in Zweifel gezogen werden müsse, weil sowohl technologische Substituierung des „human factor“ als auch das „Auseinanderfallen von Lebensmilieus“ der Arbeitenden, (die ehemals sozial, kulturell und moralisch konsistent waren), die „Arbeitsphäre“ in ihrer sozial strukturierenden Qualität entwertet hätten. *Offe* schreibt: „Eine industriell hochentwickelte kapitalistische Industriegesellschaft tendiert offenbar, eingebettet in einen ebenso hochentwickelten Wohlfahrtsstaat, dazu, wachsende Teile des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens moralisch, qualifikatorisch und ökonomisch aus der Teilnahme an der Erwerbssphäre zu verdrängen; und sie verfügt nicht über die kulturellen Ressourcen oder ökonomischen Zwangsmittel, die erforderlich wären, gleichwohl die subjektive Zentralität der Orientierung an Arbeit, Leistung und Erwerbseinkommen über kulturelle Normen oder den stummen Zwang von Marktprozessen zu stabilisieren. Nicht nur objektiv ist die Arbeit aus ihrem Status als einer zentralen und selbstverständlichen Lebensstatsache verdrängt worden, sondern auch subjektiv hat sie – im Einklang mit dieser objektiven Entwicklung, aber in Diskrepanz zu den offiziellen Werten und Legitimationsmustern der Gesellschaft – diesen Status im Motivhaushalt der Arbeitenden eingebüßt.“<sup>60</sup> Die ersten Ergebnisse der Folgestudie von *H. Kern* und *M. Schumann* zu „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ lassen *Offes* Auffassung als spekulativ erscheinen. Obwohl *Kern/Schumann* einräumen, daß sich der Charakter der Arbeit verändert habe und herkömmliche soziale und normative Bestimmungen von Arbeit (wie das Produzentenbewußtsein, der „Heroismus des Handarbeiters“ oder die Verinnerlichung von Arbeitsdisziplin) weit in den Hintergrund gedrängt worden seien, widersprechen sie der These vom sozialen Bedeutungsverlust der Arbeit.<sup>61</sup> Zwar sehen sie im heutigen subjektiven Verhältnis der Arbeitenden zu ihrer Arbeit ebenfalls einen Wandel, aber nicht im Sinne einer Auflösung, sondern im Sinne einer „Neukonturierung des doppelten Bezugs auf Arbeit.“<sup>62</sup> Dies werde nicht nur durch den empirischen Grundsachverhalt plausibel, daß Arbeit für die (industriellen) Ganztagsarbeiter noch immer eine wesentliche „Handlungssphäre“ sei, ohne die sich die

58 Vgl. Ronald Inglehart, Wertwandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: H. Klages/P. Kmieciak (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt am Main/New York 1979, S. 279ff; André Gorz, Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt am Main 1980; Claus Offe, Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie?, in: Krise der Arbeitsgesellschaft? a.a.O.

59 Offe, a.a.O. S. 50.

60 Ebd., S. 57.

61 Horst Kern/Michael Schumann, Arbeit und Sozialcharakter: alte und neue Konturen, in: Krise der Arbeitsgesellschaft?, a.a.O., S. 353ff.

62 Ebd., S. 355.



Persönlichkeitsentwicklung der Arbeitenden kaum vorstellen lasse, sondern stelle sich auch als Folge von „Umbildungen im *Produzentenbezug* auf Arbeit“<sup>63</sup> dar. Wie erklären und interpretieren nun *Kern/Schumann* diese „Umbildungen“? Ausgangspunkt ist die Annahme, daß die Bedingungen moderner Industrieproduktion in den Betrieben eine Revision bisher gültiger Strategien des rigorosen Einsatzes neuer Technologien und taylorisierter Arbeitsmethoden eingeleitet habe, die sich auf der Seite der Arbeitsanforderungen als Mobilisierung produktiver Potenzen der „lebendigen Arbeit“ und als „ganzheitlicher Zugriff auf Arbeitsvermögen“ widerspiegele. Durch die neuen betrieblichen Arbeitspolitiken erweitere sich für die Industriearbeiter wieder die Möglichkeit, sich selbst in der inhaltlichen Beziehung zur Arbeit so positiv zu definieren, daß Industriearbeit in kritischer Abgrenzung zur „Perspektive entfremdeter, entleerter Freizeit“<sup>64</sup> sogar an Attraktivität zurückgewinnen könne. *Kern/Schumann* versuchen, die skizzierten Veränderungen in den Beziehungen zwischen Industriearbeitern und ihrer Arbeit theoretisch angemessen zu erfassen, indem sie die Kategorie des „Sozialcharakters“ entwickeln. Gegenüber der individualisierenden, soziales Bewußtsein in eine Vielzahl von Indikatoren auflösenden Methode, wie sie in der „Wertwandel“-Forschung dominiere, biete der Begriff des „Sozialcharakters“ den Vorteil, Grundhaltungen eines sozialen Kollektivs in der „Auseinandersetzung mit seinen Lebenserfahrungen“<sup>65</sup> soziologisch erschließen zu können. Im Blick auf die Anforderungen empirischer arbeitssoziologischer Analyse haben *Kern/Schumann* den Begriff des „Sozialcharakters“ weiter differenziert und den Begriff des „Arbeitscharakters“ geprägt, den sie so definieren: „Ein für das Verhalten der Arbeiter im Rationalisierungsprozeß besonders wichtiges Merkmalsbündel wollen wir mit dem Begriff des *Arbeitscharakters* fassen, den wir als Teil des sozialen Charakters verstehen. Wir meinen damit ein an eine bestimmte Form industrieller Arbeit gebundenes Reaktionspotential; eine Kombination von Eigenschaften und Haltungen, wie sie eine Arbeitsgruppe durch Auseinandersetzung mit ihrer Arbeit (gegenwärtige und frühere Arbeitserfahrungen) und mit den Prozessen der Veränderung dieser Arbeit (Rationalisierungserfahrungen, Organisations- und Kampferfahrungen usw.) als mehr oder weniger durchgreifenden, jedenfalls gruppentypischen Habitus ausgebildet hat.“<sup>66</sup>

Der Begriff des „Arbeitscharakters“ spielt in der neuen Studie „Rationalisierung und Arbeiterverhalten“ eine wichtige Rolle. In einer unter Vorbehalt gestellten Zusammenfassung konkretisieren *Kern/Schumann* die ersten vorläufigen Ergebnisse und Tendenzen.<sup>67</sup> Ausgehend von einem grundlegenden

63 Ebd., S. 357.

64 Ebd., S. 360.

65 Ebd., S. 361.

66 Horst Kern/Michael Schumann, Rationalisierung und Arbeiterverhalten in: Materialien zur Industriesoziologie, a.a.O., S. 109.

67 Vgl. im folgenden Horst Kern/Michael Schumann, Neue Produktionskonzepte haben Chancen – Bestandsaufnahme und Trendbestimmung der Rationalisierung in den industriellen Kernbereichen, in: Mitteilungen des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen („SOFI“) vom Februar 1984, S. 1–20.

Wandel der Arbeitsgestaltung aus der Perspektive betrieblicher Strategien, die inzwischen an die Grenzen der Taylorisierung und Rationalisierung gestoßen seien, prognostizieren *Kern/Schumann* eine allerdings nicht widerstandslos sich vollziehende Wende zu „neuen arbeitspolitischen Konzepten“. Sie brächten der „lebendigen Arbeit“ eine „erhöhte Wertschätzung“ entgegen. Ihre Realisierung ermögliche, ja erfordere geradezu einen „weniger arbeitsteiligen Zuschnitt der Arbeitsaufgaben“. *Kern/Schumann* betonen jedoch, daß sie die von ihnen festgestellten Anzeichen für ein „Verschwinden unqualifizierter Lückenbüßer“, für eine „Wiederentdeckung des Berufsarbeiters“ und eine „Reprofessionalisierung der Arbeit in der Produktion“<sup>68</sup> nicht als Revision der von ihnen früher vertretenen Polarisierungsthese verstanden wissen wollen. Nach *Kern/Schumann* scheint es vielmehr so, als verlagere sich der Prozeß der Polarisierung vom unmittelbaren Verhältnis zwischen Mensch und Maschine, wie in „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ dargestellt, auf Polarisierungen zwischen größeren Gruppen der Beschäftigten, zum Beispiel zwischen Belegschaften unterschiedlicher Betriebe, unterschiedlicher Branchen, unterschiedlicher technologischer Strukturen. Dementsprechend differenzieren *Kern/Schumann* vier Gruppen der modernen Industriearbeiterschaft<sup>69</sup>: a) die „modernen Produktionsfacharbeiter und Instandhaltungsspezialisten“ in den noch immer prosperierenden ökonomischen Kernsektoren und technologischen Spitzenindustrien (hier konkret sowohl Automobilindustrie und Werkzeugmaschinenbau als auch Großchemie und automatisierte Nahrungsmittelindustrie), b) die „Rationalisierungsdulder“ in diesem Kernsektor, die wegen mangelnder Qualifikationen durch den technischen Fortschritt gefährdet seien, c) die „Arbeiter der krisenbestimmten Branchen“, die – wie z. B. die Werftarbeiter – ein beträchtliches Widerstandspotential bilden und d) die Arbeitslosen, deren soziales Verhalten und Handeln schwer prognostizierbar sei.

Aus dieser Gliederung der Industriearbeiterschaft leiten *Kern/Schumann* ab, daß die moderne Variante der Polarisierung in einer *Segmentierung* bestehe.

Die Auswahl des zu untersuchenden Gegenstandes, nämlich von Betrieben des ökonomisch intakten und technologisch innovativen „Kernsektors“, lenkt die Aufmerksamkeit *Kerns* und *Schumanns* auf die Gruppe der „neuen Produktionsarbeiter“, während die Situation der anderen genannten Gruppen auffällig blaß bleibt. Bei den „neuen Produktionsarbeitern“ zeichne sich eine starke Identifikation mit der Arbeit und eine teilweise sogar positive Einstellung zur Rationalisierung ab. *Kern/Schumann* sprechen hier von „Protagonisten der Rationalisierung“, die unter den „jungen deutschen Massenarbeitern mit Berufshintergrund“ und den „Instandhaltungsspezialisten“ zu finden seien. Eine ambivalente Haltung sei auch bei den Betriebsräten beobachtbar, die versuchten, dem Widerspruch zwischen ökonomischen Erfordernissen der Betriebe und negativen Folgen von Rationalisierung durch einen „modus vi-

68 Ebd., S. 16.

69 Ebd., S. 17/18.



vendi“ zu entgehen, der im wesentlichen auf eine Taktik des Ausgleichs unterschiedlicher Interessen in den Belegschaften hinauslaufe. Weder bei den Belegschaften noch bei den Betriebsräten sei jedenfalls auch nur ansatzweise ein Bestreben erkennbar, die Logik der Rationalisierung mit eigenständigen alternativen Konzepten zu beantworten: „Soweit sich Belegschaften und Betriebsräte auf die Entwicklung einlassen, und das scheint uns – wie gesagt – im großen und ganzen doch der Fall zu sein, geht es ihnen immer nur um die Erträglichkeit von Rationalisierung, nicht aber um alternative gesellschaftliche Prinzipien. Zur Debatte stehen für sie die verschiedenen Formen kapitalistischer Rationalisierung, nicht aber außerhalb des Verwertungsprozesses angesiedelte Gegenmodelle. Alternative Rationalisierungskonzepte, die aus der Perspektive der Belegschaft formuliert worden sind, haben wir, und sei es auch nur als reine Denkmodelle, in den von uns untersuchten Bereichen nirgends angetroffen.“<sup>70</sup>

Aus den Befunden und Überlegungen von *Kern/Schumann*, die zweifellos wichtige Entwicklungs- und Veränderungstendenzen der Arbeit im modernen Produktionsprozeß reflektieren und beschreiben, geht hervor, daß sich, ökonomisch und technisch bedingt, die Segmentierung der industriellen Arbeiterschaft vertieft. Unter dem Aspekt der Interessenorientierung scheint dabei der Gruppe der „neuen Produktionsarbeiter“ der Status einer technischen Betriebselite zuzukommen. Sie repräsentieren in ihrem entpolitisierten Arrangement mit dem Unternehmen und ihrer betriebsegoistischen Rationalisierungsbejahung eine Art negatives Gegenstück zu der einst in Frankreich soziologisch entdeckten und teilweise euphorisch interpretierten „neuen Arbeiterklasse“, die, verbunden mit dem höchsten Niveau der Produktivkräfte, der kapitalistischen Betriebsorganisation die Alternative „antikapitalistischer Strukturereformen“ entgegensetzen sollte.

Was die Auffassung *Kerns* und *Schumanns* anbetrifft, so wäre allerdings anhand der definitiven Ergebnisse zu prüfen, inwieweit die von ihnen genannten Merkmale der „Reprofessionalisierung“ und „Produktionsintelligenz“ zukünftig für eine sowohl quantitativ als auch qualitativ relevante Schicht der Arbeiterklasse tatsächlich bestimmend werden oder ob sie nur der Minorität, einer beruflich und sozial von der Masse der Beschäftigten abgehobenen technologisch versierten „Betriebsaristokratie“ vorbehalten bleiben. Weiterhin wäre zu prüfen, ob die von *Kern/Schumann* angedeuteten Tendenzen einer „Neukonturierung“ hochqualifizierter Industriearbeit für einen längeren Zeitraum als beständig angesehen werden können, oder ob nicht im Gegenteil neue Rationalisierungsschübe die vermutete „Reprofessionalisierung“ untergraben, noch ehe sie sich überhaupt entfalten kann. Schließlich müßte genauer bestimmt werden, welches quantitative und qualitative Gewicht den genannten vier Gruppen für die Interessenorientierung und das Handlungspotential der Arbeiterklasse in der Auseinandersetzung mit dem Kapital zuzuschreiben ist. Zweifellos bedarf die von *Kern/Schumann* angenommene Tendenz einer Verallgemeinerung „neuer Produktionskompetenz“ und der Ent-

stehung eines ihr adäquaten Typs von Industriearbeit noch einer gründlichen empirischen Prüfung, um beantworten zu können, welchen Einfluß die Gruppe der Produktions- und Instandhaltungsspezialisten auf das soziale Selbstverständnis breiterer Schichten der Arbeiterklasse ausüben wird.

An der von *Kern/Schumann* festgestellten Vertiefung beruflicher und sozialer Segmentierung des „produktiven Gesamtarbeiters“ wird allerdings auch eine marxistische Analyse der Arbeiterklasse im Betrieb kaum vorbeigehen können. Diese Segmentierung, die vor dem Hintergrund chronischer Krisenhaftigkeit und forcierter Rationalisierung verläuft, stellt die Arbeiterbewegung vor schwierige Aufgaben, was die interessenbezogene Vereinheitlichung der unterschiedlichen Kategorien der Arbeiterklasse anbetrifft. Positiv ausgedrückt zeigt sich daran, daß die Bedeutung des „subjektiven Faktors“ in der Arbeiterklasse in dem Maße wächst, wie konkrete soziale Differenzierungen der Arbeiterklasse vorausschreiten; denn gerade da, wo klassenspezifische kollektive Lebenszusammenhänge hinter Erscheinungen der Segmentierung und Fragmentierung zurücktreten und die objektiven Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse subjektiv schwieriger zu identifizieren sind, nimmt die Notwendigkeit der bewußten, theoriegeleiteten Einsicht in die Bedingungen der kapitalistischen Klassenstruktur zu.<sup>71</sup> Eine solche Einsicht wird sich allerdings kaum, wie *Kern/Schumann* anzunehmen scheinen, unmittelbar aus arbeitsprozeßlichen Kompetenzen und rationellem Arbeitshandeln herleiten, um dem gesellschaftlichen Fortschritt gegen die Widerstände „einzelwirtschaftlicher Rationalität“<sup>72</sup> den Weg zu bahnen. Eine solche Einsicht wird immer auch das – den konkreten Arbeitsprozeß übergreifende – Bewußtsein ökonomischer und politischer Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit einschließen, von Gegensätzen also, die sich weder auf Widersprüche im unmittelbaren Produktionsprozeß beschränken noch durch arbeitsspezifische Handlungskompetenz allein gelöst werden können.

71 Vgl. dazu den ausgezeichneten Beitrag von Witich Roßmann, Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt am Main 1982, S. 42–72.

72 Horst Kern/Michael Schumann, Neue Produktionskonzepte, a.a.O., S. 19.

# Die Großbetriebe und ihre Belegschaften

## Angaben zum großbetrieblichen Sektor der Bundesrepublik

*Bernd M. Semmler*

*1. Die Großbetriebe und der Kern der Arbeiterklasse – 2. Der großbetrieblich strukturierte Wirtschaftsbereich – 3. Die Belegschaftsstruktur der Großbetriebe – 4. Großbetriebe und Großstädte – 5. Angaben zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Großbetrieben*

### 1. Die Großbetriebe und der Kern der Arbeiterklasse

Die Großbetriebe der Produktion fanden bereits am Ende des vorigen Jahrhunderts das Interesse der Kathedersozialisten wie *Schmoller* und anderer Vertreter des Vereins für Socialpolitik. Dies betraf in erster Linie Großbetriebe des Bergbaus, der Industrie, des Transportwesens, aber auch Großbauprojekte und damit Stätten der Konzentration der Arbeiterbeschäftigung. Die Konzentration der Beschäftigung war und ist eng mit der Konzentration des Kapitals und der Produktion verbunden, mit dieser aber nicht identisch.

Im Prozeß der Konstituierung der modernen Arbeiterklasse kommt den Großbetrieben als Stätten der objektiven und subjektiven Formierung der Arbeiterklasse historisch und aktuell eine herausragende Bedeutung zu. Großbetriebe waren zwar immer nur dynamische Minderheiten, gleichwohl aber mehr als Seismographen des sozialen Prozesses. Aufgrund ihres Charakters als am meisten vergesellschafteter und fortgeschrittener Sektor der Wirtschaft kam und kommt ihnen eine Lokomotivfunktion zu. Deshalb gilt ihnen und ihren Belegschaften die Aufmerksamkeit dieses Beitrages.

Es sollen hier einige entsprechende statistische Angaben für die BRD vorgestellt und diskutiert werden. Es kann jedoch bei weitem nicht die soziologische und ökonomische Bedeutung der Problematik der Großbetriebe ausgelotet werden. Es geht uns darum, einige *Angaben zum sozialökonomischen Kern der Arbeiterklasse* vorzustellen.

„Vom Standpunkt der objektiven sozialökonomischen Kriterien muß vom Kern der Arbeiterklasse bei jenen Gruppen gesprochen werden, für die der Warencharakter ihrer Arbeitskraft voll entwickelt ist, d. h. die dem Kapital in der Produktion real untergeordnet sind (reelle Subsumtion), die das materiell-personelle Substrat des variablen Kapitals in der Produktion sind. Das waren historisch die Fabrikarbeiterschaft, das Industrieproletariat, die Industriearbeiter, die auch heute noch Kerngruppen des Proletariats sind. Dies galt und gilt vom Standpunkt des Warencharakters der Arbeitskraft, der Entwicklungs-

stufe der Kapitalverhältnisse, dem Vergesellschaftungsgrad der Arbeit bzw. dem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und korrespondiert unmittelbar mit der Polarisierung der Klassenverhältnisse im Bereich der Anwendung der Arbeitskraft (in der Großindustrie ist die soziale Trennung und Entgegensetzung am ausgeprägtesten, die Mittelschichten als Puffer sind für die Arbeiterschaft bzw. das Produktionspersonal am schwächsten, paternalistische und traditionalistische Herrschaftsformen sind durch objektiviert-technokratische ersetzt). Dieser Zusammenhang korrespondiert weiter mit einem hohen objektiven und auch subjektiven Organisationsgrad der ‚Belegschaften‘ als Glieder der Arbeiterklasse (tiefgestaffelte betriebliche Vertretungsorganisation, hoher Grad an gewerkschaftlicher Organisiertheit, Präsenz der politischen und ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung usw.).

Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte kann heute gesagt werden, daß die Arbeiterklasse in den Großbetrieben der materiellen Produktion (Energie, Bergbau, Industrie, Bau, Verkehrs- und Kommunikationswesen), die in den sozialökonomischen Sektor des Groß- und Monopolkapitals und des Staates eingebunden und dem Monopolkapital und seinen staatlichen Repräsentanten unmittelbar konfrontiert ist, den Kern der Arbeiterklasse der BRD darstellt. Die oben umrissenen Charakteristika sind für die Arbeiterschaft, die Angestellten- und Beamtengruppen (letztere etwa bei Großbetrieben von Bahn und Post) unterschiedlich intensiv ausgeprägt. Um diesen Kern gruppiert sich heute die Arbeiterklasse in Großbetrieben des Handels, des Bankwesens und der Dienstleistungen, obwohl diese Gruppen mehr Ähnlichkeiten mit den Angestelltengruppen in der Industrie besitzen, der Industrialisierungsgrad der Arbeitsbereiche noch in der Entwicklung ist, vielfach deshalb auch noch Entwicklungsphasen der formellen Subsumtion bestehen, die Mittelschichtenpuffer noch stark sind usw. Zweifellos vollziehen diese Bereiche eine schnelle objektive Entwicklung zum Kern der Arbeiterklasse, weshalb für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung auch gerade hier ein wichtiges Entwicklungsfeld besteht.“<sup>1</sup>

„*Großbetrieb*“ ist eine historische Kategorie. Ihr Inhalt und damit ihre statistische Abgrenzung sind Wandlungen unterworfen. In der Statistik des Deutschen Reiches werden bis 1939 Großbetriebe als Betriebe mit mehr als 51 Beschäftigten definiert. Mit der zunehmenden Konzentration bzw. der Entstehung neuer Größenordnungen wurde die Grenze bei der Definition von Großbetrieben immer weiter hinausgeschoben. In den 60er Jahren war die Untergrenze für Großbetriebe allgemein mit 1000 Beschäftigten und mehr definiert. Solche Definitionen bezogen sich implizit immer auf den Industriebetrieb. Mit dem Übergang zu einem intensiven Reproduktionstyp und dem Anwachsen großbetrieblicher Strukturen im sogenannten tertiären Sektor stellen sich heute neue Definitionsanforderungen. Die Statistik erfaßt als nächste Gruppe Betriebe zwischen 500 und 999 Beschäftigten. Diese Situation zwingt

1 Heinz Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre. Struktur – Kern – betriebliche Basis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 44 ff., hier S. 68/69.

uns, die Untergrenze an die Marke von 500 Beschäftigten zu legen, obwohl sie zwischen 500 und 1000 liegen müßte.

Mit den Beschäftigten der Großbetriebe werden jene Betriebsbelegschaften erfaßt, deren Hauptteile die sozialökonomischen Kerngruppen der Arbeiterklasse sind und die sich im realen Prozeß auf der objektiven Grundlage ihrer betrieblichen Organisation als Klassenkollektive formieren, die jeweils „ihrem“ Kapital und Unternehmer – in welcher Form auch immer – gegenüberstehen.

Die amtliche Statistik kennt die Begriffe *Arbeitsstätte*, *Betrieb*, *Unternehmen*.<sup>2</sup> Sie haben unterschiedliche Abgrenzungskriterien. Sind Arbeitsstätten örtliche technische Einheiten und Unternehmen im Prinzip die Organisationsform des Einzelkapitals, so steht der Betrieb dazwischen. Hier wären auch Einheiten wie z. B. Konzerne zu berücksichtigen, weil sich auch hier mehrere Betriebskollektive (Belegschaften) gegen ein Einzel(Monopol)kapital formieren. Wir werden nachfolgend Angaben zu Betrieben, Unternehmen und Konzernen zu untersuchen haben.

Man kann davon ausgehen, daß der großbetriebliche Sektor zur Hauptsache in den sozialökonomischen Sektor des Groß- und Monopolkapitals und des Staates fällt, jedoch mit diesem nicht völlig identisch ist, weil er ebenfalls Bereiche des nichtmonopolistischen Kapitals umfaßt. Ferner definiert sich der monopolistische Sektor von einer Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses her, ist also von vornherein betriebs- und unternehmensübergreifender Natur.

Die politökonomische Bedeutung der Großunternehmen läßt sich keinesfalls allein am Ausmaß der Beschäftigtenkonzentration festmachen. Die Umsatzkonzentration ist außer in strukturkrisengeschüttelten Branchen wie der Schiffbau- und Stahlindustrie i. d. R. weit höher als die Beschäftigtenkonzentration. In Tabelle 1 sind diejenigen Branchen aufgeführt, in denen die Diskrepanz zwischen diesen beiden Konzentrationsmaßen besonders stark ausgeprägt ist.

In der Ära der freien Konkurrenz wurde die Konzentration der Produktion die Grundlage für das Entstehen der Monopole. Im Übergang zum Imperialismus bzw. SMK, mit einer zunehmenden Arbeitsteilung, einem höheren Vergesellschaftungsgrad und damit der Aufspaltung in zahlreiche Fertigungssta-

2 In der amtlichen Statistik sind Arbeitsstätten als örtliche Einheiten definiert, in denen unter Einschluß des Leiters mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich ständig tätig ist. Arbeitsstätten sind die kleinsten statistischen Einheiten. Betriebe bestehen aus einer oder mehreren Arbeitsstätten, praktizieren eine minimale Rechnungslegung und fassen z. T. örtlich getrennte Arbeitsstätten zusammen. Als Unternehmen gilt die kleinste rechtliche Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führen und einen Jahresabschluß aufstellen muß, ohne Zweigniederlassungen im Ausland und ohne rechtlich selbständige Tochtergesellschaften.

Durch die unterschiedliche Definition von Arbeitsstätte und Betrieb wurden bei der letzten Arbeitsstättenzählung 1970 für das verarbeitende Gewerbe 3 078 193 Beschäftigte in Großarbeitsstätten und in der Großbetriebsstatistik 4 345 926 Beschäftigte erfaßt. Die engere Definition von Arbeitsstätten ist hierfür ausschlaggebend (Statistisches Jahrbuch 1972, S. 163/164, S. 204/205).

Tabelle 1: Umsatz- und Beschäftigtenkonzentration der drei größten Unternehmen ausgewählter Branchen 1979

Wirtschaftszweig	Umsatzanteil	Beschäftigtenanteil
	der jeweils drei größten Unternehmen (%)	
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	73,8	63,0
Tabakverarbeitung	64,9	50,6
Reparatur von Gebrauchsgütern	63,7	51,8
Minerafölvverarbeitung	60,4	36,7
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	47,5	39,7

Quelle: Monopolkommission, Hauptgutachten 1980/81, Fortschritte bei der Konzentrationserfassung, Baden-Baden 1982, S. 64.

dien hat sich der Inhalt des Begriffs Produktionseinheit gewandelt. *Lenin* hob hervor, daß die Konzentration bzw. Zusammenballung von Arbeitskräften und Produktionsmitteln in Großbetrieben nur eine Vorform der monopolistischen Kombination darstellt.<sup>3</sup> Konzentration und Zentralisation des Kapitals äußern sich heute als monopolistische Kontrolle über die wichtigsten Stadien des Produktionsprozesses unter Einschluß nichtmonopolistischen und staatlichen Eigentums. Im Zusammenhang mit der hier zur Debatte stehenden Fragestellung ist zusammenfassend zu sagen, daß die Konzentration der Arbeitskräfte und der Produktion nur eine Form der Monopolisierung darstellt, so daß der Einfluß der Monopole und des Finanzkapitals hiermit nicht umrissen werden kann.

Die dynamischste Entwicklung hin zu Großbetrieben im Zusammenhang mit Konzentrationsprozessen hat in jüngerer Zeit besonders in Bereichen stattgefunden, die über die Sphäre der unmittelbaren Produktion hinausreichen. Begriffe wie das „Ende der Industriegesellschaft“ geben zwar bestimmte Seiten dieser Entwicklung pointiert wieder, führen jedoch inhaltlich gesehen in die Irre. In der Gruppe der Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen finden wir heute z. B. große Ingenieurbüros, Unternehmensberatungen oder auch Reinigungsfirmen, die durch das Herauslösen bestimmter Funktionen aus der Industrie und deren Konzentration auf spezialisierte Unternehmen entstanden. Sie leisten direkte Zuarbeit für die produktive Sphäre. Großbetrieblich strukturierte Hauptverwaltungen von Industriekonzernen erscheinen demgegenüber in der Statistik der Industrie bzw. als Bestandteil der Industriebetriebe, obwohl sie sich in der Tendenz mehr und mehr von den Stätten der unmittelbaren Produktion lösen und sich in Richtung großbetrieblich organisierter Bürokratien entwickeln.

3 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, S. 200 ff.



Die Theoreme vom „Ende der Industriegesellschaft“ reflektieren nur höchst einseitig den absoluten und prozentualen Rückgang der Industriebeschäftigten, ignorieren aber, daß das kapitalistische Ausbeutungs-, Herrschafts- und Kontrollverhältnis bzw. die reelle Subsumtion auf neue Bereiche übergreift. Wenn heute die Rolle des Großbetriebs analysiert werden soll, kann dies nur unter Einbeziehung dieser neuen Bereiche geschehen.

**Tabelle 2: Beschäftigte in Arbeitsstätten mit 500 und mehr Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen und Sphären 1970**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte in Großarbeitsstätten	Anteil der Wirtschaftsabteilung an der Gesamtzahl der in Großarbeitsstätten Beschäftigten	Anteil der in Großarbeitsstätten Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten der Abteilung
Land- u. Forstwirtschaft	3 880	0,1 %	4 %
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	307 215	5,2 %	62 %
Verarbeitendes Gewerbe	4 215 289	71,5 %	41 %
Baugewerbe	135 731	2,3 %	6 %
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	302 760	5,1 %	21 %
<b>Sphäre der materiellen Produktion</b>	<b>4 964 875</b>	<b>84,2 %</b>	<b>—</b>
Handel	220 776	3,7 %	6 %
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	126 704	2,1 %	19 %
<b>Sphäre der Waren- und Geldzirkulation</b>	<b>347 480</b>	<b>5,8 %</b>	<b>—</b>
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	90 660	1,5 %	4 %
<b>Sphäre private Dienstleistungen</b>	<b>90 660</b>	<b>1,5 %</b>	<b>—</b>
Organisationen ohne Erwerbscharakter	35 707	0,6 %	6 %
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	456 339	7,7 %	18 %
<b>Sphäre Verbände, Kirchen, Sozialversicherung, Staat</b>	<b>492 046</b>	<b>8,3 %</b>	<b>—</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>5 895 061</b>	<b>100,0 %</b>	

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1972; eigene Berechnungen nach den Sonderveröffentlichungen des Stat. BA.

## **2. Der großbetrieblich strukturierte Wirtschaftsbereich**

### **Überblick**

Die letzte verfügbare Gesamterhebung über Großbetriebe bzw. Großarbeitsstätten stellt die Arbeitsstättenzählung des Jahres 1970 dar, deren für unseren Zusammenhang wichtigste Ergebnisse in Tabelle 2 enthalten sind. Aus Tabelle 2 ist die Dominanz der Sphäre der materiellen Produktion und ihres Kernbereiches, des verarbeitenden Gewerbes, ablesbar. Die Sphären der Waren- und Geldzirkulation und der privaten Dienstleistungen sind demgegenüber in weit geringerem Maße großbetrieblich strukturiert. In den folgenden Ausführungen wird jedoch deutlich werden, daß die Sphäre der materiellen Produktion absolut und relativ gegenüber den anderen Sphären, insbesondere dem Staat, an Bedeutung (gemessen am Beschäftigtenanteil am großbetrieblichen Segment) verliert. Hierbei ist zu beachten, daß der sog. Dienstleistungsbereich durch die Art der Definition der Arbeitsstätte bei der Erfassung großbetrieblicher Strukturen systematisch unterbewertet wird. Es existiert keine geschlossene Betriebsstatistik für diesen Bereich, wie dies beim verarbeitenden Gewerbe gegeben ist. Großbürokratien wie z. B. Stadtverwaltungen sind oftmals nicht an einem Ort konzentriert, sondern verteilen sich über mehrere Straßenzüge. Sie werden bei der Erfassung auseinandergerissen – im Unterschied zu industriellen Großbetrieben wie z. B. den Farbwerken Hoechst AG, deren einzelne Arbeitsstätten wesentlich weiter auseinanderliegen, dennoch als Einheit erfaßt werden, weil sich das gesamte Gelände im Eigentum des Konzerns befindet.

### **Die Großindustrie**

Die ausführlichsten statistischen Erhebungen liegen für das verarbeitende Gewerbe und den Bereich Bergbau vor. 1981 existierten im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe 2486 Großbetriebe mit mehr als 500 Beschäftigten. In diesen 5,2 Prozent aller bestehenden 48 240 Betriebe arbeiteten 3 933 630 Beschäftigte. Dies entspricht einem Prozentanteil von 52,3 Prozent.<sup>4</sup>

In den 50er Jahren nahm die Beschäftigtenkonzentration stark zu. Sie hält sich in den 60er und 70er Jahren auf einem annähernd gleichen Niveau. Tabelle 3 zeigt den sprunghaften Anteilgewinn der Betriebe mit über 1000 Beschäftigten in den 50er Jahren. In den 70er Jahren ist der Anteil dieser Betriebe leicht zurückgegangen. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Großbetriebe mit über 500 Beschäftigten variiert über die einzelnen Branchen sehr stark. Hierbei ist oft der Grad der Homogenität einer Branche entscheidend, ob der Durchschnittswert Aussagekraft besitzt. Wenn z. B. wie im Straßenfahrzeugbau die Zuliefererbetriebe mit den großen Automobilwerken zusammen erfaßt werden, dann ist der Aussagewert der durchschnittlichen Betriebsgröße nur in bezug auf die Entwicklung im Zeitverlauf interessant.

<sup>4</sup> Stat. Jahrbuch der BRD 1983, S. 176/177.

**Tabelle 3:** Die Verteilung der Beschäftigten in der Industrie auf Größenklassen in %

Beschäftigtengrößenklasse	1952	1960	1970	1981 <sup>1</sup>
1-9	2,9	1,9	1,8	
10-49	12,5	8,8	8,6	9,0
50-99	10,0	8,3	8,1	9,3
100-199	11,5	10,7	10,8	11,5
200-499	17,4	17,3	17,3	17,8
500-999	11,7	12,9	13,2	13,3
1000 und mehr	34,1	40,1	40,2	39,0
Insgesamt in %	100,0	100,0	100,0	100,0
(in 1000)	(5847,9)	(8046,3)	(8881,7)	(7514,7)

<sup>1</sup> Die Angaben für das Jahr 1981 gelten für das „Produzierende Gewerbe“. Durch die Einbeziehung von Handwerksbetrieben hat sich der Anteilswert der Größenklassen bis 99 Beschäftigte etwas erhöht.

Quelle: Stat. Jahrbuch 1954, 1962, 1972, 1983.

Insgesamt ist festzustellen, daß die durchschnittlichen Betriebsgrößen in den 60er Jahren anstiegen und in den 70er Jahren unter das Niveau von 1960 gefallen sind. Die einzige Ausnahme bildet hierbei der Straßenfahrzeugbau. Die Bandbreite der durchschnittlichen Betriebsgröße reicht vom Straßenfahrzeugbau mit 3900 Beschäftigten, der Stahlindustrie (3662), dem Bergbau (2383), der chemischen Industrie (2309), der elektrotechnischen Industrie (1491) über den Maschinenbau (1275) bis zur Verbrauchsgüterindustrie (905).<sup>5</sup>

Die Verteilung der Industriebeschäftigten in Großbetrieben über 500 Beschäftigte auf die einzelnen Branchen zeigt die Dominanz der Investitionsgüterindustrie, allen voran der elektrotechnischen Industrie, des Straßenfahrzeugbaus und des Maschinenbaus. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe entfallen die größten Anteile auf die Chemieindustrie und die Stahlindustrie.

Die Entwicklung in den Perioden 1961-1970 und 1970-1981 nach der Zahl der Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten in den verschiedenen Branchen vermittelt folgendes Bild:<sup>6</sup>

In der Periode 1961-1970 nimmt die Zahl der Großbetriebe allgemein zu. Ausnahmen sind der Bergbau (-46,5%), die Stahlindustrie (-9,7%), die NE-Metallindustrie (-11,1%) und die Textilindustrie (-23,0%). Starke Zunahmen verzeichneten die Elektroindustrie (+39,8%), die Straßenfahrzeugbauindustrie (+23,9%), die Chemieindustrie (+16,7%) und der Maschinenbau (+9,7%). In den 70er Jahren nahm die Zahl der Großbetriebe einzig in der Chemischen Industrie (+6,1%) und im Straßenfahrzeugbau (+13,6%) zu. Alle anderen Branchen hatten drastische Schrumpfungen zu verzeichnen. In der Stahlindustrie ging die Zahl der Großbetriebe um 12,5%, in der Elektroindu-

<sup>5</sup> Statistisches Jahrbuch 1963, 1972 und 1983.

<sup>6</sup> Statistisches Jahrbuch 1963, 1972, 1983; eigene Berechnungen.

strie um 18,2%, im Maschinenbau um 18,6%, im Bergbau um 34,5% und in der Textilindustrie um 56,1% zurück.

In den Betrieben mit über 500 Beschäftigten wurden in der Periode 1970/1981, wenn die Verluste der schrumpfenden Branchen aufaddiert werden, etwa 730 000 Arbeitsplätze vernichtet. Außerdem sind noch die Umschichtungen innerhalb der Branchen (z. B. von den Herstellern elektrischer Haushaltsgeräte zur Elektronikindustrie), die sich innerhalb der Branche gegenseitig ausgleichen und damit nicht in der Statistik erscheinen, zu berücksichtigen. Im Ergebnis dürften etwa 1 000 000 Arbeitsplätze im großbetrieblichen Segment von 1970 bis 1981 vernichtet worden sein. Dies macht das Ausmaß des Umstrukturierungsprozesses sichtbar.

Die folgende Auflistung zeigt die Branchen mit den größten Verlusten:<sup>7</sup>

Elektroindustrie	minus 176 261 Arbeitsplätze
Textilindustrie	minus 115 029 Arbeitsplätze
Maschinenbau	minus 109 669 Arbeitsplätze
Bergbau	minus 63 375 Arbeitsplätze
Stahlindustrie	minus 56 992 Arbeitsplätze.

Es ist klar, daß diese Arbeitsplatzverluste in traditionellen Großbetrieben zunächst Schwächungen der gewerkschaftlichen Organisationskraft hervorrufen, die in neuen Bereichen nur langsam wieder aufgeholt werden können.

### Schwerpunkte der Großindustrie nach Bundesländern

Die Entwicklung der regionalen Verteilung der Beschäftigten der industriellen Großbetriebe zeigt die dynamischen neuen Industriezentren im Verhältnis zu den „alten Zentren“ (Tab. 4).

Tabelle 4: Verteilung der Beschäftigten in Großbetrieben der Industrie nach Bundesländern in %

	1960 > 1000	1969 > 1000	1981 > 1000	1969 500-999	1981 500-999
Schleswig-Holstein	1,7	1,7	1,6	2,1	2,5
Hamburg	2,7	2,6	2,5	2,8	3,1
Niedersachsen	9,3	10,5	9,6	8,8	8,5
Bremen	1,9	1,5	1,6	1,3	1,4
NRW	39,5	34,1	31,2	29,6	29,0
Hessen	7,9	9,1	9,5	8,1	8,4
Rheinland-Pfalz	3,7	3,8	4,7	4,7	4,7
Baden-Württemberg	13,7	16,1	17,1	22,0	20,6
Bayern	12,4	14,7	16,7	16,1	18,7
Saarland	3,4	2,8	3,1	1,7	2,0
Westberlin	4,0	3,2	2,4	2,8	1,8

Quelle: Statistisches Jahrbuch, versch. Jahre; Sonderveröffentlichungen des Stat. BA.

<sup>7</sup> Statistisches Jahrbuch, 1972, 1981; eigene Berechnungen.

Die Ausgangsfrage ist zunächst, welche industriellen Regionen die großbetrieblich strukturierten Zentren bilden. Das industrielle Zentrum der BRD ist nach wie vor Nordrhein-Westfalen, obwohl NRW in den vergangenen 20 Jahren einem rapiden Bedeutungsverlust ausgesetzt war und noch ist. Die Umverteilung der großbetrieblichen Standorte verlief vor allem zugunsten von Baden-Württemberg und Bayern. Baden-Württemberg hat in der Größenklasse 500–999 in den 70er Jahren allerdings Anteilverluste hinnehmen müssen, während Bayern Anteile gewann. Hessen konnte seine Position in beiden Größenklassen über alle Perioden hinweg verbessern. Die norddeutschen Stadtstaaten haben ihre Position relativ gehalten, wobei sich eine Verschiebung zur Betriebsgrößenklasse mit 500–999 Beschäftigten ergeben hat. Der Anteilgewinn von Rheinland-Pfalz in den 70er Jahren in der Größenklasse größer als 1000 Beschäftigte ist erheblich.

Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen ist ein Indikator für die sogenannten Zukunftsindustrien. Die Kombination der Branchen mit hohen FuE-Aufwendungen mit deren regionalen Schwerpunkten liefert hierfür einige wertvolle Informationen. Von den Gesamtaufwendungen hat die Chemische Industrie einen Anteil von 26,6%, die Elektrotechnische Industrie von 26,6%, die Straßenfahrzeugbauindustrie von 12,3%, die Maschinenbauindustrie von 10,3% und die Luftfahrzeugbauindustrie von 7,6%. Bayern und Baden-Württemberg vereinigen 50% der FuE-Aufwendungen im Maschinen- und Straßenfahrzeugbau und 71% in den Branchen Elektrotechnik und Feinmechanik auf sich.<sup>8</sup> Sie stellen für diesen Bereich eindeutig die Zentren der großbetrieblich strukturierten high-tech-Industrien dar.

### 3. Die Belegschaftsstruktur der Großbetriebe

#### Die Produktionsarbeiter

Wie oben bereits verdeutlicht wurde, vereinigen die Branchen Chemie-, Maschinenbau-, Straßenfahrzeugbau- und Elektrotechnische Industrie Hauptgruppen, d. h. 57 % des Kerns der Arbeiterklasse in industriellen Großbetrieben auf sich. Insofern bietet sich es an, die Untersuchungen von *Kern/Schumann* zu den wichtigsten Arbeiter- bzw. Arbeitstypen in diesen Bereichen mit den bisherigen Ausführungen in Beziehung zu setzen, um das Bild dieses Kerns der Arbeiterklasse nachzuzeichnen. *Kern/Schumann* schätzen, daß sie mit ihrer folgenden Typisierung etwa 80 % der Arbeiter in der großbetrieblich strukturierten Produktion erfassen (vgl. Tab. 5).

In den Hintergrund sind aufgrund des Rückgangs der entsprechenden Bereiche die qualifiziert-angelernten/gelernten Schwerarbeiter (qualifizierte Bergleute, Erstleute in der Hüttenindustrie, Schiffbauer) und die manuellen Schwerstarbeiter getreten. Die Rationalisierungswelle bzw. die Krise hat die Massenarbeiter, insbesondere die ausländischen Arbeiter unter ihnen, über-

<sup>8</sup> Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1977, Essen 1980, S. 8.

proportional stark getroffen. Für die Massenarbeiter mit BRD-Staatsangehörigkeit ist seit Mitte der 60er Jahre ein Aufstieg zum qualifizierten Angelernten oder Vorarbeiter kaum mehr möglich. Die Arbeitsplätze der Massenarbeiter konzentrierten sich in der *Automobilindustrie* auf die Betriebsbereiche Rohbau und Montage. Nach einer Prognose des Verbandes der Automobilindustrie werden bis 1990 in diesen Bereichen 20 bzw. 32 % oder 100 000 Arbeitsplätze vernichtet werden.<sup>9</sup>

Tabelle 5: Arbeitstypen in industriellen Großbetrieben der BRD

Sektoren	Rationalisierungsformen	Arbeitscharaktere <sup>10</sup>
stoffverformend-montierende Massenfertigung (Beispiel: Automobilindustrie)	industrielle Massenfertigung	Massenarbeiter (60 %), Instandhaltungs-Facharbeiter (15 %), qualifiziert-angelernte Produktionsarbeiter (10 %)
stoffumwandelnde Massenproduktion (Beispiel: Großchemie)	automatisierte Produktion	qualifiziert-angelernte Produktionsarbeiter (60 %), Instandhaltungsfacharbeiter (25 %)
stoffverformend-montierende Kleinserienfertigung (Beispiel: Werkzeugmaschinenbau)	Rationalisierung bei kleinen Serien	Produktionsfacharbeiter

Quelle: Kern/Schumann, Rationalisierung und Arbeiterverhalten in: Techniksoziologie, hgg. von Rodrigo Jokisch, Frankfurt/M. 1982, S. 368 ff.

Der hohe Anteil der Massenarbeiter in der Automobilindustrie, aber auch in der Elektrotechnischen Industrie, ist das Ergebnis der Dominanz des fordistischen Prinzips in der Arbeitsorganisation, d. h. der Abspaltung und Vonselbständigung von Detailfunktionen. Die sich für die 80er Jahre abzeichnende neue Rationalisierungswelle beinhaltet, daß die vorgelagerten (Entwicklung/Konstruktion, Arbeitsvorbereitung) und die nachgelagerten (Qualitätskontrolle) Bereiche mit der unmittelbaren Produktion auf der Basis moderner Informationstechnologien zu einem neu strukturierten Ganzen integriert wer-

<sup>9</sup> Vgl. Düstere Prognose für Autoindustrie, in: Der Gewerkschafter 4/84, S. 3.

<sup>10</sup> Kern/Schumann verstehen unter den Massenarbeitern un- und angelernte Arbeiter, die repetitive Teilarbeiten ausführen („austauschbare Lückenbüßer“); (Beispiele: Fließbandarbeiter, Maschinenbediener). Der qualifiziert-angelernte Produktionsarbeiter stellt den einseitig spezialisierten Prozeßfachmann bzw. den „Spezialisten ohne Fundus“ dar (Beispiele: Meßwartenarbeiter, Anlagenkontrolleure). Als Beispiele für den Produktionsfacharbeiter werden Schlosser in der Produktion, Dreher, Werkzeugmacher genannt. Der Instandhaltungsfacharbeiter ist als Experte der eigentliche Kenner der Produktionstechnik (Beispiele: Betriebsschlosser, Betriebselektriker, Hydrauliker, Meß- und Regletechniker). Die letzten beiden Facharbeitergruppen zeichnen sich nach Kern/Schumann durch eine individuelle wie kollektive Vertretungsstärke aus.



den. Die weitgehende Automatisierung der Bereiche Rohbau und Montage wird zu einem drastischen Bedeutungsverlust des Massenarbeiters führen. Ein Teil der Massenarbeiter wird eine Zusatzqualifikation erhalten. Die Instandhaltungsarbeiter erfahren mit den verschiedenen Gruppen der technischen Intelligenz einen Bedeutungsgewinn, so daß die mittleren und wissenschaftlichen Qualifikationen an Gewicht zunehmen.

In der *Großchemie* ist die manuelle Schwerarbeit auf wenige Bereiche zurückgegangen. Die Belegschaft ist in der Sphäre der unmittelbaren Produktion in großtechnische Systeme eingefügt und räumlich aufgesplittet. Die Rationalisierung beschränkt sich auf die Mechanisierung der Restbestände unqualifizierter Arbeit.

Sowohl in der *Automobilindustrie* als auch in der *Chemieindustrie* zielen die Rationalisierungskonzepte auf eine Flexibilisierung des Instandhaltungsbereichs, indem die Aufhebung der Grenzen zwischen Produktions- und Instandhaltungsbereich angestrebt wird. Vor allem in der Automobilindustrie werden die integrierten Lösungsansätze Arbeitsaufgaben mit weniger arbeitsteiligem Zuschnitt erfordern. Eine „Reprofessionalisierung der Arbeit in der Produktion“ auf schmaler Basis ist möglich. Dies gilt, um falschen Vorstellungen entgegenzutreten, nur für eine Minderheit der Belegschaft, die allerdings traditionsgemäß großen Einfluß in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung ausübt.

Im *Werkzeugmaschinenbau* ist das Gros der Arbeiter Facharbeiter. Die Anteile schwanken zwischen 100 % in der Montage bis 50 % in der mechanischen Fertigung. Es ist dem Kapital bisher nicht gelungen, die Abhängigkeit vom Facharbeiter einzuschränken. Angesichts der Krise der Investitionsgüterindustrie ist die Gefahr von Freisetzung, Abgruppierung, erhöhtem Leistungsdruck usw. gegeben. Mehrmaschinenbedienung an teilautomatisierten Fertigungsinseln u. ä. führt zur Entwertung eines Teils der Facharbeiterqualifikationen. Für einen kleinen Kreis besteht die Möglichkeit der Komplettierung der Qualifikation in Richtung Elektronik.

Für die 80er Jahre können damit folgende Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Rationalisierung auf einzelne Arbeitergruppen erwartet werden: Aussicht auf „Aufstiegsprozesse“ haben in der Automobilindustrie die jungen Massenarbeiter mit BRD-Staatsangehörigkeit und Berufshintergrund und die Instandhaltungsspezialisten. Im Werkzeugmaschinenbau trifft dies auf die jungen, lernfähigen Maschineneinsteiger zu, die zu Experten der neuen Technologien werden können. In der chemischen Industrie wird ein Teil der Chemiefacharbeiter und der Meß- und Regelmechaniker aufsteigen. Der größte Teil der hier aufgeführten „Arbeitscharaktere“, die Massenarbeiter, die traditionell qualifiziert-angelernten Produktionsfacharbeiter und die konventionellen Gruppen der Instandhalter (Schlosser) werden Dequalifizierungs- und „Freisetzungs“-prozessen unterworfen werden.

## Konzernbelegschaften

Für die folgenden Ausführungen soll kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben werden. Es werden hier einzelne Konzerndaten ausgebreitet. Da keine amtliche Statistik der Großbetriebe nach Qualifikationsmerkmalen und Funktionsbereichen der Beschäftigten existiert, wird hier der Versuch unternommen, mit den entsprechenden Daten einiger Konzerne die Hauptkonturen der Beschäftigungsstruktur der modernen Großbetriebe herauszuarbeiten.

Durchschnittszahlen für den Gesamtkonzern können zu unrealistischen Einschätzungen führen, da die Realität von Stammwerken der Großkonzerne, die oft einen prägenden Einfluß in den betreffenden Ballungsräumen haben, in Durchschnittswerten verdampft. In den Haupt- und Stammwerken ist i. d. R. ein Großteil der Fu/E-Abteilungen, der Controlling-Abteilungen usw. konzentriert, die heute die Beschäftigtenstruktur der großstädtischen Großbetriebe stark prägen.

Tabelle 6, die die Beschäftigten nach Funktionsbereichen im Stammwerk in Beziehung zum *Hoechst-Konzern* bundesweit setzt, zeigt die Differenzen im Profil des Kerns der Arbeiterklasse in Großstädten zu den Durchschnittswerten auf.

Tabelle 6: Hoechst-Konzern – Beschäftigtenstruktur nach Funktionsbereichen 1981

Funktionsbereiche	Stammwerk	Hoechst Inland	Hoechst Welt
1. Verwaltung	21	20	17
2. Produktion	28	41	40
3. Ingenieurwesen	17	16	11
4. Forschung u. Entwicklung	14	9	7
5. Verkauf	20	14	25
insgesamt in %	100	100	100
absolut	31 000	84 511	184 722

Quelle: nach Lothar Hack/Irmgard Hack, Die Wirklichkeit, die Wissen schafft, Manuskript, Frankfurt/M. 1984, hier: Einleitungskapitel: Industrialisierung immaterieller Produktionsprozesse, S. 50.

Während im Hoechst-Konzern bundesweit 41 % der Beschäftigten in der unmittelbaren Produktion tätig sind, beträgt der entsprechende Anteil im Stammwerk Frankfurt-Hoechst 28 %. In den beiden der Produktion vorgelagerten Bereichen FuE und Ingenieurwesen sind mit 31 % mehr Beschäftigte tätig als in der Produktion im engeren Sinne. 40 % der Beschäftigten verteilen sich auf die Bereiche Verwaltung und Vertrieb.

Ein ähnliches Bild ergibt sich nach Tabelle 7 für den *Siemenskonzern*, das dominierende Monopol in der Elektrotechnischen Industrie. Die Zahlen beziehen sich hier auf die Betriebe des Siemenskonzerns in der BRD ohne Auszubildende und Beteiligungsgesellschaften.

Tabelle 7: Personalstrukturveränderungen nach Funktionsbereichen in der Siemens AG

Funktionsbereiche	1962 <sup>1</sup> in %	1973 in %	1982 in %
1. „Leitung“ (kaufmännische Personal- und Dienstleistungsfunktionen)	15	14	15,5
2. Forschung + Entwicklung	6	11	13
3. Fertigung (inkl. Prüfberichte, Lager etc.)	67	58	55,5
Vertrieb / Zentralniederlassungen	12	17	15,5
Erwerbstätige insgesamt in %	100	100	100
absolut	165 000	187 700	169 200

<sup>1</sup> Schätzwerte

Quelle: nach Lothar Hack/Irmgard Hack, *Die Wirklichkeit...*, a.a.a O., S. 52.

Der Beschäftigtenanteil des Funktionsbereichs Fertigung ist seit Anfang der sechziger Jahre von etwa zwei Dritteln auf nunmehr 55,5% zurückgegangen. In diesem Funktionsbereich sind ebenfalls die in der Nachrichten- und Datentechnik quantitativ bedeutenden Prüfbereiche und die Lager/Transportbereiche enthalten. Schätzungsweise beträgt der Beschäftigtenanteil in der Produktion maximal 40%.

Die Zahlen für den *IBM-Konzern* spiegeln ein ähnliches Profil wider, wobei der geringe Beschäftigtenanteil des Bereichs FuE der Tatsache geschuldet ist, daß die FuE-Kapazitäten des Weltkonzerns in den USA konzentriert sind. Von den 27359 Beschäftigten von IBM-BRD arbeiten 32,2% in der Produktion, 5,9% in FuE, 16,6% in der Verwaltung, 16,1% im technischen Außendienst und 22,1% im Vertrieb.<sup>11</sup> Der Beschäftigtenschwerpunkt liegt damit weniger im Produktionsbereich. IBM könnte treffender als Vertriebskonzern mit Service-Funktionen denn als Industriekonzern im herkömmlichen Sinn charakterisiert werden.

Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur bei *Siemens* (Tab. 8) macht deutlich, daß der Anteil der Gruppe der Arbeiter vor allem durch die Reduzierung der an- und ungelerten Arbeiter von zwei Dritteln im Jahr 1962 auf knapp unter die Hälfte 1982 gesunken ist. Die Gruppe der Facharbeiter ist absolut um 12,8% zurückgegangen. Demgegenüber stieg die Zahl der „technisch Tätigen“ um 64,4%. Darunter ist die Zahl der Hochschul- und Fachhochschulabsolventen von 14900 auf 23400 um 57,0% angestiegen. Die Zahl der Techniker weist die höchste Steigerungsrate mit 105,3% auf. Die Gruppe der wissenschaftlichen Intelligenz ist besonders spektakulär im kaufmännischen Bereich von 900 auf 5300 Beschäftigte angestiegen, d. h. ihr Anteil erhöhte sich von 3,6% 1962 auf 15,7% der kaufmännischen Angestellten im Jahre

<sup>11</sup> FAZ vom 7. 7. 1984.

1982. Gleichzeitig sank in den siebziger Jahren durch die Einführung neuer Technologien der Textverarbeitung etc. die Zahl der Sekretärinnen und Schreibkräfte um 30%.

*Tabelle 8:* Veränderungen der Belegschaftsstruktur im Bereich der Siemens AG

Beschäftigtengruppen	1962		1973		1982	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Kaufm. Tätige	25 100	14,5	32 500	16,2	33 700	19,6
Davon:						
Hochschul- u. Fachhochschulabsolventen	900		ca. 1 950		5 300	
Sekretärinnen, Schreibkräfte	6 900		ca. 7 500		5 300	
Technisch Tätige	31 500	18,2	50 100	25,0	51 800	30,8
Davon:						
Hochschulabsolventen					8 100	
Fachhochschulabsolv.	14 900		ca. 21 000		15 300	
Techniker	3 800		ca. 6 500		7 800	
Techn. Assistenten					1 400	
Sonst.	10 900		ca. 19 500		17 200	
Meister	1 900		ca. 2 800		2 000	
Gewerblich Tätige	116 600	67,3	118 100	58,8	84 700	49,9
Davon:						
Facharbeiter	39 800		37 900		34 700	
An- u. ungelernete Arbeiter	76 900		80 200		50 000	
Insgesamt	173 200	100	200 700	100	169 800	100

Quelle: Lothar Hack/Irmgard Hack, Die Wirklichkeit..., a.a.O., S. 54.

Es zeigt sich, daß die wissenschaftlich-technische Intelligenz bereits bedeutende Beschäftigtenteile im kaufmännischen (16%) und im technischen Bereich (45%) einnimmt. Die mittleren Qualifikationen wie Techniker haben ebenfalls relevante Anteile.

Bemerkenswert ist, daß die Hochschul- und Fachhochschulabsolventen (28 700) mittlerweile zur Gruppe der Facharbeiter (34 700) in einem Verhältnis von 1:1,2 stehen. Dies macht ansatzweise deutlich, welcher grundlegende Wandel in der Qualifikationsstruktur in großbetrieblich strukturierten Zukunftsindustrien vollzogen worden ist.

Die Gruppen aus der Produktion i.e.S. nehmen quantitativ stark ab. Gleichzeitig expandieren die der unmittelbaren Produktion vorgelagerten Beschäftigtengruppen, die die Umsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts forcieren. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Gruppen mit mittleren

Qualifikationen, die sich aus dem Facharbeiterbereich rekrutierenden Techniker, stark zunehmen. Im Ergebnis dieses Prozesses hebt sich das Qualifikationsniveau des fungierenden Gesamtarbeiters beträchtlich. Gegenläufig ist die Entwertung der betriebsspezifischen Qualifikationen der an- und ungelernen Arbeiter via Entlassung und von Teilen der Facharbeiterqualifikationen. Dem steht die Expansion der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz sowie der Aufstieg von Teilen der Facharbeiter über das Schulsystem in den Technikerbereich gegenüber.

Die Verlagerung zuungunsten der traditionellen Kategorien der Facharbeiter hat selbstverständlich Auswirkungen auf die bisher vorherrschende Souveränität dieser Gruppe. Die traditionelle Vertretungsstärke bleibt hiervon sicherlich nicht unberührt, so daß sich die Frage stellt: Welche neuen Gruppen werden in dieses entstehende Vakuum in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen vorstoßen – oder bleiben diese Felder weiterhin von einer quantitativ schrumpfenden Facharbeiterschaft besetzt?

Aus der „Ingenieur-Erhebung“<sup>12</sup> des Verbandes des Deutschen Maschinen- und Anlagenbaus (VDMA) geht hervor, daß in den Großbetrieben ein überproportional hoher Anteil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz konzentriert ist. Dies bestätigt die Ausführungen zum Siemenskonzern und zur Hoechst-AG. Die Betriebsgrößenklasse mit über 1000 Beschäftigten hat bei einem Beschäftigtenanteil von 37,5% der Branche den überproportional hohen Ingenieuranteil von 57,8%. Dies kommt in modifizierter Form im Ingenieuranteil der einzelnen Beschäftigtengrößenklassen zum Ausdruck, wie Tabelle 9 zeigt.

*Tabelle 9: Ingenieuranteile nach Beschäftigtengrößenklassen im Maschinen- und Anlagenbau*

Betriebsgröße	% - Anteil der Ingenieure an den Beschäftigten		
	1961	1968	1982
50-99	4,0	4,4	5,4
199-499	4,2	4,5	5,6
500-999	4,0	4,6	5,6
1000 u. mehr	4,5	5,4	8,6
Gesamt	4,4	5,0	7,0

*Quelle:* Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, Ingenieur-Erhebung im Maschinen- und Anlagenbau 1983, Frankfurt/M., S. 2.

Die Haupttätigkeitsbereiche der Ingenieure sind Konstruktion (29,1%), Forschung und Entwicklung (14,3%), Vertrieb (16,6%) und Unternehmensleitung (7,4%). Im Funktionsbereich Produktion und Hilfsbetriebe sind 10,4% der Ingenieure tätig. 1968 vereinigte dieser Funktionsbereich noch 19,4% der Ingenieure auf sich. Parallel zur quantitativen Schrumpfung der Arbeiter in der Produktion hat sich auch die Zahl der Ingenieure hier absolut und relativ

<sup>12</sup> VDMA, Ingenieur-Erhebung im Maschinen- und Anlagenbau 1983, Frankfurt am Main 1983.

verringert. Die Zahl der Ingenieure mit Hochschulabschluß hat gegenüber denen mit Fachhochschulabschluß überproportional zugenommen. Die VDMA-Studie spricht von einer „Verwissenschaftlichung“. Von 1968 bis 1982 ist die Zahl der Ingenieure mit Hochschulabschluß um 126% und die der Fachhochschulabsolventen nur um 28,1% gestiegen, d. h. Werk tätige, die nach der Facharbeiterausbildung eine Fachhochschule besuchten, werden relativ gesehen von jenen verdrängt, die keine Arbeitersozialisation aufweisen.

Die Untersuchung zeigt ferner, daß die Arbeitskräfte mit „mittlerer Qualifikation“, das sind die technischen Zeichner, die Techniker usw., noch stärker expandiert haben als die Ingenieure. In den der Produktion vorgelagerten Bereichen stellen beide Gruppen den Kern der Beschäftigten dar. Sie bestimmen das soziale Klima in den betreffenden Abteilungen, in denen die Facharbeiter eine Minderheitenposition einnehmen.

#### **4. Großbetriebe und Großstädte**

Aus den bisherigen Ausführungen ist hervorgegangen, daß die einzelnen großbetrieblich strukturierten Branchen ganz unterschiedliche Angestelltenquoten aufweisen. Wie Tabelle 10 zeigt, hat die jeweilige Branchenstruktur der Großindustrie einzelner Großstädte einen unmittelbaren Einfluß auf deren Beschäftigungsstruktur. Als Indikator bietet sich hier ebenfalls die Angestelltenquote im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe an.

An der Spitze steht Erlangen, wo sich u. a. wichtige Forschungs- und Entwicklungskapazitäten von Siemens konzentrieren. Die Städte mit überdurchschnittlich hohen Angestelltenquoten werden von der Chemieindustrie und Zweigen der Metallindustrie wie Elektronik, Meß- und Regeltechnik, Luft- und Raumfahrt, Automobilbau (dies beschränkt sich jedoch mehr oder weniger auf das FuE-intensive Daimler-Benz-Stammwerk in Stuttgart-Untertürkheim) und Maschinenbau dominiert.

Die Beschäftigungsstruktur von Leverkusen und Ludwigshafen wird stark von der Chemieindustrie geprägt. In München und Stuttgart sind die FuE-intensiven Bereiche der Metallindustrie konzentriert. Dies gilt auch für die Großbetriebe im Metallbereich von Frankfurt, wo allerdings eine Kombination mit der Großchemie erfolgt.

Mit weitem Abstand folgen die von der Stahlindustrie geprägten Städte Duisburg und Dortmund, wo allerdings auch beachtliche Zweige der Investitionsgüterindustrie beheimatet sind. Die Städte mit erheblichem Anteil der Automobilindustrie weisen (noch) geringe Angestelltenquoten auf. Hier bestimmt der hohe Anteil der Massenarbeiter nach wie vor das Bild. Die vom Bergbau dominierten Städte Gelsenkirchen und Bottrop haben die absolut geringste Angestelltenquote.

Aus all dem geht hervor, wie sehr die einzelnen Industrien mit ihren unterschiedlichen Beschäftigtenstrukturen bestimmend auf die Sozialstruktur der Großstädte einwirken. Allerdings muß beachtet werden, daß hier nur die Angestelltenquote von Bergbau und Industrie erfaßt ist, es sich also nicht um Angestelltenanteile an allen Erwerbstätigen handelt.



Tabelle 10: Angestelltenquote in Bergbau und verarbeitendem Gewerbe ausgewählter Städte 1982

Städte	Bergbau und verarbeit. Gewerbe insgesamt in %	Grundstoff- und Prod.güter- gewerbe in %	Investitionsgütergewerbe in %
Erlangen	65,2	–	66,3
Frankfurt	49,6	52,7 (Chemie)	51,5 (Maschinenbau, Meß- u. Regeltechnik etc.)
München	49,4	–	50,6 (Rüstungsindustrie, v. a. Elektronik und Luft- u. Raumfahrt)
Leverkusen	48,2	52,6 (Chemie)	–
Stuttgart	46,3	–	46,8 (Elektronik, Ma- schinenbau, Daimler- Benz u. a.)
Ludwigs- hafen	45,2	45,6 (Chemie)	–
Duisburg	29,0	24,8 (Stahl)	42,3
Dortmund	29,0	26,0 (Stahl)	36,2
Bochum	21,0	–	17,8 (Opel u. a.)
Ingolstadt	21,9	–	21,7 (Audi u. a.)
Gelsen- kirchen <sup>1</sup>	21,7	–	–
Bottrop <sup>2</sup>	18,0	–	–

1 Davon Bergbau = 13 %

2 Davon Bergbau = 11,5 %

Quelle: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, Köln 1983, S. 330 ff.

Um diese Dimension mit einzubeziehen, soll nun der Beschäftigtenanteil der Nichtproduktionssphären der Wirtschaft, (Handel, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen, Verbände, Staat und Sozialversicherungen) in die Betrachtung mit einbezogen werden. Hier sind überwiegend Angestellte und Beamte beschäftigt.

Frankfurt bietet sich hier insofern als Beispiel an, weil 1977 eine Arbeitsstättenzählung stattgefunden hat. Frankfurt ist keineswegs repräsentativ für das Bundesgebiet. Allerdings ist die Wirtschaftsstruktur Frankfurts durchaus mit der anderer Großstädte vergleichbar.<sup>13</sup>

Da in der Periode 1970/77 die Beschäftigtenzahl in Frankfurt insgesamt um 6,1 %, in den Großbetrieben (500 Beschäftigte und mehr) aber „nur“ um 2,9 %

13 1970 hatte der sog. Tertiärsektor folgende Beschäftigungsanteile: Hamburg 64,2 %, Frankfurt 61,7 %, Düsseldorf 58,9 %, Stuttgart 50,1 %, Essen 50,4 %, Dortmund 49,2 %, Bochum 42,7 %. Im Jahre 1980 hatte er in Frankfurt einen Anteil von 68 % und in Hamburg von 68 %.

zurückgegangen ist, hat sich der Beschäftigtenanteil des großbetrieblichen Segments von 35,5% im Jahre 1970 auf 36,6% im Jahre 1977 erhöht.

**Tabelle 11: Beschäftigte in Arbeitsstätten mit 500 und mehr Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen und Sphären in Frankfurt**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte in Großarbeitsstätten		Anteil der Wirtschaftsabteilung an der Gesamtzahl der in Großarbeitsstätten Beschäftigten in %	
	1970	1977	1970	1977
Land- u. Fortwirtschaft				
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	2 455	2 728	1,3	1,4
Verarbeitendes Gewerbe	94 577	79 435	49,5	42,8
Baugewerbe	9 000	5 861	4,7	8,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	29 820	37 387	15,6	20,1
<b>Sphäre der materiellen Produktion</b>	<b>135 852</b>	<b>125 411</b>	<b>71,1</b>	<b>67,6</b>
Handel	13 838	12 310	7,2	6,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	19 807	16 481	10,4	8,9
<b>Sphäre der Waren- und Geldzirkulation</b>	<b>33 645</b>	<b>28 791</b>	<b>17,6</b>	<b>15,5</b>
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	10 175	14 044	5,3	7,6
<b>Sphäre private Dienstleistungen</b>	<b>10 175</b>	<b>14 044</b>	<b>5,3</b>	<b>7,6</b>
Organisationen ohne Erwerbscharakter	2 923	2 754	1,5	1,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	8 601	14 597	4,5	7,9
<b>Sphäre Verbände, Kirchen, Sozialversicherung, Staat</b>	<b>11 524</b>	<b>17 351</b>	<b>6,0</b>	<b>9,3</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>191 196</b>	<b>185 597</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

*Quelle:* K. Asemann, Die Frankfurter Wirtschaft am Beginn der siebziger Jahre, Frankfurt 1972, S. 33 ff.; Eigene Auswertung des Basismaterials der Arbeitsstättenzählung 1970; K. Asemann, Arbeitsstätten und Beschäftigte in Frankfurt am Main 1977, Frankfurt 1979, S. 58.

Tabelle 11 weist aus, daß der Beschäftigtenanteil der großbetrieblich strukturierten Produktionssphäre in Frankfurt 1970 nicht spektakulär unter dem des Bundesgebietes (71,1% zu 84,2%) liegt (vgl. Tab. 2). Die Besonderheit liegt vielmehr in der Struktur dieser Sphäre. Der Anteil der Abteilung Verkehr/Nachrichten ist dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Ein weiterer gravierender Strukturunterschied besteht darin, daß in Frankfurt in der Statistik des Verarbeitenden Gewerbes die Großbürokratien und Forschungsstätten der Großkonzerne enthalten sind.

Ebenfalls dreimal so hohe Anteilwerte wie im Bundesgebiet haben die Sphären der Waren- und Geldzirkulation und der privaten Dienstleistungen. Die Sphäre Verbände, Sozialversicherung und Staat lag 1970 noch unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Entwicklung in der Periode von 1970 bis 1977 zeigt, daß diese Tendenzen der Schrumpfung der Sphäre der materiellen Produktion verstärkt fortwirkten. Sie vereint 1977 nur noch zwei Drittel der im großbetrieblich strukturierten Segment Beschäftigten auf sich (dabei das Verarbeitende Gewerbe plus Baugewerbe als Kernbereiche der Produktion - 46,0%).

Bei einer Einteilung des sogenannten Tertiärbereichs in einen staatlichen und einen nichtstaatlichen Bereich wird sichtbar, daß die Mehrheit der Beschäftigten in Großbetrieben des sogenannten Dienstleistungssektors beim Staat tätig ist. Hierzu zählen in Frankfurt der Flughafen (FAG und Lufthansa), die Bundespost, die Bundesbahn, die Bundesbank/Landesbank/Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Universität, die Städtischen Bühnen, die Rundfunk- bzw. Fernsehanstalten, die Krankenhäuser, die Energieversorgung, die Sozial- und Krankenversicherungen, das Arbeitsamt, die Stadtverwaltung, die Landes- und Bundesämter, die Gerichte und das Polizeipräsidium. Privatkapitalistisch dominiert sind die Bereiche Kreditinstitute/Versicherungen, Handel und private Dienstleistungen. Die Beschäftigtenzahl der beiden ersten Bereiche in den Großbetrieben ist zwischen 1970 und 1977 um 11 bzw. 16,8% zurückgegangen. Im privatkapitalistischen Bereich ist einzig die Beschäftigtenzahl in der Abteilung Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen angestiegen. Es handelt sich hierbei um Steuerberatungs- bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Architektur- und Ingenieurbüros, Unternehmensberatungsgesellschaften, Marktforschungsinstitute u.a. In diesen Großbetrieben dominieren die Gruppen der Intelligenz. An den Veränderungen in Frankfurt wird deutlich, welches Ausmaß und welche Richtungen der Strukturwandel hat, was sich bekanntlich auch im sozio-kulturellen Klima niederschlägt.

## **5. Angaben zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Großbetrieben**

Der Organisationsgrad variiert regelmäßig mit der Betriebsgröße. Großbetrieblich strukturierte Branchen wie die Stahlindustrie und der Bergbau weisen sehr hohe Organisationsgrade auf. Tabelle 12 weist die unterschiedlichen Organisationsgrade in Abhängigkeit von der Betriebsgröße im Organisationsbereich der IG Metall aus.

Tabelle 12: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad nach Betriebsgrößenklasse

Betriebsgröße	Organisationsgrad in %		
	Arbeiter	Angestellte	Gesamt
100 - 499	54	19,2	42,9
500 - 999	62,3	23,4	49,5
1000-4999	68,2	23,8	53,1
5000 und mehr	75,6	31,4	66,8

Quelle: IG Metall, Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1981

Dieser Zusammenhang existiert auch für in geringerem Maße großbetrieblich strukturierte Wirtschaftsbereiche wie das Organisationsgebiet der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Der Organisationsgrad betrug durchschnittlich 7,3% (1977),<sup>14</sup> in Betrieben mit über 300 Beschäftigten 14,3%.<sup>15</sup>

Ein weiterer wichtiger Zusammenhang besteht zwischen dem Anteil der Angestellten an den Beschäftigten und dem Organisationsgrad. Daraus ergeben sich spezifische Probleme für die Gewerkschaftsbewegung. Bei der Gegenüberstellung von sogenannten Zukunftsindustrien wie der Büromaschinen bzw. Datenverarbeitungsanlagen produzierenden Industrie, der Chemie- und der Stahlindustrie in Tabelle 13 wird deutlich, daß der hohe Anteil der Angestellten in direktem Verhältnis zum niedrigen Organisationsgrad steht.

Tabelle 13: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in einzelnen Branchen

Branche	Angestellten- quote in %	Organisationsgrad 1981 in %		
		insges.	Arbeiter	Angestellte
Herstellung von Büro- maschinen und EDV-Anlagen	57,2	29,0	51,3	12,4
Chemie: Hoechst-Stammwerk	54,0	34,4	49,8	14,9
Stahlindustrie	24,6	80,0	88,6	53,5

Quelle: IGM, Ergebnisse d. Betriebsratswahlen 1981, und eigene Erhebung.

Durch die Bürorationalisierung tritt insbesondere bei den weiblichen Angestellten die Zahl der traditionellen kaufmännischen Angestellten zurück. Gleichzeitig steigt ihr Organisationsgrad leicht an. Bei den männlichen Angestelltengruppen findet eine Umschichtung statt. Die hinzukommenden neuen Angestelltengruppen bewirken einerseits, daß die Zahl der männlichen Angestellten wesentlich langsamer schrumpft. Das wichtigste Ergebnis dieses Austauschprozesses ist jedoch der bei den männlichen Angestellten um 21,7% zurückgegangene Organisationsgrad. Dies zeigt klar Tabelle 14.

<sup>14</sup> Thomas Hagelstange, Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften 1950-1978, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11/1979, S. 734.

<sup>15</sup> Angaben des Hauptvorstandes der HBV; eigene Berechnungen.

**Tabelle 14: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad von Angestellten in Metallbetrieben mit 1000 bis 4999 Beschäftigten<sup>1, 2</sup>**

Jahr	Angestellte		Gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Angestellten				
	absol.	in % aller Beschäftigten	Org. Grad aller Angest. in %	männl. Angest. absol.	Org.-Quote in %	weibl. Angest. absol.	Org.-Quote in %
1975	428 105	32	28,4	307 096	30,8	121 009	22,4
1981	404 607	34	23,8	295 353	24,1	109 254	22,9
Veränd. in %	5,5	+ 5,9	- 16	- 3,8	- 21,7	- 9,7	+ 2,2

<sup>1</sup> Diese Angaben und Quoten beziehen sich auf die in der IGM organisierten Angestellten.

<sup>2</sup> Organisationsgrad oder -quote = Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an allen Angestellten bzw. der jeweiligen Angestelltengruppe in %.

Quelle: IGM, Ergebnisse der BR-Wahlen 1981, 1975.

Damit stellt sich das für die Gewerkschaften bekannte Problem der Organisation der Angestellten auf einem neuen Niveau und in sich zuspitzender Schärfe.

## **Flexibilisierung und Kontrolle**

### **Neue Technologien und Veränderungen der Betriebsstrukturen am Beispiel der Automobilindustrie**

*André Leisewitz*

*1. Belegschaften und Rationalisierung: Wachsende Skepsis, Orientierungssuche, neue Konfliktfelder – 2. Veränderter Reproduktionstyp – Umbruch in der Betriebs- und Fabrikorganisation? – 2.1 Intensivierung und Reproduktionstyp unter wtR-Bedingungen – 2.2 „Werk 2000“ – das Konzept der Flexibilisierung – 2.3 Von der Einzweckmechanisierung zur „chaotischen Fertigung“ – aktuelle Tendenzen der Betriebsumstrukturierung – 3. Technische Kontrolle und Herrschaft im Betrieb: Neue Möglichkeiten und Grenzen*

#### **1. Belegschaften und Rationalisierung:**

##### **Wachsende Skepsis, Orientierungssuche, neue Konfliktfelder**

Arbeiter und Angestellte beurteilen heute unter dem Eindruck der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit die Einführung neuer Technologien im Betrieb und die Zukunft der Arbeit wesentlich negativer als dies noch Mitte der siebziger Jahre der Fall war.<sup>1</sup> Diese überall deutlich werdende Veränderung in der Beurteilung von Arbeitsplatzsicherheit und neuen Technologien im Betrieb besagt aber noch nichts über Handlungsbereitschaft und Einstellung der Belegschaften. Jedoch zeigte der Verlauf des Kampfes um die 35-Stunden-Woche im Frühsommer 1984, daß bei entsprechender gewerkschaftlicher Orientierung trotz einer gegenüber Arbeitszeitverkürzung weitgehend skeptischen bis negativen „öffentlichen Meinung“ und trotz des Drucks der Massenarbeitslosigkeit die in den Einstellungsveränderungen zum Ausdruck kommende Erfahrung und Zukunftsskepsis in Kampfbereitschaft und -aktivität selbst über längere Perioden hinweg umgesetzt werden kann. Dieser Sachverhalt ist auch insofern von Bedeutung, als sich bei der Bundestagswahl von 1983 in politisch traditionell sozialreformistisch orientierten Kernbereichen der Arbeiterklasse Umorientierungen nach rechts abzeichneten, die als Reaktion auf das Durchschlagen von Rationalisierungs- und Krisenfolgen interpretiert werden müssen: Der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, die unübersehbare Verschlechterung der Beschäftigungsaussichten, die Krisenprozesse in wichtigen Branchen, die massive Rationalisierungswelle mit ihren negativen Folgen

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, Bd. VIII, München u. a. 1983, S. 511. Umfrageaktion 35-Stunden-Woche der IG Metall. Erste Ergebnisse der Gesamtauswertung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1984, S. 112–118.



zunehmend auch für Kerngruppen der Betriebe unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ließen gegenüber den siebziger Jahren auch im Milieu von Stammebelegschaften eine deutliche Verunsicherung bisheriger Zukunftserwartungen an Arbeit, Arbeitsplatzsicherheit und „sozialen Besitzstand“ wirksam werden, die sich früher schon im Bereich von Randbelegschaften gezeigt hatte und die nun auch hier unter den gegebenen Bedingungen gegen die Sozialdemokratie und zugunsten konservativer „Aufschwung“-Argumente ausschlug.<sup>2</sup>

Wie die Analyse betrieblicher Abwehrbewegungen dort, wo auch Kernbelegschaften unter massivstem Druck durch Entlassungen und Betriebsschließungen geraten sind (Betriebsbesetzungen, Bewegungen im Stahl- und Werftenbereich),<sup>3</sup> sowie der Streiks vom Frühsommer '84 zeigt, ist eine Wende hin zu einer konservativ eingestimmten Sozialpartnerschaft auf niedrigerem Niveau, wie sie der Zielsetzung der Unternehmerverbände und der Rechtsregierung entspricht, keineswegs die zwingende Folge der wachsenden Krisenbetroffenheit und -reflexion im Belegschaftsbewußtsein. Darauf weisen ebenso, trotz ihrer Widersprüchlichkeit, die Betriebsratswahlen vom Frühjahr '84 hin.<sup>4</sup> Dabei sind, wie diese Bewegungen und betrieblichen Erfahrungen zeigen, neue Probleme in den Mittelpunkt der betrieblichen Auseinandersetzung, der Orientierungssuche und Formierung gerückt. Dies gilt insbesondere für die Verknüpfung des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung mit der Abwehr von Leistungsverdichtung und Arbeitsintensivierung.

Aus den zurückliegenden Massenerhebungen der IG Metall ist die wachsende Belastung der Belegschaften bei der Arbeit deutlich zu entnehmen.<sup>5</sup> Daß sich hier ein neues Diskussions- und Konfliktfeld bei der Bestimmung gewerkschaftlicher Gegenstrategien zur Rationalisierung abzeichnet, zeigte bereits der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall: Das Ansinnen eines beachtlichen Teils der Delegierten, den Kampf um Arbeitszeitverkürzung mit der Forderung nach Begrenzung der Leistungsverdichtung, nach „definierten Arbeitsbedingungen“ resp. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu verbinden, wurde von der Mehrheit des Kongresses zwar abgelehnt, jedoch konnte die Notwendigkeit einer solchen Verknüpfung im Prinzip nicht bestritten werden. Diese Forderung reagiert auf verfestigte Segmentierungsprozesse innerhalb der Gesamtklasse – Arbeitslose/Beschäftigte; Stamm-/Randbelegschaften – und versucht durch Einflußnahme auf Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation der kapitalistischen Anwendung neuer Technologien Belegschaftsinteressen entgegenzusetzen. Gleiches gilt für den

2 Vgl. U. Feist, H. Krieger, P. Uttiz, Das Wahlverhalten der Arbeiter bei der Bundestagswahl 1983, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1983, S. 414-427

3 Vgl. dazu die Beiträge von B. Semmler/G. Hautsch und H. Thüer, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, sowie von F. Fiehler/H. Geißelbrecht im vorliegenden Band.

4 Vgl. K. Pickshaus, Politische Trends bei den Betriebsratswahlen 1984, in: revier 7/1984, S. 31-35, sowie im vorliegenden Band die Beiträge von J. Burger/M. Nacken/P. Sörgel und von G. Hautsch/K. Pickshaus/K. Priester.

5 Vgl. IG Metall, „Maschinen wollen sie – uns Menschen nicht“. Rationalisierung in der Metallwirtschaft, Frankfurt/M. 1983; Umfrageaktion 35-Stunden-Woche der IG Metall, a. a. O.

Lohnrahmentarifvertragsentwurf der IG Metall für Südwürttemberg-Hohenzollern/Südbaden.<sup>6</sup>

Diese Akzentuierung einer an Klasseninteressen orientierten Technologiepolitik steht durchaus in Gegensatz zu traditionellen Mustern gewerkschaftlicher Reaktion auf Rationalisierung, auf Veränderungen der betrieblichen Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzabbau. Die bis in die unmittelbar betroffenen Krisenbranchen hinein nach wie vor dominierende Reaktion von Betriebsräten ist eher eine Strategie der betrieblichen Schadensbegrenzung und Abfederung negativer Rationalisierungsfolgen für die verbleibenden Belegschaftsangehörigen, die auf der Basis von Besitzstandssicherung, Übergangsregelungen, Abqualifizierungsschutz, Frühverrentung, veränderten Arbeitszeitregelungen u. a. m. trotz der gewachsenen Skepsis gegenüber Automatisierung und Rationalisierung einen „modus vivendi“ ermöglicht.<sup>7</sup>

Jedoch dürften die Grenzen einer solchen Abfederungsstrategie und eines solchen Konsenses relativ rasch dort erreicht sein, wo Rationalisierungsfolgen und Arbeitsplatzabbau die Interessen von Kernbelegschaften nachhaltig berühren, die vordem für die Sicherheit eines Arbeitsplatzes in einem „wettbewerbsfähigen“ Betrieb viel an sonstigen Einschränkungen und Belastungen (auch auf Kosten von Randbelegschaften) hinzunehmen bereit waren. Wie sich die betriebliche Auseinandersetzung um die neuen Technologien dabei in Zukunft gestalten wird, hängt daher auch mit unterschiedlichen innerbetrieblichen Interessenkonstellationen gegenüber Rationalisierung zusammen. Kern und Schumann haben hierauf mit ihrem Konzept der „Rationalisierungsgewinner“ und „Rationalisierungsverlierer“ hingewiesen.<sup>8</sup> Nimmt man die Zukunftsperspektiven einer ausgesprochen prosperierenden, weltmarktorientierten und bislang beschäftigungsmäßig expandierenden Branche wie der Automobilindustrie, so liegen die Probleme auf der Hand:

Die in Tab. 1 zitierte Prognose ist aus zwei Gründen interessant: zum einen macht die Größenordnung des geplanten Beschäftigungsabbaus von nahezu einem Viertel des gegenwärtigen Belegschaftsstandes – eine Größenordnung, die der der bekanntgewordenen Planungen der einzelnen Automobilkonzerne durchaus entspricht<sup>9</sup> – bewußt, daß eine solche Personalreduzierung nicht

6 Vgl. 14. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall, München 1983, Protokoll, insbes. S. 525–556; W. Riester, Aktuelle und langfristige Aufgaben in der Tarifpolitik, in: L. Mahlein u. a., Tarifpolitik unter Krisenbedingungen, Frankfurt/M. S. 51–96.

7 Vgl. dazu H. Kern/M. Schumann, Neue Produktionskonzepte haben Chancen, in: Soziale Welt 1–2/1984, S. 146 ff.

8 H. Kern/M. Schumann, a. a. O.

9 Die gegenwärtig laufenden Investitions- und Rationalisierungsprogramme allein von Daimler-Benz, VW, Opel, BMW und Ford betreffen sich auf rund 39 Milliarden DM (bei einer durchschnittlichen Laufzeit von etwa fünf Jahren). Der VW-Konzern (112 000 Beschäftigte) plant eine Belegschaftsreduzierung bis 1990 um 30 000, der Opel-Konzern (60 000 Beschäftigte) um 12 000 Beschäftigte. Die Prognos AG schätzte 1980 in einer Studie zur Entwicklung der hessischen Automobilindustrie einen Belegschaftsabbau um 25 Prozent bis 1995. Vgl. M. Muster, Rationalisierung in der Automobilindustrie, in: H. Buhmann u. a., Geisterfahrt ins Leere. Roboter und Rationalisierung in der Automobilindustrie, Hamburg 1984, S. 9 ff., und: metall Nr. 4/1984, S. 12 ff.

mehr mit den „traditionellen“ Methoden der Fluktuationsausnutzung, der Frühverrentung etc. realisiert werden kann. Insofern dürften hier nicht in einer Krisen-, sondern in einer absolut prosperierenden Branche Entlassungen in größerem Ausmaß bevorstehen, sofern nicht radikale Schritte der Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden. Darüber hinaus zeigt die Zusammenstellung eine starke Konzentration des Personalabbaus gerade auf den Sektor der weniger qualifizierten, angelernten Lohnarbeitskräfte, auf die Masse der Leistungslöhner. Im Bereich der Montage, der Preßwerke und des Rohbaus arbeiten rund 60 Prozent der Gesamtbelegschaften; auf sie sollen weit über 80 Prozent des geplanten Beschäftigungsabbaus entfallen. Die Quoten für diese Gruppen des Gesamtarbeiters liegen entsprechend zwischen 30 und 40 Prozent der jeweiligen Abteilungsstärke. In den anderen Betriebsbereichen mit zum Teil höherqualifizierten Lohnarbeitern (Facharbeiter, Angestellte, technische Intelligenz) ist der geplante Beschäftigungsabbau demgegenüber geringer und dürfte hier z. T. auf traditionellem Wege zu bewerkstelligen sein. Damit ist eine Spaltungslinie innerhalb der Belegschaften vorgezeichnet; die Möglichkeiten der Gegenwehr hängen wesentlich davon ab, wie sich die besonders betroffenen Belegschaftsabteilungen („Rationalisierungsverlierer“) formieren und wie es dabei gelingt, ihre und die Interessen der anderen Belegschaftsgruppen in einem Gesamtkonzept der Gegenwehr zu vermitteln.

**Tabelle 1: Neue Technologien, Gesamtarbeiterstruktur und geplanter Beschäftigungsabbau in der Automobilindustrie bis 1990 nach Betriebsbereichen<sup>10</sup>**

Betriebsbereiche in der Automobilindustrie <sup>1</sup>	Beschäftigungsverteilung <sup>2</sup> (nach VDA)	Anzahl der Beschäftigten <sup>3</sup>	Personalabbau durch neue Technologien <sup>4</sup>
1 Entwicklung/Konstruktion	8 Prozent	52 800	bis - 10 Prozent = 5 280
2 Produktions-Vorbereitung/ Verwaltung	20 Prozent	132 000	bis - 10 Prozent = 13 200
3 Preßwerk	8 Prozent	52 800	bis - 40 Prozent = 21 100
4 Rohbau	20 Prozent	132 000	bis - 30 Prozent = 39 600
5 Lackiererei	4 Prozent	26 400	bis - 20 Prozent = 5 280
6 Montage	32 Prozent	211 200	bis - 30 Prozent = 63 360
7 Instandhaltung	2 Prozent	13 200	± 0 Prozent = 0
8 Lagerhaltung	2 Prozent	13 200	bis - 10 Prozent = 1 320
9 Teilefertigung	<u>4 Prozent</u>	<u>26 400</u>	bis - 10 Prozent = <u>2 640</u>
	100 Prozent	660 000	151 780

1 Hersteller von Pkw, Lkw, Kfz-Teilen, Anhängern und Aufbauten. 2 VDA-Angaben zur Beschäftigungsverteilung in typischen Automobilbetrieben. 3 errechnet nach VDA-Angaben zur Beschäftigungsverteilung. 4 Annahme: Unverändertes Produktionsvolumen.

Für die Beurteilung zukünftiger Konfliktzonen beachtenswert ist das im Kampf um die 35-Stunden-Woche vom Frühsommer '84 in seiner Bedeutung klar hervorgetretene Flexibilisierungskonzept des Kapitals. Sein Kern besteht

<sup>10</sup> Die Zusammenstellung beruht auf einer unveröffentlichten Studie des „Verbandes der Automobilindustrie“; nach: Der Gewerkschafter 4/1984, S. 3.

in stärkerer Anpassung von Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation an Absatzmöglichkeiten und -strategien einerseits und an die gewachsene technische Flexibilität von Produktionsanlagen und Arbeitsmitteln andererseits. Sein sozialer Sinn liegt in dem Versuch, „starre“, einheitliche tarifvertragliche Regelungen aufzubrechen und damit Differenzierungs- und Spaltungsprozesse über bisherige Segmentierungslinien hinweg in die Arbeiterklasse und die Belegschaften hineinzutragen.

Im folgenden sollen die materiellen Grundlagen dieser Flexibilisierungsstrategie genauer untersucht werden.<sup>11</sup> Dabei konzentriert sich die Darstellung auf Veränderungen in den Großbetrieben der Automobilindustrie, also auf Betriebe, die lange Zeit das klassische Muster der „fordistischen“ Massenfabrik darstellten und in denen sich in Verbindung mit der Einführung neuer Produktions- und Verwaltungstechnologien bedeutende Veränderungen der Betriebsstrukturen vollziehen. Obwohl neue Informationstechnologien zuerst und in stärkerem Maße in den nichtproduzierenden Abteilungen (Verwaltung, Rechnungswesen, Planung etc.) eingeführt wurden, gehen die grundlegenden Strukturveränderungen doch nicht von diesen Abteilungen aus; sie werden, wie die Entwicklung zeigt, als der Produktion zugeordnete Abteilungen (oder in weiten Bereichen, um einen Begriff von *Braverman* zu gebrauchen, „schattenhafte Nachbildung des gesamten Produktionsprozesses“<sup>12</sup>) den sich im unmittelbaren Produktionsbereich vollziehenden Umbrüchen angepaßt.

## 2. Veränderter Reproduktionstyp – Umbruch in der Betriebs- und Fabrikorganisation?

### 2.1 Intensivierung und Reproduktionstyp unter wTR-Bedingungen

Die skizzierten Einstellungsveränderungen und die Herausbildung neuer betrieblicher und gesellschaftlicher Konfliktfelder bei Einführung neuer Technologien reflektieren die Auswirkungen eines einsetzenden Umbruchs in der kapitalistischen Fabrik- und Betriebsorganisation und damit im produktiven und gesellschaftlichen Gesamtarbeiter, die ihrerseits Inhalt und Ausdruck von Veränderungen im Reproduktionstyp des Kapitals darstellen.

Die Kernbereiche des Reproduktionsprozesses in den entwickelten kapitalistischen Ländern sind bereits seit langem vom Typ einer intensiv erweiterten Reproduktion geprägt. Dies gilt auch für die Bundesrepublik. Jedoch unterliegt dieser Reproduktionstyp selbst Veränderungen; es ist daher sinnvoll,

11 Dieser Beitrag stellt damit eine Fortsetzung dar zu: A. Leisewitz, Neue Technologien und Arbeiterklasse. Zur Entwicklung des Produktivkraftsystems in der Bundesrepublik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, S. 84–106, und: Perspektiven der Technikentwicklung und Technologiepolitik, in: Marxistische Blätter 2/1984, S. 62–70.

12 H. Braverman, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/New York 1977, S. 184.

zwischen verschiedenen Varianten zu unterscheiden.<sup>13</sup> Gegenüber früheren Phasen zeichnet sich die heute unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution mit der breiten Anwendung elektronischer, informationsverarbeitender Technologien hervortretende Variante durch eine umfassendere Produktionsintensivierung aus, durch die Verknüpfung der Ökonomisierung von konstantem und variablem Kapital auf der Basis neuer Technologien, eine „effektivere und intensivere Nutzung der verschiedenen (Kapital-) Fonds“.<sup>14</sup> Seit Mitte der siebziger Jahre drängen zahlreiche, aus Veränderungen der äußeren und inneren Kapitalverwertungsbedingungen erwachsende Faktoren auf einen solchen Umbruch in Richtung auf einen spezifischen, von den Bedingungen der wtR geprägten Typ der intensiv erweiterten Reproduktion. Auf den Prozeß selbst deuten die Verschiebungen in der Struktur der Anlageinvestitionen und die hohen Zuwachsraten jener Industriezweige hin, die neue Rationalisierungsmittel produzieren (insbesondere elektronische Ausrüstungsgüter, Büromaschinen, EDV-Einrichtungen u. ä.), die zunehmende Verbreitung der neuen programmgesteuerten Arbeitsmittel und die heute Gestalt annehmende Tendenz ihrer Vernetzung, die Umstrukturierungen im gesellschaftlichen Gesamtarbeiter mit dem breiten Wachstum höher- und hochqualifizierter Lohnarbeitskräfte und Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten bzw. der Intelligenz, die Ansätze zu einem kapitalsparenden technischen Fortschritt als Ausdruck verstärkter Ökonomisierung des konstanten Kapitals und die Tatsache, daß von einer Stabilisierung des Trends der Produktivitätsentwicklung trotz Wachstumsstagnation und niedriger Kapazitätsauslastungen, die i. d. R. das Wachstum der Arbeitsproduktivität stark drücken, gesprochen werden kann.<sup>15</sup>

Von den Motiven der kapitalistischen Unternehmen für verstärkte Rationalisierung und Automatisierung lassen sich Rückschlüsse sowohl auf die ihnen zugrundeliegenden Verwertungsprobleme wie auf die Entwicklungstendenzen im Produktivkraftsystem ziehen.

Unter den für die Periode 1981–1983 wichtigsten Motiven für die Einführung von Automatisierungsmitteln einschließlich EDV-Einsatz in der Industrie der BRD rangierten noch deutlich *vor* der Senkung des Lohnkostenanteils die Verringerung von Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten sowie die Steigerung der Flexibilität der Produktion (vgl. Tabelle 2).

13 Die Veränderungen im Reproduktionstyp wurden in verschiedenen Veröffentlichungen des IMSF seit Ende der siebziger Jahre untersucht. Vgl. u. a. H. Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1, Frankfurt/M. 1978, S. 9 ff.; J. Goldberg, Die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals als Grundlage von Stagnationstendenzen, in: ebd., Bd. 2, 1979, S. 9 ff., bes. 31 ff.

14 H. Jung/J. Schleifstein, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, Frankfurt/M. 1979, S. 58.

15 Vgl. L. Maier u. a., Strukturwandel und Strukturkrisen im gegenwärtigen Kapitalismus, IPW-Forschungshäfte 4/1983; J. Goldberg, a. a. O.; die Beiträge von H. Jung und A. Leisewitz in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, S. 44 ff. und 84 ff.; verschiedene Beiträge in Ifo-Schnelldienst 17–18/1984.

Tabelle 2: Automatisierungsmotive und -tendenzen in der Industrie, in der Investitionsgüterproduktion und im Straßenfahrzeugbau der BRD 1981-1983<sup>16</sup>

1. Automatisierungsmotiv <sup>1</sup>	Verarb. Gewerbe	Investitionsgüter prod. Gewerbe	Straßenfahrzeugbau
1.1 Verringerung der Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten	72	84	94
1.2 Steigerung der Flexibilität der Produktion	60	71	89
1.3 Verringerung des Lohnkostenanteils	57	63	72
1.4 Senkung des Energieverbrauchs	48	39	49
1.5 Umweltschutzmaßnahmen. (betriebsintern: Hitze, Staub, Lärm etc.)	45	51	73
2. Automatisierungstendenzen in betrieblichen Funktionsbereichen <sup>2</sup>			
2.1 Entwicklung und Konstruktion	+29	+40	+33
2.2 Materialwirtschaft	+36	+52	+52
2.3 Fertigungsplanung	+27	+29	+27
2.4 Fertigungssteuerung	+56	+61	+80
2.5 Fertigung	+68	+75	+77
2.6 Transport	+9	+14	+44
2.7 Lager	+21	+29	+47
2.8 Vertrieb	+27	+30	+32
2.9 Verwaltung	+5	± 0	+24

1 Angaben in Prozent der Meldungen, gewichtet mit den Investitionen; Mehrfachnennungen möglich. Nur die fünf wichtigsten Automatisierungsmotive aus einer Liste von insgesamt vierzehn Motiven. 2 Angegeben werden Salden in Prozent; Plus-(Minus-)Werte bedeuten, daß die Automatisierungsinvestitionen gegenüber 1978-1980 zunehmen (bzw. abnehmen) werden.

Diese Rationalisierungs- und Automatisierungsziele verweisen auf den Zwang, bei verengten Märkten und stagnierendem Wachstum durch kürzere und flexiblere Produktion sowie rationellere Anlagenauslastung Kosten zu senken, den Umschlag des zirkulierenden konstanten Kapitals zu beschleunigen und rascher und mit größerer Typenvariation auf Absatzmöglichkeiten reagieren zu können. Diese Notwendigkeit einer flexibleren Produktion läßt sich jedoch mit traditionellen Rationalisierungs- und Automatisierungsverfahren nur äußerst schwer und kostenaufwendig realisieren.

In einem solchen Schlüsselsektor der Wirtschaft wie der metallverarbeitenden Industrie sperrte sich die Produktivkraftstruktur in vielen Bereichen bisher gegen weiterreichende Automatisierungsschritte. Dies hängt nicht nur mit

<sup>16</sup> Zusammengestellt nach: L. Scholz, Automatisierungstendenzen in der Industrie, in: Ifo-Schnelldienst 17-18/1982, S. 32 ff. Befragt wurden insgesamt 2600 Industrieunternehmen.



dem Charakter der angewandten Arbeitsmittel zusammen, sondern in vielen Fällen auch mit der stofflichen Seite der Arbeitsgegenstände. So werden in der metallverarbeitenden Industrie der Bundesrepublik rd. 75 Prozent der Produktion durch die Klein- und Mittelserienfertigung getragen,<sup>17</sup> die kaum Möglichkeiten einer Senkung der Produktionskosten kennt, wie sie im Bereich der Massenproduktion durch Fließfertigung, Arbeitserlegung und entsprechenden Maschineneinsatz bei hoher Kapitalintensität gegeben ist. Das benennt umgekehrt auch eine der Grenzen der traditionellen, bei der Produktion auf großer Stufenleiter angewandten Einzweckautomatisierung bzw. der in ihrem Rahmen angewandten technischen Rationalisierungsmittel (Fließfertigung): ihre technologische, auf Grund hoher Kapitalintensität aber auch ökonomische Starrheit. Diese Starrheit bedingt Rentabilität nur bei einheitlichen großen Serien und den Zwang zu einer möglichst langen Anlagennutzung; sie ermöglicht eine rentable Nutzung i. d. R. nur bei der Produktion von „technologisch ausgereiften“ Produkten, die nicht sonderlich innovationsreich sind.

Das rasche Vorantreiben neuer flexibler Automatisierungslösungen – die auf der Basis der Mikroelektronik technisch möglich und wirtschaftlich rentabel geworden sind und die unter Anwendung der EDV erstmals in den fünfziger bzw. sechziger Jahren entwickelte Einzelelemente einer neuen technologischen Produktionsweise auf breiter Front anzuwenden und zusammenzuschließen beginnen<sup>18</sup> – ist der den gegenwärtigen Umbruch im Reproduktionstyp von der technischen Seite her charakterisierende Prozeß. Mit der Anwendung solcher Elemente flexibler Automatisierung (Roboter, NC/CNC-Maschinen, rechnergestützte Entwicklung CAD, rechnergestützte Fertigung CAM, flexible Fertigungssysteme, automatisierte Lagerhaltungs- und innerbetriebliche Transportsysteme und, diesen Elemente der Produktionsautomatisierung beigeordnet, Büroautomation und Einrichtungen der Telekommunikation) werden die Voraussetzungen höherer *quantitativer* (Serien- und Losgröße) und *qualitativer* (Typenvielfalt und -wechsel) Flexibilität geschaffen.<sup>19</sup>

Wir betrachten diese bisher allgemein skizzierten Prozesse jetzt anhand der Entwicklung in den Großbetrieben der Automobilindustrie der BRD.

## 2.2 „Werk 2000“ – das Konzept der Flexibilisierung

Der westeuropäische Automobilmarkt stagniert seit etwa zehn Jahren bei einer überschlägigen Absatzgröße von rd. 8,5 bis 10 Mio. PKW/Jahr. Die Größenordnung der Überkapazitäten der Automobilwerke in dieser Region

17 H. Bernt, Kapitalistische Rationalisierung mit flexiblen Fertigungssystemen, in: IPW-Berichte 3/1984, S. 24.

18 Vgl. A. Leisewitz, Neue Technologien und Arbeiterklasse, a. a. O.

19 Vgl. A. Frosch, Flexible Automation und Arbeitsorganisation, in: mehrwert 15-16/1978, S. 145 ff.; H.-D. Hausteil/H. Maier, Flexible Automatisierung – Kernprozeß der revolutionären Veränderung der Produktivkräfte in den achtziger und neunziger Jahren, in: wirtschaftswissenschaft 5/1982, S. 669 ff.

wird auf rd. 2 Mio. Einheiten geschätzt – Folge des stärkeren Absatzes von relativ billigeren japanischen PKW (rd. 1 Mio./Jahr) und des Aufbaus von Überkapazitäten in gleicher Größenordnung durch die bereits in der Vergangenheit sehr großen parallelen Investitionsprogramme zur Rationalisierung der Werke.<sup>20</sup> Das Investitionsvolumen der in der BRD ansässigen Automobilkonzerne lag in den letzten fünf Jahren bei rd. 35 Mrd. DM.<sup>21</sup> Für die Zukunft wird keine bedeutende Ausweitung des regionalen Automobilmarktes erwartet – angesichts des hohen Standes der Motorisierung in den meisten westeuropäischen Ländern, der Entwicklung der Realeinkommen, der Perspektiven der Arbeitslosigkeit und auch der demographischen Entwicklung ist eher Skepsis angebracht. Nur für einige Mittelmeerländer scheint eine deutliche Ausweitung der Motorisierung wahrscheinlich. Auch auf anderen internationalen Märkten sehen die Expansions- und Konkurrenzbedingungen für die westeuropäischen und, trotz ihrer relativ günstigen Stellung, die BRD-Konzerne nicht sonderlich vielversprechend aus.

Eine krisenhafte Verschlechterung der Kapitalverwertungsbedingungen im Fahrzeugbau hatte sich bereits in der ersten Hälfte der siebziger Jahre deutlich gezeigt.<sup>22</sup> Die Automobilkonzerne der BRD reagierten mit einer Veränderung ihrer Produktstrategie durch Erhöhung der Typenvielfalt, schnelleren Modellwechsel, stärkere Anpassung an „individuelle“ Käuferwünsche, also eine Strategie, die tiefgreifende Veränderungen der Fertigungsprozesse notwendig machte. Hier liegt der Grund für die Flexibilisierung der Produktionsabläufe und aller ihnen vor-, neben- und nachgelagerten Entwicklungs-, Planungs-, Steuerungs-, Kontroll- und Verwaltungsvorgänge, die den gegenwärtig sich vollziehenden technologischen und arbeitsorganisatorischen Umbruch in den Automobilbetrieben charakterisiert. Sie ist zugleich „Schlüsselgröße“ der Betriebs- und Fabrikplanungen, die heute ablaufende Prozesse für die Zukunft fixieren und in konkrete Produktivkraftstrukturen umsetzen.

Eine im VW-Konzern erarbeitete interne Studie „Werk 2000“ läßt diese Zukunftskonzeptionen gut erkennen und liefert aktuelle Beurteilungskriterien für die Umstrukturierungen.<sup>23</sup> Sie wird daher etwas näher dargestellt.

Die Studie nennt eine Reihe allgemeiner Trends und Anforderungen:<sup>24</sup> Stärkere „Individualisierung“ der Produkte und Anpassung der Produktpalette an sich wandelnde Anforderungen „in immer kürzeren Zyklen“; da mit einer bedeutenden Produktionssteigerung nicht zu rechnen sei, werde steigende Produktvarianz und Typenvielfalt mit einem Sinken der Losgrößen verbun-

20 Vgl. Wirtschaftswoche 29/1984, S. 36–44; OECD-Observer 136/1983.

21 Nach Angaben der Konferenz der Betriebsratsvorsitzenden der Automobilkonzerne der Bundesrepublik, in: FR v. 20. 1. 1984.

22 Zur Entwicklung der Automobilindustrie vgl. folgende Monographien: D. Düe/J. Hentrich, Krise der Automobilindustrie, Informationsbericht des IMSF 35, Frankfurt/M. 1981; R. Dolschal/R. Dombos (Hg.), Wohin läuft VW? Die Automobilproduktion in der Wirtschaftskrise, Reinbek 1982; H. Buhmann u. a., Geisterfahrt ins Leere, a. a. O.; Entwicklungen in der Automobilindustrie. Bericht vom zweiten Treffen der Automobilkoordination im Dezember 1983, Hg. SJD – Die Falken NRW/Revier, Duisburg 1984.

23 PPW-Studie Werk 2000 – zukünftige Entwicklungen und Folgerungen, Wolfsburg 1982/83.

24 Ebd., bes. S. 5–14, 27–51.

den sein. Weiterhin nehme die Konjunkturabhängigkeit des Absatzes zu; die Arbeitszeiten würden kürzer. Aus beidem folge die Notwendigkeit, Arbeitszeitregelungen und -formen neu zu ordnen. Es sei mit einem steigenden Ausländer- und Frauenanteil an den Beschäftigten zu rechnen; sinkende Arbeitszeit und neue Arbeitsformen könnten eine wachsende Fluktuation nach sich ziehen; aus demographischen Gründen werde das Durchschnittsalter der Belegschaft steigen. Insgesamt wird zugleich von einer Reduzierung der Stammbeslegschaften ausgegangen. Daraus folge als Konsequenz „Anpassung der Betriebseinrichtungen und Arbeitsstellen an häufig wechselnde Werkereinsätze mit unterschiedlichen Voraussetzungen. Die Arbeitsstellen müssen so beschaffen sein, daß kein langer Lernprozeß notwendig ist (flexible Arbeitsstelle, bedienungsfreundlichere Produktionsanlagen).“ Die Sicherung der Produktqualität erfordere einerseits die Verbesserung der Meß- und Kontrolltechnik zwischen den Arbeitsoperationen mit anschließender Fehlererkennung und -behebung, andererseits eine „intensivere Schulung und Ausbildung der produktiven Stammmannschaft und des Wartungspersonals“. Wartungsaufgaben müßten verstärkt von Produktionswerkern übernommen werden; zugleich gelte es, das Wartungspersonal mehr in die Produktion zu integrieren, wobei auch Personal mit Mehrfachausbildung zur Anwendung kommen müsse. Insgesamt heißt es hierzu: „Um eine wettbewerbsfähige Fertigung halten zu können und die Produktivität zu verbessern, ist eine starke technologische Veränderung bis zum Jahre 2000 erforderlich. Es muß eine hochgradige Mechanisierung und Automatisierung erfolgen. Die heutige Fertigungstechnologie der starren Verknüpfung und der Transferstraßen sowie der Bandarbeit muß einer losen Verkettung und einer flexiblen Fertigung weichen. Die Bandarbeitsstellen müssen stark, wenn nicht sogar ganz reduziert werden. Die Entkoppelung von Mensch und Technik ist unumgänglich. Ein wesentlicher Schub muß aus dem Bereich Organisation/Steuerung kommen. Die Abruf-, Zielsteuerungs-, Informations- und Verwaltungssysteme sind in der Zukunft erheblich zu verbessern. Die Zulieferfirmen sind dabei mit einzu-beziehen.“<sup>25</sup>

Neben einer Anpassung der Arbeitsorganisation wird auf die Erhöhung der Kapitalproduktivität durch Steigerung der Prozeßsicherheit, kontinuierliche Produktion mit Pausendurchlauf der Anlagen, eine verstärkte Mensch-Maschine-Entkoppelung im Sinne selbstregulierender Systeme mit Pufferung und den Ausbau der Rechnersteuerung in der Produktion als vordringliches Ziel verwiesen. Das Produkt müsse fertigungstechnisch von der Seite der Konstruktion und der Werkstoffe her auf die zunehmende Automatisierung zugeschnitten sein.

Schließlich wird als besonderer Gesichtspunkt für gesellschaftliche Verhältnisse, unter denen „die Arbeit nicht mehr so stark im Mittelpunkt steht“, eine intensivere Motivationsarbeit „zur Hebung des Qualitätsbewußtseins und der Identifikation mit dem Arbeitsergebnis“ hervorgehoben. In die gleiche Richtung der Betriebsbindung und Loyalitätssicherung, aber auch der Freisetzung

zusätzlicher Produktivkräfte der lebendigen Arbeit durch Arbeitsidentifikation, zielt die empfohlene Orientierung auf „basisnäheres“ und „demokratischeres“ Führungsverhalten auf den verschiedenen Hierarchiestufen.

Die Studie hebt hervor, daß mit der technologischen Entwicklung wesentliche Voraussetzungen dieser Anpassungsmaßnahmen geschaffen würden. Die Entwicklung der Elektronik führe u. a. zu einer bedeutenden Vereinfachung der Wartung und Reparatur von Steuerungsanlagen (Voraussetzung für die verstärkte Übernahme von Wartungsaufgaben durch Produktionspersonal); die flexible, weitgehend personeneingebundene Verknüpfung der Aggregate sei durch Anwendung von programmierbaren Flur- und Elektrobahnssystemen mit hoher „Eigenintelligenz“ im Verbund mit automatischen Lager- und Fertigungssystemen realisierbar; die zukünftige Roboterentwicklung mache die Anlagen verwendbar für mehrere Produkte, rascher umstellbar, sie ermögliche schnellere Reaktion auf Stückzahlchwankungen und erhöhe ihren Wiederverwendbarkeitsgrad; eine verfeinerte Meßtechnik erleichtere die Fehlererkennung und reduziere damit die Nacharbeitsquoten. Mit der Verknüpfung von rechnergestützter Konstruktion und Fertigung (CAD/CAM) könnten Produkteinführung und Typenwechsel beschleunigt werden. Die Entwicklung von rechnergestützten Fertigungssystemen mit analogen fertigungsorganisatorischen Abläufen (Logistik, Teilezuführung, Materialflußkontrolle etc.) mache im Gegensatz zur Entwicklung der Arbeitszeiten der Beschäftigten eine Ausdehnung der Produktionszeiten der Maschinen und Anlagen, also die Entkopplung von Mensch und Maschine, möglich. Endlich seien verbesserte Werkzeug-Wechsel-Technologien die Voraussetzung für kürzere Rüstzeiten, verringerte Losgrößen, den Einsatz von Maschinen und Programmvorgaben für wechselnde Belegungen und einen rascheren Materialfluß.

Die der Studie beigelegten Modellskizzen der Einzelbetriebe für ein „Werk 2000“ (Preßwerk, Rohbau, Lackiererei, Montage)<sup>26</sup> gehen von einer stark reduzierten Belegschaft besonders in den handarbeitsintensiven Sektoren, von einem hohen Maß an Rechnersteuerung der Anlagen, der Verknüpfung der einzelnen Fertigungsabschnitte und Lager resp. Puffer durch automatische Förderungssysteme, einer weitgehenden Auflösung von starren Verkettungen sowie von flexiblen Fertigungssystemen und starkem Robotereinsatz aus.

Man muß annehmen, daß eine solche, auf rd. fünfzehn Jahre angelegte Vorausplanung hinsichtlich der in sie eingegangenen Produktivkraftaspekte einschließlich der Konzeptionen bezüglich Arbeitsorganisation und Anwendung lebendiger Arbeitskraft durchaus realistisch ist. Dies ergibt sich nicht nur aus der für die Errichtung entsprechender Produktionskomplexe erforderlichen Zeit, sondern auch daraus, daß alle in die Planung eingehenden technologischen Entwicklungslinien und Elemente heute bereits seit längerem bekannt sind und daß sie entweder im Rahmen des Konzerns z. T. selbst entwickelt und konstruiert (Roboter) bzw. bereits angewandt oder doch allgemein erprobt werden.<sup>27</sup> Auch die jüngere Technik- und Produktivkraftgeschichte ver-

26 Ebd., S. 56-60.

27 Vgl. dazu für die Metallwirtschaft der BRD die unter Fn. 5 zitierte Studie der IG Metall.

weist darauf, daß qualitativ neue technologische Elemente eine sich im Durchschnitt zwar verkürzende, aber immer noch beachtlich hohe Entwicklungs- und Einführungsdauer haben.<sup>28</sup> Die technologischen Entwicklungslinien für ein „Werk 2000“ sind also einerseits schon seit längerem bekannt und praktisch angewandt; auf der anderen Seite dürfte sich ihre Rentabilität aufgrund von Kostensenkung, Funktionsverbesserung und wachsender Einsatzbreite in der Planungsperiode noch deutlich verbessern.

### 2.3 Von der Einzweckmechanisierung zur „chaotischen Fertigung“ – aktuelle Tendenzen der Betriebsumstrukturierung

Das Konzept der Studie „Werk 2000“ bestimmt bereits heute die Rationalisierung in den Automobilfabriken. Ein Blick auf Tab. 2 zeigt, daß die gegenwärtigen Automatisierungsziele im Straßenfahrzeugbau von jenen der Industrie bzw. der Investitionsgüterproduktion z. T. nicht unbeträchtlich abweichen. Der Flexibilisierungsdruck ist ausgeprägter, und die Reduzierung des Lohnkostenanteils sowie innerbetrieblicher Umweltbelastungen haben ein höheres Gewicht. Dabei konzentrieren sich in der Automobilindustrie die Automatisierungsvorhaben auf den Fertigungsbereich einschließlich der mit ihm durch Transport und Lagerhaltung verbundenen Materialwirtschaft, also Sektoren mit einem sehr hohen Anteil von Handarbeit (vgl. Tab. 1). Jedoch sind von beachtlichem Gewicht auch die Rationalisierungsanstrengungen im Verwaltungs- und Bürosektor der Autokonzerne. Eine VW-Studie „Büro der 80er Jahre“ geht von einer Rationalisierungsquote von rd. 35 Prozent bis 1990 aus.<sup>29</sup>

Im Wolfsburger VW-Werk liegt Werksangaben zufolge der relative Mechanisierungsgrad mit rd. 80 Prozent im Rohbau und in den Preßwerken am höchsten; in der Lackiererei beträgt er rd. 50 Prozent. Demgegenüber waren im Bereich der Endmontage bisher nur rd. 5 Prozent der Tätigkeiten mechanisiert. Für die 1983 in Betrieb genommene Montagehalle 54 – ein Pilotprojekt, dessen Montagetechnik in den nächsten vier Jahren in allen anderen Produktionsstätten des Konzerns eingeführt werden soll<sup>30</sup> – wird heute ein Mechanisierungsgrad von rd. 25 Prozent angegeben, und etwas über 30 Prozent gelten hier als ein bis zum Ende des Jahrhunderts erreichbares Ziel.<sup>31</sup> Diese Werks-

28 Der Beginn der kommerziellen Einführung von NC-Maschinen: 1955, von Industrierobotern: 1962, von CAD-Systemen: 1965, von CNC-Maschinen, CAM-Systemen und flexiblen Fertigungssystemen: 1969. Vgl. H.-D. Haustein, Zur Strategie der flexiblen Automatisierung, in: *Wirtschaftswissenschaft* 7/1983, S. 1008.

29 VW AG, Büro der 80er Jahre, Wolfsburg o. J.; vgl. auch Opel AG, Bürosysteme in den Bochumer Werken, Bochum 1984 (hektogr.).

30 Vgl. FAZ v. 24. 2. 1984. In der Halle sind 70 Industrieroboter im Einsatz; die Belegschaftsstärke wurde um 20 Prozent reduziert (von 5000 auf 4000 Beschäftigte in zwei Schichten).

31 G. Hartwich, Die Automobilindustrie bleibt auf manuelle Tätigkeiten angewiesen, in: *autogramm* (VW-Werkszeitschrift) 5/1984, S. 3. „Betrachtet über alle Fertigungsbereiche, hat der Automatisierungsgrad beim Golf jetzt zirka 55 Prozent erreicht; auf 60 Prozent werden wir am Ende dieses Jahrzehnts vielleicht gekommen sein. Der Endpunkt des Mechanisierungspotentials dürfte bei etwa 65 Prozent liegen.“

abteilungen werden also auch in Zukunft eine Bastion der Handarbeit bleiben, aber – wie die gegenwärtige Entwicklung zeigt – eben auf reduziertem Niveau und stark veränderter technischer Basis.

Zur Orientierung der heute in Betrieb befindlichen Produktionsanlagen an erhöhter Flexibilität geben wir abschließend einige Beispiele.<sup>32</sup>

Im Bereich der *Preßwerke*<sup>33</sup> des VW-Konzerns waren Umrüstungen der Pressen für die „Käfer“-Produktion i. d. R. nicht erforderlich; heute ist eine solche Einzweckmechanisierung wegen der Breite der Modellpalette nicht mehr anwendbar. Die Produktion einer Vielzahl von Teilearten mit auswechselbaren Werkzeugen der Preßanlagen wird durch ein zentrales Steuersystem mit elektronischer Datenverarbeitung gelenkt. Dieses Fertigungssteuerungssystem PRESS wird nach Systematisierung der im zentralen Vertriebsapparat eingehenden Bestellungen von der Arbeitsvorbereitung programmiert. Das Steuerungssystem überwacht die Produktion, kontrolliert die Materialbestände, die Maschinenleistungen, die laufenden Aufträge und die Produkterstellung, erstellt Fertigungs- und Maschinenbelegungspläne und erfaßt Störzeiten, lokalisiert Störungen und deren Ursachen und dirigiert die Reparaturtrupps. Die Zahl der Preßanlagen im Wolfsburger Werk wurde damit (bei gleichbleibender Kapazität) zwischen 1979 und 1984 von 395 auf 285 reduziert. Durch Verbindung leistungsfähigerer Pressen mit automatischen Stapelhilfen und Robotern sowie Teiletransport durch fahrerlose Systeme konnte die Belegschaft des Preßwerks in der genannten Zeit von 1100 auf 600 Personen abgebaut werden.

Ein Anfang 1984 bei Opel/Rüsselsheim im *Motorenbau*<sup>34</sup> in Betrieb genommenes flexibles Fertigungssystem zur Fertigung von Zylinderköpfen und -blöcken besteht aus der Verknüpfung von zwölf CNC-Bohrmaschinen, einer Fräseinheit sowie zwei Bearbeitungszentren durch ein zentrales Materialfluß- und Informationssystem. Auf der Anlage können gleichzeitig und in beliebiger Reihenfolge vier verschiedene Werkstücktypen bearbeitet werden; die einzelnen Bearbeitungsmaschinen werden durch austauschbare Kassetten gesteuert. In diesem System einer „chaotischen Fertigung“ laufen die auf programmgesteuerten Paletten fixierten Werkstücke automatisch die erforderlichen Bearbeitungsstationen an, die das jeweils vorgesehene Bearbeitungsprogramm von der Zentralsteuerung der Anlage abrufen. Programmerstellung, Rechner- und Anlagenüberwachung sowie Palettenbestückung und Wartung/Reparatur sind die an dieser Anlage zu verrichtenden Tätigkeiten. Ihr wesentlicher Vorzug besteht in der hohen Wiederverwendbarkeit durch Umprogrammierung der Bearbeitungsmaschinen und dem niedrigen werkstückgebundenen Investitionsanteil (20 Prozent). Eine Transferstraße mit starrer Automa-

32 Zur Typenvariation einige Daten: Nach Angaben von VW sind allein im Rohbau 3600 verschiedene Karosserievarianten möglich; von rd. 450 000 1980 gefertigten Golf-Wagen hätten rd. 340 000 „individuelle Ausstattungsmerkmale“ gehabt. (VW AG (Hg.), So wird ein Auto gebaut, Wolfsburg 1981, S. 14, und: VW AG (Hg.), Arbeit am Auto, Wolfsburg 1983, S. 21.)

33 Nach: VW AG (Hg.), Arbeit am Auto, a. a. O., S. 14 ff und Angaben von M. Pusch (stellv. BR-Vors.), in: Wolfsburger Nachrichten v. 17. 3. 1984.

34 Nach VDI-Nachrichten 12/1984, S. 34, und Rüsselsheimer Echo v. 23. 2. 1984.

tion und Vollverkettung hätte vergleichbare Funktionen nur mit sehr viel höherem Investitionsaufwand und sehr viel geringerem Wiederverwendungsgrad realisieren können. Bei Maschinenausfall sind Ausweichprogramme vorgesehen; bei Ausfall der speicherprogrammierbaren Leitsteuerung springt ein parallelgeschaltetes Ersatzsystem ein. Damit sollen geringe Stillstandzeiten und eine hohe Anlagensicherheit gewährleistet werden.

Eine von der Grundstruktur her gleiche Anlage stellen die im *Karosserie-rohbau* bei VW<sup>35</sup> eingesetzten roboterbestückten Arbeitsstationen zum Zusammenschweißen der Karosserien dar; die Analogie gilt auch für die Funktionen der lebendigen Arbeit. Dies zeigt, daß entsprechende flexible Fertigungseinrichtungen auf die verschiedensten Formen der Werkstückbearbeitung angewandt und bereits rentabel eingesetzt werden können.

Der letzte Gesichtspunkt verweist auf Anstrengungen zur Ökonomisierung des konstanten Kapitals. Daß hier durch die neuen Technologien ein beachtlicher Schub ermöglicht wird, zeigen Veränderungen in der Anlagennutzungsmöglichkeit und -dauer: In der Phase der Einwegmechanisierung bei der Produktion des VW-Käfers mußten bei Modellwechsel rd. 80 Prozent der Anlagen demontiert werden; auf dem heutigen technologischen Niveau, das seit 1983 bei der Produktion des Golf II angewandt wird, sollen dies nur noch 20 Prozent sein.<sup>36</sup>

Zur Ökonomisierung des konstanten und variablen Kapitals gehört ferner die Anwendung elektronischer Systeme der *Materialwirtschaft*.<sup>37</sup> Solche hauptsächlich unter dem Stichwort „Kanban“ diskutierten und durch die Streiktaktik der IG Metall im Kampf um die 35-Stunden-Woche zeitweilig in den Mittelpunkt gerückten Systeme zielen auf Umlaufbeschleunigung des in Halbzeug fixierten konstanten Kapitals durch eine engere Abtaktung von Produktion und Materialzulieferung, auf Senkung der Lagerbestände und der damit verbundenen Kapitalbindung, auf Reduzierung des Personalaufwands im System der bürokratischen Betriebsplanung, -kontrolle und -abrechnung, auf höhere Terminalsicherheit und Lieferfähigkeit. Elektronisch gestützte Logistiksysteme sind darüber hinaus Instrumente der Arbeitsintensivierung, da sie einen exakteren und rascheren Betriebsablauf erfordern. Zugleich dienen sie einer stärkeren Bindung und Unterwerfung der nichtmonopolistischen Zulieferer (allein VW hat 2200 Zulieferbetriebe<sup>38</sup>) unter das Konzernkapital, indem sie eine systematische Integration der Planungs- und Produktionsabläufe ihrer Betriebe in jene der Abnehmerwerke erzwingen.

Die hier referierten Zukunftskonzeptionen und aktuellen Tendenzen der Betriebs- und Fabrikflexibilisierung gelten in erster Linie für die Automobilindustrie; sie reflektieren jedoch eine grundlegende Tendenz in der Entwicklung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Darauf verweisen, bei aller Differenziertheit und zum Teil beachtlichen Unterschieden, die grundlegen-

35 Vgl. VW AG (Hg.), *Arbeit am Auto*, a. a. O., S. 20.

36 M. Pusch, a. a. O.

37 Vgl. dazu H. Wildemann, *Produktion auf Abruf*, in: VDI-Zeitschrift 3/1983, S. 53-59; *Logistik*. Handelsblatt-Serie 1983, Düsseldorf 1983.

38 Handelsblatt v. 10. 10. 1983.



den Rationalisierungstrends in der Gesamtwirtschaft. Das gilt dabei in besonderer Weise für ihren monopolistischen Sektor und ist naturgemäß dort am ausgeprägtesten, wo bereits die ersten Schritte in der breiten Umsetzung und Anwendung der neuen Produktivkräfte getan sind.<sup>39</sup> Zugleich ist es jedoch ein Charakteristikum dieses Umbruchs, daß die Anwendungsmöglichkeiten der neuen Technologien weit über den großbetrieblichen Sektor hinausreichen und zum Teil mit Blick auf die in Branchen mit mittleren Betriebsgrößen herrschenden Produktionsbedingungen zuerst entwickelt wurden (dies gilt besonders für den Maschinenbau).

Die Flexibilisierungsstrategie des Kapitals, die seit längerem in den Publikationsorganen der Unternehmensverbände systematisch propagiert wird und die ein tragendes Element der staatsmonopolistischen Konzeption der weltmarktorientierten Modernisierung der Wirtschaft ist,<sup>40</sup> ist also sehr viel „tiefergestaffelt“, als es ihre auf unmittelbare Fragen der Vernetzung der Arbeitskraft (Arbeitszeit- und Arbeitsorganisationsregelungen) gerichtete Offensive vermuten läßt, die mit der Auseinandersetzung um das „Flexi-Konzept“ der Metall- und Druckunternehmer im Kampf um die 35-Stunden-Woche deutlich wurde. Diese Strategie wurzelt in den Strukturveränderungen der materiellen Produktionsprozesse. Insofern wird die Betriebsflexibilisierung mit allen ihren Implikationen eine wichtige Konfrontationslinie auch zukünftiger betrieblicher Klassenauseinandersetzungen bestimmen.

### **3. Technische Kontrolle und Herrschaft im Betrieb: Neue Möglichkeiten und Grenzen**

Eines der hervorstechendsten und konflikträchtigen Momente der Strategie der Flexibilisierung unter Anwendung neuer Technologien ist die starke Ausweitung der informationstechnischen Durchdringung der Produktionsabläufe und Arbeitsprozesse und die Möglichkeit der Zentralisierung der hierbei gewonnenen Daten. Ohne Zweifel verschafft dies der technischen Kontrolle des Kapitals über die Arbeitskräfte eine neue Dimension, die auch auf der Ebene des Ausbeutungsprozesses signalisiert, daß die klassischen Formen des Taylorismus und Fordismus als Methoden der technischen und arbeitsorganisatorischen Unterordnung der lebendigen Arbeitskraft heute zwar weiterhin – und dies auch im Rahmen und mit Hilfe der neuen Technologien – eine wichtige Rolle spielen, aber doch nicht mehr den phasenbestimmenden Prozeß der Vergesellschaftung der Lohnarbeitskraft darstellen. Die Anwendung der neuen Informationstechnologien schafft in vielen Bereichen erst die Voraussetzungen für die systematische Einführung von tayloristischen Formen der Arbeitszerlegung und Kontrolle (dies gilt besonders für den Büro- und Verwaltungssektor, aber auch für die Arbeit großer Gruppen der technischen Intelli-

39 Vgl. die IG-Metall-Erhebung (Fn. 5) und die für IBM durchgeführte westeuropäische Rationalisierungsstudie, in: IBM-Nachr. 268 (1983), S. 35 ff.

40 Vgl. BMFT (Hg.), Informationstechnik. Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken, Bonn 1984; Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung, Stuttgart 1983, S. 148 ff.

genz), und sie ermöglicht dort, wo Taylorismus und Fordismus schon seit langem dominierten, im Bereich der unmittelbaren Produktion, neue und weitergehende Kontrollformen.

Das Konzept der Flexibilisierung ist ohne Erhöhung der Datendichte, ohne Systematisierung der Datenerfassung und -verarbeitung und ohne die Beschleunigung des betrieblichen Datenflusses nicht realisierbar. Die Zukunftskonzeptionen und gegenwärtigen Rationalisierungsvollzüge hatten gezeigt, daß die Rechnersteuerung der betrieblichen Abläufe sowohl der unmittelbaren Produktion wie der ihr zu- und beigeordneten Funktionen der betrieblichen Verwaltung, Planung, Abrechnung etc. eine „Schlüsselgröße“ darstellen. Die Beherrschung der Informationsflüsse ist das „Nadelöhr“, das bei der Intensivierung des Produktions- und Reproduktionsprozesses nicht zu umgehen ist. Das schließt die Intensivierung der Arbeit, die Leistungsverdichtung ein. Auch in der Vergangenheit wurden Daten und Informationen, die sich auf die menschliche Arbeitsleistung beziehen und die nicht unmittelbar über technische Prozesse steuer- und kontrollierbar waren (z. B. über Bandgeschwindigkeiten) in verobjektivierter Form erfaßt. Diese Form der Leistungsfixierung bezog sich jedoch in erster Linie auf Zeiten und Resultate, nicht auf die Realisierung der unmittelbaren Arbeitsvollzüge. Kernpunkt der tayloristischen wissenschaftlichen Betriebsführung war es bekanntlich gewesen, in den Bereich der unmittelbaren Arbeitsvollzüge einzudringen, um den Lohnabhängigen die Kontrolle über diese Seite ihrer Lohnarbeit durch detaillierte Vorgaben zu entziehen und damit den in solchen Restformen der Kontrolle über die eigene Arbeit wurzelnden Widerstand gegen die Intensivierung der Arbeit zu brechen.<sup>41</sup> Die wissenschaftliche Betriebsführung hat ein ganzes Arsenal der Mittel und Methoden entwickelt, um diese Kontrolle zu erzwingen, Mittel und Methoden, die stets eine Kopplung von technischer, arbeitsorganisatorischer und personeller Kontrolle darstellen. Aus der Sicht der kapitalistischen Aneignung und Ausbeutung der Lohnarbeitskraft hatte eine Grenze solcher Formen der Kontrolle über die Arbeit u. a. darin bestanden, daß sie in weiten Bereichen entweder auf der „Eigenberichterstattung“ der Lohnarbeitskräfte oder der nur zeit- und fallweisen Erfassung der Arbeitsvollzüge im Detail (REFA-System) mit der Ableitung von Vorgaben beruhte. Die neuen elektronischen Technologien schaffen hier insofern „Abhilfe“, als sie die kontinuierliche Erfassung interessierender Leistungs- und Arbeitsablaufdaten durch eine direkte Aufzeichnung und jederzeit mögliche Auswertung der Maschinen- und Anlagendaten schaffen. Das System der Betriebsdatenerfassung (BDE) gestattet damit ein tieferes Eindringen in den Arbeitsprozeß, als dies bisher für das Kapital möglich war.

Die Systeme der Betriebsdatenerfassung<sup>42</sup> – 1981/83 in rund 74 Prozent al-

41 Dies stellt ausgezeichnet dar H. Braverman, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, a. a. O., S. 73 ff. und 144 ff.

42 Vgl. dazu: J. Hofmann, Personalinformationssysteme, Frankfurt/M. 1982; U. Klotz, K. Meyer-Degenhardt, Personalinformationssysteme. Auf dem Weg zum arbeitsplatzgerechten Menschen, Reinbek 1984, bes. S. 46 ff. und 152 ff.; forbit (Hg.), Materialien zu Personalinformationssystemen (Hamburg 1984); W. Erb, in: H. Buhmann u. a., Geisterfahrt ins Leere, a. a. O.

ler Betriebe der Metallwirtschaft bereits eingeführt, wenn auch längst noch nicht die Gesamtheit der Maschinenprozesse erfassend<sup>43</sup> – ermöglichen es in ihren entwickelten Formen, alle wesentlichen Aspekte eines maschinellen Arbeitsganges an der Maschine selbst zu registrieren und einer zentralen Auswertung auf Werkstatt- oder Abteilungsebene bzw. in der zentralen Fertigungssteuerung zuzuleiten. Sie sind wesentliche Voraussetzung für die Erstellung von Maschinen- oder Anlagenbelegungsplänen im Rahmen einer flexiblen Fertigungssteuerung, und sie können mit Einrichtungen der Terminverfolgung (Rückmeldung zum Abgleich von Soll- und Ist-Daten) ausgestattet und an das System der Materialwirtschaft angeschlossen werden. Zugleich können, wie die betriebliche Praxis zeigt, BDE-Systeme bei Rückmeldung fertiggestellter Arbeitsschritte auch automatisch Daten für die Entgeltabrechnung erheben. Sie sind schließlich ein wesentliches Element im Rahmen von betrieblichen Personalinformationssystemen, zu deren wichtigsten technischen Vorläufern sie im übrigen gehören. Wie rudimentär solche BDE-Systeme auch entwickelt sein mögen, sie bieten fast immer die Möglichkeit der direkten Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Maschinenarbeiter und können Dispositionsspielräume bei der Gestaltung der Arbeitsgänge (Arbeitsreihenfolge, zeitliche Abgleichung von Leistungsschwankungen usw.) in weitem Maße durch entsprechende Vorgaben einengen. Dies ist besonders dort der Fall, wo wichtige Aspekte der Maschinenarbeit (Steuerung, Programmierung) vom unmittelbaren Maschinenpersonal abgezogen und als eigene Funktionen zentralisiert werden.

Die Anwendung solcher Formen technischer Kontrolle hat im übrigen nichts Willkürliches an sich; sie ergibt sich zwangsläufig aus der Tendenz zur Ökonomisierung des konstanten und variablen Kapitals. Auf der einen Seite dienen BDE-Systeme einer Erhöhung des Auslastungsgrades der Anlagen durch Maschinenbelegungspläne und Auslastungskontrolle sowie der Reduzierung von Stillstands- und Störzeiten durch Kontrolle des Arbeitspersonals und systematische Erfassung, Analyse und damit auch Ausschaltung von Störungen. Damit sollen sie zugleich eine Erhöhung der Durchlaufgeschwindigkeit bewirken. Auf der anderen Seite sind sie Hebel stärkerer Kontrolle der lebendigen Arbeit und damit Mittel der Arbeitsintensivierung, der stärkeren Abpressung von Mehrarbeit.

Diese Funktionen unterstreichen die Marx'sche Analyse, daß der kapitalistische Produktionsprozeß als Verwertungs- und Ausbeutungsprozeß zugleich Herrschaftsprozeß ist, wobei es zuerst um die Kontrolle der Arbeitsleistung geht, darum, aus der Arbeitskraft ein Maximum an Mehrarbeit „auszupumpen“. Der Interessenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital liegt damit auf der Ebene des Arbeitsprozesses auf der Hand. Dabei reichen die Formen der Gewalt des Kapitals gegen die Arbeitskräfte vom stummen ökonomischen Zwang (Druck der Reservearmee) über innerbetriebliche Sanktionen und Betriebsordnungen und die Formen der technischen Kontrolle (Anbindung an das technische Arbeitsmittel) bis hin zu dem, was *Edwards* bürokratische

43 IG Metall (Hg.), *Maschinen wollen sie...*, a. a. O., S. 17 und 67 f.

Kontrolle nennt,<sup>44</sup> die Einbindung in betriebliche Hierarchie- und Abstufungssysteme, Formen der Betriebsbindung usw.

Diese verschiedenen Methoden der Kontrolle durch das Kapital dienen zugleich einem weitergehenden Ziel der betrieblichen Herrschaft, das über die Ausbeutung der einzelnen Lohnarbeitskraft hinausweist, der Kontrolle und Unterwerfung des Gesamtarbeiters, denn, so *Marx*, „mit der Masse der gleichzeitig beschäftigten Arbeiter wächst ihr Widerstand und damit notwendig der Druck des Kapitals zur Bewältigung dieses Widerstands“.<sup>45</sup> Die Kontrolle des Kapitals über den Produktions- und Arbeitsprozeß zielt also stets auch darauf, Ansätze zur betrieblichen Formierung der Klasse zu unterdrücken. Dieser Aspekt der Herrschaft betrifft insbesondere auch die Formen der Arbeitsorganisation, weil mit ihnen eng die Möglichkeiten der Kommunikation und Entfaltung der Lohnabhängigen verbunden sind. In die gegenüber ihren technischen Grundlagen relativ selbständige Arbeitsorganisation gehen insofern stets Momente der betrieblichen Herrschaft ein.

Jedoch zeigt sich hier zugleich die allen Vergesellschaftungsformen des Kapitals eigentümliche Dialektik. Obwohl die Elemente der technischen Kontrolle, die sich das Kapital bereits früher zunutze machte (etwa die Anbindung an das Fließbandsystem) eine stärkere Unterordnung der einzelnen Lohnarbeiter und die Kontrolle ihrer Arbeitsleistung, ihrer Bewegung und Kommunikation bei der Arbeit ermöglichten, spielten sie doch zugleich dem betrieblichen Gesamtarbeiter durch die ausgeprägtere objektive Koordination und Verknüpfung aller betrieblichen Abläufe eine starke Waffe in die Hand, die die Möglichkeit schuf, den Betrieb an „empfindlichen“ Stellen zu treffen.<sup>46</sup>

Hier liegt auch eine der Grenzen der neuen Formen technischer Kontrolle. Ohne Zweifel erweitern sie die Zugriffs- und Eingriffsmöglichkeiten des Kapitals, indem sie einzelne Arbeitsvollzüge kontrollier- und steuerbar machen. Andererseits führt die Flexibilisierung und stärkere informationstechnologische Durchdringung der Betriebe zu einer stärkeren Integration der einzelnen Abläufe und schafft mit der wachsenden Bedeutung von steuernder, überwachender und koordinierender Arbeit neue „Schlüsselstellungen“ für die Ausübung betrieblicher Gegenmacht – durch die objektive technologische Verknüpfung, aber auch durch die stärkere objektive Integration des Gesamtarbeiters, die neue Kooperationsbeziehungen und damit „Kontaktflächen“ zwischen seinen verschiedenen Gruppen schafft. Um dem entgegenzuwirken, werden in Zukunft in stärkerem Maße solche Formen betrieblicher Herrschaft eine Rolle spielen, die auf Integrationskonzepten und -mechanismen beruhen, wie sie bereits mit den betrieblichen Qualitätszirkeln praktiziert werden.<sup>47</sup> Es

44 R. Edwards, *Herrschaft im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt/New York 1981, bes. S. 144ff. Zur Diskussion über technische Kontrolle vgl. die Lit.-Übersicht bei G. Dörr, E. Hildebrandt, R. Seltz, *Veränderung betrieblicher Kontrolle durch computergestützte Produktionsplanung und -steuerung*, IIVG/ dp83-204, Wissenschaftszentrum Westberlin, 1983.

45 K. Marx, *Das Kapital*, I. Bd., in: MEW Bd. 23, S. 350.

46 Dies hebt Edwards, a. a. O., S. 141, hervor.

47 Vgl. M. Pusch, K. Volkert, H.-J. Uhl, *Qualitätszirkel/Werkstattkreise/Aktionskreise der Volkswagenwerk AG*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11/1982, S. 740ff.

sind dies Herrschaftskonzepte, die die mit der Massenarbeitslosigkeit gewachsene Klassen-Segmentierung in Betriebsbindung und -loyalität ummünzen wollen. Dies dürfte auch ein wesentlicher Aspekt der von Kern/Schumann beschriebenen Konzernstrategie der „Requalifizierung“ der Belegschaften sein.<sup>48</sup>

Aus dem Interessenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital auf der Ebene der Arbeits- und Produktionsprozesse ergibt sich zwangsläufig, daß alle Methoden zur Durchsetzung von Interessen des Kapitals dem Klassenkampf unterliegen und potentielle Konfliktpunkte darstellen. In der Vergangenheit hatten insbesondere die betrieblichen Konflikte um die Einführung von Personalinformationssystemen (Daimler-Benz, Opel) mit der Durchsetzung von Betriebsvereinbarungen zur Einschränkung wesentlicher, mit der Einführung der PIS beabsichtigter Kontroll- und Selektionsmechanismen die Möglichkeiten und Ansatzpunkte solcher Gegenwehr gezeigt.<sup>49</sup>

Die betriebliche Umsetzung der arbeitszeitlichen Flexibilisierungsmöglichkeiten, die vor allem im Tarifabschluß der Metallindustrie vom Frühsommer 1984 eröffnet werden, wird mit Sicherheit neue betriebliche Konflikte um die Systeme der technischen Kontrolle hervorrufen, die vom Interessenstandpunkt des Kapitals schon zur Registrierung und Einhaltung der individualisierten Arbeitszeiten notwendig sind. Eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften auf der betrieblichen Ebene wird es daher sein, den damit verbundenen Zielen der Differenzierung, Spaltung und Entsolidarisierung der Belegschaften wirksame Gegenkontrollen entgegenzusetzen und Forderungen zu entwickeln, die die Interessengemeinsamkeit der Belegschaften zum Tragen bringen.

48 H. Kern/M. Schumann, Neue Produktionskonzepte haben Chancen, a. a. O.

49 Vgl. U. Klotz/K. Meyer-Degenhardt, Personalinformationssysteme, a. a. O.

## **Arbeiterjugendliche und Klassenformierung**

### **Zum Wandel außerbetrieblicher Entwicklungsbedingungen und seinen Auswirkungen auf den Formierungsprozeß**

*Klaus Dörre\**

*1. Arbeiterjugend: Tendenz zum „konservativen Rückzug“? – 2. Die Betriebsorientierung der Jugendarbeit in der innergewerkschaftlichen Diskussion – 3. Strukturelle Veränderungen der vorberuflichen Sozialisations- und Reproduktionsbedingungen Arbeiterjugendlicher – 4. Krise, „Arbeitsmarktsegmentierung“ und Klassenformierung – 5. Betriebliche Erfahrungen – 6. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad, aktiver Kern und Aktionstätigkeit – 7. Einige Ergebnisse und neue Fragen*

#### **1. Arbeiterjugend: Tendenz zum „konservativen Rückzug“?**

Während sich das Thema „Jugend“ vor dem Hintergrund von „Jugendprotest“ und „neuer Jugendbewegung“ seit Beginn der 80er Jahre allgemein verstärkter Aufmerksamkeit erfreuen kann, ist hinsichtlich der Arbeiterjugend eine eher gegenläufige Tendenz zu verzeichnen. Angeregt durch die Lehrlingsbewegung und den von ihr ausgehenden Impuls für die gesamte Arbeiterjugendbewegung waren Mitte der 70er Jahre eine Reihe sozialwissenschaftlicher Publikationen erschienen, die sich mit verschiedenen Aspekten von Lebenssituation, Bewußtsein und Engagement von Arbeiterjugendlichen beschäftigten.<sup>1</sup> Seither hat das wissenschaftliche Interesse am Nachwuchs der Arbeiterklasse<sup>2</sup> stark nachgelassen.

Ursachen hierfür sind nicht allein die traditionelle Distanz der bürgerlichen Jugendforschung zu klassenspezifischen Fragestellungen sowie der von einem Teil der linken Diskutanten vollzogene intellektuelle „Abschied vom Proletariat“, sondern auch reale Entwicklungsprozesse innerhalb der Arbeiterjugend

\* Der Aufsatz ist nach Gesprächen mit Christoph Speier und Harry von Barga entstanden.

1 Dazu gehören z. B.: H. Deppe-Wolfinger, Arbeiterjugend – Bewußtsein und politische Bildung, Frankfurt 1972; Autorenkollektiv, Berufliche Sozialisation und gesellschaftliches Bewußtsein jugendlicher Erwerbstätiger, Frankfurt 1973; W. Kruse, Die Qualifikation der Arbeiterjugend, Frankfurt 1976; IMSF (Hrsg.), Arbeiterjugend – Bewußtsein und Aktion, Dortmund 1976; P. Katzer, Zur Gewerkschaftsjugendbewegung – Probleme und Entwicklungen seit Ende der sechziger Jahre. Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF, Nr. 2, Frankfurt 1977; E. Stark-von der Haar, Arbeiterjugend – heute. Jugend ohne Zukunft? Darmstadt/Neuwied 1977; IMSF (Hrsg.), Jugendliche im Großbetrieb, Frankfurt 1978.

2 Der Begriff „Arbeiterjugend“ wird hier, sofern nicht anders vermerkt, im Sinne von „Nachwuchs der Arbeiterklasse“ verwendet.

selbst: Die Folgewirkungen der ökonomischen Krise wurden bislang nicht zum Ausgangspunkt für die Formierung einer auf den Ausbildungs- und Produktionssektor gerichteten Protestbewegung mit einer ähnlich hohen Ausstrahlungskraft, wie sie z. B. Friedensbewegung und „neue soziale Bewegungen“ für größere Teile der jüngeren Generation besitzen. Die Schere zwischen zugespitzten ökonomisch-sozialen Problemen und relativ gering entwickeltem Widerstand scheint darauf hinzudeuten, daß in der Arbeiterjugend – und hier besonders bei der in Ausbildung oder Beruf stehenden Mehrheit – die Tendenz zu Anpassung und Resignation dominiert.

Verdienst der *Shell*-Studie von 1981 ist u. a., daß sie, gestützt auf zum Teil neues Forschungsinstrumentarium, das Dogma von der schweigenden, angepaßten Mehrheit und der kleinen Protestminderheit gründlich korrigierte. Das Forscherteam setzte bei der Alltagskultur der Jugendlichen an und erfragte ihre Haltung zu verschiedenen Proteststilen aus dem Milieu der „neuen sozialen Bewegungen“ (Umweltschützer, alternative Gruppen, AKW-Gegner, Hausbesetzer). Jedem dieser Proteststile stand zumindest eine relative Mehrheit der befragten 15- bis 24-jährigen positiv gegenüber (je nach Stil zwischen 81 und 47 Prozent).<sup>3</sup>

Den engagierten Proteststilen werden die sich gerade durch ihr „abgewendetes politisches Engagement“ hervortuenden „konservativen Fan-Stile“ (z. B. Disco- und Fußballfans) gegenübergestellt. Die Orientierung auf einen der beiden Pole sei, so die Autoren, „klassen- bzw. schichtabhängig“. „Jugendliche, die konservative Stile favorisieren, leben häufiger unter den Bedingungen des Arbeitermilieus, engagierte Proteststile haben eine hohe Affinität zur oberen Mittelschicht. Jugendliche Angestellte sind vermehrt auf der Protestseite zu finden, jugendliche Arbeiter, Beamte, Soldaten und mithelfende Familienangehörige richten sich öfter an den konservativen Stilen aus.“<sup>4</sup>

Die pauschale Interpretation der Autoren ignoriert ein wichtiges Ergebnis ihrer eigenen Studie: Differenziert nach der sozialen Herkunft, sind die Unterschiede zwischen Jugendlichen aus der „Unterschicht“, der „Mittelschicht“ und der „oberen Mittelschicht“ hinsichtlich ihrer Zustimmung zu den engagierten Proteststilen relativ gering. Bedenkt man, daß ein erheblicher Teil jener Jugendlichen, die die *Shell*-Autoren zur Mittelschicht zählen, im klassenanalytischen Sinne dem Nachwuchs der Arbeiterklasse zuzurechnen ist, so wird deutlich, daß die Proteststile auch innerhalb der Arbeiterjugend über ein erhebliches Sympathiepotential verfügen. Zwar liegt die Zustimmung zu den verschiedenen Proteststilen bei Hauptschülern zumeist 6 bis 8 Prozent unter dem Durchschnitt, doch schon bei den Realschülern, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl zum Nachwuchs der Arbeiterklasse gehören, übersteigen die Sympathiewerte jene der Gesamtgruppe teilweise um bis zu 13 Prozent.<sup>5</sup>

Die kritische Überprüfung der *Shell*-Daten erhärtet also nicht die pauschale

3 Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, Band 1, Hamburg 1981, S. 488.

4 Ebd., S. 501.

5 Vgl. ebd., S. 494, S. 497.



These von der zum „konservativen Rückzug“ neigenden Arbeiterjugend; vieles deutet auch bei diesen Jugendlichen auf ein umfangreiches, an außerparlamentarischen Protestbewegungen orientiertes Einstellungs- und Handlungspotential hin. Dieses Potential wird im Rahmen von betrieblichen oder gewerkschaftlichen Aktivitäten nur partiell wirksam – ein Faktum, das auch innerhalb der Gewerkschaften Diskussionen (u. a. über die Betriebsorientierung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit) ausgelöst hat.

## **2. Die Betriebsorientierung der Jugendarbeit in der innergewerkschaftlichen Diskussion**

*Baethge* u. a. unterscheiden in der innergewerkschaftlichen Diskussion zwei Tendenzen.<sup>6</sup> In der, im Vergleich zu anderen Gewerkschaften, stärker an klassenautonomen Positionen orientierten IG Metall dominiert ein Ansatz, dessen Hauptbezugspunkt die Auswirkungen der ökonomischen Krise sind. Es wird von einer unverändert positiven Identifikation der Jugendlichen mit Ausbildung und Beruf ausgegangen. Dies sei zugleich als Grundlage für eine weitgehende Übereinstimmung von Interessen der Jugendlichen mit den Zielen der Gewerkschaften anzusehen. Die Folgewirkungen der ökonomischen Krise führten zu wachsendem Druck auf ausbildungs- und berufsbezogene Ansprüche der Jugendlichen, bewirkten eine Verschlechterung gewerkschaftlicher Kampfbedingungen und eine Bedeutungszunahme privater Konsum- und Freizeitbedürfnisse. Dies seien ernste Hindernisse für betriebliches und gewerkschaftliches Engagement, doch werde das grundsätzlich positive Verhältnis der Mehrzahl der Jugendlichen zu den Gewerkschaften dadurch nicht beeinträchtigt.

In der eher sozialpartnerschaftlich orientierten IG Chemie beherrscht dagegen ein Ansatz die Diskussion, der zwar die ökonomischen Krisenerscheinungen nicht ausklammert, jedoch strukturellen Veränderungen außerbetrieblicher Entwicklungsbedingungen einen höheren Stellenwert für die Erklärung aktueller Bewußtseins- und Verhaltenstendenzen Jugendlicher beimißt. Grundlegend ist die These, daß beschleunigter sozialer Wandel eine Unterhöhlung der gesellschaftlichen Basisnormen und eine immer raschere Entwertung der Lebenserfahrungen und Lebensformen der älteren Generationen verursacht habe. Traditionelle Verhaltensmaximen der Erwachsenen erwiesen sich zunehmend als für die Identitätsbildung der Jugendlichen und die Bewältigung ihrer spezifischen Probleme ungeeignet. Dies vertiefte die Kluft zwischen den Generationen, bewirke Verunsicherung der Jugendlichen und sei der Hintergrund für „Jugendunruhen“ und „Jugendprotest“. Eine subjektive Bedeutungsreduktion von Arbeit korrespondiere mit einem „Vermeidungsverhalten“ der Jugendlichen in Betrieb und Gewerkschaft. Anpassung und Passivität, um Nachteilen und Mißerfolgen zu entgehen, seien hier als dominante Verhaltenstendenzen anzusehen.

<sup>6</sup> Vgl. M. Baethge, H. Schomburg, U. Voskamp, U., *Jugend und Krise – Krise aktueller Jugendforschung*, Frankfurt/New York 1983, S. 11 ff.

Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangen Mitarbeiter der DGB-Bundesjugendschule Oberursel: Ein fundamentaler Wertwandel löse allmählich den auf quantitativem Wachstum und technischem Fortschritt beruhenden Konsensus der Industriegesellschaften auf. Von dieser Erosion würden auch die – ebenfalls an Wachstum und Technikfortschritt ausgerichteten – traditionellen Ziele der Gewerkschaften tangiert. Hier liege die eigentliche Ursache für ein distanzierteres Verhältnis vieler Jugendlicher zu den Gewerkschaften.

Aus den konträren Positionen werden unterschiedliche Konsequenzen für die gewerkschaftliche Jugendarbeit im Betrieb gezogen: Die IG-Metall-Jugend (und andere, ihrer Position zuneigende Gewerkschaften) halten an der Betriebsorientierung fest, ohne andere Wirkungsfelder und Themen aus der gewerkschaftlichen Arbeit ausschließen zu wollen. Die im Betrieb erstmals erfolgende unmittelbare Konfrontation Jugendlicher mit dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital wird als zentraler Ansatzpunkt für die Bewußtmachung der eigenen Interessen und für die Entwicklung von Bereitschaft zur kollektiven Interessenwahrnehmung angesehen.<sup>7</sup>

Die Gegenposition wird am prononciertesten aus dem Umfeld der „Oberurseler“ vertreten.<sup>8</sup> Es müsse „endlich Schluß sein“, so die Autoren, „bis in alle Ewigkeit den Betrieb als *das* Aktionsfeld gewerkschaftlicher Jugendarbeit“ festzuschreiben. Stattdessen sei eine stärkere Öffnung der Jugendarbeit für außerbetriebliche Aktionsfelder und Politikthemen notwendig.

Kern der Auseinandersetzung ist nicht der vordergründige Streit über die Rolle außerbetrieblicher Aktionsfelder und Themen. Eine Öffnung hierfür ist auch in den der IG-Metall-Position zuneigenden Gewerkschaften längst Praxis. Ebenso wenig verzichten die IG Chemie und die ihr nahestehenden Gewerkschaften auf betriebliche Jugendarbeit. Es geht vielmehr um den Stellenwert von betrieblichen Erfahrungen und von Bewußtmachung ökonomischer Klasseninteressen für die kollektive Handlungsbereitschaft Jugendlicher.

Während der IG-Metall-Ansatz das Bewußtsein gegensätzlicher Interessen von Unternehmern und Lohnabhängigen als zentrale Bedingung kollektiven Engagements in den Gewerkschaften ansieht, erklärt die zweite Position den Zusammenhang von betrieblichen Erfahrungen, Ausbildung ökonomischen Klassenbewußtseins und Entstehung gewerkschaftlicher wie politischer Handlungsfähigkeit für strukturell gestört. Der IG-Metall-Ansatz zielt auf die Heranführung Jugendlicher an klassenautonome Positionen, birgt aber die

7 „Mit dem Beginn der Ausbildung oder einer anderen Beschäftigung im Betrieb beginnt für junge Arbeitnehmer eine Lern- bzw. Erfahrungsphase, in der sie einerseits mit neuen Fertigkeiten und Kenntnissen vertraut gemacht werden, andererseits aber von den Unternehmern in ein Schema des funktionierenden Arbeitnehmers eingepaßt werden sollen... Diese gegensätzlichen Interessen sind Ursache vielfältiger Konflikte im Betrieb, denen der einzelne Jugendliche zunächst hilflos ausgesetzt ist. Gewerkschaftliche Jugendarbeit hat im Betrieb die Funktion, Bewußtsein für die gegensätzlichen Interessen zu schaffen. Auszubildende und Jungarbeiter(innen) müssen erfahren, daß sie ihre objektiven Interessen nur gemeinsam durchsetzen können.“ Aus: 13. Jugendkonferenz der IG Metall, Bericht über die Jugendarbeit 1980 – 1982, Böblingen 1983, S. 15.

8 Vgl. Haus der Gewerkschaftsjugend, Die Wüste blüht. Neue Formen gewerkschaftlicher Jugendarbeit, Frankfurt/M. 1982, S. 355.

Gefahr in sich, neue, durch den Wandel außerbetrieblicher Entwicklungsbedingungen Jugendlicher erzeugte, Problemlagen und Fragestellungen ungenügend zu berücksichtigen. Die Gegenposition wirft solche Fragen vorrangig auf, fördert allerdings durch die Gesamtanlage ihres politischen Ansatzes, zu dem gezielte Denunziationen klassengewerkschaftlicher Positionen gehören, die Einbindung in eine Politik der Sozialpartnerschaft.

### 3. Strukturelle Veränderungen der vorberuflichen Sozialisations- und Reproduktionsbedingungen Arbeiterjugendlicher

In diesem Abschnitt sollen einige Tendenzen in der Vergesellschaftung des Nachwuchses der Arbeiterklasse näher beleuchtet werden, die gravierende Veränderungen der Sozialisations- und Reproduktionsbedingungen Arbeiterjugendlicher anzeigen.

#### 3.1 Verallgemeinerung von Jugend und Umstrukturierung der proletarischen Jugendphase

Historische Voraussetzung für die Entstehung einer proletarischen Jugendphase, in der die Herstellung des individuellen Arbeitsvermögens und der Abschluß einer auf die Erlangung physisch-psychischer Selbstständigkeit gerichteten Entwicklungsetappe erfolgt, ist die Einbeziehung in einen von Herkunftsfamilie und Produktion getrennten Bildungs- und Ausbildungssektor.<sup>9</sup>

Seit den 60er Jahren hat sich der Jahrganganteil der Jugendlichen, die weiterführende Schulen besuchen, beständig erhöht und die durchschnittliche Ausbildungsdauer verlängert.<sup>10</sup> Dies bedeutet, daß ein stetig wachsender Teil der Jugendlichen einen sich zeitlich mehr und mehr ausdehnenden Lebensabschnitt in den Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen zubringt. Das gilt sukzessive auch für den Nachwuchs der Arbeiterklasse.

Infolge der Verlängerung der Schulzeit ist die *Erwerbsquote* (bezogen auf die Wohnbevölkerung) in den Altersgruppen zwischen 15 und 25 Jahren *kontinuierlich* gesunken. Die Erwerbstätigen bildeten 1980 erst in den Altersgruppen ab 20 Jahren die Mehrheit. Während sich die Erwerbsquote der Männer in den letzten 25 Jahren erheblich verringerte, stieg sie bei den Frauen stark an.<sup>11</sup> Anders verlief die Entwicklung bei den 15- bis 20jährigen: Hier reduzierte sich der Anteil der Erwerbspersonen bei Jungen *und* Mädchen deutlich. 1980 bezogen lediglich 28 v. H. der 15- bis 19jährigen ihren Lebensunterhalt vorwiegend aus einer Erwerbstätigkeit (Arbeitslosengeld/hilfe eingeschlossen). 1970 lag der Anteil bei 44 v. H.<sup>12</sup>

In der Altersgruppe unter 20 Jahren ist eine weitere Differenzierung wich-

9 Vgl. S. Ransch, *Jugend und Jugendsoziologie*, Dissertation Berlin/DDR 1965.

10 Vgl. K. Dörre, P. Schäfer, „In den Straßen steigt das Fieber...“. *Jugend in der Bundesrepublik*, Köln 1982, S. 34 ff.

11 Bachtge u. a., a. a. O., S. 217.

12 Ebd., S. 219.

tig. Für die Jüngeren (14 bis 16 Jahre) wird der Lebenszusammenhang vorwiegend durch die Schule bestimmt; 1980 besuchten nahezu alle 14jährigen (99,4 v. H.) und knapp zwei Drittel (63,3 v. H.) der 16jährigen Vollzeitschulen (1960: 75,1 und 25,2 v. H.). Erst bei den 17jährigen ist die Schule nicht mehr das dominierende Element des Lebenszusammenhangs. Aber auch in diesem Alter suchen noch 39,9 v. H. Vollzeitschulen auf. Schulkarrieren und Ausbildungsverläufe bis zum zwanzigsten Lebensjahr und darüber hinaus sind inzwischen keine Seltenheit mehr. So befand sich 1980 ein knappes Fünftel der 20jährigen an allgemeinbildenden oder Berufsschulen (1960: 9,7 v. H.).<sup>13</sup>

Diese Entwicklung ist für den Lohnarbeiternachwuchs nicht nur mit einer Ausdehnung und Verallgemeinerung von „Jugend“ verbunden; auch die innere Struktur der proletarischen Jugendphase wandelt sich. Jahrzehntelang war sie gekennzeichnet durch das Zusammenfallen von physisch-psychischem Entwicklungsprozeß der Jugendlichen und Erfahrung der Lohnarbeit. „Jugend“ hieß für den Nachwuchs der Arbeiterklasse in erster Linie Berufsausbildung im Anschluß an eine relativ kurze Schulzeit. Ein nicht geringer Anteil der Arbeiterjugendlichen mündete direkt im Anschluß an die Beendigung der Schulzeit als Un- oder Angelernte in den Arbeitsprozeß ein, d.h., der physisch-psychische Entwicklungsprozeß ging unmittelbar mit der Erfahrung produktiver Lohnarbeit einher.

In den letzten Jahrzehnten hat sich jedoch vor allem die Phase zwischen dem 14. und dem 17. Lebensjahr von einem vorwiegend arbeitsbezogenen zu einem wesentlich durch die Schule strukturierten Lebensabschnitt gewandelt. Die Ausdehnung der Schulzeit hat zur Folge, daß die Einmündung in die Ausbildung und damit in den Betrieb innerhalb der Jugendphase hinausgeschoben wird. Dadurch verändert sich auch der Zusammenhang von physisch-intellektuellem Entwicklungsprozeß und konkreter Arbeitserfahrung (z.B. in Form einer Berufsausbildung). Zwar bleibt die Jugendphase objektiv auf den Lebenszyklus der Vollberuflichkeit ausgerichtet und dient der Herstellung der Arbeitskraft als grundlegender Bedingung ihrer Verkaufbarkeit, doch es entsteht eine Schere zwischen der physisch-psychischen Entwicklung und der Integration in Betrieb und Arbeitswelt: Soziale, politische, kulturelle und moralische Orientierungen werden von einem immer größeren Teil des Lohnarbeiternachwuchses noch vor der Eingliederung in den unmittelbaren Arbeitsprozeß individuell angeeignet und als Teil selbständiger und handlungsfähiger Persönlichkeit entwickelt und stabilisiert. Daraus ergibt sich: Grundelemente des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins haben sich relativ gefestigt, bevor die Arbeiterjugendlichen über konkrete betriebliche Erfahrungen verfügen.

Insbesondere zwischen dem 14. und 17. Lebensjahr, zum Teil aber auch darüber hinaus, wird der Entwicklungsprozeß von Schule, Familie, Massenmedien und in wachsendem Maße von Gleichaltrigengruppen beeinflusst. Entscheidungen über Berufsperspektive und Betriebswahl erfolgen später, der

13 Ebd., S. 220f. Siehe auch: W. Fuchs, Jugendliche Statuspassage oder individualisierte Jugendbiographie?, in: Soziale Welt, Jg. 34, 1983, Heft 3, S. 343 ff.

Stellenwert von Erfahrungen mit betrieblichen Anforderungen und Arbeitsnormen nimmt ab. Der vorwiegend schulisch bestimmte Lebenszusammenhang eröffnet größere Möglichkeiten zum Experimentieren mit Vorstellungen vom eigenen Lebensstil. Die Wahrscheinlichkeit, mit politischen Arbeitszusammenhängen, Initiativen und Organisationen in Berührung zu kommen, die vor allem im Reproduktionssektor wirken, steigt. Hier liegt *eine* der Ursachen für die hohe Ausstrahlungskraft „neuer sozialer Bewegungen“ gerade in jüngeren Altersgruppen.

Mit diesen Wandlungsprozessen haben sich auch die Bildungs- und Ausbildungsperspektiven der Arbeiterjugendlichen verändert. Eine abgeschlossene Berufsausbildung wird mehr und mehr zur *Minimalvoraussetzung* für die Integration in die Arbeitswelt. Der Anteil der un- und angelernten Arbeiter und Angestellten ist über einen längeren Zeitraum kontinuierlich gesunken.<sup>14</sup> Aber auch die Zugänge zur Berufsausbildung haben sich verändert. Für viele Ausbildungswege ist der Realschulabschluß als schulische Minimalqualifikation bereits obligatorisch. Hinzu kommt, daß sich der Anteil der Abiturienten, die nach Beendigung der Schule (zunächst) eine betriebliche Berufsausbildung beginnen, in den 70er Jahren erheblich vergrößert hat.

So nahmen von den Abiturienten des Entlaßjahrgangs 1978 13 v.H. (ca. 29000) eine betriebliche Berufsausbildung auf. Zwischen 1970 und 1978 hat sich der Anteil der Abiturienten an der Gesamtzahl der Auszubildenden mehr als vervierfacht. In Industrie und Handwerk lag er 1980 bereits bei 6,4 v.H. Unter den Abiturienten, die eine betriebliche Berufsausbildung absolvieren und später im Beruf bleiben, befinden sich jeweils überproportional viele Arbeiterkinder.<sup>15</sup> Damit ist bereits auf eine andere Tendenz verwiesen: Zwar setzten die mit der Bildungsexpansion einhergehenden Reformen die soziale Selektion nicht außer Kraft – Kinder aus Arbeiterhaushalten blieben eine stark benachteiligte Gruppe –, doch erhielt zumindest der agilste Teil des Arbeiternachwuchses die Möglichkeit, sich Zugang zu höherer Bildung (Abitur, Studium) zu verschaffen.

Ein wichtiges Resultat dieser Entwicklung war die Annäherung – nicht Nivellierung! – von Bildungsmilieus eines Teils des Arbeiterklassennachwuchses und verschiedener Gruppen von Mittelschichtenjugendlichen. Einerseits sind Bildungs- und Berufsverläufe nicht mehr für die Gesamtheit der Arbeiterjugend vorgezeichnet und nach oben begrenzt, andererseits mündet der Erwerb einer hohen schulischen Qualifikation nicht mehr automatisch in eine akademische Laufbahn. Mit der durchschnittlichen Höherqualifikation des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters werden der Arbeiterklasse neue Bildungselemente zugeführt. Doch existiert gerade für die Gruppen der Arbeiterjugendlichen mit den entwickeltsten Bildungsansprüchen in größerem Umfang als noch vor zwanzig Jahren die Möglichkeit, der Perspektive des Arbeiterdaseins

14 Zwischen 1974 und 1978 sank die Zahl der Jungarbeiter von ca. 192000 auf ca. 128000 ab. M. Frackmann, H. Kuhls, K. D. Lühn, Null Bock oder Mut zur Zukunft? Jugendliche in der Bundesrepublik, Hamburg 1981.

15 H. Stegmann u. H. Kraft, Abiturient und betriebliche Berufsausbildung, in: MittAB 1/83, S. 28 ff.

im Betrieb durch Weiterbildung zu entgehen. Diese Möglichkeit wird nicht zuletzt von der Gruppe der gewerkschaftlich und politisch aktiven Jugendlichen genutzt, bei denen sich oft ein durch ihr Engagement provoziertes Bildungsbedürfnis Geltung verschafft.

### 3.2 Vergesellschaftungsprozesse im Freizeit- und Konsumbereich

Zwischen 1880 und 1970 hat sich der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters real mehr als verdreifacht, der größte Zuwachs erfolgte in den Jahren nach 1950.<sup>16</sup> Gewachsene Konsummöglichkeiten, verbunden mit einem Mehr an freier Zeit, ermöglichten den Familien der Industriearbeiter und anderer Arbeiterklassengruppen die Ausbildung eines stärker individualisierten Lebensstils. Konsumgüter, die zuvor den Mittel- und Oberschichten vorbehalten waren, mehr Privatheit ermöglichende Wohnverhältnisse, größere Auslandsreisen und relativ aufwendige Hobbys sind für viele Angehörige der Arbeiterklasse zum unverzichtbaren Bestandteil ihrer individuellen Lebensgestaltung geworden.<sup>17</sup>

An der Steigerung des Lebensstandards hatte auch der *Nachwuchs* der Arbeiterklasse teil. Der durchschnittliche Bruttolehrlingslohn stieg zwischen 1960 und 1975 um 286,7 v. H.<sup>18</sup> Jugendliche, und hier besonders der Arbeiterklassennachwuchs, gehören jedoch noch immer zu den materiell und finanziell am schlechtesten gestellten Gruppen der Gesellschaft. Die durchschnittlichen Lehrlingslöhne reichen im Regelfall nicht zur Existenzsicherung aus.<sup>19</sup> Ähnliches gilt für die (inzwischen weitgehend demontierte) Ausbildungsförderung, die ein Teil der in weiterführenden Bildungseinrichtungen oder Berufsfachschulen befindlichen Arbeiterjugendlichen beziehen konnte.

Jungarbeiter und -angestellte haben gegenüber ihren Altersgenossen in den ersten Berufsjahren zwar einen finanziellen Vorteil, doch auch der durchschnittliche Lohn dieser Gruppe bewegt sich nahe der Existenzgrenze.<sup>20</sup> Ökonomische Abhängigkeit von Eltern, anderen Erwachsenen oder staatlichen Institutionen bestimmt also nach wie vor die Jugendphase des Arbeiterklassennachwuchses.

Dennoch dürfen die Auswirkungen der Steigerung des Lebensstandards nicht unterschätzt werden. Nur vor diesem Hintergrund ist die Entstehung eines spezifischen Jugendmarkts zu erklären, der die Kreation diverser subkultureller Jugendstile und Modetrends begünstigt, teilweise auch steuert.<sup>21</sup> Es kann davon ausgegangen werden, daß die diversen Jugendkulturen einen Pro-

16 J. Mooser, Auflösung der proletarischen Milieus, in: Soziale Welt, H. 3/1983, S. 286.

17 Ebd., S. 287 ff.

18 Stark-von der Haar, a.a.O., S. 37.

19 ibv-Publikationen, Nr. 21 v. 20. Mai 1981, S. 648 f. Frackmann u. a., a.a.O., S. 90. 1979 lag der durchschnittliche Bruttolehrlingslohn im ersten Lehrjahr bei 405,4 DM; im dritten Lehrjahr bei 552,4 DM.

20 Stark-von der Haar, a.a.O., S. 33.

21 Vgl. H. Kreutz, Soziologie der Jugend, München 1974, S. 60f.

zeß vorantreiben, der unter dem Stichwort „Auflösung proletarischer Milieus“ seit kurzem wieder Eingang in die sozialwissenschaftliche Diskussion gefunden hat.<sup>22</sup>

Die Integration in jugendliche Subkulturen erfolgt für große Teile des Lohnarbeiternachwuchses in den Institutionen des Bildungswesens. Die Schulen sind jene Orte, an denen sich neue Stile, Stimmungen und Orientierungen auf Themen und Bewegungen durchsetzen und verbreiten.

Die Annäherung der Bildungsmilieus erleichtert den Austausch subkultureller Orientierungen – ein Prozeß, der allerdings vor allem die Aneignung zuvor mittelschichttypischer Stilelemente und Werthaltungen durch Arbeiterjugendliche beinhaltet. Die Auflösung traditioneller proletarischer Milieus und die wachsende Bedeutung nicht unmittelbar klassegebundener Stile haben tiefgreifende Auswirkungen auf die politische Sozialisation der Jugendlichen. Der Gewerkschaftseintritt oder die Orientierung auf die Sozialdemokratie – wesentliche Elemente einer politischen Kultur, die in vielen Arbeiterfamilien z. T. über Generationen lebendig war – sind für einen relevanten Teil der Jugendlichen nicht mehr selbstverständlich. Dies äußert sich z. B. darin, daß Proteststimmungen von nach links tendierenden Arbeiterjugendlichen ihren Ausdruck inzwischen in einem erheblichen Maß in Wählerstimmen für Grün-Alternative Gruppierungen finden.<sup>23</sup> Erste politische Erfahrungen des aktiven Kerns der Arbeiterjugendlichen werden häufig außerhalb der traditionellen Klassenorganisationen in sozialen Bewegungen und Initiativen gesammelt, die von Angehörigen der Mittelschichten und der Intelligenz dominiert werden.

Die „Einebnung“ klassenspezifischer Orientierungsmuster in der politischen Kultur kann aber auch reaktionäre Tendenzen fördern und begünstigen. Extremere Ausdruck sind die vor allem bei Jugendlichen aus den unteren Gruppen der Arbeiterklasse häufig anzutreffenden ausländerfeindlichen, autoritär-nationalistischen oder gar faschistoiden Stimmungen.<sup>24</sup>

### 3.3 Entgegenwirkende Faktoren, subjektive Auswirkungen

Der Vergesellschaftungsprozeß der Individuen verläuft in seiner kapitalistischen Formbestimmtheit notwendig widersprüchlich. Die skizzierten Veränderungen setzen sich real nicht in „reiner Form“ durch, sondern werden von gegenläufigen Entwicklungen überlagert, modifiziert und partiell auch revidiert. Einige solcher Gegentendenzen seien hier in knapper Form aufgelistet.

– Die Funktion der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen als Organe sozialer Selektion wurde zwar partiell abgemildert, aber keineswegs beseitigt.

22 Vgl. Mooser, a.a.O., S. 270ff. Zum theoretischen Hintergrund vgl. auch U. Beck, *Jenseits von Klasse und Stand?*, in: *Soziale Welt*, Sonderband 2, 1983. Siehe dazu auch den Beitrag von Kaspar Maase im vorliegenden Band.

23 Vgl. Shell '81, a.a.O., S. 675.

24 Vgl. Sinus-Institut (Hrsg.), *Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik*, Heidelberg/München 1980.



Die Chance des sozialen Aufstiegs durch Bildung ist für die Mehrzahl der Arbeiterjugendlichen mehr fiktive Möglichkeit denn reale Lebensperspektive.

– Die „Bildungsexpansion“ hat zur Höherqualifizierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters geführt, ist aber nicht gleichzusetzen mit optimaler individueller Qualifikation. Unzureichende Lernbedingungen an den Schulen, die Einrichtung von teilweise aus den Betrieben ausgelagerten Kurzausbildungsgängen, massenhaft fehlgeleitete Berufsausbildung usw. sind Indizien für eine Verschärfung struktureller Widersprüche in diesem Bereich.

– Die ökonomische Krise hat die Lebens- und Berufsperspektiven Jugendlicher angesichts eines stabilen Sockels von inzwischen 2,5 Mio. Arbeitslosen einschneidend verschlechtert. Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenzahlen, stagnierende oder nur unterhalb der Inflationsrate angehobene Lehrlingslöhne, geringeres Taschengeld, Liquidierung des Schüler-Bafög und bei relevanten Gruppen (besonders betroffen jugendliche Arbeitslose ohne Anspruch auf Sozialleistungen) eine „neue Armut“<sup>25</sup> sind Charakteristika „krisenbedingter Sozillagen“ innerhalb der Jugend.

Kapitalistische Vergesellschaftungsprozesse wie die „Bildungsexpansion“ bringen nicht per se einen Zuwachs an Entwicklungsmöglichkeiten und Entfaltungsspielräumen, sondern nur insoweit, wie sie auf den Druck demokratischer Bewegungen reagieren. Insofern haben sich die politischen Rahmenbedingungen für die Nutzung solcher Spielräume seit Mitte der 70er Jahre einschneidend gewandelt.

In Anbetracht dieser Faktoren können die neuen Vergesellschaftungstendenzen nicht pauschal als „Ausweitung von Wahlmöglichkeiten“ Jugendlicher oder Ausdruck der „Pluralisierung von Lebenswelten“ charakterisiert werden.<sup>26</sup> Die ökonomische Krise bringt für die Mehrzahl der Jugendlichen gerade eine *Beschränkung* von „Wahlmöglichkeiten“ und eine *Verminderung* von Lebenschancen mit sich. Dennoch werden die strukturellen Veränderungen der Sozialisations- und Reproduktionsbedingungen nicht aufgehoben, sie bleiben weiter bewußtseins- und handlungsrelevant. Obwohl hinsichtlich ihrer subjektiven Widerspiegelung wenig abgesichertes Material vorliegt, sollen einige bedeutsame Entwicklungen zumindest angerissen werden.

1. Das Hinausschieben des Eintritts in die Erwerbstätigkeit bedingt, daß betrieblichen Arbeitsanforderungen und -normen im Entwicklungsprozeß der Jugendlichen ein geringerer Stellenwert zukommt. Auf produktive Arbeit treffen Jugendliche zunächst in deren vergegenständlichter Form auf dem Warenmarkt. Der Lohnarbeiternachwuchs ist Konsument, bevor er als Produzent agiert. Er begegnet der Arbeit zunächst in den Kategorien von Genuß und Verzehr ihrer Produkte und nicht als „Lieferant von Arbeit“ (Marx) in mühevoller Verausgabung des eigenen Arbeitsvermögens zum Zwecke der individuellen Reproduktion.<sup>27</sup>

25 Nahezu die Hälfte der arbeitslosen Jugendlichen erhält keine Arbeitslosenunterstützung. W. Balsen, H. Nakielski, K. Rössel, R. Winkel, Die neue Armut, Köln 1984.

26 In diese Richtung argumentiert z. B. W. Fuchs, a.a.O.

27 Baethge u. a., a.a.O., S. 222 ff.

Folge ist u. a. eine Relativierung der Bedeutung von Arbeit im Lebenszusammenhang. Als Mittel zur Sicherung von Existenz und individueller Selbstständigkeit kommt der Lohnarbeit weiter objektiv wie subjektiv ein zentraler Stellenwert zu; in diesem Sinne bleiben alle anderen Lebensbereiche auf die Lohnarbeit bezogen. Zugleich erlangen auf den Reproduktionssektor gerichtete Bedürfnisse und Ansprüche ein höheres Gewicht. Die „Zumutbarkeitsgrenze“ für die durch Ausbildung und Beruf entstehenden Belastungen wird häufig durch Reproduktionsinteressen bestimmt; das Ausbalancieren von arbeits- und freizeitbezogenen Interessen erfolgt auf verändertem Niveau.

2. Auch die direkt auf Arbeit und Beruf gerichteten Ansprüche haben sich gewandelt. Im Kontext der Erhöhung von Bildungs- und Ausbildungsniveaus hat sich ein Trend zur Anspruchserhöhung vollzogen, der sowohl die reproduktiven Interessen (sicherer Arbeitsplatz, gutes Einkommen etc.) als auch das Bedürfnis, sich *in* der Arbeit zu verwirklichen, eine *sinnvolle* Tätigkeit auszuüben, umfaßt. Das neue Bedürfnis- und Anspruchsniveau kollidiert in der Krise mit der drastischen Verschlechterung von Lebenschancen, schließt aber ein flexibles, anpassungsbereites Verhalten keineswegs aus. Vor dem Hintergrund dieser Wandlungsprozesse erklärt sich, weshalb Jugendlichen eine in der „Wiederaufbau-Generation“ besonders oft anzutreffende Arbeitsmoral, die unter Absehung von der konkreten Tätigkeit und ihren Resultaten einseitig die Pflicht zur Arbeit betont, häufig als überzogen und unpraktikabel erscheint.

3. Der „klassische“ Typus des Arbeiterjugendlichen, der in einem industriellen Großbetrieb ausgebildet wird und für den die Notwendigkeit kollektiver Organisation und der Gewerkschaftseintritt selbstverständlich sind, weil auch der Vater, die Freunde und Bekannten in einem Industriebetrieb arbeiten und der Gewerkschaft angehören, verliert quantitativ an Bedeutung. Zunehmend häufiger finden wir einen neuen Typus des Auszubildenden, dessen Bewußtsein stark vom Nichtarbeitsbereich geprägt ist und für den sich die Nützlichkeit gewerkschaftlicher Organisation erst in der Praxis erweisen muß. Zwar sieht er die Gewerkschaften im Regelfall als notwendige Einrichtungen an; er verbindet dies jedoch nicht unbedingt mit der Konsequenz des Eintritts oder gar des persönlichen Engagements. Andererseits bieten sich ihm schon vor der Einmündung in den Beruf vermehrt Zugänge zur Entwicklung von politischer Bewußtheit und kollektivem Engagement. Das kann die Mitarbeit in einer Schülerversammlung ebenso sein wie die Beteiligung an einer Friedens- oder Bürgerinitiative oder die Organisierung in einem politischen Jugendverband.

#### **4. Krise, „Arbeitsmarktsegmentierung“ und Klassenformierung**

Je näher die Jugendlichen in ihrer individuellen Biographie an den Eintritt in die Arbeitswelt heranrücken, desto unmittelbarer werden sie mit durch die Krise eingeschränkten Handlungsräumen konfrontiert und um so mehr sind sie gezwungen, sich mit dem Problem einer unsicheren Berufs- und Lebensperspektive auseinanderzusetzen. Gesteuert über die Chancenzuteilung auf

dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, erfolgt eine Segmentierung der Arbeiterjugend. In groben Umrissen lassen sich folgende Gruppen benennen:

1. *Von sozialer Marginalisierung bedrohte Jugendliche:* Hier handelt es sich um Arbeiterjugendliche, bei denen die Gefahr besteht, daß ihnen eine Berufsausbildung oder ein sicherer Arbeitsplatz dauerhaft verwehrt bleiben, also Langzeitarbeitslose und Jugendliche in verschiedenen „Aufbewahrungsmaßnahmen“ (BVJ, BGJ, berufsvorbereitende Lehrgänge etc.).

2. *Jugendliche Erwerbstätige ohne formale berufliche Qualifikation:* Diese Gruppe besteht aus Teilzeitarbeitskräften, Jungarbeitern und -angestellten etc. Die Grenzen zu den von Marginalisierung Bedrohten sind fließend. Nach einer Verlaufsuntersuchung des IAB hatten 8 v.H. der Schulabgänger des Entlaßjahrgangs 1977 (Sonder-, Haupt- und Realschüler) bis 1980 keine Berufsausbildung begonnen. 73 v.H. dieser Jugendlichen waren erwerbstätig.<sup>28</sup> Charakteristisch für die Situation der un- und angelernt tätigen Jugendlichen sind niedrige Löhne, unattraktive Arbeitstätigkeiten, belastende Arbeitsbedingungen und zudem eine überdurchschnittlich hohe Gefährdung durch Arbeitsplatzverlust.

3. *Jugendliche in Ausbildungsverhältnissen:* Zwischen 1960 und 1980 ist die Zahl der Auszubildenden von 1,265 Mio. auf 1,678 Mio. gestiegen.<sup>29</sup> Auch innerhalb dieser größten Teilgruppe des Lohnarbeiternachwuchses gibt es infolge der Disproportionen im Ausbildungssektor erhebliche Differenzen. 1981 wurden 38 v.H. der Lehrlinge in Betrieben mit weniger als 9 Beschäftigten ausgebildet, nur 14 v.H. in Betrieben mit über 500 Beschäftigten.<sup>30</sup> Auf diese Weise setzt sich bereits im Ausbildungssektor tendenziell eine Polarisierung der Qualifikationsstruktur durch. In den Klein- und Mittelbetrieben sind die Ausbildungsbedingungen wesentlich schlechter als in den Großbetrieben. Vermittelt werden vor allem handwerkliche Qualifikationen, die während der anschließenden Berufstätigkeit nur schwer zu verwerten sind. In den Großbetrieben werden die Jugendlichen zwar mit fortgeschrittenen Produktionsverfahren vertraut gemacht, die Aneignung einer breiten Palette von Qualifikationen, die die volle Anwendung des Arbeitsvermögens in verschiedenen Sektoren des Arbeitsprozesses ermöglichen und das Risiko der Arbeitslosigkeit vermindern würde, findet aber auch hier in der Regel nicht statt. Mit der Verteilung der Auszubildenden auf bestimmte Betriebe ist zugleich eine Zuteilung künftiger Beschäftigungschancen verbunden. Die Wahrscheinlichkeit einer Übernahme auf einen der Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz ist in Mittel- und Großbetrieben größer als in handwerklichen Kleinbetrieben.<sup>31</sup>

Die hier skizzierten Tendenzen bewirken eine gewisse Polarisierung des Lohnarbeiternachwuchses.<sup>32</sup> Auf der einen Seite stehen Arbeiterjugendliche,

28 Der Anteil der nicht formal Qualifizierten ist damit jedoch zu gering veranschlagt, da z.B. Ausbildungsabbrecher und Wehr-/Zivildienstleistende nicht berücksichtigt werden. Vgl. E. Keck, Jugendliche ohne Berufsausbildung, in: MittAB 4/83, S. 403 ff.

29 Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik 1983, S. 39.

30 J. Goldberg, Die Situation am Lehrstellenmarkt. In: Blätter für dt. u. int. Pol. 5/84, S. 634.

31 H. Stegmann, H. Kraft, Vom Ausbildungs- zum Arbeitsvertrag, in: MittAB 3/83, S. 241

32 E. Kuda, U. Mignon, Berufliche Bildung, Situation, Konflikt, Lösungen, Köln 1979, S. 13 ff.

die anhaltend arbeitslos sind oder sich in labilen, wenig Perspektive bietenden Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen befinden. Ihnen muß es vor allem darum gehen, die eigene Reproduktion zu sichern. Die hierfür individuell entwickelten Strategien schließen höchst unterschiedliche Verhaltensweisen ein (Jobben, Bundeswehr, Heirat und Ausscheiden aus dem Erwerbssektor, Alternativprojekte, Weiterbildung etc.). In dieser Gruppe finden sich überdurchschnittlich viele Jugendliche mit formal niedriger schulischer Qualifikation und ohne Berufsausbildung, aber mehr und mehr auch Absolventen von Ausbildungsgängen, in denen „auf Vorrat“ ausgebildet wird. Frauen und ausländische Jugendliche sind überrepräsentiert.

Auf der anderen Seite hat ein relevanter Teil des Lohnarbeiternachwuchses noch immer halbwegs günstige Aussichten auf einen – möglicherweise attraktiven – Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen. Das gilt vor allem für Jugendliche, die in Großbetrieben einer industriellen Wachstumsbranche für einen qualifizierten Beruf ausgebildet werden (überdurchschnittlich viele männliche Jugendliche mit relativ hoher schulischer Qualifikation). Bei ihnen kann sich das Interesse an einer Verwirklichung in der Arbeit auf Basis eines vergleichsweise hohen Niveaus materieller Abgesichertheit stärker entfalten.

Die Tendenz zur Polarisierung darf nicht verabsolutiert werden. Die Arbeiterjugend ist *insgesamt* in spezifischer Weise von den Krisenauswirkungen betroffen. Beide Hauptgruppen gehen fließend ineinander über, die Zugehörigkeit ist nicht ein für allemal fixiert: Von den 460 000 Personen, die 1975 eine betriebliche Berufsausbildung mit Erfolg abgeschlossen hatten, waren 18 Monate später nur noch etwa 40 v. H. im Ausbildungsbetrieb beschäftigt, davon 6 v. H. als Hilfs- oder angelernte Arbeiter. Bei den nicht mehr im Ausbildungsbetrieb tätigen Personen lag der Anteil der Un- und Angelernten bei 24 v. H.<sup>33</sup>

Von der Tendenz, in „unterwertige“ Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt zu werden (die sich in den 80er Jahren noch verschärft hat), sind auch die Auszubildenden aus industriellen Großbetrieben nicht mehr ausgenommen.

Arbeitslosigkeit – bereits 1975 war jeder fünfte Jugendliche einmal ohne Arbeit –, erzwungene Aufgabe von Berufs- und Ausbildungswünschen, Konkurrenzverhalten in Schule und Betrieb gehören zur Alltagserfahrung vieler Arbeiterjugendlicher und machen die Krisenphänomene zu einer wesentlichen Determinante von Bewußtsein und Verhalten des gesamten Lohnarbeiternachwuchses. Die Auswirkungen auf die Klassenformierung der Arbeiterjugendlichen sind widersprüchlich: Einerseits fördert die „Arbeitsmarktsegmentierung“ Konkurrenz und erschwert eine gewerkschaftliche Organisierung; andererseits kann die kollektive Erfahrung der Verunsicherung von Lebensperspektiven auch zur Quelle von Unzufriedenheit und Protest werden.

## 5. Betriebliche Erfahrungen

Im Kern geht es um die Frage, ob von den „klassischen“ Themen gewerk-

33 H. Hofbauer, Berufsverlauf nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung, in: MittAB 3/83, S. 211f.

schaftlicher Betriebspolitik noch genügend Impulse ausgehen, die relevante Teile der Arbeiterjugendlichen zu kollektivem Engagement motivieren können.

### 5.1 Subjektive Arbeitsorientierungen

Gegen Thesen, die unter Verweis auf die Bedeutungszunahme immaterieller Werte (Selbsterwirklichung in der Arbeit, Mitbestimmung) und die Erfahrung von deren Unrealisierbarkeit im Betrieb einen „inneren Rückzug“ Jugendlicher aus der Arbeit prognostizieren, ist schon auf der theoretischen Ebene einiges einzuwenden: Der Trend zur Anspruchserhöhung erfolgte auf der Basis relativen materiellen Wohlstands und sozialer Abgesichertheit, schließt also die „materielle“ Seite von Arbeit ein. Weiter wird übergangen, daß unter Krisenbedingungen dem Anspruch auf materielle und soziale Sicherheit, also dem grundlegenden Reproduktionsinteresse – auch subjektiv – eine erhöhte Bedeutung zukommt. Dies spiegelt sich in Umfrageergebnissen wider, denen zufolge das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit bei den Fünfzehn- bis Dreißigjährigen stark ausgeprägt ist.<sup>34</sup>

Eine konzeptionell schlüssige Darstellung der beruflichen Sozialisation von gewerblichen Auszubildenden in Großbetrieben findet sich in der Studie von Kruse u. a.<sup>35</sup> Die Autoren gehen davon aus, daß die Jugendlichen ihre Erfahrungen in der Ausbildung aus einer doppelten Perspektive interpretieren: vom Standpunkt des Auszubildenden und vom Standpunkt des Facharbeiters. Letztere beginnt das Bewußtsein der Jugendlichen um so stärker zu dominieren, je länger die Ausbildung dauert. Vor allem die konkreten Erfahrungen zukünftiger Tätigkeit üben eine ernüchternde Wirkung auf die Jugendlichen aus. Kritik an Defiziten der Ausbildung, belastenden Arbeitsbedingungen, monotonen Routinetätigkeiten und geringem Spielraum für eigenverantwortliches Arbeiten etc. nimmt zu. Je näher das Ende der Ausbildung rückt, desto stärker wird das Arbeitsbewußtsein der Lehrlinge von einer kritischen Sicht der zukünftigen Arbeitsbedingungen bestimmt.

Die Ergebnisse der Studie sind in mehrfacher Hinsicht interessant: *Erstens* wird deutlich, daß sich die angehenden Facharbeiter intensiv mit ihrer beruflichen Perspektive beschäftigen. Ihre Haltung zu Ausbildung und Arbeit wird durch ein komplexes Geflecht verschiedener Teilinteressen bestimmt, das sowohl reproduktive als auch arbeitsinhaltliche Aspekte umfaßt. Im *Verlauf der Ausbildung* konkretisieren und festigen sich die arbeits- und berufsbezogenen Ansprüche und Interessen. Zugleich gewinnen die Auszubildenden eine kritische Distanz zu ihren Ausbildungsbedingungen und der zukünftigen Berufstätigkeit.

34 Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel – Ein Bericht des SINUS-Instituts i. A. d. Bundesministers f. Jugend, Familie und Gesundheit, Opladen 1983, S. 32f.

35 W. Kruse, G. Kühnlein, U. Müller, Facharbeiter werden – Facharbeiter bleiben?, Frankfurt/New York 1981. Befragt wurden 172 gewerbliche Lehrlinge aus 8 Großbetrieben; eine Fallstudie bezieht sich auf einen Betrieb der Stahlbranche.

*Zweitens* wird in exemplarischer Form gezeigt, daß die Jugendlichen trotz ihrer z. T. weitgehenden Enttäuschung über die betriebliche Realität nicht resignieren, sondern „nach wie vor am Ideal eines besseren Berufs festhalten, auch wenn dieser unmittelbar für sie nicht erreichbar ist“.<sup>36</sup>

Viele Auszubildende suchen nach *individuellen Wegen*, die Facharbeiterperspektive zu umgehen. 40 v. H. der befragten Jugendlichen planen, den Betrieb nach Abschluß der Lehre zu verlassen – die Mehrzahl, um eine schulische Weiterbildung zu beginnen. Andere erwägen einen Betriebs- oder Berufswechsel. Aber auch für jene Jugendliche, die sich für den Verbleib im Betrieb entscheiden, ist die Facharbeit zumindest in der Vorstellung keine dauerhafte Perspektive. Die Diskrepanz zwischen betrieblicher Realität und der eigenen Vorstellung von einer „guten Arbeit“ wird aber „auf Zeit“ in Kauf genommen – oft, um Umstellungen und Vorhaben im Nichtarbeitsbereich mittels des Facharbeiterlohns realisieren zu können: z. B. die endlich möglich gewordene Verselbständigung vom Elternhaus, das Zusammenziehen mit der Freundin bzw. dem Freund in einer eigenen Wohnung etc.<sup>37</sup>

## 5.2 Gewerkschaftliches Bewußtsein

*Kruse u. a.* gelangen zu dem Resultat, daß die Kluft zwischen arbeitsbezogenen (hier besonders arbeitsinhaltlichen) Interessen und begrenzten Realisierungsmöglichkeiten im Betrieb als „kollektive Situation erfahren und bewußt wird“, untersuchen jedoch nicht systematisch, inwieweit sich daraus Ansätze für kollektives Engagement der Lehrlinge ergeben.

Ausführlicher geht eine Studie von *Mayer u. a.* auf das Verhältnis von betrieblichen Erfahrungen und kollektiver Interessenorientierung ein.<sup>38</sup> Befragt wurden Auszubildende in gewerblichen und kaufmännischen Berufen aus einem breiten Spektrum von Betrieben verschiedener Größenordnung. Die Untersuchung belegt, daß sich bei den Jugendlichen im Prozeß der beruflichen Sozialisation ein im weitesten Sinne gewerkschaftliches Bewußtsein herausbildet und ein beachtliches Kritik- und Widerstandspotential entsteht: Die Bewältigung konkreter Probleme und Konflikte in der Ausbildung (autoritäres Verhalten des Ausbilders, nichtqualifizierende Tätigkeiten) werde seitens der Lehrlinge mit wachsender Dauer der Ausbildung zunehmend selbstbewußt bestritten. Dabei dominierten Handlungsstrategien, die auf eine individuelle Konfliktlösung setzten. Bei „harten Konflikten“ zwischen Betrieb und Auszubildenden überwiege dagegen eine kollektive Interessenorientierung. Diese drücke sich u. a. aus in: steigendem Interesse für Lehrlingsversammlungen/Jugendvertretungen, einer mehrheitlichen Befürwortung des Streikrechts für Lehrlinge, der Bekundung, sich z. B. gegen die Kürzung übertariflicher Lei-

36 Ebd., S. 147.

37 Ebd., S. 191 ff., S. 205.

38 E. Mayer, W. Schumm, K. Flaake, H. Gerberding, J. Reuling, *Betriebliche Ausbildung und gesellschaftliches Bewußtsein*, Frankfurt/New York 1981.

stungen zur Wehr setzen zu wollen sowie einer hohen Bereitschaft, sich an Streiks für die Durchsetzung von Lohn- und Mitbestimmungsforderungen zu beteiligen.

Die Gewerkschaften werden laut *Mayer u.a.* im dritten Lehrjahr von 92 v. H. der Auszubildenden für notwendig gehalten. Dies werde primär mit der Funktion der Gewerkschaften begründet, als Gegenmacht zu den Unternehmern zu fungieren und die Lohn- und Arbeitsplatzinteressen der abhängig Beschäftigten zu vertreten. Festzustellen sei jedoch bei einem Teil der Auszubildenden ein Auseinanderfallen von Einsicht in die Notwendigkeit der Gewerkschaften und tatsächlichem Organisationsverhalten. Den höchsten Organisationsgrad wiesen gewerbliche Auszubildende im Großbetrieb auf (87 v. H. im dritten Lehrjahr), den niedrigsten die Lehrlinge in kleinen Handwerksbetrieben (13 v. H.). Von den kaufmännischen Auszubildenden sei im dritten Lehrjahr ein knappes Drittel organisiert gewesen.

Während der geringe Organisationsgrad im Handwerk vor allem auf die fehlende Präsenz der Gewerkschaften, das mit einer Organisierung verbundene Risiko und die Spezifika der innerbetrieblichen Herrschaftsstrukturen zurückgeführt werden könne, sei bei den kaufmännischen Lehrlingen eine deutlich ausgeprägtere individuelle Interessenorientierung festzustellen. Die allgemeine Befürwortung von Gewerkschaften schließe bei einem Teil der Befragten Vorbehalte z. B. hinsichtlich einer zu großen „Machtfülle“ der Organisation nicht aus.<sup>39</sup>

Die These von einer sich auf konkrete betriebliche Erfahrungen stützenden Herausbildung eines gewerkschaftlichen Bewußtseins im weitesten Sinne, das in ein widersprüchliches Gesellschaftsbewußtsein eingebettet und mit höchst unterschiedlichen Handlungsorientierungen verknüpft ist, wird auch durch die Studie von *Holtmann* und die IMSF-Untersuchung gestützt.<sup>40</sup>

## 6. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad, aktiver Kern und Aktionstätigkeit

Die Mitgliederentwicklung der DGB-Jugend spiegelt wider, daß trotz ökonomischer Krise bis um Beginn der 80er Jahre hinsichtlich der Organisationsbereitschaft des Lohnarbeiternachwuchses kein qualitativer Einbruch erfolgt ist. Die offizielle Statistik weist zwischen 1970 und 1979 einen absoluten Mitgliederzuwachs um 400 000 aus (Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren).

Ein „Einbruch“ zwischen 1979 und 1980 erklärt sich im wesentlichen aus „Verlusten“ der IG Metall und Einbußen einiger kleinerer Gewerkschaften.<sup>41</sup>

39 Ebd., S. 177-211.

40 D. Holtmann, *Berufliche Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein*, Frankfurt/New York 1979, IMSF (Hrsg.), *Jugendliche im Großbetrieb*, a.a.O.

41 Vgl. Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1978 bis 1981, S. 536. Der Mitgliederrückgang wird offiziell mit der Umstellung der Mitgliederdatei auf EDV begründet. Möglich ist, daß sich auf diese Weise ein sich über einen längeren Zeitraum hinziehender Mitgliederverlust bemerkbar gemacht hat.



Die Ursachen für Mitgliederverluste sind im einzelnen nur schwer rekonstruierbar. Allerdings ergibt sich ein enger Zusammenhang zu rückläufigen Beschäftigtenzahlen und Ausbildungsquoten im jeweiligen Organisationsbereich. Ähnliches gilt mit umgekehrten Vorzeichen für Mitgliederzuwächse.

Jugendvertreter und junge Vertrauensleute bilden den aktiven Kern des Lohnarbeiternachwuchses im Betrieb. Sie sind zugleich die Träger der betrieblichen Jugendarbeit der Gewerkschaften. Zu über 80 v. H. gehören sie einer DGB-Gewerkschaft an. Die Anzahl der gewählten Jugendvertreter ist seit 1972 in allen Organisationsbereichen mehr oder weniger stark gesunken. Ähnliches gilt für die Zahl der jugendlichen Vertrauensleute.

Im Bereich der IG Metall reduzierte sich die Zahl der gewählten Jugendvertreter zwischen 1972 und 1982 von über 9600 auf knapp 5700; der Anteil der Betriebe, in denen gewählt wurde, ging von nahezu 4000 auf ca. 2700 zurück.<sup>42</sup> Der Rückgang hat seine Ursachen vor allem in der später erfolgenden Einmündung in die Ausbildung, durch die sich das Durchschnittsalter der Auszubildenden beträchtlich erhöht hat. Infolge der Begrenzung des Wahlalters auf 18 Jahre sinkt deshalb der Anteil der Wahlberechtigten. Im Metallgewerbe könnten 1982 mehr als die Hälfte der Lehrlinge nicht mehr an der Wahl teilnehmen.

Die Folge ist eine erhebliche Schwächung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung Jugendlicher in den Betrieben. Da das organisatorische Rückgrat der Gewerkschaftsjugend in Form von betrieblichen und außerbetrieblichen Jugendgruppen relativ gering entwickelt ist (Ausnahmen sind z. B. die Postjugend sowie die GdED und die IG Bergbau und Energie mit ihrem hohen Organisationsgrad) kann die so entstehende Lücke kaum geschlossen werden.

Eine organisierte gewerkschaftliche Betriebsjugendarbeit ist gegenwärtig de facto nur in den Großbetrieben möglich:

- Dort existieren arbeitende Jugendvertretungen, teilweise sogar Jugendvertrauensleutkörper. Daneben gibt es oft Betriebsgruppen der Gewerkschaften und linksorientierter politischer Jugendverbände.

- Die Form der Ausbildung in den Großbetrieben, das Vorhandensein von aus der Produktion ausgelagerten Ausbildungsphasen und die an einem Ort konzentrierte große Zahl von Auszubildenden erleichtern die Artikulation kollektiver Ausbildungsinteressen.

- In den Großbetrieben ist der Kern der Arbeiterklasse konzentriert. Hier sind die Gewerkschaften traditionell stark verankert. Daher fällt auch den Auszubildenden eine gewerkschaftliche Organisation leichter, es bieten sich günstigere Voraussetzungen für kollektives Engagement.

- Die Wahrscheinlichkeit, in gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen einbezogen zu werden, ist größer als in Klein- und Mittelbetrieben.

Den Großbetrieben kommt somit bei der Klassenformierung des Lohnarbeiternachwuchses eine Schlüsselfunktion zu.

Ein wichtiges Ergebnis der IMSF-Studie „Jugendliche im Großbetrieb“

war, daß die „Entwicklung der Handlungsbereitschaft in betrieblichen Konflikten“ zugleich ein Mittel ist, um „die gewerkschaftliche Orientierung“ gerade in solchen Gruppen zu fördern, die wie der Lohnarbeiternachwuchs relativ schwach organisiert sind.<sup>43</sup> Eine solche Aktionstätigkeit entzündet sich gegenwärtig vor allem an durch die ökonomische Krise diktierten Themen (Übernahme von Auszubildenden etc.), aber auch konkrete Ausbildungsprobleme (Qualität der Ausbildung, Arbeitsbedingungen) können Ausgangspunkt für kollektives Engagement sein. Von Bedeutung sind zudem Themen der außerparlamentarischen Protestbewegungen (Frieden), die u.a. vom aktiven Kern der Arbeiterjugendlichen in die Betriebe getragen werden.

Punktuell wird sichtbar, daß das Aufgreifen konkreter Probleme in Verbindung mit einem Handlungsangebot in die Mobilisierung relevanter Teile der Arbeiterjugendlichen münden kann. Aktuelle Beispiele hierfür sind die Übernahmeaktionen der Postgewerkschaft<sup>44</sup> und die im Rahmen der 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung erfolgende Einbeziehung von Auszubildenden in Warnstreiks.

## **7. Einige Ergebnisse und neue Fragen**

Bezogen auf die eingangs aufgeworfene Fragestellung kann festgehalten werden, daß der skizzierte strukturelle Wandel von außerbetrieblichen Entwicklungsbedingungen Arbeiterjugendlicher sich auch auf den Formierungsprozeß des Lohnarbeiternachwuchses auswirkt. Das Erreichen physisch-psychischer Selbständigkeit erfolgt zunehmend in einem Lebenszusammenhang, in den die konkrete betriebliche Erfahrung mit Lohnarbeit nicht einfließt. Der veränderte Stellenwert von Lohnarbeit für die Identitätsbildung der Jugendlichen schmälert aber nicht automatisch die Bedeutung der „Sozialisationsinstanz“ Betrieb. Vielmehr sprechen – trotz unzureichender Forschungslage – alle Indizien dafür, daß betriebliche Erfahrung nach wie vor die Basis für die Herausbildung eines „gewerkschaftlichen Bewußtseins“ ist und daß innerhalb der Arbeiterjugend ein auf den Produktionssektor bezogenes beachtliches Kritik- und Widerstandspotential zumindest latent vorhanden ist, welches dann, wenn gewerkschaftliche oder anderweitige Handlungsangebote bestehen, auch punktuell in Aktionen sichtbar wird. Aber auch von außerbetrieblichen Bewegungen und Initiativen können Impulse ausgehen, die in kollektives betriebliches Engagement münden. Bestes Beispiel ist diesbezüglich die Entstehung betrieblicher Friedensinitiativen, die der Friedensbewegung ein qualitativ neues soziales Potential erschloß.

Stagnierende oder gar abnehmende Bereitschaft zu gewerkschaftlichem Engagement, wie sie zumindest als temporäre Erscheinung bei Teilen des Lohn-

43 IMSF (Hrsg.), *Jugendliche im Großbetrieb*, a.a.O., S. 94.

44 Die drohende Nichtübernahme von 2000 Auszubildenden beantworteten die jungen Postgewerkschafter mit einem demonstrativen Warnstreik. In bewußter Anlehnung an Aktionsformen der Friedensbewegung folgte die Bildung einer Menschenkette zwischen Post- und Arbeitsministerium in Bonn, um so den „Weg in die Arbeitslosigkeit“ zu symbolisieren. Für diese Aktion konnten über 5000 der insgesamt 15 000 Postauszubildenden mobilisiert werden.

arbeiternachwuchses durchaus festzustellen, allerdings nicht als dominante Verhaltenstendenz verallgemeinerbar ist, kann mithin durch simplifizierende Fluchtthesen nicht ausreichend erklärt werden.

Ein im Kontext von konkreten Erfahrungen im Ausbildungs- und Arbeitsprozeß entstehendes Kritik- und Widerstandspotential kann nicht ohne weiteres in andere gesellschaftliche Sektoren transferiert oder durch Engagement im Reproduktionssektor kompensiert werden. Lohnender ist die Frage, in welcher Weise Bedeutungszuwachs „sozialer Bedürfnisse und Wertorientierungen“<sup>45</sup> Anknüpfungspunkt für gewerkschaftliche (und sozialistische) Betriebsarbeit sein kann. Genauer zu untersuchen wäre ferner, welche Motivationen und Interessen den aktiven Kern des Lohnarbeiternachwuchses zum Handeln stimulieren, aus welchen Gruppen der Arbeiterjugend er sich rekrutiert und was für ein politisch-ideologisches Profil er aufweist.

Außerdem wäre zu rekonstruieren, wie gewerkschaftliche Jugendarbeit im Betrieb von den eher passiven Teilen des Lohnarbeiternachwuchses wahrgenommen wird und welche Lernprozesse im Kontext kollektiven Handelns erfolgen können. Im Zusammenhang damit fragt sich auch, ob die organisatorischen und politischen Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Betriebsjugendarbeit ausreichen, um latent vorhandene Handlungspotentiale zu aktivieren. Mit diesen hier nicht zu beantwortenden Fragen ist ein Feld für künftige marxistische Jugendforschung abgesteckt.

45 Siehe dazu: W. Roßmann, Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch IMSF 5/1982, S. 42 ff.

# **Strukturwandel der Frauenarbeit und betrieblich-gewerkschaftliches Engagement**

*Alma Steinberg*

*1. Veränderungen in der Erwerbsstruktur der Frauen – 2. Zu Bewußtsein und Verhalten erwerbstätiger Frauen – 3. Bewegung, Aktionen – gewerkschaftliche Frauenarbeit – 4. Aktive Frauen*

## **1. Veränderungen in der Erwerbsstruktur der Frauen**

Seit etwa 100 Jahren sind sowohl der Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung als auch die weibliche Erwerbsquote relativ stabil: Die Erwerbsquote bewegte sich um 45 Prozent, die Erwerbsbeteiligung lag bei 35 Prozent. Große Veränderungen vollzogen sich dagegen in der Erwerbsstruktur der Frauen. Damit haben sich nicht nur Inhalt und Felder weiblicher Erwerbsarbeit geändert. Verschoben haben sich auch der Anteil, die Stellung und das Gewicht erwerbstätiger Frauen in der Arbeiterklasse. Diese Entwicklung weist auf unterschiedliche historische Erwerbs- und Klassenerfahrungen von Frauen hin; ihre Analyse kann beitragen zur Erklärung von Besonderheiten im beruflichen Selbstverständnis und im Klassenbewußtsein von Frauen heute.

Zunächst war Frauenarbeit von der kapitalistischen Industrialisierung wenig geprägt. Zwar stellten Frauen in den ersten Zentren der Textilindustrie einen hohen Anteil, manchmal die Mehrzahl der Arbeitskräfte; an der Gesamtheit der erwerbstätigen Frauen gemessen, war die Zahl der dort Arbeitenden jedoch gering, und sie ging bis zur Jahrhundertwende auf etwa zehn Prozent der arbeitenden Frauen zurück. In den Betrieben der ökonomisch bedeutenden Schwerindustrie stellten die Frauen nur einen ganz geringen Teil der Arbeitskräfte.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts arbeiteten etwa 40 Prozent der erwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft und in der privaten Hauswirtschaft als Mägde, Landarbeiterinnen und Dienstmädchen. Weitere 40 Prozent halfen als Familienangehörige in landwirtschaftlichen und handwerklichen Kleinbetrieben. Nur etwa 15 Prozent der erwerbstätigen Frauen waren als Arbeiterinnen in Industriebetrieben beschäftigt.<sup>1</sup> Frauenarbeit war gekennzeichnet durch eine isolierte, kleinbetriebliche Arbeitssituation und durch ein hohes Maß an persönlicher Abhängigkeit. Als mithelfende Familienangehörige standen

<sup>1</sup> Vgl. dazu: W. Müller, A. Willms, J. Handl, Strukturwandel der Frauenarbeit 1880–1980, Frankfurt a. M./New York 1983, S. 136f.

Frauen zu ihrem Ehemann in zweifacher Abhängigkeit: als Mann und als Arbeitgeber. Als Mägde und Dienstmädchen waren sie eingebunden in ein paternalistisches quasi-feudales Arbeitsverhältnis; so ersetzten Unterkunft und Verpflegung einen Teil des Geldlohnes, und selbst das Verhalten in der Freizeit unterlag der Kontrolle durch die „Herrschaft“.

Das Übergewicht der halbfeudalen Arbeitsverhältnisse verschwand erst im 20. Jahrhundert. Mit einem deutlichen Schub nahm in den zwanziger Jahren die lohnabhängige Frauenerwerbstätigkeit in Industrie und Dienstleistungen zu. Der Anteil der Arbeiterinnen in der Industrie verdoppelte sich und betrug 1925 etwa 36 Prozent der lohnabhängig arbeitenden Frauen. Die Ausweitung des Handels und des Dienstleistungssektors und die Herausbildung der maschinenbezogenen kaufmännischen Routinetätigkeiten in den Büros führten dazu, daß sich der Anteil der weiblichen Angestellten an den lohnabhängigen Frauen versechsfachte: von 2,5 Prozent im Jahr 1895 auf fast 15 Prozent im Jahr 1925. Der Anteil der Frauen, die als Dienende in Landwirtschaft und privaten Haushalten arbeiteten, ging dagegen um die Hälfte zurück.

Bis in die sechziger Jahre blieb der Anteil der Arbeiterinnen an den erwerbstätigen Frauen ungefähr gleich. Verschoben hatte sich jedoch die Aufteilung auf die Branchen. So nahm der Anteil der in der Elektro- und feinmechanischen Industrie arbeitenden Frauen an der Gesamtheit der in der Industrie beschäftigten Frauen zu (1925: 2,4 Prozent; 1961: 9 Prozent), während der Anteil der Frauen, die in der Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie arbeiteten, zurückging (von 18 Prozent 1925 auf 13,3 Prozent 1961).

Stark zugenommen hatte auch die Anzahl der Frauen im Handels- und Dienstleistungssektor; 1961 stellten sie etwa die Hälfte der lohnabhängigen Frauen. In der Erwerbsstruktur bedeutungslos wurden Dienste in privaten Haushalten und in der Landwirtschaft (7 Prozent). Der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen, der über 80 Jahre nur sehr langsam zurückgegangen war, sank bis 1960 um 10 Prozent, betrug aber immer noch 22 Prozent.<sup>2</sup>

Nach 1960 folgten einschneidende Veränderungen. Die Gruppe der Mithelfenden schrumpfte weiter und machte 1980 nur noch 6,7 Prozent aus. Der Anteil der Arbeiterinnen sank auf 31,5 Prozent; Arbeitsplätze entfielen vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie und im Metallbereich. Im letzten Jahrzehnt wurden im Bereich Bekleidung etwa 233 000 Frauenarbeitsplätze abgebaut, bei Metall 100 000. Zwischen 1980 und 1982 sank die Zahl der Arbeiterinnen im verarbeitenden Gewerbe noch einmal um 160 000.<sup>3</sup>

Der verstärkte Arbeitsplatzabbau in der Industrie konnte kompensiert werden durch die Zunahme von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor. Diese Ausweitung ging einher mit einer Expansion des Frauenanteils. Zwischen 1970 und 1980 erhöhte sich die Zahl der Frauen in Verwaltungsberufen um 513 000, in Organisations- und Dispositionsberufen um 59 000, unter den Warenkauleuten um 47 000 und in Dienstleistungsberufen um 43 000.<sup>4</sup> Mit der

2 Vgl. dazu: W. Müller u. a., a.a.O., S. 135ff.

3 ANBA 3/83, Sonderdruck Arbeitsmarkt-Vorhersagen, Bundesanstalt für Arbeit, S. 269f.

4 Bundesarbeitsblatt 2/1984, S. 24f.

Zunahme der Frauenarbeit im Dienstleistungssektor erhöht sich auch die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze für Frauen. So stieg die Teilzeitquote bei den Frauen im öffentlichen Dienst von 19,6 Prozent im Jahr 1969 auf 24 Prozent im Jahr 1977.<sup>5</sup> Im Einzelhandel erhöhte sie sich auf 25,2 Prozent 1981. Ganz deutlich konzentriert sich Teilzeitarbeit im Dienstleistungssektor: 85 Prozent aller teilzeitarbeitenden Frauen sind hier beschäftigt.

Gegenwärtig arbeiten 65 Prozent der erwerbstätigen Frauen im Handels- und Dienstleistungssektor und als Angestellte in Büroberufen. Frauenarbeit ist auch im Dienstleistungsbereich weit mehr als Männertätigkeit Arbeit in unteren und mittleren Positionen. Im Handel arbeiteten 1970 fast 65 Prozent der Frauen, aber nur 35 Prozent der Männer als Angestellte ohne Führungsaufgaben und ohne besondere Qualifikation. Bei Banken und Versicherungen waren etwa 80 Prozent der Frauen in ausführenden Positionen beschäftigt, gegenüber 50 Prozent der Männer. 1976 waren 56 Prozent aller weiblichen Angestellten in der Industrie ohne Entscheidungsbefugnis, gegenüber 16 Prozent der männlichen Angestellten. Neun von zehn Beamtinnen und weiblichen Angestellten im öffentlichen Dienst arbeiteten 1976 im einfachen oder mittleren Dienst.<sup>6</sup>

Im gewerblichen Bereich sind ca. 2,9 Millionen Frauen als Arbeiterinnen eingruppiert. Die Zahl der Frauen, die tatsächlich an der Maschine oder am Band in der industriellen Fertigung tätig sind, ist jedoch wesentlich geringer. Sie liegt bei etwa einer Million. Über die Hälfte davon, ca. 600 000, arbeiten in der Metallindustrie, weitere 100 000 in der Textilindustrie. In diesen Branchen konzentrieren sich auch die Facharbeiterinnen. Die übrigen zwei Millionen Arbeiterinnen verrichten Tätigkeiten in Kantinen, Küchen, Wäschereien, als Reinigungspersonal u. ä.<sup>7</sup>

Ein Vergleich der Erwerbsstruktur lohnabhängiger Männer und Frauen zeigt, daß ein Drittel der Frauen im gewerblichen Bereich, zwei Drittel im Dienstleistungs- und Handelssektor arbeiten. Bei den Männern ist das Verhältnis umgekehrt: Etwa zehn Millionen arbeiten im Gewerbe, fünf Millionen in Handel und Dienstleistungen. Frauenarbeit findet zu 60 Prozent in Klein- und Mittelbetrieben statt. 1968 waren von allen weiblichen Beschäftigten in der Industrie 28 Prozent in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten und 14 Prozent in Betrieben mit zwischen 500 und 999 Beschäftigten tätig.<sup>8</sup> Von den Frauen im gewerblichen Bereich arbeiten mehr als ein Drittel in der Verbrauchs- und Konsumgüterindustrie, die ganz überwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturiert ist. Der Frauenanteil liegt im Durchschnitt bei 54 Prozent.

Im Metallbereich (1981 1,2 Millionen Arbeiterinnen und weibliche Ange-

5 Vgl. dazu: M. Langkau-Hermann u. a., *Frauen im öffentlichen Dienst*, Bonn 1983, S. 27 ff., und *Arbeitsheft Teilzeitarbeit*, Hrsg.: Gewerkschaft HBV, Hauptvorstand Abteilung Frauen, Düsseldorf 1982.

6 Vgl. dazu W. Müller u. a., a.a.O., S. 158 ff.

7 Vgl. dazu S. Schunter-Kleemann, *Frauenarbeit und -arbeitslosigkeit in den achtziger Jahren*, in: *Marxistische Blätter* 2/84.

8 IMSF, *Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970*, Teil II, Frankfurt/M. 1974, S. 198 f.

stellte) liegt der Frauenanteil mit 22 Prozent unter dem Anteil an den gesamten Industriebeschäftigten. Von allen Frauen im gewerblichen Bereich konzentrieren sich jedoch über die Hälfte in der Metallindustrie. Ein Drittel von ihnen arbeitet in Großbetrieben mit über 1000 Beschäftigten (bei den Männern 45 Prozent). Der Anteil der Ausländerinnen an den Frauen in Großbetrieben der Metallindustrie beträgt 20 Prozent. Lediglich 2800 der insgesamt 80 500 ausländischen Frauen sind als Angestellte eingruppiert.<sup>9</sup>

Im Handels- und Dienstleistungssektor arbeiten über die Hälfte der weiblichen Beschäftigten in kleinbetrieblich geprägten Bereichen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, in der Rechtsberatung, in Arztpraxen, im Bereich Reinigung und Körperpflege und in kleinen Einzelhandelsgeschäften. Der Frauenanteil liegt hier bei zwei Drittel der Beschäftigten. Durch Zentralisations- und Konzentrationsprozesse seit Beginn der sechziger Jahre haben sich zunehmend Großbetriebe herausgebildet. Im Handel gab es Verschiebungen; vom traditionellen Geschäftstyp der kleinen Nachbarschaftsläden weg zu den Großbetriebsformen der SB-Verbrauchermärkte, der Filialunternehmen und der Warenhäuser. Im öffentlichen Dienst entstanden große Verwaltungseinheiten, im Gesundheitswesen bildeten sich Großkrankenhäuser heraus, im Bildungswesen Großuniversitäten. In diesen Großbetrieben sind oft über die Hälfte der Beschäftigten Frauen. 1970 lag der Anteil der Großbetriebe des tertiären Sektors mit über 500 Beschäftigten bei 20,9 Prozent aller Großbetriebe.<sup>10</sup> Im Bereich des Frankfurter Umlandverbandes stellten die Großbetriebe des tertiären Sektors 1978 einen Anteil von knapp 50 Prozent aller Großbetriebe; etwa 44 Prozent aller Beschäftigten in Großbetrieben waren dort tätig.<sup>11</sup>

Für Frankfurt geben folgende Zahlen von 1983 Anhaltspunkte zur Erwerbsstruktur in Handel und Dienstleistungen. Im Einzelhandel waren etwa 32 500 Angestellte beschäftigt. Etwa 30 Prozent arbeiten in den sieben Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten. Der Frauenanteil liegt in diesen Betrieben durchschnittlich über 60 Prozent. In den Frankfurter Banken und Versicherungen sind 60 Prozent der rund 46 900 Angestellten in den 17 Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten konzentriert; der Frauenanteil liegt hier im Durchschnitt bei etwa 45 Prozent. Die beiden größten Frankfurter Krankenhäuser beschäftigen gegenwärtig 2200 und 1400 Erwerbstätige. In den vier weiteren Großkrankenhäusern arbeiten jeweils 500 bis 750 Angestellte. Der Frauenanteil beträgt knapp 85 Prozent. In der städtischen Sozialverwaltung sind etwa 1600 Angestellte tätig, über die Hälfte davon Frauen. Im Stadtschulamt sind von den etwa 2800 Beschäftigten 85 Prozent Frauen. An der Universität arbeiten im nichtwissenschaftlichen Bereich ca. 1000 Angestellte und Arbeiter; über die Hälfte sind Frauen.<sup>12</sup>

Gegenwärtig finden sich typische Frauenbetriebe in der Verbrauchs- und

9 IGM, Ergebnisse der BR-Wahlen 1981, Frankfurt/M. o.J., S. 59 f.

10 Statistisches Bundesamt, Unternehmen u. Arbeitsstätten, Wiesbaden 1972.

11 Arbeitsstättenzählung und Beschäftigte 1977/78 der Regionalen Planungsgemeinschaft Umlandverband Frankfurt/M., Frankfurt/M. o. J., S. 109.

12 Auskünfte des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt.



Konsumgüterindustrie. Traditionell stellen Frauen dort einen großen Teil der Beschäftigten. Als Betriebstyp dominiert der Klein- und Mittelbetrieb mit einer hohen Frauenquote in der industriellen Fertigung. In Teilbereichen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie arbeiten Frauen nicht nur als ungelernete Kräfte, sondern stellen auch einen Teil der Facharbeiter. Im Metallbereich konzentrieren sich die Frauen in der elektrotechnischen und feinmechanischen Industrie. Der Betriebstyp wird dort von den Frauenabteilungen im Montagebereich mitgeprägt. Ein Drittel bis die Hälfte der Belegschaftsmitglieder sind Frauen. Sie arbeiten überwiegend als Angelernte und Hilfskräfte; lediglich drei bis fünf Prozent der Facharbeitertätigkeiten werden von Frauen ausgeführt.<sup>13</sup> In den Großbetrieben des Handels- und Dienstleistungssektors stellen die Frauen in einigen Bereichen, so im Gesundheitswesen, im Einzelhandel, in Teilen der privaten und öffentlichen Verwaltung die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten, hier haben sich neue Frauengroßbetriebe herausgebildet.

Die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen gehört heute zur Arbeiterklasse. Sie sind als Lohnabhängige tätig; der Warencharakter ihrer Arbeitskraft ist voll entwickelt, was sich in der Austauschbarkeit ihrer Arbeitskraft ausdrückt und sich an der untergeordneten, kommandierten Stellung in der Betriebshierarchie zeigt. Der Übergang von der formellen zur reellen Unterordnung unter das Kapital ist bei den einzelnen Gruppen der lohnabhängigen Frauen jedoch unterschiedlich vorangeschritten. Die Situation der Frauen, die in den Großbetrieben der materiellen Produktion an Maschinen und Fließbändern arbeiten, ist am nachhaltigsten von der gegensätzlichen Stellung zum Kapital geprägt. Diese Frauen sind in Betrieben mit einem hohen Vergesellschaftungsgrad der Arbeit tätig. Ihre Arbeitsbedingungen sind bestimmt durch eine von den Arbeitsmitteln erzwungene Disziplin. Die Klassenverhältnisse sind polarisiert. Die Frauen in der Fertigung der industriellen Großbetriebe gehören zum Kern der Arbeiterklasse. Quantitativ dürften dies nur einige hunderttausend sein.

Auch die Arbeitskraft der Frauen, die in Dienstleistungsfunktionen, als Reinigungskräfte, Küchen- und Kantinenhilfen in den industriellen Großbetrieben arbeiten, unterscheidet sich in Austauschbarkeit, Privilegienlosigkeit und Unterordnung nicht von den Frauen in der industriellen Fertigung. Ihre Arbeitsbedingungen wirken jedoch weniger disziplinierend als die ihrer Kolleginnen in der Produktion. Durch den Zusammenhang des Großbetriebs, über gewerkschaftliche Strukturen verbunden, gehören sie gleichfalls zum Kern der Arbeiterklasse.

In den Klein- und Mittelbetrieben der industriellen Produktion sind die Klassenverhältnisse nicht in dem Maße polarisiert wie in den Großbetrieben. Herrschaftsformen setzten sich hier oft noch über paternalistische Bindungen durch. Auch der Organisationsgrad ist niedriger. Die dort beschäftigten Frauen gruppieren sich um den Kern der Arbeiterklasse.

<sup>13</sup> abc-Handbuch, Hg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1974.

Zur Arbeiterklasse zählen auch die Frauen, die als Angestellte in den Klein- und Mittelbetrieben des Dienstleistungssektors und des Handels arbeiten. Auch ihre Arbeitskraft ist austauschbar, untergeordnet und durchschnittlich bezahlt. Ihre Situation ist von einer zwar oft personalisierten, aber dennoch gegensätzlichen Stellung zum Unternehmer geprägt. Zentralisation und Konzentration sowie der Einsatz neuer Techniken haben im Dienstleistungssektor zum Entstehen moderner Großbetriebe geführt und die reelle Subsumtion der dort beschäftigten Arbeitskräfte unter das Kapital weiter vorangetrieben. Die Arbeit der Kassiererin an einer elektronischen Datenkasse im SB-Verbrauchermarkt, der Stenotypistin an einem Diktiergerät im Schreibsaal einer öffentlichen Verwaltung, der Locherin und der Sortiererin in einem Rechenzentrum ist austauschbare Detailarbeit, privilegienlos und gering entlohnt. Die Mobilität nach „oben“ ist völlig abgeschnitten. Die Arbeitsbedingungen der Frauen in den Großbetrieben des Dienstleistungssektors nähern sich denen in der industriellen Fertigung an. Sie sind jedoch noch nicht in dem Maße durch die von den Arbeitsmitteln aufgezwungene Disziplinierung bestimmt, die Akkord und Fließbandarbeit kennzeichnen.

Mit der Ausweitung des Staatssektors, insbesondere des Gesundheits- und Bildungsbereiches in den 70er Jahren, hat sich die Zahl der Frauen erhöht, die als qualifizierte Arbeitskräfte in den Großbetrieben dieser Sektoren arbeiten. Sie gehören zur lohnabhängigen Mittelschicht und zur Intelligenz und haben Spezialistinnenfunktionen als Ärztinnen, Psychologinnen u.ä. Sie sind durch ein höheres Bildungsniveau privilegiert und arbeiten in eher ganzheitlichen Arbeitsvollzügen. Der Wert ihrer Arbeitskraft liegt durchschnittlich höher als der der Frauen der Arbeiterklasse.

Infolge der Krise haben sich die Randgruppen der Arbeiterklasse vergrößert. Arbeitslosigkeit und Arbeit in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen treffen sowohl Frauen als auch Männer. Verschiebungen von tariflich und sozial abgesicherten Arbeitsverhältnissen zu ungeschützten vollziehen sich gegenwärtig jedoch vorwiegend über die Frauenarbeit. Schätzungsweise 3 Millionen Frauen arbeiten zur Zeit in rechtlich, materiell und sozial ausgehöhlten Beschäftigungsverhältnissen als Leiharbeiterinnen, geringfügig oder gelegentlich Beschäftigte, als Teilzeit- und Heimarbeiterinnen.<sup>14</sup> Auch als Arbeitslose, als geringfügig Beschäftigte oder Hausfrauen fallen diese Frauen nicht aus dem Klassenzusammenhang heraus. Vermittelt über ihre soziale und ökonomische Lage sowie über den familiären Zusammenhang bleiben sie Teil der Arbeiterklasse.

Vor hundert Jahren waren lohnabhängig arbeitende Frauen in ihrer überwiegenden Mehrzahl im nichtkapitalistischen Sektor, in Kleingewerbe und Privathaushalten tätig. Durch ihre soziale Lage, ihre Familienzugehörigkeit als Arbeiterfrauen und -töchter, ihre Lebensweise in einem relativ geschlossenen Arbeitermilieu war ein Teil von ihnen in die Arbeiterklasse eingebunden. Heute gehört die Mehrzahl der Frauen zur Arbeiterklasse. Darüber hinaus stellt

14 Vgl. dazu C. Möller, Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse – Verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10, Köln 1983, S. 7 ff.

sich für wesentlich mehr Frauen die Klassenzugehörigkeit unmittelbar über die eigene Berufstätigkeit her. Frauen sind heute integraler Bestandteil der aktiven Arbeiterklasse und stellen vor allem in den neuen Abteilungen der Arbeiterklasse einen bedeutenden Teil der Arbeitskräfte in den Großbetrieben.

## **2. Zu Bewußtsein und Verhalten erwerbstätiger Frauen**

Parallel zu den Veränderungen in der Erwerbsstruktur wandelte sich auch das Erwerbsverhalten der Frauen. Dies führte zu erheblichen Verschiebungen in der Zusammensetzung des weiblichen Arbeitskräftepotentials. Die Umschichtungen sind vor allem auf das veränderte Verhalten junger und verheirateter Frauen zurückzuführen. In den letzten 70 Jahren durchliefen Mädchen zwischen 15 und 20 Jahren eine längere Ausbildungsphase und traten später in das Erwerbsleben ein. Für verheiratete Frauen sind Heirat und Geburt keine Gründe mehr, die Erwerbstätigkeit gänzlich aufzugeben. Seit den Anfangsjahren der BRD hat sich der Anteil der verheirateten Frauen und Mütter an den erwerbstätigen Frauen fast verdoppelt. Waren 1950 ca. 30% aller erwerbstätigen Frauen verheiratet, so sind es heute fast 60%. 44% aller berufstätigen Frauen haben Kinder zu versorgen. Zwar ist die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen auch gegenwärtig eher diskontinuierlich und sinkt mit der sogenannten Familienphase stark ab, doch immer mehr Frauen nehmen ihre Erwerbsarbeit nach immer kürzeren Unterbrechungszeiten wieder auf. So setzten 36% der Berufsunterbrecherinnen nur 1–2 Jahre mit der Arbeit aus, 19% unterbrachen 2–5 Jahre.<sup>15</sup>

Deutlich erhöht hat sich das Qualifikationsniveau. Fast die Hälfte der heute 20–30jährigen hat einen mittleren oder höheren Schulabschluß, 60% haben eine Berufsausbildung durchlaufen (1970 erst 38%).<sup>16</sup> Der dominierende Typus der erwerbstätigen Frau ist heute die lohnabhängig arbeitende Ehefrau, die oft eine Berufsausbildung abgeschlossen hat und Mutter ist.

Das veränderte Erwerbsverhalten führte zu einer Höherbewertung der Erwerbstätigkeit bei den Frauen selbst. Damit ging jedoch kein allgemeiner Wandel in der Bewertung der Familienrolle der Frau einher. Das traditionelle weibliche Rollenverhalten wird von der Mehrheit der erwerbstätigen Frauen nur partiell abgelehnt und drückt sich in einer von Ambivalenzen durchzogenen Doppelorientierung auf Beruf und Familie aus.<sup>17</sup> So findet die überwiegende Mehrheit der Arbeiterinnen und Angestellten Erwerbsarbeit attraktiver als Hausarbeit. Neben dem ökonomischen Zwang, der immer noch als Haupt-

15 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bildungs- und Beschäftigungssystem 4, Bonn 1981.

16 Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bildungs- und Beschäftigungssystem 4, a.a.O.

17 Vgl. dazu die Untersuchungen über Verhalten und Bewußtsein erwerbstätiger Frauen von R. Becker-Schmidt u. a., *Arbeitsleben – Lebensarbeit*, Bonn 1983; M. Duran u. a., *Geteiltes Leid ist halbes Leid – Ein Binsenirrtum*, Westberlin 1982; M. Kurbjuhn/C. Pust, *Emanzipation durch Lohnarbeit?*, Westberlin 1983; B. Stiegler, *Die Mitbestimmung der Arbeiterin*, Bonn 1976.

grund für die Erwerbstätigkeit genannt wird, geben zunehmend mehr Frauen subjektive Motive an. Betriebliche Kooperation und Kommunikation, durch die Arbeitsbeziehungen gestiftete soziale Kontakte kompensieren in ihrer Sicht die belastenden Arbeitsbedingungen der Monotonie, der Unterordnung, des körperlichen und nervlichen Verschleißes.

Gleichzeitig betonen viele Frauen die positiven Aspekte der Hausarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit: selbstbestimmte Tätigkeit und freie Zeiteinteilung. Die weibliche Zuständigkeit für die Hausarbeit, oft verbunden mit hohen Ansprüchen an die eigene Haushaltsführung, wird kaum in Frage gestellt. Zwar erwarten zunehmend mehr Frauen von ihren Männern Hilfe bei der Erledigung der Hausarbeit; eine gleichwertige Verteilung der Familienpflichten fordern sie jedoch kaum. In jedem Fall fühlen sich die Frauen für die Gesamtleitung des Haushalts verantwortlich.

Beibehaltene traditionelle Denkmuster im familiären Zusammenleben zeigen sich auch, wenn die Frauen die Bedeutung der Erwerbsarbeit für die Geschlechter einschätzen. Viele sehen ihre eigene soziale Lage immer noch als über den Mann als Haupternährer vermittelt. Sie können sich Berufsunterbrechungen, sogar Arbeitslosigkeit, für sich selbst viel eher vorstellen als für den Mann. Auch wenn die Erwerbsarbeit den Frauen viel bedeutet, so ist sie doch immer noch nicht zur normalen Lebensrealität geworden. Der familiäre Rhythmus ist in der Regel am männlichen Berufsrythmus ausgerichtet. Die Arbeitsplatzwahl der Frau, insbesondere die Entscheidung für ein bestimmtes Arbeitszeitsystem, wird auf die Vorgaben des Ehemannes abgestimmt. Seine Regeneration, seine Interessen und seine berufliche Entwicklung haben Vorrang. Auch die Bedeutung eigenen Geldverdienens sehen die meisten Frauen fast ausschließlich darin, einen Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten, und weniger in den Möglichkeiten eigener Unabhängigkeit.

Aufkommender Unmut über die häusliche Situation, über die mangelnde Anerkennung der geleisteten Haus- und Erziehungsarbeit, über die familiäre Einengung und die hierarchische Aufgabenverteilung macht sich zunächst nicht am Mann fest. Unzufriedenheit wird nicht in der Familie ausagiert, sondern über den positiven Bezug zur Erwerbsarbeit ausbalanciert. Über die Durchbrechung der familiären Privatheit werden Mängel der häuslichen Situation kompensiert.

Daß die Mehrzahl der erwerbstätigen Frauen die traditionelle Familienrolle beibehält, resultiert nicht allein aus dem Fortwirken rückständiger Einstellungen, sondern hat als wichtige Basis frauendiskriminierende ökonomische Verhältnisse. Der geringe Frauenverdienst ermöglicht kaum volle Unabhängigkeit vom Mann. Die Reservearmeefunktion der Frauen gefährdet weibliche Arbeitsplätze stärker als männliche und läßt die Rolle des Mannes als Haupternährer fast unangefochten. Die unzureichende Versorgung mit öffentlichen Reproduktionseinrichtungen macht Erziehungsaufgaben weitgehend zur Privatangelegenheit und zwingt Frauen zur Teilzeitarbeit. Die Kombination solcher Verhältnisse erschwert die Auflösung traditioneller familiärer Verhaltensmuster.

Das Nebeneinander von Lohnarbeit und Hausarbeit wirkt sich in besonde-

rer Weise auf das weibliche Verhalten in der Erwerbssphäre aus. Der Zwang, beide Bereiche ohne ausreichende gesellschaftliche Hilfe und auch oft ohne Unterstützung des Mannes zu koordinieren, prägt Problemsicht und Konfliktbewältigungsstrategien der Frauen im Betrieb. Zu den Bedingungen der Konkurrenz, der Vereinzelung und der Unterordnung im Arbeitsprozeß kommt die Anforderung hinzu, sich auch im Betrieb gemäß den Bedürfnissen der Familie zu verhalten. Familiäre Belastungen und Unregelmäßigkeiten, besonders solche, die die betriebliche Arbeitszeit berühren, müssen von den Frauen individuell aufgefangen werden. Sie erhöhen den betrieblichen Anpassungsdruck und verfestigen überkommene und sozialisationsbedingte Sichtweisen der Individualisierung, der Personalisierung und der resignativen Selbstbescheidung. So werden Belastungen und Verschlechterungen der Arbeitssituation, Arbeitsplatzgefährdung durch Rationalisierung oder weibliche Lohndiskriminierung von der Mehrzahl der Frauen zwar gesehen und allgemein treffend eingeschätzt. Durch die individualistischen Verarbeitungsmuster neigen Frauen mehr noch als Männer dazu, ihre eigene Betroffenheit zu verdrängen, oder sie versuchen, die Konflikte im Alleingang zu bewältigen. Bei den „Heinze-Frauen“ standen z.B. vor der kollektiven Auseinandersetzung um Lohngleichheit die Versuche einzelner Frauen, durch individuelle Verhandlungen mit dem Personalchef für sich selbst Lohnangleichungen zu erreichen.<sup>18</sup>

Quer zu den Erfahrungen der Vereinzelung, des Auf-sich-allein-gestellt-Seins und den daraus resultierenden Individualisierungsstrategien bilden sich aber auch die Erfahrung der Kooperation im Arbeitsprozeß, Verhaltensweisen der gegenseitigen Hilfe und der Kollegialität heraus. Auf deren Basis entwickelt sich gemeinsame Betroffenheit, die in punktuelle kollektive Abwehrhandlungen münden kann. Meist sind diese Widerstandsformen jedoch so angelegt, daß sie nicht an die Betriebsöffentlichkeit gelangen und als persönliche Angelegenheiten zwischen dem Vorgesetzten und den betroffenen Frauen begriffen und ausgehandelt werden. Aus diesen Konflikten ziehen die Frauen jedoch wichtige Erfahrungen, die die Keimformen betrieblichen und gewerkschaftlichen Engagements bilden können.

Ein Großteil der Frauen schätzt, genau wie ihre männlichen Kollegen, die Gewerkschaften als notwendige Interessenvertretung aller Arbeitenden ein.<sup>19</sup> Die Zuständigkeit der Gewerkschaften wird jedoch in erster Linie auf die „großen“ überbetrieblichen Handlungsfelder der Tarifaueinandersetzung und der Arbeitszeitregelung bezogen, weniger auf die „kleinen“ Probleme am eigenen Arbeitsplatz. Hier streben die Frauen eher individuelle Lösungsmöglichkeiten an. Die Einsicht, daß die Gewerkschaften unverzichtbare Interessenorgane sind, hat keine unmittelbaren Folgen für eigene Organisierung. Die Notwendigkeit eigener gewerkschaftlicher Aktivitäten bleibt für viele Frauen bei den gegebenen Bedingungen, Erwerbsarbeit und Familienpflichten privat vereinbaren zu müssen, abstrakt. Die hohe Belastung aus beiden Bereichen

18 Vgl. *Wir wollen gleiche Löhne*, Hrsg.: M. Kaiser, Reinbek 1980, S. 13 ff.

19 Vgl. M. Kurbjuhn/C. Pust, a.a.O., S. 191 ff.



und die verinnerlichte Familienorientierung stehen dem Schritt zum Engagement auch dort entgegen, wo latente Interessen vorhanden sind. Unsicherheitsfaktoren wie Unkenntnis der gewerkschaftlichen Strukturen, Zweifel an der eigenen Fähigkeit zur gewerkschaftlichen Arbeit, Angst vor den Reaktionen des Ehemanns, der Kollegen und der Betriebsleitung werden zu verstärkten Hindernissen für die Organisierung.

So sind von 8,1 Millionen erwerbstätiger Frauen nur 1,6 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Während jeder zweite männliche Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert ist, ist nur jede fünfte weibliche Beschäftigte Mitglied in der Gewerkschaft.<sup>20</sup> Trotz aller Hindernisse hat sich in den letzten 10 Jahren der Anteil weiblicher Gewerkschaftsmitglieder beträchtlich erhöht. So stieg die Frauenquote im DGB von 15,3 Prozent 1972 auf 21 Prozent im Jahre 1983 an; der weibliche Anteil am Gesamtzuwachs liegt über dem der Männer.<sup>21</sup> Deutlich angestiegen ist in diesen Jahren die Beteiligung von Frauen an sozialen Auseinandersetzungen im Betrieb. Die positive Einschätzung der Erwerbsarbeit, die Erfahrungen der Kooperation und der gemeinsamen Lage im Betrieb sowie die Perspektive langfristiger Erwerbsarbeit haben bei einem Teil der Frauen Problembewußtsein gefördert und die kollektive Handlungsbereitschaft erhöht.

### 3. Bewegung, Aktionen – gewerkschaftliche Frauenarbeit

In der spontanen Streikwelle 1973 traten erstmals Frauen als Initiatorinnen und Mobilisierungskerne von Arbeitskämpfen in Erscheinung. Deutlich wurde die gewachsene Beteiligung von Frauen auch in den Druckerstreiks 1976 und 1978 und im Metallarbeitskampf 1978. Zu eigenständigen Streikaktionen kam es ab Mitte der 70er Jahre in einigen industriellen Klein- und Mittelbetrieben. Das explosionsartige Aufbrechen von Auseinandersetzungen in diesen Betrieben bildete eine Reaktion auf die dort herrschenden extremen Ausbeutungsverhältnisse. Gemeinsame Ausgangslage waren in allen Betrieben untertarifliche Bezahlung, extrem schlechte Bedingungen am Arbeitsplatz und ein paternalistisch willkürlicher Stil der Unternehmensleitung. Herausgefordert durch die vergleichbar schlechteren Arbeitsbedingungen, entwickelten die bis dahin gewerkschaftlich kaum engagierten und kampfunerfahrenen Arbeiterinnen eine Aktionsbereitschaft, die in tage- und in einem Fall wochenlange Arbeitsniederlegungen mündete und meist zu Erfolgen für die Frauen führte. Zumindest die aktiven Kader waren in allen Betrieben gewerkschaftlich eingebunden und erhielten in den Kämpfen gewerkschaftliche Unterstützung.

Gegen Ende der 70er Jahre zeichneten sich erstmals größere Bewegungen im Bereich Handel und Dienstleistungen ab. 1978 kam es im Einzelhandel (Frauenanteil rund zwei Drittel) in Baden-Württemberg und Westberlin zu

20 Frauenarbeit 1977–1980. Geschäftsbericht der Abteilung Frauen im Bundesvorstand des DGB, Düsseldorf o.J., und: Frauen und Arbeit 5/1982.

21 Frauenarbeit 1977–1980, a.a.O.

Demonstrationen und Warnstreiks für die Durchsetzung tariflicher Forderungen. Unter anderem traten die Verkäuferinnen von elf Westberliner Warenhäusern in einen mehrstündigen Ausstand. Während der Tarifrunde 1979 beteiligten sich bundesweit über 15 000 Einzelhandelsbeschäftigte an Warnstreiks und Protestaktionen. In einer Reihe von Kaufhäusern lag die Streikbeteiligung bei 100 Prozent.<sup>22</sup>

Auch im Banken- und Versicherungswesen unterstützten die Angestellten zum ersten Mal die Tarifforderungen der HBV mit öffentlichen Aktionen und Warnstreiks. Im öffentlichen Dienst erhöhte sich die Aktionsbereitschaft insbesondere bei den im Gesundheitswesen, im Sozial- und im Bildungswesen Beschäftigten. Zunehmend mehr Krankenschwestern, Sozialarbeiterinnen und Erzieherinnen beteiligten sich an Warnstreiks während der Tarifaussensetzungen oder organisierten eigene Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen Stellenabbau und Mittelkürzungen.

Vorausgegangen war der gewachsenen Handlungsbereitschaft die Verbesserung der gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse. Erst zum Anfang der 70er Jahre, als sich tiefgreifende strukturelle Wandlungen in diesen Sektoren vollzogen hatten und sich ein immer größerer Teil der Beschäftigten in modernen Mittel- und Großbetrieben mit polarisierten Klassenverhältnissen konzentrierte, entwickelte sich gewerkschaftliches Interesse. Es boten sich für die Gewerkschaften Annäherungen an Aktionsbedingungen, wie sie in der Industrie gegeben sind. Zwischen 1970 und 1982 erhöhte sich der Organisationsgrad im HBV-Bereich von 3,9 auf 9%. Dabei lag die Steigerungsrate bei den Frauen im Zeitraum 1975 bis 1979 bei 37,7%, die der Männer bei 22,3%.<sup>23</sup> Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft stieg von 48% 1972 auf 56,5% 1982. Die Zahl der HBV-Betriebsrätinnen versechsfachte sich zwischen 1968 und 1981.<sup>24</sup>

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich im Organisationsbereich der ÖTV. 1968 betrug der Frauenanteil 17,6%, 1983 lag er bei 28,6%.<sup>25</sup> Seit 1970 erzielten die ÖTV-Bereiche „Gemeinden“ mit 24 000 Neuzugängen und „Gesundheitswesen“ mit rund 29 000 Neuaufnahmen den höchsten Zuwachs an weiblichen Mitgliedern.<sup>26</sup>

Indiz für die wachsende Handlungsbereitschaft war zunächst die Herausbildung innerbetrieblicher gewerkschaftlicher Strukturen, von Vertrauenskörpern und gewerkschaftlichen Betriebszeitungen, sowie die Bildung von aktionsorientierten Betriebs- und Personalräten in einer Reihe von Großbetrieben des Handels und des öffentlichen Dienstes. Dabei wurden nicht nur bisher leere Felder besetzt, betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretungen aufgebaut; in einer Reihe von Großbetrieben konnten auch sozialpart-

22 Vgl. dazu: A. Achenbach u. a., *Arbeitskampf an neuen Fronten, Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF*, Heft 8, Frankfurt/M. 1980, S. 31 ff.

23 Geschäftsbericht der Gewerkschaft HBV 1979, HBV-Hauptvorstand Düsseldorf.

24 Die Mitbestimmung 2/84, S. 69f.

25 Ebd.

26 Vgl. *Frauenpolitik der Gewerkschaft ÖTV*, Hg.: Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart 1978.



nerschaftlich orientierte Betriebs- und Personalräte durch aktionsorientierte abgelöst werden. In solchen Umorientierungsprozessen profilierten sich verstärkt Frauen als gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertreterinnen.

Die seit Ende der 70er Jahre spürbaren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch staatliche und unternehmerische Rationalisierungsstrategien wurden zum Auslöser erster öffentlicher Protestaktionen. Besonders bei den im Sozial- und Bildungssektor tätigen jüngeren und besser qualifizierten Angestellten gerieten die in der Reformphase erworbenen inhaltlichen Ansprüche an die Arbeit in Widerspruch zu den sich rapide verschlechternden Arbeitsmöglichkeiten und erhöhten die Aktionsbereitschaft.

Stärker als in anderen Sektoren sind die Konfliktfelder im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen gleichermaßen von Arbeitsinteressen der dort Beschäftigten und Reproduktionsinteressen aller Lohnabhängigen bestimmt. In spezifischer Weise nimmt diese Interessenverflechtung die Bedürfnisse erwerbstätiger Frauen nach Sicherung des Arbeitsplatzes wie Erhalt und Ausbau von öffentlichen Reproduktionseinrichtungen in sich auf. Schneller und besser als auf anderen gewerkschaftlichen Aktionsfeldern gelang im ÖTV-Bereich die aktive Kooperation mit Bürgerinitiativen. Vor allem im Sozialbereich kam es zum organisierten Zusammengehen von Betroffenen und Gewerkschaften. Nicht selten wird in diesen Initiativen der Zusammenhang von Sozialabbau, Arbeitsplatzgefährdung und Frauendiskriminierung herausgearbeitet.<sup>27</sup> Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich im Gesundheitswesen ab. Auch hier bilden sich erste Kooperationsansätze zwischen betroffenen Frauen, in der Frauengesundheitsforschung Tätigen und Gewerkschaften heraus.

Eine neue Qualität gewannen die betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um frauenspezifische Probleme am Arbeitsplatz mit den Kampagnen um Lohngleichheit. Erstmals gelang es, ein zentrales Frauenproblem in den Betrieben zu verankern und durch basisnahe gewerkschaftliche Arbeit die Betroffenen selbst zu mobilisieren. Schwerpunkte der Auseinandersetzung bildeten Metall- und Druckbetriebe. Durch das Reformklima Anfang bis Mitte der 70er Jahre hatte sich bei einem bedeutenden Teil der Frauen eine Sensibilisierung für die eigene Diskriminierung herausgebildet. Die Bereitschaft zum Engagement war gewachsen. 1974 gaben die Frauenausschüsse der IG Druck und Papier und einige Zeit später die der IG Metall mit ihren Aktionen für „Gerechte Eingruppierung“ einen flexiblen Rahmen vor, der eine Reihe betriebspezifischer Umsetzungsmöglichkeiten für die Forderung nach Lohngleichheit zuließ. Die Schwergewichte der gewerkschaftlichen Kampagne lagen in der Aufklärung über verdeckte Formen der Lohndiskriminierung und im Hinweis auf kollektive Gegenwehrmöglichkeiten durch die Betroffenen selbst.<sup>28</sup>

27 Vgl. dazu DJI-Material, Auswirkungen des Sozialabbaus im Kindergarten- und Kindertagesstättenbereich, München 1982.

28 Vgl. dazu Wir wollen gleiche Löhne – Keiner schiebt uns weg!, Schriftenreihe der IG Druck und Papier, Heft 34, Stuttgart o.J.

Durch eine Reihe kollektiver Klageaktionen gelang es, die politische Seite der Lohndiskriminierung, die zugrunde liegende generelle gesellschaftliche Diskriminierung der Frau, herauszuarbeiten und über den betrieblich/gewerkschaftlichen Rahmen hinaus zum öffentlichen Diskussionsthema zu machen. Der Kampf um Lohngleichheit wurde zum Symbolkonflikt, über den allgemeine Emanzipationsansprüche vorangebracht wurden. Erstmals erschienen Arbeiterinnen in der Öffentlichkeit als Akteurinnen und Initiatorinnen einer sich ausweitenden Bewegung.

Eine wichtige stabilisierende Rolle in den Auseinandersetzungen spielten die Funktionärinnen der gewerkschaftlichen Frauenausschüsse. Sie halfen nicht nur, ein Netzwerk solidarischer Unterstützung zu organisieren und damit den arbeitsplatzbedrohenden Konflikt mit dem Unternehmer unter die Kontrolle und den Schutz der demokratischen Öffentlichkeit zu stellen, sie unterstützten die betroffenen Frauen auch in den Phasen privater Konflikte. In den Auseinandersetzungen und Kämpfen veränderte sich das Selbstverständnis der Frauen. Es entwickelte sich ein neues Selbstbewußtsein – ein Prozeß, der Auswirkungen auf die Partnerbeziehung und das Verhältnis zu den Kollegen hat und meist von intensiven, verunsichernden Auseinandersetzungen begleitet ist. Der stabilisierenden Absicherung durch solidarische Dritte kommt dabei große Bedeutung zu.

Infolge des auch bei juristischen Auseinandersetzungen öffentlich und politisch geführten Kampfes intensivierte sich in den Gewerkschaften wie in der Frauenbewegung – bis hin zu den feministischen Frauen – die Diskussion über Formen, Ursachen und Wirkung der Frauenlohndiskriminierung. Innerhalb der Gewerkschaften festigte sich die Frauenarbeit und erhielt größeres Gewicht. Darüber hinaus gelang es, in den Konflikten um Lohngleichheit aufzuzeigen, daß letztlich nur die Unternehmer von der weiblichen Lohndiskriminierung profitieren. Trotz des gewachsenen Problembewußtseins innerhalb der Gewerkschaften reichte der Druck der Frauen bisher nicht aus, die Frage der Lohngleichheit zu einem zentralen Konfliktpunkt der Tarifpolitik zu machen.

In den Frauenbetrieben der Textil- und Bekleidungsindustrie kam es am Ende der 70er Jahre erstmals zu Warnstreiks und Protestaktionen größeren Umfangs. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen Fragen der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplatzsicherung. Auf die gravierenden Probleme – Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer, Betriebsstillegungen in großem Stil, rückläufige Beschäftigungszahlen – reagierten Gewerkschaft und Betriebsräte nur zögernd mit Gegenwehr. Die stark sozialpartnerschaftlich orientierte Strategie der GTB zur Arbeitsplatzsicherung dämpfte die Aktionsbereitschaft der Belegschaften.

Die Zunahme der Frauenarbeitskämpfe erfolgte auf der Basis und in Wechselwirkung mit der gewerkschaftlichen Frauenarbeit. Seit Beginn der 70er Jahre hat sich die gewerkschaftliche Frauenarbeit verändert.

– Der traditionelle Bereich frauenspezifischer Sozialpolitik, der in den 50er und 60er Jahren das dominierende Feld gewerkschaftlicher Frauenarbeit gebildet hatte, wurde überschritten. Durch das gesamtgesellschaftliche Klima

gefördert, setzte Anfang der 70er Jahre ein Politisierungsprozeß ein, der sich zunächst im Engagement für die Liberalisierung des § 218 und im Wiederbegehen des Internationalen Frauentages zeigte und dann seinen deutlichsten Ausdruck im Engagement für Frieden und Abrüstung fand. Gerade in dieser Frage hatten die Frauen eine Schrittmacherrolle für die Gesamtorganisation.

- In einem Selbstverständigungsprozeß wurde die weibliche Erwerbstätigkeit neu gewertet. Die Bedeutung der Arbeit für die Persönlichkeitsentwicklung wurde betont, das Bild der Frau als Zuverdienerin zurückgewiesen. Gleichzeitig geriet, angeregt durch die Frauenbewegung, der gesamte weibliche Lebenszusammenhang stärker ins Blickfeld der gewerkschaftlichen Frauenarbeit. Probleme, die aus der Doppelbelastung erwachsen, das Vorenthalten gesellschaftlicher Reproduktionseinrichtungen und die ungleich gewichtete Verteilung der Hausarbeit zwischen den Geschlechtern wurden als Faktoren erkannt, die die Familienorientierung der Frauen stabilisieren und das gewerkschaftliche Engagement hemmen. Allerdings ist es den Gewerkschaften noch selten gelungen, sich in Kämpfen um die Verbesserung des Reproduktionsbereiches konkret vor Ort einzusetzen.

- Unterschiedlich entwickelt sind innerhalb der Frauenabteilungen der verschiedenen DGB-Gewerkschaften die Analysen der gesamtgesellschaftlichen Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Frauenunterdrückung. Während die Bundesfrauenkonferenz dazu keine umfassenden Einschätzungen gab, erarbeiteten die Frauenabteilungen der IG Metall und der IG Druck und Papier eine weitreichende Analyse. Die geschlechtsspezifische Unterdrückung wird dort im Zusammenhang mit der Klassenfrage gesehen. Die konkreten Frauenforderungen in den Programmen der IG Metall und der IG Druck und Papier nach Bildung und Ausbildung, Recht auf Arbeit, Lohngleichheit und Abbau der Doppelbelastung weisen damit über eine rein reformerische Perspektive hinaus.<sup>29</sup>

- Durch eine verstärkte Basisorientierung konnten frauenspezifische Politikansätze in den Betrieben entwickelt werden. Es gelang, auf relevanten gewerkschaftlichen Problemfeldern wie der Lohnfrage oder der 35-Stundenforderung an die spezifische Betroffenheit der Frauen anzuknüpfen und in den sozialen Kämpfen den besonderen Frauenzugang herauszuarbeiten.

- Die Erfolge dieser Politik wirkten auch in die Organisation hinein. Im gewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß treten Frauen heute auch dort, wo sie auf Widerstand stoßen, selbstbewußt und durchsetzungsfähig auf. Beispielhaft stehen hierfür die Konflikte mit der DGB-Führung um die Durchsetzung des Internationalen Frauentages und die Konfrontation mit IGM-Spitzenfunktionären auf der 11. Frauenkonferenz der IG Metall wegen der Unterstützung des Krefelder Appells.

- Zugenommen hat in jüngster Zeit die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen, auch den sich autonom verstehenden, Gruppierungen der Frauenbewegung. Organisatorischer Ausdruck ist die Teilnahme von Gewerkschaftsfrauen an regionalen und überregionalen Frauenbündnissen und in ei-

29 Vgl. Zwölf Thesen zur Frauenarbeit, IGM-Mitteilungen für Frauen I/1979.

ner Reihe von DGB-Kreisen die Durchführung des Internationalen Frauentages zusammen mit anderen Frauengruppen. Die Verklammerung der verschiedenen Strömungen über Frauen, die die Probleme aus den unterschiedlichen Bereichen aufnehmen oder ihnen aufgeschlossen gegenüberstehen, ist aber gegenwärtig noch schwach. Vorbehalte und Mißtrauen behindern die Verständigung und lassen sowohl tatsächliche Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede verzerrt erscheinen.

In den typischen Frauenbetrieben der Verbrauchs- und Konsumgüterindustrie, der Metallindustrie und in den Großbetrieben von Handel und Dienstleistung haben sich im Zusammenhang mit vorgefundenen gewerkschaftlichen Strukturen, politischen Orientierungen und Branchentraditionen unterschiedliche Formen und Grade der Einflußnahme von Frauen auf die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung herausgebildet. In der Textil- und Bekleidungsindustrie stellen Frauen einen hohen Anteil der Betriebsratsmitglieder. Gegenwärtig ist dort jedes zweite BR-Mitglied eine Frau. Diese Vertretung entspricht damit dem Branchenanteil der Frauen. Die Repräsentanz setzt sich auch bei den BR-Vorsitzenden fort. 54 Prozent aller Betriebsratsvorsitzenden sind weiblich. Diese im DGB höchste Frauenquote an BR-Mitgliedern und -Vorsitzenden stützt sich in erster Linie auf traditionelle Gewerkschafts- und Branchenstrukturen. Seit Beginn der Industrialisierung ist die Textil- und Bekleidungsindustrie eine Frauendomäne. Zu einem Teil gehören Frauen als Facharbeiterinnen zur Stammebelegschaft und haben einen traditionell hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Er liegt gegenwärtig bei 60 Prozent.<sup>30</sup> Die starke Vertretung der Frauen fällt hier nicht mit einer aktionsorientierten, mobilisierenden Frauenpolitik zusammen, wie sie in anderen Gewerkschaften entwickelt wurde. Die Betriebspolitik der weiblichen Funktionäre ist in der Regel stark von der sozialpartnerschaftlichen Orientierung der GTB geprägt.

In der Metallindustrie sind auch in den elektrotechnischen Betrieben mit einem hohen Frauenanteil und großen Frauenabteilungen weibliche BR-Mitglieder und Vertrauensfrauen unterdurchschnittlich repräsentiert. 1981 stellen die Frauen 11 Prozent aller BR-Mitglieder, 4 Prozent aller BR-Vorsitzenden und 10 Prozent der Vertrauensleute. Ihr Anteil an den gewerkschaftlich Organisierten lag 1982 bei 14,3 Prozent, der Frauenanteil an den Beschäftigten bei 22 Prozent.<sup>31</sup> Gegen den traditionell hohen Einfluß männlicher Facharbeiter in gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionen konnten sich die überwiegend ungelerten Arbeiterinnen bisher nur schwer durchsetzen. So stellen die Frauen bei der Gruppe der Arbeiter nur etwa 9 Prozent der BR-Mitglieder, bei den Angestellten dagegen 17 Prozent. Mobilisierende Impulse gelangten in den letzten Jahren vor allem über die gewerkschaftliche Frauenarbeit in die Betriebe hinein. Mit Kampagnen und Aktionen konnten spezifische Frauenprobleme aufgegriffen und an die Betriebsräte herangetragen werden,

30 Vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung 1974–1977; Welt der Arbeit, Nr. 16, 19. 4. 84.

31 Vgl. 11. Frauenkonferenz der IGM Frankfurt 1982, Geschäftsbericht.

ohne daß die Frauen selbst repräsentativ in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenorganen vertreten waren. Die wachsende Politisierung der Frauen drückt sich hier gegenwärtig in der zunehmenden Beteiligung an Streiks und Aktionen aus.

In den Großbetrieben des Handels- und Dienstleistungssektors sind die gewerkschaftlichen und betrieblichen Strukturen noch wenig verfestigt. Die Frauen sind auch in diesen Betrieben nicht entsprechend ihrem Beschäftigungsanteil vertreten. Ihr Gewicht in gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionen hat jedoch über die letzten Jahre ständig zugenommen. Gegenwärtig stellen die Frauen im HBV-Bereich 35 Prozent aller BR-Mitglieder und 22 Prozent der BR-Vorsitzenden.<sup>32</sup> Bei der ÖTV sind 13 Prozent der BR-Mitglieder und 12 Prozent der BR-Vorsitzenden weiblich.<sup>33</sup> Durch eine Intensivierung der gewerkschaftlichen Frauenarbeit wurde auch im HBV- und ÖTV-Bereich die Aktionsorientierung der Frauen gefördert.

#### 4. Aktive Frauen

Mobilisierende Kräfte betrieblicher Bewegungen sind überwiegend jüngere, gut qualifizierte Frauen. Prägend für ihre politische und berufliche Sozialisation waren oft die Umbruchphase und das Reformklima am Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre. Die damals sich herausbildende Veränderung im Frauenbild und neue Orientierungen wurden relativ unvoreingenommen verarbeitet und in die eigene Wertorientierung aufgenommen. Gleichzeitig erhielt diese Generationengruppe Möglichkeiten besserer schulischer und beruflicher Bildung. Erstmals wurde die bewußte Planung der Berufstätigkeit für eine ganze weibliche Generationengruppe zur Selbstverständlichkeit.

Insbesondere im öffentlichen Dienst, im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen rekrutiert sich ein beachtlicher Teil der gewerkschaftlich und betrieblich engagierten Frauen aus der Gruppe der unteren lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz. Zunehmend bilden aber auch bei den Angestellten die besser qualifizierten Frauen aus den EDV-, Verwaltungs- und Sachbearbeiterabteilungen Mobilisierungskerne. Viele von ihnen politisierten sich bereits während ihrer Ausbildung. Linke und sozialistische Vorstellungen setzten sich am Anfang der 70er Jahre an Schulen und Hochschulen stärker durch als in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Erste gewerkschaftliche Orientierungen wurden dort vermittelt. Durch die Ausbildung erhöhte sich zudem das Handlungs- und Artikulationsniveau dieser Frauen. Geschlechtsspezifische Hemmnisse gegenüber Öffentlichkeit und Funktionen konnten leichter überwunden werden.

Von den engagierten Frauen, die ihre Ausbildung im Betrieb erhalten haben, aktivierte sich ein bedeutender Teil über die gewerkschaftliche Jugendarbeit; vor allem die Bildungsarbeit wurde für sie zu einem wichtigen Faktor der Bewußtseinsentwicklung. Darüber hinaus wirkten die persönlichen Kon-

32 Vgl. 1. Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft HBV Leverkusen 1984, Geschäftsbericht.

33 Die Mitbestimmung 2/84, S. 69 f.



takte, die Einbindung in eine Jugendgruppe verstärkend auf den Aktivierungsprozeß. Die Möglichkeit, sich in einer solchen Gruppe nicht nur über politische Sachfragen zu verständigen, sondern auch persönliche Bedürfnisse zu artikulieren, erleichterte gerade Frauen den politischen Identifikationsprozeß. Impulse, eine gewerkschaftliche oder betriebliche Funktion zu übernehmen, kommen häufig aus diesen Gruppen.

Für andere Frauen ergaben sich Anstöße zum gewerkschaftlichen Engagement, als sie wegen kleinerer Konflikte am Arbeitsplatz Kontakt zum Betriebsrat oder zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten aufnahmen. Wo es gelang, die Konfliktbereitschaft durch Information und Unterstützung in die kollektive Interessenvertretung einzubinden, entwickelte sich oft langfristiges Interesse an gewerkschaftlicher Arbeit. In der Regel sind es auch hier die qualifizierten Frauen, die Hemmungen und Bedenken, sich gewerkschaftlich zu organisieren, am schnellsten überwinden und sich engagieren.

Von der Mehrzahl der aktiven Frauen wird gewerkschaftliche Einbindung als Voraussetzung erfolgreicher Betriebsratsarbeit angesehen. Im Metallbereich sind 77 Prozent aller weiblichen BR-Mitglieder im DGB organisiert, in der Textil- und Bekleidungsindustrie 82 Prozent, im HBV-Bereich gehören ca. 50 Prozent, im öffentlichen Dienst etwa 70 Prozent dem DGB an.<sup>34</sup>

Immer noch ist gewerkschaftliche Organisierung für Frauen ein viel weniger selbstverständlicher Prozeß als für Männer. Gerade deshalb verbindet sich der Entschluß zum Engagement oftmals mit einer intensiven Aufarbeitung gewerkschaftlicher Grundpositionen und der Herausbildung neuer Wertorientierungen. Wie auch andere neu zu sozialen Bewegungen hinzustoßende Gruppen identifizieren sich Frauen sehr konsequent mit dem neuen Selbstverständnis und radikalieren sich in den Artikulationsformen. Nicht zuletzt darum zählen Frauen häufig zu den Kräften, die kritisch und mit neuen Impulsen auf den innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß einwirken.

Die Spezifik der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung fördert zudem mehr als in anderen Politikfeldern die Identifikation mit der Sache und der Funktion. Das hohe Maß an Verpflichtung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die zugespitzte Form der Auseinandersetzung mit der Unternehmensleitung, die Notwendigkeit, betriebliche Konflikte auf Ursachen und Auswirkungen hin zu analysieren, setzen einen intensiven Identifikationsprozeß in Gang. Stabilisiert wird das betriebliche Engagement vor allem über außerbetriebliche gewerkschaftliche Strukturen. Insbesondere durch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, aber auch durch die Frauenarbeit wird die Aufarbeitung unmittelbarer betrieblicher Erfahrungen mit der Aneignung theoretischen Wissens über die eigene Interessenlage vermittelt.

In vielen Phasen verlaufen Aktivierungs-, Identifikations- und Stabilisierungsprozesse bei Frauen und Männern ähnlich. Frauen haben aber stets zusätzliche geschlechtsspezifische Barrieren zu überwinden. Das Engagement

34 Vgl. 11. Bundesfrauenkonferenz der IGM, a.a.O.; Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, a.a.O.; Geschäftsbericht 1981/82 der Bezirksverwaltung Main-Taunus der Gewerkschaft HBV; ÖTV-Magazin 9/76.

berührt gravierender als bei Männern auch Haltungen und Verhaltensweisen im privaten Bereich. Familienbezogenheit und Ansprüche an die Haushaltsführung müssen relativiert werden. Auffallend wenige der jungen aktiven Frauen haben allerdings kleine Kinder zu versorgen. Der Kinderwunsch wird in der Lebensplanung oft zurück- oder auch in Frage gestellt.

Konflikte mit dem Mann über das gewerkschaftliche Engagement bleiben bei einem großen Teil der aktiven Frauen eher gering. Meist sind in diesen Fällen beide Partner gewerkschaftlich oder politisch aktiv und haben von vornherein grundlegende Wertorientierungen gemeinsam. Die Zahl der geschiedenen und ledigen Frauen, für die sich eine Entscheidung zwischen Engagement und Familie in dieser Schärfe nicht stellt, ist unter den aktiven Kadern jedoch auffallend hoch. Die relativ hohe Quote geschiedener Frauen könnte außerdem darauf hinweisen, daß einmal engagierte Frauen bei ungleichen Entwicklungswegen und divergierenden Ansichten der Partner über die Beziehung und das Engagement ihre eigenen Ansprüche nicht mehr zurückstellen und sich für das Engagement entscheiden.

Generell wird das überkommene Rollenbild vom Frausein, die einseitige Festlegung auf Haushalt und Kinder von den engagierten Frauen abgelehnt. Die Umrisse eines neuen Selbstverständnisses<sup>35</sup> machen sich vorrangig an der öffentlich-gesellschaftlichen Rolle der Frau fest. Forderungen und Ansprüche zielen vor allem auf den Abbau von Benachteiligungen und die Erweiterung der Gleichberechtigung im Betrieb und im öffentlich-gesellschaftlichen Raum. Dabei haben sich neue Problemsichten, die in der Frauenbewegung entwickelt wurden, dem Selbstverständnis der gewerkschaftlich engagierten Frauen angelagert. Ein spezifisch weiblich geprägtes Selbstverständnis in den Politikzugängen, Ansprüche auf eine eigene Lebensgestaltung im privaten Bereich, das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper, der Protest gegen die weibliche Objektrolle im Sexualverhältnis sind in die grundlegenden Orientierungen eingeflossen. Das durch die gewerkschaftlichen Aktionsfelder geprägte Politikverständnis läßt die geschlechtsspezifischen Probleme jedoch immer im Zusammenhang mit sozialen Fragen sehen. Der Bezug auf die eigene Situation als Lohnabhängige bleibt bei der Aufnahme neuer Problemsichten erhalten. So wird von den gewerkschaftlich organisierten Frauen in der Debatte um den § 218 nicht nur das Selbstentscheidungsrecht der Frau angeführt, sondern auch die materielle und soziale Seite der Abtreibungsproblematik hervorgehoben.

Der Anspruch auf persönliche Entfaltung ist bei den gewerkschaftlich engagierten Frauen auch im Geschlechterverhältnis gewachsen. Der Standpunkt, sich gegen männliche Dominanz zu behaupten, fließt in die Begründung der Gleichheitsforderungen ein. Die Durchsetzung eigener Interessen gegenüber den Männern ist aber eindeutig von der Haltung geprägt, sich mit ihnen doch solidarisch auseinanderzusetzen. Das feministische Autonomie-

35 Vgl. dazu auch Heike Flessner/Heidi Knake-Werner, *Sich einmischen – seine Identität finden – gemeinsam kämpfen. Bedürfnisentwicklung und Politikzugänge von Frauen*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5*, 1982.



modell, das vom antagonistischen Widerspruch zwischen den Geschlechtern ausgeht und die generelle Separierung der Frauen vorsieht, widerspricht den differenzierten Erfahrungen der Gewerkschafterinnen. Das gewerkschaftliche Engagement läßt die gesellschaftliche Strukturiertheit des Geschlechterverhältnisses eher deutlich werden. In Konflikten mit der Unternehmensleitung erleben sie die klassenspezifische Brechung des Geschlechterverhältnisses direkter als in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen.

Darüber hinaus können gewerkschaftlich engagierte Frauen in der Zusammenarbeit mit männlichen Kollegen die Verflechtung zwischen politischen Grundpositionen und der Haltung zu Frauenfragen besser erkennen. So sind im linken und demokratischen Grundverständnis immer auch Ansprüche auf ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern enthalten. Dies führt in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis linker Gruppierungen zwar nicht automatisch zu einer Gleichheit im Mann/Frau-Verhältnis. Bei entsprechendem Druck und Durchsetzungsvermögen der Frauen sind fortschrittlich orientierte Kollegen jedoch eher in der Lage, geschlechtsspezifische Borniertheit zu überwinden. Nicht zufällig konnten sich gerade dort, wo sozialpartnerschaftlich orientierte Betriebsratsmehrheiten durch linke Gruppierungen zurückgedrängt wurden, Frauen als aktive Interessenvertreterinnen profilieren. In der Kontroverse mit feministischen Autonomievorstellungen neigen Gewerkschaftsfrauen allerdings dazu, die auch von ihnen erfahrenen Widersprüche im Geschlechterverhältnis pauschal herunterzuspielen.

Das Sich-selbst-wichtig-Nehmen auch gegenüber den Männern drückt sich in der Erweiterung eigener Handlungsfelder und Kommunikationszusammenhänge aus. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der gewerkschaftlichen Frauenausschüsse erhöht; herausgebildet haben sich horizontale Strukturen des Erfahrungsaustausches über informelle gewerkschaftliche Frauengruppen und -zusammenkünfte. Indiz für den Anspruch auf Eigenständigkeit sind vor allem die aus Aktionen hervorgegangenen Frauentreffs. Besonders für die in den Auseinandersetzungen erst hinzugestoßenen Frauen geben sie wichtige Räume für den Erfahrungsaustausch und die Verarbeitung von Partnerkonflikten. Gruppen dieser Art bilden für die Frauen Stationen der persönlichen Stabilisierung, ohne durch Binnenzentriertheit die Einbindung in andere gesellschaftliche Zusammenhänge zu blockieren.

Während das Verhältnis zur feministischen Frauenbewegung von Distanz durchzogen ist, stehen große Teile der gewerkschaftlich aktiven Frauen anderen sozialen Bewegungen eher aufgeschlossen gegenüber. Vor allem in Friedensinitiativen, aber auch an der Anti-AKW-Bewegung und an solchen Kämpfen wie gegen die Startbahn West beteiligen sich Gewerkschafterinnen. Die generell politische Sicht, Sensibilität und Offenheit gegenüber neuen gesellschaftlichen Prozessen, aber auch persönliche Beziehungen zu Akteuren der neuen sozialen Bewegungen lassen gerade junge Frauen schnell erkennen, daß eine Reihe ihrer eigenen Bedürfnisse aufgegriffen und formuliert werden.

Gegenüber der Masse der weiblichen Beschäftigten haben die aktiven Frauen nicht nur Einsicht in politische Zusammenhänge und in die eigene Lage als Lohnabhängige entwickelt, sondern auch (als wichtige Bedingung ihres En-

gements) das traditionelle Rollenverhalten in der Familie verändert. Dieser Schritt ist unter gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die Reproduktion der Arbeitskraft größtenteils privat und traditionell durch Frauen abgesichert werden muß, an besondere Voraussetzungen gebunden. Qualifikation und Bildung, die das Selbstbewußtsein der Frauen stärken und ihre Handlungsfähigkeit erhöhen, schaffen Zugang zu neuen emanzipatorischen Wertorientierungen. Berufliche Qualifikation und damit verbundene bessere Entlohnung bilden eine tragfähige materielle Basis für die Lösung aus der Familienbezogenheit.

Die Kämpfe um Lohngleichheit, in die weithin auch nichtqualifizierte Arbeiterinnen einbezogen werden konnten, zeigen, daß die hemmende Orientierung auf Privatheit durch basisnahe gewerkschaftliche Frauenarbeit und frauenspezifische Politikzugänge überwunden werden kann. Deutlich wurde: Frauenspezifische Politik im Betrieb ist nicht auf den Arbeitsplatz zu beschränken, sie erfordert eine kollektive Verarbeitung von Konflikten, die beim Durchbrechen traditioneller geschlechtsspezifischer Verhaltensmuster auftreten. Basisnahe gewerkschaftliche Frauenarbeit muß, um langfristiges Engagement zu festigen, die Probleme der Frauen im Reproduktionsbereich einbeziehen. Dazu gehören Forderungen und konkrete Kämpfe um den Ausbau sozialer Dienste wie die theoretische und praktische Unterstützung bei der Überwindung des traditionellen weiblichen, auf die Familie orientierten Geschlechtsrollenverhaltens.

## **Die lohnabhängigen Naturwissenschaftler und Ingenieure: „Die Arbeiten werden aufgeteilt, und es wird immer mehr“<sup>1</sup>**

*Hellmuth Lange*

*1. Plädoyer für die Wiederentdeckung der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz (ntI) – 2. Umfang, soziale Lage und betriebliche Stellung der ntI – 3. Stoffliche Bestimmtheit der Arbeit und „reelle Subsumtion“ der ntI – 4. Betriebliche Stellung, Berufsübergang und Bewußtsein – einige Aspekte*

### **1. Plädoyer für die Wiederentdeckung der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz (ntI)**

Die Intelligenz bildet weder eine eigene soziale Klasse noch wenigstens eine in sich homogene Schicht.<sup>2</sup> Ihr größter Teil ist heute lohnabhängig, und spätestens die wachsende Arbeitslosigkeit in zahlreichen ihrer Berufsgruppen zeigt an, daß die Lohnabhängigkeit auch für Angehörige der Intelligenz mehr ist als ein nur formaler Status. Die restriktiven Wirkungen der Lohnabhängigkeit auf Berufsausübung, Lebensweise und nicht zuletzt auf das berufspolitische und gesellschaftliche Bewußtsein machen sich – über längere Zeiträume betrachtet – breiter und intensiver bemerkbar. Die soziale Sonderstellung, durch die sich die Intelligenz historisch von „normalen“ Beschäftigten unterscheidet, verliert damit an Gewicht. Andererseits hat dieser Angleichungsprozeß nach wie vor deutliche Grenzen. Auch die lohnabhängigen Teile der Intelligenz unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse noch immer durch überdurchschnittliche Handlungsfreiräume von der Masse der Lohnabhängigen. Darüber hinaus weisen die Angehörigen der Intelligenz trotz der sozialen Heterogenität der Gruppe als ganzer eine Reihe verhältnismäßig stabiler Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer geistigen und politischen Einstellungen auf: einerseits in Gestalt der Neigung, den Konsequenzen des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital als bestimmendem gesellschaftli-

1 Urteil eines Ingenieurs in: W. Laatz, Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main/New York 1979, S. 175.

2 Beiträge des IMSF 3: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie. Theoretische Grundlagen und Diskussion, Frankfurt/M. 1972, S. 135 ff.; Teil III: Die Intelligenz der BRD 1950–1970, Frankfurt/M. 1974.

chen Gegensatz im eigenen Denken und Handeln auszuweichen, und andererseits in Gestalt der Tendenz, mit der eigenen Orientierung je nach dem Stand der gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse – in wie vermittelter Form auch immer – zwischen beiden Seiten zu schwanken.

All dies ist bekannt und in der wissenschaftlichen Literatur weithin akzeptiert. Damit sind jedoch bei weitem nicht alle Fragen beantwortet. Mit der wachsenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik verschärft sich die Auseinandersetzung um die Frage, welchen Zwecken und Interessen Wissenschaft und Technik dienen sollen, wie entsprechende Alternativen in wissenschaftlich-technischer Hinsicht aussehen können und wie sie zu realisieren sind. Die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz trägt in dieser Auseinandersetzung eine besonders große Verantwortung. Wird sie dieser Verantwortung gerecht? Wo liegen ungenutzte Möglichkeiten, und wie lassen sich namhafte Teile der nTI für diese Aufgabe gewinnen? Und schließlich: Welche neuen Beziehungen, Aufgaben und Möglichkeiten ergeben sich im Verhältnis zwischen der Intelligenz bzw. ihren verschiedenen Gruppen und den sozialen Hauptkräften unserer Gesellschaft?

Der politische Angelpunkt der Debatte um die Intelligenz während ihrer „Hochkonjunktur“ in der ersten Hälfte der 70er Jahre<sup>3</sup> bestand in der Frage, ob die Intelligenz angesichts einer vermeintlich verbürgerlichten Arbeiterklasse zum politischen Ersatzsubjekt grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen werden könne, oder ob sie – als ganze oder in Teilen – von ihrer Interessenlage her Anschluß an die Arbeiterbewegung finden müsse und könne.<sup>4</sup> In dem Maße, wie sichtbar wurde, daß es in absehbarer Zeit *weder mit noch ohne* Arbeiterbewegung zu grundlegenden Veränderungen kommen würde, und wie schließlich ökonomische Krise und politische Tendenzwende die praktischen Handlungsspielräume der Arbeiterbewegung *und* der auf Systemveränderung bedachten Teile der Intelligenz immer nachhaltiger einschränkten, kam auch die wissenschaftliche Befassung mit dem Thema „Intelligenz“ schnell zum Erliegen. Es entstanden noch einige Arbeiten über Ingenieure.<sup>5</sup> Sie reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die oben aufgeworfenen Fragen gesichert beantworten zu können. In bezug auf die Naturwissenschaftler wurden nurmehr Teilaspekte (vor allem der Arbeitsmarktentwicklung) untersucht.<sup>6</sup> Die theoretische Reflexion der spezifischen gesellschaftlichen Einflußchancen der Intelligenz im allgemeinen kam völlig zum Erliegen.

3 Siehe etwa die Literaturangaben in: Autorenkollektiv, Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter, Frankfurt/M. 1973, S. 241, und die Debatte in: „Sozialistische Politik“, 1. Jg. (1969), H. 3 ff.

4 Den vielleicht wichtigsten Kristallisationskern für die Erörterung dieser Problematik bildete die Debatte über S. Mallet, Die neue Arbeiterklasse, Neuwied/Berlin 1972.

5 Neben der erwähnten Arbeit von Laatz (Anm. 1) siehe vor allem B. Lutz/G. Kammerer, Das Ende des graduierten Ingenieurs, Frankfurt/M. 1975; N. Beckenbach u. a., Ingenieure und Techniker in der Industrie, Frankfurt/M. 1975; W. Neef, Ingenieure in der Metallindustrie, Phil.-Diss., Universität Hannover 1980.

6 Die Arbeit von M. v. Engelhardt/R. Hoffmann, Wissenschaftlich-technische Intelligenz im Forschungsgrößbetrieb, Frankfurt/M. 1974, bildet die einzige größere empirische Arbeit zum Thema.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, daß das Thema Intelligenz keinesfalls – wie es das Bild der wechselnden Moden nahelegt – gleichsam in der ideologischen Rumpelkammer abgelegt worden ist. Es ist vielmehr in verstärktem Maße zu einer Domäne eher konservativer Autoren geworden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang *Schelskys* Abrechnungen mit der linken Intelligenz, *Tenbrucks* Auseinandersetzung mit der Soziologie, *Gouldners* Schrift über die Intelligenz als neue Klasse<sup>7</sup> und nicht zuletzt die immer offensiver geführte Elitediskussion, in der die – konservative – Auseinandersetzung um die Intelligenz auf die Spitze getrieben wird.<sup>8</sup>

Die angegriffene, vorwiegend sozialwissenschaftliche, linke Intelligenz hat dem bis heute wenig entgegenzusetzen. Ihr abnehmendes wissenschaftliches Interesse am Thema stellt sich vor diesem Hintergrund primär als Ausdruck einer Krise des gesellschaftlichen und politischen Selbstverständnisses eines beachtlichen Teils der linken Intelligenz selbst dar: als wachsendes Unvermögen, eine Perspektive des gesellschaftlichen Fortschritts zu konzipieren und praktisch zu befördern, in der der Intelligenz eine definierte Rolle zufällt; und als wachsende Bereitschaft, dem konservativem Druck auch in Form von theoretischen Konzessionen nachzugeben. Auch unter den solchermaßen gewandelten Bedingungen bestätigt sich im übrigen, was bereits im Ausgang der Debatte sichtbar war: Die Frage nach der gesellschaftlichen Rolle der Intelligenz umfaßt – offen oder verdeckt – stets auch die weitergehende und grundlegendere Frage nach der Arbeiterklasse und ihrer politischen Bewegung als historischem Subjekt und nach der Bedeutung des Marxismus als wissenschaftlicher und handlungsleitender Theorie. Dem Abschied vom Selbstbild der Intelligenz als spezifischer Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts folgen der praktische „Abschied vom Proletariat“ (A. Gorz) und der theoretische Abschied vom Marxismus auf dem Fuße.

In letzterem Zusammenhang erfreut sich die These einer gewissen Beliebtheit, die Debatte der frühen 70er Jahre habe, soweit sie das Verhältnis von „Sein“ und „Bewußtsein“ (der Arbeiter und der ntI) betraf, unter ökonomistischen Verkürzungen gelitten,<sup>9</sup> die ihrerseits als Ausdruck „marxistischer ‚Orthodoxie‘“<sup>10</sup> gedeutet werden. Demgegenüber ist auf folgendes zu verweisen: Das verbreitete Bemühen um marxistische Authentizität hat sich zwangsläufig in Gestalt einer Hervorhebung der Bedeutung der kapitalistischen Ökonomie als objektiver Basis für den Verlauf sozialer Differenzierungsprozesse und ihrer Bedeutung für die Entwicklung von gesellschaftlichem Bewußtsein dargestellt: Dies war das erklärte Ziel. In *diesem* Zusammenhang ist es naheliegen-

7 H. Schelsky, *Die Arbeit tun die anderen*, München 1977; H. Tenbruck, *Die unbewältigten Sozialwissenschaften*, Tübingen 1977; A. Gouldner, *Die Intelligenz als neue Klasse*, Frankfurt am Main/New York 1980.

8 Dazu: BdWi-Stellungnahme zur Hochschulpolitik „Demokratisierung statt Vermarktung“, in: *Forum Wissenschaft*, hrsg. v. Bund demokratischer Wissenschaftler, Nr. 1 (Juni 1984).

9 Beispielhaft H. Wiesenthal/K. Hinrichs, *An den Grenzen des Arbeiterbewußtseins. Argumente für eine erweiterte Perspektive*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 12/83, S. 775 ff.

10 C. Offe, *Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie?*, in: *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Dt. Soziologentages 1982*, Frankfurt am Main/New York 1983, S. 58.

derweise auch zu theoretischen Verkürzungen gekommen.<sup>11</sup> Andererseits ist schon seinerzeit vielfach darauf verwiesen worden, daß sich ökonomisch bestimmte Veränderungen der beruflichen und sozialen Lage keinesfalls zwangsläufig in ein dementsprechendes Bewußtsein umsetzen und daß die Ausbildung von Klassenbewußtsein innerhalb der lohnabhängigen Intelligenz zusätzlich dadurch behindert wird, daß der konstatablen Annäherung einzelner ihrer Teile an die Arbeiterklasse (Entfaltung des Warencharakters der Arbeit) zugleich auch Grenzen gesetzt sind, die eine erhebliche historische Stabilität aufweisen.<sup>12</sup>

## 2. Umfang, soziale Lage und betriebliche Stellung der ntl

Die fortschreitende Verwissenschaftlichung der gesellschaftlichen Produktion und des gesellschaftlichen Lebens im ganzen geht mit einem beachtlichen zahlenmäßigen Wachstum der hochqualifizierten Arbeitskräfte (HQAs) einher. Der Mikrozensus des Jahres 1982 weist 2,3 Mio. Erwerbstätige mit Hochschul- und Fachhochschulabschluß aus (= 8,6 Prozent aller Erwerbstätigen gegenüber 5,4 Prozent im Jahre 1970). Gegenüber 1976 verzeichnen die Hochschulabsolventen einen Zuwachs von 24 Prozent, die Fachhochschulabsolventen einen Zuwachs von 45 Prozent (Volks-[Haupt-]Schulabschluß: - 4,3 Prozent).<sup>13</sup> Dabei ist ein kräftiges Wachstum nicht allein in der Zahl der HQAs, sondern auch im Anteil der Lohnabhängigen an deren gestiegener Gesamtzahl zu verzeichnen: Der Anteil der lohnabhängigen HQAs erreichte schon 1978 bei den Hoch- und Fachhochschulabsolventen den betreffenden Durchschnitt aller Erwerbspersonen.<sup>14</sup> Diese Entwicklung ordnet sich in die allgemeine Entwicklungstendenz der Qualifikations- und Sozialstruktur ein. Sie besteht einerseits in einem Anstieg des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus und in einer weiteren Umschichtung der Lohnabhängigen zugunsten der Angestellten und andererseits in einem weiteren Sinken des Anteils der Selbständigen. Nichts ist daher abwegiger als die Erwartung einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft, in der „die sozialstrukturelle Konfliktlinie ‚Arbeit vs. Kapital‘“ zunehmend verdrängt und relativiert würde.<sup>15</sup> Die Zahlen machen deutlich, daß sich diese Konfliktlinie auch in sozialstrukturel-

11: Am ehesten gilt dies für die frühen Arbeiten des „Projekts Klassenanalyse“ in West-Berlin. Aber selbst dort ist der Geltungsanspruch der „Ableitungen“ weitaus begrenzter, als dies in mancher der nachfolgenden Kritiken eingeräumt wird.

12: Klassenstruktur und Klassentheorie ..., a.a.O., S. 205f., 233; noch deutlicher C. Kievenheim, in: C. Kievenheim/A. Leisewitz (Hrg.), Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, Köln 1973, S. 140.

13: Wirtschaft und Statistik 2/84, S. 108 f.

14: Wirtschaft und Statistik 12/79, S. 875.

15: Diese Vermutung bildete immerhin einen programmatischen Bestandteil des 21. Dt. Soziologentages (Programmheft, S. 13). Ähnliche Annahmen finden sich aber auch bei ausgesprochenen Spezialisten für sozial- und berufsstatistische Fragen, etwa bei M. Tessaring/H. Werner (Arbeitsmarktprobleme von Hochschulabsolventen in der EG, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/80, S. 222).

ler Hinsicht weiter vertieft. Die HQAs tragen mit ihrem wachsenden Anteil abhängig Beschäftigter zu dieser Entwicklung bei.

Derartige Durchschnittszahlen signalisieren den allgemeinen Trend. Der konkrete Verlauf unterscheidet sich jedoch von Teilgruppe zu Teilgruppe in nicht unwesentlicher Weise. Was bedeutet das hinsichtlich der ntI? Der Begriff der ntI bezieht sich auf spezifische Rekrutierungs- und Reproduktionsbedingungen einer sozialen Gruppe und auf besondere stoffliche Charakteristika ihrer Arbeit.<sup>16</sup> Er ist folglich nicht ohne weiteres aus den Abgrenzungen der Berufstatistik rekonstruierbar. Mit der Unterscheidung in Naturwissenschaftler und Ingenieure (Berufsgruppen 60 und 61) als der eigentlichen Kerngruppe der ntI und den Technikern und technischen Sonderfachkräften (Berufsgruppen 62 bis 63) als Randgruppen der ntI werden ihre Binnengliederung und ihr Umfang immerhin einigermaßen zutreffend erfaßt. Ungenauigkeiten der Erhebung und der Zuordnung lassen es trotzdem geraten erscheinen, die folgenden Zahlen in erster Linie als Trendzahlen und weniger als absolute Zahlen zu werten.<sup>17</sup> Demnach ergibt sich bis 1982 folgendes Bild:

*Tabelle 1: Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker (= technische Berufe) 1970–1982 nach Berufsgruppen und ausgewählten Berufsordnungen (Erwerbstätige in Tausend)*

	1970	1973	1976	1978	1980	1982	1982 ggüb. 1978
1 Chemiker/Physiker/ Mathematiker	41	45	44	50	52	51	+ 2 %
2 Ingenieure	426	429	428	415	469	485	+ 17 %
3 Zwischensumme 1 + 2	467	474	472	465	571	536	+ 12 %
4 techn. Sonderfachkräfte	222	208	202	193	205	218	+ 13 %
5 Techniker	541	707	691	728	768	792	+ 9 %
6 Zwischensumme 4 + 5	763	915	893	921	973	1010	+ 11 %
7 Zwischensumme 3 + 6	1230	1389	1365	1386	1494	1546	+ 11 %
8 Datenverarbeitungs- fachleute	61	73	92	103	113	131	+ 27 %
9 Insgesamt	1291	1462	1457	1489	1607	1677	+ 11 %

Die Gesamtzahl von 1,677 Mio. Angehörigen der ntI entspricht 6,3 Prozent aller Erwerbstätigen. Allein die HQAs als Kerngruppe umfaßten 1982 mit mehr als 536 000 Erwerbstätigen über 2 Prozent aller Erwerbstätigen (1970:

16 Dazu C. Kievenheim, in: Die Intelligenz in der BRD, a.a.O., S. 72 ff.

17 Die Zuordnung umfaßt nicht die Gruppen 883 (Biologen, Geologen u. a. kleinere Berufsgruppen) und 774 (Datenverarbeitungsfachleute). Die Zahlen basieren auf dem Mikrozensus.



1,8 Prozent).<sup>18</sup> Gegenüber dem Zeitraum zwischen 1961 und 1973 mit einem Wachstum der Gesamtgruppe (ohne Datenverarbeitungsfachleute) um 65,6 Prozent hat sich ihr Wachstum zwischen 1973 und 1982 mit 11,4 Prozent zwar verlangsamt.<sup>19</sup> Das Wachstum der nI dürfte aber auch in Zukunft anhalten, und zwar trotz wachsender Arbeitslosigkeit, die die Berechnungsbasis (erwerbstätige Angehörige der Gruppe) zusammenschumpfen läßt.

Im einzelnen sind die Zuwachsraten allerdings schon bisher recht unterschiedlich. Die negativste Bilanz verzeichnen die technischen Sonderfachkräfte mit einer absoluten Abnahme gegenüber 1970. Andererseits sind sie seit 1978 wieder in Expansion begriffen (1982 gegenüber 1978: +13 Prozent). Trotz einer positiven Bilanz zwischen 1970 und 1982 verzeichnen dagegen die Chemiker, Physiker und Mathematiker seit 1980 zum ersten Mal eine absolute Abnahme. Die übrigen Gruppen wachsen seit 1970 ohne Unterbrechung. Allein zwischen 1978 und 1982: die Datenverarbeitungsfachleute mit 27 Prozent, die Ingenieure mit 17 Prozent, die technischen Sonderfachkräfte mit 13 Prozent und die Techniker mit 9 Prozent. Eine Interpretation der in diesen Zahlen zutage tretenden Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wirft erhebliche Probleme auf. Sie hätte kurzfristige konjunkturelle Wirkungen mit mittelfristig wirkenden bildungspolitischen Faktoren und längerfristig wirkenden demographischen Faktoren in Beziehung zu setzen. Erst vor einem solchen Hintergrund ließen sich detailliertere Aussagen über die Qualifikationsentwicklung als den eigentlichen Kern des Problems machen. Allerdings sind selbst in einem solchen Rahmen keine einheitlichen Befunde zu erhalten, da die Verhältnisse je nach dem Grad der Verwissenschaftlichung einzelner Branchen variieren. Die politökonomisch naheliegende und in der Industriesoziologie empirisch bestätigte Polarisierungsthese findet in den vorliegenden Zahlen zumindest keine *eindeutige* Bestätigung, obwohl auch hier Anzeichen für zwei Polarisierungsbewegungen sichtbar sind (Naturwissenschaftler – Ingenieure; technische Sonderfachkräfte – Techniker). Ihnen steht aber beispielsweise die Entwicklung im Maschinenbau entgegen: Von 1961 bis 1968 stieg die Zahl der Fachhochschulabsolventen mit 31 Prozent bedeutend schneller als die der Hochschulabsolventen mit 16,7 Prozent. Von 1980 bis 1982 kehrt sich diese Tendenz hingegen in drastischer Weise um: Hochschulabsolventen +126,9 Prozent – Fachhochschulabsolventen +28,1 Prozent.<sup>20</sup> Dem Maschinenbau mit einem extrem überdurchschnittlichen Zuwachs der Hochschulabsolventen, in dessen Zusammenhang die Verfasser einer Erhebung „fast von einer ‚Verwissenschaftlichung‘“ sprechen,<sup>21</sup> stehen andere Branchen gegenüber, in denen sich eine solche Entwicklung früher vollzogen hat. Sie verläuft heute dementsprechend flacher. In jenen Branchen schließlich, die von vornherein als „science based industries“ entstanden sind (elektrotechnische Industrie/

18 Wirtschaft und Statistik 7/81, S. 443\* und 8/83, S. 535\*; bezüglich des Wachstums der Angehörigen ‚Technischer Berufe‘ im Verhältnis zu denen anderer Berufe siehe: ebd., 8/83, S. 615.

19 Ebd.

20 Ingenieurserhebung im Maschinen- und Anlagenbau 1983, hrsg. vom Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Bildungsreferat (o.J.), S. 2.

21 Ingenieure von allen Beschäftigten: 1950: 4,2 Prozent; 1961: 4,4 Prozent; 1982: 7 Prozent.

chemische Industrie) sind heute eher Stagnationstendenzen im Zuwachs der Beschäftigten mit Hochschulabschluß zu konstatieren. Insofern läßt sich andererseits auch nicht umstandslos von einem *durchgängigen* Trend zur Höherqualifizierung im Sinne einer vermehrten Integration von Hochschulabsolventen sprechen, obwohl sich auch für diese Tendenz gute Belege finden.<sup>22</sup> Eindeutig ist hingegen, daß der Berufsbereich der ntl (Technische Berufe) mit 94,7 Prozent abhängig Beschäftigten nach den Angehörigen der Fertigungsberufe (99,1 Prozent) die höchste Quote an abhängig Beschäftigten aufweist (Erwerbstätige insgesamt 88,3 Prozent [1982]).<sup>23</sup> Besonders hohe Raten weisen einerseits die technischen Sonderfachkräfte und Techniker auf (97,8 Prozent). Andererseits erreichen auch Naturwissenschaftler (z. B. Chemiker/Chemieingenieure mit 98,4 Prozent) enorm hohe Raten. Bei den Ingenieuren finden sich im einzelnen sehr unterschiedliche Werte. Sie schwanken von 73,9 Prozent bei den Bauingenieuren und Architekten über 93,8 Prozent bei den „sonstigen Ingenieuren“ bis zu den Chemieingenieuren (einschließlich Chemiker) mit Werten über 98 Prozent (s.o.).<sup>24</sup>

Die Ausdehnung der Lohnabhängigkeit innerhalb einer Berufsgruppe ist ein wichtiger, zugleich aber noch recht ungenauer Indikator für sozialstrukturelle Verschiebungen und Veränderungen ihrer Arbeitsbedingungen: Es kommt darauf an, mit welchen konkreten sozialen Konsequenzen die Lohnarbeit verbunden ist. Die Spanne der Möglichkeiten reicht von der Besetzung oberer Managementfunktionen bis zur Arbeitslosigkeit. Im Hinblick auf beide Pole des Spektrums der Möglichkeiten stellt sich die Lage der ntl widersprüchlich dar. Sie ist einerseits – im Vergleich zur Lage der übrigen abhängig Beschäftigten – *relativ* günstig. Andererseits kann aber von einer Privilegierung der Gruppe *als ganzer* keine Rede sein.

Die ntl besetzt einerseits denjenigen Berufsbereich, in dem die Leitungspositionen einen größeren Anteil ausmachen als in allen anderen Bereichen (Abteilungsleiter/Prokurist/Direktor/Amtsleiter/Betriebsleiter: zusammen 5,7 Prozent gegenüber einem Durchschnitt aller Erwerbstätigen von 2,7 Prozent).<sup>25</sup> Andererseits ist selbst dieser Anteil nicht übermäßig groß. Etwas günstiger stellt sich die Situation dar, sofern nach „leiten“ als „überwiegend ausgeübter Tätigkeit“ gefragt wird. Mit 12,6 Prozent liegen die Angehörigen technischer Berufe auch hier an der Spitze (allerdings ist der betreffende Wert auch im Durchschnitt aller Erwerbstätigen mit 4,7 Prozent höher).<sup>26</sup> Die Naturwissenschaftler und Ingenieure erreichen naheliegenderweise mit 17,8 Prozent („leiten als überwiegend ausgeübte Tätigkeit“) einen höheren Wert.<sup>27</sup> Die

22 Siehe: Akademiker in Deutschland, hrsg. v. Spiegel-Verlag, Hamburg 1980, S. 7. Der Zuwachs der abhängig beschäftigten Hoch- und Fachhochschulabsolventen (aller Richtungen) betrug allein zwischen 1978 und 1982 mehr als 300 000 (ANBA 5/84, S. 641).

23 Wirtschaft und Statistik 5/84, S. 416.

24 Ebd., S. 173\*.

25 Ebd., S. 416. Auch die nachfolgende Ebene (Sachgebietsleiter, Referent, Handlungsbevollmächtigter) umfaßt erst 4,9 Prozent.

26 Ebd., S. 412.

27 Ebd., S. 171\*.

Quote der Inhaber von oberen Leitungspositionen liegt hier bei 11,6 Prozent.<sup>28</sup> Nimmt man die nachfolgende Hierarchieebene hinzu, so ergeben sich jedoch immer erst 21,6 Prozent.<sup>29</sup> Die überwiegende Mehrheit (⅔) auch der qualifiziertesten Teile der nTI arbeitet somit bestenfalls in der Funktion von „herausgehobenen qualifizierten Fachkräften“ bzw. Meistern u. ä. (52,1 Prozent) oder in noch weiter untergeordneter Position.

Da es sich bei diesen Zahlen um die Ergebnisse von Selbsteinschätzungen handelt, die im übrigen häufig ein positiveres Bild zeichnen, als es der Wirklichkeit entspricht, läßt sich feststellen, daß selbst die Hochschul- und Fachhochschulabsolventen unter den Angehörigen der technischen Berufe – ihrem eigenen Urteil nach – weit davon entfernt sind, als *Gruppe* zu den leitenden Angestellten zu zählen, als die sie von den Unternehmensleitungen (und der Union der leitenden Angestellten) gerne bezeichnet werden. Dem widerspricht nicht, daß die Kategorie „leiten“ hier in den vergangenen zehn Jahren um 1 bis 2 Prozentpunkte zugenommen hat. Einen erheblich stärker gewachsenen Raum nehmen bei den Angehörigen technischer Berufe die Bürotätigkeiten ein (zwischen 1976 und 1982 von 1,4 auf 12,8 Prozent).<sup>30</sup> Im übrigen schließt die Kategorie „leiten“ die unterschiedlichsten Formen von Verantwortung ein; nicht allein ökonomische, sondern ebenso personelle, organisatorische, wissenschaftliche und technische, d. h. solche Momente von Verantwortung, die aus fachlichen Gründen delegiert werden, während vor allem ökonomisch orientierte Entscheidungskompetenzen zentralisiert bleiben bzw. werden.<sup>31</sup>

Die DAG wirbt mit dem ebenso extremen wie für die Großindustrie repräsentativen Beispiel des Stellenkegels der Siemens AG, in dem sich Abteilungsleiter, Prokuristen, Abteilungsdirektoren einerseits und Gruppenführer und Sachbearbeiter andererseits in einer Relation von 13:380 gegenüberstehen, unter den Naturwissenschaftlern und Ingenieuren um Mitglieder. In kleineren Unternehmen ist die Schere weniger groß. Auch hier sind die Leitungsfunktionen aber einem relativ kleinen Kreis vorbehalten.<sup>32</sup>

Verhältnismäßig günstig im Vergleich zu anderen Berufsgruppen, aber gleichwohl in rapider Verschlechterung begriffen, stellt sich die Lage der

28 Abteilungsleiter bis Betriebsleiter (s.o.).

29 Siehe Anm. 25; ebd., S. 173\*.

30 Ebenda, 6/78, S. 355\* (siehe auch ebenda, S. 358), und 5/84, S. 173.

31 „Man macht die gleiche Tätigkeit wie ein Betriebsleiter in einem Kleinbetrieb, aber ohne Kompetenz, nur mit Verantwortung“; zit. nach Neef, Ingenieure in der Metallindustrie, a.a.O., S. 290. Vgl. auch Laatz, Soziale Situation und soziales Bewußtsein von Ingenieuren, Hamburg 1975, zit. n. G. Thiel, Techniker und Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1977, S. 118. Demnach besteht selbst im Tätigkeitsbereich „Management“ die Arbeit der befragten Ingenieure nur zu 17% aus überwiegend kaufmännischen bzw. betriebswirtschaftlichen und zu 70% aus überwiegend technisch-organisatorischen und technisch-fachlichen Elementen.

32 Arbeitskreis Ingenieure und Naturwissenschaftler in der Industrie (AIN), Argumente zur Mitgliederwerbung, hrsg. v. d. DAG, Hamburg o. J., S. 25. In der zit. Erhebung des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau liegt das Tätigkeitsgebiet von lediglich 7,4% der Befragten im Management gegenüber 56,3% in Forschung/Entwicklung/Konstruktion, 10,4% in Produktion und Hilfsbetrieben und 16,6% im Vertrieb; a.a.O., S. 2.

lohnabhängigen ntI auch in bezug auf die Arbeitslosigkeit als extremsten Ausdruck der Lohnabhängigkeit dar.

Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit von HQAs (ntI u. a.) vollzog sich während der 70er Jahre in zwei Perioden. Beide Male verheißen nach einem ersten steilen Anstieg sinkende Zuwachsraten eine Besserung – allerdings auf der Grundlage eines ständig wachsenden Sockels der Arbeitslosigkeit (in absoluten Zahlen). Allein das Jahr 1978 bringt einen nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit auch in absoluten Zahlen. Es leitet zur zweiten Periode über. Der Höchststand der ersten Periode wird bei den Hochschulabsolventen schon 1979, bei den Fachhochschulabsolventen 1981 überschritten. Im Unterschied zur ersten Periode scheint nun auch – trotz neuerlich sinkender Zuwachsraten – ein absoluter Rückgang nicht mehr absehbar. Selbst wenn es dazu käme, bliebe der hohe Sockel im wesentlichen erhalten. Eine Veränderung von rund 4000 arbeitslosen Hoch- und Fachhochschulabsolventen, die zwischen 1973 und 1974 einen Zuwachs von rund 70% ausmachte, ergäbe bezogen auf 1983 im Falle eines entsprechenden Sinkens der Arbeitslosigkeit einen Rückgang von weniger als 6% der Gesamtzahl der arbeitslosen Absolventen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit Hoch- und Fachhochschulabschluß überstieg im Jahre 1983 erstmals die Zahl 100 000 (Hochschulabsolventen: 70 312; Fachhochschulabsolventen: 32 814).<sup>33</sup> Der Umstand, daß die spezifische Arbeitslosenquote der Hoch- und Fachhochschulabsolventen auch 1983 mit rund 5% noch unter der Gesamtarbeitslosenquote (9,1%) liegt, ändert wenig daran, daß die Arbeitslosigkeit als die mit Abstand drastischste Ausdrucksform der Lohnabhängigkeit inzwischen auch für Hoch- und Fachhochschulabsolventen zur allgegenwärtigen Realität geworden ist.<sup>34</sup> Ob 1982 durchschnittlich 10 Arbeitslose (Hoch-/Fachhochschulabsolventen) oder 36 (Gesamtheit der Arbeitslosen) um eine offene Stelle konkurrieren, macht für die soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit der Betroffenen kaum einen Unterschied aus.

Hinsichtlich der Gesamtstruktur der Arbeitslosigkeit ist von einer „Normalisierung“ gesprochen worden: Der relative Unterschied zwischen traditionell schlechter gestellten „Randgruppen“ (Ungelernte, ältere Arbeitskräfte und Frauen) und den traditionell besser gestellten Gruppen (vor allem der männlichen Facharbeiter) gehe zu Lasten der letzteren zurück.<sup>35</sup> In diese Entwicklung sind offenbar – wenngleich mit umgekehrten Vorzeichen – die HQAs, und hier nicht zuletzt diejenigen der ntI, mit eingeschlossen.<sup>36</sup> Die traditionellen „Privilegien“ ihrer Randgruppenstellung gehen, soweit sie die geringere Gefährdung durch Arbeitslosigkeit betreffen, deutlich zurück. Arbeitslosigkeit wird auch hier „zur Normalität“.

33 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 3/84, S. 220.

34 Ebenda, 5/84, S. 641. Dazu: FAZ, 9. 3. 83, S. 14.

35 L. Reyher, Jeder zehnte ohne Arbeit, in: Wirtschaftswoche 51-52/1982, S. 50.

36 Die Zahl der registrierten arbeitsuchenden Naturwissenschaftler und Ingenieure hat sich von 1980 bis Ende Dezember 1983 im gleichen Maße vervielfacht wie die der Lehrer, nämlich auf das Dreifache: Lehrer 27 800 – Naturwissenschaftler und Ingenieure 27 278. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 5/84, S. 641 u. 675 und 3/84, S. 436 ff u. 401 f.

Der Übergang verläuft bei den Teilgruppen der ntl in dreierlei Hinsicht unterschiedlich. Unterschiede bestehen erstens in Abhängigkeit vom Grad des *Ausbildungsabschlusses*. Die Fachhochschulabsolventen (technische Richtungen) verzeichnen in jüngster Zeit fast durchweg größere Zuwächse der Arbeitslosigkeit als die betreffenden Hochschulabsolventen.<sup>37</sup> Zum zweiten sind die Angehörigen bestimmter *Fächer* in besonderem Maße betroffen. So lag Ende September 1983 trotz der erstgenannten Tendenz die Relation zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen bei einzelnen Ingenieurgruppen deutlich günstiger als bei bestimmten Naturwissenschaftlergruppen (Ingenieure des Maschinen- und Fahrzeugbaus 5:1; Elektroingenieure rund 3:1; Naturwissenschaftler außer Physiker, Chemiker, Mathematiker rund 50:1). Von einer generellen Besserstellung der Höherqualifizierten kann daher kaum gesprochen werden. Zum dritten geht die bezeichnete „Normalisierung“ mit einer Vertiefung der *Unterschiede innerhalb der ntl* einher.

Der Anteil der arbeitslosen *Frauen* liegt auch hier heute durchwegs höher als ihr Anteil an den Erwerbspersonen der betreffenden Fachrichtungen. *Ältere* Absolventen von Fachhochschulen und Hochschulen sind trotz bzw. gerade wegen ihres überwiegend beachtlichen Spezialisierungsgrades betroffen: „Ältere Ingenieure (werden) zunehmend durch jüngere ersetzt ... , weil sie von den Hochschulen die neuesten technologischen Kenntnisse mitbringen.“<sup>38</sup> Da aber auch der Zustrom von *Berufsanfängern* deutlich höher liegt als die betreffende Aufnahmebereitschaft des Arbeitsmarktes, werden sie trotz ihres relativen Vorteils gegenüber älteren Bewerbern zur weiteren Problemgruppe,<sup>39</sup> und dies um so mehr, als die Absolventenzahlen in Zukunft weiter steigen werden. Die Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit sprechen unumwunden von „zunehmenden beruflichen Einstiegsschwierigkeiten“ für Berufsanfänger.<sup>40</sup>

### 3. Stoffliche Bestimmtheit der Arbeit und „reelle Subsumtion“ der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz

Die bisher genannten Teilaspekte der betrieblichen Stellung und vor allem der Arbeitsmarktsituation zeigen, daß sich der langfristige Trend des Übergangs der Naturwissenschaftler und Ingenieure in die Lohnabhängigkeit in der jüngsten Krisenphase beschleunigt, daß das Verhältnis der Lohnabhängigkeit für einen wachsenden Teil der Gruppe extrem drückende Züge annimmt und daß sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der lohnabhängigen ntl insofern tatsächlich denen der Masse der abhängig Beschäftigten annähern. Damit bestätigt sich zugleich die markanteste theoretische Prämisse der Intelli-

37 Ebenda, S. 369 u. 372.

38 FAZ v. 26. 3. 84.

39 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 3/84, S. 371 f.

40 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 10/83, S. 1169. Anteil der arbeitslosen Berufsanfänger an allen arbeitslosen Hoch- und Fachhochschulabsolventen (alle Richtungen) 1980: 25% - 1983: 32%; Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 3/84, S. 219.

genzdebatte der frühen 70er Jahre: Der Lohnabhängigkeit als *ökonomischer* Form von Berufstätigkeit kommt hinsichtlich der sozialen Lage und der objektiven Interessenausbildung der ntI eine zentrale Bedeutung zu, und zwar unabhängig davon, in welcher Weise sich dieser Umstand im Bewußtsein der Betroffenen reproduziert. Die empirisch konstatierbaren Unterschiede der Bewußtseinsentwicklung ergeben sich dabei keineswegs allein aus den besonderen Bewegungsformen der *subjektiven* Verarbeitungsmechanismen, sondern bereits aus weiteren *objektiven* Gegebenheiten. Die ökonomischen Produktionsverhältnisse bilden zwar die letzte, allgemeinste Ebene objektiver und subjektiver gesellschaftlicher Differenzierungsprozesse, jedoch ist die Entfaltung der Produktionsverhältnisse ihrerseits an den Rahmen stofflich bestimmter Voraussetzungen und Elemente von Aneignung gebunden: an die Naturverhältnisse als allgemeine Voraussetzung jeglicher gesellschaftlichen Tätigkeit und an gesellschaftlich invariante Aspekte des jeweiligen Produktivkraftsystems bzw. einzelner seiner Elemente. In diesem Sinne ist auch *jede Tätigkeit doppelt bestimmt: einerseits gesellschaftlich und andererseits stofflich*. Die historisch konkrete Charakteristik einzelner Tätigkeitsarten und die Probleme der Angehörigen bestimmter Berufe erschließen sich folglich erst aus dem Zusammenhang beider Momente. Die stofflichen Charakteristika der Arbeit von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren bilden einerseits ein Fundament, das spezielle Zugänge zur „reellen Subsumtion“ eröffnet. Andererseits wurzelt in den stofflichen Charakteristika der Arbeitskraft von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren eine Reihe von „Sperrern“, die eine vollständige Angleichung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen an die der Arbeiterklasse verhindern.<sup>41</sup> Blicke dieser Aspekt unberücksichtigt, läge die Vermutung nahe, daß der fortschreitende Abbau vormaliger „Privilegien“ – vermittelt über die Herausbildung wissenschaftlicher Detailarbeit – ohne weiteres einem qualitativen Umschlag jener Art zutriebe, die *Marx* als Übergang von einer lediglich „formellen“ zu einer umfassenden „reellen Subsumtion“ unter das Kapital faßte.<sup>42</sup>

Der klassische Übergang besteht in systematischer Hinsicht darin, daß die mehr oder minder ganzheitliche Qualifikation des Handwerkers aufgelöst wird, die ihm – wenngleich mit abnehmender Tendenz – als lohnabhängigem Manufakturarbeiter formell noch die Möglichkeit offenließ, in eine klassische handwerkliche Tätigkeit und ggf. sogar in die Selbständigkeit zurückzukehren. Mit der vollen Entfaltung der manufakturiellen Arbeitsteilung und vollends mit der Verallgemeinerung der industriellen Produktion kann eine solche Qualifikation in der vormaligen gesellschaftlichen Breite nicht mehr erworben werden. Es entsteht geschichtlich der vollständig „entkenntnißte Arbeiter“,<sup>43</sup> dessen Qualifikation nurmehr aus wenigen Handfertigkeiten besteht, und, über graduale Abstufungen mit jenem verbunden, der industrielle Facharbeiter mit neuen, höheren Qualifikationen.<sup>44</sup> In beiden Fällen ist eine

41 Siehe C. Kievenheim, *Die Intelligenz der BRD*, a.a.O., S. 8 ff.

42 Siehe K. Marx, *Das Kapital*, Bd. I, MEW 23, S. 356 ff.

43 K. Marx, *MEGA II*, 3,6, S. 2028.

44 Dazu: *Klassenstruktur und Klassentheorie*, a.a.O., S. 91.



Rückkehr in die Selbständigkeit des Handwerkers nun auch aus Gründen der stofflichen Spezifik der betreffenden Qualifikationen in der Regel ausgeschlossen: im Falle des „entkenntnißten Arbeiters“, weil das erforderliche Qualifikationsniveau weit unterschritten wird; im Falle des industriellen Facharbeiters aufgrund der Qualifikationsrichtung: weil die Nutzung der Qualifikation an das Vorhandensein industrieller Maschinerie gebunden ist, für die die Handwerkerstube finanziell und räumlich zu eng ist.

### 3.1 Die stoffliche Bestimmtheit der Arbeit als Fundament fortschreitender „reeller Subsumtion“

Die Qualifikation der Ingenieure und Naturwissenschaftler ähnelt der des industriellen Facharbeiters insofern, als auch sie erstens auf „komplizierte Arbeit“ gerichtet ist und als sie – zweitens – die Breite ihrer Möglichkeiten in der Regel nur in Verbindung mit mehr oder minder aufwendigen technischen Einrichtungen entfalten kann. Im Falle der Ingenieur Tätigkeit geht die Analogie noch weiter: Die Entstehung des Ingenieurwesens ist historisch eng an technische Großprojekte gebunden: zunächst im Rahmen militärischer und anderer staatlicher „Großaufträge“, seit dem 19. Jahrhundert zunehmend in der industriellen Produktion. Mit steigendem Vergesellschaftungs- und technischem Niveau der Produktions- und Dienstleistungsprozesse nimmt die Abhängigkeit der Naturwissenschaftler und Ingenieure von der Verfügbarkeit teurer und in ständiger Veränderung begriffener FuE-Infrastrukturen rapide zu. Die Entfaltung einer freiberuflichen Existenz wird somit nicht allein aus ökonomischen, sondern auch aus stofflichen Gründen immer schwieriger. Dies ist zweifellos ein Moment von „reeller Subsumtion“, das sich gegenwärtig mit besonderer Dynamik entwickelt.

Angesichts der ungünstigen aktuellen Arbeitsmarktlage ist diese Entwicklung mit Wirkungen verbunden, die die Ingenieure und Naturwissenschaftler insofern härter treffen als den größten Teil der sonstigen Arbeiter und Angestellten, als bei längerer Arbeitslosigkeit ein Entprofessionalisierungsprozeß erfolgt, der die Chance rapide sinken läßt, die erworbene Qualifikation in näherer oder fernerer Zukunft *überhaupt noch einmal* in nennenswerter Breite einsetzen zu können. Die Spielräume, sich auf entsprechendem Niveau in gänzlich andere Fachgebiete einarbeiten zu können, sind minimal. Auch wenn sich hier kein allgemeingültiges „Verfallsdatum“ angeben läßt, ist davon auszugehen, daß – um im Bilde zu bleiben – die „Frischegarantie“ schon nach einem halben Jahr erlischt. Eine Arbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr dürfte nahe an das endgültige Aus heranführen. „Wer innerhalb dieser Frist keine Stelle in der Industrie gefunden hat, der hat es ganz, ganz schwer, den Fuß noch einmal in eine industrielle Tätigkeit zu bekommen.“<sup>45</sup>

Die Einstellungsanforderungen im Öffentlichen Dienst sind weniger rigide

45 Der Arbeitsmarkt für Chemiker, in: Nachrichten aus Chemie, Technik und Labor, 31 (1983) 5, S. 353.



bestimmt. Gleichwohl lagen 1983 fast zwei Drittel der Chemiker und mehr als 50 Prozent der Physiker und sonstigen Naturwissenschaftler in dieser Problemzone (Arbeitslosigkeit länger als ein halbes Jahr).<sup>46</sup>

Im Gefolge derartiger Schwächen der Anbieterseite auf dem Arbeitsmarkt kommt es im übrigen zu *Sekundäreffekten*, deren Wirkungen weit über den Kreis der unmittelbar betroffenen Arbeitslosen hinausreichen. Das gilt erstens für den *Ausbildungsprozeß*, zweitens hinsichtlich der *Einstellungsmodalitäten* und zum dritten für den *beruflichen Alltag*. In allen drei Abschnitten besteht das gemeinsame Resultat in einer Verschärfung des Leistungsdrucks und in einer entsprechenden Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Betroffenen.

So forderte der verantwortliche Personalleiter der Bayer AG unlängst die Hochschullehrer unumwunden auf, „frühzeitig eine positive Auslese (zu) betreiben, und zwar so frühzeitig, daß dem einzelnen nicht aus Altersgründen die Möglichkeit genommen ist, sich noch einmal neu zu orientieren: also im ersten Jahr, spätestens vor dem Vorexamen“.<sup>47</sup> Der Kampf um den Arbeitsplatz wird auf diesem Wege in die ersten beiden Semester vorgezogen. Die Sorge der Hochschullehrer um das künftige Schicksal ihrer Absolventen, aber auch ihre Überlastung durch zu viele und zu große Lehrveranstaltungen sowie ihre finanzielle Abhängigkeit von Drittmitteln lassen sie für derartige Ratschläge empfänglich werden. Ist eine „positive Auslese“ der gewünschten Art aber einmal etabliert, hat dies nicht zuletzt massive Konsequenzen für die Arbeitshaltung der Studierenden. Sie befestigt und entfaltet eine Mentalität, die zum Lehrstoff im besonderen und zur Wissenschaft im allgemeinen ein primär instrumentelles Verhältnis pflegt: Die Bewältigung der Prüfungen als mehr oder minder präzisen Indikatoren für Fortschritte in der Sache droht dabei objektiv und subjektiv zum wesentlichen Inhalt des Studiums und zugleich zum wesentlichen Mittel zu werden, um der Sache zu entkommen.

Über den Wandel der Einstellungsmodalitäten berichtet die Redaktion der „Nachrichten aus Chemie, Technik . . .“, einer der Punkte, die in Gesprächen mit „Leuten, die sich gerade beworben haben“, immer wieder auftauche, sei der, „daß man z. Zt. ‚mit Auszeichnung‘ promoviert haben muß, um überhaupt zur Vorstellung eingeladen zu werden; ‚sehr gut‘ hat schon fast keine Chance mehr“.<sup>48</sup> Daß Bewerber in diesem Zusammenhang auch „von ihrer Persönlichkeit her“ eine „reibungslose Anpassung an das Arbeitsleben in der Industrie erwarten lassen“<sup>49</sup> sollen, versteht sich vor diesem Hintergrund fast von allein. „So hatte die Stellen- und Bewerbersuche mehr und mehr den Charakter einer ‚Besten-Auslese‘.“<sup>50</sup>

Die naheliegende Vermutung, daß mit der Einstellung schließlich die ent-

46 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 3/84, S. 371 f.

47 Der Arbeitsmarkt für Chemiker, a.a.O., S. 355.

48 Der Arbeitsmarkt für Chemiker, a.a.O., S. 358.

49 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 11/82, S. 1468.

50 Ebenda, 5/84, S. 652. Bemerkenswert erscheint auch, „daß bei der Personalauswahl sehr genau auf Spezialkenntnisse geachtet wurde, die den vollen Einsatz eines Bewerbers nach kurzer Einarbeitungszeit gewährleisteten“. Ebenda, 11/82, S. 1473.

scheidende Hürde überwunden sei, geht fehl. Ohne daß dies hier näher ausgeführt werden könnte, zielen die Bemühungen zumindest der Großindustrie in drei Richtungen zugleich: Erstens wird damit gedroht, die Anforderungen im Probejahr so zu ändern, daß es zu einer Verlängerung der „Besten-Auslese“ wird. Zweitens sucht die Großindustrie, unterstützt von der Bundesregierung, vermehrt nach Möglichkeiten, einem wachsenden Teil der Berufsanfänger lediglich Zweijahresverträge zu geben. Ein drittes Bemühen zielt auf einen „Einführungstarif zum Kennenlernen“ für sog. Post-doc-Praktikanten im Rahmen projektgebundener Arbeiten,<sup>51</sup> der mit lediglich 1000 bis 2000 DM honoriert würde. Auf die Frage, ob die befristeten Arbeitsverhältnisse in der Tendenz zu Lasten der Dauerarbeitsplätze gingen, antwortete der Repräsentant der Bayer AG kurz und bündig: „Das ist eine Gefahr.“ Daß schon die Inaussichtnahme derartiger Veränderungen bisheriger Üblichkeiten zu einer enormen Erhöhung des Leistungs- und Loyalitätsdrucks führt, darf als ausgemacht gelten. Somit eröffnet die stoffliche Abhängigkeit der naturwissenschaftlich-technischen Berufskompetenz vom kontinuierlichen Kontakt mit den Arbeitsmitteln als Moment der „reellen Subsumtion“ zugleich neue Möglichkeiten für solche Veränderungen der Arbeit, die schon im Prozeß der „formellen Subsumtion“ eine Schlüsselstellung einnehmen. Die gegenwärtige Krise des Arbeitsmarkts wirkt auf diesem Wege bis weit in die Berufstätigkeit hinein.

### 3.2 Die stoffliche Bestimmtheit der Arbeit als Schranke fortschreitender „reeller Subsumtion“

Stoffliche Charakteristika der Fähigkeit von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren stehen andererseits der Ausbildung einer *umfassenden* „reellen Subsumtion“ im Wege. Insofern stabilisieren sie die soziale Stellung der nTI als einer von der Arbeiterklasse abgehobenen sozialen Schicht, als (in ihrer Masse) lohnabhängiger Mittelschicht.

Naturwissenschaftlich-technische Arbeit zielt *im Kern* stets darauf ab, neue Lösungen zu finden – so klein sie auch sein mögen. Der Weg zu diesen Lösungen ist nie vollständig bekannt.<sup>52</sup> Seine Bewältigung kann folglich auch nicht im gleichen *Maße*, wie dies im Übergang von der handwerklichen zur industriellen Handarbeit und in wachsendem Maße auch in der Büroarbeit der Fall ist, auf dem Wege über eine Aufteilung in deren einzelne Elemente routinisiert und kontrolliert werden. Naturwissenschaftler und Ingenieure behalten daher *zwingend* ein im einzelnen zwar unterschiedliches, gleichwohl aber beachtliches Maß an fachlicher Autonomie, sachlicher Entscheidungskompetenz und entsprechenden Möglichkeiten der persönlichen Selbstverwirklichung in der Arbeit. Sie behalten damit als Berufsgruppe in relativ stabiler Weise gerade jene Eigentümlichkeiten der Tätigkeit, die der klassischen

51 Der Arbeitsmarkt für Chemiker, a.a.O., S. 353.

52 Dazu R. Rilling, *Theorie und Soziologie der Wissenschaft*, Frankfurt/M. 1975, S. 51 ff.

Handarbeit mit dem Übergang zur industriellen Maschinenarbeit und – mit fortschreitender „reeller Subsumtion“ der Lohnarbeitskraft unter das Kapital – heute auch qualifizierten Arbeitern und Angestellten entzogen wird und deren gänzlicher Verlust die „reelle Subsumtion“ auf die Spitze treibt. Der Versuch, die Arbeit von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren in ähnlicher Weise unter Kontrolle zu nehmen, müßte das profitable Ziel – eben die Hervorbringung von verkaufbarem Neuem – ernsthaft gefährden. In den Worten eines erfahrenen FuE-Managers: „Ganz ohne Chaos geht die Forschung nicht.“<sup>53</sup> Dieser Umstand setzt dem Fortgang der Subsumtion der Naturwissenschaftler und Ingenieure unter das Kapitalverhältnis eine nicht nur historische, sondern *prinzipielle* Schranke. Eine Proletarisierung der Intelligenz ist *in diesem Sinne* ausgeschlossen.

Die Existenz stofflicher Konstanten in der Tätigkeit von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren bedeutet indessen nicht, daß sich deren Tätigkeit nicht schon in der Vergangenheit auch *inhaltlich* gewandelt hätte, und daß dieser Prozeß nicht in Zukunft noch erheblich voranschreiten könnte. Die betreffenden Methoden müssen jedoch stets der stofflichen Spezifik der betreffenden Arbeit angepaßt bleiben. Eben darin liegt ihre Begrenzung. Es sind dies vornehmlich diejenigen Methoden, die den klassischen Entwicklungsschritt der „formellen Subsumtion“ von Handarbeit und ihrer Intensivierung im Rahmen der arbeitsorganisatorischen und technischen Entwicklung der Manufakturarbeit kennzeichnen. Insofern spricht Neef zutreffend von der „Manufaktur-Periode“ der Ingenieurarbeit<sup>54</sup> – nur folgt dieser Periode, anders als es die in diesem Zusammenhang gelegentlich verwandten Begriffe der „Taylorisierung“,<sup>55</sup> der „intellektuellen Fließbandarbeit“<sup>56</sup> oder gar der „Proletarisierung“<sup>57</sup> bzw. des „akademischen Proletariats“<sup>58</sup> andeuten, nicht der breite Durchbruch zu vollständig „entkenntnißter Arbeit“, und zwar: obwohl der Prozeß der Zerlegung, Routinisierung, Intensivierung und Kontrolle der Arbeit auch im Bereich der lohnabhängigen Naturwissenschaftler und Ingenieure weiter voranschreitet und obwohl sich damit auch die Arbeitsinhalte verändern.

Die betreffenden Veränderungen lassen sich vielleicht am besten als *horizontale* und *vertikale Entdifferenzierung* beschreiben, die stets auf mehr oder minder gewichtigen organisatorischen und technischen Veränderungen des Arbeitsprozesses zugleich beruhen. Die wichtigsten *technischen* Veränderungen bestehen – für Naturwissenschaftler nicht anders als für Ingenieure – in der zunehmenden Übertragung von Routine- und Sucharbeiten auf Maschinen, vor allem auf Computer. Das CAD zeigt, daß die Möglichkeiten sehr

53 A. E. Pannenberg (Philips – Eindhoven), zit. n. FAZ v. 2. 5. 1984, S. 14.

54 W. Neef, Ingenieure in der Metallindustrie, a.a.O., S. 242; ähnlich auch C. Kievenheim, Die Intelligenz in der BRD, a.a.O., S. 13.

55 W. Neef, Ingenieure in der Metallindustrie, a.a.O.

56 S. Laurent, zit. n. C. Kievenheim, Die Intelligenz in der BRD, a.a.O., S. 215.

57 Klassenstruktur und Klassentheorie, a.a.O., S. 95.

58 Die Intelligenz in der BRD, a.a.O., S. 39. Zur Tradition dieses Begriffs in der Geschichte der Sozialdemokratie siehe H. Jung, in: Klassenstruktur und Klassentheorie, a.a.O., S. 95.

weit reichen können.<sup>59</sup> Sie decken jedoch stets nur einen Teil der F., E.- und Konstruktionsarbeit und der sonstigen Tätigkeiten ab, für die Naturwissenschaftler bzw. Ingenieure eingesetzt werden. Die *organisatorischen* Mittel der Zerlegung, Routinisierung, Intensivierung und Kontrolle faßt Laatz zusammen. Auch sie gelten für Naturwissenschaftler nicht minder als für Ingenieure: „1. Arbeitsplatzbeschreibungen (Dienstpostenbeschreibungen), Vollmachtenkataloge u. ä. mit dem Zwecke der bewußten Durchgliederung und Organisation des Funktionsablaufs, der genauen Klärung der Arbeitsaufgaben, der dadurch klareren Kommunikation und als Ausgangspunkt zur Gestaltung der einzelnen Arbeitsabläufe. 2. Periodische Zielplanung und Zielüberprüfung mit dem Zwecke der Zeitplanung und Ablaufkontrolle sowie als Ausgangspunkt der Verbesserung der Arbeitsabläufe. Hier vor allem findet die Netzplantechnik ihre Anwendung. 3. Verschiedene Mittel zur Kontrolle der Arbeitszeit, der Kosten usw. 4. Standardisierte Leistungsbeurteilung mit dem Ziel der Leistungsmotivierung und der Kontrolle von Arbeitskraft.“<sup>60</sup>

Bis heute und in absehbarer Zukunft ist davon auszugehen, daß beide Arten von Veränderungen selbst in Großunternehmen erst begrenzt und in unterschiedlichem Maße durchgesetzt sind. Sie bezeichnen insofern mehr die Richtung als den historischen Entwicklungsstand. Im übrigen finden sie in den verschiedenen Naturwissenschaftler- und Ingenieurberufen und in deren einzelnen Einsatzfeldern höchst unterschiedliche Entfaltungsspielräume.<sup>61</sup>

Von *vertikaler Differenzierung* ist in dem Maße zu sprechen, wie wissenschaftlich-technische Realisierungsaufgaben von Planungs- und Entscheidungsaufgaben abgetrennt und letztere zur Aufgabe eigener, übergeordneter Abteilungen gemacht werden. Der Verlust betrifft erstens ökonomisch relevante Tätigkeitsmerkmale, die in eigenen Büros (für Wertanalyse u. ä.) konzentriert werden. Überspitzt formuliert: „Die Kosten determinieren Aufwand und Termine“, während die Kosten früher vom Arbeitsaufwand und den Terminen abhingen, die die Naturwissenschaftler und Ingenieure „aufgrund ihrer technisch-organisatorischen Kompetenz“ selbst festlegten.<sup>62</sup> Der Verlust betrifft zweitens zeitliche Spielräume: zum einen auf dem Wege einer stärkeren, mit vorgesetzten Stellen abzustimmenden Strukturierung der Arbeitsvorhaben in „abrechenbare“ Teilabschnitte, zum anderen auf dem Wege einer Erhöhung des Arbeitsdruckes mittels verkürzter Zeitvorgaben. Detailliertere Personalbeurteilungstechniken, die u. a. an die Einhaltung ökonomischer und arbeitsorganisatorischer bzw. zeitlicher Vorgaben und positiver Resultate in jedem Einzelabschnitt der Arbeit gebunden sind, vervollständigen den Druck.<sup>63</sup>

59 Siehe dazu auch W. Neef, *Ingenieure in der Metallindustrie*, a.a.O., S. 361 ff.

60 W. Laatz, *Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 163.

61 In diesem Sinne auch Neef, *Ingenieure in der Metallindustrie*, a.a.O., S. 305 f., und – sehr viel entschiedener – W. Laatz, *Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 155 ff.

62 W. Neef, *Ingenieure in der Metallindustrie*, a.a.O., S. 275.

63 Das betreffende „IBM-System“ hat deshalb zu Recht große Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil es ein Maximum der *Selbstaktivierung* der Beschäftigten fördert bzw. erzwingt. G. Peter, *Das IBM-System*, Frankfurt/M. 1975. Siehe auch den Beurteilungsbogen vom MBB in: *Wechselwirkung* 2/79, S. 11.

Im Zusammenwirken aller dieser Momente erleidet die traditionelle *professionelle Autonomie* der Naturwissenschaftler und Ingenieure – über längere Zeiträume betrachtet – erhebliche Einbußen: in jenen Bereichen und Berufen, in denen (nicht zuletzt aus stofflichen Gründen) die innere Differenzierung von Projekten (wie z. B. im Flugzeugbau) sehr ausgeprägt ist, in höherem Maße; in jenen, die (wie die Chemie) bis heute weithin nur kooperierende, in sich relativ abgeschlossene Kleinprojekte kennen (ohne deswegen hinter der Zeit zurück zu sein), in geringerem Maße. Die *naturwissenschaftlich-technische, fachliche Autonomie* in der Beurteilung und Bewältigung der betreffenden Aufgaben wird durch diese Entwicklung zwar berührt. Sie sinkt jedoch nicht im gleichen Maße. Der Haupteffekt besteht hier unter dem Gesichtspunkt vertikaler Differenzierung im *Rückgang des fachlichen Überblicks und der Entscheidungskompetenzen hinsichtlich des Gesamtzusammenhangs der jeweiligen Projekte*. Umgekehrt wird damit die Leitung nicht nur in betriebspolitischer, sondern auch in fachlicher Hinsicht zum zwingenden Erfordernis.<sup>64</sup> Der vergleichsweise anspruchsvolle (und subjektiv befriedigende) Charakter der Arbeit wird davon jedoch *nicht zwangsläufig* berührt.

Das gleiche gilt für jene Aspekte der Veränderung, die als *horizontale Entdifferenzierung* bezeichnet werden können: Die fachliche Spezialisierung nimmt zu. Starke Spezialisierung ist jedoch nicht zwingend mit starker Arbeitsteilung, Arbeitszergliederung und Sinnentleerung der Arbeit gleichzusetzen. Einerseits beinhaltet sie tatsächlich eine Vereinseitigung. Andererseits wissen die Spezialisten nun häufig „über weniger mehr und komplexere Dinge“.<sup>65</sup> Insoweit *kann* die Arbeit sogar anspruchsvoller werden. Dies ist um so mehr der Fall, wo die Spezialisierung mit einer Entlastung von Routinetätigkeiten einhergeht, die ihrerseits auf enger ausgebildete Spezialisten und später häufig auch auf Maschinen übertragen werden (vgl. etwa in der Chemie die historische Verselbständigung der Analytik und deren eigene Entwicklung). Ein relativ hoher Grad der fachlichen Identifikation mit der eigenen Arbeit und eine entsprechende Arbeitszufriedenheit, die hinsichtlich der Mehrheit der Naturwissenschaftler außer Frage stehen, aber eben auch für große Teile der Ingenieure ausreichend belegt sind,<sup>66</sup> stellen insofern – anders als *Neef* dies nahelegt – keineswegs zwingend eine mehr oder minder illusorische Form der Selbstvergewisserung dar, die lediglich darüber hinwegtäuschen soll, daß der Berufsalltag kaum mehr Anlaß zu entsprechender Identifikation biete und deren soziale Funktion folglich nurmehr darin bestünde, eine subjektive Trennungslinie gegenüber den Arbeitern zu markieren.<sup>67</sup>

64 Gleichzeitig „verwissenschaftlicht“ sich die Leitung selbst, und zwar in doppelter Weise: zum einen, indem sich eine eigene, speziell auf FuE-Prozesse bezogene Management-„Lehre“ entfaltet (vor allem seit Ende der fünfziger Jahre); zum zweiten, indem Entscheidungsvorbereitungen der Spitze, die traditionell beim mittleren Management lagen, von qualifizierten Stabsabteilungen übernommen werden, die damit deren Arbeitsplätze gefährden.

65 W. Laatz, Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 167.

66 Lediglich 8% der von Laatz befragten Ingenieure erklärten sich für „eher unzufrieden“; a.a.O., S. 169. Ähnliche Ergebnisse auch bei H. Hillmer u. a., Studium, Beruf und Qualifikation der Ingenieure, hrsg. v. VDI, Düsseldorf 1976, S. 43.

67 W. Neef, Ingenieure in der Metallindustrie, a.a.O., S. 284.



Die vergleichsweise hohe fachliche Identifikation und Arbeitszufriedenheit von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren verweisen anstelle dessen zunächst einmal auf einen *objektiven* Sachverhalt. Die vertikale und horizontale Entdifferenzierung laufen zwar *historisch* auf eine Verarmung der Arbeitsinhalte hinaus. Ihre *gegenwärtigen* Resultate sind jedoch relativ anspruchsvoll geblieben. Sie bezeichnen somit nicht den Fortgang einer gleichsam linearen Annäherung an die Arbeits- und Lebensbedingungen der Masse der Lohnabhängigen oder gar einer gänzlichen Entleerung der Arbeit, sondern einen Ausdruck der Tatsache, daß genau das nicht möglich ist.

Dem widerspricht nicht, daß der Prozeß der Entdifferenzierung als kapitalistische Rationalisierung auf dem Rücken der jeweiligen Beschäftigten durchgesetzt wird und daß er insofern zu jedem Zeitpunkt *Teilgruppen* entstehen läßt, für die sich der Wandel zum Teil extrem negativ bemerkbar macht. Die ntI ist von dieser Tendenz schon lange nicht mehr ausgeschlossen.<sup>68</sup> Sie wirkt heute auf *allen* Qualifikationsebenen: vom Techniker bis hin zu den promovierten Hochschulabsolventen. Die Reduktion der professionellen Autonomie kann zeitweise mit erheblichen Störungen der verbliebenen Arbeitsaufgaben seitens neugeschaffener Planungs-, Entscheidungs- und Kontrollinstanzen einhergehen: durch unzulängliche organisatorische Abstimmungen, durch inkompetente Erwartungen in der Sache, durch demoralisierende Formen der Kontrolle und/oder des Arbeitsdrucks, durch die Schaffung einseitiger oder inkohärenter Tätigkeitsfelder bzw. Aufgabenzuweisungen etc. Letzteres greift auf die Dimension der fachlichen Spezialisierung über. Weitgehende fachliche Spezialisierung, zumal in fortgeschrittenen Phasen des Berufslebens, beeinträchtigt die beruflichen Mobilitätschancen. Im Zusammenhang mit der möglichen Aufgabe einzelner Arbeitsrichtungen seitens der Unternehmen und damit verbundener möglicher Entlassungen ist dauerhafte Arbeitslosigkeit der betreffenden Spezialisten die naheliegende Konsequenz. Spezialisierung führt im übrigen nicht zwangsläufig zu gleichbleibenden oder steigenden fachlichen Anforderungen. Sie führt ebenso zu Routinetätigkeiten, die nicht allein subjektiv unbefriedigend sind, sondern auf Dauer auch die berufliche Qualifikation als ganze gefährden.

Die genannten Prozesse sind mehr oder minder zwangsläufige Folgen jener spezifischen sozialen Verantwortungslosigkeit und Planlosigkeit, in der sich die Verwissenschaftlichung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion unter kapitalistischen Bedingungen entwickelt. Sie bezeichnen als solche jedoch eher einzelne *Verlaufsformen* als den eigentlichen *Inhalt* dieses Prozesses. In der historischen Kontinuität stellt sich die Sache vielmehr so dar: Die ntI nimmt zahlenmäßig weiter zu. Dabei werden einerseits auf allen Qualifikationsebenen beständig Teilgruppen hinsichtlich ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer sozialen Lage an den Rand und schließlich – zusammen mit den von ihnen repräsentierten Arbeitsfunktionen – aus der ntI als solcher herausgedrückt. Andererseits vollzieht sich ein beständiger Reorganisationsprozeß der verbleibenden bzw. wachsenden ntI. Damit bleibt der besondere, von den

68 Siehe etwa U. Kadritzke, *Angestellte – Die geduldigen Arbeiter*, Frankfurt/M. 1975, S. 189 ff.

Gruppen der Arbeiterklasse abhebende Charakter der ntl auch unter den Bedingungen ihrer stärkeren Unterordnung unter das kapitalistische Lohnverhältnis gerade aufgrund der stofflichen Spezifik ihrer gemeinsamen Tätigkeitsmerkmale erhalten.

#### 4. Betriebliche Stellung, Berufsübergang und Bewußtsein – einige Aspekte

Im Prozeß ihrer beständigen Neuformierung einerseits und der immer breiter und nachhaltiger sich durchsetzenden horizontalen und vertikalen Entdifferenzierung andererseits wandelt sich allerdings der *dominante Typus* des lohnabhängigen Ingenieurs bzw. Naturwissenschaftlers selbst. Bildeten die Naturwissenschaftler und Ingenieure historisch gleichsam *Universalisten* in Sachen Innovation und Leitung von Innovationsprozessen, so werden sie mehrheitlich immer stärker zu *Spezialarbeitern* im Rahmen von weithin *außen-gesteuerten* Innovationsprozessen und innerhalb eines dichter werdenden Netzes von Kontrollmechanismen. Nur eine Minderheit wird hingegen zu taylorisierten *Detailarbeitern* im dem Sinne, der für die historische, aktuelle und zukünftige Entwicklung der Handarbeit charakteristisch ist.<sup>69</sup> Damit wird nicht behauptet, daß sich die Arbeit von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren aufgrund ihrer stofflichen Eigentümlichkeiten prinzipiell von der „gewöhnlichen“ Handarbeit (in der Produktion und in den Büros) unterscheidet. Das Auftreten von „Ungewißheiten“ und unvorhergesehenen „Zwischenfällen“ und folglich die Notwendigkeit von persönlichen Entscheidungen, von Eigeninitiative und je individuellen Lösungen zur Überwindung solcher Ereignisse charakterisieren, wie Neef zutreffend schreibt, jede – auch die normierteste und standardisierteste – menschliche Arbeit.<sup>70</sup> Der Unterschied zur Arbeit der Mehrheit der Naturwissenschaftler und Ingenieure, und zwar auch unter den Bedingungen fortschreitender Entdifferenzierung, besteht in der *Häufigkeit* des Auftretens solcher Momente und in dem Umstand, daß diese Momente hier, in entsprechender Häufigkeit, als prinzipiell konstitutive (d. h. nicht un-

69 Diese Schlußfolgerungen scheinen sich durch Beobachtungen von W. Laatz zum Thema „partielle“ und „segmentierte“ Krisenbetroffenheit von Ingenieuren zu bestätigen. Die Ergebnisse weisen zum einen Größenordnungen und zum anderen inhaltliche Schwerpunkte der Krisenbetroffenheit aus: Immerhin ein Viertel der Befragten mußte – allerdings von Branche zu Branche differierend – Krisenauswirkungen „im Sektor Arbeitsplatzsicherheit ... erleben“ (Versetzung 7%, Kurzarbeit 8%, Bedrohung durch Entlassung 5%, eigene Kündigung, um einer Entlassung zuvorzukommen, 4%). Hinsichtlich der inhaltlichen Veränderungen der Arbeit geben bei einer jeweils erheblich geringeren Zahl gegenteiliger Nennungen ( ) an: 59% (2%) gestiegenen Leistungsdruck, 57% (7%) gestiegenen Zeitdruck, 24% (7%) erhöhten Konkurrenzdruck. Am geringsten ist hingegen die Auswirkung auf den Arbeitsinhalt selbst: Die Kontrolle und Reglementierung der Arbeit selbst werden nur von jeweils 19% als zunehmend geschildert – und von 15% als sinkend. Die Angaben beziehen sich auf Veränderungen zwischen 1973 und 1979. W. Laatz, Wirtschaftskrise und Krisenbetroffenheit (am Beispiel der Ingenieure), in: G. Schmidt u. a. (Hrsg.), Materialien zur Industriosozologie, a.a.O., S. 283 ff. Diese Ergebnisse von W. Laatz decken sich im übrigen weitgehend mit denen der Studie Angestelltenbewußtsein '81 (infas) des DGB (10. Angestelltentag), S. 7.

70 W. Neef, Ingenieure in der Metallindustrie, a.a.O., S. 287.



bedingt auch in jedem historisch-konkreten Falle) und dauerhafte Bestandteile der Arbeit anerkannt werden müssen. Allerdings bestehen auch hier Abstufungen. Das hierarchische Gefüge der naturwissenschaftlich-technischen Ausbildungsabschlüsse spiegelt das unterschiedliche Gewicht dieses Momentes in Grenzen angemessen wider. Dem entspricht nicht allein eine unterschiedliche Nähe der Berufssituation der jeweiligen Absolventen zu derjenigen der Arbeiter und einfachen Angestellten, sondern bekanntlich auch eine entsprechend unterschiedliche Offenheit für kollektive und namentlich gewerkschaftliche Formen der Interessenvertretung.<sup>71</sup> Die besonders schwache Ausbildung von gewerkschaftlichem Bewußtsein im Kreise der Hochschulabsolventen erweist sich in diesem Zusammenhang zwar als subjektives Defizit, das einer Wahrnehmung der eigenen Interessen im Wege steht, zugleich aber als ein Defizit, das sich nicht allein aus der Qualität betriebspolitischer Manipulationstechniken der Unternehmensleitungen und/oder aus allgemeinen kulturellen Veränderungen „lebensweltlicher“ Zusammenhänge und Wertorientierungen, sondern – auch als Basis für die Wirksamkeit entsprechender Techniken – vor allen anderen aus objektiven Merkmalen der Tätigkeit von Hochschulabsolventen ergibt. Da diese Tätigkeitsmerkmale auch in Zukunft relativ stabil bleiben werden, wird sich das betreffende Bewußtsein auch in Zukunft nur verhältnismäßig langsam verändern lassen.

Die hier interessierenden – arbeitssoziologisch zu analysierenden – Voraussetzungen variieren im übrigen auch auf der Ebene ein und des gleichen Qualifikationsniveaus von Fachrichtung zu Fachrichtung. Auch hier spielen stoffliche Aspekte eine beachtliche Rolle: in diesem Falle die für einzelne Fachrichtungen charakteristischen Arbeitsgegenstände und die darauf bezogenen Arbeitsoperationen als Grundlage für das Entstehen typischer Arbeitsfelder und entsprechend spezieller betriebspolitischer Nutzungsspielräume dieser Besonderheiten.

Auffällige berufstypische Merkmale zeigen sich schon in den unterschiedlichen Graden der betrieblichen *Massierung* von Angehörigen der verschiedenen Berufe. Während die Angehörigen der meisten Ingenieurgruppen häufig in ein und dem gleichen Großbetrieb in verhältnismäßig großer Zahl konzentriert sind, ist dies bei den meisten Naturwissenschaftlergruppen, zumindest bis jetzt, erst in Ansätzen der Fall. Aber auch hier sind die Verhältnisse unterschiedlich. Die Spanne reicht von den Chemikern (für die nichts weniger als eine „eigene“ Industrie existiert) über die Mathematiker und Physiker bis zu den Biologen, Geologen u. ä. mit überwiegend sehr geringer Konzentration.

Selbst dort, wo rein quantitativ größere Ballungen zu verzeichnen sind, existieren zweitens sehr unterschiedliche Grade der *Kooperation*. Sie bilden ein weiteres Medium der Förderung bzw. Hemmung der Entwicklung von Be-

71 G. Thiel, Techniker und Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 122f., und N. Beckenbach u. a., Ingenieure und Techniker in der Industrie, a.a.O., S. 248. (Für die Industriegewerkschaft als überbetriebliche Interessenvertretung sprachen sich in der Erhebung von Beckenbach u. a. 17% der Dipl.-Ing., 25% der Ing. grad. und 44% der Techniker aus.) J. Schmid, Das Organisationsverhalten wissenschaftlich-technischer Angestellter, München 1980 (Deutsches Jugendinstitut e. V.), S. 8 ff.

wußtsein. Man vergleiche in dieser Hinsicht die Großraumbüros der Konstruktionsabteilungen im Ingenieurbereich mit den Arbeitsplätzen von Chemikern in der Forschung, die eher an Zellen gemahnen. Krassere Unterschiede der Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten sind kaum vorstellbar.

Sie berühren einen dritten Faktor: die jeweiligen Schwierigkeiten des *Übergangs vom Studium in den Beruf* als einem zentralen Moment der beruflichen Sozialisation. Der leichteste Übergang ist in der Chemie gegeben. Die industriellen Forschungslabors der Chemie ähneln sowohl äußerlich als auch von der Art der dort gestellten Arbeitsaufgaben (Gewinnung von Wissen) am ehesten dem, was den Berufsanfängern von der Ausbildung her geläufig ist. Die Entfaltung eines individualistischen (und elitären) Bewußtseins findet hier günstige Bedingungen, und zwar als Massenerscheinung: Die Berufsanfänger in der Chemie beginnen zum allergrößten Teil im Forschungslabor.<sup>72</sup> Die Profitproduktion als bestimmender Zweck industrieller Tätigkeit prägt gewiß auch der Arbeit im Forschungslabor ihren Stempel auf. Sie ist hier aber zunächst weniger deutlich spürbar als in anderen Abteilungen, zumal in der Produktion. Zugleich bietet die Forschung optimale Möglichkeiten, um die Berufsanfänger langsam und entsprechend behutsam an den harten Kern der industriellen Tätigkeit heranzuführen. Soweit die Unterschiede zwischen Hochschule und Industrie trotzdem erfahrbar werden, bewähren sich nun jene zweifelhaften Tugenden, die unter den Bedingungen eines wachsenden Studiendrucks erworben werden: einerseits ein instrumentalistisches Verhältnis zur Wissenschaft und eine ausgeprägte Neigung, die eigene Tätigkeit gleichsam geschäftsmäßig aufzufassen; andererseits eine hohe Frustrationstoleranz und ein entsprechendes Vermögen, eigene, inhaltliche Interessen hintanzustellen, kurz: ein hohes Maß an subjektiver Entfremdung. Von einer Soll-Bruchstelle zwischen (akademisch orientierten) naturwissenschaftlich-technischen Professionsnormen und (profitorientierten) betrieblichen Arbeitsnormen kann unter diesen Umständen keine Rede mehr sein (sofern dies, zumal im Ingenieurbereich) überhaupt je nennenswert der Fall war.

Die ebenfalls aus der stofflichen Spezifik naturwissenschaftlich-technischer Tätigkeit erwachsende Teilhabe an Koordinations-, *Leistungs-* und Überwachungsfunktionen und die damit verbundene Honorierung in Gestalt vergleichsweise hoher Einkommen und betriebspolitischer Statussymbole vervollständigen das Ensemble der Faktoren, welche die Entfaltung eines technisch-reduktionistischen, elitären und individualistischen Verständnisses der eigenen Tätigkeit begünstigen. Ein berufs- und gesellschaftspolitisches Bewußtsein, das der kollektiven Interessenvertretung im Verein mit den übrigen Lohnabhängigen zumindest distanziert gegenübersteht, erscheint vor dem hier skizzierten Hintergrund nicht nur möglich, sondern naheliegend.<sup>73</sup>

72 Eine Erhebung aus dem Jahre 1976 weist hier über 75 Prozent aller Neueingestellten aus. Anhang zu „Chemie-Studium und Beruf“, hrsg. v. Fonds der Chemischen Industrie, Ffm. 1977.

73 So differieren die gewerkschaftlichen Organisationsraten zwischen Elektroingenieuren und Chemikern signifikant. Die IG Metall ist im Ingenieurbereich besser verankert als die IG Chemie im Bereich der Chemiker. Der Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der chemischen Industrie organisiert nahezu drei Viertel der Chemiker dieses Zweiges.

Die Ergebnisse einer eigenen Befragung<sup>74</sup> deuten an, daß die Auflösung dieser Distanz oft erst nach längeren betrieblichen Erfahrungen erfolgt; vor allem dann, wenn sich die vormaligen Aufstiegsillusionen nicht realisiert haben und/oder wenn mit fortschreitendem Lebensalter andere als berufsbezogene Interessen (Familie, Hobbys), die zunächst mit Rücksicht auf den erhofften beruflichen Aufstieg in den Hintergrund gerückt wurden, berücksichtigt werden wollen, während andererseits der Arbeitsdruck wächst. Weitere, außerbetriebliche Faktoren wie eine familiär oder durch eine frühere Ausbildung und Berufstätigkeit bedingte Vertrautheit mit der Welt der „normalen“ Lohnabhängigen und den Gewerkschaften als deren Interessenvertretung können diesen Prozeß begünstigen. Sie können ihn aber bekanntlich auch im Rahmen eines Aufsteigersyndroms mit besonderer Nachhaltigkeit behindern.

Schon diese Spanne der Möglichkeiten macht deutlich: So differenziert das sowohl ökonomisch als auch stofflich bestimmte berufliche „Sein“ auch analysiert werden mag (und muß), der konkrete Verlauf der Bewußtseinsentwicklung läßt sich auf einer solchen Grundlage immer nur bedingt erklären und prognostizieren. Es muß stets als weiteres Moment die systematisch angemessene Einbeziehung der individuellen Bewußtseinsentwicklung in die Bewegung und die inneren Widersprüche des gesellschaftlichen Überbaus als dem Gesamtzusammenhang der politischen, geistigen und kulturellen Entfaltung der Gesellschaft hinzutreten.

Unter Berücksichtigung der relativen gesellschaftlichen Randstellung der Intelligenz ist hier festzuhalten: Das gesellschaftliche Bewußtsein und die Einsicht in die ohnehin nur bedingt erkannte Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung entwickeln sich heute auf seiten der ntl (und – wie eingangs sichtbar wurde – auch in der sozialwissenschaftlichen Intelligenz) trotz fortschreitender Gefährdung durch Arbeitslosigkeit, trotz steigenden Arbeitsdrucks und trotz des Wachstums der Gruppe als ganzer eher langsamer als in der Vergangenheit. Mit der Erfahrung innerbetrieblicher Widersprüche und zunehmend auch solcher Widersprüche, die sich aus der kapitalistisch betriebenen Produktivkraftentwicklung und -nutzung außerhalb der Betriebe ergeben (vor allem in der Umweltfrage), nimmt das Bewußtsein der eigenen Abhängigkeit und des unsozialen Charakters der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung gleichwohl zu: Im Rahmen der fortdauernden gehobenen beruflichen Stellung des Kerns der ntl einerseits und der gewandelten ideologischen und politisch-praktischen Kräfteverhältnisse im gesamtgesellschaftlichen Maßstab andererseits nimmt es allerdings vielfach organisations- und gewerkschaftsfremde bis -kritische Formen an.

Diese Wendung bezeichnet indessen nur die eine Seite der Medaille. Ihre Kehrseite besteht darin, daß die gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse aufgrund ihrer politischen und ökonomischen Wirkungen technokratische, elitäre und sozialpartnerschaftliche Illusionen nur bei einem Teil der ntl befestigen können, während sie hinsichtlich der Mehrheit eher zu

74 Berufsfeldanalyse für Diplomchemiker und Chemieingenieure (grad.), in: Gewerkschaftliche Umschau 2/80, Dokumentation.

einer Erosion solchen Denkens drängen. Die vermehrte Entstehung von gewerkschaftlichen oder auf gewerkschaftliches Handeln bezogenen Arbeitskreisen von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren (Ingenieurarbeitskreise für Rationalisierungsfragen, für Rüstungsfragen, für Produktkonversion u. ä.) als sinnfällige Bereicherungen der gewerkschaftlich geprägten Aktivitäten von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren ist vor diesem Hintergrund ebenso wenig ein Zufall wie die weniger spektakulären, dafür aber – trotz ihrer relativen Begrenztheit – stärker in die Breite wirkenden Organisationserfolge der Industriegewerkschaften im Bereich der ntI, vor allem der Techniker und der Ingenieure ohne größere Leitungskompetenzen. Trotz der ungünstigen Wirkungen der aktuell politischen und ökonomischen Konjunktur und trotz der historisch deutlich stabileren berufstypischen Schranken einer breiten Öffnung der ntI in Richtung auf eine gewerkschaftliche Interessenvertretung und ein breiteres allgemeinpolitisches Engagement an der Seite der „Nichtprivilegierten“<sup>75</sup> sind hier weitere Fortschritte zu erzielen. Eine langfristig angelegte und auf die Spezifik der berufspolitischen Problemstellungen der ntI eingehende gewerkschaftliche Informations-, Interessenvertretungs- und Mobilisierungsstrategie bildet dabei allerdings eine unerläßliche Voraussetzung. Das wachsende betriebliche und gesellschaftliche Gewicht der ntI macht die Entwicklung einer solchen Strategie zu einer zwingenden Notwendigkeit.

75 R. W. Hoffmann, *Kooperation zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften*, GEW-Dok E-83/8/3, Frankfurt/M. 1983.

## **Betriebe ohne Hinterland?**

### **Zu einigen Bedingungen der Klassenbildung im Reproduktionsbereich<sup>1</sup>**

*Kaspar Maase*

*1. Klassenbildung und Klassensubjektivität – 2. Historische Tendenz: Individualisierung – 3. Individualisierung und sozialer Klassenzusammenhang heute – 4. Zwei Linien im Klassenbildungsprozeß?*

Die Kämpfe vom Frühjahr und Sommer 1984 in der Metall- und Druckindustrie haben die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung von ihrer betrieblichen Basis her gezeigt. Der folgende Beitrag will vor diesem Hintergrund einige Fragen ansprechen, die mit tiefgreifenden historischen Wandlungen in der Formierung der Arbeiterklasse zusammenhängen; er konzentriert sich auf die Tendenz zu stärker individualisierten Formen der Klassenbildung im Reproduktionsbereich.

### **1. Klassenbildung und Klassensubjektivität**

Stets haben Marxisten die Arbeiterklasse auch unter der Fragestellung untersucht, wie sie sich konkret historisch zum bewußten und handlungsfähigen Subjekt entwickelt, sich als Klasse und zur „Klasse für sich“ bildet. Von ihren ersten Arbeiten an beschäftigten sich die Klassiker des Marxismus mit dem „Entwicklungsgang des Proletariats“, mit dem Prozeß der „Organisation der Proletarier zur Klasse“, der „jeden Augenblick wieder gesprengt (wird) durch die Konkurrenz unter den Arbeitern“ – um wieder fortgeführt zu werden.<sup>2</sup>

1 Dieser Text versucht, einige Problemstellungen zu entwickeln. Er ist empirisch noch ungenügend abgesichert und versteht sich als Beitrag zur Erarbeitung eines theoretischen Zugangs. Schon die Begrifflichkeit wirft Fragen auf. Der Terminus „Klassenbildung“ läßt das objektive Moment von Klasse in den Hintergrund treten, das mit der Stellung im System der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse gesetzt ist – bis hin zu dem möglichen Mißverständnis, von Klasse könne man nur bei entsprechendem Selbstbewußtsein sprechen. „Klassenformierung“ drückt die Einheit objektiver und subjektiver Momente besser aus: Der objektive Klassenzusammenhang gewinnt festere Form, die von den Klassensubjekten gestaltet wird. Allerdings schwingt die negative Bedeutung von „Formierung“ – von außen gewaltsam in eine Form pressen – mit und mag antimarxistische Vorurteile nähren, die der Begriff der Bildung als aktive Selbsterziehung, Selbstentwicklung vermeidet.

2 Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 471; umfassender ebd., S. 470–474. Intensiver Einstieg in das Thema „Klassenbildung“ ist Engels' Analyse der „Lage der arbeitenden Klasse in England“, MEW 2.

Im „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ hat *Marx* dieses Moment der „Klassensubjektivität“ am Negativbeispiel der französischen Parzellenbauern entwickelt. Ihre Masse lebt unter gleichen objektiven „ökonomischen Existenzbedingungen“, in „gleicher Situation“; nicht allein ihre Interessen stimmen überein, sondern ebenso „ihre Lebensweise ... und ihre Bildung“, deren Besonderheit sie von anderen Klassen abgrenzt. Spezifik der ökonomischen Stellung *wie der darauf gegründeten Lebensweise* sind für *Marx* Argumente, die Parzellenbauern „insofern“ als Klasse zu bezeichnen. Doch fehlt ihrer Arbeits- und Lebensweise das Moment von Kommunikation, von sozialem Verkehr und Öffentlichkeit über den lokalen Rahmen hinaus; Produktionsweise und Lebensbedingungen stehen der Herausbildung einer „nationalen Verbindung und ... politischen Organisation“ entgegen – insofern „bilden sie keine Klasse. (...) Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden.“<sup>3</sup> Dem steht als Besonderheit der Arbeiterklasse die durch das Kapital vorangetriebene Vereinigung auf betrieblicher, örtlicher und nationaler Ebene gegenüber; „ihre ganzen Arbeits- und Lebensverhältnisse organisieren diese Klasse, zwingen sie zum Denken, bieten ihr die Möglichkeit, die Arena des politischen Kampfes zu betreten“.<sup>4</sup>

Das Eingehen auf Lebensweise und Klassenöffentlichkeit als Vermittlungsglieder des Klassenbildungsprozesses erweist Interpretationen als zu eng, *Marx* habe nur „Kollektiverfahrung der Verelendung“ und „Klassenkampfdynamik“ als Momente der Klassenformierung erfaßt; der Verweis auf die solidaritätssprengende Kraft der Konkurrenz widerlegt die Behauptung, für *Marx* sei „die Bildung stabiler Solidaritätsbindungen“ überhaupt kein theoretisches Problem gewesen.<sup>5</sup> Vielmehr ist die Klassenbildung ein nach der Konstituierung des Proletariats als Klasse<sup>6</sup> auf neuer Stufe anhaltender, notwendig widersprüchlicher Prozeß; er ist jedoch nicht der spontanen und vereinzelt Verarbeitung von Erfahrungen überlassen – seit der Vereinigung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung wirken in der Klasse organisierte und bewußte Kräfte auf den Inhalt wie auf die Verarbeitung von Erfahrungen ein und suchen sie mit einer wissenschaftlichen Theorie der Gesellschaft, der Klasseninteressen und der notwendigen Klassenpraxis zu vermitteln. Dies kann in einzelnen Nationen auch langanhaltende Phasen einschließen, in denen die auseinanderstrebenden, entpolitisierenden Tendenzen überwiegen und die Arbeiterbewegung allenfalls als eine unter anderen sozialen Bewegungen erscheint.

Die Proletarier machen auf unterschiedlichen Lebens- und Tätigkeitsfeldern Erfahrungs- und Lernprozesse durch; diese beinhalten unterschiedliche, oft einander widersprechende und auseinanderstrebende Handlungsaufforde-

3 Karl Marx, *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, MEW 8, S. 198.

4 W. I. Lenin, *Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?*, LW I, S. 186.

5 So Ulrich Beck in seinem ansonsten sehr differenziert und anregend argumentierenden Aufsatz „Jenseits von Klasse und Stand?“, in: Reinhard Kreckel (Hg.), *Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt – Sonderband 2*, Göttingen 1983, S. 47 f.

6 Vgl. dazu Hartmut Zwahr, *Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse*, Berlin (DDR) 1978.



rungen – bis hin zu praktisch unvereinbaren Handlungsnotwendigkeiten. Die Lohnarbeiter verarbeiten diese widersprüchlichen Tendenzen psychisch und kommen notwendig zu einer praktischen wie geistig-emotionalen Bestimmung ihrer eigenen Position gegenüber dem Klassenzusammenhang.<sup>7</sup> Das ist kein einmal abgeschlossener, sondern ein lebenslanger Vorgang; er ist in sich strukturiert und weist biographische Phasen von besonderer Prägekraft bzw. Offenheit für Umorientierung auf (etwa: Primärsozialisation, betriebliche Sozialisation beim Eintritt ins Arbeitsleben, Arbeitsplatzverlust, Aktionserfahrung). Dies sind Voraussetzungen für das Wirken von Klassenorganisationen als subjektiver Faktor mit dem Ziel, in Praxis und psychischen Verarbeitungsprozessen der Proletarier jene Tendenzen herauszuarbeiten, zu klären, zu festigen, die die Klassenlage richtig widerspiegeln und die subjektive Einordnung in den Klassenzusammenhang und seine Handlungsnotwendigkeiten – Klassenbildung – fördern. Unter diesem Gesichtspunkt entscheidet über Gelingen oder Scheitern von Klassenbildung konkret-historisch die Praxis des subjektiven Faktors.<sup>8</sup>

## 2. Historische Tendenz: Individualisierung

Mit den Veränderungen in Arbeits- und Lebensbedingungen, sozialer Zusammensetzung und Bildungsniveau, räumlicher Verteilung und verfügbarem Einkommen, Wohnverhältnissen und Familienstruktur usw. wandelt sich sowohl die objektive Binnenstruktur der Klasse wie – und u. E. noch stärker – die Art und Weise ihrer subjektiven Erfahrung, Aneignung und alltäglichen Praxis als gelebter Klassenzusammenhang durch die Klassenindividuen. Jedem einzelnen Proletarier bietet die Binnenstruktur der Klasse eine Vielzahl von Möglichkeiten zu sozialen Beziehungen und Betätigungen mit anderen Klassenangehörigen: von betrieblicher Kommunikation, Nachbarschaft und Freundschaften bis zum Verhalten gegenüber den Klassenorganisationen und den Klassenbewegungen als dem höchsten praktischen Ausdruck der Klassensgemeinschaft. Ein Teil dieser sozialen Beziehungen ist unausweichlich, wie die Beziehungen in Belegschaft und Nachbarschaft; er kann auf unterschiedliche Weise praktiziert werden: individualistisch oder solidarisch. Einen anderen Teil dieser möglichen Beziehungen kann der einzelne eingehen oder nicht: Freundschaft und Ehe, Vereins- und Parteimitgliedschaft etc. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um völlig „freie Entscheidungen“ – die individuelle Einordnung in die Klasse ist Teil der subjektiven Aneignung einer ganzen klassen-, schicht- und gruppenspezifischen Lebenswei-

7 Was hier vereinfacht als individueller Prozeß dargestellt wird, ist real eingebunden in die individuelle Aneignung der historisch gewordenen und verfestigten klassen- und schichtspezifischen Lebensweise; vgl. dazu ausführlicher Kaspar Maase, Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit, IMSF-Informationsbericht 38, Frankfurt/M. 1984.

8 Vgl. Heinz Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 75ff.; Thesen „Der Betrieb als Formierungsbasis der Arbeiterklasse in der BRD heute“ in diesem Band.



se. Die Art und Weise, wie sich diese Beziehungen auf der Basis der Binnenstruktur der Klasse praktisch entwickeln, sei hier vorläufig als *sozialer Klassenzusammenhang* bezeichnet; er ist abzugrenzen gegen ökonomische und ideologisch-politische Strukturierungen. Die Ausrichtung des sozialen Klassenzusammenhangs an den Klasseninteressen gibt das Maß der Entwicklung zur „Klasse für sich“, der Klassenbildung, an.

## 2.1 Auflösung von Klassen?

Seit etwa 100 Jahren ist mit der Durchsetzung der großen kapitalistischen Industrie und ihrer Qualifikations- und Reproduktionsanforderungen, mit Arbeitszeitverkürzungen, Ausdehnung des Schulbesuchs und Urbanisierung, mit steigenden Reallöhnen für eine ausreichende Wiederherstellung der Arbeitskraft in Deutschland (wie im Prinzip in allen kapitalistischen Industrieländern) eine Grundtendenz zu beobachten: Der Reproduktionsbereich gewinnt im Arbeiterleben und im Arbeiterbewußtsein an Gewicht – ohne daß bis heute objektiv wie subjektiv die vorrangige Bedeutung der betrieblichen Lohnarbeit für die Qualität des Arbeiterlebens aufgehoben wäre.<sup>9</sup>

Mit der Veränderung elementarer Lebensbedingungen ist eine weitere Grundtendenz verbunden: Es sinkt der Anteil der unausweichlich vorgegebenen Beziehungen der Proletarier zu ihren Klassengenossen (in Zeitumfang und Stellenwert), damit das Maß des gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins, damit auch die Möglichkeit zu sozialer Kontrolle und zu Sanktionen des Kollektivs gegenüber dem einzelnen, um seine praktische Eingliederung in den Klassenzusammenhang zu festigen. So verlieren das räumliche Beieinandersein und auch gemeinsame Tätigkeiten im Reproduktionsbereich an integrierender, zusammenschließender Kraft – es gibt Ausweichmöglichkeiten. Anteil und Bedeutung relativ frei wählbarer Beziehungen und Lebenstätigkeiten außerhalb des Klassenzusammenhangs wachsen.

Hier setzen Gedanken von *Ulrich Beck* über „gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten“ an. Seine Hauptthese ist, daß Klassenlagen, Klassengemeinsamkeiten und damit verbundene kollektive Orientierungen für die abhängig Beschäftigten bei der Führung ihres Lebens und der Entwicklung ihrer sozialen Identität, bei ihrer gesellschaftlichen Ortsbestimmung entscheidend an Bedeutung verloren hätten. „Ohne den ... Fortbestand ständisch subkultureller Identitäten oder wenigstens Reminiszenzen verblaßt die Realität von Klassen zu letztlich nominellen, statistischen Gruppierungen und Kategorisierungen *ohne alltagsweltliche Evidenz* (oder marxistisch, zu einer bloßen im Kapitalismus immer bestehenden apriorischen Möglichkeit).“ *Beck* kommt zum Ergebnis, daß „die

<sup>9</sup> Das folgt im wesentlichen daraus, daß Einkommen und Gesundheitszustand grundlegende Voraussetzungen für Freizeitaktivitäten sind, und beinhaltet zugleich einen großen Spielraum für Unterschiede und Wandlungen in der subjektiven Auffassung des Verhältnisses von Arbeit und Freizeit.

lebensweltliche Identität sozialer Klassen wegschmilzt“, die „existenziell subkulturelle Wirklichkeits- und Erfahrungsbasis von Klassen zerrinnt“.<sup>10</sup>

Der sozialgeschichtlich umwälzende Wandel der Lebensbedingungen seit 1950 habe „Prozesse einer *Diversifizierung* und *Individualisierung* von Lebenswegen und Lebenslagen ausgelöst“<sup>11</sup> mit dem Ergebnis eines „Individualisierungsschubs“, durch den „die Menschen in einem historischen Kontinuitätsbruch aus traditionellen Bindungen und Versorgungsbezügen herausgelöst und auf sich selbst und ihr individuelles ‚(Arbeitsmarkt-)Schicksal‘ mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen wurden“.<sup>12</sup> Hauptursachen seien die Hebung des Konsum- und Bildungsstandards, geographische und soziale Mobilität mit der Folge des Verlusts traditioneller sozialer Beziehungen, der Abbau von Lebensrisiken durch den Sozialstaat, neue klassen- und gruppeninterne Differenzierungen, eine stärker und früher (im Bildungsbereich schon) einsetzende Konkurrenz, die Bildung sozial gemischter Wohnviertel, mit zunehmender Freizeit wachsende Entfaltungschancen sowie die Auflösung selbstverständlicher Klassenkultur.<sup>13</sup>

Beck analysiert „Individualisierung“ als widersprüchlichen Vergesellschaftungsprozeß, der „in eine *kollektiv individualisierte Existenzweise*“ führe. Die soziale Ausdehnung von Lohnarbeit bewirke durchaus eine Angleichung von Lebenslagen und Erfahrungen eines Kollektivschicksals; deren konkrete Erscheinungsformen verhinderten aber, daß ihr Klasseninhalt ohne weiteres bewußt werde. Doch sei unter bestimmten Bedingungen möglich, daß mit der Zuspitzung sozialer Widersprüche „die Isolation der gegeneinander verselbständigten Privathaushalte überwunden wird und neue, *nichttraditionale*, sehr unterschiedliche Einkommens- und Qualifikationsstufen übergreifende ‚Klassenlagen‘ sichtbar gemacht und entsprechende Solidaritäten gezielt hergestellt werden.“<sup>14</sup> Ob und wie es dazu komme, sei offen; auf jeden Fall gehöre zu einem solchen Evolutionsprozeß, „daß gerade dort, wo er offen politisch wird, der Bezug zum Privaten, zum eigentlichen Leben und Erleben immer treibend und bindend bleibt.“<sup>15</sup> Damit stünden wir vielleicht am „Anfang einer neuen Form der ‚Klassenbildung‘“,<sup>16</sup> gekennzeichnet durch weitgehend bewußt und organisiert herzustellende „Klassensolidaritäten“.

Beck trifft etwas Richtiges, wenn er *Marx* als „einen der entschiedensten

10 Beck, a.a.O., S. 53. Beck geht hier von einem statischen Klassenbegriff aus und berücksichtigt nicht, daß mit Klassen Interessen und damit notwendige Handlungsorientierungen, Handlungsanforderungen gesetzt sind. Sie vermitteln die Klassenlage unvermeidlich ins Handeln und so auch ins Bewußtsein der Klassenindividuen hinein – in dem oder jenem Maße, gegen notwendige Widerstände, aber doch in solcher Weise, daß die marxistische Klassenauffassung nicht nur eine denkbare, abstrakte Potenz, sondern stets auch real-empirisch Wirkendes widerspiegelt.

11 Ebd., S. 36.

12 Ebd., S. 41.

13 Ebd., S. 38–40; vgl. auch Daten und Argumente bei Josef Mooser, Auflösung der proletarischen Milieus, in: Soziale Welt 3/1983.

14 Beck, a.a.O., S. 42.

15 Ebd., S. 42f.

16 Ebd., S. 63.

„Individualisierungstheoretiker“<sup>17</sup> charakterisiert; er geht fehl mit seiner Behauptung, Marx habe diesen Gedankengang frühzeitig abgebrochen.<sup>17</sup> Die genannten Entwicklungen sind Ausdruck des großen zivilisierenden Einflusses des Kapitalismus,<sup>18</sup> der den doppelt freien Lohnarbeiter als auf sich selbst verwiesenes Individuum setzt und mit der notwendigen Vergesellschaftung seiner Reproduktion auch den Horizont der individuell erreichbaren Güter, Tätigkeiten, Genüsse und Entfaltungsmöglichkeiten kontinuierlich ausdehnt; so verbindet sich das Einschmelzen neuer Gruppen in proletarische Abhängigkeit mit neuen Differenzierungen der für den einzelnen erreichbaren Ziele und Formen seines „privaten“ Lebens. Mit der kapitalistischen Entwicklung bilden und erweitern sich die Elemente reicher Individualität im Leben der Lohnarbeiter, in Produktion wie Reproduktion. Dazu gehört auch die Entfaltung von persönlichen Lebensansprüchen und individuellem Selbstbewußtsein.

Diese Grundtendenz der Entwicklung von Persönlichkeit in der Arbeiterklasse stellt noch *keine Individualisierungstendenz* im Sinne *Becks* dar: Mit ihr tritt nicht notwendig „für das Handeln der Menschen, für ihre Lebensführung die Bindung an eine soziale Klasse ... in den Hintergrund.“<sup>19</sup> Zur Beleuchtung dieser Fragen wollen wir einigen Beziehungen zwischen Lebensweise im Reproduktionsbereich und historischen Phasen der Klassenbildung nachgehen.

## 2.2 Entwicklungsphasen der Beziehungen zwischen sozialem Klassenzusammenhang, Klassenorganisation und Klassenbildung

Sozialhistorische Untersuchungen stimmen überein darin, daß die innere Struktur der deutschen Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg, also zur Hoch-Zeit der Sozialdemokratie, weitgehend durch Inhomogenität geprägt war. Nur in einem Kernbereich der Klasse, unter der städtischen industriellen Arbeiterschaft und ihren Familien, hat sich bis dahin ein Typ des Arbeiterlebens herausgebildet, der politisches Klassenbewußtsein als Sozialdemokrat verband mit gewerkschaftlicher Organisation, mit Bindung an proletarische Freizeitorganisationen und mit der Verankerung in einem alltäglichen Sozialmilieu, das durch übereinstimmende Definition der Lage der Arbeiter in der

17 Ebd., S. 47. Vor allem in der marxistischen Kulturtheorie und Kulturgeschichtsschreibung der Arbeiterklasse ist dieser Ansatz entfaltet worden; vgl. Renate Karolewski, Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Kultur, in: „Kultur der Arbeiterklasse“, Marxismus Digest 31, hrg. v. IMSF, Frankfurt/M. 1977; Autorenkollektiv der Arbeitsgruppe Kulturtheorie (Leitung: Dietrich Mühlberg), Der Beitrag von Marx und Engels zur wissenschaftlichen Kulturauffassung der Arbeiterklasse, Manuskriptdruck Berlin (DDR) 1980; Kaspar Maase, „Entwickeln von power“. Zur wissenschaftlichen Kulturauffassung der Arbeiterklasse im Werk von Karl Marx, in: „... einen großen Hebel der Geschichte“, Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband I, Frankfurt/M. 1982; Thomas Metscher, Kunst-Kultur-Humanität, Bd. I, Fischerhude 1982.

18 Vgl. Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 313.

19 Beck, a.a.O., S. 42.

kapitalistischen Gesellschaft, durch intensive und solidarisch orientierte Sozialkontakte gekennzeichnet war.<sup>20</sup>

Die entscheidende Frage ist nun, wie diese ausgesprochene Minderheit hegemonial für die gesamte Klasse wirken konnte. In unserem Zusammenhang ist dabei auf folgende Züge von Klassenlage und Erfahrung außerhalb des Betriebs hinzuweisen, die übereinstimmende Selbstdefinition und Solidarität förderten: gemeinsame Erfahrungen von Unsicherheit, Armut, Elend im Kontrast zur Lage herrschender Klassen; weitgehende soziale Ausgrenzung seitens der herrschenden Klassen und ihnen aggregierter Gruppen – im Feld von Bekanntschaft, Heirat, Vereinswesen wie durch die sozial-kulturelle Distanzierung vom „Pöbel“; Gemeinsamkeit der körperlichen Arbeit, um deren Werte und Symbole Selbstbehauptung und Selbstdefinition kristallisierten; vielfältige Bindungen an vorindustrielle, vorkapitalistische Lebensformen und Werte als Nährboden für Opposition zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihren Normen und fortschreitend für antikapitalistisch bestimmte Kultur der Arbeiterbewegung; unterschiedliche Formen der räumlichen Konzentration (und Abgrenzung) in Arbeiterdörfern, Werkskolonien, Arbeitervierteln, geprägt durch Aufeinanderangewiesensein, Hilfe und eine Kommunikation, die gemeinsame Welt- und Selbstbilder, Normen und Werte stabilisierte und durchsetzte.

Durch diese Grundgemeinsamkeiten von Lebensweise und sozialkultureller Ortsbestimmung zogen sich tiefgehende Fragmentierungen und divergierende Hegemoniebindungen: regionale Abgrenzungen und Konfliktlinien (Polen – Deutsche; Preußen – Nichtpreußen); religiöse Trennungslinien, die sich im Kulturkampf auf komplizierte Weise mit politischen verflochten; Differenzen in Herkunft und Traditionsbezügen, etwa zwischen bäuerlichem und kleinbürgerlichem Milieu und der „erblichen Arbeiterschaft“. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. In und durch alle diese Gruppierungen dominierte aber ein gemeinsamer Bestand an proletarischer Lebensweise und Selbstdefinition, und die konkreten Bedingungen des Aufeinanderangewiesenseins lieferten die Möglichkeiten, diese Dominanz gegen unvermeidliche Gegentendenzen aufrechtzuerhalten.

Die Erfahrungen der unmittelbaren Konfrontation mit Kapital und Staatsmacht im betrieblichen Alltag und Konflikt konnten in die Interpretation der Erfahrungen des Reproduktionsbereichs hineinverlängert werden; Kämpfe fanden hier ein Hinterland, und die Sozialdemokratie konnte sich auf ein vorgegebenes, naturwüchsiges Arbeiterselbstbewußtsein beziehen in ihrem erfolgreichen Bemühen, Segmentierungen und dem Klasseninteresse widersprechende politisch-soziale Bindungen abzubauen. In diesem Milieu konnte sie sich verankern und ausdehnen, hegemonial werden und abgestufte Bindungen an die Partei oder zumindest an Klassenbewegungen zum selbstverständlichen Moment der sozialen Reproduktion der Arbeiterklasse<sup>21</sup> machen. Eine

20 Vgl. die idealtypische Rekonstruktion in: Arbeiterleben um 1900, Berlin (DDR) 1983.

21 Zur näheren Begründung dieses Begriffs vgl. Josef Ehmer, Familie und Klasse, in: Michael Mitterauer, Reinhard Sieder (Hg.), Historische Familienforschung, Frankfurt/M. 1982, S. 302.

besondere Rolle spielten dabei die Facharbeiter, bei denen sich politische Kompetenz mit der Ausstrahlung einer relativ vielfältigen, selbstbewußten und daher erstrebenswerten Lebensweise verband; ihre Vorhutfunktion ist ohne diese sozial-kulturelle Attraktivität und Vorbildwirkung nicht zu erklären.

Wichtig ist, daß die skizzierte Konstellation nicht allein aus inneren Strukturen des Klassenzusammenhangs hervorging, sondern daß alle Formen der Ausgrenzung und Unterdrückung durch die herrschende Klasse und ihren Staat zu ihrer Konstituierung beitrugen. Noch wichtiger ist das Einsetzen von Anpassungs- und Wandlungsprozessen, mit denen die Klassenhegemonie unter veränderten Bedingungen aufrechterhalten werden konnte. Als ein wesentliches Mittel erwiesen sich dabei die proletarischen Kultur- und Vorfeldorganisationen. Neben der materiell-sozialen Selbsthilfe im Genossenschaftswesen schufen sie die Möglichkeit, gewachsenen Bedürfnissen und Möglichkeiten individueller Persönlichkeitsentfaltung *im sozialen und politisch-ideologischen Klassenzusammenhang* nachzugehen – und zwar zunächst spontan, gegen Absichten und Erklärungen von SPD und Gewerkschaften.

Dieses Organisationsnetz, begonnen schon mit den Tarnvereinigungen unter dem Sozialistengesetz, entfaltete sich zur größten Blüte in der Weimarer Republik. Auch hier blieb es – bezogen auf die Gesamtheit der Klasse – minoritär, wirkte aber doch als wesentliches Moment der Reproduktion der Hegemonie der beiden Arbeiterparteien in der Klasse.

Das Selbstverständnis der Arbeiter blieb fundiert in Alltagserfahrungen des Ausgegrenztseins aus der bürgerlichen Gesellschaft in Wohnen, Kleidung, Konsum, Sprache, sozialem Kontakt; begrenzte Bereiche partieller Integration wie das Vereinswesen oder die Chance, im Sonntagsstaat und bei Sonntagsvergnügungen den eigenen sozialen Status in den Hintergrund treten zu lassen, bewirkten kaum Bindungen an die bestehende Ordnung.

Bis zur Machtübertragung an den Faschismus lag die Hegemonie in der Arbeiterklasse bei den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung; ein einheitliches Vorgehen von SPD und KPD hätte dem noch außerordentliche Impulse verliehen. Demgegenüber ist es eine so verbreitete wie fragwürdige Herangehensweise, aus der Sicht der Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung zu behaupten, mit den Bindungen zwischen Arbeiterbewegung und ihrem soziokulturellen Hinterland sei es ohnehin unrettbar bergab gegangen. Der Faschismus vollstreckt dann nur auf gewalttätige Weise ein Urteil der Geschichte. Damit wird übersehen oder unterschlagen, daß das Verhältnis von Lebensweise und Klassenbildung eben nicht nur naturwüchsig sich in einer Richtung (von „unten“ nach „oben“) entwickelt; das anhaltende Bemühen der Organisationen um Aufbau und Erhaltung ihrer Hegemonie unter sich wandelnden Bedingungen der Klassenbildung ist untrennbares und historisch entscheidendes Element in dieser Wechselbeziehung.

Die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, die Vernichtung von Klassenöffentlichkeit, die teilweise administrativ vollzogene Errichtung bürgerlicher Führung durch Zusammenlegung von Vereinen etc. nahmen dem subjektiven Faktor praktisch jede Gelegenheit, auf Wandlungen der Bedingungen zur Klassenbildung aktiv zu reagieren. Vielleicht kann man die These aufstel-

len, daß der Faschismus die Bindungslinien zwischen proletarischem Milieu und Klassenorientierungen jeder formellen Stütze beraubte, ihre kollektive Artikulation und Erfahrbarkeit allenfalls auf bestimmte Momente des Protests und nicht vollzogener Anpassung (Verweigerung des Hitler-Grußes, Arbeitszurückhaltung) reduzierte und als einzigen institutionellen Rückhalt und Mechanismus ihrer Reproduktion die Arbeiterfamilie übrigließ. Zugleich wurde auch diese Bastion des Klassenzusammenhangs vom Faschismus systematisch unter Druck gesetzt und geschwächt.

Im Anschluß an *Kuczynskis* Überlegungen zur Rolle der „erblichen Proletarierfamilie“ hat vor allem *Zwahr* die Bedeutung proletarischer Familienbeziehungen für die soziale Konstituierung eines stabilen, konsistenten Proletariats herausgearbeitet.<sup>22</sup> Weit über die Entstehung der Klasse hinaus weist seine Feststellung: Die Arbeiterfamilien „bewahrten proletarische Traditionen, Klassenbewußtsein und Klassenkampf Erfahrungen selbst über Reaktionsperioden hinweg.“<sup>23</sup> Dies war sicher einer der Gründe, warum die Faschisten solchen Wert auf die Ablösung von Kindern und Jugendlichen von ihrem Elternhaus legten – organisatorisch durch HJ, BDM, Arbeitsdienst und Pflichtjahr für Mädchen, ideologisch durch eine spezifische Aufwertung der „Jugend“ gegenüber dem „Alter“. Dies hat zweifellos mit dazu beigetragen, daß nach dem Krieg die Rolle der Familie für die Reproduktion von Bindungen zwischen sozialkulturellem Milieu und Klassenbewegung deutlich und anhaltend gesunken ist.<sup>24</sup>

Die Individualisierungstendenzen in der Lebensweise verdichteten sich in den fünfziger und sechziger Jahren zu einem qualitativen Schub;<sup>25</sup> dies schuf gute Voraussetzungen für die gegen alle Entwicklungen zur Klassenformierung gerichtete soziale Strategie des Kapitals. Wer der Verbindung von Individualisierung und Integration<sup>26</sup> unaufhaltsame soziale Naturgewalt zuschreibt, übersieht ein entscheidendes Moment: In der Bundesrepublik konnten Dämme ehemals selbstverständlicher Klassenidentität weggespült werden, weil *reale soziale Entwicklungen ideologisch verdoppelt und verstärkt* wurden. Die bürgerlichen ideologischen Apparate verbreiteten entsprechend ihrem Inter-

22 *Zwahr*, a.a.O., S. 116 ff.; vgl. auch die eindrucksvolle Studie von *Ehmer* (Anm. 21).

23 *Zwahr*, a.a.O., S. 120.

24 Selbstverständlich sind hier auch Entwicklungen wie die Veränderung der Heirats- und Sozialbeziehungen in der Arbeiterschaft, ihre Öffnung zu anderen sozialen Gruppen hin, in Rechnung zu stellen. Die Bedeutung der Familie etwa für die Entstehung gewerkschaftlicher Orientierungen ist jedoch auch heute noch deutlich; vgl. die Angaben in: *Jugendliche in der DKP, IMSF-Informationsbericht 34*, Frankfurt/M. 1982, S. 23 ff.

25 Vgl. *Kaspar Maase*, *Freizeit*, in: *Wolfgang Benz* (Hrg.), *Die Bundesrepublik Deutschland – Geschichte in drei Bänden*, Bd. 2: *Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1983.

26 Vgl. *Beck*, a.a.O., S. 52; hier wird eine in der Begriffswahl liegende Problematik deutlich: die Gefahr oder Verlockung, Tendenzen in Lebensweise und Persönlichkeitsentwicklung bruchlos auf die Ebene zu verlängern, auf der über kollektives (letztlich politisches) Engagement und die individuelle Beteiligung hieran entschieden wird. *Beck* hält diese Momente streckenweise auseinander, reflektiert jedoch nie die systematische Qualität einer solchen Unterscheidung; er kann damit soziale Bewegungen nur als Reflex und Ausdruck von Basisprozessen, aber nicht als selbständige, aktive historische Subjekte erfassen, die genau auf den von ihm nivellierten Übergang einwirken.

esse überall die „Auflösung der Klassengesellschaft“; die dominierende Strömung der Sozialdemokratie und der integrationistische Gewerkschaftsflügel machten ebenfalls den Mythos von der Naturgewalt der Erosionsprozesse zur Grundlage ihrer Politik und verbreiteten systematisch sozialpartnerschaftliche und volksparteiliche „Arbeitnehmer“orientierungen. Diese in der Arbeiterklasse verankerten Kräfte unternahmen keine Analyse der Veränderungen im Klassenzusammenhang mit dem Ziel einer Strategie, die einen neuen Typ von Klassenbildung und Klassenpolitik ermöglicht hätte – sie wurden aktiv zur Beseitigung von Klassenorientierungen und ersetzten sie durch das Selbstbild vom arbeitnehmenden Staatsbürger in der pluralistischen Demokratie.<sup>27</sup>

Das aktive Eingreifen auf Integration zielender Kräfte in den sozialen Klassenzusammenhang (Eigenheimförderung) wie vor allem in die ideologisch-politischen Klassenbildungsprozesse hat also ganz entscheidend beigetragen zum heutigen Zustand weitgehenden Verlustes sozialer Klassenidentität und politischen Klassenbewußtseins in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, zum bewußten Sichabgrenzen vieler Lohnarbeiter von der Arbeiterbewegung und ihrer historischen Rolle. Diese Überlegungen sollen nicht die umwälzende Veränderung des Klassenzusammenhangs wegreden, die sich in der Bundesrepublik vollzogen hat; wir plädieren damit für eine Betrachtung ohne kurzschließende Automatismen und unter systematischer Einbeziehung der subjektiven Faktoren.

### **3. Individualisierung und sozialer Klassenzusammenhang heute**

Immer weniger sind Lohnarbeiter für die Lebenssicherung im Alltag aufeinander angewiesen; es erweitert sich das Spektrum von Auswahl-Entscheidungen, die sie im Lauf ihres Lebens treffen müssen und die ihren weiteren Werdegang beeinflussen; mit wachsenden Kenntnissen, Fähigkeiten und sozialen Erfahrungen nimmt auch subjektiv das Wissen um Alternativen der Lebensgestaltung und um die eigene Verantwortung hierfür zu (Schulwahl, Berufswahl, Wahl bzw. Wechsel des Arbeitsplatzes, Weiterbildung, Wahl von Ehepartnern aus unterschiedlichen sozialen Kreisen, Wahl von Bekanntschaft, Verein, Wohngebiet etc.). Damit sind noch einmal Momente des Individualisierungsprozesses benannt, der die gesamte Arbeiterklasse erfaßt. Räumlich lockern sich die Bindungen zwischen Großbetrieben und den Wohngebieten der dort Beschäftigten – auch damit fällt ein Moment vorgegebener Gemeinsamkeit der (Belegschaft als Teil der) Klasse weg. Sozialräumlicher Klassenzusammenhang verliert an Dichte und an verpflichtender Kraft für die soziale Selbstidentifikation. In den alltäglichen Perioden zwischen zugespitzten, breit mobilisierenden Abschnitten der Klassenkämpfe und der Klassenbewegung wächst für die einzelnen Lohnarbeiter die Bedeutung bewußt zu schaffender und aufzusuchender Sozialbeziehungen und Öffentlichkeiten, die als Orte der

27 Vgl. Wadim P. Jerusalimskij, *Proletarische Psyche, Theorie und Methode VII*, hrsg. vom IMSF, Frankfurt/M. 1984.



Selbstverständigung und des Rückhalts, als Kristallisationskerne zur Umsetzung kritischer Impulse in den Klassenbildungsprozeß eingehen.

Wir wollen im nächsten Schritt einige allgemeine Aspekte des Klassenzusammenhangs ansprechen, um im abschließenden Kapitel 4 dann zentral die Frage der Klassenbildung im Reproduktionsbereich zu diskutieren. Von den vielen Seiten des Gegenstands wird die Frage nach Öffentlichkeiten und Kristallisationskernen in den Vordergrund gestellt.

### 3.1 Nachbarschaft, Familie, Bekanntschaft

Entgegen vielen Vermutungen<sup>28</sup> ist als Ausgangspunkt festzustellen: In der Bevölkerung überwiegen nicht Tendenzen zunehmender Isolation, des Gegen-einanderabschottens von Familie und Individuen – vielmehr artikuliert und realisiert sich ein wachsendes Bedürfnis nach Kommunikation, Geselligkeit, Kontakt über Familiengrenzen hinaus.<sup>29</sup> Die folgende Tabelle deutet dies im Vergleich über 26 Jahre an.

*Tabelle:* Nachbarschaftsbeziehungen 1953/1979

	1953 %	1979 %
Unterhalte mich mit ihnen	51	74
Annahme von Nachrichten für Nachbarn, wenn sie gerade nicht zu Hause sind	42	60
Gratulationen bei Geburtstag, Namenstag, Kommunion, Konfirmation in Nachbarsfamilien	44	55
Teilnahme an Begräbnissen von Nachbarn	55	55
Nachbarn zu sich einladen	14	35
Ausleihen oder Borgen von irgendwelchen Gegenständen	22	29
Einkäufe für Nachbarn mit erledigen	22	25
Auf die Kinder von Nachbarn aufpassen	13	19
Tun uns zusammen, um etwas gemeinsam durchzusetzen	10	14
Gemeinsamer Kirchgang	12	8
Nichts davon, andere und keine Antwort	24	10
	309	384

Quelle: Aus Institut für Demoskopie Allensbach, Eine Generation später, Allensbach 1981, Tab. 34.

Wie funktioniert heute Nachbarschaft? Ohne Zweifel hat sich mit der Verbesserung von Lebensbedingungen und sozialer Sicherheit ihre Substanz ge-

<sup>28</sup> Vgl. etwa Beck, a.a.O., S. 42, 54.

<sup>29</sup> Die Grundlage der folgenden, notwendig knappen Ausführungen bilden Daten und Argumentationen der Studie „Lebensweise der Lohnarbeiter...“ (Anm. 7).

wandelt; an die Stelle der für alle Arbeiter gleichen existentiellen Probleme und des daraus folgenden Aufeinanderangewiesenseins, der Offenheit (was gab es zu verbergen; was konnte, was wollte man verbergen?) und der selbstverständlichen Solidarität, aus der man nicht hätte ausscheren können, ist heute in großem Maße die individuelle Wahl von Partnern und Intensität sozialer Beziehungen getreten.

Die sichtbar werdende Neigung zu Kontakten und Geselligkeit ist einzuordnen ins gesamte Netz der Kommunikationsbeziehungen im Reproduktionsbereich. Beziehungen zu Bekannten und Freunden sind in der Arbeiterklasse die Regel, nur eine Minderheit (v.a. aus dem Kreis der Älteren und Pensionierten) ist isoliert. Für gegenseitigen Besuch und die damit verbundenen Gespräche, für gemeinsame Unternehmungen außerhalb der Wohnung spielen die Verwandten bei den Arbeitern eine relativ größere Rolle als bei den anderen Gruppen der Arbeiterklasse, allerdings mit der Tendenz sinkender Enge und Verbindlichkeit. Die Arbeiterklassenfamilie hat als Institution sozialer und ideologischer Kontrolle mit der materiellen Sicherung und Verselbständigung ihrer Mitglieder (vom Schüler-Stipendium bis zur Altersrente) weiter an Kraft verloren; trotz Gegentendenzen, die aus dem Sozialabbau resultieren, setzt sich dieser Prozeß etwa mit der Frauenemanzipation bis in den Kern der Gattenfamilie hinein fort.

Dies ist eine reale Individualisierungstendenz. Die Auflösung von Abhängigkeits- und Kontrollmomenten des Familienzusammenhangs in der Arbeiterklasse<sup>30</sup> kann heute nicht ernsthafterweise primär unter dem Gesichtspunkt der Erosion des Klassenzusammenhangs diskutiert werden. In der überwiegenden Mehrzahl der Familien fungierten im letzten Vierteljahrhundert die Eltern als verlängerter Arm der herrschenden ideologischen Apparate. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Tendenz zu stärker individualisierter Gestaltung familiärer Beziehungen insgesamt den Wünschen der Menschen entspricht.

Die Bekannten, mit denen man sich wechselseitig Besuche abstattet, gehören zum größeren Teil der eigenen sozialen Schicht an: Arbeiter verkehren überwiegend mit Arbeitern, Angestellte mit Angestellten (bei einer Tendenz zur Bekanntschaft mit „höheren“ Schichten) usw. Die historische Tendenz ist jedoch eindeutig die zu einer Ausweitung des sozialen Spektrums der Bekanntschaftsbeziehungen in der Richtung, daß sie stärker die ganze Breite und Vielfalt der modernen Arbeiterklasse widerspiegeln; Mobilitätsprozesse und Ausweitung der Heiratsbeziehungen tragen dazu bei.

Allgemein herrscht im Reproduktionsbereich eine starke Neigung zu Distanzierung und Flucht vom Arbeitsalltag; sie erfaßt auch die – durchaus verbreiteten – Kontakte zu Kollegen. 1973 gaben bei einer Repräsentativbefragung in Bremen 41 Prozent der gehobenen Angestellten und Beamten, 45 Pro-

30 Hier kommt nun wirklich der schon von Engels entwickelte Gesichtspunkt zum Tragen, daß die Weitergabe von Besitz für die proletarische Familie ungleich weniger bedeutsam und strukturbildend ist als für die bürgerliche; vgl. Friedrich Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, MEW 21, S. 73 ff.

zent der übrigen Angestellten und Beamten, 46 Prozent der Facharbeiter und 50 Prozent der un- und angelernten Arbeiter an, sie hätten privaten Kontakt zu Arbeitskollegen.<sup>31</sup> Solche Kollegenbeziehungen können eine Möglichkeit bilden, Klassenerfahrungen und Solidaritätsansprüche aus dem Betrieb in den Reproduktionsbereich zu tragen; sie können betrieblichen Zusammenhalt gerade in Kampfsituationen durch Netze außerbetrieblicher Freundschaften stärken. In diesem Zusammenhang ist die Verallgemeinerung der Lohnarbeit unter den Frauen der Arbeiterklasse eine bedeutsame Veränderung. Bekanntschaft kommt stärker aus dem Kreis der Arbeitskolleginnen, und auch unter Nachbarinnen wird Lohnarbeit zu einem gemeinsamen Bezugspunkt. Das Aufbrechen von Kommunikationskreisen der Hausfrauen, die um Hausarbeit, Kinder und Konsum zentriert sind, kann der Klassenbildung förderlich sein.

Heute dürften jedoch auch Kollegenbeziehungen im Reproduktionsbereich – direkt oder über Vereine vermittelt<sup>32</sup> – weitgehend bürgerlicher Hegemonie unterliegen: durch eine Kombination von Entpolitisierung (Heraushalten kontroverser Themen) und darauf gegründeter konservativer Fixierung des Status quo.<sup>33</sup>

In Nachbarschaft und Wohnbeziehungen der Lohnarbeiter hat ein tiefer und nicht mehr rückgängig zu machender Bruch stattgefunden gegenüber den Mustern proletarischer Nachbarschaft aus der Weimarer Zeit. Zu Hochburgen der Arbeiterbewegung wurden solche Quartiere auch damals nicht aus sich heraus, *als Folge* besonderer Nachbarschaftsqualitäten; vielmehr konnte sich die national konstituierte und einflußreiche Arbeiterbewegung in diesen Lebenszusammenhängen fest verankern, ihre Verstärkungs- und Stabilisierungsfunktion nutzen und zugleich – sozusagen von außen – die politischen Orientierungen interessenbewußten Handelns hineinvermitteln.

Damals wie heute ist Nachbarschaft letztlich ein zweitrangiger Faktor für die *Herausbildung* von Klassenöffentlichkeit. Wo Erfahrungen und Handlungsnotwendigkeiten die Lohnarbeiter als Belegschaft, Mieter, Anwohner oder Umweltnutzer zu Kommunikation drängen, da wird sie auch im Rahmen und in den Formen der heute vorherrschenden Nachbarschaftsbeziehungen sich entfalten. Mieterproteste und Quartiersinitiativen geben dafür immer wieder Anschauungsunterricht.

Als eine Art relativ bewußt gehandhabter Schleuse zwischen persönlich-familiärer Privatheit und gesellschaftlich-politischer Öffentlichkeit scheinen

31: G. Christiansen, K. D. Lehmann, Chancengleichheit in der Freizeit, Stuttgart, Berlin (West), Köln, Mainz 1976, S. 61.

32: In Freizeitvereinen organisiert sind ein gutes Viertel der an- und ungelerten Arbeiter, über 40 Prozent der Facharbeiter, ein leicht geringerer Anteil der einfachen und mittleren Angestellten und Beamten sowie über 50 Prozent der gehobenen Angestellten und Beamten (nach Christiansen/Lehmann, a.a.O., S. 99). Für die Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts haben Sportvereine bei weitem die größte Bedeutung. Was deren soziale Zusammensetzung betrifft, so finden wir ein weites Spektrum in allen Abschattierungen zwischen dem reinen Arbeiterverein und dem Reservat bourgeoiser lokaler Oberschichten.

33: Zur bürgerlichen Hegemonie mit Hilfe harmonisierender Vereinsideologie vgl. Friedhelm Kröll, Stefan Bartjes, Rudi Wiengarn, Vereine, IMSF-Informationsbericht 36, Frankfurt/M. 1982, S. 58 ff.

Nachbarschaftsbeziehungen in erster Linie von außen kommende Tendenzen der Meinungsbildung zu vermitteln und zu verstärken; erzeugt und verändert werden sie primär andernorts. Immerhin ist festzuhalten: Die Entwicklung zu unverbändlicheren, weniger konkurrenzbelasteten und gleichzeitig ausgedehnteren, kontinuierlichen Nachbarschaftsbeziehungen wird von der großen Mehrheit der Lohnarbeiter getragen; das Netz ihres außerbetrieblichen Zusammenhangs ist keineswegs gerissen. Der entscheidende historische Bruch liegt darin, daß mobilisierende und vereinheitlichende Impulse, das Aufgreifen von Interessen und die Solidarisierung zu ihrer Vertretung bis 1933 im Arbeiterviertel einen positiven Widerhall in der vorherrschenden proletarischen Selbstidentifikation und den Normen gegenseitiger Hilfe fanden – heute jedoch müssen schon Konfliktbereitschaft und selbsttätiges Handeln, gar nicht zu reden von klassenmäßigen Interpretationen und Orientierungen *gegen* die vorherrschenden Normen und Werte der Nachbarschafts-Öffentlichkeit durchgesetzt werden.

Das schließt nicht aus, daß bei lokalen bzw. in besonderer Weise als lokal erfahrenen Konflikten sich hier ein aktives Hinterland der Solidarität herausbildet, deutet aber schon auf einige Widersprüche hin. An derartigen Bewegungen (wie z. B. in Speyer 1976/77 gegen die Schließung des VFW/Fokker-Werks,<sup>34</sup> in der Region Frankfurt im Protest gegen die neue Startbahn West,<sup>35</sup> für die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Bau eines neuen Stahlwerks in Dortmund,<sup>36</sup> anlässlich der HDW-Besetzung in Hamburg) scheint zweierlei hervorzuheben: Es bildeten sich jeweils über die gewerkschaftlichen und parteipolitischen Aktivitäten hinaus Initiativen, die die Probleme aufgriffen, betrieblich entstandene Forderungen weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus in einem begrenzten lokalen Milieu mehrheitsfähig machten (interessanterweise spielten in Speyer, in Dortmund und Hamburg Aktivitäten von Frauengruppen eine vorantreibende Rolle) und so die Voraussetzungen für ein Engagement auch lokaler Vereine, Kulturgruppen, Nachbarschafts- und Bekanntschaftszirkel schufen.

Ein weiteres Merkmal ist die schichten- und klassenübergreifende Breite des Protests mit der darin inbegriffenen Tendenz, auch hier eine bürgerlich-sozialpartnerschaftliche Hegemonie zu errichten, Klassen- und Systemfragen nach dem bewährten Muster der entpolitisierten Öffentlichkeiten herauszuhalten. Die Einbeziehung solcher Milieus in soziale Bewegungen ist also gerade unter dem Gesichtspunkt der Klassenbildung ein höchst widersprüchlicher Prozeß: Gemeinsamkeiten in Lage und Interessen werden zunächst als klassenübergreifende Betroffenheit erfahren oder verallgemeinert – und solche hemmenden Interpretationsmuster scheinen gerade durch die sozialen Ab-

34 Vgl. Das hat der Dom noch nicht gesehen! Ganz Speyer wehrt sich gegen den VFW-Konzern, hrsg. vom DKP-Kreisvorstand Speyer, o.O., o.J.

35 Vgl. Keine Startbahn West! Protestbewegung in einem überlasteten Ballungsraum. Eine Untersuchung des IMSF, Frankfurt/M. 1981, v.a. S. 176 ff.

36 Vgl. Hermann Bömer, Berthold Goergens, Gert Hautsch, Bernd Semmler, Neue Beweglichkeit – neue Impulse? Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF, Bd. 11, Frankfurt/M. 1982, S. 32 ff.

hängigkeits- und Kontrollmechanismen in Nachbarschaft, Verein, Kirchengemeinde etc. verfestigt und gesichert.

### 3.2 Oppositionelle Kristallisationskerne

Mit der Auflösung der relativ naturwüchsigen Klassen-Orientierung der Arbeiterwohngebiete gewannen für die Verarbeitung von sozialen und politischen Erfahrungen aus allen Lebensbereichen, auch aus dem Betrieb, für die soziale Selbstverortung und Verankerung, Abstützung der eigenen Praxis zwei Bezüge an Bedeutung: die Massenmedien und großen ideologischen Apparate – und selbstgewählte Partner, Gruppen, Öffentlichkeiten und Kristallisationskerne, die nicht mit der vorgefundenen sozialen Umgebung von Familie und Nachbarn zusammenfallen.

Die letztgenannte Tendenz verflucht sich auf komplizierte und widersprüchliche Weise mit der Integration in die soziale Umwelt und der Anpassung an herrschende Normen und Verhaltensmuster.<sup>37</sup> Empirisch schlägt sich das in verschiedenen Formen nieder. Der Ort intensiver Diskussion, in der Erfahrungen und Erkenntnisse sozialer Konflikte und Bewegungen verallgemeinert werden, sind vor allem unter dem Gesichtspunkt der Homogenität von Anschauungen und Lebensstil gesuchte Kreise von Freunden, die aus den Nachbarn, Bekannten und Arbeitskollegen ausgewählt werden, z. T. auch Wohngemeinschaften, „Cliques“ u. ä. Solche Gruppen sind selbstverständlich nicht „ideologisch autonom“, sondern lehnen sich in der oder jener Weise an größere Öffentlichkeiten, lokale Kristallisationskerne oder formelle Organisationen an. Ihre wachsende Bedeutung ergibt sich aus den großen Konsequenzen für das persönliche Leben, die jede Wendung zu oppositioneller Haltung und Praxis heute verlangt; und sie folgt aus dem zunehmenden Anspruch auf Persönlichkeitsentfaltung, der biographische Entscheidungen und politisches Engagement auch von Lohnarbeitern bestimmt.

Solche Gruppen bilden offenbar *keinen Ersatz* für formelle Organisationen der Arbeiterbewegung wie Gewerkschaft, Partei, Jugendverband, Freizeitverein etc. Sie *ergänzen sie* in ihrer Wirkung und lokalen Verankerung auf unterschiedliche Weise und verbinden sie wieder mit anderen Kristallisationskernen höchst verschiedenen Charakters. Zu ihnen gehören die Öffentlichkeiten von Jugend-, Kommunikations- und Kulturzentren, Läden, Buchhandlungen,

37 Als Beispiel für die Einheit von Individualisierungs- und sozialen Abstützungsprozessen ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, was Thomas Schardt über Bildungsentscheidungen in gemischten Arbeiterklassenquartieren herausgefunden hat. Arbeiter, die ihre Kinder auf weiterführende Schulen schicken – entgegen den in ihrer Schicht dominierenden Haltungen – weisen Momente einer von den anderen Arbeitern unterschiedlichen Lebensweise auf, haben neben entwickelten Beziehungen zu Verwandten überdurchschnittlich starke Bekanntenkontakte – und zwar mit deutlicher Tendenz „nach oben“, zu Angestellten, Beamten, Selbständigen hin. Offenbar sucht man sich hier bewußt und aktiv sozialen Rückhalt für Züge der eigenen Lebensplanung und Lebensweise, die im nächstliegenden Sozialmilieu nicht geteilt werden (in: Ulfert Herlyn, Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/M., New York 1980, S. 208 ff.).

Klubs, Bildungszirkeln, Kneipen und Cafés, die mit oppositionellen Bewegungen verbunden sind, Kulturinitiativen und das ganze Spektrum jener lokal verankerten Initiativen und Aktivgruppen aus der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung. Hier ist ein ganzes Netz von Beziehungen entstanden, dessen einzelne Elemente in sozialer Basis und Interessenlage höchst unterschiedlich sind. Sein Zusammenhalt speist sich nicht aus Gemeinsamkeiten der sozialen Lage und ihrer Interpretation als Arbeiterschicksal, sondern eher aus sozial-kulturellen Bindungen einer oppositionellen Lebenshaltung und Lebensweise.

Solche Räume zur Herausbildung kritischer Öffentlichkeit stehen meist in Distanz zum herrschenden Klima – ideologisch wie sozial-kulturell – der Nachbarschafts- und Vereinsbeziehungen. Sie werden allerdings zum Teil der lokalen oder Quartiersöffentlichkeit, ziehen Interessierte an und strahlen mit ihren Aktivitäten auch auf Nachbarschaft und Wohngebiet aus – meist mit polarisierendem Effekt. Viele Konflikte um Jugendzentren belegen, daß vor allem die politischen Rechtskräfte sehr besorgt und oft mit harten administrativen Maßnahmen hiergegen vorgehen. Auch Zweigstellen städtischer Bibliotheken und Gesamtschulen in Vierteln mit Arbeiterklassenbewohnern haben z. T. eine solche Rolle gespielt – vor allem, wo sie als Ausgangspunkt für Initiativen und Aktivitäten genommen wurden und so kritische Kräfte aus der Vereinzelung heraus in unterstützende und orientierende Öffentlichkeit heranziehen konnten.

Umbrüche in der Klassenorientierung eher diffuser Öffentlichkeiten wie der Nachbarschaft oder formeller Organisationen wie der Vereine müssen offenbar gegen fest verankerte und institutionell abgesicherte bürgerliche Hegemonie durchgesetzt werden; Anstöße aus betrieblichen und sozialen Bewegungen sind dafür notwendig, setzen sich aber nur insoweit durch, wie sie von engagierten Kernen aufgegriffen werden. Die Beendigung des antipolitischen Harmoniekults, offene Konflikte und Polarisierungen scheinen hier unverzichtbar. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tendenz, *neue* Kristallisationspunkte und Neigungsgruppen zu schaffen und nicht auf eine Umorientierung in den äußerst trägen bestehenden Strukturen zu drängen. Die Gründung von Sportvereinen oder Chören, die sich auf Traditionen der Arbeiterbewegung und/oder auf die Ziele gegenwärtiger sozialer Bewegungen beziehen, dem Leistungsprinzip im Vereinswesen kritisch gegenüberstehen, sich grundlegend als kulturell-politische Gemeinschaften verstehen, ist eher Ausdruck der Schwäche, mit der solche Tendenzen nach Autonomie und Selbsttätigkeit drängen. Sie verweist zugleich auf die Möglichkeit, daß die Schaffung selbständiger Alternativen als Konkurrenz etwa im Vereinswesen ein Hebel für Umorientierungen im traditionellen Bereich werden kann.<sup>38</sup>

#### 4. Zwei Linien der Klassenbildung?

Im folgenden Abschnitt soll die Frage nach dem „Hinterland“ der betrieb-

38 Vgl. Kröll u. a., a.a.O., S. 25, 33, passim.

lich verankerten Arbeiterbewegung weiter verfolgt werden: Welche Konstellationen im Reproduktionsbereich bilden einen Resonanzraum für eine Verarbeitung betrieblicher und außerbetrieblicher Erfahrungen in Richtung klassenbewußter Selbstidentifikation und Praxis? Dabei kommt es uns nicht so sehr auf die Inhalte der Bewußtseins- und Lernprozesse und auch nicht auf die zentrale Rolle der politischen Organisationen der Arbeiterklasse an, sondern auf jene Momente alltäglichen Lebens- und Kommunikationszusammenhangs, die dafür unterschiedliche Voraussetzungen bilden.

Auch wenn unsere Frage sich auf die „Normalperioden“ ohne polarisierende soziale Auseinandersetzungen bezieht, so haben wir uns doch Klassenbildungsprozesse nicht „flächendeckend“ vorzustellen. Sie sind vielmehr am intensivsten und werden bewußt vorangetrieben in *Zentren*, in denen objektive Widerspruchs- und Konfliktkonstellationen zusammentreffen mit günstigen Formierungsbedingungen und subjektiven Faktoren (sozialen Gruppen, politischen Kräften), die Bewegungen initiieren und orientieren. Damit verbunden ist, daß in den unterschiedlichen Kampfzyklen der Arbeiterbewegung die Konstellation zwischen den verschiedenen Gruppen der Klasse sich ändert, teils neue Schichten in den Vordergrund treten und die Dynamik der Klassenbewegung beeinflussen.<sup>39</sup> Für heute heißt das, vor allem die Träger klassenautonomer Orientierungen in den alten wie den neuen Gruppen der Arbeiterklasse<sup>40</sup> genauer auf ihr „Hinterland“ hin zu betrachten.

Überlegungen zur Klassenbildung in unserem Sinn sind mit großen Unsicherheiten behaftet, da sie sich praktisch nicht auf systematisch empirisch abgesicherte Forschung stützen können; so ist im folgenden vieles eher als Frage zu verstehen.

#### 4.1 Individualisierungstendenzen und Klassenbildungsprozesse

Ohne Zweifel gibt es in der alltäglichen Lebensweise der verschiedenen Gruppen und Schichten der Arbeiterklasse heute noch eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten (in Sprache, Haltung, Werten, Ausdrucksformen), die spontan Orientierung ermöglichen, wer dazugehört und wer nicht. Trennlinien zwischen ungelernten und Facharbeitern, Arbeitern und Angestellten sind deutlich, aber weniger einschneidend als die Abgrenzungen zwischen Arbeiterklasse auf der einen, Bourgeoisie und selbständigen Mittelschichten auf der anderen Seite.<sup>41</sup> Das historisch Neue ist, daß die Erfahrung des Ausgegrenzt- und Ausgeschlosseneins abgemildert ist zur Normalität der großen Masse der „kleinen Leute“, die sich dabei durchaus besser als je zuvor einrichten

39 Vgl. Frank Deppe, *Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse*, Marburg 1981; *Der Betrieb...*, a.a.O., These 12.

40 Vgl. Witich Roßmann, *Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 5, 1982; *Arbeiterklasse – revolutionäres Subjekt historischer Veränderung in der Bundesrepublik*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 6, 1983, v. a. Thesen 4–6.

41 Vgl. Maase, *Lebensweise...*, a.a.O.



können und deren Zugehörigkeit zur anständigen Gesellschaft der Sozialpartner ihnen nicht mehr bestritten wird.

Zum Verlust der Klassenhegemonie im alltäglichen Lebenszusammenhang der Lohnarbeiter ist eine außerordentliche Dynamisierung der Lebensverhältnisse im Reproduktionsbereich hinzugetreten. Sie beinhaltet all das, was oben als Individualisierungstendenz dargestellt wurde, weiter seit der Mitte der sechziger Jahre den schnellen Umbruch von generationsprägenden Erfahrungen, Perspektivbildungen und Bewegungsangeboten.<sup>42</sup> Nimmt man noch hinzu, daß eine um regelmäßige betriebliche Lohnarbeit zentrierte Lebensperspektive in der Arbeiterklasse weniger häufig wird und daß gerade in den hierdurch getroffenen und verunsicherten Gruppen große Orientierungsbedürfnisse bestehen, so kann man zuspitzen: War früher das Hineinwachsen in die Arbeiterbewegung, die subjektive Aneignung des Klassenzusammenhangs, für den einzelnen ein vorwiegend naturwüchsiger Prozeß, der auf weitgehend geteilten Normen und Werten der alltäglichen Lebensweise aufbaute, meist durch die familiäre und betriebliche Sozialisation dann in eine der politischen Strömungen der Arbeiterbewegung hineinführte<sup>43</sup> und sehr stabile, durch soziale Förderung wie Kontrolle abgestützte Bindungen ausbildete – so sind Klassenbildungsprozesse heute gekennzeichnet durch die *Notwendigkeit bewußt vom einzelnen immer wieder zu leistender Einordnung* in Klassenzusammenhang und Klassenstrategien.

Drei Momente scheinen besonders hervorzuheben. Zum einen die – im historischen Vergleich – neue Qualität kontinuierlicher Informationsbeurteilung und Parteinahme; dafür können die Klassenorganisationen Argumente und Hilfe liefern, die individuelle Verarbeitung wird aber nicht durch einmal vollzogene Orientierungen und Bindungen überflüssig. Das macht nicht zuletzt die Allgegenwart der Massenmedien notwendig. Es hängt – zweitens – eng zusammen mit der Aufsplitterung der Erfahrungszugänge zu Konflikten mit Klasseninhalt und der so wachsenden Notwendigkeit zu aktiver geistiger Auseinandersetzung, Erkenntnis von Zusammenhängen, bewußter Vereinheitlichung und Zusammenführung von oberflächlich disparat erscheinenden Bewegungen und Interessen. Drittens bedeutet Individualisierung auch: subjektives Bestreben, Einmaligkeit und Besonderheit der eigenen Persönlichkeit zu entfalten, durch Rezeption und Selbsttätigkeit im Freizeit- und Kulturbereich an Substanz zu erweitern und in allen sozialen Beziehungen auch als besonderes und wertvolles Individuum geachtet zu werden.

42 Vgl. Jung, a.a.O., S. 62ff.

43 Daß Maß an Selbstverständlichkeit kommt in den Äußerungen von Sozialdemokraten über ihre politische Sozialisation im ersten Drittel des Jahrhunderts zum Ausdruck. So heißt es über die Reflexion politischen Engagements in der Familie: „Über Politik wurde nur manchmal diskutiert, aber das war an und für sich belanglos. Man wußte ja, wohin man gehörte.“ „Viel gesprochen hat mein Vater von Bebel. (...) Ich habe mich da nicht weiter drum gekümmert – ehrlich gesagt. Ich wußte, wozu ich gehörte, aber daß ich mich da nun extra drum gekümmert hätte? – Das habe ich nicht gemacht.“ (Stefan Bajohr, „Vater war immer ein linker Kumpel“. Braunschweiger Familien und Arbeiterbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Heiko Haumann (Hg.), Arbeiteralltag in Stadt und Land, Argument-Sonderband 94, Berlin (West) 1982, S. 124, 135.)

Die Wirklichkeit in den aktiveren und bewußteren Sektoren der Arbeiterbewegung zeigt, daß Individualisierung im Sinn dieses in sich widersprüchlichen Gesamtprozesses nicht notwendig zu privatisierender Isolierung oder pluralistischer, unverbindlicher und folgenloser Beteiligung an gerade aktuellen sozialen Bewegungen führen muß.<sup>44</sup> Individualisierung ist nicht zu trennen von zunehmender Vergesellschaftung der Lebensbedingungen und der in ihnen liegenden Handlungsnotwendigkeiten. Jeder Lohnarbeiter weiß heute, daß die Voraussetzungen alltäglicher Reproduktion wie Freizeit, verfügbare Geldmittel, Gesundheit oder das Fernsehprogramm von gesellschaftlichen Entscheidungen und Auseinandersetzungen bestimmt werden. Er weiß, daß Bildungs- und Kulturchancen seiner Kinder ebenso von Politik abhängen wie der Zustand seiner Erholungsgebiete, daß seine beruflichen Fähigkeiten nur im Rahmen weltwirtschaftlicher Kooperation wirksam werden, daß die Qualität seiner Nahrung und seiner Gesundheitsbetreuung von den Interessen multinationaler Konzerne beeinflußt wird. Seine individuelle Kompetenz ist wesentlich bestimmt dadurch, daß er diese gesellschaftliche Qualität seines Daseins nicht nur erkennt, sondern auch Fähigkeiten und Bedürfnisse entwickelt, um sein Leben in diesen Dimensionen zu beherrschen, auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen seiner Entwicklung in seinem Interesse einzuwirken.

Damit eröffnen sich Zugangsmöglichkeiten zu einer sozialistischen Arbeiterbewegung, wenn diese die „Eigentumsfrage ... als die Grundfrage“<sup>45</sup> überzeugend herauszuarbeiten vermag. Individualisierung bedeutet steigendes Bildungsniveau und wachsende Handlungsfähigkeit, steigende Bedürfnisse nach Selbsttätigkeit und Persönlichkeitsentfaltung; diese Ansprüche stoßen im Reproduktionsbereich auf die vom SMK gezogenen Grenzen – sie können zur persönlichen Entscheidung für Engagement im Klassenzusammenhang führen, zur Erfahrung und zur bewußten und stabilen Erkenntnis, daß erfülltes individuelles Leben und vernünftige gesellschaftliche Entwicklung in der sozialistischen Perspektive der Arbeiterbewegung und im aktuellen Einsatz für sie zu vereinen sind.

Die immer wieder persönlich zu bedenkende Wahl von Engagement, von Gruppen und Bewegungen, mit denen die Individuen sich identifizieren und in denen sie ihre Orientierungen abstützen; die zunehmende Ausbildung von Bedürfnissen und Ansprüchen der Lohnarbeiter nicht „in einem reinen Arbeiterklassenmilieu, sondern in einem nichtmonopolistischen sozialstrukturellen Spektrum“<sup>46</sup> – das Bedeutungswachstum derart individuell reflektierender Züge in der eigenen Ortsbestimmung im Klassenzusammenhang geht als Grundstrom der Veränderung durch alle Gruppen und Teile der heutigen Arbeiterklasse. Wie es sich äußert, hängt ab von historisch entwickeltem Sozialcharakter und Lebensweise der unterschiedlichen Gruppen, von Alter und

44 Vgl. Roßmann, a.a.O.

45 Karl Marx, Friedrich Engels, a.a.O., S. 493.

46 IMSF (Hg.), Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Teil I, Frankfurt/M. 1981, S. 247.

Geschlecht, lokalen und regionalen Traditionen, Milieus und Bindungen etc. In erster Annäherung kann man feststellen, daß Individualisierungstendenzen in den Angestellten- und Beamtensektoren der Arbeiterklasse, unter den Gruppen mit der höchsten formalen Bildung und unter den jüngeren Lohnarbeitern am deutlichsten ausgeprägt sind; sie verändern jedoch ebenfalls Lebensweise, soziale Zusammenhänge und damit Voraussetzungen und Wege der Klassenbildung in den übrigen Teilen der Arbeiterklasse, so auch in der deutschen<sup>47</sup> Industriearbeiterschaft.

Vieles spricht dafür, daß unter den gewerkschaftlichen Kadern und in aktiven betrieblichen Oppositionskernen Annäherungen und Gemeinsamkeiten in der persönlichen Auffassung und Behandlung des Klassenengagements und in seiner sozialen Verankerung weiter entwickelt sind als im Durchschnitt der Klasse. Doch schlagen auch hier die Unterschiede in Herkunft und beruflich-politischer Biographie derart durch, daß eine allgemeine Feststellung von Individualisierungstendenzen völlig ungenügend wäre. Um gegenwärtig deutliche Unterschiede zu markieren und einige damit verbundene Probleme herauszuarbeiten, fragen wir im folgenden, ob man nicht (unter Ausklammerung realer Übergänge und Zwischenformen) zwei Linien heutiger Klassenbildungsprozesse im Reproduktionsbereich mit jeweils spezifischen Widersprüchen und Barrieren unterscheiden muß.

#### 4.2 Die Spange Betrieb – Wohngebiet – Verein – Arbeiterpartei

Eine Linie ist noch am ehesten in der Nachfolge traditioneller Arbeiterviertel zu verstehen und lokal/regional auch heute noch teilweise klar an SPD und manchmal (z. B. Bottrop, Mörfelden) DKP gebunden. Sie ist am deutlichsten ausgeprägt in älteren Quartieren mit hohem Arbeiteranteil und längerer Arbeitertradition, in nicht selten genossenschaftlich oder nach dem Krieg über die NEUE HEIMAT gebauten Wohnanlagen, wie sie idealtypisch im Ruhrgebiet und in Arbeiterwohngebieten um Industriezentren herum zu finden sind. Unter diesen Typ fallen gleichfalls jene Arbeiterdörfer, von denen *Lehmann* eines detailliert untersucht hat.<sup>48</sup>

Wir finden hier ein dichtes Netz sozialer Beziehungen und gegenseitiger Hilfe (bei Hausbau, Reparaturen und Verschönerungsarbeiten etc.), getragen von Familie, Kollegen, Nachbarn, Bekannten aus der gleichen sozialen Schicht. Es gibt einen relativ großen Fundus unbefragt geteilten Selbstverständnisses – von der Lebensweise und dem Geschmack bis zur Selbstidentifi-

47 Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, daß ausländische Kolleginnen und Kollegen eine tragende Säule im Kern der Arbeiterklasse und ihrem gewerkschaftlichen Handlungspotential bilden. Ihre alltäglichen Lebenszusammenhänge sind überwiegend durch national-kulturelle Besonderheiten bestimmt, sozial und oft auch räumlich von der deutschen Arbeiterklasse abgegrenzt. Es ist eine wichtige, hier nicht zu leistende Aufgabe, die besondere Linie der Klassenbildungsprozesse hier zu untersuchen.

48 Albrecht Lehmann, *Leben in einem Arbeiterdorf*, Stuttgart 1976; vgl. auch Janne Günter, *Leben in Eisenheim, Weinheim, Basel* 1980.

kation als (Fach-)Arbeiter und der damit verbundenen SPD-Bindung. Die Gemeinsamkeiten bleiben auch bestehen, wo berufliche Mobilität ins Angestellten- oder Beamtenverhältnis führt.

Kommunikationsdichte, eine relative Überschaubarkeit der Lebensverhältnisse und soziale Kontrolle sind eng verbunden. Persönliche Bekanntschaft und über Generationen gewachsene Familienbeziehungen, Vereine, Stamm-tisch- und Kneipenkontakte gehen beinahe bruchlos in den Bereich politisch-sozialer Interessenvertretung (Elternvertretung in Kindergarten und Schule; Knappschaftsvertretung im Ruhrgebiet etc.; Betriebs- und Personalräte lokaler Arbeitsstätten) hinüber, und aus ihm erwächst wiederum organisch die politische Vertretung durch die Sozialdemokratie.<sup>49</sup>

Die Homogenität dieses Milieus ist Basis für relativ hohe Handlungsfähigkeit und Selbstbewußtsein der Arbeiter; die offene und enge Beziehung zum Betrieb, seinen Erfahrungen und Klassenwerten, die Sozialisation ins Arbeiter-Wir hinein sowie der (über die Sozialdemokratie vermittelte) prinzipielle Bezug zur *politischen* Vertretung von Interessen machen Stärken für den Klassenbildungsprozeß aus. Dem stehen gewichtige Tendenzen entgegen. Sie liegen in Verhaltensweisen, die tief durch den „Wirtschaftswunder-Komplex“ der fünfziger und sechziger Jahre und die in dieser Zeit mit Erfolg angewandten Formen der Interessenvertretung geprägt sind. Sie ergänzen sich mit der gesamten Lebensweise zu einer eher traditionsbezogen-konservativen Mentalität, die der Aufnahme neuer Entwicklungen, Kampfformen oder gar neuer politischer Orientierungen Hemmnisse entgegengesetzt. Interessen werden unter dem Druck der Krise in erster Linie als Verteidigung von Erreichtem vertreten. Dies eröffnet Möglichkeiten, Bewegungen in Gang zu setzen, deren Dynamik anfängliche Grenzen überwindet – hier liegen aber auch Ansatzpunkte für Spaltungsstrategien von CDU/CSU, die Stammebelegschaften, Arbeitsplatz-„besitzer“ und Hauseigentümer von Sonderinteressen her ansprechen und durch Appelle an konservatives Eigentumsdenken an sich ziehen. Von dieser Seite ist das Milieu qualifizierter und traditionsgebundener Arbeiter der Erosion ausgesetzt – ebenso im Übergang zu den jüngeren Jahrgängen.

Klassenbewegungen wie der Kampf gegen das Ausbaden der Stahl- und Werftenkrise verweisen auf das Verteidigungspotential, das in diesen Zusammenhängen von Betrieb und Reproduktionssphäre steckt – die Mühen bei der Durchsetzung der Verstaatlichungsforderung<sup>50</sup> zeigen Trägheit und Widersprüche von Fortschritten zu Klassenpositionen. Die Wende der Ruhrgebiets-SPD in der Friedens- und Raketenfrage läßt die Möglichkeit zu Umbrüchen

49 Vgl. anschaulich Hochlarmarker Lesebuch. Kohle war nicht alles – 100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte, Oberhausen 1981, S. 225 ff., v. a. S. 257–276; Lutz Niethammer (Hg.) „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“ – Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Bonn 1983, v. a. das Vorwort von Niethammer, die Beiträge von Michael Zimmermann und Alexander v. Plato; zur sozialdemokratischen Verankerung in „Organisationen und Vereinen des vopolitischen Raumes“ vgl. Horst Becker, Bodo Hombach u. a., Die SPD von innen, Bonn 1983, S. 67 ff., passim.

50 Vgl. Bömer u. a., a.a.O.; Heinz Thüer, „Vergesellschaftung der Stahlindustrie“, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983.

erkennen – als Folge von Umorientierung und Druck aus anderen Sektoren von Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung.

#### **4.3 Exkurs: Fragen zur Zukunft von Betrieb und Lohnarbeit im Leben der Arbeiterklasse**

Zur Verankerung im angedeuteten Typ von Klassenzusammenhang gehören eine um qualifizierte Lohnarbeit zentrierte Lebensperspektive und daraus gezogenes individuelles und kollektives Selbstbewußtsein mit Traditionsbezug zur industriellen Arbeiterbewegung. Denken wir an die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse mit der Abnahme des Industriesektors und den Krisen davon bestimmter Regionen, an die Tendenz zu kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten, so kann man die Bedeutung einer derartigen Verbindung von Großbetrieben und „Hinterland“ nicht einfach in die Zukunft verlängern. Es drängen sich Fragen auf. Wieweit stimmen etwa Prognosen folgender Tendenz: Der Anteil des fest beschäftigten Teils der Arbeiterklasse wird mit kapitalistischer Rationalisierung des Arbeitskörpers sinken; schrumpfende Stammebelegschaften stehen einem weitaus größeren Heer aus wachsenden Gruppen in Ausbildung und (Früh-)Rente, in Arbeitslosigkeit und Umschulung sowie in unsicheren, eher kurzfristigen Arbeitsverhältnissen aller Art gegenüber. Was sind die Folgen für Lebensperspektive, Lebensziele und Werte? Verliert die Behauptung materieller und sozialer Ansprüche (bis hin zur Respektierung der individuellen Menschenwürde) im Betrieb für den einzelnen an Realisierbarkeit und an Bedeutung in dem Maß, wie es sich dabei nur um Episoden in seinem Leben handelt und Ansprüche auf befriedigende, für den eigenen Selbstwert förderliche Arbeitstätigkeiten als gänzlich unerreichbar betrachtet werden? Für welchen Teil der Arbeiterklasse gibt es noch die Perspektive eines wirklichen (Arbeits-)Lebens als Lohnarbeiter des Kapitals?

Werden Arbeitsbedingungen weiter als grundlegende Lebensbedingungen erfahren, wo nicht mehr regelmäßige kapitalistische Lohnarbeit die zeitliche Basis für Alltag und Freizeit darstellt? Arbeitsbelastungen und ihre Folgen wie Ermüdung, Schlafbedürfnis, Inaktivität in der Freizeit spielen dann absolut eine geringere Rolle und können eher aus der scheinbar gewachsenen Fülle an arbeitsfreier Zeit kompensiert werden. Bedeutet dies subjektive Abwertung von Betrieb und betrieblicher Interessenvertretung?

Wie entwickeln sich die Voraussetzungen für betrieblich verankerte Gewerkschaftsarbeit? In den Betrieben ist nur ein kleinerer, stärker fluktuierender Teil der Klasse erfaßt; die Betriebsgrößen werden im Schnitt geringer; Kommunikationsmöglichkeiten und Betriebsöffentlichkeit werden mit der weiteren Verdichtung der Arbeitstätigkeiten und der Ausweitung betrieblicher Kontrollsysteme auf elektronischer Grundlage weiter eingeschränkt.

Die Rolle des Arbeitslohnes aus festen betrieblichen Beschäftigungsverhältnissen für den Lebensunterhalt sinkt. Stipendien, Renten, Kinder- und Wohngeld, Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, aber auch fluktuierende Einkünfte aus der „Schattenwirtschaft“ gewinnen für wachsende Teile der Arbei-

terklasse wachsende Bedeutung. Werden damit weitere Zusammenhänge geschwächt, die bisher noch – auch bei subjektiv vorherrschender Freizeitorientierung – den Vorrang der betrieblichen Lebenssicherung aufrechterhalten? Das betrifft nicht nur die materielle Komponente, nach der vom betrieblichen Einkommen abhängt, was man sich in der Freizeit leisten kann. Verstärkt die wachsende Unsicherheit der Arbeitseinkommen die Aufnahmebereitschaft für die in der Gesellschaft – aus unterschiedlichen Interessen und mit unterschiedlichen Inhalten – vertretene Tendenz zum Wertwandel: Wendet man sich stärker Freizeitaktivitäten zu, die mit geringerem materiellem Aufwand bei höherem Anteil von Selbsttätigkeit verbunden sind und neigt dazu, ihnen (zunächst notgedrungen) mehr Befriedigung abzugewinnen, hingegen Tätigkeiten mit höherem Aufwand und entsprechender Aufladung aus Konkurrenz um Konsumprestige subjektiv abzuwerten? Wie berühren solche Veränderungen in Bedürfnissen und Lebensweise die Schlüsselstellung des Betriebs für die Qualität des Arbeiterlebens?

Theoretisch sind durchaus gewerkschaftliche Gegenstrategien denkbar und z. T. auch schon in der Diskussion. Ihre Grundvoraussetzung ist eine gleichmäßige Verteilung von Arbeitsplätzen und Arbeitszeit auf die erwerbsfähige Arbeiterklasse. Dies würde nicht nur Spaltungstendenzen in der Klasse vermindern und dem Betrieb einen festen (wenn auch im Zeitbudget schwindenden) Platz im Lebensentwurf durchschnittlicher Lohnarbeiter sichern. So wäre auch gewerkschaftliche Kraft zu sammeln, um Veränderungen im Betrieb selbst durchzusetzen, die seine Rolle im Klassenbildungsprozeß stärken könnten. Zu denken ist vor allem an eine Umkehr der Tendenz zur Arbeitsverdichtung, indem Produktivitätsfortschritte für eine Auflockerung und inhaltliche Bereicherung („Humanisierung“) der Arbeit verwendet werden. Diskutiert wird weiter, wie im Rahmen eines solchen Konzepts über längere Pausen hinaus weitere Tätigkeiten in den Zusammenhang von Betrieb und Belegschaft hineingenommen werden können: z. B. Weiterbildung, sportliche und kulturelle Aktivitäten. Wenn man aber an die bisherige Freizeitpolitik des Kapitals denkt, ist klar, daß derartige Pläne zur Klassenbildung nur in dem Maß beitragen, in dem sie auch in der Eigenverantwortung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung ablaufen.

#### **4.4 Individualisierte Klassenbildungsprozesse in Beziehung zum oppositionellen Milieu**

Wir haben mehrfach den durchgängigen Charakter von Individualisierungstendenzen betont, der auch im unter 4.2 charakterisierten Klassenzusammenhang wirkt. Es ist nicht leicht, in jenen Sektoren der Arbeiterklasse, die mit dieser Charakterisierung nicht erfaßt sind, nun die Zusammenhänge, Bindungen und Orientierungen herauszuarbeiten, die Impulse zu Klassenbildung aufnehmen und abstützen können – sind sie doch gerade nicht ausreichend an großen, formellen Organisationen festzumachen, sondern eher informell, punktuell, wechselnd.

Versucht man, die hier sich abzeichnende Linie in entwickelter Form zu erfassen, so schälen sich folgende Kennzeichen heraus. Ihre Zusammenhänge wachsen nicht bruchlos aus dem alltäglichen Lebensumfeld, aus der familiären Sozialisation und fraglos geteilten Gruppennormen heraus; sie sind vielmehr gerade in Distanzierung zum umgebenden Milieu gesucht. Daraus ergibt sich der Bezug zu den unter 3.2 skizzierten Kristallisationskernen, im weiteren Sinn zu einem oppositionellen Milieu, das durch offene und vielfältige Kommunikationsbeziehungen wie durch die große Rolle ausgezeichnet ist, die in ihm Selbsttätigkeit und ästhetisch-kulturelle Ausdrucks- und Verständigungsformen spielen.

Hier artikuliert sich – in Rückbesinnung auf Traditionen der Arbeiterbewegung und in Wechselwirkung mit Impulsen der Alternativbewegung – eine Suche nach Lebensformen, die die enge Verknüpfung von Arbeiten, Wohnen, vor allem aber Engagement, Sich-Austauschen und Sich-Entfalten (schlagwortartig: von Arbeiten, Leben und Kämpfen) ermöglichen sollen. Gewerkschaftliche und politische Aktivisten haben solche Ansprüche an bestehende Organisationen der Arbeiterbewegung herangetragen; sie haben ihren Niederschlag gefunden in gewerkschaftlicher und politischer Kulturarbeit, in neuen Sportvereinen und Kulturinitiativen mit gewerkschaftlichem Hintergrund, in Initiativen, Arbeitsgruppen, Gesprächskreisen von Gewerkschaftern beiderlei Geschlechts, die in der formellen Organisationsstruktur nicht vorgesehen sind. Wahrscheinlich muß man die Renaissance des Genossenschaftsgedankens auch unter dem Aspekt der Suche nach Arbeits- und Lebenszusammenhängen außerhalb kapitalistischer Lohnarbeit betrachten, die sich mehr oder minder bewußt auf die sozialistische Arbeiterbewegung beziehen und als Teil ihres Hinterlandes jenseits kapitalistischer Betriebe fungieren.<sup>51</sup>

Am Wirken von gewerkschaftlichen, betrieblichen und politischen Aktivgruppen in oppositionellen Kristallisationskernen wird deutlicher, was „Klassenbildung“ und „Hinterland“ hier meinen. In Ergänzung zu den bestehenden Klassenorganisationen suchen diese Kader ein persönliches Hinterland, Öffentlichkeiten und Lebenszusammenhänge, die ihr betrieblich orientiertes Engagement abstützen, erweitern, bei der Bewältigung neuer Fragen und individueller Entwicklungsprozesse helfen. Wo solche Kristallisationskerne nach außen orientiert sind – und das ist meist der Fall –, versuchen sie auszustrahlen, Anliegen der betrieblich verankerten Arbeiterbewegung gegen den herrschenden Meinungsdruck in den Reproduktionsbereich zu tragen bzw. dort brisante Fragen vom Klasseninteresse her aufzugreifen und damit auch kritischen Potentialen im Wohn- und Freizeitbereich Kristallisations- und Orientierungsangebote für eigenes Engagement zu bieten.

Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die örtlichen Initiativen, die in einigen Städten zur Unterstützung des 35-Stunden-Kampfes entstanden. Sie wurden meist von linken Gewerkschaftskadern, Angehörigen sozialistisch orientierter Gruppen und Parteien, an einigen Orten auch von Frauengruppen, die den

51 Vgl. die Beiträge von Beate Nilsson, in: IMSF (Hg.), *Die Alternativen der Alternativbewegung*, Frankfurt/M. 1984, S. 149 ff, 186 f, 195 f.



gewerkschaftlichen Kampf ihrer Männer unterstützen wollten, ins Leben gerufen. In Hamburg und Frankfurt spielten dabei Kreise eine Rolle, die sich zur außerbetrieblichen Solidarität für Betriebsbesetzer zusammengefunden hatten (HDW; Demag-Pokorny). Diese Initiativen scheinen in erster Linie erfolgreich gewesen zu sein dabei, einzelnen Gewerkschaftern Formen praktischer Solidarität und Hilfe zu bieten, die diese sonst nicht fanden (weil ihre Gewerkschaft wenig Aktionsmöglichkeiten in dieser Richtung bot oder weil Klein- und Mittelbetriebe v. a. im Metallbereich ungenügend in den Kampf einbezogen wurden). Nur in wenigen Fällen scheinen sie eine nennenswerte Ausstrahlung in nicht schon gewerkschaftlich orientierte Sektoren des oppositionellen Milieus (Friedens- und Kulturinitiativen z. B.) gehabt zu haben.

Hier werden die Barrieren deutlich, die aus der Tatsache folgen, daß heute im oppositionellen Milieu insgesamt Gruppen und Anschauungen dominieren, die den lohnabhängigen Mittelschichten und der lohnabhängigen Intelligenz zuzuordnen sind.<sup>52</sup> Sie beeinflussen Teile der Arbeiterklasse, die sich auf der Suche nach Antworten auf die Krise sozial-kulturellen Oppositionshaltungen öffnen und wirken so über „Scharniergruppen“ in Klassenbildungsprozesse hinein<sup>53</sup> – sie sind bisher jedoch nur wenig offen für Impulse aus der Arbeiterbewegung.

Ein weiterer Grundzug von Klassenformierungsprozessen in Beziehung zum oppositionellen Milieu sollte allerdings nicht nur unter dem Aspekt der Barrieren gesehen werden: die mehr oder minder ausgeprägte gegenkulturelle Orientierung, die Tendenz zum „kulturellen Bruch“ mit der herrschenden Lebensweise.<sup>54</sup> Vieles darin verweist auf geistige Traditionen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Protestbewegungen gegen den kapitalistischen Zivilisationsprozeß, in denen Krisenreaktionen dieser Schichten zum Ausdruck kommen. Nicht zu leugnen ist aber, daß die entstehende Arbeiterbewegung einen Teil ihres antikapitalistischen Impulses aus einer gegenkulturellen Grundströmung gezogen hat. Vor allem ist zu fragen, ob nicht angesichts der heutigen globalen Probleme, die nur bei grundlegenden sozialen Umgestaltungen zu bewältigen sein werden,<sup>55</sup> der Widerstand gegen die konkurrenz- und konsumgeprägte, naturzerstörerische und individualitätsfeindliche imperialistische Lebensweise historische Sprengkraft wie zukunftsorientierte Substanz gewinnt.

Von Klassenbildung ist in bezug auf oppositionelle Milieus insoweit zu sprechen, als Lohnarbeiter sich hier Lebensansprüche, Bedürfnisse, Handlungsfähigkeiten und gesellschaftliche Orientierungen aneignen und stabili-

52 Vgl. die Analysen in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982.

53 Vgl. Klaus Pickshaus, Zur Bedeutung der „Scharniergruppen“ zwischen neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung, in: IMSF (Hg.), Marx ist Gegenwart, Frankfurt/M. 1983, S. 165 ff.

54 Vgl. ausführlicher Kaspar Maase, Neue Bewegungen: Gesellschaftliche Alternative oder kultureller Bruch?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982.

55 Vgl. Igor Bestushew-Lada, Die Welt im Jahr 2000, Freiburg 1984; Globale Probleme – Politische, ökonomische und soziale Aspekte, IPW-Forschungshefte 1/1984; Hellmuth Lange, Globale Probleme der Gegenwart und Arbeiterklasse, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983; W. Sagladin, I. Frolow, Globale Probleme der Gegenwart, Berlin (DDR) 1982.

sieren, die *in Verbindung mit der Erfahrung des Klassegegensatzes* zum Moment der subjektiven Einbindung in (betriebliches, gewerkschaftliches, politisches) Klassenengagement werden. Ob es zu solcher Vereinigung kommt, hängt ab von der Fähigkeit des subjektiven Faktors, der organisierten Klassenkräfte, *in Betrieb wie Reproduktionsbereich* an Konflikterfahrungen, Lebensansprüchen und Entfaltungsbedürfnissen anzuknüpfen und sie – im fortgeschrittensten Teil – mit der wissenschaftlichen marxistischen Gesellschaftsanalyse und der sozialistischen Strategie der Arbeiterbewegung zu verbinden.

#### 4.5 Offene Fragen in einer Umbruchperiode der Arbeiterbewegung

Mit welcher Berechtigung kann man nun von zwei Linien der Klassenbildung sprechen? Der zuletzt skizzierte Typ ist in seiner ausgeprägten Form gegenwärtig von Bedeutung für Teile betrieblicher, gewerkschaftlicher und politischer Aktivkerne sowie für Orientierung suchende kritische Gruppen aus den neuen und jüngeren Sektoren der Arbeiterklasse. Er entfaltet bisher keine große Wirkung als solidarisches Hinterland betrieblich zentrierter Klassenkämpfe – das wurde in der Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung sichtbar. Hier kam die Massenbasis der gewerkschaftlichen Aktionen ganz eindeutig aus Bereichen, die zum traditionellen Arbeitermilieu gehören.

Einschätzungen über zukünftige Bedeutung dürfen weder allein aus aktuellen Befunden noch aus allgemeinen Überlegungen über Individualisierungstendenzen hergeleitet werden. Vieles spricht dafür, daß wir hier nicht zwei Linien haben, die sich zukünftig stabilisieren und gegeneinander verfestigen werden; vielmehr müssen wir beider Entwicklung, Wechselwirkung und besonders den Stellenwert oppositioneller Milieus im Zusammenhang der gegenwärtigen Umbruchperiode der Arbeiterbewegung sehen.

Die historisch entstandene Einheit betrieblicher und außerbetrieblicher Klassenbildung, die Verankerung der Arbeiterbewegung in einem sozial-kulturellen Hinterland alltäglicher Lebensbeziehungen und Werthorizonte ist unwiderruflich aufgebrochen; Tendenzen der Individualisierung prägen Lebensweise und Klassenbildung zunehmend. Vor dem Hintergrund solcher Veränderungen finden in den verschiedenen Abteilungen der Arbeiterbewegung die Umbrüche und Verarbeitungsprozesse statt, die imperialistische Krise, globale Probleme und wissenschaftlich-technischer Fortschritt mit ihren einschneidenden Folgen verlangen. In diesem Prozeß bilden sich neue Linien und Konstellationen der Klassenbildung im Kräftefeld von Betrieb, Gewerkschaft, Parteien und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung sowie Kommunikationszusammenhängen und oppositionellen Kristallisationskernen im Reproduktionsbereich heraus.

# **Zur aktuellen Neustrukturierung des Kapital- und Klassenverhältnisses**

## **Der Betrieb als Formationsbasis sozialökonomischen Strukturwandels**

*Jens Bünnig/Georg Fobbe/Uwe Höfkes*

*1. Markierungspunkte der Auseinandersetzung – 2. Die Epoche der befriedeten  
Klassengesellschaft – 3. Epochale Krise und Neustrukturierung der Produktion –  
4. Zwischen „Japanisierung“ und Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung*

Führen die unübersehbaren Veränderungen im Produktionstyp des heutigen Kapitalismus zugleich zu tiefgreifenden Veränderungen in den betrieblichen Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse? Dieser Frage ist unser folgender Diskussionsbeitrag gewidmet. Wir beginnen mit einer kritischen Entgegensetzung zu den Thesen des IMSF,<sup>1</sup> die als Arbeitsgrundlage galten. Dabei beschränken wir uns auf Schlüsselpunkte, die unseres Erachtens die Unterschiede der Sichtweise betreffen.

### **1. Markierungspunkte der Auseinandersetzung**

#### **Proletarische Klassenlage als Gesamtkomplex**

Die Formationsbasis der Arbeiterklasse ist ein Lebens- und Arbeitswelt übergreifender Gesamtkomplex proletarischer Klassenlage, innerhalb dessen der Betrieb eine bestimmte Funktion einnimmt. Der Begriff „proletarische Klassenlage“ soll abgrenzen gegen einen eindimensionalen Klassenbegriff, der den Arbeiter nur als *Arbeiter* verortet (und insofern auf den Betrieb zentriert ist); ebenso aber gegen einen alltagssoziologischen Milieubegriff, in dem der Klassenbegriff um eine wesentliche Dimension, die des *Arbeiters*, verkürzt ist.

Mit dem Begriff „proletarische Klassenlage“ soll anderes verstanden sein als „Betrieb plus proletarisches Milieu“: Es geht um das Verständnis der spezifischen Verschränkung zwischen Lebens- und Arbeitssphäre oder deren De- und Komposition, die als je bestimmtes Verhältnis historisch existieren und objektiv und subjektiv Klasse bestimmen. Zur proletarischen Klassenlage gehört

<sup>1</sup> Abgedruckt als Einleitung zu diesem Band (Red.).

die existentielle Situation von Fremdbestimmung, Ausbeutung, Beschränktheit der Bedürfnisse und der Mittel ihrer Befriedigung ebenso wie die sozialer, politischer und kultureller Unterdrückung. Klasse ist, unabhängig davon, ob ihr auch ein Klassenbewußtsein je aktuell entspricht. Jede Vergemeinschaftung der Klasse setzt allerdings ein rudimentäres Bewußtsein der Klassenlage voraus. Insofern kommen dem Betrieb, aber auch dem proletarischen Milieu wichtige gemeinschaftsbildende Funktionen zu.

### **Betrieb als Formationsbasis des Klassenverhältnisses**

Der Betrieb ist Ort des unmittelbaren Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit und insofern zentraler Ort der kapitalistischen Klassengesellschaft, ihrer Erfahrbarkeit wie ihrer Bekämpfbarkeit. Das gilt unabhängig von der jeweiligen Verweildauer (Arbeitszeit) – womit gegen solche Interpretationen, die aufgrund eines bestimmten Maßverhältnisses zwischen Arbeits- und Lebenszeit auf Relevanz bzw. Irrelevanz des Betriebs schließen, die qualitative Bestimmtheit von Klassenverhältnis betont ist. Allein die Auflösung des Betriebs als dem Ort kapitalistischen Produzierens ändert entscheidend das Klassenverhältnis: eine veränderte „Topographie der Arbeit“ (Heimarbeit z. B.) kann das Kapitalverhältnis von einem Klassenverhältnis in ein Privatverhältnis umwandeln; partiell war und ist das der Fall und wird sich u. U. wieder erweitern.

### **Betriebliches Klassenverhältnis als antagonistische Kooperation**

Betrieb als Formationsbasis der Arbeiterklasse zu betrachten, bedeutet uns im Ansatz, die Klassenformation in ihrer grundlegenden Widersprüchlichkeit aufzufassen. Als Ort der Produktion ist der Betrieb zuallererst Ort eines kooperativen Prozesses zwischen Kapital und Arbeit. Er ist sodann Ort einer spezifischen Kollektivierung/Vergesellschaftung/Vergemeinschaftung. Er ist drittens Ort eines fundamentalen tagtäglichen „Klassenkampfes“ und viertens Ort der „großen“ Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, als Ort von Macht- und Gegenmachtpositionen der Klassen.

Bezogen auf diese vier Ebenen stellt der Betrieb eine Produktions-, Sozial- und Herrschaftsorganisation dar, die in ihrer je bestimmten historischen Form aufzufassen ist als Typus betrieblicher Hegemonie. Die Ausprägungen dieser betrieblichen Hegemonie sind grundlegend für die jeweiligen Typen gesellschaftlicher Hegemonie. Anders ausgedrückt: Wir gehen davon aus, daß epochale Modelle kapitalistischer Gesellschaft (Perioden kapitalistischer Entwicklung) sich um die Achse einer Kongruenzbeziehung betrieblicher und gesellschaftlicher Hegemonie herausbilden, und daß der „Wandel“ der epochalen Gesellschaftsmodelle aus der Störung dieser Kongruenzbeziehungen resultiert, die von beiden Seiten ausgehen kann, ihre systematische Grundlage aber im Entwicklungsprozeß der materiellen Produktion besitzt.

Mit dieser Interpretation betonen wir gegenüber solchen Periodisierungsansätzen, die neuerdings an den langen Wachstumszyklen ansetzen und sich kritisch gegen traditionelle Periodisierung (Früh-, Hoch-, Spätkapitalismus,

oder: Konkurrenz-, Monopolkapitalismus, Staatsmonopolistischer Kapitalismus usw.) richten, daß in materialistischer Sicht nicht der Typus von Staatsinterventionismus („Keynesianismus“, „Modell Deutschland“ usw.), sondern der Typus betrieblicher Hegemonie auf der Grundlage jeweiliger spezifischer Typen von Produktion, Vergesellschaftung und Konflikt- und Machtstrukturen entscheidend ist.

Zugleich wollen wir hervorheben, daß Formierung der Klasse immer ein Prozeß *mit* und *gegen* Kapital ist, das Kapitalverhältnis als übergreifende *Einheit* selbst noch den Gegensatz der Klassen betrifft. Ein solches Verständnis erscheint uns um so wichtiger, als nur so die reale Integration der Arbeiterklasse in kapitalistische Gesellschaft anders als durch „Verrat“, „Revisionismus“ etc. begriffen werden kann. Es ist die Zwieschlächtigkeit der Klassenkonstitution selbst, die die *politische* Differenzierung der Klassenbewegung hervorbringt (kommunistische/sozialdemokratische – revolutionäre/reformistische Strömung). Die Dominanz der reformistischen Strömung ist epochal bestimmbar – ihre Auflösung ebenso!

### **Reelle Subsumtion von Arbeit und Arbeiter unters Kapital**

Der Produktionsprozeß des Kapitals beruht von vornherein auf der unterworfenen Arbeit: den Zweck des Produzierens setzt das Kapital, sowohl was die Verwertung als auch was die Gebrauchswertseite anbelangt. Die historische Entwicklung von der formellen zur reellen Subsumtion der Arbeit unters Kapital betrifft die produktionspolitische Gestaltung der Zweck-Mittel-Relation.

Die klassen- und transformationstheoretische Bedeutung dieser Aussage bedarf eines besonderen Hinweises. In einer entscheidenden Dimension ist der Arbeiter von vornherein als *Nichtsubjekt* der Produktion aufzufassen: der des Produktionszweckes. *Was* produziert wird, bestimmt nicht er – die Art und Weise der gesellschaftlichen Reproduktion ist aus seinem Bewußtseins- und Willenshorizont als *Arbeiter* ausgeblendet. Die Arbeiterklasse als Gesellschafts- und Geschichtssubjekt unterliegt einem gesellschaftsspezifischen Reduktionismus auf einen bloß instrumentellen Sinn von Arbeit. Als kritische Folie, vor deren Hintergrund die Bedeutung dieses Reduktionismus zu reflektieren ist, muß der Marxsche Arbeitsbegriff als gattungsgeschichtlicher Begriff von Arbeit verstanden werden: „Nicht daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß“ (MEW 23/193). Ein Defizit an Gesellschaftskritik und gesellschaftlicher Gestaltungskompetenz ist konstitutiv für die Arbeiterklasse als Gesellschaftssubjekt. Diese Grundtatsache ist u. E. wesentlich für die klassengeschichtliche Wirksamkeit des sozialdemokratischen (Klassen-)Politikmusters, das an diesem Reduktionismus und dem bloß instrumentellen Sinn der Arbeit positiv ansetzt. Eine emanzipationstheoretisch konsequente Neubestimmung von Klassenbegriff und Klassenpolitik muß nicht nur durch die zementierte Oberfläche einer auf Kritik der Vertei-

ungsweise des Kapitals fixierten Praxis auf die Ebene der Kritik der Produktionsweise des Kapitals vorstoßen, sondern innerhalb deren die Dimension von Produktkritik und Bedürfniskritik erschließen. Bloße Interessenpolitik verfehlt im Ansatz eine emanzipatorische Bedeutung von Klassenpolitik.

Der historische Fortgang von der formellen zur realen Subsumtion der Arbeit unter Kapital tendiert dahin, die residuale Subjektivität von Arbeit innerhalb jenes objektiven Instrumentalismus zu tilgen. Das System der Produktionsmittel legt fortschreitend Arbeit operational fest. Eben darauf richtet sich die Produktionspolitik des Kapitals: Arbeit zum bloßen Appendix des Maschinensystems und seines Taktes zu machen und den Arbeiter in diesem Sinne zum Funktionieren zu bringen, ihn entsprechend zuzurichten, um eine lückenlose Kontrolle und Beherrschbarkeit der Arbeit als bloße Kapitalfunktion herzustellen. Diese produktionspolitische Tendenz des Kapitals beruht auf der komplementären Entwicklung fortschreitender Entsubjektivierung der Arbeit und Entobjektivierung des Kapitals. *Entsubjektivierung der Arbeit*: alle geistigen Elemente der Arbeit, das Produktions- und Arbeitswissen des Arbeiters zu enteignen, den Eigenwillen des Arbeiters bezüglich der Art und Weise der Durchführung ihm auftragener Tätigkeiten zu brechen; eben in diesem Arbeitswissen und darauf basierenden Eigenwillen und Gestaltungsspielräumen im Produktionsprozeß besteht jene residuale Subjektivität von Arbeit, die dem Kapital als Schranke seiner Produktionskontrolle und Gestaltungsaunomie entgegensteht. *Entobjektivierung des Kapitals*: mit der Aneignung des Arbeitswissens des Arbeiters die technisch-operational definierten Arbeitsvollzüge lückenlos zu normieren, Arbeit synthetisch als Kapitalkraft zu setzen; in diesem Sinne fungieren Wissenschaft und Technik als der Arbeit enteignete subjektive Potenzen der Produktivkraft des Kapitals – und sind auch als spezifische Teile des Gesamtarbeiters im Produktionsprozeß präsent.

### Pathologie des industriellen Arbeiters

Der spezifisch kapitalistisch gestaltete Produktionsprozeß schließt Arbeit als zerstörtes Gattungsvermögen des Menschen und – diese Arbeit als Lebens-tätigkeit des Arbeiters – eine besondere Pathologie des industriellen Arbeiters ein. Die menschliche Deformation, die dem Arbeiter angetan, indem er den vom Kapital gesetzten Funktionen annektiert wird, geht aus der zynischen Offenheit hervor, mit der *Taylor* sein Ziel der Zurichtung des Arbeiters formuliert: „abgerichteter Gorilla“.

Die Maschinerie, zu deren Anhängsel der moderne Massenarbeiter wird, setzt ein Mechanischwerden der Bewegungen durch, einen „neuen psychophysischen Nexus“ (*Gramsci*), in dem der Bewegungsablauf der Operationen körperlich-nervlich automatisiert ist. Im Unterschied zu *Gramscis* These, durch die völlige Mechanisierung der physischen Geste werde „das Gehirn frei für andere Beschäftigung gemacht“, gehen wir davon aus, daß solcherlei Lebenstätigkeit geistig abstumpft und ruiniert, eine Vergewaltigung des Menschen darstellt, die ihn tatsächlich auf das Niveau des Arbeitstiers reduziert.

### Subjektivität als Gegenpol

Wohlgemerkt: Die reelle Subsumtion der Arbeit unter Kapital ist ein fortlaufender historischer Prozeß mit genannter Tendenz, die sich immer wieder durch die praktisch geltend gemachte Subjektivität der Arbeiter konfrontiert sieht - wie reduziert diese Subjektivität in ihrer Widersetzlichkeit, ihren Ansprüchen und Zwecken auch sein mag. Das Kapital wird das Subjekt nicht los, auf dessen Abschaffung es seine ganze zynische Arbeitswissenschaft richtet. Der Betrieb als Produktionsort bleibt Ort des kooperativen Prozesses und des sozialen Antagonismus - der Kampf um Kontrolle über die Arbeit bleibt das dynamische Element der Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses. Auf jeder Entwicklungsstufe des Systems der Produktionsmittel, die das „Wie“ der Produktion epochal prägt, restrukturiert sich auch das betriebliche Machtsystem, bildet sich ein epochaler Typus betrieblicher Hegemonie heraus, der in jeder seiner Varianten den Tatsachen Rechnung trägt, daß und wie die Arbeiter sich wehren. Entscheidende Bedeutung kommt dabei der Frage zu, ob die Arbeiter einen bloß instrumentellen Sinn der Arbeit akzeptieren, ob sich mit der fortschreitenden Zerstörung der Subjektivität der Arbeit eine Gleichgültigkeit des Arbeiters gegen seine Tätigkeit durchsetzt, diese ihn nur noch als Quelle von Lohn interessiert. Jenseits des „stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse“ verweisen diese Fragen auf im weitesten Sinne *kulturelle* Sachverhalte: in ihnen bilden sich Selbstansprüche des Menschen, normative Leitideen und Ethiken heraus, von deren Beschaffenheit wiederum rückwirkend die Akzeptanz für bzw. Widersetzlichkeit gegen bestimmte Ausprägungen des Systems der Produktion, des sozialökonomischen Systems und der Herrschaftsordnung bestimmt ist.

### Dialektik der Befreiung

Das Proletariat ist ebenso Resultat kapitalistischer Produktion wie seiner Selbstproduktion. Seine Vergemeinschaftung vollzieht es in Kampf- und Lernzyklen (*Vester*), die von der je historischen Ausprägung proletarischer Klassenlage abhängig sind. Im Prozeß solcher Vergemeinschaftung bildet sich Arbeiterkultur heraus: als je historischer Ausdruck von Identitätsbewußtsein und Gegensatzerfahrung. Nicht *eine* Arbeiterkultur hat das Proletariat, sondern *viele* historisch spezifische. Dies kritisch angemerkt zu jenen Stimmungen des „Untergangs der Arbeiterklasse“, weil *eine* epochale Form von Arbeiterkultur vergangen ist. Sicherlich ist die Dekomposition *des* „proletarischen Milieus“, wie es im 19. Jahrhundert unter den Bedingungen von Massenelend und Not, Enge der Wohn- und Lebensverhältnisse und staatlicher Repressionserfahrung gewachsen ist und seine Vergemeinschaftungsformen als Kampf- und Notgemeinschaften beinhaltete, seit Ende des Zweiten Weltkriegs irreversibel. Das besagt aber nichts darüber, daß sich unter den Bedingungen des Umbruchs eines epochalen Modells kapitalistischer Gesellschaft nicht neue Vergemeinschaftungs- und Kulturformen entwickeln können, die eben auch neue Ansprüche und Wertorientierungen zum Ausdruck bringen. Themen, wie sie heute noch weitgehend außerhalb der Arbeiterschaft disku-



tiert werden, wie „Sinnkrise der Arbeit“, „Technikkritik“, „anders leben, anders arbeiten“, „Ökologiekrisis“ etc. können sich durchaus mit einer Neuformierung proletarischen Widerstandes innerhalb der Arbeiterschaft Gehör und Geltung verschaffen und eine neue Kultur von „Arbeiterschaft in Bewegung“ mitprägen.

Wenn sich zunächst die Gegenwehr der Arbeiter auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene auch als „konservativ“ ausnimmt, indem Motive der Verteidigung des Status quo vor der Krise dominieren (Arbeitsplätze, Lohn, Arbeiterschutzzrechte, Sozialstaat etc.), liegt in der Gegenwehr als *Bewegung* die Möglichkeit einer Transformation der Motive und Ansprüche, die ihrerseits rückwirkt auf die Formen der Vergemeinschaftung im Widerstand. Praktisch ist ein solches Umschlagen der Motive und Ansprüche als Dialektik der Befreiung nur von Intensität und Umfang der Widerstandsbewegung abhängig.

## 2. Die Epoche der befriedeten Klassengesellschaft

Der Zeitraum seit Mitte der 70er Jahre mit seinen ausgeprägten Merkmalen einer langandauernden Stagnationsperiode gilt uns als Periode einer umfassenden Neustrukturierung des Kapitalismus, sowohl das kapitalistische Welt-system als auch das kapitalistische Gesellschaftsmodell der vorangegangenen Epoche betreffend.<sup>2</sup>

Das kapitalistische Gesellschaftsmodell der vorangegangenen Epoche hat historisch erstmalig für eine lange Periode Vollbeschäftigung und steigenden Lebensstandard der Massen in den kapitalistischen Hauptländern verzeichnen können. Dies wurde weniger außergewöhnlichen ökonomischen Nachkriegsbedingungen als vielmehr dem bestimmten Typ des Staatsinterventionismus zugeschrieben, der sich auf der Grundlage des vorherrschenden wirtschaftstheoretischen Paradigmas des Keynesianismus in den wichtigsten kapitalistischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt hat. Politische Steuerungsfähigkeit und -notwendigkeit des Staates gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft gehörte ebenso unbestritten zu diesem Typ des Staatsinterventionismus bzw. zur ihn rechtfertigenden ideologischen Grundlage, wie die klassenintegrative Funktion des Staates. Diese begründete sich im wesentlichen aus folgenden Einrichtungen:

- der verfassungsmäßigen Anerkennung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts,
- der Eingrenzung sozialer Herrschaft des Kapitals durch Arbeiterschutzzrechte,
- der sozialpolitischen Sicherungsgarantie im Sinne des Wohlfahrtsstaates.

Auf dieser Grundlage konnte sich der Staat die fundamentale Massenloya-

<sup>2</sup> Wie tiefgreifend die Strukturprobleme des kapitalistischen Weltsystems sind, deutet sich mit der vielbeschworenen Gefahr eines Zusammenbruchs des internationalen Finanzsystems im Zusammenhang mit der „Schuldenkrise“ der Dritten Welt an. Im gleichen Kontext steht das Scheitern der entwicklungspolitischen Strategie des Nachkriegsimperialismus und der Paradigmenwechsel der Entwicklungspolitik.

lität sichern. Der Klassenkampf wurde eingefriedet durch Rechtsnormen und staatliche Vermittlungen (Verrechtlichung und Verstaatung), wodurch ihm der unmittelbar politische Charakter genommen und sein politisches Konfliktpotential auf die Ebene des Politiksystems abgelenkt wurde. Auf dieser Ebene des Politiksystems dominierten Parteien des Volksparteityps, die den epochalen Sozialpakt zwischen Kapital und Arbeit nach der einen oder anderen Seite vertraten. Der Sozialpakt implizierte jene klassenintegrativen Funktionen des interventionistischen Staates ebenso wie eine entsprechende Verfassung der Gewerkschaftsbewegung und ihr Politikmuster. Die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften Mittel- und Nordeuropas entsprachen dem mit dem Sozialpakt geforderten Typ der sozialfriedlichen, kooperativen, aber mit nicht unerheblichen kollektiven Regelungspotentialen ausgestatteten Gewerkschaftsbewegung am meisten. Die sozialdemokratische Hegemonie innerhalb der Arbeiterklassen dieser Länder blieb um so mehr intakt, als der Produktivitätspakt zwischen Kapital und Arbeit auf betrieblicher Ebene nach seinen beiden Seiten kohärent und funktionsfähig blieb, die Produktivität weitgehend uneingeschränkt gesteigert wurde *und* die Arbeiter ihren Anteil daran nehmen konnten. Massenkonsumismus auf dieser ökonomischen Grundlage trug das seine zur positiven Integration der Arbeiter, zum Zerfall ideologisch-kultureller Eigenständigkeit der Klasse und zur Ideologisierung im Sinne sozialdemokratischer Deutungsmuster und Wertorientierungen bei.<sup>3</sup>

Die Kohärenz dieses kapitalistischen Gesellschaftsmodells einer befriedeten Klassengesellschaft beruhte auf der epochalen Dreifaltigkeit von betrieblichem Produktivitätspakt, Sozialpakt und Massenloyalität. Alle drei Elemente waren zugleich Bedingung für eine außerordentliche Akkumulationsbeschleunigung in der Nachkriegszeit, wie sie auch umgekehrt von dieser abhängen.

Betrachten wir die Produktionsbasis dieser kapitalistischen Nachkriegsepoche, dann ergibt sich als epochales Kennzeichen die Ausbreitung eines bestimmten Typs der Produktion, den wir als „Fordismus“ bezeichnen wollen. Damit ist nicht gesagt, daß dieser Produktionstypus allgegenwärtig sei – auch diesbezüglich ist der reale Kapitalismus ein Nebeneinander unterschiedlicher Formen. Immerhin aber dominiert der fordistische Produktionstypus die großindustrielle Produktion der Nachkriegszeit. Fordismus steht für eine spezifische Form der Massenproduktion *und* der Gestaltung des Betriebs als Sozialsystem, also auch für einen bestimmten betrieblichen Hegemonietyp.<sup>4</sup>

3 Weder die zerstörerischen Wirkungen des Faschismus auf Arbeiterkultur, -ideologie und -bewegung noch die gewaltsame Ausgrenzung der Kommunisten in Westdeutschland sollen dabei vergessen sein; aber auch ohne sie hätte sich u. E. die epochale Tendenz zur sozialdemokratischen Hegemonie in der Arbeiterklasse durchgesetzt.

4 Entstehungs- und Durchsetzungsgeschichte des Fordismus reichen in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bzw. in die Zwischenkriegszeit zurück. Die Rationalisierungswelle der zwanziger Jahre brachte auch in Westeuropa und namentlich in Deutschland wissenschaftliche Betriebsführung und Großserienfertigung mit Normierung und Standardisierung und nach den Produktionsmethoden der Fließfertigung in Gang. Letzteres wird systematisch unter rüstungswirtschaftlichen Motiven in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges gefördert. Darin ist nicht zuletzt ein Grund für den relativen Produktivitätsvorsprung der westdeutschen Industrie in Westeuropa nach dem Krieg zu sehen.

Der Fordismus repräsentiert auf gegebener technologischer Grundlage einer immerhin hochentwickelten Mechanisierung als „Einzweckmechanisierung“ oder „Detroitautomation“ eine erste vollentwickelte Stufe der „reellen Subsumtion der Arbeit unter Kapital“. Er basiert auf dem *Taylor-System* insofern, als dessen systematische Arbeitsanalyse und Normierung der Arbeit Grundlage der betrieblichen Arbeitsteilung wird. Der Taylorismus ist dabei zugleich mit der Weiterentwicklung betrieblicher Arbeitsteilung Grundlage für den technologischen Typus der Mechanisierung und dessen Entwicklung: eine Technologie der zerstückelten und zerstörten Arbeit, innerhalb deren Arbeit von vornherein als anzupassende Restgröße befaßt ist.

Der Fordismus basiert aber auch insofern auf dem *Taylor-System*, als dessen Leitmotiv der Kontrolle der Arbeit durch Enteignung des Arbeitswissens und dessen Zentralisierung im Management zugleich eine entsprechende Erweiterung der kapitalistischen Leitungsfunktion einschließt: eigene Abteilungen für Arbeits- und Zeitstudien, Arbeitsvorbereitung etc.

Der Fordismus enthält aber jenseits der Prinzipien des *Taylor-Systems* eine spezifische Gestaltung des betrieblichen Sozialsystems. Personalwirtschaft als systematische Auslese, Schulung, Motivierung und Kontrolle der Arbeiter knüpft an arbeitswissenschaftliche Befunde (v. a. Arbeitspsychologie, Arbeitspädagogik) an, die das produktivitätsfördernde Potential des Arbeiters, seine Arbeitsmotivation und seinen Leistungswillen, in den Dienst kapitalistischer Betriebsführung zu stellen trachtet. Hier setzt zum einen die Funktion des mit dem Fordismus eben *auch* synonym gesetzten „hohen Lohns“ an, zum anderen die systematisierte Aufspaltung der Belegschaft in Stamm- und Randbelegschaft sowie die Privilegierung der Stammbeflegschaft namentlich durch das Senioritätsprinzip.

Hier liegt auch der Kern des Fordismus als bestimmtem Typ betrieblicher Hegemonie. Der Fordismus beruht auf einem Produktivitätspakt zwischen Kapital und Arbeit, der einerseits zwar die Unterwerfung der Arbeit unter die Zwecke der Produktivitätssteigerung durch technische, produktions- und arbeitsorganisatorische Maßnahmen bedeutet, andererseits aber die Leistungsmotivation der Arbeiter durch die im „hohen Lohn“ enthaltene Beteiligung am Produktivitätsgewinn zu erhalten sucht. Hierzu gehört dann auch die betriebliche Sozialpolitik als auf Erhalt der Leistungsmotivation bzw. auf Stimulierung der Konkurrenz in der Belegschaft gerichtete Privilegierung der Stammbeflegschaft. Der Produktivitätspakt impliziert einen Basiskonsens zwischen Kapital und Arbeit, der als besondere Prozedur des Aushandelns von Leistung und Lohn, als „collective bargaining“ realisiert wird. Das unterstellt zumindest die Anerkennung betrieblicher Interessenvertretung der Arbeiter als gewerkschaftliche Organisation – und, sofern das Organisationsprinzip der Gewerkschaft überbetrieblich ist, die institutionelle Absicherung des Einwirkungsrechts der Gewerkschaft. Die betriebliche Hegemonieform des Fordismus beruht demnach auf einer *scheindemokratischen* Konstitution: Die motivations- und integrationsfördernde Verteilungs„gerechtigkeit“ ist nur als Vermittlungsverfahren zwischen Kapital und Arbeit realisierbar, von dem aber die reale Unterwerfung der Arbeit nicht tangiert ist.

Es ist offenkundig, daß dieser scheindemokratischen Vermittlungsfunktion zwischen Kapital und Arbeit die westdeutsche Betriebsverfassung der Mitbestimmung eine exemplarische Institutionalisierungsform bietet. Deren Einbettung in die aktienrechtlich bestimmte Unternehmensverfassung drückt zugleich die ungetrübte Herrschaft des kapitalistischen Eigentums aus.

Grundlage für den Produktivitätspakt zwischen Kapital und Arbeit ist die Anerkennung seitens der Gewerkschaft, daß die Produktivität systematisch gesteigert werden soll – sofern dafür eben jene Produktivitätsbeteiligung der Arbeiter zustande kommt. Die Zustimmung zur systematischen Produktivitätssteigerung seitens der Gewerkschaften erfolgte in Westdeutschland mit der Beteiligung am REFA-System, das in den zwanziger Jahren zwar toleriert worden, aber durch seine Diskreditierung als Teil nationalsozialistischer Betriebspolitik nach dem Krieg zunächst umstritten war. Die zweite Seite des Produktivitätspakts, der „hohe Lohn“, kam erst phasenverschieben ab Ende der fünfziger Jahre zum Tragen, als die Massenarbeitslosigkeit im Zuge der beschleunigten Kapitalakkumulation beseitigt und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften sich dementsprechend gestärkt hatte. Seitdem entfaltete sich mit dem Konsumismus auf Basis steigender Lohneinkommen zugleich rückwirkend jene Monetarisierung der Gewerkschaftspolitik: alle Folgen der systematisierten Produktivitätssteigerung für den Arbeiter wurden „versilbert“, die Gesundheit, Leib und Leben verkauft. Die eindimensionale Ausrichtung gewerkschaftlichen Bewußtseins auf die Lohnhöhe bzw. die Verteilungsrelation zwischen Kapital und Arbeit hat nicht wenig zur Akzeptanz jenes Produktionstypus des Fordismus beigetragen – eine Eindimensionalität, die sich schließlich seit Ende des epochalen Wachstumsprozesses, seitdem sich der Kapitalismus in einer umfassenden Neustrukturierungsphase befindet, rächen sollte.

### 3. Epochale Krise und Neustrukturierung der Produktion

Der Übergang zu einem neuen Produktionstyp vollzieht sich heute auf drei Ebenen: der der neuen Technologien auf Grundlage der Computertechnik, der neuer Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation und der eines neuen Musters von betrieblicher Hegemonie. Computertechnik scheint das Kapital ein entscheidendes Stück seiner alten Zielsetzung von Autonomie näherzubringen. Der mit Computertechnik durchsetzte Produktionsprozeß erscheint perspektivisch als selbstregulierender Organismus und lernender Automatismus, der auf Leistung und Wissen des Arbeiters nur noch peripher angewiesen ist. Dennoch ist die „menschleere Fabrik“ nicht unmittelbar greifbare Zukunft. Noch mehr gilt das für die gegenwärtige Umstrukturierungsphase, in der der lernende Automatismus allererst mit dem Produktionswissen der Arbeiter, Techniker, Ingenieure, Konstrukteure etc. gefüttert werden muß. Computertechnik als „universelle Rationalisierungstechnologie“ (*Briefs*) spielt in allen Bereichen des Betriebs ihre Rolle: in Fertigung, Forschung und Entwicklung, Verwaltung und Management. Der dezentrale Aufbau (Inseln) wird

durch funktionale Koppelungen zu Netzwerken integriert, die allmählich „Hirn und Nervenstränge“ mit den Maschinen und Aggregaten verbinden und schließlich den selbstregulierenden Organismus bei gleichzeitiger Zentralisierung seiner Steuerung durchs Management schaffen.

Fürs Kapital bietet Computertechnik drei entscheidende Nutzungsdimensionen: die Flexibilisierung der Produktion, die Verbesserung der Marktreaktibilität und die „Taylorisierung“ der von der Arbeit abgetrennten geistigen Elemente der Arbeit. Flexibilisierung der Produktion meint rasche Umstellungsmöglichkeiten der Produktionseinrichtungen auf wechselnde Produkte. Grundlagen dafür werden bereits im fertigungsbezogenen Konstruieren und durch Produktstandardisierung, Baukastentechnik etc. gelegt. Flexible Fertigung durchbricht die fertigungstechnologische Entwicklungslinie starrer Einzweckautomatisierung mit ihrem Zwang zu großen Serien und langwierigen Modell- und Produktwechseln. Hohe Wiederverwendungsfähigkeit flexibler Fertigungseinrichtungen über Produkt- und Modellwechsel hinweg senkt den produktspezifischen Fixkapitalaufwand, damit zugleich die Nutzwelle der Produktion mit daraus resultierenden preis- und marktpolitischen Vorteilen. Besonders unter den Bedingungen verschärfter nationaler und internationaler Konkurrenz wird flexible Fertigung zur Bedingung der Konkurrenzfähigkeit. Entgegen der Ansicht, daß mit der Produktionsflexibilisierung auf Grundlage von Computertechnik der Gegensatz zwischen Produktions- und Marktökonomie tendenziell aufgehoben werde,<sup>5</sup> bleibt dieser Gegensatz für die kapitalistische Produktionsweise konstitutiv, wenn sich auch mit verbesserter Marktreaktibilität der Problemdruck reduziert. Mit flexibler Produktion stehen flexible Kapazitäten zur Verfügung, die auf der Grundlage einer Entkoppelung von Betriebszeit und Arbeitszeit bzw. im Zusammenhang mit flexibler Arbeitszeit variiert und an veränderte Marktsituationen angepaßt werden können. Das Senken der Nutzwelle der Produktion reduziert dabei den Fixkostendruck unterausgelasteter Kapazitäten, ohne ihn jedoch zu beseitigen. Die „Ökonomie der fixen Kosten“ (*Schmalenbach*) bleibt einschließlich der Formen ihrer Bewältigung (Kartellisierung, Zentralisierung von Kapital) wirksam.

Taylorisierung der geistigen Elemente der Arbeit auf der Ebene der von der Handarbeit abgetrennten Kopfarbeit setzt an den standardisierbaren und normierbaren Bestandteilen der Kopfarbeit an, enteignet das Produktionswissen der Kopfarbeiter und unterwirft sie immer weiter fortschreitend der Kontrolle durch kapitalistische Leitung. Perspektivisch emanzipiert sich kapitalistische Leitung von einer Abhängigkeit von Wissenschaft und seiner technologischen Anwendung. Zugleich kann sie die mit der arbeits- und betriebswirtschaftlich systematisierten realen Subsumtion der (Hand-)Arbeit unters Kapital verbundene Wucherung delegierter Kapitalfunktionen aufräumen und potentielle

5 Diese Ansicht vertreten in Anlehnung an Sohn-Rethels Unterscheidung von Produktions- und Marktökonomie z. B. Brandt/Kündig/Papadimitriou/Thomae, *Computer und Arbeitsprozeß*, Frankfurt 1978. Der entsprechende Interpretationsansatz ist im Frankfurter Institut für Sozialforschung verbreitet und u. E. so fragwürdig wie die Sohn-Rethelsche Ausgangsthese.



Gegenmachtpositionen einzelner Kopfarbeitergruppen innerhalb des Gesamtmanagements neutralisieren.

Neue Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation im Kontext fortschreitender Computerisierung der Produktion sind mit flexibler Fertigungstechnik ebenso verbunden wie mit Ökonomisierungsanstrengungen des Kapitals unter dem verschärften Druck der Konkurrenz. Der mit der vorangehenden Epoche der Massenproduktion auf Grundlage starrer Detroit-Automation verbundene Typ der integralen Mammutfabrik scheint überholt. Die in letzter Zeit international Karriere machenden Formen einer auf Reduzierung der Kapitalbindung angelegten japanischen Managementmethoden weisen in die Richtung verringerter Fertigungstiefe bei gleichzeitiger Synchronisierung der Produktionsabläufe zwischen einem Netz von Zulieferern und den dominanten Verarbeitern (Kanbansystem). Die Internationalisierung des produktiven Kapitals (multinationale Konzerne) führt zu einem Weltverbund von arbeitsteiliger Produktion, die bestenfalls hochgradig austauschbar ist und eine Produktionspolitik der konzerninternen Konkurrenzwirtschaft ermöglicht.

Mit der Flexibilisierung der Produktion geht Flexibilisierung der Arbeitssysteme einher – sowohl was ihre qualitativ-inhaltliche Seite angeht als auch, was die quantitativ-zeitliche Seite betrifft. Eine starre Arbeitsorganisation, die an fixierte Einzelberufe und Tätigkeiten und deren Verteilung an einzelne und Gruppen von Arbeitern gebunden ist, befindet sich unter mehreren Gesichtspunkten in Auflösung: einerseits von der personalpolitischen Strategie der Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes her, zum anderen von der damit im Zusammenhang stehenden betrieblichen Qualifikationspolitik, zum dritten von Neuverteilungsstrategien der Arbeit her, die mit dem Stichwort Gruppenarbeit belegt sind. Der allseits flexible und mobile Arbeiter, wie *Marx* ihn als Resultat des Industriesystems mit seinen Umbrüchen und fortwährenden betrieblichen und branchenmäßigen Umstrukturierungen gesehen hat, wird auf betrieblicher Ebene produziert.<sup>6</sup> Computerisierte Line-balancing-Systeme in der Automobilindustrie sorgen für schichttägliche Umverteilung des betrieblichen Arbeitspotentials. Je flexibler und mobiler der Arbeiter, desto knapper kann die Stammebelegschaft kalkuliert, desto mehr wiederum die Fixkostenbelastung reduziert werden. Besondere Vorteile impliziert auch das vom „japanischen Modell“ aufgenommene Konzept der Arbeitsgruppe: neben der Verringerung von indirekten Produktions- und Qualitätssicherungsfunktionen bietet es vor allem die Chance, einen Teil der Kontrollfunktionen des Managements an die Gruppe und deren soziale Kontrolle und Zwang gegenüber dem einzelnen zu delegieren. Damit verbunden sind zugleich sogenannte neue Formen der Beteiligung (Qualitätszirkel, Vorschlagswesen etc.), die fortlaufend Produktionswissen der Arbeiter fürs Kapital aneignen und zur Effektivierung der Produktion einsetzbar machen.

Die quantitativ-zeitliche Seite der Flexibilisierung der Arbeitsorganisation

6 Hinweise auf diese Flexibilisierung der Arbeitssysteme im „japanischen Modell“ enthält der Aufsatz Dohse/Jürgens/Malsch, Vom „Fordismus“ zum „Toyotismus“? Die Japan-Diskussion in der Automobilindustrie, West-Berlin 1984.

ist einerseits mit der Straffung der Stammebelegschaften angesprochen, andererseits mit den verschiedenen Formen der Arbeitszeitflexibilisierung, drittens mit der tendenziellen Entkoppelung von Betriebs- und Arbeitszeit.<sup>7</sup>

Ein neuer Typ betrieblicher Hegemonie deutet sich an im Zusammenhang mit dem zweiten allgemeinen Charaktermerkmal von Computertechnologie, außer universeller Rationalisierungstechnologie ebenso „universelle Kontrolltechnologie“ (*Briefs*) zu sein. *Steinmüller* hat das herrschaftstechnologische Potential der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wie folgt bestimmt: Dezentralisierung der Kontrolle bis an die Grenzen der Unsichtbarkeit bei gleichzeitiger Zentralisierung der Verfügung; auf diese Formel läßt sich in der Tat der Vorgang bringen, der heute als Welle von Informationssystemen und ihrer fortschreitenden Vernetzung in den Betrieben festzustellen ist. Die anscheinende Harmlosigkeit der Zweckbestimmung verschiedener Informationssysteme, nur dem Lauf der technischen Anlagen und Aggregate zu dienen, wie sie nicht nur unternehmerseitig behauptet, sondern arbeitsgerichtsnotorisch ist, erweist sich als Ideologie, sofern die spezifische Subjekt-Objekt-Verkehrung zwischen Arbeiter und Produktionsmittel zur Kenntnis genommen wird: Der Arbeiter wird im spezifisch kapitalistisch gestalteten Produktionsprozeß zum „Anhängsel des Maschinensystems“. Jeder schlichte Fahrtenschreiber, der „nur“ den Maschinenlauf registriert, wird unter dieser Voraussetzung zum herrschaftstechnologisch zu nutzenden Kontrollinstrument bezüglich Leistung und Verhalten des Arbeiters – und nicht nur an der Maschine, sondern auch in den indirekten Bereichen. Betriebsdatenerfassungssysteme erheben und werten statistisch aus auch die Tätigkeit der Reparaturkolonnen bzw. die ihrer Einsatzleitung. Die durch Maschinenlauf operational definierte Arbeitsleistung bildet auch die Grundlage für bestimmte personalwirtschaftliche Verwendungszwecke für integrierte Personalinformationssysteme: namentlich für Profilabgleiche zwischen Arbeitsplatzdaten und Personaldateien, in denen der verdinglichende Charakter kapitalistischer Leitung des Produktionsprozesses seinen entwickeltsten Ausdruck findet.

Aber ein neuer Typ betrieblicher Hegemonie des Kapitals liegt nicht nur im Technologischen begründet. Sozialtechnologie gewinnt vor dem Hintergrund der Japan-Euphorie der letzten Dekade eine neue Gewichtung. Denn der Produktivitätsvorsprung der japanischen Industrie in bestimmten Bereichen hat weniger mit technischen Vorsprüngen als mit sozialtechnologischen Vorteilen zu tun. Entgegen der Legendenbildung um das sogenannte japanische Modell, die von einem humaneren und demokratischeren Managementtyp wissen will, weisen *Dohse/Jürgens/Malsch* auf, daß spezifische Bestandteile dieses Modells nichts weiter als die brutale Praktizierung des allgemeinen taylori-

<sup>7</sup> Gerade dies wird in der jüngsten Tarifaueinandersetzung um die 35-Stunden-Woche deutlich, insbesondere an bei verschiedenen Autoherstellern bereits verhandelten Modellen der Flexibilisierung, bei denen sich trotz im Durchschnitt der Jahresarbeitszeit reduzierter individueller Wochenarbeitszeit Vorteile für die Unternehmer aufgrund von verlängerten Betriebszeiten und höheren Anlagennutzungsgraden ergeben. Für die Beschäftigten heißt das u. a. mehr Schichtarbeit, Preisgabe der Fünftagewoche und saisonal Zehnstagtag.



stisch/fordistischen Produktionstyps der vorangegangenen Epoche darstellen. Sozialtechnologie geht allerdings insofern in einer andersgearteten Dimension in das japanische Modell ein, als das Management mit dem Gruppenarbeitsansatz ein Stück Kontrolle an die Gruppe delegiert, als deren Selbstkontrolle praktiziert und Herrschaft somit sozialtechnologisch als Quasi-Selbstbestimmung wendet. Solche sozialtechnologisch bewirkte Steigerung der Arbeitsproduktivität ist allerdings nicht voraussetzungslos. Sie ist gebunden an ein System industrieller Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, innerhalb dessen Gewerkschaft als das fungiert, was hierzulande vormals mit dem Ausdruck „gelbe Gewerkschaften“ belegt war: Betriebsgewerkschaften, die, vom Arbeitgeber selbst gefördert, als verlängerter Arm seiner Kontrolle und als Teil des Arbeitsmanagements dienten. In Japan wurde dieses „vorteilhafte“ System mit der Zerschlagung der militanten Nachkriegsgewerkschaften in den fünfziger Jahren etabliert. Seine besondere Konvergenz mit den Anforderungen eines auf neuen Technologien basierenden neuen Produktionstyps beruht auf einer ursprünglich gewaltsam hergestellten Subalternität der Arbeiterklasse.

#### 4. Zwischen „Japanisierung“ und Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung

Die Voraussetzungen des epochalen Gesellschaftsmodells der Nachkriegszeit sind seit Mitte der siebziger Jahre in die Krise geraten. Seitdem setzte teils als naturwüchsiger Anpassungsprozeß, teils als bewußte Gesellschaftsgestaltung aus politischer Konzeption ein Neustrukturierungsprozeß kapitalistischer Gesellschaft auf allen Ebenen ein.<sup>8</sup> Entscheidend für den Verlauf und die Ergebnisse dieses Prozesses ist u. E. die Frage, wie die drei Säulen jenes in die Krise geratenen Gesellschaftsmodells transformiert werden: betrieblicher Produktivitätspakt, Sozialpakt und Produktion von Massenloyalität. Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage ist die Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer Politik.<sup>9</sup> Offenkundig ist, daß mittlerweile das System industrieller Beziehungen aus der Balance geraten, die Gegenmachtposition der Gewerkschaften geschwächt ist. Dennoch glauben wir nicht, daß damit bereits eine endgültige machtsstrukturelle Entscheidung fürs Kapital gefallen ist.

Auf betrieblicher Ebene *kann* das Kapital den quasidemokratischen part-

8 Auf der politischen Ebene ist mit der „konservativen Wende“ diese Neustrukturierung z. B. in der Sozialpolitik, Kulturpolitik, Medienpolitik etc. unübersehbar geworden. Es deutet sich u. E. ein neuer Typus des Staatsinterventionismus an, der nur vordergründig als Reprivatisierung staatlicher Aufgaben, wirklich aber als fortschreitende Verstaatlichung bzw. staatliche Funktionalisierung privater und gesellschaftlicher Aktivitäten zu fassen ist.

9 Wir folgen der Modeströmung des Zeitgeistes nicht, die sogenannten neuen sozialen Bewegungen zum Ersatzsubjekt gesellschaftlicher Transformation zu stilisieren. Dennoch sind die übrigens gar nicht neuen sozialen und politischen Motive dieser „neuen sozialen Bewegungen“ in ihrer emanzipationstheoretischen Bedeutung außerordentlich wichtig und müßten bei einer Neuformierung von Arbeiterbewegung mit aufgenommen werden. Ansonsten bleibt es bei der alten Einsicht, daß nur diejenigen, die das Kapital produzieren, es auch abschaffen können.

nerschaftlichen Typus von Hegemonie relativ leicht ablösen. Die neuen Technologien ermöglichen in Zukunft eine völlige Transparenz von Produktion und Personal, „gläserne Fabrik“ und „gläserne Belegschaft“, und auf dieser Grundlage eine durchgängige Kontrolle als Perfektionierung von Herrschaft. Zugleich werden Elemente einer neuen Produktions- und Arbeitsorganisation eingeführt, die unter dem Stichwort „Japanisierung“ bekannt sind und zumindest für die Einführungs- und Etablierungsphase eines neuen Produktionstypus mit neuen Arbeitsformen zugleich neue Beteiligungsformen einschließen, die wesentlich auf Enteignung des Produktionswissens der Arbeiter und Minimierung von Reibungsverlusten in der Implementationsphase abstellen, andererseits aber den Schein von humaneren und demokratischeren Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit erwecken. Dadurch verbessert sich die Akzeptanz gegenüber dem sich etablierenden neuen Produktionstypus, Arbeitszufriedenheit und -motivation steigen.<sup>10</sup> Real aber ist damit ein Funktionsverlust betrieblich-gewerkschaftlicher Interessenvertretung verbunden, weil die Partizipationsstruktur nicht mehr im Rahmen des Dualsystems von Kapital und Arbeit verortet ist, sondern unter Umgehung der Organe betrieblich-gewerkschaftlicher Interessenvertretung direkte partizipatorische Anbindung ans Management erlaubt. Der neue Produktionstypus schließt eine neue Struktur des Gesamtarbeiters ein. Das gilt sowohl für die gruppenmäßige Gliederung von Massenarbeiter, Facharbeiter und Angestellten als auch für die personalwirtschaftliche Strategie der Aufspaltung in Stamm- und Randbelegschaft. Mehr noch aber und als neues, in seinen Auswirkungen noch gar nicht richtig abzuschätzendes Moment betrifft die Umstrukturierung des Gesamtarbeiters dessen Flexibilität. Länge der Arbeitszeit, Lage der Arbeitszeit, Ort der Arbeit können flexibilisiert, einheitliche kollektivvertraglich geregelte Arbeitsverhältnisse individualisiert werden. Das bedeutet zugleich eine tiefgreifende Dekomposition des Gesamtarbeiters, die eine einheitliche Interessenvertretung gegen das Kapital unmöglich macht, kollektive Schutzfunktionen demontiert und in Richtung gruppenpluralistischer Vertretungsstrukturen weist, innerhalb derer das Kapital sein Machtpotential effizienter auszuspielen imstande ist. Mit anderen Worten: Die Herausbildung eines neuen Typs betrieblicher Hegemonie des Kapitals basiert allseitig auf einem Funktionsverlust der Gewerkschaften, soweit Gegenmachtpositionen, kollektivvertragliche Schutzregelungen und kollektive Schutzpolitik angesprochen sind – die Ordnungsfunktion der Gewerkschaften hingegen ist nach wie vor gefragt. Ohne Gegenmacht und kollektive Schutzpolitik aber läßt das Wahrnehmen der Ordnungsfunktion Gewerkschaft zum in die Arbeiterschaft hinein verlängerten Arm des Managements entarten – eben das „japanische Modell“ von „gelben Gewerkschaften“.

Da die Richtung der Entwicklung des neuen Produktionstyps einschließlich des Typs betrieblicher Hegemonie allgemein im Sinne der „Japanisierung“ zu interpretieren ist, das „japanische Modell“ also den Prototyp eines neuen epo-

10 Entsprechende Erfahrungen liegen mittlerweile mit solchen neuen Beteiligungsformen z. B. bei Hoesch mit dem „Beteiligungsmodell Kaltwalzwerk“ vor.

chalen Produktionstyps darstellt, der – in welchen Variationen und Anpassungskorrekturen auch immer – vom Kapital angesteuert wird, seien hier abschließend zwei Stellungnahmen zum „japanischen Modell“ angesprochen, die nicht nur die Gegensätzlichkeit der Sichtweisen, sondern die Unentschiedenheit des Verlaufs des Umstrukturierungsprozesses andeuten. *Dohse/Jürgens/Malsch*<sup>11</sup> vertreten die Position, daß das sogenannte japanische Modell gar nicht modellhaft aufzufassen ist, nicht transferierbar ist als beliebig anwendbare Methode. Zwar stellt dieses japanische Modell nichts anderes dar als eine zugespitzt konsequente Entwicklung des allgemeinen tayloristisch/fordistischen Produktionstyps. Aber seine Realisationsbedingung besteht in einem bestimmten System industrieller Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und einem damit unterstellten Typ von Gewerkschaft, der in Japan erst durch Zerschlagung der militanten Nachkriegsgewerkschaftsbewegung in den fünfziger Jahren zustande kam. Insofern halten *Dohse/Jürgens/Malsch* das japanische Modell nicht für applizierbar auf westeuropäische und US-amerikanische Verhältnisse.

*Ichiro Saga* hat demgegenüber spezifische Berührungen des japanischen Modells mit der westdeutschen Betriebsverfassung behauptet.<sup>12</sup> Die betriebliche Interessenvertretungspolitik hat in Westdeutschland zwar ihren Zusammenhang mit einer betriebsübergreifenden, von den Gewerkschaften mitgestalteten kollektivvertraglichen Normierung – sie bleibt nichtsdestoweniger im Mitbestimmungsrahmen auf eine praktizierte Scheinharmonie der Interessen von Kapital und Arbeit bezogen, die an die Funktionstüchtigkeit des Produktivitätspakts und dessen Interessenreduktionismus gebunden ist. Wenn irgendwo in den westlichen Metropolen des Kapitalismus, dann kann sich das japanische Modell in der Bundesrepublik durchsetzen.

Wir betonen, daß es im heutigen Neustrukturierungsprozeß nicht um ein direktes Zerschlagen der Gewerkschaften geht, sondern um deren Schwächung, Neupositionierung und Kontrolle: mit dem Ziel, die Subalternität der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger Befestigung des Scheins von Harmonie durchzusetzen und strukturell festzusetzen. Funktionsverlust der Gewerkschaften zu organisieren, wird dabei nach zwei Seiten hin verfolgt. Auf der Ebene politisch-rechtlicher Interventionen wird die Tarifhoheit demontiert und ein politisch-rechtlicher Zwang zu sozialfriedlichen Formen der Tarifaueinandersetzen eingeführt – die freiwillige Selbstbindung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung an das Gemeinwohl, wie sie dem Sozialpaktmodell entsprach, durch Zwangsbindung ersetzt. Auf der Ebene der industriellen Beziehungen wird das Feld der Tarifpolitik durch Tabuisierung der entscheidenden gewerkschaftlichen Orientierungen einer „qualitativen Tarifpolitik“ blockiert, gleichzeitig aber das Feld betrieblicher Regelungen für betriebspezifische Lösungen geöffnet. Dadurch wird überbetriebliche kollektive Gestaltungskompetenz der Gewerkschaften gekappt und mit der Rückdämmung der Gewerk-

11 Vgl. *Dohse/Jürgens/Malsch*, a.a.O.

12 Vgl. Bünnig, Folgen der Roboterisierung in der Automobilindustrie am Beispiel Nissan/Japan, in: *Revier* 6/83.

schaften auf die Betriebsebene eine „Verbetriebsratung“ der Gewerkschaftspolitik gefördert. Beide Seiten, den Funktionsverlust der Gewerkschaften zu organisieren, haben ihr exemplarisches Zusammenspiel im Arbeitskampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche erlebt.

Die Entwicklungstendenz in Richtung eines „japanischen Modells“ betrieblicher Hegemonie ist aber nur *eine* Tendenz im Prozeß der Neustrukturierung. Eine andere Tendenz deutet sich an. Der sich etablierende neue Produktionstypus weist auch qualitativ neue Störanfälligkeiten auf, an deren Ausnutzung sich eine neue Dimension von Gegenmacht festmachen kann. Eine Produktionsstruktur, die sich als nationale oder transnationale Verbundproduktion auslegt, ist im höchsten Maße vom Funktionieren der Infrastruktur abhängig. An dieser Infrastrukturabhängigkeit (Verkehrsnetze, Informationsnetze etc.) kann eine Gegenwehrorientierung mit neuen intelligenten Kampfformen ansetzen, um Blockademacht als Bedingung für Gestaltungsmacht auszuspielen. Ebenfalls hat sich bereits im Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche gezeigt, wie verwundbar eine im Sinne der Kapitalkostenminimierung für Lagerhaltung ausgerichtete Produktionspolitik der Synchronisierung von Zulieferbetrieben und Verarbeitern (Kanban-System) ist. Eine Handvoll Zulieferbetriebe bestreiken zeitigt weitreichende Folgen. Dieses Gegenmachtpotential auszuschöpfen, verlangt wiederum nach neuen Kampfformen. Schließlich ist auch der betriebliche Produktionsverbund als auf Basis von Computertechnik und Informationssystem integriertes System leicht zu stören von einzelnen Stationen her. Die betriebliche Kampfform des Guerillastreiks kann den neuen Produktionstypus noch effizienter treffen als bisher.

Sofern sich Gewerkschaft auf diese potentiellen Machtpositionen bezieht, kann sie der kapitulatorischen Tendenz entgehen, auf der abschüssigen Bahn einer Konzeption des hinhaltenden Widerstands zu operieren, der schließlich kein Widerstand ist, sondern Selbstpreisgabe.

Damit dieses Gegenmachtpotential aktualisiert wird, bedarf es einer Erneuerung der Gewerkschaft. Solche Erneuerung meint allererst die als *Bewegung* sozialen Widerstandes – nur als Bewegung wird Gewerkschaft auch zweckmäßige Kampf- und Mobilisierungsformen entwickeln, die die Kluft zwischen Organisation und Arbeiterschaft zu überwinden imstande sind, die sich jenseits bloßer Loyalitätsbindung als Selbstschwächung gewerkschaftlicher Organisation herausgestellt hat. Bewegung werden zu wollen, impliziert den Bruch mit der Ordnungsfunktion und die Bereitschaft, Blockade- als Chaosmacht konsequent zu entwickeln – nur so wird sich gewerkschaftliches Bewußtsein als kämpferisches, gewerkschaftliche Organisation als Kampforganisation wiederbeleben lassen. Als Kampforganisation schließt Erneuerung der Gewerkschaft auch eine andere Organisationsstruktur ein: statt der hochgradig eindimensionalen Zentralisierung, die in einer hierarchischen, lückenlos von oben nach unten kontrollierten Apparatestruktur fixiert ist, eine möglichst dichte Basiskoordination, direktdemokratische Entscheidungsstrukturen und von unten her kontrollierte Führung und Apparat. Schließlich bedarf eine Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung auch der inhaltlichen Revision gewerkschaftlicher Politik in allen Bereichen, einer Wiederaneignung von Po-

litik sozialistischer Transformation und einer Wiederbelebung der Befreiungsperspektive eines realen Humanismus.

Es ist nicht zu übersehen, daß solche Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung sich durch den Widerstand gewichtiger Teile des Apparates, das Sperrfeuer der offiziellen Sozialdemokratie und die Kriminalisierungsstrategien des Staates hindurchvollziehen muß – andererseits aber wird eine Bewegung des sozialen Widerstandskampfes sich mit anderen sozialen und politischen Bewegungen verbinden können und zum Teil einer Radikalkur gegen die reaktionäre Formierung der Gesellschaft sein. Innerhalb einer solchen Perspektive sozialer und demokratischer Erneuerung kommt dem betrieblichen Kampf eine Schlüsselstellung zu: Ohne ihn wird sich die reaktionäre Formierung der Gesellschaft von der Ebene betrieblicher Hegemonie her durchsetzen; durch ihn allein kann ein Gegenwehrprozeß in Gang kommen, der in Verbindung mit anderen sozialen und politischen Bewegungen gesellschaftliche Gestaltungsmacht erobert. Die Betroffenheit durchweg aller Teile des industriellen Gesamtarbeiters, der Massenarbeiter, Facharbeiter und Angestellten durch die Etablierung des neuen Produktionstyps stellt einen Resonanzboden für eine erneuerte Politik der Gewerkschaftsbewegung dar, die der traditionellen Spaltung innerhalb des Gesamtarbeiters entgegenwirkt. In diesem Sinne des Betriebs als Kampffeld kann er Formationsbasis einer Klassenbewegung sein.

# **Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Technologiepolitik: Technologieberatungsstellen und Konversionsarbeitskreise**

*Ursula Schumm-Garling*

*1. Aspekte gewerkschaftlicher Technologiepolitik – 2. Die Innovations- und Beratungsstellen der IG Metall – 3. Konversionsarbeitskreise*

## **1. Aspekte gewerkschaftlicher Technologiepolitik**

In dem Maße, in dem Rationalisierung und Anwendung neuer Technologien mit negativen Wirkungen für die Lebens- und Arbeitssituation von Arbeitern und Angestellten verbunden sind, werden sie von den Belegschaften nicht mehr nur als Fortschritt begriffen; für die Gewerkschaften wächst zugleich die Notwendigkeit, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Handlungsmöglichkeiten und Einfluß der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung stoßen einerseits an Grenzen, die durch die Entscheidungsstruktur kapitalistischer Betriebe gesetzt sind; andererseits sieht sie sich einem Handlungsdruck ausgesetzt, der aus den negativen Folgen für die Belegschaften durch die permanenten technologischen und organisatorischen Veränderungen der Produktions- und Arbeitsprozesse entsteht. Technologiepolitik der Gewerkschaften umfaßt betriebliche, tarifvertragliche und politische Aktivitäten und richtet sich auf Form, Einsatz, Entwicklung und vor allem auf die Auswirkungen von technisch-organisatorischen Umstellungen.

Die Arbeit der Technologieberatungsstellen, die vom DGB-Landesbezirk NRW in Oberhausen und von der IGM seit 1979 in West-Berlin und Hamburg eingerichtet worden sind, ist nur zu beurteilen, wenn sie im Zusammenhang mit der Diskussion um eine gewerkschaftlich orientierte Technologiepolitik gesehen wird. Ein Konflikt entzündete sich auf dem letzten Gewerkschaftstag an der Frage, ob insbesondere die IG Metall die Finanzierung der Technologieberatungsstellen in Hamburg und West-Berlin übernehmen soll, wenn – wie es zu erwarten ist – die finanziellen Mittel aus dem Förderungsprogramm „Humanisierung der Arbeit“ (HdA) des Bundesministers für Forschung und Technologie ab Herbst 1984 nicht weiterbewilligt werden.

Unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen wird die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte, der betrieblichen Technik und Arbeitsorganisation von den Interessen des Kapitals bestimmt und insofern den Lohnabhän-



gigen im Betrieb vorgegeben. Die gewerkschaftliche Technologiepolitik bleibt daher im großen und ganzen gezwungen, auf Technologiepolitik und Rationalisierungsstrategien der Unternehmer zu reagieren. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die gewerkschaftliche Strategie gegenüber neuen Technologien und Rationalisierung einen rein defensiven oder gar passiven Charakter haben muß; ihre Orientierung ist vielmehr in starkem Maße von der Beurteilung der gesellschaftlichen Bedeutung betrieblicher Rationalisierung abhängig – und hier wurde Technik in den Gewerkschaften der Bundesrepublik lange Zeit als Instrument interpretiert, das den gesellschaftlichen Fortschritt und vor allem eine steigende Produktivität garantiere und damit auch den Interessen der Lohnabhängigen diene. Jedoch wurden soziale Folgeprobleme schon früh gesehen. So wurden z. B. 1958 in einer Entschließung des DGB zur Automation technologische Arbeitslosigkeit, Sinken der Massenkaufrkraft, Entwertung von Berufserfahrung, wachsende Konzentration und Machtzusammenballung als Folgen technischer Entwicklung benannt. Soziale Beherrschbarkeit der Produktivkraftentwicklung ist die Formel, unter der negative Wirkungen auf die Beschäftigten im sozialen Konsens abgewendet werden sollen. Gefordert wird frühzeitige Information und Mitbestimmung bei organisatorischen Umstellungen und Einführung neuer Technologien.

Gewerkschaftliche Technologiepolitik, die sich unmittelbar auf betriebliche Strategien richtet, findet ihren Ausdruck in Rationalisierungsschutzabkommen. Seit der Krise 1966/67 verstärkte sich der Rationalisierungsdruck, die rasche Entwicklung der Produktionstechnik und die Umgestaltung der Arbeitsorganisation zur Intensivierung der Arbeit traten in den Vordergrund betrieblicher Kapitalstrategien. Die negativen Folgen für die Beschäftigten wirkten sich bis Mitte der 70er Jahre allerdings noch nicht so gravierend aus wie heute: Arbeitslosigkeit konnte durch strukturelle Verlagerungen (z. B. vom Produktions- in den Dienstleistungsbereich) und durch wirtschaftliches Wachstum aufgefangen werden. Dazu kommt, daß nicht in allen Branchen und Betrieben im gleichen Umfang rationalisiert wird. Außerdem fällt in den Phasen der Umstellungen im Produktions- wie im Dienstleistungsbereich vermehrt Arbeit an, bis das Rationalisierungsvorhaben abgeschlossen ist und sich die neuen Arbeitsstrukturen eingespielt haben. Schließlich ist festzuhalten, daß die verschiedenen Gruppen von Beschäftigten nicht in gleichem Umfang von den Folgen der Rationalisierungsmaßnahmen betroffen werden.

In den Rationalisierungsschutzabkommen, die zuerst von der IG Metall abgeschlossen wurden (1968), ging es in erster Linie darum, ältere Beschäftigte mit langer Betriebszugehörigkeit abzusichern. Die in der Folge auch von anderen DGB-Gewerkschaften abgeschlossenen Verträge enthalten in der Regel folgende Punkte: eine befristete Verdienstsicherung, bei älteren Beschäftigten einen absoluten Kündigungsschutz, bei Jüngeren die Umsetzung auf einen gleichwertigen oder zumutbaren Arbeitsplatz und Umschulungsmöglichkeiten. Erst wenn diese betrieblichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, kann es auch zu Entlassungen kommen, bei denen jedoch Abfindungen gezahlt werden müssen.

Die Rationalisierungsschutzabkommen sind als defensive Politik kritisiert



worden, da sie Entwicklungsrichtung und Dynamik des technisch-organisatorischen Wandels nicht thematisieren, sondern mit ihnen nur versucht wird, besondere soziale Härten zu vermeiden. Mit der Forderung nach Weiterbildung und Qualifizierung ist jedoch in den Rationalisierungsschutzabkommen ein Moment für die Gestaltung von Arbeit enthalten, dem zukünftig erhöhte Beachtung geschenkt werden sollte.

Mit der Tarifpolitik in den 50er und 60er Jahren wurde versucht, durch Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzung die Beteiligung der Beschäftigten am Produktivitätsfortschritt sicherzustellen. Ein Durchbruch bei den Arbeitsbedingungen gelang 1973 der IG Metall, als durch einen 14tägigen Streik in den Manteltarif Rationalisierungsschutzbestimmungen aufgenommen wurden, die sich vor allem auf die Begrenzung von Taktzeiten (1,5 Min.) und auf Erholzeiten von 5 Minuten pro Stunde richten.

Besonders stark von den Folgen des Einsatzes neuer Technologien ist die IG Druck und Papier betroffen. 1978 wurde um einen Tarifvertrag gestreikt, mit dessen Hilfe Arbeitsplatzabbau, Dequalifikation, Arbeitsintensivierung und Lohnreduktion infolge der Einführung des elektronischen Lichtsatzes abgemildert werden sollten. Durch die bundesweite Aussperrung der Unternehmer konnten wesentliche Forderungen der IG Druck und Papier nicht realisiert werden. Der im selben Jahr stattfindende Arbeitskampf in der Metallindustrie Nordwürttembergs/Nordbadens hatte einen individuellen Abgruppierungsschutz und kollektive Absicherung des durchschnittlichen betrieblichen Lohn- und Gehaltsniveaus zum Ziel.

Politische Einflußnahme über die Gesetzgebung richtete sich ebenfalls verstärkt auf die betriebliche Gestaltung von Arbeitsplatzbedingungen. Dazu zählten die Novellierung des BetrVG von 1972, das Arbeitssicherheitsgesetz von 1973, die Arbeitsstättenverordnung von 1975 und die Arbeitsstoffverordnung von 1980. Diese Gesetze intensivieren die Auseinandersetzungen um die betriebliche Anwendung neuer Technologien. In den Gewerkschaften werden heute verstärkt Bildungsmaßnahmen durchgeführt. Durch Beratungsangebote sollen die Betriebsräte unterstützt werden. Daß es sich hierbei um ein ganz zentrales Problem der gewerkschaftlichen Politik handelt, machte nicht zuletzt die Erhebung der IG Metall über den Stand der Anwendung neuer Technologien in den Betrieben der Metallwirtschaft der Bundesrepublik von 1982/83 deutlich, zu deren wichtigsten Ergebnissen auch die Erkenntnis zu zählen ist, daß die Betriebsräte in der Regel völlig ungenügend über die Rationalisierungsstrategien der Betriebe informiert sind und kaum über ausreichende gewerkschaftliche Handlungsorientierungen für eine aktive Gegenwehr verfügen.

Im Rahmen staatlicher Technologie- und Forschungsförderung erhielten die Gewerkschaften Einfluß auf die Gestaltung des Humanisierungsprogramms. Ziel dieses Programms ist es im Kern, die auf Arbeitsintensivierung und Steigerung der Produktivität orientierte betriebliche Rationalisierungsstrategie mit den Interessen der Belegschaften an verbesserten Arbeitsbedingungen, einer qualifizierteren Arbeit, Belastungsabbau, Erweiterung des Handlungsspielraumes sowie Beschäftigungs- und Einkommenssicherung zu

verbinden. Dabei liegt es auf der Hand, daß der Interessenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital einer „Harmonisierung“ von Unternehmer- und Belegschaftsinteressen entgegensteht. Die Frage nach der Realisierung von Humanisierungszielen stellt sich insofern als eine Frage nach Kräfteverhältnissen und sich daraus ergebenden begrenzten Durchsetzungschancen.

Innergewerkschaftlich bewirkte das Programm eine Sensibilisierung einer steigenden Anzahl gewerkschaftlicher Funktionsträger gegenüber technischen Neuerungen. Die Kritik, die von gewerkschaftlicher Seite an dem Programm geübt wird, bezieht sich auf die darin angelegte Ambivalenz: Belastungsabbau mit Hilfe neuartiger technischer Systeme geht einher mit massivem Arbeitsplatzabbau, eindimensionale technische Lösungen führen häufig zu Belastungsverschiebungen, zu Leistungsverdichtung und Dequalifikationserscheinungen. Humanisierungsprojekte scheitern, wenn eine verbesserte Qualifikationsstruktur oder erweiterte Handlungsspielräume für die Beschäftigten erreicht werden sollen.<sup>1</sup> Die Akzeptanz durch die Beschäftigten soll nach den Vorstellungen der Unternehmer und der staatlichen Bürokratie von den Gewerkschaften gewährleistet werden. Diese Zielsetzung steht im Widerspruch zu gewerkschaftlichen Orientierungen und Aufgaben.

## 2. Die Innovations- und Beratungsstellen der IG Metall

Die IG Metall vertritt in der Technologiepolitik weitgehend einen Kurs, der auf Erhaltung und Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch innovationsfördernde Strukturpolitik gerichtet ist. Dazu gehören die Spezialisierung auf wachstumsintensive Industriezweige und die Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten. Dabei bemüht sich die IG Metall in ihrer Programmatik und auch weitgehend in ihrer Praxis um eine Verbindung dieser Modernisierungskonzeption mit Maßnahmen zur sozialen Abfederung negativer Folgen der Einführung neuer Technologien für die Belegschaften.

Im Rahmen dieser Strategie wurden in Hamburg und West-Berlin Innovationsberatungsstellen und beim Vorstand ein HdA-Beraterstab mit 10 Mitarbeitern eingerichtet. Finanziert werden diese Einrichtungen als Projekte des Projektträgers „Humanisierung der Arbeit“. Es gehört zu den erklärten Zielen der Innovations- und Technologieberatungsstellen (IBS/IGM), das Problembewußtsein und die Handlungsbereitschaft der Betroffenen zu fördern, um die betrieblichen Interessen der Belegschaften sowie die gesamtgesellschaftlichen Folgen deutlicher zu erkennen. „Darüber hinaus sollen mit Hilfe der Innovationsberatungsstellen Kontrollkriterien, Handlungsalternativen und Orientierungshilfen gegenüber der unternehmerischen und staatlichen Innovationspolitik erarbeitet werden.“<sup>2</sup>

1 WSI, Gewerkschaften und Humanisierung der Arbeit. Zur Bewertung des HdA-Programms. Schriftenreihe „Humanisierung des Arbeitslebens“ Bd. 15 (Hrg. BMFT), Frankfurt/New York 1980. Vgl. auch: K. Priester, Humanisierung oder Rationalisierung? Zum Forschungsprogramm „Humanisierung der Arbeit“ in der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 3, Frankfurt/M. 1980, S. 66 ff.

2 Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall (IBS/IGM), Zusammenfassender Erfahrungsbericht 1979-1982, März 1982, S. 2 (Arbeitspapier).

Um dies zu erreichen, wurden für die Technologieberatungsstellen folgende Aufgaben formuliert:

- Informationen über technische Entwürfe und deren Auswirkungen sollen ausgewertet und ausgetauscht werden;
- branchenbezogene und betriebliche Probleme werden regional ermittelt;
- Informationsdefizite sollen abgebaut und dadurch Problembewußtsein und Handlungsbereitschaft bei den Belegschaften erhöht werden;
- betriebliche Konzeptionen sollen erarbeitet werden, um bei technisch-organisatorischen Umstellungen Alternativen zur Weiter- und Neuentwicklung von Produkten und Produktionsverfahren zu entwickeln;
- Kontakte zwischen Gewerkschaften und wissenschaftlichen Einrichtungen werden hergestellt und ausgebaut, um zusätzliche Beratungskapazitäten bereitzustellen.

In dem Leistungsangebot der IBS werden nachfrageorientierte Aktivitäten, die auf einen aktuellen Beratungsbedarf ausgerichtet sind, von Informationsangeboten unterschieden, die auf zukünftige Entwicklungen hinweisen und den Informationsvorsprung der Unternehmenseite vermindern sollen.

„Nachfrageorientierte“ Kurzberatung bezieht sich auf fast täglich vorkommende Probleme, für die zum großen Teil schon Lösungen bekannt sind und die in Gesprächen und durch Unterlagen gelöst werden können. Wenn sich die Nachfragen auf komplexe technisch-organisatorische Innovationen beziehen und noch keine Problemlösungen bekannt sind, müssen spezielle Lösungskonzepte entwickelt werden. Dies erfolgt, nachdem die Aussichten, das Projekt zu realisieren, geklärt worden sind. Als Kriterium müssen folgende Fragen beantwortet sein: Inwieweit sind technisch-organisatorische Veränderungen noch beeinflussbar? In welchem Stadium der Realisierung befinden sie sich? Welche Gestaltungs- und Handlungsspielräume sowie Mitwirkungsmöglichkeiten bestehen für die betriebliche Interessenvertretung? Außerdem soll berücksichtigt werden, inwiefern der Fall Modellcharakter hat, um bei zukünftigen Anfragen, die ähnlich gelagert sind, übertragen werden zu können.

Wenn die betrieblichen Voraussetzungen erfolgreich eingeschätzt werden, wird eine Bestandsanalyse und ein umfangreicher Informationsaustausch eingeleitet, und es werden gegebenenfalls wissenschaftliche Beratung, organisationsinterne Sachverständige und die jeweiligen Geschäftsleitungen hinzugezogen. Sachlich beziehen sich die betriebsbezogenen Beratungen überwiegend auf technische, organisatorische und soziale Probleme beim Einsatz informationsverarbeitender Techniken in mittleren und kleinen Unternehmen (d. h. bei Einführung von Arbeitsplätzen mit Datensichtgeräten, beim Einsatz von CNC-Maschinen und personenbezogener Kontrolle durch computergestützte Informationssysteme). Die Wünsche nach Beratung beziehen sich bei Bildschirmarbeitsplätzen überwiegend auf Fragen der ergonomischen Gestaltung.

Gegenüber ausschließlich arbeitsmedizinischen bzw. ergonomischen Nachfragen in der Beratung versuchen die Mitarbeiter der IBS auf langfristige Auswirkungen der Arbeitsintensivierung, Arbeitsteilung, Monotonie und damit zusammenhängende soziale und psychische Probleme hinzuweisen. Alternati-

ven werden umfassender entwickelt, z. B. Konzepte von Mischarbeitsplätzen bzw. computergestützten Arbeitssystemen mit kompetenz- und qualifikations-erhaltenden Arbeitsvollzügen und der Erhaltung von Kommunikations- und Dispositionsmöglichkeiten.

Neben solchen Beratungen wird eine überbetriebliche Informationsvermittlung in Form von Fachgesprächen durchgeführt. Neben der Vermittlung von Kenntnissen über technische Entwicklung und soziale Folgen werden dabei auch die Erfahrungen der Teilnehmer aufgearbeitet und damit nutzbar gemacht. Gezielte Weiterbildungsangebote richten sich im wesentlichen auf die Vermittlung technischer Kenntnisse, also z. B. Grundkenntnisse der Mikrocomputertechnik oder auf Kenntnisse im Bereich der Installation, Wartung und Instandhaltung von Techniken der rationellen Energieverwendung. Zusammen mit Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen werden Weiterbildungsangebote entwickelt, die außer technologischen Entwicklungstendenzen (z. B. Veränderung der Fertigungstechnik, Hochgeschwindigkeitsbearbeitung, Steuerungs- und Handhabungstechnik) auch Veranstaltungen über neue Organisationskonzepte, über Probleme der Schichtarbeit oder Streß am Arbeitsplatz anbieten.

Beratungsnachfragen, die sich auf Produktionsinnovationen richten, machen nur etwa ein Zehntel aller Fälle aus. Die Mehrzahl derartiger Anfragen werden von Betriebsräten dann gestellt, wenn in den Betrieben Aufträge ausbleiben und kurzgearbeitet werden muß. Nach der Darstellung im Erfahrungsbericht (1979 - 1982) IBS/IGM verhalten sich die Unternehmensleitungen sehr zurückhaltend gegenüber Vorschlägen, die von gewerkschaftlicher Seite zu Produktinnovationen vorgelegt werden, obwohl damit in vielen Fällen eine Verbesserung der ökonomischen Situation der Betriebe verbunden gewesen wäre, ohne daß die Beschäftigten weitreichende Rechte im Betrieb errungen hätten. Mit solchen Vorschlägen wird von den Beschäftigten vielfach die Hoffnung verbunden, daß ihre Arbeitsplätze gesichert würden.

Die im BetrVG enthaltenen abgestuften Mitwirkungs- und Informationsrechte der Betriebsräte lassen dem Management große Entscheidungs- und Handlungsspielräume bei der Einführung neuer Technologien oder von effizienteren Organisationsformen. Gerade in Klein- und Mittelbetrieben werden mit Hinweis auf die Konkurrenzfähigkeit bzw. die Erhaltung des Betriebs betriebswirtschaftlich motivierte Rationalisierungsmaßnahmen oft widerstandslos durchgesetzt. Die gewerkschaftliche Beratung kann die betriebliche Auseinandersetzung nur durch Informationen beeinflussen. Es kommt dann auf die Entwicklung der realen Kräfteverhältnisse im Betrieb an, um eine ausschließlich auf verbesserte Kapitalverwertung gerichtete Technologie politisch zu verhindern.

### 3. Konversionsarbeitskreise

Mit der Konzeption der „sozial nützlichen Produktion“ wird versucht, bei der Gestaltung der Produkte den Einfluß der Belegschaften geltend zu machen. Seit einigen Jahren hat sich im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich

eine intensive Diskussion um die Rüstungsproduktion entwickelt. In der schwierigen Situation, einerseits Rüstungsproduktion abzulehnen und andererseits Arbeitsplätze sichern zu müssen, kann der Nachweis der Erhaltung von Arbeitsplätzen durch Umstellung auf sozial nützliche Produkte einen Weg weisen; zumal die Rüstungsproduktion, wie die Werftenkrise zeigt, in hohem Maße krisenanfällig ist und sie darüber hinaus im Vergleich zu den Sektoren der zivilen Produktion auch weniger beschäftigungsintensiv ist.<sup>3</sup>

In Konversionsarbeitskreisen entwickeln Belegschaftsmitglieder Vorstellungen über neue Produkte bis hin zur Planung und sogar Organisierung des Herstellungsprozesses. Solche betrieblichen Arbeitskreise werden von den Innovations- und Technologieberatungsstellen der IG Metall unterstützt. Bekannt sind vor allem die Arbeitskreise in der Flugzeugindustrie (VFW-Fokker, heute MBB), in der Werftindustrie (Blohm & Voss), in der Maschinenbauindustrie (MAK, Kiel) u. a. Außerdem existieren Arbeitskreise in Betrieben, in denen nur ein Produkt hergestellt wird oder in denen Luxuskonsumgüter produziert werden.

Die Konversionsarbeitskreise stützen sich z. T. auf Erfahrungen, wie sie auch in anderen westeuropäischen Ländern gemacht wurden (z. B. Lucas Aerospace).<sup>4</sup> Mit dem Konzept sozial nützlicher Produktion ist letztlich die Frage nach der Beeinflussung zentraler Unternehmensentscheidungen über Produkte und Investitionen gestellt. Legitimiert wird dieser Anspruch nicht nur mit dem Recht auf Mitbestimmung über den Arbeitsprozeß, sondern auch mit der Frage, welche Produkte der arbeitenden Bevölkerung nützen. Mit Vorschlägen zur Produktinnovation wird der Beweis erbracht, daß die Lohnabhängigen selbst in der Lage sind, in grundsätzliche betriebliche Entscheidungsbereiche einzugreifen und technische und organisatorische Kompetenzen einzubringen. Die Ziele der verschiedenen Arbeitskreise beziehen sich auf Produkte in Problembereichen wie Umweltschutz, Energieeinsparung, Medien, Rohstoffgewinnung.

Durch eine Reihe von Faktoren wird die Entstehung solcher betrieblichen Arbeitskreise gefördert:

- In Großbetrieben können leichter Arbeitskreise entstehen als in Klein- oder Mittelbetrieben, zumal der gewerkschaftliche Organisationsgrad hier meist höher liegt und durch Vertrauensleute solche Diskussionen angeregt worden sind. In Großbetrieben sind Forschungs- und Entwicklungsabteilungen vorhanden, mit denen die Voraussetzung für eine Umorientierung der Produktpalette eher geschaffen werden kann. Insofern bestehen hier auch günstigere Bedingungen, bei entsprechendem Druck der Belegschaften staatliche Mittel für Konversionsprojekte zu erlangen.

- Eine flexible Fertigungsstruktur mit Universalmaschinen ermöglicht die Herstellung verschiedenartiger Produkte. Im Maschinen- und Anlagenbau

3 Vgl. J. Huffschnid (Hrsg.), Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion, Köln 1981; ders., Rüstungskonversion als Verbindung friedenspolitischer und sozial-ökonomischer Interessen, in: WSI-Mitteilungen 6/1983, S. 371 ff.

4 Vgl. P. Löw-Beer, Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas Aerospace, West-Berlin 1981.

finden sich deswegen auch am ehesten Arbeitskreise zur alternativen Produktion.

– Eine qualifizierte Belegschaft mit hoher technischer und sozialer Kompetenz ist eine weitere wichtige Voraussetzung für die Entstehung und die Arbeit solcher Arbeitskreise.

Über die Erfolge der betrieblichen Arbeitskreise kann aufgrund der kurzen Zeit ihres Bestehens noch wenig gesagt werden. Der Einfluß auf die gewerkschaftliche Technologiepolitik ist bisher gering einzuschätzen. Die technologiepolitische Konzeption müßte nach Meinung der Aktiven erweitert werden. Dabei spielen neben der Forderung nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen und staatlich kontrolliertem Strukturwandel tarifpolitische Ziele wie Arbeitszeitverkürzung, Rationalisierungsschutz, Mindestnormen für Arbeitsinhalte und bei Belastungen und Schutz vor weiterer Arbeitsintensivierung in der Diskussion eine Rolle. Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf dem Feld der Rationalisierung ist heute deutlicher denn je geworden. Die Position „Ja, aber“ oder „Wir sind keine Maschinenstürmer“ wird von vielen Gewerkschaftern nicht mehr geteilt.<sup>5</sup> Sie verlangen von ihrer Gewerkschaft als ihrer Interessenvertretung eindeutige Aussagen, welche Rationalisierungsmaßnahmen akzeptiert werden können und welche nicht.<sup>6</sup>

Die Ansiedlung des Konzepts Innovations- und Technologieberatung auf der örtlichen Ebene könnte langfristig die Verbindungen zwischen generellen Orientierungen gewerkschaftlicher Technologiepolitik und den betrieblichen Umsetzungsproblemen verbessern. Die Technologieberatungsstellen würden eine wichtige Funktion der Beratung und der Umsetzung für betriebliche Funktionsträger erhalten. Aufgrund dieser Erfahrungen haben sich Delegierte aus Hamburg und West-Berlin auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall für die zukünftige Finanzierung der IBS durch die IG Metall ausgesprochen. Die Gegenargumentation bezieht sich darauf, daß aufgrund der finanziellen Belastungen durch den Streik keine neuen Aufgaben, die mit Kosten verbunden sind, von der Gewerkschaft übernommen werden könnten. Es bleibt aber das Problem, ob nicht gerade durch den Tarifabschluß in der Metallindustrie vom Sommer 1984, der die Regelung flexibler Arbeitszeiten auf die betriebliche Ebene verlagert, der Informations-, Beratungs- und Schulungsbedarf im Zusammenhang mit Rationalisierung, Arbeitszeitregelung und Entlohnung so gewachsen ist, daß die Technologieberatung einen größeren Stellenwert als in der vergangenen Zeit für die betriebliche Praxis erhalten wird.

5 Vgl. z. B. F. Steinkühler, Einbahnstraße Technik? Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den „neuen Technologien“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1984, S. 188 ff.

6 Vgl. Geschäftsbericht der IG Metall 1980 bis 1982, Frankfurt/M. 1983, S. 420.



# **Zur Wissenschaftsentwicklung in der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK)**

*Herbert Wiedermann*

*1. Gründung, Selbstverständnis, Zielsetzung – 2. Organisation, Handlungsfelder, Veröffentlichungen – 3. Hauptarbeitsgebiete der AG SPAK – 3.1 Alternative Ökonomie – 3.2 Armut und Sozialstaat*

## **1. Gründung, Selbstverständnis, Zielsetzung**

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) versteht sich als ein bundesweiter Zusammenschluß sozialpolitisch arbeitender Basisgruppen und Einzelpersonen. Ihr gemeinsamer Nenner: Das Interesse an sozialen Fragen und sozialpolitisches Engagement in einem breiten Spektrum der sozialen Arbeit (Behinderten-, Obdachlosen-, Stadtteilarbeit u. a.).<sup>1</sup>

Einen ersten Anstoß zur Bildung studentischer Arbeitsgruppen für die freiwillige Sozialarbeit gaben insbesondere die kirchlichen Studentengemeinden mit ihren überkonfessionellen Diakonie-Caritas-Kreisen. Mitte der 60er Jahre begannen sich diese überwiegend mit gesellschaftlichen Randgruppen arbeitenden Arbeitskreise ideologisch und organisatorisch von den kirchlichen Institutionen zu lösen.<sup>2</sup> Eines der bestimmenden Motive für die Gründung der AG SPAK 1970 ergab sich dabei aus den konkreten Anforderungen in den sozialen Projekten, die Erfahrungsaustausch, Diskussion und Reflexion der Theorie und Praxis mit ähnlich arbeitenden Gruppen notwendig machten. So ist es auch heute noch Hauptziel und -zweck der AG SPAK, die Kommunikation unter den sozialpolitisch arbeitenden Basisgruppen herzustellen.

Die Entwicklung der AG SPAK kann nur verstanden werden vor dem Hintergrund der zunehmenden Verwissenschaftlichung der Sozialarbeit zu Beginn der siebziger Jahre.

Wenn neben Überresten religiöser Konzeptionen besonders psychoanalytische Theorien in der bundesdeutschen Sozialarbeit bis Mitte der sechziger Jahre theoretisch vorherrschten, so gewannen danach im Zuge der Verwissenschaftlichung der sozialarbeiterischen Ausbildung an den Fachhochschulen für Sozialarbeit strukturell-funktionalistische Erklärungsmuster sozialer Pro-

1 AG SPAK, Faltblatt, o. O. o. J.

2 Obdachlosenarbeit in der BRD. Trendlinien kommunaler Obdachlosenpolitik, Projekterfahrungen, Handlungsanleitungen zur Zusammenarbeit mit Obdachlosen, Materialien (M) 28, West-Berlin 1977, S. 198.



bleme an Bedeutung, die selbst oft noch mit Elementen der Psychoanalyse durchdrungen waren. Diese Theorien konnten sich in der Sozialarbeit jedoch kaum durchsetzen, da es ihnen nicht gelingt, die Beziehung zwischen primären sozialen Problemen, wirtschaftlicher Entwicklung, Klassenkämpfen und den Erfahrungen der Betroffenen adäquat zu erklären. Neben dieser Richtung begannen besonders Sozialwissenschaftler, die sich mit „abweichendem Verhalten“ beschäftigen, wie zuerst in den USA und in Großbritannien später auch in der BRD, ein repressives Bild der Sozialarbeit zu zeichnen und den Sozialarbeiter ausschließlich als Agenten der sozialen Kontrolle zu stigmatisieren. Wertvoll war die sozialwissenschaftliche Kritik individueller Erklärungs- und Lösungsversuche in der Sozialarbeit, doch einem „linken“ Sozialarbeiter, der seine politischen Auffassungen und Ansprüche in die Praxis umsetzen wollte, hatten die Sozialwissenschaften wenig zu bieten. In diese „Theorielücke“ stieß die AG SPAK, und sie erreichte mit ihren zunächst auf Erfahrungsaustausch beruhenden Tagungen und Kongressen einen erheblichen Einfluß unter den sich als fortschrittlich verstehenden Sozialarbeitern. Die große Ausstrahlungskraft der AG SPAK in der sozialen Arbeit erweist sich auch als Anziehungspunkt für Betroffenenengruppen, wie der aus dem „Krüppeltribunal“ hervorgegangene Arbeitsbereich Behinderte eindrucksvoll belegt. Politisch wirkt die AG SPAK bis weit in das grün-alternative Spektrum (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Netzwerk Selbsthilfe, Bund Deutscher Pfadfinder, Sozialistisches Büro u. a.). Aber auch die alten Verbindungen zur Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentengemeinden und der evangelischen Studentengemeinde bestehen fort.

Trotz der Breitenwirkung in der sozialen Arbeit schätzt die AG SPAK ihre politische Außenwirkung realistisch ein. Die AG SPAK sei nicht ein so mächtiger Faktor, daß sie ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse auch praktisch umsetzen könnte. Aber: „Wir werden jedenfalls nicht abseits stehen, wenn es darum geht, sozialpolitische Fehlentwicklungen zu verhindern und auch neue Wege zu gehen.“<sup>3</sup>

## 2. Organisation, Handlungsfelder, Veröffentlichungen

Die 1970 gegründete AG SPAK gliedert sich organisatorisch in drei Bereiche: Projektbereiche, die sich an den Arbeitsschwerpunkten der Sozialarbeit orientieren; Arbeitsbereiche, die eher der Theoriearbeit dienen; regionale Zusammenschlüsse. Jeder einzelne Arbeits- und Projektbereich ist „autonom“, veranstaltet eigene Tagungen und verfügt z. T. über eigene Informationskanäle. Leitungsebenen bilden der Vertretertag und die Treffen der Entscheidungskollektive, die sich aus den Delegierten der Projekte, Arbeitsbereiche und regionalen Zusammenschlüsse zusammensetzen. Die inhaltliche Integration wird im wesentlichen über das Entscheidungskollektiv erreicht, das auch über die Herausgabe von Publikationen bestimmt.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> So die AG SPAK in einer Selbstdarstellung.

<sup>4</sup> AG SPAK, Aufbau und Ziele. Faltblatt. o. O. o. J.

*Die Arbeitsbereiche:*

– *Alternative Pädagogik.* Vor dem Hintergrund des Versagens der herkömmlichen Bildung wächst die Zahl der selbstorganisierten Bildungsprojekte. Der Arbeitsbereich Alternative Pädagogik dient dem praktischen Erfahrungsaustausch und der Reflexion, wobei aus der „Pädagogik der Befreiung“ des bolivianischen Priesters und Pädagogen *Paulo Freire* wichtige Anregungen entnommen wurden. *Freire* nutzte die Alphabetisierung der Erwachsenen zur gleichzeitigen Vermittlung fortschrittlicher Bildungsinhalte. Die publizistischen Schwerpunkte des Arbeitsbereichs liegen in den Fragen, die die Volkerziehung in Lateinamerika aufwirft<sup>5</sup> sowie in der Diskussion der unterschiedlichen Modelle der Alternativschulen (Twind, Waldorf u. a.) und der Alternativpädagogik (*Makarenko, Montessori* u. a.).<sup>6</sup>

– *Provinzarbeit.* Ein großes Problem der Sozialarbeit auf dem Lande liegt in der relativen Isolation von ähnlich arbeitenden Gruppen und anderen demokratischen Bewegungen. Um die Isolation zu durchbrechen und hervorgehend aus der Weiterentwicklung der Jugendzentrumsbewegung, konstituierte sich bei dem Stadt-Land-Dialog 1980 in West-Berlin der Arbeitsbereich Provinzarbeit. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen neben dem Erfahrungsaustausch in der Unterstützung der bundesweiten Vernetzung und der Förderung und Initiierung von Modellprojekten.<sup>7</sup>

– *Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften (KOST).* Ausgehend von einer Kritik der öffentlichen Erziehung entwickelten zu Beginn der 70er Jahre Sozialarbeiter und betroffene Jugendliche Alternativen zur Heimerziehung in der Form von Jugendwohngemeinschaften.<sup>8</sup> Die Jugendwohngemeinschaften hatten von Anfang an zahlreiche finanzielle, rechtliche und pädagogische Hindernisse zu überwinden. Um hier Hilfestellung zu leisten, wurde 1976 KOST gegründet. Die Koordinierungsstelle nimmt Beratungsfunktionen bei Rechts- und Finanzierungsfragen sowie bei pädagogischen Problemen wahr.

– *Alternative Ökonomie.* Angesichts von heute über zweieinhalb Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen hat die Suche nach Alternativen, die auch die materielle Reproduktion absichern, zu einem sprunghaften Anwachsen der Zahl von Projekten der „alternativen Ökonomie“ geführt. Seit 1978 denkt auch die AG SPAK in einem überregionalen Theoriarbeitskreis über „alternative Ökonomie“ nach. Die Teilnehmer arbeiten in traditionellen Arbeitsbe-

5 H. Schulze (Hrsg.), *Volkerziehung in Lateinamerika. Von der Theorie Paulo Freires zur politischen Praxis der Unterdrückten*, Materialien 33; Schimpf-Herken, *Erziehung zur Befreiung? Paulo Freire und die Erwachsenenbildung in Lateinamerika*, M 42, West-Berlin 1979; H. Schulze, *Sozialarbeit in Lateinamerika. Solidarisieren – nicht integrieren*, M 53, West-Berlin 1983.

6 R. Knauer, E. Krohn, P. Höner, *Lernen geht auch anders. Reader zu Alternativ-Schulen und Alternativpädagogik*, M 39, West-Berlin 1979.

7 Vgl. A. Herrenknecht, D. Leeke (Hrsg.), *Jahrbuch der Provinzarbeit*, o. O. o. J.

8 Vgl. KOST (Hrsg.), *Einschätzungen, Berichte, Literatur zu Jugendwohngemeinschaften*, AG SPAK Publikationen. *Zu den Alternativen der Heimerziehung: P. Bosch, Fürsorgeerziehung. Heimterror und Gegenwehr*, Frankfurt 1971. *Autorenkollektiv (Ahlheim u. a.), Gefesselte Jugend, Fürsorgeerziehung im Kapitalismus*, Frankfurt 1971.

reichen und in selbstverwalteten Projekten. Gemeinsam ist ihnen die Vorstellung von einer dezentral aufgebauten alternativen Ökonomie.<sup>9</sup> Kontrovers wird diskutiert, welchen Stellenwert die Alternativkonzepte im Rahmen einer Gesamtstrategie zur Veränderung der Gesellschaft haben. Die Themenschwerpunkte des Arbeitskreises liegen in der Diskussion der Genossenschaftsbewegung, der Produktionsweise (männlich/weiblich), von Modellbetrieben und der Vernetzung. Zu den wichtigsten Publikationen des Arbeitsbereiches gehören die von *Rolf Schwendter* herausgegebenen Bände zur alternativen Ökonomie.<sup>10</sup>

– *Behinderte*. Im Jahr der Behinderten wiesen aktive Behinderte im Bundesgebiet mit dem „Krüppeltribunal“ auf ihre Diskriminierung und Aussonderung aus dem gesellschaftlichen Leben hin. Diese Behinderteninitiative schloß sich 1983 der AG SPAK an. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit bildet die Abwehr von Rotstiftmaßnahmen im Behindertenbereich, da die massiven Einschränkungen die gesellschaftliche Isolierung der Betroffenen zur Folge haben. Der Arbeitskreis verfißt das Prinzip der „Selbstvertretung der Behinderten“, weil sie aufgrund eigener Betroffenheit am besten in der Lage seien, neue Vorstellungen einer behindertengerechten Umwelt zu entwickeln. Der Arbeitskreis arbeitet eng mit der Katholischen Studentengemeinde zusammen.<sup>11</sup>

Entsprechend den Arbeitsschwerpunkten der Sozialarbeit kennt die AG SPAK fünf Projektbereiche.

– *Jugendzentren*. Angefangen hat die Arbeit in diesem Bereich 1975. Sie erfaßt nach Angaben der AG SPAK rd. 50 regionale Zusammenschlüsse von selbstorganisierten Gruppen, die sich gegenseitig unterstützen. Themen der Landes- und Bundestreffen waren bisher: Selbstverwaltung, Alltag im Jugendzentrum und bundesweite Zusammenarbeit.<sup>12</sup>

– *Kriminalpolitik*. Der Projektbereich begann mit karitativer Resozialisierungsarbeit. Seit 1980 kann eine deutliche Verlagerung zu allgemeinpolitischen Fragestellungen beobachtet werden. Unter dem Einfluß norwegischer Kriminalitätstheorien definiert der Projektbereich seine Position als „abolitionistisch“.<sup>13</sup> Der KRAK geht davon aus, daß sogenannte Reformen in allen auf Zwang ausgerichteten Systemen nur eine legitimatorische Funktion haben; deshalb müsse die Forderung nach Abschaffung dieser Systeme im Vordergrund stehen. In einem neueren Buch des Projektbereiches über kriminalpolitische Konzeptionen wird die abolitionistische Position jedoch nicht mehr durchgehalten.<sup>14</sup>

9 Vgl. Seminarzeitung „Alternative Ökonomie“ der AG SPAK, Tagung vom 16.–31. Juli 1983 in Altenmelle (hektographiert).

10 R. Schwendter (Hrsg.), *Zur Alternativen Ökonomie*, 3 Bde, West-Berlin 1975–1979 (M 19, 29, 35).

11 Vgl. Leisen/Trabert, *Selbsterfahrung. Ein Weg für Nichtbehinderte zum besseren Verständnis des Behinderten*, AG SPAK Publikationen.

12 Vgl. „Wandzeitung“. Rundbrief für Jugendzentren, und: „Selbsthilfematerialien“ für Jugendzentren (u. a. mit Literatur von und für Jugendzentren, Recht).

13 Th. Mathiesen, *The Politics of Abolition*. *Scandinavian Studies in Criminology* (4), Oslo 1974.

14 J. Staiber, *Kriminalpolitik und Strafvollzug*, M 34, West-Berlin 1978.

– *Psychisch Kranke*. Der Projektbereich versucht die herrschende, als unmenschlich verstandene Psychiatrie „auseinanderzunehmen“. Gegründet von studentischen Laienhelfern, deckt er heute ein breites Arbeitsfeld ab: Bezugsgruppen in Landeskrankenhäusern, dezentrale stadtteilbezogene Einrichtungen (Patientenclubs, Teestuben, Beschwerdezentren und Gesundheitsläden). Die Zielvorstellungen des Projektbereichs beschreiben Alternativen zur herrschenden Psychiatrie: Abschaffung der Großkrankenhäuser zugunsten gemeindenaher Einrichtungen, weitestgehender Ersatz der „professionellen Fremdverwaltung“ durch therapeutische Selbsthilfegruppen. Der Projektbereich verweist die ehemaligen Patienten nicht auf die Subkultur, sondern fordert ihre Organisation im DGB.<sup>15</sup>

– *Obdachlosenarbeit*. Dieser mit 12 Jahren älteste Projektbereich geht von der Position aus, daß Obdachlosigkeit im Zusammenhang mit allgemeiner Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und damit der Armutdiskussion in der BRD gesehen werden muß. Dementsprechend suchen die Initiativgruppen (Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit, Gemeinwesenarbeitsansätze) die Zusammenarbeit mit Arbeitslosenprojekten, Selbsthilfegruppen und Mieterinitiativen. Die „Vernetzung“ scheint im Lande Hessen am weitesten vorangekommen zu sein, wo es gelang, durch die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft „Soziale Brennpunkte“ die Kooperation im Bereich von Obdachlosenarbeit und Sozialhilfegruppen zu verbessern. Aus dem immer wieder aufbrechenden Widerspruch zwischen karitativer Verwaltung von Obdachlosigkeit oder Verwirklichung weitergehender politischer Ansprüche entwickelt der Projektbereich Zielvorstellungen für die heutige Obdachlosenarbeit.<sup>16</sup>

– *Stadtteilarbeit*. Stadtsanierung, Wohnungsspekulation, Straßen- und andere Bauvorhaben sind für viele Menschen Anlaß, sich zu Mieterinitiativen und Stadtteilgruppen zusammenzuschließen. Der Projektbereich Stadtteilarbeit hat sich im Juni 1983 mit dem AK Wohnen und Umwelt des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz vereinigt. Die Themenschwerpunkte der Diskussion waren u. a.: bewohnerorientierte Stadt- und Dorfsanierung, Wohnumfeldsanierung und Verkehrsberuhigung, ökologisches und genossenschaftliches Bauen, Basisdemokratie, Bürgerbeteiligung, Mieter-Mitbestimmung, neue Mieterbewegung, neue Eigentumsformen.

15 Vgl. Arbeitskreis Demokratische Psychiatrie (Hrsg.), Gegen die Logik der Aussonderung. Psychisches Leiden und Behinderung zwischen Ausschluß und Befreiung, M 58; Zur Darstellung von Antipsychiatrieprojekten: R. Schwendter (Hrsg.), Jahrbuch der Psychiatrie I, M 54; K. E. Brill, Alternativen zum Irrenhaus. Auf der Suche nach einer veränderten Praxis, M 45; R. Schwendter (Hrsg.), Reader zur Psychiatrie und Antipsychiatrie, Bd. 1, M 32; Zur Kritik an der Schizophrenie-Theorie: A. Stauff, Von wegen schizophran, M 56.

16 Vgl. zur Funktion der Sozialarbeit und zur Darstellung „linker“ Theorien zur Randgruppenarbeit: M. Kühn, M. Preis, Widerstand aus der Hinterwelt, M 40, West-Berlin 1979. Eine sozialpädagogisch angelegte Studie über Handlungsansätze zur Veränderung der Lebensverhältnisse „Deklassierter“: Hess-Diebacker, Deklassierte Arbeiterfamilien, M 43, West-Berlin 1980. Grundlegend für die Theoriebildung der AG SPAK: Obdachlosigkeit in der BRD, a.a.O., sowie eine Studie, deren Wert im wesentlichen in der Argumentation gegen die Theorie des abweichenden Verhaltens liegt: N. Preußner, Empirie einer Subkultur, M 20, o. O. o. J.



### 3. Hauptarbeitsgebiete der AG SPAK

Die eigenständigen größeren wissenschaftlichen Arbeiten der AG SPAK konzentrieren sich im wesentlichen auf zwei Arbeitsgebiete: Alternative Ökonomie – Armuts- und Sozialstaatsdiskussion.

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und umfangreicher Kürzungen im Sozialbereich liegen die Arbeitsschwerpunkte der AG SPAK im Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ideologisch finden wir in beiden Arbeitsgebieten unterschiedliche Positionen in bezug auf die Rolle der Arbeiterklasse als gesellschaftsverändernde Kraft. *Rolf Schwendter* (Alternative Ökonomie) überinterpretiert die sozialstrukturellen Differenzierungsprozesse in der Arbeiterklasse und löst sie als sozialökonomisch einheitliche, antagonistische Gegenklasse auf in eine „Milchstraße“ von Gruppen, Agglomerationen, Klassenfraktionen etc. mit je unterschiedlichen Normen und Werthaltungen.<sup>17</sup>

Demgegenüber sieht *Norbert Preußner* (Sozialstaatsdiskussion) in der Arbeiterklasse auch heute jene soziale Kraft, die allein dauerhafte gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen vermag.<sup>18</sup> Gemeinsam ist beiden, daß ihr Weg zu einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft im „Utopischen“ verbleibt und eine wissenschaftlich begründete Gesamtstrategie nicht versucht wird.

#### 3.1 Alternative Ökonomie

Mit dem sprunghaften Anwachsen der Zahl von Projekten der „alternativen Ökonomie“ sind in den Diskussionen über mögliche und realistische Alternativen zugleich viele Fragen aufgeworfen worden: Kann es ökonomisch und politisch überlebensfähige „Inseln“ im Kapitalismus geben? Kann man mit ihnen einen Beitrag zur Gesellschaftsveränderung leisten? Welche Auswirkungen hat die neue Art zu leben und zu arbeiten auf das Zusammenleben und die Gruppenprozesse in den Initiativen? Liegt die Zukunft der Alternativprojekte in der langfristigen und umfassenden Vernetzung oder verurteilt der Konkurrenzkampf auf dem Markt der alternativen und gesellschaftlichen Ökonomie zu einer isolationistischen Politik? Welcher historischen Erfahrungen haben sich alternative Projekte zu versichern, wenn vermeidbare Fehler in der heutigen Praxis nicht wiederholt werden sollen?

Die AG SPAK versucht in dem von *Rolf Schwendter* herausgegebenen dreibändigen Werk „Zur Alternativen Ökonomie“ zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu beziehen.<sup>19</sup> Die Bände 1 und 2 enthalten in einem ersten Teil Beiträge zur theoretischen Diskussion der alternativen Ökonomie, die in einem zweiten Teil um die Darstellung der Praxis alternativer Projekte ergänzt wird.

17 Grundlegend: R. Schwendter, *Theorie der Subkultur*, Frankfurt a. M. 1978, 2. Auflage.

18 Vgl. N. Preußner, *Anmerkungen zur Sozialstaatsdiskussion*, in: N. Preußner (Hrsg.), *Armut und Sozialstaat*, Bd. 1, M 48, München 1983, (2. Aufl.) S. 5–11.

19 R. Schwendter (Hrsg.), *Zur Alternativen Ökonomie*, a.a.O.

Der 3. Band geht als Reader ausführlich auf die Geschichte der Selbsthilfeprojekte ein.

Wegen ihrer großen Bedeutung für die Diskussion in der AG SPAK und darüber hinaus soll besonders auf die „Notate zur Kritik der alternativen Ökonomie“ von *Schwendter* eingegangen werden.<sup>20</sup> *Schwendter* kritisiert den aus der APO stammenden Begriff Gegenökonomie. „Gegenökonomie“ bezeichne zwar richtig die Notwendigkeit, auch eine ökonomische Basis zur Reproduktion „nonkonformer“ Personengruppen zu schaffen; das Konzept bleibe jedoch fehlerhaft, weil die Möglichkeiten ökonomischer Veränderungen unter den gegebenen Bedingungen überschätzt würden. Unter Rückgriff auf die historischen Erfahrungen des utopischen Sozialismus und der Anfänge der Arbeiterbewegung verweist er den Gedanken, mittels eigener Unternehmen den Privatkapitalismus niederzukonkurrieren zu können, ins Reich der Illusion.<sup>21</sup> Der bescheidenere Begriff „Eigenökonomie“ wird kommentiert als „die gute, alte gegenseitige Hilfe (bei Umzügen, Wohnungssuche, Einkauf), eine Ökonomie der Konsumtion, die sich ökonomisch zur kollektiven Robinsonade entwickeln kann“.<sup>22</sup>

Dagegen stellt *Schwendter* seine eigene Definition der alternativen Ökonomie: Sie sei „eine Reproduktionsbasis subkultureller Individuen, im günstigeren Fall mit dem Zweck, Gebrauchswerte für subkulturelle (politische, religiöse etc.) Arbeit zur Verfügung zu stellen.“<sup>23</sup> Diese Definition ist bescheidener als der Begriff „Gegenökonomie“, geht aber über die Schaffung „eigener“ Produktionsverhältnisse hinaus. Projekte der alternativen Ökonomie sind für den Herausgeber „subkulturelle Einzelkapitale“, die von der Einverleibung „subkultureller Lohnarbeit“ der Projektmitglieder leben. Das „unzweifelhaft progressive Moment“ alternativer Projekte liege darin, daß die Projektmitglieder zugleich ihre eigenen Lohnarbeiter und Kapitalisten seien.<sup>24</sup> Die subkulturellen Kapitale verfügten über nur wenig „konstantes Kapital“ (Maschinen, Produktionsanlagen), der Anteil an „variablem Kapital“ (menschliches Arbeitsvermögen) sei sehr hoch. Um überhaupt akkumulieren zu können, müßten die subkulturellen Lohnarbeiter/Kapitalisten die Kosten der Ware Arbeitskraft unter das allgemeine Existenzminimum drücken. Selbstaussbeutung sei ein strukturelles Prinzip der alternativen Ökonomie.<sup>25</sup> Mit dem Hinweis, daß es auch noch verschiedene Möglichkeiten der Umverteilung von „Revenue“ an die Subkulturen gäbe, wird indirekt eingeräumt, daß die alternativen Projekte in ökonomischer Abhängigkeit vom im formellen Sektor erarbeiteten Sozialprodukt leben müssen und auf sich allein gestellt kaum überleben könn-

20 Rolf Schwendter studierte an der Universität Wien Rechtswissenschaften, Staatswissenschaft und Philosophie. 1971–1974 Assistent am Institut für Politische Wissenschaften an der Universität Heidelberg. Seit 1975 Hochschullehrer für Devianzforschung an der Gesamthochschule Kassel.

21 R. Schwendter, Zur Alternativen Ökonomie, Bd. 1, a.a.O., S. 1.

22 R. Schwendter, Zur Alternativen Ökonomie. Eine Kurzfassung, o. O. o. J., S. 4.

23 Ebd., S. 4.

24 Ebd., S. 9.

25 Ebd., S. 5

ten.<sup>26</sup> *Schwendter* konstatiert, daß die subkulturellen Einzelkapitale untereinander und gemeinsam mit den gesamtgesellschaftlichen Einzelkapitalen konkurrieren müssen.<sup>27</sup> Die Konkurrenz mit dem gesamtgesellschaftlichen Einzelkapital könne nur solange erfolgreich sein, wie „Nischenproduktion“ betrieben wird und der subkulturelle Konsument die Produkte abnimmt. Dringe das gesamtgesellschaftliche Einzelkapital in die Marktlücke vor, zögen die alternativen Projekte in der Regel den kürzeren. Inwieweit die gesamtgesellschaftliche Konkurrenz auch die Konkurrenz und Abhängigkeit in den alternativen Projekten reproduziert, weil ihr Überleben von der Stellung im Kampf um den Markt abhängt, bleibt bei *Schwendter* unterbelichtet. Er sieht die Systemgrenzen der alternativen Ökonomie darin, daß

- sie keine Produktionsmittel in größerem Umfang herstelle,<sup>28</sup>
- der Boden teurer werde,<sup>29</sup>

– in Zeiten der Depression und Arbeitslosigkeit die Arbeitskräfte in die alternativen Projekte drängen, dann aber kaum Kapital zur Gründung der Projekte zur Verfügung steht; oder daß in Zeiten des Aufschwungs zwar genügend Kapital vorhanden sei, aber kaum jemand die Bereitschaft aufbrächte, in alternativen Projekten unter dem Existenzminimum zu arbeiten. Kurz: „Ist's Geld da, fehlen die Leut' und sind's Leut' da, fehlt's Geld.“<sup>30</sup> Langfristig überleben könnten die Projekte nur, wenn eine größere Vernetzung erreicht würde. *Schwendter* erwartet in den nächsten fünf bis sieben Jahren folgende größeren Vernetzungen: Anthroposophen, AAO, Frauenbewegung und zwei bis vier Zusammenhänge der unabhängigen Linken.<sup>31</sup> Der mit „Vernetzung“ verharmlosend beschriebene Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Projekte wird zu einer neuen Machtfülle führen. Wie mit dieser Macht umzugehen ist und wie sie gebraucht werden soll, wird nicht thematisiert.

Behindert werde die Vernetzung durch die Konkurrenz zwischen den subkulturellen Einzelkapitalen untereinander, die sich direkt in ideologischen Auseinandersetzungen ausdrücke.<sup>32</sup> *Burckert*<sup>33</sup> kritisiert mit Recht, daß die strenge Ableitung des Bewußtseins der Projektmitglieder aus ihrer alternativ-ökonomischen Lage der Auseinandersetzung mit Alternativprojekten nicht gerecht wird. Wie anders ließen sich sonst die unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen in den Projekten erklären? Alternative Projekte sind entstanden durch die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Arbeit für alle Gesellschaftsmitglieder sicherzustellen, und aus der Suche der „Marginalisierten“ nach individuellen Ausweichstrategien, solange gesamtgesellschaftliche Alternativen

26 Ebd., S. 10.

27 Ebd., S. 11.

28 Ebd., S. 9.

29 Ebd., S. 10.

30 Ebd., S. 8.

31 Ders., Zur Alternativen Ökonomie, Bd. 2, a.a.O., S. 257.

32 R. Schwendter, Zur Alternativen Ökonomie. Eine Kurzfassung, a.a.O., S. 11.

33 H. Burckert, Nachrichten aus dem Land der Regenwürmer. Anmerkungen zu einem Modewort, drei Luftschlossern und zwei Büchern der AG SPAK, in: R. Schwendter (Hrsg.), Zur Alternativen Ökonomie, Bd. 3, a.a.O., S. 109.



nicht erkennbar sind. Daß sich Alternativprojekte unter ökonomischen Gesichtspunkten kaum rentieren, war oft am Anfang klar. Ideologisch steht für die meisten Projektmitglieder das Motiv des Ausstiegs aus der Fremdbestimmung und die Suche nach sinnvoller Arbeit im Vordergrund. Man muß die Alternativprojekte insofern als eine Form ideologischer wie materieller Reaktion auf die Krisenprozesse des Kapitalismus interpretieren, in denen sich die Suche nach Elementen einer neuen Gesellschaft ausdrückt.

Wie stellt sich die AG SPAK die Bekämpfung des größten „sozialen Problems“ unserer Zeit, der Arbeitslosigkeit, vor? *Willy Bierter* und *Ernst von Weizsäcker* schlagen in einem Aufsatz Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit vor.<sup>34</sup> Ausgehend von der These, daß Konjunkturförderung die Arbeitslosigkeit nicht mehr reduziere, entwickeln sie auf die Ebenen der arbeitsintensiven Technologie und der Verkürzung der Lebensarbeitszeit bezogene Konzeptionen. Sie kritisieren den Trend zur Großtechnologie und leiten daraus die Notwendigkeit einer angepaßten, arbeitsintensiven Technologie ab. Das Problem sind die hohen Arbeitskraftkosten. Sie fordern deshalb eine direkte Subventionierung dieser Produktionssysteme „mit hoher Arbeitsbefriedigung, Umweltschonung und verminderten Infrastrukturkosten“. Weiter erwarten sie, daß „Feierabendarbeitskräfte“ oder Teilzeitarbeitskräfte, die beim Staat oder in der Industrie nur eine bescheidene Existenzsicherung haben, allein aufgrund der besseren Qualität der Arbeit in die Projekte einsteigen. Bei der gerechten Verteilung des Arbeitsvolumens lehnen sie die generelle Einführung von Arbeitszeitverkürzungen als ein zu unflexibles, den Bedürfnissen von Lohnarbeitern und Unternehmern nicht hinreichend Rechnung tragendes Instrument ab.<sup>35</sup> Sie loben die „solidarische Auffassung“ mancher Gewerkschaften, bei künftigen Tarifverhandlungen die Lohnzuwächse nicht zu maximieren, wenn Arbeitsplätze geschaffen oder abgesichert werden könnten.<sup>36</sup> Statt dessen halten sie die „flexible Teilzeitbeschäftigung“ für einen entscheidenden Beitrag zur Lösung des Arbeitsplatzproblems.<sup>37</sup> Eine Problematisierung der Teilzeitarbeit erfolgt nicht. Die Autoren übersehen, daß es sich bei den heutigen Teilzeitarbeitsplätzen mehrheitlich um psychisch und physisch stark belastende Arbeitsplätze handelt, daß sie der Arbeitsintensivierung dienen, daß die erreichten Löhne und Gehälter durchweg am Ende der Verdiensthierarchie stehen und die Sozialleistungen (Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung u. a.) unzureichend sind.<sup>38</sup>

Von der Gesamtheit und der Kombination von Konjunkturpolitik, freiwilliger Teilzeitarbeit, arbeitsintensiver, dezentralisierter Technologie und Organisation erwarten die Autoren das Entstehen einerseits einer Sekundärökonomie mit handwerklicher, moderner Kleintechnologie und hoher Arbeitsbefrie-

34 W. Bierter, E. v. Weizsäcker, Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, in: R. Schwendter, Zur Alternativen Ökonomie, Bd. 2, a.a.O., S. 26-42.

35 Ebd., S. 38.

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Vgl. Memorandum '83: Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung. Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Köln 1983, S. 268-284.

digung und andererseits einer Primärökonomie mit hochproduktiver Technik. Zur Durchsetzung dieser Strategie sei die politische Mobilisierung von Arbeitslosen, Umweltschützern, Frauen, Jugendlichen, Studenten und „Politikern und politisch Interessierten aller Gruppen, die die Unbezahlbarkeit künftiger Soziallasten vor Augen haben“,<sup>39</sup> notwendig. Aber führt eine Strategie, die schwerpunktmäßig auf den Sektor der Sekundärökonomie setzt und Arbeitslose auf diesen Sektor orientiert, nicht de facto zu einer Kapitulation vor dem Problem Massenarbeitslosigkeit, weil dort nur sehr wenige Arbeitsplätze geschaffen werden können, die zudem ständig bedroht sind? Daß eine solche Politik ausgerechnet in einer „Einheitsfront“ von Arbeitslosen bis *Heiner Geißler* verwirklicht werden soll, desorientiert nicht nur beim Kampf gegen die Rotstiftpolitik der Rechtsregierung, sondern macht auch hilflos gegenüber Vereinnahmungsversuchen von rechts!

Kapitalistische Krise und Massenentlassungen verweisen auf Produktionsverhältnisse ohne Zukunft. Die Suche nach Alternativen zur Sicherung der materiellen Reproduktion der aus dem kapitalistischen Verwertungsprozeß Herausgefallenen und der dabei zum Ausdruck kommende Gedanke der Selbsthilfe verdienen Unterstützung. Wertvoll sind die Hinweise auf das Was und Wie der Produktion, die Frage nach der Qualität der Arbeit. Insoweit können die Arbeiten der AG SPAK zur alternativen Ökonomie wichtige Erfahrungen vermitteln. Aber: Wie lassen sich diese Ansprüche für alle Gesellschaftsmitglieder verwirklichen? Wo liegt die demokratische gesamtwirtschaftliche Alternative? Ein politisch-strategisches Gesamtkonzept, das auf die Überwindung von Produktionsverhältnissen zielt, die sämtliche produktiven Tätigkeiten der Menschen, die Wissenschaft, Technik und Kultur den Interessen einer kleinen Minderheit kapitalistischer Eigentümer unterordnen, sucht man bei der AG SPAK vergebens. Die Auflösung der gesellschaftlichen Klassen und Schichten in ein Konglomerat von Subkulturen übersieht, daß alle Arbeiter, Angestellten und Arbeitslosen von den ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen des Profitsystems betroffen sind. Hier liegt die objektive Grundlage gemeinsamen Handelns und gemeinsamer Ziele. Einen Ansatzpunkt dazu bietet die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die die Forderung nach sinnvoller Arbeit, nach einer am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichteten Produktion mit dem Recht auf Arbeit verbindet. Hier liegen Elemente einer wirklich alternativen Ökonomie. Einigkeit besteht mit Marxisten in der Forderung nach sinnvoller, nicht fremdbestimmter Arbeit. Es ist jedoch radikaler nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen sinnvoller Arbeit für alle zu fragen.

39 W. Bierter, E. v. Weizsäcker, a.a.O., S. 40.

### 3.2 Armut und Sozialstaat

Die krisenhafte gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hat jene Theoreme zu Makulatur werden lassen, die die relativ krisenfreie Entwicklung der Nachkriegszeit in eine Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat uminterpretieren wollten. Die Armut in einem der reichsten Länder der Welt wächst.<sup>40</sup> Als historisch angelegter Versuch einer Analyse der gegenwärtigen Armut mit dem Ziel, Alternativen zu entwickeln, kann die von *Norbert Preußner* herausgegebene vierbändige Textsammlung „Armut und Sozialstaat“ angesehen werden.<sup>41</sup>

Der erste Band enthält eine Darstellung der Konzepte und Strukturen der Sozialpolitik seit 1945. Im Einleitungstext begründet der Herausgeber in Auseinandersetzung mit Einwendungen von rechts und links seine Sozialstaatskonzeption: Sozialpolitik müsse begriffen werden als Ergebnis sozialer Kämpfe, die geprägt sind vom Widerspruch zwischen fortschreitender Vergesellschaftung und den Restriktionen kapitalistischer Aneignungsverhältnisse. *Preußner* – selbst Sozialarbeiter und aktiver Gewerkschafter – entwirft auch Perspektiven einer fortschrittlichen Sozialpolitik, um der Ausgrenzung der Armutsbevölkerung aus den Lebensverhältnissen der Arbeiterklasse entgegenzuwirken. In den Verteilungskämpfen zwischen Kapital und Arbeiterklasse dürfe man sich nicht nur auf Lohn- und Tarifforderungen konzentrieren, sondern müsse Qualität und Quantität staatlicher Sozialleistungen einbeziehen. Eine fortschrittliche Strategie der Arbeiterbewegung habe sich auf eine Zunahme staatlicher Sozialleistungen bei gleichzeitiger Zurückdrängung ihres „selektiven Charakters“ zu richten. Organisatorisch sei eine aktive Institutionalisierung der Sozialverwaltung und eine basisnahe Verankerung der sozialen Dienste erforderlich.<sup>42</sup> Die folgende Quellensammlung vereinigt grundlegende Texte zur Funktion und Struktur des Sozialstaates (u. a. *Talos, Lenhardt/Offe*) mit der exemplarischen Darstellung konservativer (u. a. *Geißler, Glazer*), liberaler (*Schreiber, Crosland*) und fortschrittlicher (*Leibfried, Danckwerts*) Konzepte der Sozialpolitik. Der zweite Band trägt den Untertitel „Herkunft und Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung bis 1870“. Einer Einleitung des Herausgebers zur „Ideologieggeschichte der bürgerlichen Armenpflege und Sozialpolitik in Deutschland“ folgen sorgfältig ausgewählte Quellentexte zur Armenpolitik dieser Zeit (u. a. von *Malthus, Gotthelf, Prince-Smith*). Der dritte Band behandelt die Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung von 1870–1945 und bietet die Quellentexte historisch gliedert nach:

40 Vgl. Memorandum '84: Gegen soziale Zerstörung durch Unternehmerherrschaft – Qualitatives Wachstum, 35-Stunden-Woche, Vergesellschaftung, Bremen 1984, S. 5–31.

41 N. Preußner (Hrsg.), *Armut und Sozialstaat*. Bd. 1: Konzepte und Strukturen seit 1945, 2. Aufl., M 48, München 1983; Bd. 2: Herkunft und Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung bis 1870, M 49, München 1982; Bd. 3: Die Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung 1870–1945, M 50, München 1982; Bd. 4: Nachrichten aus der gefährvollen Welt der unteren Klassen, M 51, München 1983.

42 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 5–22.

- Armenpflege und Sozialpolitik in der Epoche des Deutschen Imperialismus (1871-1918);
- Sozialpolitik in der Weimarer Republik (1919-1932);
- Sozialpolitik des deutschen Faschismus (1933-1945).

In der Form von historiographischen, ökonomisch-klassenanalytischen und ethnographischen Untersuchungen werden im vierten Band „Nachrichten aus der gefährvollen Welt der unteren Klassen“ aus den letzten 150 Jahren zusammengetragen.

Mit dem vierbändigen Werk „Armut und Sozialstaat“ ist eine sehr informative Quellensammlung zur Geschichte der Sozialpolitik gelungen. Die Berücksichtigung aktueller Prozesse scheint jedoch dringend geboten. Die zunehmende Vergesellschaftung vollzieht sich heute in starkem Maße auf dem Wege der Privatisierung sozialer Leistungen. Diese neue „Entwicklungsvariante“ muß analysiert werden, weil sie die demokratische Bewegung vor neue strategische und taktische Aufgaben stellt.

★ ★ ★

Die AG SPAK hat eine Vielzahl von beachtenswerten und realistischen Alternativvorstellungen in den Arbeits- und Projektbereichen erarbeitet. Es gibt aber keine demokratische Forderung, keine Alternative, die sich kraft ihrer überzeugenden Logik und ihres vernünftigen Inhalts durchsetzen würde. Notwendig wäre die Integration der gewonnenen Erkenntnisse in eine gesamtgesellschaftliche Alternativstrategie. Die Einsicht in die Bedeutung einer anti-monopolistischen Gegenmacht wird jedoch dadurch verstellt, daß das systemoppositionelle Potential in verschiedene Subkulturen aufgelöst und die aus ihrer objektiven Stellung erwachsende gesellschaftsverändernde Potenz der Arbeiterklasse nicht gesehen wird. Da sich gesamtgesellschaftliche demokratische Veränderungen derzeit nicht oder nur sehr begrenzt durchsetzen lassen, erfolgt bei der AG SPAK ein „Abtauchen“ in die Veränderung der engeren Umwelt (z. B. in alternativen Projekten). Ansätze zur Veränderung der sozialen Lage der Masse der Bevölkerung geraten aus dem Blickfeld. Damit ist der Anspruch, auch auf das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis einzuwirken, wohl kaum wirklich einzulösen.

Nachteilig macht sich schließlich das Fehlen einer Analyse der Rechtsregierung und ihrer Politik bemerkbar. Die Umverteilungspolitik dieser Regierung im Reproduktionsbereich hat jedoch so negative Folgen, daß die Zusammenarbeit mit anderen Linkskräften für die AG SPAK zu einer Überlebensfrage werden könnte. Ihre Alternativvorstellungen bieten hierzu eine Reihe von Ansatzpunkten.

## **Alternativen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik**

**Zur Diskussion über eine neue NATO-Strategie in der SPD**

*Christoph Butterwegge/Wolfgang Zellner*

*1. Zum Kölner SPD-Parteitag im November 1983 – 2. Sozialdemokratische Konzeptionen einer „neuen Strategie“ der NATO – 3. Diskussion und Beschlußfassung auf dem Essener Parteitag – 4. Entwicklungsperspektiven der Strategiedebatte*

In den letzten Jahren war der sog. NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 zur „Nach“rüstung mit neuartigen US-Nuklearwaffen (Pershing II, Cruise Missiles) das beherrschende Thema der sozialdemokratischen Parteidiskussion. Je näher der Stationierungsbeginn rückte, um so heftiger wurden die innerparteilichen Auseinandersetzungen. Gleichzeitig begann eine Diskussion über politische und militärische Strategien des Nordatlantikkpaktes, die intensiviert wurde, nachdem der Bundestag am 22. November 1983 die Raketenstationierung gegen die Stimmen fast aller SPD-Abgeordneten befürwortet hatte. Aufgrund der Beunruhigung vieler Sozialdemokraten über Hochrüstungsprogramme und Kriegführungsstrategien (AirLand Battle) gewann die Strategiedebatte an Bedeutung, während die Friedensgefährdung durch Mittelstreckenraketen der USA in den Hintergrund zu treten droht.

### **1. Zum Kölner SPD-Parteitag im November 1983**

Seit dem Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 näherte sich die SPD-Führung schrittweise der Friedensbewegung wie ihrer Hauptforderung, keine Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Marschflugkörper in Westeuropa zu stationieren, an. Wenngleich der größere Manövrierraum als Oppositionspartei sein Teil dazu beigetragen haben dürfte, wäre es falsch, diesen Kurswechsel als Opportunismus abzutun. Ausschlaggebend waren der Druck einer mächtigen Friedensbewegung und die Vorarbeit linksoppositioneller, mit Loyalitätsappellen nicht (mehr) zu beschwichtigender Kräfte in den Untergliederungen der SPD. Die Intransigenz der Parteispitze auf anderen Politikfeldern (Wirtschafts- und Sozialpolitik) zeigt, daß sich die SPD nur bewegt, wenn sich außerparlamentarischer Widerstand regt.

Zwar sind die Grenzen zwischen den sozialdemokratischen Richtungsgruppierungen in der Friedensfrage fließend,<sup>1</sup> doch ließen sich im Vorfeld des

<sup>1</sup> Vgl. Christoph Butterwegge/Manfred Ossenbeck, SPD und Friedensfrage, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 302 ff.

Kölner Parteitages drei Lager unterscheiden: Außer den Befürwortern der „Nach“rüstung und den Kritikern des NATO-Beschlusses existierte eine breite Mittelgruppe, die den Raketenbeschluß nach wie vor für vertretbar hielt, seinen (im Falle unbefriedigender bzw. fehlender Verhandlungsergebnisse drohenden) Konsequenzen jedoch ausweichen wollte, sei es, weil ihre Mitglieder (noch mehr) Atomwaffen grundsätzlich ablehnten, sei es, weil sie den USA das Scheitern der INF-Verhandlungen anlasteten. Wie die Parteiführung trotzdem eine größtmögliche Geschlossenheit der innerparteilichen Willensbildung zu erreichen suchte, beschrieb *Peter von Oertzen*: „Man konzentriert sich auf das gemeinsame ‚Nein‘ zur Stationierung und klammert alle Meinungsverschiedenheiten über die Gründe und die politischen Rahmenbedingungen dieses ‚Nein‘ aus.“<sup>2</sup>

Auf dem Kölner SPD-Parteitag am 18./19. November 1983 hielt *Helmut Schmidt* das Hauptreferat zur (Lage der) Sicherheitspolitik. Darin begründete der frühere Bundeskanzler seinen Entschluß, gegen den Leitantrag des Parteivorstandes und die überwältigende Delegiertenmehrheit zu stimmen: „Ich halte in klarer Erkenntnis von Versäumnissen beider Großmächte am Doppelbeschluß vom Dezember 1979 . . . fest, . . . weil ich darin unverändert ein wirkungsvolles Instrument zur Herstellung des Gleichgewichts durch Begrenzung und zum schrittweisen Abbau von eurostrategischen Nuklearwaffen sehe.“<sup>3</sup>

In der Aussprache über das Referat und die vorliegenden Anträge waren die Vertreter der „alten Minderheit“ eher unter-, die Protagonisten des „Nach“rüstungskurses (neben *Schmidt Hans Apel*, *Georg Leber* und *Hans-Jürgen Wischniewski*) deutlich überrepräsentiert. Es ging um die Kernfrage, ob der NATO-Raketenbeschluß bzw. seine Unterstützung durch die SPD von Anfang an falsch oder ein zwar mißglückter, aber nichtsdestoweniger legitimer Versuch war, Abrüstung im Mittelstreckenbereich herbeizuführen. Als Berichterstatter der Antragskommission hob *Hans-Jochen Vogel* die Kontinuität zwischen den SPD-Parteitagsbeschlüssen zur Raketenstationierung und der Ablehnung des Stationierungsbeginns hervor. Warum ein Delegierter nein zur „Nachrüstung“ sage, sei unerheblich, wie man auch keine Stimme ihrer Begründung wegen zurückweisen dürfe: „Es wäre wenig sinnvoll, die Geschlossenheit im Ergebnis, die wir lange entbehren mußten und die in dieser Frage wiederzufinden wir heute eine gute Chance haben, mit einem Streit darüber zu belasten und zu beeinträchtigen, welche Gründe den einzelnen, der hier abstimmt, zu seinem Ergebnis bringen.“<sup>4</sup>

*Erhard Eppler*, prominentester Kritiker des NATO-Raketenbeschlusses, bezog eine Defensivposition, die sich bruchlos in das Abwiegelungskonzept der SPD-Spitze einfügte: „Dieser Parteitag kann, soll und will nicht entscheiden, wer von uns in den letzten vier Jahren recht gehabt hat. Der Streit um den

2 Peter von Oertzen, *Für einen neuen Reformismus*, Hamburg 1984, S. 104.

3 Helmut Schmidt, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), *Bundesdelegiertenkonferenz und Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 18. und 19. November 1983 in Köln. Protokoll der Verhandlungen. Dokumentarischer Anhang*, Bonn o. J., S. 100.

4 Hans-Jochen Vogel, in: ebd., S. 137.

Doppelbeschluß ist für mich von heute an Geschichte.“<sup>5</sup> Demgegenüber wies *Klaus Fritzsche*, Delegierter des Bezirks Hessen-Süd, darauf hin, daß eine substantielle Begründung für die Ablehnung der Raketenstationierung fehlte und der Leitantrag des Parteivorstandes argumentatorisch in der Luft hing. Der politische und militärisch-strategische Zusammenhang des Stationierungsproblems werde ausgeblendet, die Frage nach den Fehlern sozialdemokratischer Politik permanent verdrängt.<sup>6</sup>

Trotz kritischer Stimmen aus den Reihen der prinzipiellen „Nach“rüstungsgegner setzte sich der Integrationskurs des SPD-Vorstandes durch: In dem bei 14 Gegenstimmen und drei Enthaltungen gefaßten Beschluß wurden die Unterschiede zwischen den Parteiflügeln zugedeckt, die Gemeinsamkeiten demonstrativ herausgestellt. Die Delegierten würdigten die Verdienste des sozialdemokratischen Ex-Bundeskanzlers und werteten seine Rolle beim Zustandekommen des „Nach“rüstungsbeschlusses als positiven Beitrag zur Abrüstung: „Der NATO-Doppelbeschluß hat die Genfer Verhandlungen ermöglicht, insbesondere auch durch den persönlichen Einsatz von Helmut Schmidt.“<sup>7</sup> Der Kölner Parteitag sagte nein zur Raketenstationierung, nicht aber zu ihrer politischen Grundlage. Die SPD reihte sich als Gegnerin der „Nachrüstung“ in die Friedensbewegung ein, lehnte jedoch weder die NATO noch deren Raketenbeschluß ab. Auch wurde keine Position der „Äquidistanz“ zwischen den Weltmächten bezogen, sondern klargestellt, daß sich die SPD gegenüber dem realen Sozialismus grundsätzlich abgrenzt, wohingegen ihre Kritik an den USA keinen Übergang zum Antiimperialismus bedeutet.<sup>8</sup>

## 2. Sozialdemokratische Konzeptionen einer „neuen Strategie“ der NATO

Durch den Kampf der Friedensbewegung gegen die Raketenstationierung zerbrach der die etablierten Parteien verbindende Grundkonsens auf sicherheitspolitischem und militärstrategischem Gebiet. Seither befindet sich die SPD-Spitze auf der Suche nach einem Strategiemodell, das für die Gesamtpartei, also auch für fest in die Friedensbewegung eingebundene Sozialdemokraten, akzeptabel, mit der CDU/CSU realisierbar und im Nordatlantikpakt durchsetzbar sein müßte, um wirksam zu werden. Die auf Beschluß des Münchner Bundesparteitages im April 1982 vom SPD-Vorstand eingesetzte Arbeitsgruppe „Neue Strategien“, der neben *Hans Apel* und *Egon Bahr* (Federführung) *Andreas von Bülow*, *Horst Ehmke*, *Oskar Lafontaine*, *Karsten Voigt* u. a. angehörten, legte im Juni 1983 ihren Bericht vor. Darin werden Fortsetzung und Vertiefung der Entspannung als Voraussetzung einer europäischen Friedensordnung begriffen, die das Fernziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik darstellt.

5 Erhard Eppler, in: ebd., S. 153.

6 Vgl. Klaus Fritzsche, in: ebd., S. 142.

7 Parteitagbeschuß zur Friedens- und Sicherheitspolitik, in: ebd., S. 197.

8 Vgl. ebd., S. 198.



Die wachsende Kriegsgefahr wird erkannt, ihr Hauptverursacher aber nicht beim Namen genannt. Ohne die US-Hochrüstungsprogramme zu erwähnen, weist der Bericht Gefährdungen des globalstrategischen Gleichgewichts und den Aufbau nuklearer Erstschlagkapazitäten als friedensbedrohend zurück. „Im atomaren Zeitalter ist jedes Streben nach Überlegenheit gefährlich, zumal keine anwendbare Überlegenheit mehr zu erzielen ist und der Versuch, sie zu erreichen, nur die Fortsetzung eines destabilisierenden Rüstungswettlaufs bedeuten würde.“<sup>9</sup> Kriegführungsstrategien lehnt die Arbeitsgruppe ab. Dagegen befürwortet sie eine Konventionalisierung der NATO-Militärstruktur, wie auch im *Rogers-Plan* für den europäischen Kriegsschauplatz gefordert, ohne dieses Konzept deshalb gutzuheißen. In einem Buchbeitrag zum selben Thema hob *Karsten Voigt* hervor, daß die Denuklearisierung der NATO-Strategie nicht zur Aufgabe eines defensiven Verteidigungsprinzips führen dürfe. „Allerdings wird wahrscheinlich auch eine defensive verteidigungspolitische Zielsetzung nicht auf die Fähigkeit verzichten können, die Heranführung von militärischen Verstärkungen aus der Sowjetunion und Osteuropa nach Zentraleuropa militärisch unterbinden zu können.“<sup>10</sup> Man braucht nur an die Pläne für ein „erweitertes Schlachtfeld“ (*AirLand Battle*) zu denken und wird erkennen, daß solche Überlegungen Berührungspunkte mit Kriegsszenarios einer „Vorwärtsverteidigung“ der NATO aufweisen und sich entsprechend instrumentalisieren lassen.

Die Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ übertrug die Abschreckungsideologie auf den Bereich konventioneller Waffen, statt die ihr zugrundeliegende Bedrohungslüge einer „Gefahr aus dem Osten“ in Frage zu stellen. Hierbei hätte sie sich auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stützen können, in der Brigadegeneral a. D. *Christian Krause* nachwies, daß die behauptete Panzerüberlegenheit des Warschauer Paktes die NATO weder zur atomaren Nachrüstung noch zur Verstärkung ihrer konventionellen Streitkräfte zwingt.<sup>11</sup> Solange das Kräfteverhältnis zwischen den Militärbündnissen nicht realistischer eingeschätzt wird, ist das Kriterium der „Hinlänglichkeit“, dem die Bewaffnung entsprechen soll, als Grundlage für Rüstungsstopp und Abrüstung ungeeignet.

„Die selbsterklärte Abhängigkeit der NATO vom frühzeitigen Kernwaffeneinsatz muß beseitigt werden, ohne daß dadurch die Versuchung zur konventionellen Kriegführung wächst.“<sup>12</sup> Bei forcierter Aufrüstung führt jedoch kein Weg zwischen der *Scylla* des Ersteinsatzprinzips, mit dem die NATO-Militärdoktrin einer abgestuften Antwort (*Flexible Response*) steht und fällt, und der *Charybdis* konventioneller Kriegführungsmöglichkeiten hindurch. Aus dem Dilemma, trotz ihrer Kritik am Offensivkonzept der USA das seiner Verwirk-

9 Bericht der Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ beim SPD-Parteivorstand, in: Vorwärts-Dokumentation v. 30. 6. 1983, S. I.

10 *Karsten D. Voigt*, Möglichkeiten und Grenzen einer Konventionalisierung, in: Peter-Kurt Würzbach (Hrsg.), *Die Atomschwelle heben*, Koblenz 1983, S. 78.

11 Vgl. *Christian Krause*, *Das konventionelle Kräftegleichgewicht in Europa*. Ein Arbeitspapier im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. Aufl. Bonn 1982.

12 Bericht der Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ beim SPD-Parteivorstand, a.a.O., S. II.

lichung dienende Programm zur Modernisierung des westlichen Waffenarsenals in Grundzügen mitzutragen, kam die Arbeitsgruppe nicht heraus. Ihre als Sicherungsklausel gegen die Kostenexplosion im Beschaffungswesen und Blitzkriegsgelüste im Pentagon eingebaute Forderung nach rüstungskontrollpolitischen Vereinbarungen mit dem Warschauer Pakt dürfte sich genauso als Wunschdenken sozialdemokratischer Militärexperten erweisen wie die Hoffnung, die *Reagan*-Administration werde konstruktiv über eine Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenraketen in und für Europa verhandeln. Positiv zu bewerten sind das klare Nein der Arbeitsgruppe zur Entwicklung neuer Waffensysteme und zur Verlagerung des Rüstungswettlaufs in den Weltraum, die Forderung nach einem Gewaltverzichtsabkommen und die Übernahme des Vorschlages der *Palme*-Kommission zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone beiderseits der Systemgrenze in Mitteleuropa.

Nicht einigen konnte sich die Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ im Hinblick auf die Ergebnisse ihres sicherheitspolitischen Ansatzes; vielmehr standen sich zwei Alternativkonzeptionen gegenüber. Überlegungen *Egon Bahrs* folgend, wurde als mögliche Perspektive ein Abkommen genannt, Atomwaffen aus Ländern zu entfernen, die darüber nicht verfügen. Hiervon erfaßt wären die vorgeschobenen Nuklearwaffen der Weltmächte, wohingegen vergleichbare Waffensysteme Großbritanniens und Frankreichs (zunächst) ausgeklammert würden. Eine andere, weniger realistische Variante machte sich der SPD-Vorstand in seinem Antrag zum Essener Parteitag im Mai 1984 zu eigen. Als integraler Bestandteil einer auf die Prinzipien der Sicherheitspartnerschaft gegründeten Friedensordnung fungiert dort „ein von allen atomaren Waffen und von anderen Massenvernichtungsmitteln freies Europa, einschließlich des europäischen Teils der Sowjetunion. Voraussetzung dafür ist eine vereinbarte, konventionelle Stabilität mit der Fähigkeit des westlichen Verteidigungsbündnisses, die Warschauer Vertrags-Organisation bei einem konventionellen Angriff mit einem untragbaren Risiko zu belasten.“<sup>13</sup> Wie diese Formulierung und der Begriff „Minimalabschreckung“ belegen, basierte der Vorstandsentwurf auf überkommenen Feindbildern und blieb – ungeachtet seines Bekenntnisses zur Sicherheitspartnerschaft sowie einer Schwerpunktverschiebung zur konventionellen Rüstung – im Abschreckungsdenken befangen. Nicht übernommen hatte der Parteivorstand allerdings die Anregung einzelner Mitglieder seiner Arbeitsgruppe, wonach der Bundesregierung beim Einsatz amerikanischer Atomwaffen von ihrem Territorium aus ein Vetorecht zugebilligt werden sollte.<sup>14</sup>

Im Januar 1984 erschien ein Diskussionspapier des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden *Horst Ehmke* mit dem Titel „Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas“, das die unterschiedlichen Positionen zu verbinden trachtete. Von sozialökonomischen Krisenphänomenen ausgehend, beschrieb

13 Antrag des Parteivorstandes vom 30. 1. 1984: Für eine neue Strategie des Bündnisses, in: Vorwärts v. 9. 2. 1984, S. 21.

14 Vgl. dazu Karsten D. Voigt, Mehr Rechte für die Bundesrepublik?, in: Die Neue Gesellschaft 4/1984, S. 323 ff.

der Verfasser die Folgen der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik Präsident *Reagans* für Westeuropa, führte das überhöhte Zinsniveau in den USA auf durch die Hochrüstung bedingte Haushaltsdefizite zurück und übte Kritik an der Kreuzzugsmentalität des wichtigsten NATO-Partners sowie an seiner Neigung zum „ökonomischen Wettrüsten“, das den westeuropäischen Staaten und der Dritten Welt schade. *Ehmke* diagnostizierte einen Glaubwürdigkeitsschwund der NATO als *Verteidigungsbündnis* und zog daraus den Schluß, daß dieser Trend umgekehrt werden müsse, um ihren Fortbestand zu garantieren.

Die Interessengegensätze im Nordatlantikpakt sucht *Ehmke* durch Strukturereformen zu überwinden, welche die US-Dominanz brechen sollen: „Europa muß mehr Verantwortung für die Verteidigung der europäischen Zentralfront übernehmen. Amerika muß die Europäer im Bündnis als wirklich gleichberechtigten Partner akzeptieren und der Versuchung widerstehen, Westeuropa zu einem Instrument seiner Weltmacht-Politik machen zu wollen.“<sup>15</sup> Um die Stellung der westeuropäischen Staaten zu stärken und ihr Gewicht im Bündnis zu steigern, ist es nach *Ehmke* unbedingt erforderlich, sich nicht in nationale Alleingänge zu stürzen, sondern „mit einer Stimme“ zu sprechen und eine große gemeinsame Kraftanstrengung zu unternehmen. Ohne aus dem westlichen Militärbündnis auszuscheren oder selbst Weltmachtambitionen zu entwickeln, soll sich Westeuropa als Mittler zwischen den USA, der sozialistischen Staatengemeinschaft und der Dritten Welt profilieren. Informations-, Konsultations- und Mitspracherechte der westeuropäischen Bündnispartner reichen nach *Ehmkes* Meinung aus, um auf die USA mäßigend einzuwirken. Einerseits soll die Kriegsgefahr, die von Einkreisungs-, Erstschlags- und Enthauptungsstrategien der *Reagan-Administration* herrührt, verringert bzw. ganz abgebaut, andererseits verhindert werden, daß die Kritik vieler Bürger an einer „Politik der Stärke“ umschlägt in eine grundsätzliche Ablehnung der NATO, des Bündnisses mit den USA und seiner Ziele.

*Ehmke* fordert einen beiderseitigen schrittweisen Rück- bzw. Abzug taktischer Kernwaffen, um auf diese Weise eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen und einen *frühzeitigen* Ersteinsatz dieser Waffensysteme auszuschließen. Weiter problematisiert er die operativen Einsatzmöglichkeiten der amerikanischen Pershing II und Marschflugkörper im Sinne einer „Enthauptung“ der Sowjetunion und schlägt ihre Einbeziehung in Konventionalisierungsmaßnahmen vor, diskutiert jedoch gleichzeitig, ob sie als Abschreckungswaffen ein Bindeglied zu den strategischen Nuklearstreitkräften der USA darstellen könnten. „Auch ein solcher Einsatz dieser Waffen würde die kritische Nuklearschwelle überschreiten. Auch für ihn muß daher zumindest klargestellt werden, daß er nur für den Fall eines Angriffs auf Westeuropa und nur unter Mitsprache des Stationierungslandes erfolgen kann. Poli-

15 Horst Ehmke, Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas. Ein Diskussionspapier, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1/1984, S. 5.

tisch viel vernünftiger wäre es allerdings gerade bei dieser Zweckbestimmung, solche Waffen auf See zu stationieren.“<sup>16</sup>

Kurz nach *Ehmke* veröffentlichte *Andreas von Bülow*, Vorsitzender der Kommission Sicherheitspolitik beim Parteivorstand und früherer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, ein Positionspapier, das Auffassungen der SPD-Rechten wiedergibt. Seine „Gedanken zur Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategien in West und Ost“ konzentrieren sich auf rein militärische Aspekte der Strategiediskussion, während ökonomische, politische und soziale Entwicklungsmomente ausgeklammert werden. Was *Ehmke* als „Selbstbehauptung“ Westeuropas viel umfassender verstand, reduziert *von Bülow* auf die „Europäisierung der Verteidigung“, verbunden mit einer Aufblähung des Rüstungshaushalts: „Die atomare Schwelle muß energisch angehoben, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit drastisch verbessert werden.“<sup>17</sup>

Die Pershing II will *von Bülow* durch seegestützte Cruise Missiles ersetzen, den Rückgang der Bundeswehrrekruten durch Bildung von Kernmannschaften, die mit Reservisten verstärkt werden können, auffangen. Auch die Personalstärke der Bundeswehr ist nicht mehr tabu, und der Milizgedanke würde, wenn es nach *von Bülow* ginge, im Zusammenhang mit einem grenznahen Panzerabwehrriegel wiederbelebt. Die Panzerausstattung des Heeres erachtet er als „etwas groß geraten“; sie soll zugunsten panzerbrechender Waffensysteme zurückgeführt werden. „Des weiteren sollte großer Wert auf Entwicklung und Beschaffung von gegen Nachrichtenverbindungen gerichteten Waffen und Munition gelegt werden. Die Antiradardrohne kann den Gegner auf dem Gefechtsfeld in kürzester Zeit blind machen und der Luftwaffe einen schnellen Durchbruch zu den Aufmarschzonen des Gegners verschaffen.“<sup>18</sup>

### 3. Diskussion und Beschlußfassung auf dem Essener Parteitag

Der Essener SPD-Parteitag (17. bis 21. Mai 1984) fand zu einem Zeitpunkt statt, als mit dem Beginn der Stationierung von Pershing II eine neue Etappe im Friedenskampf angebrochen war und die NATO-Strategie insgesamt zur Debatte stand. Nach einer Diskussion, für die nur ein Vormittag eingeplant war, verabschiedete der Parteitag mit großer Mehrheit den Antrag „Für eine neue Strategie des Bündnisses“, nachdem die ursprüngliche Fassung seitens der SPD-Führung korrigiert, von der Antragskommission überarbeitet und durch Änderungsvorschläge aus den Untergliederungen ergänzt worden war.<sup>19</sup> Schon der Titel verbindet das Bekenntnis zur NATO mit dem Versuch, auf ihr strategisches Konzept Einfluß zu nehmen.

16 Ebd., S. 11.

17 Andreas von Bülow, Gedanken zur Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategien in West und Ost, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Materialien zur Friedenspolitik, Bonn o.J., S. 6.

18 Ebd. S. 10.

19 Übersicht über die vom SPD-Bundesparteitag beschlossenen Anträge, Teil 2: Beschlüsse vom 19. Mai, Friedens- und Sicherheitspolitik (unkorrigierte Fassung), S. 1 ff. Alle im folgenden nicht mehr einzeln ausgewiesenen Zitate beziehen sich auf diesen Antrag.

Im Bereich der *atomaren* Rüstung präsentiert die Resolution einen weithin geschlossenen Forderungskatalog. Sie verlangt „von den USA einen Aufstellungsstopp und die Rücknahme der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles – von der UdSSR den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug aufgestellten Kurzstreckenraketen SS 21–23 in der DDR und der CSSR sowie eine drastische Verminderung der SS 20 auf den Stand von vor 1979.“ Diese zentrale Forderung fehlte in der ersten Fassung und war nachträglich von der Antragskommission eingefügt worden. Andernfalls hätte es bereits hier einen Rückfall hinter den Kölner Parteitagbeschuß zur Sicherheitspolitik gegeben.

Die Vereinigung des Klimas zwischen den Weltmächten wird von der SPD mit der Forderung nach dem „Einfrieren“ zuerst des Testens und Stationierens, dann auch der Produktion nuklearer Waffen und Trägersysteme beantwortet. Gleichfalls aufgenommen wurden die Vorschläge der Palme-Kommission für einen atomwaffenfreien Streifen entlang der Paktgrenzen als erstem Schritt zu einem von Massenvernichtungsmitteln freien Europa. Die Forderung nach einem „schrittweisen Abbau taktischer Nuklearwaffen“ ist freilich insofern inkonsequent, als sie mit der Einführung moderner Panzerabwehrwaffen und nicht mit der Tatsache begründet wird, daß die Anwendung taktischer Atomwaffen das Ende der BRD wäre.

Zum gesamten Komplex der atomaren Aufrüstung und insbesondere zu der Kardinalfrage, wie der Stationierungsprozeß gestoppt und rückgängig gemacht werden kann, gab es kaum Diskussionen auf dem Parteitag. Ausführungen zu diesem Themenbereich blieben Referaten von *Egon Bahr* und *Paul Warnke* vorbehalten. *Warnke*, langjähriger Direktor der amerikanischen Abrüstungsbehörde und SALT-Unterhändler, arbeitete die Gründe für das Scheitern der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen heraus: „Die Vorstellung, die Sowjetunion lasse sich zur Kapitulation zwingen, garantierte praktisch, daß der Beginn der Stationierung zu einem Auszug der Sowjets aus den Verhandlungen führen würde.“<sup>20</sup> In dieselbe Kerbe schlug *Bahr*: „Es ist eben nicht so, daß aussichtsreiche Verhandlungen erst nach der Stationierung beginnen können.“<sup>21</sup> Damit wird die logische Grundlage des sog. NATO-Doppelbeschlusses im Verständnis der SPD verlassen, denn seine Legitimation bestand gerade darin, mit der Raketenstationierung zu drohen und diese nötigenfalls auch durchzuführen, um die UdSSR zur einseitigen Abrüstung („Kapitulation“) zu zwingen.

*Bahr* betonte das nationale Interesse am Stopp der Stationierung und am Abbau der bereits aufgestellten Raketen, wies auf den durch sie bedingten Substanz- und Souveränitätsverlust der Bundesregierung hin und machte deutlich, daß es aus sozialdemokratischer Sicht viele Anknüpfungspunkte zu Vorschlägen der Staaten des Warschauer Vertrages gibt, die – beispielsweise im Kernbereich atomarer Mittelstreckenraketen – bis zur Identität der Lösungsansätze reichen. Dasselbe gilt für andere Gebiete. So forderte der Partei-

20 SPD-Parteitag Essen, unkorrigiertes Protokoll, 19. Mai 1984, S. 218.

21 Ebd. S. 212.

tag die Errichtung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa und die weltweite Ächtung bakteriologischer wie chemischer Waffen.

Diskussion und Beschlußfassung zur konventionellen Rüstung zeigten zwar neue Züge, brachten aber keinen Durchbruch im Sinne der Friedensbewegung. Zu begrüßen ist, daß der übel mißbrauchte Begriff des konventionellen Gleichgewichts durch die Formel einer „konventionellen Stabilität auf möglichst niedriger Ebene“ ersetzt wurde. Damit sollen „qualitative Faktoren der Rüstung, wirtschaftliche und technologische Kapazitäten sowie gesellschaftliche und politische Bedingungen“ berücksichtigt werden. Die Propagandalüge von der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes war auf dem Essener Parteitag nicht mehr unbestritten.

Bemerkenswert ist überdies, daß der Parteitagbeschuß auf „eine defensive konventionelle Struktur (abzielt), so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird“. Mehrere Redner/innen wiesen darauf hin, daß es mit verbalen Bekenntnissen nicht getan ist, und warnten vor der Gefahr, daß Angriffswaffen zu Defensivsystemen erklärt und dann beschafft werden. Obwohl die Resolution feststellt, daß „allenfalls eine Umstrukturierung, keine Ausweitung der konventionellen Rüstung nötig“ sei, läßt sie Hintertüren für Aufrüstungsmaßnahmen offen, etwa wenn „die Übernahme der Abschreckungsaufgaben von nuklearen Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite (Lance, Pershing I) durch moderne konventionelle Waffensysteme“ gefordert wird. Im Beschluß ist die auf dem Parteitag mündlich bekräftigte Ablehnung des *Rogers-Planes* nicht enthalten.

Diese Widersprüchlichkeit fand ihre Entsprechung in der Diskussion und Beschlußfassung zu den Rüstungsausgaben. Gegenüber früheren Parteitagen war es ein Fortschritt, daß diese Debatte überhaupt stattfand. Sie entzündete sich an einem Antrag des Bezirks Ostwestfalen-Lippe, den Rüstungshaushalt auf dem Stand des sozialdemokratischen Haushaltsentwurfs 1983 festzuschreiben, d.h. einzufrieren. Die Antragsberatung zeigte eine Verschiebung der innerparteilichen Konfliktlinien: Nachdem sich neben der Parteispitze um *Willy Brandt*, *Egon Bahr* und *Hans-Jochen Vogel* auch *Erhard Eppler* und *Peter von Oertzen* gegen den Antrag ausgesprochen hatten, beschloß der Parteitag, daß die Rüstungsausgaben „den Anteil des Verteidigungshaushaltes am Gesamthaushalt nach dem Stand der Haushaltsvorlage der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung für das Jahr 1983 nicht überschreiten“ dürften<sup>22</sup>. Damit wurde der Weg für Steigerungen des Rüstungsetats parallel zum Bundeshaushalt offengehalten und ein mögliches Signal im Kampf gegen die Hochrüstung nicht gegeben.

Ein weiterer Streitpunkt war die Rolle der NATO und der Abschreckung. Zwar legten die Delegierten ein Bekenntnis zum Nordatlantikpakt ab, doch verband sich damit der Wunsch nach Änderungen im strategischen Konzept dieses Militärbündnisses: „Die Bundesrepublik bleibt politisch und militärisch eingebunden in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO. Sie findet das für uns erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern und

22 Vgl. Antrag 260, Übersicht S. 7.

nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen kann.“ Interes­sen­un­ter­schiede zwischen den USA und Westeuropa werden der unterschiedlichen geopoliti­schen Lage oder dem Unterschied von Atommacht und Nicht-Atommacht zu­ge­schrieben.

Unlösbar war der Widerspruch zwischen dem proklamierten Ziel einer Überwindung der Abschreckung und ihrer Rekonstruktion auf dem konventionellen Sektor. Der SPD-Bundestagsabgeordnete *Konrad Gilges* begründete den von der Parteilinken alternativ zum Vorstandsentswurf eingebrachten Initiativantrag: „Wir wollen nicht, daß die nukleare Bewaffnung durch eine konventionelle Zurüstung oder Aufrüstung ersetzt wird. Es muß klar und eindeutig und unmißverständlich sein, daß die konventionelle Alternative Abrüstung bedeutet, und zwar sofort und jetzt und nicht, wie es in vielen Diskussionen vorgeschlagen und auch im *Rogers-Plan* angedeutet wird: Erst konventionelle Aufrüstung, dann nukleare Abrüstung, dann konventionelle Abrüstung.“<sup>23</sup> Am klarsten drückte ein Delegierter aus Hessen-Süd die Alternative aus: „Abschreckung – auch konventionelle Abschreckung – und Sicherheitspartnerschaft sind unvereinbar.“<sup>24</sup>

Letztlich war auch die Parteilinke nicht in der Lage, das Wesen des Pentagonismus, den Charakter der NATO als Bündnissystem imperialistischer Staaten unter US-Hegemonie und die damit verbundenen Konsequenzen herauszuarbeiten. So eindeutig ihr Wille zur „Defensivität“ ist, er bleibt etwas hilflos, weil die Einsicht in systembedingte Ursachen der Kriegsgefahr fehlt. Wieder bildete die „Bedrohung durch die Sowjetunion“ – wenngleich abgeschwächt und nicht mehr unwidersprochen – den Hintergrund. Immerhin bricht sich der Gedanke Bahn, daß die Stabilität der konventionellen Kräfte in Europa Aufrüstung „überflüssig“ macht und Abrüstungsschritte ermöglicht. Die Ausblendung der gesellschaftlichen Wurzeln des Wettrüstens erschwert die Bestimmung nationaler Interessen und deren Abgrenzung gegenüber Interessen des US-Imperialismus. So wurde das Verlangen nach „defensiver Rüstung“ ohne Begründung in den Raum gestellt; andernfalls hätte die aggressive Grundstruktur der NATO-Strategie thematisiert werden müssen.

Hauptmangel aber ist der Verzicht auf Aktionsorientierung in den verabschiedeten Anträgen, die reine Analyse- und Forderungspapiere sind. Das reformistische Politikverständnis des Frankfurter Kreises der SPD-Linken überläßt die Umsetzung der Parteitage­beschlüsse dem parlamentarischen Prozeß, der „großen Politik“, ohne Mobilisierungschancen aufzuzeigen und auszunutzen. Dieses gebrochene Verhältnis zu Massenaktionen der Friedensbewegung ist deshalb so problematisch, weil es ohne außerparlamentarischen Druck unmöglich gelingt, auch nur die Mehrheitspositionen gegen den zu erwartenden Widerstand der USA und im eigenen Land durchzusetzen.

Mit dem Essener Parteitag ist die Auseinandersetzung um die zukünftige Linie der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik nicht entschieden. Der

23 Protokoll, 19. Mai 1984, S. 228.

24 Ebd. S. 237.



SPD-Rechten gelang es nicht, ihr Ziel einer Revision oder des Vergessenmachens der Kölner Anti-Raketen-Entscheidung zu erreichen. Sie trat konzeptionslos und defensiv auf, während die wenig Geschlossenheit zeigende Parteilinke mit eigenen Anträgen Profil gewann. Bestimmend war das Integrationsmuster einer Ablehnung fortschrittlicher Basisimpulse durch die Parteilührung mit Hilfe „etablierter“ Linker. In den geschaffenen Auffanglinien spiegelt sich der wachsende Einfluß der Friedensbewegung auf die SPD wider. Nach dem Durchbruch des Kölner Parteitages in der Stationierungsfrage markiert Essen die Stabilisierung errungener Positionen in Verbindung mit weiteren Fortschritten auf Teilgebieten, die aber noch ungefestigt und leicht angreifbar sind.

#### 4. Entwicklungsperspektiven der Strategiedebatte

Birgt die Diskussion um „Sicherheitspartnerschaft“ und eine „europäische Friedensordnung“ wirklich neue Perspektiven in sich, oder werden durch diesen Diskussionsprozeß – unter dem Druck der Friedensbewegung – lediglich Einzelpositionen revidiert und Strategieteile modernisiert? Der Anspruch, Sicherheit nicht mehr vor dem potentiellen Gegner, sondern mit ihm zusammen (bei gleichen Risiken) zu erlangen, ist etwas Neues in der SPD-Diskussion. Neu insofern, als damit – konsequent zu Ende gedacht – die Abschreckungs-ideologie durchbrochen wird. Abschreckungstheorien gehen davon aus, daß man sich schützt durch militärische Stärke, die groß genug ist, um einem Angreifer unerträglichen Schaden zuzufügen. Je größer die eigene Stärke, desto größer der Abschreckungseffekt. Wächst das Abschreckungspotential weiter, so kippt seine Wirkung unter der Bedingung eines nuklearstrategischen Gleichgewichts um, und die Lage wird labiler. Mehr Atomwaffen schaffen mehr Unsicherheit, schon aufgrund der Möglichkeit menschlichen und technischen Versagens. Wohlgemerkt: Dieser Gedankengang bezieht sich auf die Abschreckungs*demagogie*, nicht auf Pläne und Ziele, die in den USA mit Präzisionsraketen verfolgt werden – und schon er zeigt die zunehmende Brüchigkeit der NATO-Doktrin.

Der harte – zunächst rein militärische – Kern jeder Sicherheitspartnerschaft besteht in dem Grundsatz, daß der Atomkrieg weder führbar noch begrenztbar noch gewinnbar ist. Wenn die endlose Anhäufung von Nuklearwaffen die gesamte Gattung Mensch bedroht, dann müssen beide Hauptlager zusammenarbeiten, um ihr gemeinsames Überleben zu sichern. Bis hierhin ist das Wesen von Sicherheitspartnerschaft gattungs-, nicht klassenbestimmt und verträgt sich mit militärisch ausgetragenen Konflikten und Aufrüstungsinteressen, die auf einer niedrigeren Bedrohungsebene liegen. Die entscheidende Frage ist nun, wie weit Sicherheitspartnerschaft reicht: ob sie auf dieser Ebene steckenbleibt – was in der extremen Zuspitzung nicht gattungsbedrohende konventionelle Kriege unter dem Dach einer gattungserhaltenden Zusammenarbeit beinhalten würde – oder ob es gelingt, Sicherheitspartnerschaft als durchgängiges Konzept zu formulieren und zu realisieren, das auch den Bereich konventioneller Rüstung umfaßt. Da konventionelle Kriegführung (noch) nicht un-

mittelbar gattungsgefährdend ist, gerät Sicherheitspartnerschaft auf dieser Konkretionsebene in den Widerstreit der Klasseninteressen.

Die Beschlußlage der SPD weist deutliche Bruchlinien zwischen dem konventionellen und dem Nuklearbereich auf. Auf dem gattungsbedrohenden Nuklearsektor verfügt die Sozialdemokratie über ein relativ geschlossenes Forderungskonzept, im konventionellen Bereich sind noch alle Wege zur Aufrüstung offen. An der Nahtstelle zwischen nuklearem und konventionellem Gebiet, bei den taktischen Atomwaffen, wird auch das Nuklearkonzept der SPD schwammig. In den Punkten, die hauptsächlich gattungsbestimmt sind, geht die SPD erheblich weiter als in den Klassenfragen.

Noch schärfer tritt die Scheidung der beiden Problemkreise in den Strategiekonzepten hervor, die „realistische Kräfte“ der herrschenden Klasse in den USA vorgelegt haben. Zu nennen ist hier in erster Linie die Vereinigung besorgter Wissenschaftler (Union of Concerned Scientists), der auch *Robert McNamara*, ehemaliger Verteidigungsminister und Präsident der Weltbank, angehört. Ihr Vorschlag des Verzichts auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen (No First Use) in Verbindung mit Abkommen zur Rüstungskontrolle bleibt auf den Bereich der Atomwaffen beschränkt. Auf konventionellem Gebiet schlägt dieselbe Gruppe für Europa ein gigantisches Aufrüstungsprogramm vor, das Mehrkosten von 100 Milliarden Dollar in wenigen Jahren verursachen würde.

An Überlegungen der geschilderten Art knüpfen sozialdemokratische Führungskreise an. Hauptinhalt des von ihnen angestrebten neuen Konsenses in der Sicherheitspolitik sollen die deutliche Zurückstufung der Rolle atomarer Waffen und die Weiterführung der Entspannungspolitik sein. „No First Use und zweite Ostpolitik“, wie *Peter Glotz* sagt.<sup>25</sup> Das Konzept eines Verzichts auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen bildet die Plattform für einen Konsens, der große Teile der Friedensbewegung – vor allem den sozialdemokratischen – umfassen und bis zur CDU reichen soll (wo *Kurt Biedenkopf* bereits verwandte Vorstellungen vertritt), der aber auch international einen Brückenschlag zu den genannten Kräften in den USA erlauben würde.

Bei „No First Use“ in Reinform wäre das proletarische Klasseninteresse an umfassender Abrüstung weitgehend außen vor, weil dieses Konzept die Wahrung des Gattungsinteresses (Überleben der Menschheit) mit dem monopolkapitalistischen Interesse an Rüstung und Rüstungsprofiten zu kombinieren sucht. Dennoch würde seine Umsetzung die Chancen zur Verhinderung eines Atomkrieges spürbar erhöhen; zudem ist das konventionelle Aufrüstungsprogramm eine Sache, die Wirklichkeit mit der Klassenseinsetzung als Hemmschuh eine andere.

Die Widersprüchlichkeit eines Planes, der die Verminderung der Atomwaffen durch eine Vermehrung konventioneller Waffen „ausgleicht“, liegt auf unterschiedlichen Ebenen. Einmal wird die Zerstörungskraft konventioneller Kriegführung durch Einführung neuer Typen „intelligenter“ Munition in Kombination mit weitreichenden Raketenträgersystemen derart steigen, daß

25 Peter Glotz, *Die Arbeit der Zuspitzung*, Berlin (West) 1984, S. 41 f.

sie der taktischer Atomwaffen gleichkommt. Sofern die laufenden Rüstungsprogramme der USA und der BRD verwirklicht werden, wird die Frage „Krieg oder Frieden“ zumindest für Europa auch ohne Atomwaffeneinsatz zum Überlebensproblem, zur Gattungsfrage.

Ein zweiter Aspekt betrifft die Klassenauseinandersetzungen („Rüstungs- oder Sozialstaat“), ein dritter die innerimperialistische Konkurrenz, weil moderne konventionelle Waffensysteme sehr teuer sind und vor allem in den USA zu beschaffen wären.

Eine weitere Widerspruchsebene im Modell „Sicherheitspartnerschaft“ ist die der Ablösung des Abschreckungsgedankens auf nuklearem Sektor unter Beibehaltung bzw. Rekonstruktion desselben Gedankens für den konventionellen Bereich. Die Abschreckungsdoktrin der NATO steht Sicherheitspartnerschaft entgegen. Gelänge es, Sicherheitspartnerschaft auf die konventionelle Ebene auszudehnen, wäre damit die Fortexistenz überkommener Feindbilder in Frage gestellt. Umfassend verstandene Sicherheitspartnerschaft schließt das Festhalten an der Bedrohungslüge aus und bietet die Chance einer weitgehenden Entmilitarisierung der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Im Rahmen dieses Konzepts verschränken sich Gattungs- und Klassenfragen schwer trennbar miteinander.

Gegenwärtig steht bei der SPD eindeutig die Gattungsfrage im Mittelpunkt der Überlegungen zur Sicherheitspartnerschaft. Der Nachweis dieser Zusammenhänge dient nicht dazu, Sozialdemokraten konventionelle Aufrüstungswut zu unterstellen. Er verweist darauf, welche Gefahrenmomente die Bemühungen der SPD-Führung um einen neuen sicherheitspolitischen Grundkonsens in sich bergen und wo sie lauern, wenn nicht alle Wege zur konventionellen Um- bzw. Weiterrüstung verschlossen werden.

Auf dem Essener Parteitag hat die SPD-Linke auch Themen der Klassenauseinandersetzung – etwa bei den Rüstungskosten – angeschnitten. Ihre Position hat sich nur ansatzweise in Teilbereichen durchgesetzt. Wie erfolgreich sie in Zukunft sein wird, hängt nicht allein von Entwicklungsprozessen innerhalb der SPD ab. Entscheidend dürfte sein, wie eng und kraftvoll das Bündnis zwischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung wird, aber auch, ob die Partei als ganze in den außerparlamentarischen Mobilisierungszusammenhang eingebunden werden kann.

## **IMSF-Diskussionsrunde „Alternativen zum Wettrüsten“**

*Jürgen Reusch*

Etwa 40 Teilnehmer waren der Einladung des IMSF zu einer Diskussionsrunde am 2. Juni 1984 in Frankfurt/M. gefolgt, um das Thema „Alternativen zum Wettrüsten – Analyse, Kritik, Aufgaben aus marxistischer Sicht“ zu erörtern. Die Debatte hatte Selbstverständigungscharakter. Es ging darum, eine kritische Bestandsaufnahme des bisher Erreichten zu erarbeiten, um einige Hauptrichtungen marxistischer Forschungsarbeit auf diesem Gebiet näher zu bestimmen.

### I.

Das erste von zwei Hauptreferaten war der Globalstrategie des US-Imperialismus gewidmet. *Bernd Greiner* (Hamburg) stellte seine Ausführungen unter das Thema „Die Militärstrategie der USA in historischer Perspektive“. Er arbeitete als Grundthese heraus: In der US-Militärstrategie ist seit der Entwicklung der Atombombe der Einsatz militärischer atomarer Macht unabhängig vom konkreten Verlauf der Systemauseinandersetzung stets oberste Maxime gewesen und bis heute geblieben. Weder die Rüstung der Sowjetunion, weder die angebliche Bedrohung aus dem Osten noch Konflikte mit den Warschauer-Vertrags-Staaten sind die eigentliche Ursache für die US-imperialistische Kriegführungs- und Siegstrategie, sondern die in ihr systembedingt angelegte imperialistische Aggressivität. Besonders seit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems ist die militärstrategische Planung der USA von dem Ziel geprägt, die als unerträglich empfundene Herausforderung des Sozialismus mit dem historischen Sieg des Kapitalismus auf der ganzen Welt zu beantworten. Insofern hat sich im Verlauf der Systemauseinandersetzung die wesensmäßige imperialistische Aggressivität noch verschärft und eine klar antisowjetische Stoßrichtung bekommen. Nicht nur wegen der Zerstörungskraft der Atomwaffen, sondern wegen seines historischen Charakters ist dieser zukünftige Krieg von den USA als besonderer, ideologischer Krieg betrachtet worden, als historisch entscheidende letzte Schlacht.

In diesem Sinne ist die Militärstrategie der USA seit 1945 unzweifelhaft immer eine Kriegführungs- und Siegstrategie gewesen. Ihr Hauptziel war stets, im Ernstfall so schnell wie möglich und unter Ausschöpfung aller technischen Mittel den militärischen Sieg über die UdSSR davonzutragen und zielbewußt auf diesen Ernstfall hinzuarbeiten, sich auf ihn vorzubereiten. Dementspre-

chend ist die atomare Zielplanung von Anfang an nicht nur – im Sinne einer Kriegsvermeidungs-Abschreckung – gegen Städte (Counter-city), sondern auch – im Sinne einer Kriegführungsabschreckung – gegen militärische und strategische Zentren der UdSSR gerichtet gewesen. Der Aufbau von Counterforce-Potentialen war eine, allerdings von den technischen Möglichkeiten abhängige, Konstante der US-Militärstrategie seit dem Bau der Atombombe.

Die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses hat so zwar die politische Strategie verändert: Der kalte Krieg wurde Ende der sechziger Jahre durch eine Generallinie erklärter Entspannungs- und Koexistenzbereitschaft abgelöst, doch hat sich dies nur deklaratorisch niedergeschlagen. Auf der materiellen Ebene der Militärstrategie wurde dagegen die Vervollkommnung der Kriegführungsoptionen unbeirrt vorangetrieben. Die Rüstungskontrolle (wie sie sich im SALT-Prozeß manifestierte) wurde von den maßgeblichen Kräften des MIK zu jener Zeit nur unter dem Vorbehalt akzeptiert, daß sie den vor allem qualitativen militärischen Aufrüstungsprozeß nicht unterbrach, wie die kontinuierliche Entwicklung der MIRV-Technologie belegt.

Man kann also aus der politischen nicht umstandslos auf die militärische Strategie schließen; umgekehrt zieht eine kontinuierliche atomare Militärstrategie nicht in jeder Situation auch eine atomare politische Strategie nach sich. Dies signalisiert, so faßte *Greiner* zusammen, eine relative Verselbständigung des Militärapparats gegenüber den politischen Führungsgruppen, die durch die quantitative Ausweitung der Rüstungsproduktion, der militärischen Forschung und Entwicklung und deren rasche qualitative Beschleunigung noch verstärkt werde. Diese Dimensionen militärischer Produktion vor allem in den USA rechtfertigen es demnach, von einer begrenzten Eigenständigkeit und Eigendynamik der Rüstungstechnologie zu sprechen, die unabhängig von der Verschärfung oder Entspannung internationaler Konflikte zum Tragen komme.

*Greiner* wandte sich dann einem zweiten Grundproblem zu: der Frage nach den politischen Realisierungsbedingungen US-imperialistischer Kriegsplanung. Wie schon für die Zeit des kalten Kriegs ist auch heute vom Primat der Politik über die militärischen Mittel auszugehen. Die politische Führung setzt entsprechend den von ihr repräsentierten Systeminteressen die politischen Zwecke, zu denen die militärischen Mittel eingesetzt werden sollen. Sie formuliert die Kriegsziele und teilt im wesentlichen die auf dieser Grundlage erwachsenden militärischen Optionen und Planungen. In den USA waren das in der Zeit des kalten Krieges: die Auflösung der politischen und militärischen Strukturen der UdSSR als Staatsverband; die innenpolitische Umgestaltung der UdSSR nach imperialistischem Muster; das Roll-back des Sozialismus aus Osteuropa (und damals auch aus China); die Zerschlagung der kommunistischen Weltbewegung usw. Auch in der Gegenwart handelt es sich im wesentlichen um eben diese Ziele, wie die einschlägigen Dokumente ja offenbaren.

Allerdings beginnt hier das eigentliche Problem erst: Die zerstörerische Dimension des Atomkriegs führt dazu, daß die politische Führung aus Selbsterhaltungsinteresse stets ein Optimum an politischer Kontrolle über Kriegspla-

nung und Kriegführung anstreben muß. Die Mittel der atomaren Kriegführung stehen in zunehmend dysfunktionalem Verhältnis zu den Kriegszielen, die mit ihrer Hilfe erreicht werden sollen.

Aus diesem Ziel-Mittel-Konflikt ist es zu erklären, daß die politische Führung der USA in einer Reihe zugespitzter Konfliktsituationen (Korea-Krieg, Kuba-Krise, Vietnam-Krieg usw.) zwar über den Einsatz der Atomwaffe diskutierte, ihn aber letztlich verworfen hat, in einigen Fällen auch gegen die Forderung hoher Offiziere. Der hier zutage tretende „Selbstabschreckungseffekt“ der Atomwaffen hängt einesteils mit dem politischen Widerstand der westeuropäischen Verbündeten der USA zusammen, auf deren Bomberflugplätze sie z. B. angewiesen waren, hauptsächlich aber mit dem militärischen Potential der UdSSR, die zunächst das Atomwaffenmonopol der USA gebrochen und schließlich ein ungefähres nuklear-strategisches Gleichgewicht hergestellt und damit den USA die Gewißheit genommen hatte, aus einem militärischen Konflikt mit der UdSSR unverwundet hervorgehen zu können.

Es handelt sich bei der heutigen Rüstungspolitik der USA u. a. darum, genau diese Unverwundbarkeit zurückzuerlangen und Hindernisse für ihre Kriegsplanung beseitigen zu wollen. Dafür gibt es in der Hauptsache zwei Wege: 1. Die Ausschaltung der sowjetischen Vergeltungsschlagskapazität und 2. die höchstmögliche Schadensbegrenzung im eigenen Land. Aus der Kombination dieser Absichten erklären sich z. B. die durch die neuen Mittelstreckenraketen geschaffenen selektiven Kriegführungsoptionen oder die Weltraumrüstung, die die USA strategisch unverwundbar machen soll.

In einem dritten Komplex ging es dann um die Konsequenzen, die sich aus dieser Analyse für die Friedensbewegung ergeben könnten. Hier wurden vor allem zwei Punkte genannt:

1. Die heutige rüstungstechnische Dynamik kann zu einem eigenen kriegsauslösenden Faktor werden; ein Faktor der Destabilisierung ist sie schon längst geworden. Die Rüstungstechnologie geht innerhalb des Systems des MIK scheinbar unaufhaltsam voran und „überholt“ sozusagen die immer komplizierter und langwieriger werdenden Rüstungskontrollverhandlungen. Es entsteht auf der Seite der USA ein Präemptions- und Erstschlagspotential, das mehr und mehr ein objektives Hindernis für eine Koexistenz- und Abrüstungspolitik bildet. Außerdem nimmt die Wahrscheinlichkeit eines Krieges „aus Versehen“ zu.

Aus alledem ergibt sich, bevor es überhaupt zu substantieller Abrüstung kommen kann, die Bedeutung der Freeze-Forderung. Ein Einfrieren der Rüstung, wie es von der UdSSR befürwortet wird, kann den verhängnisvollen Prozeß stoppen, in dem vollendete Tatsachen geschaffen werden, die immer schwerer rückgängig zu machen sind. Aus der Erkenntnis dieses Problems leitet sich ein wachsender Bedarf ab, die inneren Entscheidungsmechanismen des MIK sowohl der USA als auch anderer kapitalistischer Länder genauer zu erforschen.

2. Für die Friedensbewegung bedeutet das, sich nicht von der Vorstellung einer scheinbar unentrinnbaren atomaren Apokalypse ins Bockshorn jagen zu lassen, sondern die zweifellos vorhandenen Chancen zur Mobilisierung einer

breiten Anti-Kriegs-Front nüchtern einzuschätzen und voll auszuschöpfen, um die imperialistischen Kriegspläne politisch zum Scheitern zu bringen. Für die Friedensforschung ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Widersprüche und Gegenkräfte zu analysieren, mit denen sich die US-imperialistische Kriegsplanung konfrontiert sieht, und deren heutige und zukünftige Realisierungsbedingungen zu erforschen.

## II.

Im Vordergrund der sich anschließenden Diskussion standen 1. Fragen der Analyse der dargestellten Kriegführungsstrategie der USA sowie 2. weitere Fragen nach deren Verwirklichungsbedingungen.

Zu 1.: Es wurde Übereinstimmung registriert darüber, daß das Element der Kriegführung die eigentliche Konstante der gesamten Militärstrategie der USA seit dem Bau der Atombombe sei und das vorherrschende Abschreckungsverständnis entscheidend geprägt habe. Das bedeutet: Es bestand und besteht kein „Abschreckungssystem“ im Sinne einer bilateralen Übereinkunft zwischen USA und UdSSR und keine ihnen gemeinsame Abschreckungslogik. Beide Großmächte und die sich um sie gruppierenden Bündnisse verhalten sich gegensätzlich: die UdSSR stabilisierend und abrüstungsbereit, die USA destabilisierend und zunehmend risiko- und kriegsbereit. Abschreckung ist ein ausschließlich und einseitig von den USA den internationalen Beziehungen aufgezwungenes Prinzip, das die UdSSR niemals als friedensstiftend anerkannt hat.

So umfänglich die Friedensforschung die Kritik der Abschreckung entwickelt hat, so wenig ist die obengenannte Erkenntnis rezipiert worden. Nach wie vor dominiert auch unter der Linken eine Auffassung, die eine beiden „Supermächten“ gemeinsame Abschreckungslogik unterstellt.

Weiter wurde vorgeschlagen, die These der relativen Verselbständigung der Rüstungstechnologie genauer zu untersuchen und zu prüfen, wie weit sie zur Weiterentwicklung einer MIK-Analyse förderlich sein könne.

Es wurde darauf hingewiesen, daß sich die militärische Zielplanung der USA konstant (und analog zu den waffentechnischen Möglichkeiten) weiterentwickelt und vervollkommen habe. Enthauptungsoptionen, wie sie heute ein Kernstück der gesamten Strategie seien, habe es bereits in den fünfziger Jahren gegeben, nur seien sie heute ungleich gefährlicher, denn den USA stehe inzwischen eine qualitativ sehr viel wirksamere Militärtechnik zur Verfügung. Der Imperialismus reagierte auf seine veränderten Existenzbedingungen offensichtlich mit erhöhter Bereitschaft zum Einsatz der vorhandenen Rüstung.

Damit wurde der 2. Themenkomplex angesprochen: die Realisierungschancen der dargestellten Strategie. Es wurden zahlreiche Argumente dafür angeführt, daß die USA die Revitalisierung der aggressivsten und risikofreudigsten Elemente ihrer Strategie keineswegs aus einer Position der Stärke praktizieren, sondern im Gegenteil aus historischer Schwäche. Die geradezu atemberaubenden US-Rüstungsausgaben werden durch eine gigantische Staatsver-



schuldung finanziert, die die ohnehin tiefe Wirtschaftskrise noch verschlimmert.

Im Anschluß an die im Referat gegebenen Hinweise, daß die politische Führung der USA in verschiedenen zugespitzten Situationen von dem Einsatz von Atomwaffen zurückgeschreckt sei, wurde diskutiert, ob dies auch für zukünftige Konflikte anzunehmen sei. Es bestand Übereinstimmung in der Auffassung, die Haupttendenz der Politik der USA sei in der Tat eine wachsende Neigung, die schon immer bestehenden Atomkriegspläne auch zu realisieren. Die Gefahr sei heute größer als jemals zuvor in der Geschichte. Die Gründe dafür lägen a) in den enormen qualitativen Sprüngen der Waffentechnik; b) im Übergang der politischen Führung an die aggressivsten, abenteuerlichsten und ignorantesten Kräfte der herrschenden Klasse, was ja nicht ohne objektive Grundlagen möglich geworden sei; c) in der tiefen ökonomischen Krise und den rasanten politischen Positionsverlusten des US-Imperialismus. Diese Entwicklung verstärkte die Neigung, vollendete Tatsachen zu schaffen, solange man es noch für machbar halte. Es gebe jedoch eine ganze Reihe von Faktoren, die die USA bisher an der Umsetzung ihrer Kriegspläne gehindert hätten. Der gewichtigste darunter sei die militärische Macht der UdSSR.

Zu Kosten-Nutzen-Analysen, die die imperialistische Führung stets anfertigte, wenn sie über den Einsatz ihrer atomaren Machtmittel zu entscheiden hatte, wurde bemerkt: Natürlich wird die imperialistische Bourgeoisie nicht leichtfertig die eigene Vernichtung herbeiführen. Andererseits unterstellt aber die gelegentlich vertretene These, ein Erstschlag sei aus der Bewertung der Kräftepotentiale heraus niemals risikofrei und werde daher auch nicht versucht werden, einen widerspruchsfrei und rational handelnden Imperialismus. Die skizzierten Kräfteverhältnisse, Krisen und Widersprüche begünstigen aber gerade – vom rationalen Kosten-Nutzen-Standpunkt – falsche Kräfteeinschätzungen. Ein begrenzter Krieg, der von den USA heute auf der Grundlage einer solchen falschen Lagebeurteilung geführt würde, könnte bereits zum Auslöser einer größeren Katastrophe werden.

### III.

Im zweiten Referat befaßte sich *Jürgen Reusch* mit der Thematik „Strategiediskussion, Kritik alternativer Sicherheitskonzepte, Aufgaben der Friedenssicherung aus marxistischer Sicht“. In einem ersten Block wurde versucht, die Hauptinhalte der gegenwärtigen Diskussion über die Zukunft der Militärstrategie der NATO darzustellen.

Es handelt sich, nach dem Übergang von der Strategie der massiven Vergeltung zur flexible response in den sechziger Jahren, um die zweite große Strategiediskussion dieses Bündnisses; beide begannen in den USA. Beide hatten ähnliche Ausgangspunkte, nämlich jeweils die sich in der herrschenden Klasse durchsetzende Erkenntnis, daß das veränderte globale Kräfteverhältnis den eigentlichen Zweck der Strategie, den erfolgreichen Einsatz militärischer atomarer Macht zur Erreichung politischer und ökonomischer Hegemoniepositionen obsolet zu machen drohte. Bei beiden wurden bzw. werden Interessen-

konflikte zwischen den USA und ihren westeuropäischen Verbündeten offenkundig.

1981 gab eine Studie der Direktoren der vier offiziellen außenpolitischen Forschungsinstitute der USA, der BRD, Großbritanniens und Frankreichs folgende Lagebeschreibung: Dem Aufstieg der UdSSR und den revolutionären Entwicklungen in der dritten Welt stünden der relative Machtverfall der USA und die zurückbleibende ökonomische und militärische Integration Westeuropas gegenüber. Die militärischen Positionen der NATO seien ausgehöhlt worden; die kombinierte Wirkung dieser Faktoren stelle die Gültigkeit der NATO-Strategie der flexible response in Frage.

Die flexible response war stets eine Quadratur des Kreises. Für die USA war sie eine Strategie des abgestuften, selektiven militärischen Gebrauchs von Atomwaffen, eine Strategie der nuklearstrategischen Abkoppelung vom zukünftigen Kriegsschauplatz Europa (wofür allerdings die passenden Waffen noch fehlten). Ihren Verbündeten konnten die USA die flexible response vor allem aufdrängen, weil sie mit einer politischen „Grand Strategy“ von Entspannungsbereitschaft, Gleichgewicht und Rüstungskontrolle verbunden wurde, weil diese sich also einreden durften, die Strategie werde niemals zur militärischen Anwendung gelangen. Die Fiktion, Abschreckung sei ein politisches Prinzip der Kriegsverhütung, konnte so vorerst aufrechterhalten werden.

Die USA reagierten aber auf die genannten strategischen Kräfteverschiebungen mit der Aufkündigung der Generallinie der Entspannung. Der Kriegführungscharakter der Abschreckung wurde deutlicher sichtbar, die Horrorvision einer atomaren „Verteidigung“ der BRD rückte in den Bereich des real nicht auszuschließenden, die Geschäftsgrundlage der flexible response verfiel zusehends. Heute verfügt die NATO über keinen mehrheitsfähigen sicherheitspolitischen Konsens mehr.

Die Widersprüche treten dort auf, wo der für alle akzeptable Gesamtrahmen durch konkrete Handlungsorientierungen ausgefüllt werden soll. Das hat zur Herausbildung divergierender Grundpositionen innerhalb der NATO geführt, von denen hier einige wichtige zu benennen sind. Nicht nur die einschlägigen Dokumente, auch Tatsachen wie die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, AirLand-Battle-Doktrin- und Konzept oder die Weltraumrüstung erlauben Rückschlüsse auf die Position der US-Führung: Ausnutzung des ökonomischen und militärischen Potentials der NATO-Verbündeten (notfalls auch durch wirtschaftskriegsähnliche Maßnahmen) in einer von den USA angeführten Strategie der strategischen Überlegenheit, der Kriegführungs- und Siegfähigkeit. Aufkündigung der strategischen Nukleargarantie der USA für Westeuropa, Abwälzung der Hauptlast konventioneller Rüstung auf die Verbündeten, ggf. auch Abzug von US-Stationierungstruppen; das alles, um die USA in die Lage zu versetzen, im Sinne der ALB-Doktrin weltweit schauplatzgebundene begrenzte atomar-konventionell-chemisch-elektronische Kriege siegreich führen zu können. Dies soll sich in einer Umorganisation der NATO niederschlagen.

Der in der BRD regierende Rechtsblock, mit den USA ohnehin auf Gedeih und Verderb verbunden, unterstützt die in dieser Position enthaltene strategi-

sche Zielsetzung des langfristigen historischen Sieges über den Sozialismus weitgehend, dies hauptsächlich aus der Auffassung heraus, daß ohne gemeinsames Vorgehen mit den USA die BRD keine einzige ihrer strategischen Positionen gegenüber dem Sozialismus und der dritten Welt halten kann. Hier spielt also die Festigung eigener hegemonialer Positionen eine Rolle. Ergänzt wird diese Orientierung durch die Hervorhebung der strategischen und ökonomischen Besonderheiten Westeuropas, was auch die Betonung bestimmte Kooperationsinteressen mit den sozialistischen Ländern einschließt. Man akzeptiert die Forderung nach mehr konventioneller Rüstung im Sinne des *Rogers-Plans* mit Einschränkungen (finanzielle Engpässe), wehrt sich aber heftig gegen den Verlust der US-Nukleargarantie, versucht, die unvermeidlichen strategischen Umorientierungen soweit wie eben möglich in die noch offiziell gültige flexible response zu integrieren (vgl. *Wörner, Mertes, Dregger*) und verharmlöst nach außen hin die Konflikte auf geradezu groteske Weise.

Die militärische Regionalisierung und drohende ökonomische Schwächung Westeuropas soll durch dessen verstärkte, auch militärische Integration zu einem zweiten NATO-Standbein ausgeglichen werden. Dieses Westeuropa soll letztendlich auch offen sein für die Bildung einer eigenen Atommacht unter Einschluß der BRD. Als Kern dieser Atommacht wird die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der BRD betrachtet, als Vehikel die neuzubelebende Westeuropäische Union.

Die Sozialdemokratie hat auf ihren Parteitag in Köln (1983) und Essen (1984) eine neue Mehrheitsposition ausgearbeitet.<sup>1</sup> Es handelt sich um ein Konzept, in dem ein auf Entspannung und Rüstungskontrolle orientiertes, selbständiger seine Eigeninteressen behauptendes Westeuropa mit den USA innerhalb der NATO auf der Basis gemeinsamer strategischer Interessen und Ziele verbunden sein soll, also eine höchst widersprüchliche Vorstellung. Die Positionen der US-Führung und der CDU/CSU sind ungeachtet ihrer Unterschiede beide in höchstem Maße gefährlich, destabilisierend und halten an der anachronistischen Idee fest, der „Westen“ könne durch einseitig zu errichtende militärische Stärke den Sozialismus in die Knie zwingen. Die Position der SPD hebt sich davon in wichtigen Punkten ab, nimmt einzelne Forderungen der Friedensbewegung auf, kann aber insgesamt nicht als stringentes Alternativ-Konzept bezeichnet werden.

Im zweiten Teil des Referats wurden Kriterien einer alternativen Sicherheitspolitik formuliert. Dabei geht es um ein neues Politikverständnis: Es sollen nicht am grünen Tisch konstruierte Modelle den politisch Verantwortlichen im Sinne traditioneller Politikberatung zur gefälligen Auswahl präsentiert, sondern solche Vorstellungen erarbeitet werden, die in die politische Praxis einer breiten, radikalen und überparteilichen Massenbewegung einfließen können. Ein alternativer Sicherheitsbegriff muß auf die Verhinderung eines Krieges wie auch auf Sicherheit vor Krisen, Sozial- und Demokratieabbau gerichtet und damit in eine demokratische Strategie zur Lösung globaler Probleme integriert sein, die sich auf Frieden, Arbeit und Natur positiv bezieht.

1 Vgl. dazu den Beitrag von Butterwegge/Zellner in diesem Band.

Demnach kann man folgende Kriterien einer alternativen Sicherheitspolitik benennen: 1. Kriegsverhütung und friedliche Koexistenz; 2. substantielle und echte Abrüstung; 3. Berücksichtigung der nationalen Interessen der BRD und internationale Solidarität und Kooperation; 4. politische Friedenssicherung, verbunden mit Eingriffen in die militärischen Strukturen; 5. Überwindung der atomaren Abschreckung; 6. Realisierungsfähigkeit. Aus dem letztgenannten Kriterium folgt nicht, nur jene Konzepte für akzeptabel zu halten, die aus den gegebenen politischen Strukturen oder dem aktuellen Massenbewußtsein direkt ableitbar erscheinen. Es geht vielmehr darum, jene richtigen und notwendigen Forderungen in den Mittelpunkt zu stellen, die bei voller Mobilisierung aller vorhandenen nationalen und internationalen Kräfte durchsetzbar sein können.

Anschließend wurden verschiedene alternative Sicherheitskonzepte kritisch dargestellt. Das Konzept einer atomwaffenfreien Zone in Europa existiert in verschiedenen Varianten. Solche, die (wie z. B. der Aufruf der *Russell*-Initiative oder verschiedene Vorschläge der Grünen) die Forderung lediglich als Vehikel zur Bildung eines Anti-„Supermächte“-Blocks in Ost- und Westeuropa betrachten, enthalten überwiegend destabilisierende Elemente und sind inakzeptabel. Zwar ist die Forderung eines „von Polen bis Portugal“ reichenden atomwaffenfreien Europa durchaus positiv, wenn sie in eine stabilisierende Entspannungs- und Abrüstungspolitik integriert ist. Als Teil einer auf die Destabilisierung des „Ostblocks“ und Isolierung der UdSSR abzielenden Politik wird sie unvermeidlich in imperialistische Diversionsstrategien eingebaut werden.

Andere Konzepte, wie z. B. der bekannte Vorschlag der *Palme*-Kommission, eine solche Zone zunächst nur in einer Breite von je 150 km entlang der Grenze zwischen BRD und DDR/ČSSR einzurichten, gehen in die Richtung einer Ausdünnung der Konfliktpotentiale bei gleichzeitiger Anerkennung der bestehenden Grenzen und Bündnissysteme in Europa, allerdings mit unklaren Positionen zur Frage des Abbaus der NATO-Mittelstreckenraketen. Ausbaufähig erscheint der sowjetische Vorschlag, diese Zone auf je 300 km auszudehnen und Reduzierungen auch der weiterreichenden Atomwaffen für größere Teile Europas ins Auge zu fassen und damit die Konfrontation der Blöcke wirksam zu entschärfen.

Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone ist eine militärische Reduzierung, die einen wichtigen *politischen* Schritt in Richtung auf Abrüstung und Deeskalation bedeutet. Da sie tief in die aggressiven Elemente der NATO-Struktur und -Strategie eingreift und heute schon schärfste Widerstände auslöst, hat es wenig Sinn, wie die *Palme*-Kommission oder auch die SPD vorwiegend auf Verhandlungen zu ihrer Realisierung warten oder sie durch Vorschläge zu konventioneller Aufrüstung nach rechts hin konsensfähiger machen zu wollen. Es kommt vielmehr darauf an, die Durchsetzungskraft der Friedensbewegung zur Unterstützung sinnvoller Forderungen wie dieser in die Waagschale zu werfen.

Konventionelle Defensivkonzepte sind in Friedensbewegung und Friedensforschung heftig umstritten. Ihr Grundgedanke ist, die militärische Struktur

der BRD unter Verzicht auf taktische Atomwaffen rein konventionell und eindeutig defensiv, d. h. zur militärischen Offensive (anders als bisher) strukturell ungeeignet anzulegen.

Konventionelle Defensivkonzepte verfehlen ihren Zweck, wenn sie vorgeben, „alternative“ Lösungen zur militärischen Verteidigung der BRD parat zu haben, denn die BRD kann heute, wie schon die *Weizsäcker*-Studie gezeigt hat, weder atomar noch konventionell militärisch sinnvoll verteidigt werden. Einige der in den konventionellen Defensivkonzepten enthaltenen Grundgedanken können Antworten auf die Frage geben, wie der überdimensionierte Militärapparat der BRD schrittweise zu reduzieren ist, was allerdings nur im Zuge einer generellen politischen Umorientierung auf Koexistenz, Entspannung, Kriegsvermeidung, Gleichgewicht und Abrüstung möglich ist. D. h. auch, daß die Vorstellung, innerhalb der gegebenen Strukturen durch Anschaffung „defensiver“ Waffen etwas zum Besseren wenden zu können, falsch und schädlich ist. Unter Beachtung dieser Einschränkungen bieten konventionelle Defensivkonzepte die Chance, in die laufende Strategiedebatte wirksam einzugreifen, die Friedensbewegung zu verbreitern und militaristische Kräfte zurückzudrängen.

Es wurde dann die Frage nach Sinn und Möglichkeit eines Austritts der BRD aus der NATO erörtert – nicht auf ihren Wert als politische Losung und Aktionsorientierung, sondern auf ihre *theoretischen Implikationen* hin.

Der (z. B. von sozialdemokratischer Seite) häufig vorgebrachte Einwand, die Forderung sei unrealistisch, wurde als unzutreffend eingeschätzt. „Unrealistisch“ im aktuellen Sinne sind auch weniger weitgehende Forderungen der Friedensbewegung, sofern nicht mehr Kräfte als bisher für sie mobilisiert werden. Die Idee eines NATO-Austritts, teilweise mit der Forderung nach Neutralisierung der BRD verbunden, widerspiegelt aber eine tatsächliche und ernsthafte Verunsicherung über die zukünftige Rolle der BRD in der NATO. Insofern sind hauptsächlich solche Stimmen ernstzunehmen, die in der Forderung nach NATO-Austritt einen Hebel zur Schwächung des US-Einflusses und zur Zurückdrängung imperialistischer Positionen erblicken. Eine breitere Infragestellung des NATO-Bündnisses, die von Marxisten ja nicht erst seit gestern vorgenommen wird, wäre außerordentlich positiv.

Nach dem bisherigen Stand der Analyse scheint allerdings die These berechtigt, daß es ohne BRD keine funktionsfähige NATO geben kann. Die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO ist also gleichbedeutend mit der Forderung nach Auflösung der NATO, was wiederum nur im Zuge einer bilateralen Auflösung der Blöcke Wirklichkeit werden kann, also nicht ohne ein System gemeinsamer Sicherheit. Die antiimperialistische Orientierung auf die Loslösung der BRD von der Hegemonie der USA ist also einer Politik der Entspannung und gemeinsamen Sicherheit nicht entgegenzusetzen, sondern mit ihr zu verbinden: So können die Bedingungen für die Überwindung der Teilung Europas in feindliche Militärblöcke heranreifen.

Das Konzept der sozialen Verteidigung (sein Hauptvertreter in der BRD ist *Theodor Ebert*) wird von seinen Anhängern als umfassendes Gegenkonzept zu Wettrüsten und Abschreckung angesehen. Danach soll die BRD, deren Be-

drohtsein durch einen Aggressor (aus dem Osten) meist als selbstverständlich angenommen wird, durch Formen passiven Widerstands und zivilen Ungehorsams verteidigt werden; dem Aggressor soll gezeigt werden, daß er trotz militärischer Besetzung das Land nicht „in Besitz“ nehmen kann, daß sich also die Aggression nicht lohnt.

Obwohl anzuerkennen ist, daß die soziale Verteidigung den herrschenden Militärstrategien eine ernstgemeinte Verweigerungshaltung entgegenstellt (die zudem in der Friedensbewegung eine breite Massenbasis findet), ist kritisch anzumerken, daß sie die materiellen Grundlagen der Kriegsgefahr entweder gar nicht oder falsch analysiert („Blocklogik“) und in der Praxis nicht antastet. Die formale Gegenüberstellung von „Gewalt“ und „Gewaltfreiheit“ verhindert die Herausarbeitung einer politischen Strategie mit klarer klassenmäßiger Stoßrichtung. Als Teil eines alternativen Sicherheitskonzepts ist sie deswegen ungeeignet.

Die Erörterung der genannten Teilkonzepte führt zur allgemeinen Frage, ob Abrüstung durch einseitige Schritte oder durch bi- und multilaterale Vereinbarungen auf Gleichgewichtsbasis anzustreben ist. Die Vertreter der einseitigen Abrüstung verneinen letzteres vehement und geben der Initialzündung durch die mutige, einseitige Tat den Vorzug. Für Gleichgewicht zu sein, heißt tatsächlich nicht, jede Verhandlungsfarce zu beklatschen, wie sie z. B. ein *Nitze* in Genf aufführte. Es geht nicht ohne einseitige Schritte. Aber das Problem liegt tiefer.

Die Länder der Welt sind in ein enges Geflecht gegenseitiger Beziehungen eingebunden, aus denen kein Land durch subjektive Willensanstrengung hinaus kann. Kern dieses Beziehungsgeflechts ist der antagonistische Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Solange er nicht aufgehoben ist, kann Abrüstung oder auch Rüstungsbegrenzung nur in einem Prozeß der Kooperation eben dieser Antagonisten erfolgen. Die gemeinsame Basis dieser Kooperation ist in diesem Fall das Interesse, dem gemeinsamen Untergang in einem Atomkrieg zu entgehen. Aber auch diese Kooperation muß irgendwann irgendwo anfangen.

Das einzige umfassende politische Konzept, das realistisch an den bestehenden Verhältnissen ansetzt, politische und militärische Wirksamkeit entfaltet und dennoch die radikale Perspektive der Abrüstung und der Überwindung der atomaren Abschreckung in sich enthält, ist das der gemeinsamen Sicherheit. Es geht von dem vernünftigen Gedanken aus, daß im Atomwaffenzeitalter das Überleben der Antagonisten nicht durch einseitiges Rüsten, also gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu gewährleisten ist. Die Konzeption stellt also nüchtern in Rechnung, daß heute und in der überschaubaren nächsten Zeit die notwendigsten Schritte zur Vermeidung eines Kriegs auch von dem System mitgetragen werden müssen, das für eben diese Kriegsgefahr verantwortlich ist und an den Prinzipien der Abschreckung festzuhalten gedenkt. Die erste und realistische Stufe ist eine antagonistische Kooperation der Blöcke.

Die Erkenntnis, daß Sicherheit nur noch gemeinsam zu erwerben ist, wurde erstmals ausgesprochen im marxistischen Konzept der friedlichen Koexistenz.

In der BRD ist sie in der letzten Zeit erneut in der sozialdemokratischen Variante der „Sicherheitspartnerschaft“ in die aktuelle Diskussion gekommen.

Ein System gemeinsamer Sicherheit kann in seinen ersten Schritten nur, wie es *U. Albrecht* einmal ironisch ausdrückte, als „Zittergemeinschaft“ von Staaten beginnen, die Angst vor dem atomaren Holocaust haben. Zwar wäre die Kriegsgefahr damit noch nicht beseitigt, aber doch ein entscheidender Schritt getan. Denn es besteht zwar auch heute eine „Zittergemeinschaft“, aber seitens der USA auch die feste Entschlossenheit, die Existenzinteressen der anderen Seite nicht anzuerkennen, sondern das Zittern durch strategische Unverwundbarkeit loszuwerden, um endlich wieder sagen zu können: Sieg ist möglich.

Ein System gemeinsamer Sicherheit beginnt also auf dem Niveau der Blöcke und ihrer Konfrontation/Kooperation. Soll es Bestand und Zukunft haben, muß in ihm der vielzitierte Bruch mit der Abschreckungslogik vorprogrammiert sein. Eintrittskarte in das System ist er keinesfalls. Wie überwindet man die Abschreckung bei Weiterexistenz des Systemantagonismus? Ein System gemeinsamer Sicherheit, das Abschreckung tendenziell überwindet, trägt keine Planung, die die Gegenseite durch militärische Drohung zur Botmäßigkeit zwingen und so die eigene Sicherheit vergrößern will; echte Entspannung gibt es nicht mit Auf-, sondern nur mit Abrüstung. Weil das so ist, müssen sich die Träger eines Systems gemeinsamer Sicherheit in Europa scharf von der Konfrontationsstrategie und Kriegführungsabschreckung der USA distanzieren, müssen sie einseitige Bindungen an die USA, müssen sie, auf die BRD bezogen, die geradezu hierarchische Unterordnung der BRD unter die USA (die auch das CDU-Europäisierungskonzept nicht aufhebt) lockern und eben dadurch Druck auf die USA ausüben. Man kann nicht Sicherheitspartnerschaft praktizieren wollen (wie die SPD) und sich zugleich innerhalb der NATO derjenigen Macht anpassen, die der schärfste Gegner von Sicherheitspartnerschaft ist. Das heißt nicht, unrealistische Forderungen aufstellen, sondern die Chancen politischer Eigenständigkeit der BRD voll ausschöpfen. Ein solches Konzept erfordert, Feindbilder abzubauen und eine echte, nicht nur taktisch vordergründige Anerkennung des Sozialismus als gleichberechtigt zu vollziehen, die durch ein ökonomisches, politisches und kulturelles Beziehungsgeflecht zu untermauern ist. Es muß konkrete, eindeutige Abrüstungsschritte enthalten: zunächst die Rücknahme der begonnenen Stationierung, die die Wiederaufnahme von Verhandlungen ermöglicht mit dem Ziel, alle Mittelstreckenraketen in Europa abzubauen. Eine weitere wichtige Forderung ist das Einfrieren der Militärpotentiale, der Ausgaben für Rüstungsbeschaffung, für militärische Forschung und Entwicklung (Freeze) und eine echte Senkung der Rüstungsausgaben.

Ein Konzept gemeinsamer Sicherheit kann zur Grundlage einer umfassenden demokratischen und alternativen Sicherheitspolitik werden. Einseitige Schritte der BRD zur Beschleunigung dieses Prozesses sind notwendig. Eine defensive Um- und Abrüstung der Bundeswehr kann in diesem Rahmen ihren Platz haben. Das Konzept einer schrittweise zu erweiternden atomwaffenfreien Zone sowie einer chemiewaffenfreien Zone gehört unbedingt dazu.



Auch ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa wäre noch weit entfernt vom marxistischen Ideal eines weltweiten Friedens ohne Waffen, könnte aber den Weg in diese Richtung öffnen. Aus marxistischer Sicht ist dieses Konzept Bestandteil einer Strategie gesellschaftlicher Veränderung, die nicht „nur“ Erreichtes verteidigt oder ausbaut, sondern radikal bricht mit der herrschenden Logik des kapitalistischen Systems und die Kämpfe der Gegenwart mit der Zukunftsperspektive eines friedlichen, ausbeutungs- und unterdrückungs-freien Zusammenlebens der Menschen verbindet.

#### IV.

Die Diskussion konzentrierte sich auf die alternativen Konzepte. Zu den konventionellen Defensivkonzepten wurde bemerkt, sie seien als isolierte militärische Programme keineswegs akzeptabel. Es sei auch nicht Aufgabe der Friedensforschung oder Friedensbewegung, die militärischen Sicherheitsprobleme der herrschenden Klasse zu lösen. Jedes Konzept sei heute daraufhin zu prüfen, ob es mit Forderungen nach Rückgängigmachung der Stationierung, Bildung einer atomwaffenfreien Zone usw. verbunden oder zumindest dafür offen sei. Auch der Beschaffung als „defensiv“ bezeichneter Waffensysteme wie Panzerabwehrwaffen könne die Friedensbewegung nicht zustimmen. Überhaupt sei es mehr und mehr unsinnig, Waffen aufgrund ihrer technischen Eigenschaften als „defensiv“ einzustufen. Ein defensiver Charakter von Militärtechnik könne sich nur im Zusammenhang mit einer defensiven politischen Grundorientierung ergeben.

In diesem Zusammenhang wurde die politische Bedeutung der Forderung nach Senkung der Rüstungsausgaben betont. Sie ist sehr populär und kann viel bewegen. Die in den USA und der BRD angepeilten Steigerungen der Rüstungsausgaben haben Dimensionen, die tiefste Einschnitte ins soziale Netz mit sich bringen müssen. Eine Senkung des Rüstungsetats hätte auch eine außenpolitische, gegen die USA gerichtete Komponente.

Die Diskussion zeigte, daß die Thematik eines NATO-Austritts unter Marxisten noch unzureichend erörtert ist. Keine Differenzen gibt es in der Einschätzung der NATO, wohl aber in bezug auf die Realisierungsbedingungen einer antimperialistischen Orientierung. Es wurde angeregt, die objektive Bedeutung der BRD für die NATO und die USA gründlicher zu analysieren und den Stellenwert der BRD und Westeuropas im strategischen Kalkül der USA exakter zu bestimmen.

Eine längere Diskussion entwickelte sich um die Kategorie des militärstrategischen Gleichgewichts, dessen aus marxistischer Sicht positive, friedenserhaltende Funktion in Friedensforschung und Friedensbewegung außerordentlich umstritten ist. Die Haupteinwände sind dabei 1., daß es für die Bestimmung des Gleichgewichts keine verlässlichen Kriterien gäbe, so daß jede Seite immer wieder Vorwände für weitere Aufrüstung fände (Gleichgewichtsdenken) und 2., daß eine Gleichgewichtswahrung auf immer höherem Niveau die Weltlage insgesamt destabilisiere.

Aus der Analyse der imperialistischen Militärstrategie wurde übereinstim-

mend die Schlußfolgerung gezogen, daß diese sich nicht an irgendeinem Gleichgewichtsdenken orientiere. Die Tendenz zur Aufrüstung ist in den gesellschaftlichen Verhältnissen angelegt und wird durch den Verlauf der Systemauseinandersetzung verstärkt. Einseitiges Entgegenkommen der UdSSR wird, wie die Erfahrungen zeigen, nicht honoriert, sondern als Schwäche und Ermunterung für einen harten Kurs ausgelegt.

Die militärischen Nachrüstungen der UdSSR dienen dem Zweck, ein militärisches Gleichgewicht gegen die USA zu schaffen und ihnen zu demonstrieren, daß es zu der angestrebten Überlegenheit nicht kommen wird, daß sie sich ergo mangels realer Alternative früher oder später auf Verhandlungen und Rüstungsbegrenzungen einlassen müssen. Es ist im allgemeinen, wie selbst SIPRI-Jahrbücher trotz ihres „Supermächte“-Ansatzes einräumen, unbestritten, daß die USA sich erst zu Verhandlungen mit der UdSSR bereit fanden, als diese ihnen die strategische Überlegenheit nahm und ihnen zugleich die Aussicht auf deren Wiedererlangung verwehrte.

Im Zeitalter des atomaren Overkill hat die Kategorie Gleichgewicht zwei Ebenen: eine militärische und eine politische. Militärisch ist die numerische Bestimmung eines Gleichgewichts auf der Basis von Raketen-, Sprengkopffzahlen usw. in der Tat fast unlösbar. Die Ursache liegt allerdings am mangelnden *politischen* Willen. Die politische Ebene des Gleichgewichts bedeutet: Die Verunsicherung der Sowjetunion wird von dieser mit einer Verunsicherung der USA beantwortet (welche, im Gegensatz zu den USA, allerdings nicht mit einer Gesamtstrategie der Überlegenheit und Kriegführung verbunden ist). Dieses Prinzip gibt, wie sowjetische Fachleute ja selbst sagen, keine absolute Garantie gegen einen Atomkrieg und führt allein auch nicht zur Beendigung des Wettrüstens. Es ist aber, da die Friedensbewegungen der kapitalistischen Länder ihre Regierungen bisher nicht zu einer Beendigung der Rüstungseskalation zwingen konnten, für die Sowjetunion die einzige Möglichkeit, die USA zur Aufnahme ernsthafter Verhandlungen und zur Aufgabe von Überlegenheitsplänen zu zwingen. Gleichgewicht ist mithin nicht die Lösung des Problems, sondern allenfalls das Mittel zur beiderseitigen Abrüstung.

In Anbetracht der technischen Entwicklung der Rüstung ist es auch klar, daß ein Kriegsausbruch nicht schlicht durch beständige Wiederherstellung militärischer Parität auf jedweder Ebene von der Sowjetunion verhindert werden kann. Eine solche Art von Gleichgewichtsdenken wäre in der Tat historisch perspektivlos, wie sowjetische Fachleute hervorgehoben haben (*Arbatow*). Das Handeln nach dem Gleichgewichtsgrundsatz ist für die UdSSR offenbar auch nicht gleichbedeutend mit dem Prinzip des „Wie du mir, so ich dir“. Das zeigt, so wurde von Diskussionsteilnehmern festgestellt, die militärische Reaktion der UdSSR auf die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Sie baute keineswegs eine eigene Pershing II mit analogen technischen Eigenschaften, sondern beschränkte sich auf Maßnahmen, die die eigene Vergeltungskapazität sichern.

Die UdSSR ist, entgegen dem kommunistischen Ideal eines Friedens ohne Waffen, bei Strafe des Untergangs gezwungen, dem Imperialismus militärisch die Risiken zu verdeutlichen, die ihm bei dem Versuch der Realisierung seiner

Planungen entstehen würden. Dazu bedarf es zwar nicht mehr, aber auch nicht weniger als eines ungefähren militärischen Gleichgewichts, das auch dann besteht, wenn, wie bislang ja ohnehin der Fall, der Imperialismus über das größere und leistungsfähigere Militärpotential verfügt. Stellt man noch die historischen Erfahrungen der UdSSR in Rechnung, so ist es klar, daß eine einseitige Abrüstung bei der überlegenen Macht, beim Imperialismus, vor allem den USA beginnen müßte. Es bestand Übereinstimmung darin, daß in einer Situation, in der die Friedensbewegung bisher zu schwach war, die Herrschenden zu solch einseitigem Verzicht zu zwingen, die Konsequenz keinesfalls sein könne, nun der UdSSR die Entscheidung hinzuschieben, sondern nur, den Druck auf NATO und USA zu verstärken.

In der Diskussion über „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik in letzter Zeit wurde auf Meinungsumfragen hingewiesen, denen zufolge es in der Bevölkerung der BRD eine im Unterschied zu früher wachsende Zustimmung gibt zu einer Politik deutlicherer Distanz zu den USA zugunsten von mehr entspannungs- und kooperationsorientierter Eigenständigkeit, ohne daß die NATO-Mitgliedschaft der BRD prinzipiell in Frage gestellt wird. Könnte das eine dauerhafte Wertverschiebung signalisieren? Diese Frage konnte nicht sicher beantwortet werden.

Ein grobes Resümee der bisherigen Debatte in der Linken führte zu dem Hinweis, daß vor allem zwei extreme Einschätzungen zu vermeiden seien: zum einen die Auffassung, die Konflikte zwischen den USA und Westeuropa drehten sich nur um unbedeutende Randfragen und seien kaum mehr als ein Sturm im Wasserglas; zum anderen die Übertreibung der Konflikte dahingehend, daß Westeuropa lediglich als Opfer der USA (und West- und Osteuropa als gemeinsames Opfer der „Supermächte“) gesehen werden. Analog dazu gibt es unterschiedliche Schlußfolgerungen: Die eine lautet, eine Europäisierung könne eigentlich nur weitere reaktionäre Potenzen freisetzen, die andere, hier liege sozusagen die Erlösung von allem Übel.

Angemerkt wurde, daß Westeuropa aufgrund seiner geographischen Lage und seiner spezifischen ökonomischen, politischen, kulturellen usw. Bedingungen auch als imperialistisches Zentrum spezifische Interessen habe, die sich teilweise von denen der USA unterscheiden und ambivalenten Charakter hätten. Im Rahmen der imperialistischen Arbeitsteilung habe Westeuropa eigene aggressive Interessen an einer antisozialistischen und neokolonialistischen Politik; die BRD selbst habe daran erheblichen Eigenanteil.

Trotz unterschiedlicher Akzente sind die Europäisierungskonzepte der Regierung *Reagan* und des BRD-Rechtsblocks gefährlich und reaktionär. Sie vergrößern das dem Imperialismus zur Verfügung stehende Konfrontationspotential insgesamt. Eine imperialistische Atommacht Westeuropa (in dieser Form übrigens illusorisch!) gar würde eine schwer zu bremsende, die internationalen Kräfteverhältnisse destabilisierende Eigendynamik entfalten. Durch sie wäre unvermeidlich auch die „deutsche Frage“ aktualisiert, was unter den auf absehbare Zeit gegebenen Verhältnissen nur reaktionär sein kann. Diese Konzepte sind abzulehnen.

Allerdings weist sogar die reaktionäre Konstellation der Beziehungen West-

europa-USA inzwischen Widersprüche auf, die nicht übersehen werden dürfen. Zwei Beispiele: Die westeuropäischen NATO-Staaten betrachten die geplante amerikanische Weltraumrüstung mit Unbehagen. Im April kam es darüber bei der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe zu scharfen internen Auseinandersetzungen. Schon im Dezember 1983 hatte die BRD in der UNO einer Resolution gegen die Militarisierung des Weltraums zugestimmt, während die USA sie als einziger Staat abgelehnt hatten. Weiter: Die CDU-geführte Regierung lehnt es ab, die von den USA geforderten realen Steigerungen des Rüstungshaushalts voll durchzusetzen. Diese Positionen widerspiegeln Widersprüche, die die Friedensbewegung im nationalen Interesse ausnutzen kann und muß. Die Staaten Westeuropas haben darüber hinaus Eigeninteressen, die sich vom Konfrontationskurs der USA abheben und gewisse realistische Positionen ausdrücken. Westeuropa ist zwar militärisch von den USA abhängig, aber gleichzeitig scharfer ökonomischer Konkurrent der USA. Die westeuropäischen Regierungen wehren sich z. B. dagegen, per Hochzinspolitik usw. direkt zur Finanzierung der US-Konfrontationsstrategie herangezogen zu werden und dabei ökonomische Wettbewerbsvorteile zu verlieren. Sie haben ein deutlich größeres Interesse am Osthandel als die USA und damit größere Interessen an Entspannungspolitik. Die BRD hat zusätzlich besondere Kooperationsinteressen gegenüber der DDR usw. Bestimmte Elemente der neuen amerikanischen Strategie (AirLand-Battle, Schlachtfeld Europa, horizontale Eskalation usw.) verstoßen gegen existentielle westeuropäische (auch imperialistische) Interessen, es sei denn, ganz irrational-abenteuerliche Kräftebeurteilungen gewännen dort die Oberhand.

Die Feststellung, daß es sich um taktische Differenzen handle, ist so richtig wie nichtssagend. Taktisch sind diese Differenzen hinsichtlich des gemeinsamen Ziels des Imperialismus, den Sieg über den Sozialismus zu erringen. Heute haben jedoch diese taktischen Differenzen für die Völker Europas und der ganzen Welt existentielle Bedeutung erlangt.

Das Europäisierungskonzept der SPD widerspiegelt in gewisser Weise den objektiv begründeten Emanzipationsprozeß der BRD von den USA, ohne ihn konsequent weiterzudenken. Die Tendenz der Diskussion ging dahin, daß man die in einem solchen Konzept liegenden realistischen Interessen aufgreifen, die Widersprüche zur US-Konfrontationsstrategie nutzen müsse. Wirklich friedenserhaltende Wirkung könne Europäisierung aber nicht als „kleine“ Lösung, also als rein westeuropäisches Sicherheitssystem erbringen, sondern nur als Ost und West übergreifende europäische Friedensordnung.

Auf Basis der gegebenen Analysen waren erste Zwischenergebnisse und die exaktere Bestimmung von Forschungsdefiziten möglich. Es bestand Übereinstimmung darin, Fragen der imperialistischen Konfrontationsstrategie, der NATO-Strategiedebatte sowie einer demokratischen und alternativen Sicherheitspolitik (in Europa) weiter zu diskutieren. Der Arbeitskreis Friedensforschung des IMSF plant, in diese Richtungen verstärkt weiterzuarbeiten.

# **Marxistische Rechtstheorie in ihrer aktuellen Bedeutung<sup>1</sup>**

*Heinz Wagner*

- 1. Qualitative Veränderungen des bundesrepublikanischen Rechtssystems –*
- 2. Die Rolle des marxistischen Juristen*

## **1. Qualitative Veränderungen des bundesrepublikanischen Rechtssystems**

1. Die Rechtstheorie steht im Schatten der marxistischen Staatsdiskussion, in deren Rahmen nur beiläufige Bemerkungen über das Recht abfallen. Das ist unzureichend. Zwar ist das Recht auch ein Mittel zur Erfüllung staatlicher Funktionen und seine Administrierung (hier im weiten Sinne verstanden als Setzung von Recht in Form von Gesetzen, Rechtsverordnungen usw., aber auch in Form von Gerichtsentscheidungen sowie als Anwendung, Auslegung und Weiterentwicklung durch Exekutivbehörden und Gerichte) ist eine wichtige Funktion des Staates, und deshalb gelten die Grundaussagen der marxistischen Staatstheorie auch für das Recht. Aber die Administrierung von Recht ist nicht die gesamte Staatstätigkeit und nicht alle staatlichen Aufgaben lassen sich rechtsförmlich lösen. Nimmt der Staat Funktionen gerade mit rechtlichen Mitteln wahr, so hat das für den Staat und für die gesellschaftlichen Subjekte spezifische Folgen, und die staatliche Aufgabenerfüllung stößt hier auf spezifische Grenzen. Außerdem könnte eine materialistische Rechtstheorie für den praktischen Juristen noch bedeutsamer, weil konkreter sein als die Staatstheorie, da Recht sein Medium und Aktionsfeld ist.

Die Grundaussagen der marxistischen Staatstheorie zum Staat der BRD bestimmen weitgehend auch das Recht der BRD: Aus dem Klassencharakter des Staates folgt der des Rechts als Ausdruck des Klassenwillens; im Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus dominiert der Wille der Monopole. Die Hauptfunktion des Rechts, die bereits im konkurrenz-monopolistischen Stadium analysierbar ist, besteht unverändert fort: Es garantiert mit seinen Mitteln die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse juristisch, indem es diese Eigentumsverhältnisse schützt und die normativen Regeln für die Verwertungsmodalitäten des Kapitals einschließlich dessen Akkumulationsbedingungen setzt. Eine Folge dieser Funktion für das Recht ist seine formale Gleichheit bei fortdauernder und auch juristisch aufrechterhaltener ökonomi-

<sup>1</sup> Vortrag, gehalten auf dem Kolloquium des IMSF „Marxismus, Staat und Recht heute“ am 19. Mai 1984.

scher Ungleichheit. Aus dieser Funktion folgen die Grenzen des bürgerlichen Rechts bezüglich mancher politischer Forderungen: alle „Vermögensbildungsgesetze“ haben nicht die zunehmenden Vermögensungleichheiten, das GWB hat nicht die zunehmende Konzentration verhindern können usw.

Mit dem IMSF gehe ich davon aus, daß die wichtigsten westlichen kapitalistischen Staaten einen Entwicklungsstand erreicht haben, der als staatsmonopolistischer Kapitalismus (SMK) bezeichnet wird.<sup>2</sup> Die bürgerliche Gesellschaft im SMK ist immer weniger zur Selbstregulierung fähig. Die Monopole setzen sich immer weniger dem Marktgeschehen und der Konkurrenz aus, und auch die Gesellschaft kann sich nicht mehr einer Regulierung durch die Marktgesetze anvertrauen. Andererseits sind auch die großen Kapitale nicht allein zur Regulierung fähig. Also muß die Agentur „Staatsapparat“ bestimmte Lenkungen übernehmen. Der Staat übernimmt daher Funktionen, die bislang im gesellschaftlichen Bereich verblieben waren. Die SMK-Analysen heben hier besonders hervor

- die unmittelbare ökonomische Funktion und
- die sozialpolitische Funktion.

2. Die zusätzlich übernommenen Funktionen werden in unterschiedlichem Ausmaß *auch* (keineswegs nur) in juristischen Formen, durch Normsetzung, Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen, wahrgenommen. Alle Analysen betonen, daß diese Funktionen einerseits im überwiegenden Interesse der Monopole ausgeübt werden, daß aber andererseits hier auch im Kampf der Werktätigen erreichte Positionen einfließen.

Eine Aufgabe der marxistischen Rechtstheorie wäre es, beide Momente, das Interesse der Monopole, aber auch die im Recht durchgesetzten und also zum Ausdruck gekommenen Interessen der Werktätigen, nachzuweisen; danach wäre zu untersuchen, welche Interessen der Werktätigen, unter welchen gesellschaftlichen Voraussetzungen und wie dauerhaft sich diese Interessen rechtsförmlich sichern lassen. Damit verbunden wäre die übergreifende Untersuchung, welche staatlichen Aufgaben überhaupt sinnvoll rechtsförmlich wahrnehmbar, welche Bereiche überhaupt sinnvoll juristisch vergebbar sind und welche Vor- und Nachteile gerade eine juristische Regelung hat. Bekanntlich verführt eine juristische Ausbildung zu der Annahme, nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche stünden zur Disposition des Gesetzgebers, seien restlos rechtsförmlich determinierbar. Dieser Glaube ist zwar nachhaltig erschüttert worden, aber Analysen fehlen weitgehend.

3. Speziell aus der Sicht des in der Praxis stehenden Juristen sei nur auf zwei Veränderungen im Rechtssystem hingewiesen:

- a) *Die zusätzliche Dimension bei der repressiven Funktion*

Seiner Ideologie nach verließ sich der liberale Rechtsstaat auf die Loyalität seiner Bürger und griff erst bei normwidrigem Verhalten ein. Was vor der Normwidrigkeit lag, war für die Sicherheitsbehörden irrelevant. Daher rührte

<sup>2</sup> Für die SMK-Analysen sei hier insgesamt verwiesen auf IMSF (Hg.), *Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik*, Beiträge des IMSF 6/1, Frankfurt 1981, insbes. Teil III: *Der Staat im SMK der BRD*.

die große Bedeutung der Kriterien, die diese Linie absteckten: „konkrete Gefahr“ und „Störer“ für die präventive, „Tatbestandsmäßigkeit“ und „Tatverdacht“ für die repressive Tätigkeit der Sicherheitsbehörden. Dem bekannten personellen und sachlichen Ausbau der Sicherheitsbehörden entspricht auch im Recht eine „Vorverlegung der Verteidigungslinie in die Gesellschaft“ durch neue Straftatbestände und allumfassende Zugriffs-„Tatbestände“. Die Sicherheitsbehörden erhalten oder geben sich selbst in der äußeren Form von normierten Tatbeständen, praktisch aber tatbestandslose Zugriffsmöglichkeiten (sog. Standardmaßnahmen im Polizeirecht, gleichförmige Zugriffsmöglichkeiten in der StPO);<sup>3</sup> mit Hilfe der technischen Möglichkeiten der Datenverarbeitung und einem fast unbegrenzten Zugriff auf Datenbestände wird nicht nur „abweichendes Verhalten“ erfaßt, sondern tendenziell werden Persönlichkeitsprofile von jedem erstellt. In welcher Weise diese Entwicklung das Rechtssystem verändert, zeigt sich z. B. daran, daß die Rechtmäßigkeit sicherheitsbehördlicher Maßnahmen nicht mehr von der konkreten Situation aus beurteilbar ist, weder vom aktuell Betroffenen noch nachträglich vom Richter: Wenn sich die Zugriffskriterien in die Stäbe der Sicherheitsbehörden verlagern, die nach ihren Lagebeurteilungen entscheiden, kann kein „Außenstehender“ mehr über Rechtmäßig- oder Rechtswidrigkeit urteilen. Es ist daher keineswegs ausgemacht, ob dieser Entwicklung überhaupt mit rechtsförmlichen Mitteln begegnet werden kann.

b) *Die staatliche Verantwortungsübernahme mit juristischen Mitteln für die Einzelfallrichtigkeit*

Die klassische bürgerliche Gesellschaft ging von der Vorstellung aus, daß sich die Gesellschaft aus sich heraus und ohne bewußte Lenkung optimal reproduzieren könne. Der Liberalismus überließ daher Produktion und Reproduktion weitgehend dem wohlverstandenen Eigeninteresse des einzelnen, der allerdings den „ehernen Marktgesetzen“ ausgesetzt war. Reduziert man das daraus folgende Rechtssystem aufs Äußerste, so zeigen sich seine Grundstrukturen zum einen in einer fast unbeschränkten Verfügungsbefugnis des Eigentümers, zum anderen in der Vertragsfreiheit, verstanden vor allem auch als inhaltliche Gestaltungsfreiheit. Die Verfügungsfreiheit zeigte sich in den vergleichsweise wenigen Beschränkungen, die vertragliche Gestaltungsfreiheit im Fehlen einer inhaltlichen Richtigkeitsüberprüfung. Die Sanktionen, die der Markt für falsche Dispositionen bereithielt, schienen ausreichende Sicherheit für ein insgesamt richtiges Eigentümerverhalten, und das Konsensusprinzip bot eine Richtigkeitsgewähr im Vertragsgeschehen.

Wie vielfach dieses System auch durchbrochen war – z. B. haben sich weder die Staatsdiener noch die Großgrundbesitzer in Deutschland jemals diesem System ausgesetzt – und mit welchen Kosten dieses System für die Arbeiterklasse verbunden war, ist hier nicht erneut darzulegen. Heute sind Laissez-faire-Vorstellungen nicht einmal mehr als blasse Fiktion aufrechterhaltbar. In

3 Hierzu ausführlich: Heinz Wagner, Polizeirecht. Kritisch dargestellt am Berliner ASOG, am Ministerentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes und an der StPO, Berlin 1982, insbes. XII S. 138 ff.



dem Maße, in dem sich die Monopole dem Marktmechanismus entzogen haben, sind dessen Gesetzmäßigkeiten für die gesamte Gesellschaft weitgehend kein wirksamer Lenkungsfaktor mehr. Daher mußte der Staatsapparat nicht nur neue Funktionen übernehmen: er mußte auch vielfach und zunehmend die Sorge für die Einzelfallrichtigkeit („richtig“ im Sinne des Gesamtsystems) übernehmen. Er versucht dies in mehreren Stufen. Auf der normativen Stufe ergehen immer mehr und immer detailliertere Regelungen. In welchem Maße heute die Vertragsfreiheit keine inhaltliche Gestaltungsfreiheit mehr ist, zeigt ein Blick auf das Arbeits-, Miet-, Versicherungs- bis zum Reisevertragsrecht und zum Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen. In welchem Maße die Verfügungsbefugnis des Eigentümers gegenüber früher reglementiert wird (reglementiert werden muß), zeigt etwa das Baurecht: Im einzelnen Bundesland reglementieren ungefähr 250 Bundes- und Landesgesetze oder Rechtsverordnungen das Bauen, wobei die Verwaltungsvorschriften und technischen Normen meist noch nicht mitgezählt sind. Doch dabei bleibt es nicht. Der Entscheidungsbedarf im Sinne der Einzelfallrichtigkeit ist so groß, daß Entscheidungen von Privaten, Behörden und selbst vom Gesetzgeber noch einmal mehrinstanzlich überprüfbar und korrigierbar sind, was die normativ getroffenen allgemeinen Regelungen oft einschneidend verändert. Erwähnt sei etwa, daß vom Bundesverwaltungsgericht, zudem nur für die Revision von Bundesrecht zuständig, in den drei Jahren 1980–1982 über 200 baurechtliche Entscheidungen veröffentlicht wurden.<sup>4</sup> Ähnliches ließe sich aus anderen Rechtsbereichen, z. B. aus dem Recht der ungerechtfertigten Bereicherung oder der unerlaubten Handlungen berichten, die zu einem kaum noch strukturierbaren Ausgleichsgemenge geworden sind.<sup>5</sup> In immer mehr Bereichen läßt sich eine Einzelfallrichtigkeit nicht mehr normativ, sondern nur noch im Wege der „Abwägung aller Umstände des Einzelfalles“ erreichen.

Die so bewirkte Veränderung der Rechtsordnung fällt widersprüchlich aus: Neben dysfunktionalen stehen durchaus auch funktionale Folgen für das gesellschaftliche System.

Auch in der bürgerlichen Rechtswissenschaft wird allgemein die Normenflut beklagt. Zunehmend wird gesehen, daß die Gesellschaft auf vielen Bereichen an das Ende der normativen Regelungsmöglichkeiten gekommen zu sein scheint. Daß gerade die Anforderungen der Gerichte an die „gesetzliche Regelungsdichte“ und die neuere „Wesentlichkeitstheorie“ des Bundesverfassungsgerichtes hierzu beitragen, wird seltener thematisiert. Mit Bedenken ist aber die Forderung nach einer „Deregulation“ zu sehen, da sie überwiegend Abbau im Arbeits- und Sozialrecht im Auge hat. Auf anderen Bereichen bleiben umfangreiche Normenkomplexe ohne ersichtliche oder von geringer Wirkung: Globalsteuerung, Umweltschutz, Vermögensbildung für breite Bevölkerungsteile.

Aber man wird darüber hinaus allgemein von einem grundsätzlichen und nicht behebbaren Widerspruch sprechen müssen: Zum einen sollen Produk-

4 Siehe etwa Weyreuther, Die öffentliche Verwaltung 1983, S. 575 ff.

5 Siehe etwa Knieper und Voegeli in: Kritische Justiz 1980, S. 117 ff., 135 ff.

tion und Reproduktion grundsätzlich einem nicht mehr funktionierenden Marktmechanismus überlassen bleiben; zum anderen will man mit juristischen Mitteln Produktion und Reproduktion korrigieren und Einzelfallrichtigkeit schaffen. Dieser Widerspruch potenziert sich bei der Rechtsprechung: Hier soll über die Gerichte, also nachträglich und punktuell doch noch Einzelfallrichtigkeit, aber gleichzeitig mit verallgemeinerungsfähigen Entscheidungsstrukturen gegenüber Verträgen, privaten und behördlichen Maßnahmen und selbst gegenüber dem Gesetzgeber geschaffen werden.

Als Folge der Normenflut und deren punktueller Korrekturen durch die Gerichte in Form vorgeblich verallgemeinerungsfähiger Entscheidungsstruktur ist das Recht intellektuell kaum noch beherrschbar und immer weniger berechenbar. Sichtbarer Ausdruck dieser Unberechenbarkeit ist z. B., daß es keine Interpretations- oder Methodenlehre mehr gibt, die diesen Namen verdient. Für jedes rechtspolitisch gewünschte Ergebnis findet sich nachträglich leicht die methodische Begründung, aber für jede anderslautende Entscheidung ebenfalls. Die Flut der „Auslegungslehren“ stellt eigentlich nur noch ein Potential für nachträgliche Reflexionen über erfolgte Entscheidungen dar.

Auch die marxistische Rechtsanalyse muß – was hier nicht geleistet werden kann – um diese Dimension erweitert werden. Das Recht garantiert nicht mehr, wie im Konkurrenzkapitalismus, lediglich Rahmenbedingungen. Es vertraut für die Systemrichtigkeit nicht mehr dem Kräfteverhältnis der Vertragspartner und dem Eigennutz des Privateigentümers; vielmehr sucht es, diese Entscheidungen auch inhaltlich zu gestalten.

Daß jedoch die so beschriebene Veränderung der Rechtsordnung durchaus auch funktionale Folgen für das politische Gesamtsystem hat, sei unter Ziffer 7 ausgeführt.

## 2. Die Rolle des marxistischen Juristen

5. Marxistische Theoretiker des kapitalistischen Rechts haben vor allem idealistische Rechtskonzeptionen zurück- und die Determiniertheit des Rechts durch sozio-ökonomische Verhältnisse nachgewiesen. Nur mit dem Nachweis dieser Determiniertheit von materiellen Gegebenheiten konnten sie idealistische und voluntaristische Illusionen von vorgegebenen Rechtsideen und legislativ herstellbarer Gerechtigkeit entgegentreten. So wurden bürgerliche Rechtsillusionen und die Grenzen rechtlicher Möglichkeiten überhaupt aufgewiesen. Es sei nur daran erinnert, wie überzeugend *Marx* die in den Grundrechten zum Ausdruck gekommenen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufgezeigt hat und wie der größte Teil des bürgerlichen Rechts von der Zirkulationsebene abgezogen ist, von deren Verabsolutisierung (und Ausblendung der Produktionssphäre) die bürgerlichen Rechtsillusionen stammen.<sup>6</sup>

Zu diesen erklärenden und denunzierenden Dimensionen muß die handlungsorientierende Dimension der Rechtstheorie treten: Gesellschaftliche

6 Siehe z. B. „Das Kapital“, Bd. 1, MEW 23, S. 189.

Subjekte haben innerhalb ihres determinierenden Rahmens immer auch Handlungsspielräume. Diese Handlungsspielräume der gesellschaftlichen Subjekte muß eine Rechtstheorie auch für ihren Bereich analysieren und die juristischen Handlungsmöglichkeiten bestimmen. Worin unterscheidet sich eine marxistische Theorie sonst von kruden Sachzwangtheorien nach Art von *Schelsky*? („Die wichtigste Leistung der soziologischen Analyse für das soziale Handeln liegt heute gar nicht mehr in der Aufgabe dessen, was zu tun und wie zu entscheiden ist, sondern darin, sichtbar zu machen, was sowieso geschieht und gar nicht zu ändern ist.“)<sup>7</sup>

6. Wollen wir dabei nicht hinter den Stand einer zehnjährigen marxistischen Staatsdiskussion zurückfallen,<sup>8</sup> so müssen wir auch die Gründe für die erstaunliche Stabilität kapitalistischer Gesellschaften und den Anteil gerade des Rechts an dieser Stabilität mitreflektieren.

Zu dieser Stabilität hat die neuere Staatsdiskussion zweierlei ergeben:

– Zwar bewahrheitet sich die marxistische ökonomische Sicht: der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise – gesellschaftliche Produktion bei privater Aneignung – führt zwangsläufig in Krisen; diese kann der Kapitalismus nur jeweils bewältigen um den Preis neuer Krisen auf erhöhter Stufe.

– Aber trotz sich verschärfender Krisen sind diese Gesellschaften und ihre Staaten politisch stabil. Alle kapitalistischen Länder schalten, mit nur leichtem Knirschen, von der Reform- auf die Austerity-Variante um. Der Lebensstandard läßt sich für breite Bevölkerungsmassen senken; vor allem: Diese Gesellschaften ertragen es, daß erhebliche Bevölkerungsteile marginalisiert werden. Vom anscheinend der 3. Welt zufügbaren Schicksal ganz zu schweigen. Gegenüber den erwarteten Verfaulungserscheinungen findet das Monopolkapital der wichtigsten kapitalistischen Länder seine Gegenstrategien. Es kann dies, weil die Krise in einem unerwartet hohen Maße disziplinierend wirkt. Weit darüber hinaus, was *Marx* als disziplinierende Wirkung und Funktion der Reservearmee beschrieb, führt sie in einem solchen Maße zur Entsolidarisierung gegenüber den vom Ausbildungs- und Arbeitsprozeß Ausgeschlossenen, daß die von der Verschärfung von Krisen erwartete Dialektik binnengesellschaftlicher Entwicklung auf unabsehbare Zeit stillgelegt scheint.

Wie reagiert unsere Theorie hierauf? Wir versuchen, Einseitigkeiten zu vermeiden, die in der Literatur zu Vorwürfen führen wie: „Umschlag vom ökonomischen Reduktionismus in Politizismus.“ Dann zeigt sich, daß heute neben den objektiven Gesetzmäßigkeiten zunehmend wieder das analysiert wird, was in den 70er Jahren der „subjektive Faktor“ genannt wurde. Denn die objektiven Gesetzmäßigkeiten führen nicht von selbst zu gesellschaftlichen Veränderungen, sondern nur über das Handeln von gesellschaftlichen Subjekten. Vor allem die sozialistischen Länder haben darunter die Fragestellung ver-

7 Helmut Schelsky, Ortsbestimmung der deutschen Soziologie (3. Aufl.), Düsseldorf-Köln 1967, S. 125.

8 Auch hierzu wird verwiesen auf die Zusammenfassung in der IMSF-Studie: Beiträge 6/1, Teil II, Staatsdiskussion in der BRD heute.

standen, welche politischen Entwicklungsmöglichkeiten die Werktätigen und ihre Führung haben. Auf unsere Lage angewandt, muß die Frage in Form eines Wechselverhältnisses gestellt werden: Welche politischen Handlungsmöglichkeiten haben die gesellschaftlichen Subjekte? Denn auch die Monopolbourgeoisie ist ein sehr handlungsfähiges Subjekt. Ihre Handlungsmöglichkeiten werden von denen der Linken mitbestimmt und umgekehrt. Beide gesellschaftlichen Subjekte handeln in einem objektiven Rahmen, den sie nicht voluntaristisch überspringen können. Läßt sich dieser objektive Rahmen bestimmen?

Es ist heute unbestreitbar, daß dieser objektive Handlungsrahmen für die kapitalistisch orientierten Kräfte weiter ist, als bürgerliche und marxistische Kräfte angenommen haben, und er scheint woanders zu liegen, als beide Kontrahenten zeitweise analysiert haben. So wurden allgemein die ökonomischen Handlungsmöglichkeiten des SMK überschätzt, z. B. vom keynesianischen Optimismus. Aber umgekehrt: Sowohl die reformkapitalistischen als auch die marxistischen Kräfte haben sich auch insoweit geirrt, als sie z. B. die Systemgrenze der BRD mit der „Erschöpfung der verteilbaren Zuwächse des Brutto-sozialproduktes“ zu bestimmen versuchten. Der objektive Rahmen ließ sich so nicht bestimmen. Denn dieser Rahmen wird auch davon bestimmt, inwieweit die *Akzeptanz* einer Bevölkerung für eine Austerity- und Marginalisierungspolitik reicht. Eine Erkenntnis der Linken im Kapitalismus liegt darin, daß diese Akzeptanz keineswegs nur mittels Repression wahrgenommen wird. Vielmehr wird Herrschaft *auch* ausgeübt durch Erreichung eines Konsenses der Mehrheit mit dem herrschenden System; dies ist der Kern der *Gramsci-Rezeption*.<sup>9</sup> *Konsens* und *Hegemonie*, die Schlüsselbegriffe dieser Rezeption, gehen auch über die vereinfachende Begrifflichkeit von Repression und Manipulation hinaus, denn Konsens setzt auch eine partielle materielle Integration der Mehrheit in diesem System voraus.

7. Gerade am Beispiel des Rechts läßt sich das Hegemoniekonzept konkretisieren; gleichzeitig zeigt sich, daß der Versuch, Einzelfallrichtigkeit mit juristischen Mitteln herzustellen, auch durchaus funktionale Wirkungen hat.

Denn *ein* Moment dieser Hegemonie ist die *Verrechtlichung* aller politischen und gesellschaftlichen Probleme. Bekanntlich werden in der BRD häufiger als in anderen Ländern gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen juristisch inszeniert, d. h. rechtsförmlich ausgetragen. Alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte versuchen, ihre (z. B. in Krisensituationen aus ökonomischen Machtvorteilen) errungenen Positionen rechtsförmlich durch legislative und justizielle Entscheidungen absichern und diese Positionen sogar als verfassungsimmanent sanktionieren zu lassen; ebenso werden alle rechts- und gesellschaftspolitischen Forderungen in hohem Maße auch mit juristischen Argumenten begründet oder bestritten. Eine extensive Interpretation, die notfalls auch ohne Normen auskommt, macht dies möglich. Z. B. normiert das Grundgesetz nicht die Aussperrung als Rechtsinstitut, und nach der Intention seiner Schöpfer sollte es wohl keine Aussperrung geben. Sie wurde praktiziert

9 Statt aller Verweise siehe wieder IMSF-Beiträge 6/I, S. 104ff. (Butterwege).

und gerichtlich abgesichert. Argumentativ wird sie sogar als „verfassungsrechtliche Grundbedingung einer Machtbalance“ behauptet und als verfassungsrechtlich gewährleistet hingestellt. Dieses argumentative Vorgehen macht wiederum nur Sinn, weil ihr eine gerichtliche Dimension entspricht, in der diese Konflikte auf mehreren Instanzebenen in komplizierten Verfahren und bis zur Letztverbindlichkeit ausgetragen werden.

Die Folgen dieser Verrechtlichung gesellschaftspolitischer Konflikte sind oft beschrieben: Stillstand des politischen Prozesses und Einschränkung des Parlaments – auch eine Bundestagsmehrheit ist gegen eine Senatsmehrheit des Bundesverfassungsgerichts machtlos –, die Festschreibung elementarer Strukturen des politischen und gesellschaftlichen Status quo und die Eliminierung grundsätzlicher politischer Alternativen, d. h. fundamentaloppositionelle Positionen werden als „verfassungsfeindlich“ ausgegrenzt. Die rechtsförmliche Lösung von Konflikten läßt Repression – deren politischer Charakter offensichtlich wäre – als Ausprägung unpolitischer und rechtsstaatlicher Prinzipien erscheinen.

Für unser Thema ist zu sehen, daß diese allseitige Bereitschaft zur rechtsförmlichen Austragung aller gesellschaftspolitischen Konflikte ein Teil der bürgerlichen Hegemonie ist. Z. B. herrscht in der BRD ein weitgehender Konsensus, daß Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital rechtsförmlich – und d. h. nach irgendwie vorgegebenen Bewertungsregeln und in einem hierfür vorgesehenen Verfahren – entscheidbar seien, sie also nicht als Klassen- und Machtkämpfe gesehen werden.

8. Dieser Spezifik entsprechend haben wir die Rolle marxistischer Juristen in der BRD zu bedenken. Weil sie in Staatsapparaten oder in bezug auf diese Apparate und allgemein im Rahmen des beschriebenen hegemonialen Systems arbeiten, wird ihnen mitunter vorgeworfen, auch sie verbreiteten die juristische Illusion und hülften mit, eben diese bürgerliche Hegemonie zu reproduzieren. Wer sich auf das juristische Spiel einlasse, lasse sich auf eine „Legitimation durch Verfahren“ ein, legitimiere das Ergebnis – und wie das ausfalle, wisse man ja. Selbst wenn ein Gericht einmal in unserem Sinne entscheide, sei der Nachteil der Illusionierung größer als der mit der Entscheidung erreichte Erfolg. Überhaupt sei davor zu warnen, sich auf derartige „bürgerliche Rituale“ wie „bürgerliche“ Gerichtsverfahren oder Wahlen einzulassen.<sup>10</sup>

Ein solcher Rechtsnihilismus war zu allen Zeiten falsch, und Marxisten haben damit nichts zu tun. Hier seien nur drei Gründe genannt:

a) Der Dauernachweis, daß eine kapitalistische und konservative Gesellschaft wieder einmal kapitalistische und konservative Normen, Gerichtsentscheidungen, Rechtsdogmatiken und Rechtstheorien hervorgebracht hat, kann auch zum Ritual werden. Die bloße Denunziation verdammt uns dazu, ein wichtiges Aktionsfeld anderen gesellschaftlichen Kräften zu überlassen. Spielen die Marxisten nicht mit, klopfen die anderen ihre Positionen faktisch und juristisch fest. Da aber auch Marxisten in der täglichen Auseinanderset-

<sup>10</sup> Erinnert sei etwa an die Juristentagung vom 17./18. April 1971 in Frankfurt mit der Kontroverse Ridder/U. K. Preuß; siehe Kritische Justiz 1971, S. 370.

zung sich durchaus juristisch verteidigen müssen und sie dies selbstverständlich Juristen übertragen, könnten marxistische Juristen auf ihrem eigenen Aktionsfeld nur mit gespaltenem Bewußtsein arbeiten.

b) Marxisten denunzieren zwar die bürgerliche Rechtsordnung als unzureichend, weil sie Ausdruck einer Gesellschaftsordnung ist, die sie für unzureichend halten. Sie weisen z. B. auf das Ungenügende einer nur formalen Gleichheit hin, der keine materielle und soziale Gleichheit entspricht. Aber sie nehmen auch die Versprechen der bürgerlichen Rechtsordnung beim Wort. Sie wissen, daß diese Versprechen nicht für sie verkündet sind und daß sie selbst nicht zu der nach rechts „offenen Gesellschaft der Verfassungsinterpreten“ gehören. Aber sie nutzen die Logik des formal gefaßten Rechts, das auch ihnen legale Aktionsräume bietet. Daher verteidigen sie auch die bürgerlichen Freiheiten, weil die Alternative innerhalb der politischen Machtverhältnisse autoritäre Herrschaftsformen wären.

Der marxistische Jurist wird auch in einer bürgerlichen Rechtsordnung ohne Persönlichkeitsspaltung sich der Möglichkeiten bedienen, die sie zur Verfügung stellt, auch wenn er in seinen gesamtgesellschaftlichen Analysen die angegangene Institution kritisiert. So stehen Marxisten z. B. der übergroßen Rolle des Richterrechts in der BRD grundsätzlich aus demokratischer Überzeugung kritisch gegenüber. Sie halten die parlamentarische Rechtsetzung für die demokratischere, politischere und tendenziell progressivere Form, denn nach allen Untersuchungen sind die Richter insgesamt und zunehmend in höheren Instanzen konservativer als der Durchschnitt der Bevölkerung und der im Parlament vertretenen politischen Kräfte. Das hindert ihn nicht daran, für seine Mandanten die in einer Gesellschaft möglichen Rechtsbeihilfen zu ergreifen. Auf der gleichen Linie liegt es, daß marxistische Analysen bestimmte juristische Argumentationsfiguren kritisch beurteilen. Z. B. halten sie bei der Auslegung des Grundgesetzes die sogenannte subjektive oder historische Interpretation – wonach es im Zweifelsfall auf die Absicht der Schöpfer des Grundgesetzes ankommt – für die politisch progressivere Methode, weil 1948 und 1949, als das Grundgesetz entstand, weit mehr sozialistische Gedanken akzeptiert worden waren als später. Dagegen erlaubt es die herrschende sogenannte objektive Auslegungsmethode auch, entgegen der nachweisbaren Absicht der Schöpfer des Grundgesetzes in die Verfassung hineinzulegen, was mit ihrem Wortlaut vereinbar ist; damit lassen sich antisozialistische Positionen, die sich in der folgenden Restaurationszeit durchgesetzt haben, als verfassungsrechtlich gefordert hinstellen. Trotz dieser grundsätzlichen Analyse muß aber auch der marxistische Jurist im Einzelfall sich einmal der objektiven Auslegungsmethode bedienen (was bei älteren Gesetzen ohnehin unvermeidbar ist).

c) Schließlich hat die Hegemoniediskussion gerade auch die Wichtigkeit ideologischer Arbeit wieder herausgestellt; sie hat auch unsere juristische Arbeit wieder legitimiert, jedenfalls solange wir sie ohne „Juristenillusionen“ betreiben. Ohne Illusionen: Auch die Hegemoniediskussion hat (erneut) betont, daß die materiellen Möglichkeiten, Hegemonie zu verändern oder gar zu eringen, begrenzt sind, wenn die anderen gesellschaftlichen Kräfte über alle

Machtmittel verfügen. Marxistische Juristen muß man diese materiellen Schranken für ihre Tätigkeit nicht vorrechnen; die erfahren sie täglich. Legitimiert aber ist unsere Arbeit: Jeder unserer Beiträge verändert die bürgerliche juristische Hegemonie (die „herrschende Meinung“), in begrenztem Ausmaß, unserem Einfluß entsprechend. Und jedes progressive auch nur erstinstanzliche Urteil strukturiert diese Hegemonie auf seinem Bereich etwas zu unseren Gunsten um, sei es auch auf Zeit.

Hier sollten wir auch selbstkritisch unsere Defizite benennen. In unseren Publikationen überwiegen Denunziationen oder Dokumentationen von konservativen und reaktionären Entscheidungen oder gar von Rechtsbrüchen. Eine derartige Kritik mag geeignet sein, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, und ohne eine sensibilisierte Öffentlichkeit bleiben auch forensische Bemühungen wirkungslos. Dies ist die Aufgabe der Medien. Genauso wichtig aber ist es, dem juristischen Praktiker *juristische Argumentationshilfen* zu geben, d. h. für ihn die rechtlichen Argumentationsspielräume herauszuarbeiten, die ihm im geltenden (oder praktizierten) Recht jeweils noch bleiben. Sozusagen eine Dogmatik der einzelnen Problembereiche, aufbereitet für ein progressives Engagement. So werden wir z. B. unsere grundsätzliche Sicht nicht aufgeben, daß die Berufsverbote mit dem Grundgesetz unvereinbar sind und daß etwa die Subsumtion des politischen Engagements unter die berufliche „Eignung“ (Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz) gegen Art. 33 Abs. 3 Satz 2 Grundgesetz verstößt, wonach niemandem aus seiner Weltanschauung ein Nachteil erwachsen darf. Gleichwohl muß der juristische Praktiker seinen Mandanten unter grundsätzlicher Wahrung dieses Rechtsstandpunktes auch auf der Ebene der von uns bekämpften Rechtsprechung verteidigen und je nach Sachlage mit dem Prognosespielraum der Einstellungsbehörde, mit den Anforderungen an dienstliches und außerdienstliches Verhalten oder mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit etwaiger Sanktionen in bezug auf das fragliche Verhalten seines Mandanten argumentieren. Die dogmatischen Handreichungen hierzu sollten unsere Veröffentlichungen anbieten.



## **Sozialstaatsverheißung und innerstaatliche Feinderklärung**

### **Zum Wandel von Verfassungspositionen in der BRD**

*Martin Kutscha*

*1. Ausgangspunkte und Entwicklungen in der Frühgeschichte der Bundesrepublik  
– 2. Reformen und Umorientierungen – 3. Krise und neue Herausforderungen –  
4. Ansatzpunkte für Gegenstrategien*

Klassenherrschaft wird nicht nur durch Repression abgesichert, sondern auch durch Konsensbildung und Integration – diese Erkenntnis bildet seit langem einen Ansatzpunkt für marxistische Forschung und Wissenschaft.<sup>1</sup> Indes haben auch die politischen Vertreter der herrschenden Klasse immer wieder die Notwendigkeit reflektiert, zur Erhaltung der Herrschaftsordnung die Repression durch Integration zu ergänzen. Als geradezu klassisches Beispiel gilt Reichskanzler *Bismarck*, der als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht nur auf das Sozialistengesetz von 1878, sondern auch auf die Einführung eines gesetzlichen Systems „sozialer Sicherung“ der Arbeiter setzte. In einem Gespräch mit *Moritz Busch* hat *Bismarck* die Motive für seine Sozialgesetzgebung recht offen dargelegt: Das Deutsche Reich, meinte *Bismarck*, könne sich die „Versöhnung der Arbeiter mit dem Staate“ schon etwas kosten lassen. „Wenn wir das Ergebnis zur Sicherstellung der Zukunft unserer Arbeiter verwenden, deren Ungewißheit der Hauptgrund zu ihrem Hasse gegen den Staat ist, so ist das eine Sicherstellung unserer eigenen Zukunft, so ist das eine gute Anlage des Geldes auch für uns: wir beugen damit einer Revolution vor, die . . . ganz andere Summen verschlingen würde, direkt oder indirekt durch Störung unserer Geschäfte, als unsere Vorbeugungsmittel.“<sup>2</sup> Die Sozialgesetzgebung als „Freunderklärung an die Adresse der Arbeiter“<sup>3</sup> sollte nach der Vorstellung *Bismarcks* gleichsam das Gegenstück zur Feinderklärung des Sozialistengesetzes bilden.

Das Thema der Doppelung von Repression und Integration soll im folgenden anhand von Wandlungen der einschlägigen Verfassungspositionen in der Geschichte der BRD erörtert werden. In diesem Zusammenhang soll neben einer Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen auch der Ver-

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Heinz Wagner in diesem Band.

2 Zit. n. R. Hepp, Die Versicherung des Ernstfalls: Der Sozialstaat, in: A. Feisl/A. Mohler (Hrsg.), Der Ernstfall, Frankfurt u. a. 1977, S. 142 (147).

3 R. Hepp, a.a.O., S. 148.

such unternommen werden, Ansatzpunkte für eine verfassungsrechtliche und -politische Gegenstrategie aus der Sicht der Arbeiterbewegung zu bestimmen.

## 1. Ausgangspunkte und Entwicklungen in der Frühgeschichte der Bundesrepublik

Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes bot sich aus der Sicht der an Systemerhaltung bzw. -restauration orientierten sozialen Kräfte keineswegs eine optimale Ausgangslage. Zwar war die Gründung der BRD auf Schaffung eines antikommunistisch ausgerichteten Frontstaates angelegt, unter den politischen und sozialen Bedingungen der Nachkriegsära war die neue Verfassung jedoch nur um den Preis bestimmter Zugeständnisse an Positionen der Arbeiterbewegung zu haben<sup>4</sup>. Die Offenheit der Verfassung auch für eine Entwicklung in sozialistischer Richtung manifestiert sich insbesondere in der Sozialisierungsermächtigung des Art. 15 und im Sozialstaatsgebot des Art. 20. Die Bestimmung des „Feindes“, d. h. derjenigen sozialen Kräfte, die außerhalb des Verfassungsbogens stehen sollten, blieb demgegenüber abstrakt – wenn man von einzelnen, gleichwohl wichtigen Bestimmungen wie z. B. Art. 139, der heute weitgehend aus dem herrschenden Verfassungsbewußtsein verdrängt ist, einmal absieht.

Im Rahmen der Politik des kalten Krieges setzte indes bereits kurz nach Verabschiedung des Grundgesetzes die Aufladung des in den Staatsschutznormen Art. 18 und Art. 21 Abs. 2 enthaltenen Begriffs „freiheitliche demokratische Grundordnung“ mit implizit oder explizit antikommunistischem Inhalt ein<sup>5</sup>. Statt diesen Begriff als Verfassungsrahmen für verschiedene soziale Gestaltungsvarianten zu interpretieren, wie es dem Kompromißcharakter des Grundgesetzes entsprochen hätte, wurde er mit den Ordnungsprinzipien einer liberal-bürgerlichen Staatsvorstellung identisch gesetzt und schließlich sogar als Synonym für den konkreten politischen und sozialen Status quo der Bundesrepublik unter der *Adenauer*-Administration gebraucht<sup>6</sup>. Auf diese Weise konnte er dann eine Legitimationsgrundlage für die vielfältigen staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen Systemopposition und Remilitarisierungsgegner im Gefolge des Verbots der Volksbefragung gegen die Wiederbewaffnung und des „Adenauer-Erlasses“ 1950, des Verbots der FDJ, der Stellung des Verbotsantrages gegen die KPD und der Verabschiedung des 1. Strafrechtsän-

4 Vgl. im einzelnen W. Abendroth, *Das Grundgesetz*, 3. Aufl., Pfullingen 1966, S. 20 ff; U. Mayer/G. Stuby (Hrsg.), *Die Entstehung des Grundgesetzes*, Köln 1976.

5 Vgl. z. B. E. Kaufmann, *Die Grenzen des verfassungsmäßigen Verhaltens nach dem Bonner Grundgesetz*, insbesondere: was ist unter einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verstehen? Festvortrag auf dem 39. Deutschen Juristentag 1951, Tübingen 1952 (wiederabgedruckt in: E. Denninger [Hrsg.], *Freiheitliche demokratische Grundordnung*, Bd. I, Frankfurt 1977, S. 95); G. Leibholz, *Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und das Bonner Grundgesetz*, *Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl)* 1951, 554.

6 Vgl. z. B. *Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen (BVerfGE)* 2,1 (12/13) – SRP-Urteil, unter Rückgriff auf § 88 StGB i. d. F. d. 1. Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951; *BVerfGE* 5,85 (384) – KPD-Urteil; vgl. im einzelnen M. Kutscha, *Verfassung und „streitbare Demokratie“*, Köln 1979, S. 72 ff.

derungsgesetzes („Blitzgesetz“) abgeben<sup>7</sup>. In diesem Kontext bildete er gleichsam die staatsrechtliche Ausprägung der Totalitarismuskonzeption, mit deren Hilfe antifaschistische Stimmungen in der Bevölkerung „in antikommunistische Bahnen gelenkt werden“ konnten<sup>8</sup>. Insoweit untermauerte und besiegelte das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 ein Verfassungsfeinddenken, das bereits viele Jahre lang von maßgeblichen Meinungsträgern verbreitet und von den staatlichen Instanzen in die Praxis umgesetzt worden war. Die staatliche Feinderklärung, wie sie etwa im KPD-Verbotsurteil entwickelt wurde, orientierte sich dabei weniger am Feind-Denken eines *Carl Schmitt* als am Konzept einer relativistischen Demokratie: Wer das Funktionieren der angeblich „freien Auseinandersetzung der Ideen“ leugnet, wird als Feind aus ihr ausgeschlossen.

Ihre Entsprechung fand die staatliche Feinderklärung zu Beginn der fünfziger Jahre, wenn auch zeitlich etwas verzögert, in der Eliminierung des sozialistischen Anspruchs aus dem Sozialstaatsbegriff des Grundgesetzes<sup>9</sup>. Noch auf der Staatsrechtslehrertagung 1951 sah der (keineswegs der Arbeiterbewegung nahestehende) Referent *Hans-Peter Ipsen* in der Verfassungsentscheidung für den Sozialstaat die Aufforderung zur Gestaltung der Sozialordnung, was in bezug auf die Eigentumsverfassung „die Neu- und Andersgestaltung der Eigentumsherrschaft bis hin zu seiner Neu-Verteilung“ bedeute<sup>10</sup>. Mit der Sozialisierungsbestimmung des Art. 15 GG werde ein „status socialis positivus“ zugunsten derjenigen sozialen Gruppen aufgestellt, „deren Teilhabe an der Eigentumsordnung der Produktionsgüter . . . in der bisherigen Ordnung fehlt“<sup>11</sup>. Ein von *Wolfgang Abendroth* für die Staatsrechtslehrertagung 1953 vorbereitetes Referat zur Sozialstaatsthematik wurde dann vom Vorstand der Vereinigung bereits abgelehnt<sup>12</sup>. Dafür hielt *Ernst Forsthoff* sein berühmt gewordenes Referat „Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates“<sup>13</sup>. *Forsthoff* lehnte die „polemische“, auf Umverteilung der Güter gerichtete Wortbedeutung von „sozial“ ab, ordnete das Sozialstaatsprinzip dem Rechtsstaatsgebot unter und

7 Hierzu im einzelnen A. v. Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, Frankfurt 1978, S. 52 ff.; M. Kutscha, Das KPD-Verbot, in: U. Mayer/G. Stuby (Hrsg.), Das lädierte Grundgesetz, Köln 1977, S. 42 (43 ff).

8 R. Kühnl, Zur politischen Funktion der Totalitarismustheorien in der BRD, in: M. Greiffenhagen/R. Kühnl/J. B. Müller, Totalitarismus, München 1972, S. 7 (10).

9 Zur „Sozialstaatsdiskussion“ im einzelnen: H.-H. Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, Köln u. a. 1970, S. 281 ff.; G. Stuby, Bürgerliche Demokratietheorien in der Bundesrepublik, in: R. Kühnl, (Hrsg.), Der bürgerliche Staat der Gegenwart, Reinbek 1972, S. 87 (106 f).

10 H.-P. Ipsen, Enteignung und Sozialisierung, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (VVDStRL) 10 (1952), 74 (75); vgl. demgegenüber H.-P. Ipsen, Gebundene Sozialstaatlichkeit, in: Festschrift für K. Zweigert, Tübingen 1981, S. 747 (754).

11 H.-P. Ipsen, Enteignung, S. 103.

12 W. Abendroths Beitrag „Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ wurde dann in der Festschrift für L. Bergsträsser, Düsseldorf 1954, zuerst veröffentlicht (wiederabgedruckt in W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, 2. Aufl. Berlin u. a. 1972, S. 109).

13 VVDStRL 12 (1954), 8 (wiederabgedruckt in: Ders., Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968, S. 165).

verortete es nunmehr auf der Verwaltungsebene statt auf der Ebene der Verfassung.

Wenn auch diese Position von der sich nun herausbildenden „herrschenden Lehre“ nicht übernommen wurde, so war man sich jedenfalls einig in der Identifikation des Sozialstaatsgebots der Verfassung mit der auf Integration und Systemstabilisierung angelegten Sozialpolitik des Staates, wie sie für die Jahre ab 1955 kennzeichnend ist.<sup>14</sup>

## 2. Reformen und Umorientierungen

Die Illusion von der Aufhebung kapitalistischer Interessenwidersprüche im „Sozialstaat“ geriet erst Mitte der sechziger Jahre ins Wanken; ökonomische Krisenerscheinungen und außenpolitische Stagnation machten aus der Sicht des Kapitals eine politische Neuorientierung erforderlich. Die Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes und die Neufassung des Art. 109 über die Haushaltswirtschaft 1967 fanden ihre Ergänzung durch ein neues Verständnis des Sozialstaatsgebots, das diesem den Auftrag zur staatlichen Globalsteuerung der Wirtschaft entnahm. Freilich wurde hierbei stets der Unterschied von staatlicher Planungstätigkeit in der BRD, die die „grundrechtliche Wirtschaftsfreiheit“ nicht beeinträchtigen dürfe, zur sozialistischen Planwirtschaft betont.<sup>15</sup>

Im Zuge der schrittweisen politischen Umorientierung fand Mitte der sechziger Jahre auch eine Abkehr von der „politischen Strafjustiz“ gegen Kommunisten statt, die 1968 mit dem 8. Strafrechtsänderungsgesetz und der Amnestie besiegelt wurde.<sup>16</sup> Als Gründe für diese Reform nannte der CDU-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Generalbundesanwalt *Max Güde* die „Anpassung an die gesamtdeutsche Auseinandersetzung“ und die Förderung der „Entspannung im Verhältnis von West und Ost“.<sup>17</sup>

Die Entwicklung ab 1968 war allerdings kaum mit einer Abschwächung des staatlich inszenierten Feindbildes verbunden. Mit dem Einsetzen der Berufsverbotepraxis ab 1971 konnte hieran relativ bruchlos angeknüpft werden. In die „1968 spätestens aufgegebenen Kampflinien“ des politischen Strafrechts, so konstatierte *Gotthard Jasper*, „sind nun gleichsam die Einstellungsbehörden und Verwaltungsgerichte eingerückt, die nun mit ebenso bürokratischem wie juristischem Perfektionismus – gedeckt durch das Bundesverfassungsge-

14 Vgl. hierzu im einzelnen E. Reidegeld, Staatliche Sozialpolitik in den ersten Nachkriegsjahren und in der Bundesrepublik, in: U. Albrecht u. a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1979, S. 122 (132 ff); zur Funktion der Sozialpolitik K. Priester, Grundtendenzen der sozialen Entwicklung und der staatlichen Sozialpolitik in der Bundesrepublik, in: IMSF (Hrsg.), Die Sozialpolitik des Staates in der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft, Frankfurt 1983, S. 52 (55 ff).

15 Vgl. z. B. K. Stern, Grundfragen der globalen Wirtschaftssteuerung, Berlin 1969, S. 7; H.-P. Ipsen, Rechtsfragen der Wirtschaftsplanung, in: J. H. Kaiser, Planung, Bd. II, Baden-Baden 1966, S. 63 (89).

16 Vgl. A. v. Brünneck, a.a.O., Anm. 7, S. 324 ff.

17 Verhandlungen des Deutschen Bundestages V/9541.

richt – die Front der streitbaren Demokratie immer weiter nach vorn verlegen und damit die Gefahr von Gesinnungsschnüffelei, Duckmäsertum bis hin zu Denunziantenwesen heraufbeschwören“.<sup>18</sup>

Für dieses nun schon weit über ein Jahrzehnt eingesetzte Sanktionsinstrument unterhalb der Schwelle des Parteiverbots und der strafrechtlichen Verfolgung ist inzwischen ein ganzes Gefüge von Rechtfertigungsmodellen entwickelt worden. Den zentralen Argumentationstopos der Rechtsprechung bildet die Behauptung, die „Extremistenabwehr“ sei notwendig, um den öffentlichen Dienst zu schützen und seine Funktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten; um die Benachteiligung einer politischen Partei gehe es dabei keineswegs.<sup>19</sup> Trotz dieses Ansatzes, die Berufsverbotepraxis lediglich als Gegenstand des öffentlichen Dienstes darzustellen, standen Administrative und Rechtsprechung stets vor dem Problem, ein von der Verfassung nicht vorgesehenes Instrument der „Verfassungsfeind“-Bekämpfung aus eben dieser Verfassung legitimieren zu müssen. Dieses Dilemma suchte man dadurch zu lösen, daß man den einzelnen Verfassungsschutzbestimmungen ein „allgemeines Verfassungsprinzip der streitbaren Demokratie“ entnahm, das dann beliebig viele weitere Formen der innerstaatlichen Feindbekämpfung neben der Verfassung rechtfertigen sollte.<sup>20</sup>

In jüngster Zeit läßt sich bei der Rechtsprechung eine Argumentation beobachten, die offen die Schwächung der Systemopposition als eigentliches Ziel hervorkehrt. So wurde dem Fernmeldeamtman *Hans Meister* in der mündlichen Urteilsbegründung vom Bundesverwaltungsgericht vor allem angelastet, daß er durch seine Aktivitäten für die DKP den „Machtzuwachs der Partei gefördert“ habe.<sup>21</sup> Noch deutlicher argumentierte die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover in ihrem Urteil vom 28. 9. 83, das auf Entfernung des Lehrers *Karl-Otto Eckartsberg* aus dem Dienst erkannte: *Eckartsberg* als Wahlkandidat der DKP wisse, „daß er die Partei fördert durch das Bekanntsein oder das Bekanntwerden von positiven Eigenschaften seiner Person: dazu gehört auch der Beruf . . . Er läßt erkennen, daß ein Beamter – hier ein Lehrer – das Eintreten für die betreffende Partei für berechtigt hält; dies wird bei einigen die Bedenken gegen die Zielsetzung der Partei vermindern“.<sup>22</sup>

Das Gericht konstruiert damit gleichsam eine Beamtenpflicht, jeglichem positiven Bild von der als „verfassungsfeindlich“ inkriminierten Partei in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Von den Grundrechten des Beamten, vor allem aber von der „Chancengleichheit für alle politischen Parteien“, die von der Rechtsprechung immerhin zu den Mindestbestandteilen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerechnet wird, bleibt dabei im Ergebnis kaum etwas übrig.

18 E. Jasper, Die Krise der streitbaren Demokratie, DVBl 1978, 725 (727).

19 Vgl. z. B. Bundesverfassungsgericht, Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1975, 1641 – Berufsverbotsbeschluß; Bundesverwaltungsgericht NJW 1975, 1135 (1140) – Lenhart-Urteil.

20 Hierzu im einzelnen H. Ridder, Zur Ideologie der „streitbaren Demokratie“, W.-Berlin 1979; M. Kutscha, Verfassung . . ., a.a.O., Anm. 6, S. 132 ff.

21 Nach FR v. 11. 5. 1984.

22 Verwaltungsgericht Hannover, Urt. v. 28. 9. 1983, Az DK A 35/82, S. 12.

### 3. Krise und neue Herausforderungen

Angesichts der gegenwärtigen Krisensituation und der Umsetzungsprobleme der neuen NATO-Orientierung läßt sich auch eine schärfere Akzentuierung der innerstaatlichen Feinderklärung beobachten. Dabei ist inzwischen neben die organisierte sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung die Friedensbewegung als neue und zusätzliche Herausforderung für die politische Administration des staatsmonopolistischen Systems in der Bundesrepublik getreten. Die Projektion des klassischen, freilich nach wie vor massenwirksamen antikommunistischen Feindbildes auf die Friedensbewegung hat sich als nur sehr begrenzt wirksames Mittel erwiesen. Die Behauptung von der Steuerung aus „Moskau“<sup>23</sup> verfängt nur noch in Teilen der Bevölkerung.

Notwendig erschien daher die Schaffung einer zusätzlichen Legitimationsgrundlage für den Kampf gegen die Friedensbewegung. Die deutlichste innerpolitische Kriegserklärung an die Adresse der Friedensbewegung stellt insoweit wohl die sog. „Berliner Erklärung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Januar 1984 dar, in der die „Friedenspflicht“ des Bürgers als Kern des Rechtsgehorsams bezeichnet und der Vorwurf der „Aufkündigung des demokratischen Verfassungskonsenses“ erhoben wurde.<sup>24</sup>

Vordergründig zielt dieser Vorwurf gegen den Anspruch der Friedensbewegung, vom Widerstandsrecht und damit von möglicherweise illegalen Mitteln Gebrauch zu machen. Daß es in Wahrheit um die in Massendemonstrationen und ähnlichen legalen Aktionen sich öffentlich manifestierende Aufkündigung der Gefolgschaft für die Regierung geht, macht z. B. ein Aufsatz von *Hans Stöcker*, Referatsleiter im Bundesjustizministerium, deutlich: „Demokratische Regierungen“, so *Stöcker*, „stehen regelmäßig für die Mehrheit oder doch einen großen Teil der Wählerschaft. Demonstrationen gegen die Regierung oder eine von ihr betriebene Politik bedeuten darum nichts anderes, als daß sich ein Teil der Bevölkerung, regelmäßig eine Minderheit, gegen den anderen Teil, regelmäßig die Mehrheit, provokativ in Szene setzt. Dies ist nicht Ausweis einer intakten Demokratie, in der sich die Minderheit der Mehrheit beugt, sondern oft ein kleinerer oder größerer Schritt auf dem Weg zum Bürgerkrieg.“<sup>25</sup> – Nicht die Rechtsverletzung wird als bedrohlich empfunden, sondern die Infragestellung der Legitimität von zentralen Entscheidungen der Regierung durch einen nicht mehr zu überschenden Teil der Bevölkerung.<sup>26</sup>

23 Vgl. z. B. die „Bürgerinformation über Instrumente und Wege kommunistischer Einwirkung auf die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung“, die 1983 in einer Auflage von 250 000 Stück vom Bundesinnenministerium vertrieben wurde; abgedruckt in „Innere Sicherheit“, Nr. 68, S. 12.

24 Abgedruckt in FR v. 18. I. 1984.

25 H. Stöcker, Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit – eine ochtokratische Fehlinterpretation, Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) 1983, 993 (998).

26 Vgl. z. B. U. Karpen, „Ziviler Ungehorsam“ im demokratischen Rechtsstaat, Juristenzeitung (JZ) 1984, 249, der die „Delegitimierung des Staatswesens“ als die folgenreichste Wirkung unbehelligten zivilen Ungehorsams bezeichnet. „Wenn beachtliche Teile der Bevölkerung offensichtlich (und gar unbehelligt) die sonst allgemein akzeptierte Legitimationsgrundlage des Staates verlassen, liegt darin ein erheblicher Verlust an sozialer Kohäsion, an Integrationskraft: der Staat zerfällt wieder in seine Interessengruppen, Verbände, Stände“ (256).

Wenn die Akzeptanzbereitschaft der Bevölkerung schwindet, wird die Legitimitätspflege des staatsmonopolistischen Systems zu einer vordringlichen Aufgabe. Dazu bedarf es freilich eines entsprechenden Begriffs von Legitimität. Stellvertretend sei hier Bundesjustizminister *Hans Engelhard* zitiert: „Legitimität bezeichnet die innere Rechtfertigung, die ‚Anerkennungswürdigkeit‘ staatlicher Herrschaft überhaupt, einer bestimmten Staatsform oder auch der jeweiligen Ausübung staatlicher Herrschaft durch höhere Werte und Grundsätze, im Unterschied zur formalen Gesetzmäßigkeit . . . Das staatliche Macht- und Rechtsmonopol, das Monopol, verbindliche Entscheidungen zu setzen und einen entsprechenden Gehorsam der Bürger zu verlangen, erfährt seine Legitimität einmal durch die Verfahrensregeln der Verfassung und zum anderen durch die materielle Bindung an die Inhalte und Werte des Grundgesetzes . . . Hüter der Legitimität ist in diesem Falle nach unserer Verfassungsordnung also nicht das Volk; es sind vielmehr neben den anderen Verfassungsorganen insbesondere die Verfassungsgerichte mit ihrer Prüfzuständigkeit.“<sup>27</sup>

Die Legitimität der staatlichen und sozialen Ordnung wird hier also nicht mehr aus der Volkssouveränität abgeleitet, sondern auf die (jeweils von den herrschenden sozialen Kräften interpretierten) „Werte“ der Verfassung gegründet und durch die Verfassungsmäßigkeit des parlamentarischen Verfahrens geschaffen. Ein Volk, das seine Rolle als Souverän nicht mehr auf die Stimmabgabe bei den Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften beschränkt wissen will, erscheint dann in letzter Instanz nur als Störfaktor in der „legitimen“ Ordnung. Aus dieser Sicht ist es konsequent, die von der Friedensbewegung am 17. Juni 1984 organisierte Volksbefragung als Versuch zur Errichtung einer „jakobinischen plebiszitären Herrschaft“ abzustempeln.<sup>28</sup>

Die hier aufscheinende Perspektive, die staatliche Feinderklärung auf den demokratischen Souverän generell zu erstrecken, ist aus der Sicht der herrschenden Ideologie freilich nicht akzeptabel. Zustimmungsbereitschaft und Loyalität der Bevölkerung trotz Rüstungspolitik, Sozialabbau und Senkung des Lebensstandards sollen vielmehr durch entsprechende Umbildungen im ideologischen Arsenal erreicht werden.<sup>29</sup> Wichtige Bestandteile der gegenwärtigen ideologischen Offensive sind bereits in den siebziger Jahren im Zuge der Sozialstaatskritik und der „Unregierbarkeits“-Diskussion entwickelt worden. Ausgangspunkt dieser Überlegungen war die realistische Feststellung, daß es unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen nicht mehr möglich sei, wie in den vorherigen Jahrzehnten der Bundesrepublik Massenloyalität durch „bare Zahlung“ zu erkaufen.<sup>30</sup> Der (Wieder-)Aufbau ideologischer Leitbilder

27 H. Engelhard, Rechtsbewußtsein im Umbruch – Erosion des Rechts? Vortrag bei den 14. Bitburger Gesprächen am 13. 1. 1984, nach: rechtspolitischer dienst (rpd) v. 16. 1. 1984.

28 So der CSU-Abg. O. Regenspurger, rpd v. 2. 1. 1984.

29 Vgl. hierzu im einzelnen H. Jung, Schritte zum „Orwell-Staat“? Bl. f. dt. u. intern. Politik 1983, 1577 (1581 ff.); K. Naumann, Vom Lohnverzicht bis zum Verzicht aufs Überleben? Ideologische Leitbilder der „geistig-moralischen Erneuerung“, Bl. f. dt. u. intern. Politik 1983, 854; M. Kutschka, „Gemeinsinn“ und „Opferbereitschaft“. Konservative Ideologien für die Krise, Bl. f. dt. u. intern. Politik 1982, 1471.

30 Vgl. z. B. P. G. Kielmansegg, Demokratieprinzip und Regierbarkeit, in: W. Hennis/P. G. Kielmansegg/U. Matz (Hrsg.), Regierbarkeit, Bd. I, Stuttgart 1977, S. 125.



zur Identifikation mit dem krisenbetroffenen „Gemeinwesen“ erschien deshalb als unabweisbare Notwendigkeit.

Mehr als von Appellen an die „Opferbereitschaft“ scheint man sich gegenwärtig indes von Ideologiestrategien zu versprechen, die ihren Anknüpfungspunkt in Individualinteressen und Bedürfnissen der Bürger suchen. Der Ruf nach „Flexibilisierung der Arbeit“, „weniger Staat“, „Selbsthilfe“ und „Entbürokratisierung“ kann dabei mitunter auch an Positionen anknüpfen, wie sie innerhalb des Spektrums der „Grünen“ und Alternativen vertreten werden.<sup>31</sup>

In der juristischen bzw. rechtspolitischen Diskussion findet dies seine Entsprechung in der Kreation neuer „Rechte“: Ein „Recht“ der Bürger (der Eltern) auf verfassungstreue Beamte (Lehrer) erfordert die Beibehaltung der Berufsverbotepraxis;<sup>32</sup> das Recht der Arbeitskollegen, „mit politischer Agitation im Betrieb in Ruhe gelassen zu werden“, schränkt die Meinungsfreiheit ein.<sup>33</sup> Der Demonstrationsfreiheit kann ein Recht der Gewerbetreibenden auf Umsatz sowie der Bürger auf ungestörten Einkauf entgegenstehen<sup>34</sup> – in diesem Sinne sah denn auch die Bonner Stadtverwaltung mit der geplanten Großdemonstration der IG Metall für die 35-Stunden-Woche am 28. Mai 1984 „das den Bürgern zumutbare Maß an Störungen und Belästigungen erreicht“.<sup>35</sup>

Schließlich ist es auch die „Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers“, die nach Meinung des Arbeitsrechtlers *Klaus Adomeit* die Tarifautonomie im Hinblick auf die Einführung der 35-Stunden-Woche einschränke, da Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht die Substanz des Unternehmens angreifen und „ihre eigene Existenzgrundlage ins Wanken bringen“ dürften.<sup>36</sup> – Der Staat ist gleichsam in die Bürgerperspektive eingerückt. Beschränkungen politischer Freiheitsrechte im Interesse des Kapitals erscheinen nunmehr als Ausgleich konkurrierender Grundrechts- und Interessenpositionen verschiedener Bürgergruppen durch einen „neutralen“ Staat.

Auch für die Interpretation des Sozialstaatsgebots der Verfassung ergeben sich unter den skizzierten Bedingungen wesentlich neue Momente.<sup>37</sup> Allerdings steht weder der Abschied vom Anspruch der „Sozialstaatlichkeit“ der Bundesrepublik noch eine grundsätzliche Abkehr vom Sozialleistungssystem, wie es sich in der Geschichte der BRD herausgebildet hat, zur Diskussion.<sup>38</sup> Gerade wegen ihrer Abstraktheit erweist sich die Sozialstaatsklausel als „kri-

31 Vgl. hierzu J. Goldberg/A. Sörgel, Grün-alternative Wirtschaftskonzeptionen, Frankfurt 1982; F. Deppe, Von der Notwendigkeit des utopischen Denkens, Bl. f. dt. u. intern. Politik 1984, 716.

32 Bundesverwaltungsgericht, NJW 1975, 1135 (1142) – Lenhart-Urteil; M. Kriele, Wider die alte Schwarmgeisterei, „Die Zeit“ v. 21. 4. 1978.

33 Bundesarbeitsgericht, NJW 1984, 1142 (1143) – „Stoppt-Strauß-Plakette“.

34 So z. B. Spranger, nach FR v. 5. 5. 1984.

35 Nach FR v. 26. 5. 1984.

36 K. Adomeit, Grenzen der Tarifautonomie – neu gezogen, NJW 1984, 595.

37 Vgl. im einzelnen M. Kutscha, Vom zeitgemäßen Sozialstaatsverständnis, Kritische Justiz (KJ) 1982, 383 (387 ff.).

38 Vgl. W. Baumann/J. Goldberg/K. Priester, „Sozialstaat“ nach Unternehmermaß, Bl. f. dt. u. intern. Politik 1984, 452.

senfest“;<sup>39</sup> ihr Inhalt braucht eben nur den gewandelten ökonomischen Bedingungen angepaßt zu werden: Zum einen entnimmt man ihr insbesondere im Hinblick auf die „Wachstumskrise der Industrienationen“ den Verfassungsauftrag, „die Wirtschaft aktiv fortzuentwickeln und ihre Existenzchancen zu verbessern“.<sup>40</sup> – Eine auf Sicherung optimaler Verwertungsbedingungen des Kapitals orientierte Politik ist damit zum Verfassungsgebot avanciert.

Auf der anderen Seite wird das Sozialstaatsgebot keineswegs als eine Garantie des Status quo der sozialen Besitzstände interpretiert; auch der Anspruch auf Sozialhilfe sei durchaus „situationselastisch“.<sup>41</sup> Für das Bundesverfassungsgericht ist Prüfungsmaßstab bei der Frage des Abbaus sozialrechtlicher Anwartschaften ohnehin nicht das Sozialstaatsgebot, sondern – einer individualistischen Eigentumsideologie entsprechend – das Eigentumsgrundrecht des Art. 14 GG; indes sind auch von diesem Ausgangspunkt aus „Anpassungen“ der Rentenversicherung an die „Veränderungen der Wirtschaftslage“ verfassungskonform.<sup>42</sup>

Durch die skizzierten Interpretationsmuster ist die Intention des Sozialstaatsgebots als Verfassungsposition zugunsten der Lohnabhängigen geradezu in ihr Gegenteil verkehrt worden. Auf der anderen Seite spiegelt der interpretatorische Wandel des Sozialstaatspostulats aber auch die Tatsache wider, daß der Spielraum für „sozialstaatliche“ Systemintegration und Herrschaftssicherung enger geworden ist. Ähnliches läßt sich für die in der Geschichte der BRD nur geringfügig gewandelte innerstaatliche Feinderklärung konstatieren; ihre Umsetzung in unmittelbare Repressionspraxis erreicht gegenwärtig beileibe nicht die Intensität wie in den fünfziger Jahren,<sup>43</sup> was sich mit den außen- und innenpolitischen Bedingungen der Gegenwart begründen läßt. Freilich stehen die staatlichen Apparate und justiziellen Instrumentarien längst bereit, um in dieser Hinsicht möglicherweise in der Zukunft einen schärferen Kurs verfolgen zu können.<sup>44</sup>

#### 4. Ansatzpunkte für Gegenstrategien

Aus der Sicht der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik bieten sich verschiedene Ansatzpunkte für eine Gegenstrategie gegen die dargestellten verfassungsrechtlichen und -politischen Konzeptionen der herrschenden

39 So J. Isensee, *Der Sozialstaat in der Wirtschaftskrise*, in: Festschrift f. J. Broermann, Berlin 1982, S. 365 (373).

40 R. Herzog, in: Maunz-Dürig, *Grundgesetz, Kommentar*, „Sozialstaatlichkeit“, Rdn. 14 (Kommentierung von 1976/1980).

41 J. Isensee, a. a. O. S. 374; vgl. auch R. Herzog, a. a. O., Rdn. 28.

42 BVerfGE 58,81 (123) = NJW 1982, 155 (158).

43 Als aktuelles Beispiel sei hier nur die unterschiedliche Reaktion des Staates auf die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung 1951–1952 und die Volksbefragung gegen die Raketenstationierung am 17. Juni 1984 erwähnt.

44 Vgl. im einzelnen J. Schneider, *Die Politik der Inneren Sicherheit von 1968 bis 1983*, Diss. jur. Hamburg 1984; J. Blau, *Zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparates seit Ende der sechziger Jahre*, IMSF-Informationsbericht Nr. 29, Frankfurt 1977.

sozialen Kräfte: Im Hinblick auf Berufsverbotepraxis und antikommunistisch angelegte Feinderklärung bleibt auf der Offenheit des Grundgesetzes für die Zielvorstellungen unterschiedlicher sozialer Kräfte zu insistieren. Nach seinem historisch und gesetzessystematisch ermittelbaren Norminhalt umfaßt der Verfassungsbegriff „freiheitliche demokratische Grundordnung“ auch eine politische Entwicklung der Gesellschaft in sozialistischer Richtung.<sup>45</sup> Dieser verfassungsrechtliche Befund verbietet es, ein marxistisches Gesellschaftsverständnis und die ihm entsprechende Praxis als „verfassungsfeindlich“ zu qualifizieren. Daß sich die Berufsverbotepraxis unter verschiedenen Aspekten mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik nicht vereinbaren läßt, ist inzwischen vielfach nachgewiesen worden.<sup>46</sup> Die Kritik an der Praktizierung eines vom Grundgesetz nicht vorgesehenen Repressionsinstruments gegen „Verfassungsfeinde“ bewegt sich dabei durchaus im Rahmen eines liberalen Verfassungsverständnisses und wird deshalb auch von vielen Juristen geteilt, die keineswegs der Arbeiter- bzw. demokratischen Bewegung zugerechnet werden können.<sup>47</sup> Die nach wie vor festzustellende Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung (insbesondere die Kluft zwischen Arbeits- und Verwaltungsrechtsprechung) zur Berufsverbots-thematik<sup>48</sup> nach einer über dreizehnjährigen Praxis belegt, daß das von der Administration erhoffte „Ende der Diskussion“ keineswegs eingetreten ist, der Widerstand anhält und sich Verschärfungen keinesfalls reibungs- und geräuschlos durchsetzen lassen.

Neben der Verteidigung der Grundrechte und der verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheit, sich auch als Kommunist, Sozialist usw. zu organisieren, bedarf des weiteren insbesondere im Hinblick auf die Bevölkerungsmehrheit in der Raketenfrage die Bedeutung der Volkssouveränität und des hieraus ableitbaren Widerstandsrechts<sup>49</sup> einer stärkeren Thematisierung. Zustimmung verdient in diesem Zusammenhang jedenfalls folgende Feststellung der „Richter und Staatsanwälte für den Frieden“: Indem Herrschaftsträger durch ihre politische Entscheidung das Volk der akuten Gefahr des Untergangs im Atomkrieg preisgeben, „verlieren sie das Recht, von ihren Bürgern Gehorsam

45 Vgl. im einzelnen W. Abendroth, Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts, in: ders., *Antagonistische Gesellschaft* . . . , a.a.O., S. 139 (147 f. u. 173); A. Azzola, Die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ und ihre Verteidigung, Bl. f. dt. u. intern. Politik 1972, 802; M. Blank/J. H. Brauns/H. D. Fangmann/R. Uesseler, *Wohin treibt der Rechtsstaat?* Köln 1977, S. 109 f.; M. Kutscha, *Verfassung* . . . a. a. O., Anm. 6, S. 101 ff.

46 Vgl. aus jüngerer Zeit nur die Gutachten und Analysen in E. Siemantel/H.-D. Wohlfarth (Hrsg.), *Der Fall Hans Peter*, Köln 1982; ferner F. Rottmann, *Unenteilbare Verfassungstreue?* ZRP 1984, 97 (102 ff.).

47 Vgl. z. B. E.-W. Böckenförde, *Verhaltensgewähr oder Gesinnungstreue?* FAZ v. 8. 12. 1978 (auch in H. Koschnick (Hrsg.), *Der Abschied vom Extremistenbeschuß*, Bonn 1979, S. 76); M. Güde, *Die Verwirrung unseres Staatsschutzrechts*, in: Güde/Raiser/Simon/v. Weizsäcker, *Zur Verfassung unserer Demokratie*, Reinbek 1978, S. 7.

48 Zur neueren Entwicklung vgl. N. Paech/M. Kutscha, *Risse im Monolith, Demokratie und Recht (DuR)* 1983, 420.

49 Hierzu W. Abendroth, *Widerstandsrecht und Raketenstationierung*, die tat v. 22. 7. 1983; R. Wahsner/J. Bayh „. . . Widerstand bis hin zum Generalstreik . . .“. *Gewerkschaften, Streikrecht und Widerstandsrecht gegen Raketenstationierung*, Marburg 1983, S. 107 ff.

im Hinblick auf diese Entscheidung und ihre Voraussetzungen zu verlangen“.<sup>50</sup>

Entgegentreten ist schließlich auch der Ausweitung des „Gewalt“-Begriffs, einem probaten Mittel staatlicher Instanzen, politischen Aktivitäten der unterdrückten Klassen oder Gruppen den Stempel der Kriminalität aufzudrücken. Während die politischen Repräsentanten der herrschenden Kräfte den Aktionen der Friedensbewegung die Legalität absprechen, offenbaren sie mitunter selbst ihr eigenes ambivalentes Verhältnis zur Legalordnung. Erinert sei in diesem Zusammenhang nur an einige Vorgänge in der jüngeren Geschichte der BRD, wie z. B. das „Nachschieben von Legalität“ durch Schaffung neuer Rechtsgrundlagen für die Geheimdienste 1968, nachdem eine illegale Abhörpraxis aufgedeckt wurde,<sup>51</sup> die Berufung auf „übergesetzlichen Notstand“ im *Traube*-Skandal 1977 und schließlich den Versuch, durch eine Amnestie für Strafverfahren gegen Parteispender 1984 „Rechtssicherheit und Rechtsfrieden“<sup>52</sup> wiederherzustellen. Die Probleme des herrschenden Bürgertums mit der Gesetzlichkeit sind für die marxistische Wissenschaft jedenfalls ein wohlvertrautes Feld – zumindest in historischer Sicht.

Ausgangspunkt der Interpretation des Sozialstaatsgebots der Verfassung müßte die Feststellung sein, daß es sich hierbei keineswegs um eine klassenneutrale Bestimmung, sondern um eine Verfassungsposition zugunsten der Arbeiterklasse handelt. Zusammen mit der Sozialisierungsermächtigung des Art. 15 GG birgt es die verfassungsmäßige Gewährleistung der Offenheit des Grundgesetzes für eine sozialistische Entwicklung; dementsprechend soll es, wie *Wolfgang Abendroth* betont hat, auch verhindern, daß der Grundrechtsteil des Grundgesetzes als starre Garantie der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mißverstanden wird.<sup>53</sup> Deshalb darf das Sozialstaatsgebot auch nicht durch einen bürgerlichen Freiheitsbegriff konterkariert werden. Aus der Sicht der Lohnabhängigen entspricht dem Sozialstaatsgebot ein materialer, auf die konkreten sozialen Herrschaftsverhältnisse bezogener Begriff von Freiheit. Das heißt, wie *Michael Kittner* richtig feststellt: „Freiheit für die vielen ist nur möglich durch die Beschränkung der Freiheit weniger“.<sup>54</sup> In diesem Sinne kann das Sozialstaatsgebot als „Ermöglichungsnorm“<sup>55</sup> für sozialgestaltende Eingriffe im Interesse der Arbeiterklasse verstanden werden.

Darüber hinaus kommt eine weitergehende Interpretation in zweifacher Weise in Betracht. Zum ersten wäre zu fragen, ob dieser Verfassungsnorm nicht ein „Verbot des sozialen Rückschritts“<sup>56</sup> entnommen werden kann. Frei-

50 Appell der Initiative „Richter und Staatsanwälte für den Frieden“, in FR von 17. 11. 1983.

51 Näher hierzu H. Günther u. a., *Der Verfassungsschutz*, in: M. Kutscha/N. Paech (Hrsg.), *Im Staat der „Inneren Sicherheit“*, Frankfurt 1981, S. 66 (74 ff.).

52 So die Begründung für den Gesetzentwurf der CDU/CSU, nach FR v. 4. 5. 1984.

53 W. Abendroth, *Zum Begriff...*, Anm. 12, S. 116.

54 M. Kittner, in: *Alternativkommentar zum Grundgesetz*, Neuwied 1984, Art. 20, Rdn. 42.

55 Begriff von W. Däubler, *Gewerkschaften und Arbeitsrecht*, in: *Der Gebrauch von Recht. Arbeitsmaterialien zum 20. Deutschen Soziologentag* (Hrsg. R. Hegenbarth/W. Kaupen/U. Reifner), Bochum 1980, S. 30 (38).

56 So M. Kittner, a. a. O., Rdn. 29; T. Ramm, *Der Arbeitskampf und die Gesellschaftsordnung des Grundgesetzes*, Stuttgart 1965, S. 158.

lich ergibt sich damit sofort das Problem der Definitionsgewalt, eine konkrete staatliche Maßnahme rechtsverbindlich als „sozialen Rückschritt“ werten zu können. Rechtsdurchsetzung wird hier unmittelbar als Produkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen erkennbar. Dies gilt erst recht für die zweite, noch weitergehende Variante, das Sozialstaatsgebot als verfassungsförmigen Auftrag zum sozialen Fortschritt im Interesse der Lohnabhängigen zu begreifen. In dieser Interpretation wäre das Sozialstaatspostulat explizit eine auf den Soll-Zustand einer zukünftigen Gesellschaftsordnung orientierende Norm.<sup>57</sup> Von konservativen Theoretikern wird die hierin liegende legitimatorische Sprengkraft klar gesehen: „Das soziale Staatsziel ist unersättlich und uneinholbar... Die unerfüllte und unerfüllbare Verfassung wird zum Rechtstitel für Revolutionäre.“<sup>58</sup>

Freilich darf eine fortschrittliche, „alternative“ Verfassungsinterpretation nicht zur „Grundgesetztheologie“<sup>59</sup> oder gar zum Politikersatz werden. Aber es stellt sich doch die Frage, ob sich ein Verständnis des Sozialstaatsgebots als verfassungsmäßige Bekräftigung des kollektiven Anspruchs der Arbeiterklasse auf Veränderung des sozialen Status quo nicht im Rahmen einer emanzipatorischen Rechtswissenschaft bewegen kann. Die an individueller Einklagbarkeit orientierte liberal-bürgerliche Rechtskonzeption wird hierbei allerdings dialektisch aufgehoben. Ein vergleichbarer Ansatz indes kennzeichnet bereits die Überlegungen zum Recht auf Arbeit<sup>60</sup> und ebenso die völkerrechtliche Diskussion um ein Recht der Völker (insbesondere der Dritten Welt) auf Entwicklung.<sup>61</sup> „Recht“ meint in diesem Argumentationszusammenhang mehr „Rechtsforderung“ oder „geschichtliche Berechtigung“. Aber schließlich lassen sich alle Rechtsforderungen der Arbeiterbewegung mit *Hermann Klenner* letztlich als „juristische Widerspiegelung des historischen Rechts des Proletariats auf seine Emanzipation“ begreifen.<sup>62</sup> Sie sind indes nicht nur ideelles Abbild der realen Klassenauseinandersetzungen, sondern zugleich auch ein „normatives Medium dieses Veränderungsprozesses nach vorn“.<sup>63</sup>

57 Vgl. auch M. Kittner, a.a.O., Rdn. 39: Das Sozialstaatsprinzip „zeigt die Richtung an, in die die staatliche Politik und gesellschaftliche Aktivitäten sich entwickeln sollen“.

58 J. Isensee, Wo etwas fehlt, hilft ein „Grundrecht auf...“, FAZ v. 22. 5. 1980

59 J. Seifert, Grundgesetz und Restauration, Darmstadt 1974, S. 55.

60 Vgl. z. B. R. Wahsner, Bemerkungen zum Recht auf Arbeit im Verfassungsrecht der Bundesrepublik, Bl. f. dt. u. intern. Politik 1978, 562 (565); W. Däubler, Recht auf Arbeit verfassungswidrig? in: U. Achten u. a., Recht auf Arbeit – eine politische Herausforderung, Neuwied 1978, S. 159 (175).

61 Vgl. B. Graefrath, Recht auf Entwicklung als Menschenrecht in der internationalen Diskussion, Schriften und Informationen des DDR-Komitees für Menschenrechte 1/82, S. 3; H. Weber, Der Anspruch auf Entwicklungshilfe und die Veränderungen des internationalen Wirtschaftsrechts, Verfassung und Recht in Übersee 1978, 5 (7 ff.)

62 H. Klenner, Der rechtsphilosophische Denk-Einsatz von Karl Marx, DuR 1984, 47 (54).

63 H. Klenner, Marxismus und Menschenrechte, Berlin/DDR 1982, S. 201; vgl. auch H. Wagner, Recht als Widerspiegelung und Handlungsinstrument, Köln 1976.

## **Marxismus, Staat und Recht heute**

### **Kolloquium des IMSF**

*Claus Skrobanek-Leutner*

Etwa hundert Teilnehmer, überwiegend juristische Praktiker und Jurastudenten, waren am 19. Mai 1984 zum IMSF-Kolloquium „Marxismus, Staat und Recht. Theoretische und aktuell-politische Aspekte“, einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zur marxistischen Staats- und Rechtstheorie, zur Staatsanalyse und zu aktuellen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland nach Frankfurt am Main gekommen und gestalteten eine vom Thema her weitgefäbte und außergewöhnliche Veranstaltung. Außergewöhnlich deshalb, weil die Rechtswissenschaft (auch ihr fortschrittlicher Flügel) weitgehend abgekoppelt von den Gesellschaftswissenschaften agiert und sich umgekehrt die marxistischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler selten in das ihnen „unangenehme“ Feld der rechtswissenschaftlichen Diskussion einmischen. Vertreter beider Disziplinen konnten nach der Veranstaltung nicht nur neue Anregungen und Erkenntnisse bilanzieren, zweifellos liegen in einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit noch große Potenzen für die konkrete Analyse des Staates und des Rechtes in der Bundesrepublik und der Weiterentwicklung der marxistischen Rechtstheorie.

Das Kolloquium begann mit vier einleitenden Beiträgen. Prof. Dr. *Josef Schleifstein* (Frankfurt/Main, IMSF) referierte zunächst über die Bedeutung der Staatstheorie von Marx, Engels und Lenin heute. Ausgehend von den Grundthesen der marxistischen Klassiker zum Staat, der Herleitung des Staates aus den jeweiligen Produktions- und Eigentumsverhältnissen, dem damit gegebenen Klassencharakter des Staates und seiner Funktion als Instrument der Klassenherrschaft zur Aufrechterhaltung und zum Schutz der herrschenden Eigentumsverhältnisse, untersuchte er die Geltung dieser grundlegenden Gesichtspunkte für den bürgerlichen Staat von heute. Auf aktuelle staatstheoretische Diskussionen eingehend, wandte sich *Josef Schleifstein* gegen die Verfälschung der Positionen der marxistischen Klassiker, die die gesamte politische und ideologische Sphäre der Gesellschaft und besonders den Staat nie als nur passiven Reflex der Ökonomie betrachtet haben, sondern stets die Wechselwirkung betonten; er warnte aber auch vor der Verwischung des Wesens des Staates als Unterdrückungsinstrument einer Klasse zur Niederhaltung einer anderen durch die Überbetonung der pädagogischen und ideologischen Funktionen des Staates oder die Überbetonung des Einflusses des Klassenkampfes auf den Staat in der Weise, daß der Charakter des Staates als Instrument der Klassenherrschaft, heute als Instrument der Herrschaft



des Monopolkapitals, verschleiert bzw. geleugnet wird. Sowohl *Josef Schleifstein* als auch *Claus Skrobanek-Leutner* (Marburg) in seinem anschließenden Beitrag zu aktuellen Entwicklungstendenzen des Staatsapparates in der BRD verwiesen auf die wesentlichen Veränderungen und Modifikationen des Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Diese betreffen die Vereinigung der Macht des Staates und der Monopole zu einem Gesamtsystem der ökonomischen und politischen Herrschaft, die Aufblähung der Repressivgewalt nach innen und außen, die Ausdehnung der ökonomischen Funktionen des Staates, der zum direkten Garanten für die Verwertungsbedingungen der großen Kapitale würde, aber auch die Ausdehnung der sozialpolitischen Funktionen zur Gestaltung und Regulierung der Klassenbeziehungen, die Verstärkung und Effektivierung der ideologischen Institutionen und die Internationalisierungstendenzen bei der Ausübung der Klassenherrschaft.

*Claus Skrobanek-Leutner* behandelte anhand der Ergebnisse der Staatsstudien des IMSF<sup>1</sup> Veränderungen der inneren Struktur des Staatsapparates, den Bedeutungszuwachs der Bürokratie gegenüber den anderen staatlichen Organen, insbesondere den Parlamenten, sowie die Züge eines bürokratischen Zentralismus, mit der Konzentration der Entscheidungsbefugnisse bei den Spitzen der Bürokratie und die Aushöhlung und Ausschaltung demokratischer Elemente, etwa der kommunalen Selbstverwaltung. Nach einer Untersuchung des Regierungswechsels in der Bundesrepublik, der damit verbundenen Veränderungen in der konkreten Politik und Herrschaftsvariante, aber auch relativen Kontinuität staatsmonopolistischer Herrschaftsausübung, wurde die These vertreten, daß sich aktuell innerhalb des parlamentarischen Repräsentativstaates im Rahmen und unter Beibehaltung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie erhebliche Tendenzen zum „autoritären Sicherheitsstaat“ realisierten und eine beachtliche Aushöhlung und Beschneidung bürgerlich-demokratischer Rechte erfolge.

Hinsichtlich des einleitenden Beitrags von Prof. Dr. *Heinz Wagner* (West-Berlin) zur marxistischen Rechtstheorie in ihrer aktuellen Bedeutung kann auf die schriftliche Ausarbeitung in diesem Jahrbuch<sup>2</sup> verwiesen werden. Der Untersuchung *Wagners* zu den Veränderungen des Rechts im staatsmonopolistischen Kapitalismus und seinen Anregungen zur Weiterentwicklung der marxistischen Rechtstheorie folgte ein Vortrag von Dr. *Martin Kutscha* (Hamburg), der die Entwicklung und den Wandel der Verfassungspositionen in der Bundesrepublik anhand der Sozialstaatsverheißung des Grundgesetzes und der innerstaatlichen Feinderklärungen nachzeichnete und dabei die Doppelung von Integration und Repression herausarbeitete.<sup>3</sup>

In dem diesen einleitenden Vorträgen folgenden ersten Diskussionskomplex zur Staatstheorie und zu Fragen der Staatsanalyse sprach zunächst *Mi-*

1 IMSF (Hg.), *Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik*, Beiträge 6 des IMSF, 2 Bände, Frankfurt/M., 1981 und 1982.

2 Heinz Wagner, *Marxistische Rechtstheorie in ihrer aktuellen Bedeutung*, in diesem Band.

3 Martin Kutscha, *Sozialstaatsverheißung und innerstaatliche Feinderklärung*, in: ebenda.



chael Ellwardt (Marburg) zu den Entscheidungsstrukturen und -prozessen im Gesetzgebungsverfahren. Anhand der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen verfolgte er die Erarbeitung dieses Gesetzes in der Ministerialbürokratie, die Einflußnahme der Monopolverbände, die hier direkten Zugang haben, die Modifizierung des Gesetzes in den Bundestagsausschüssen und schließlich die ideologische Legitimation nach außen im Bundestag. Ellwardt verwies weiter auf die rechtliche und juristische Absicherung der Einflußmöglichkeiten einzelner Monopole über die Ministererlaubnis im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und die spätere gerichtliche Interpretation des Gesetzes.<sup>4</sup>

Ulrich Semmelrogge (Hamburg) problematisierte die Definition des Wesens des Staates als Instrument der Klassenherrschaft. Ein so komplexes soziales Gebilde wie der Staat könne nicht allein auf diesen Kern zurückgeführt werden.

Einen Überblick über die Politik der „inneren Sicherheit“ und den Ausbau des Repressionsapparates in der Bundesrepublik gab Rechtsanwalt Jürgen Schneider (Hamburg) und hob anhand der rasanten Entwicklung die qualitativen Veränderungen und den hohen internationalen „Standard“ des bunderepublikanischen Systemschutzes hervor. Seine Einordnung von Militär, BGS, Polizei und Nachrichtendiensten in diesen Systemschutz und in die Klassenauseinandersetzungen fand nur wenige Tage nach dem Kolloquium mit den Polizeieinsätzen und den Bürgerkriegsübungen des Bundesgrenzschutzes im Rahmen der gewerkschaftlichen Kämpfe für die 35-Stunden-Woche erneut ihre Bestätigung. Als Gegenstrategie der demokratischen Kräfte gegen den Ausbau und die Machenschaften der Repressionsapparate nannte Schneider sowohl die konsequente Verteidigung demokratischer Rechte als auch eine größere Enthüllungs- und Aufklärungsarbeit über die Arbeitsweise und Funktion der Repressions- und Überwachungsorgane. Es stelle sich aber auch stärker die Frage der demokratischen Arbeit in den personell enorm gewachsenen Unterdrückungsorganen.

Reinhard Schweicher (Frankfurt/M.) griff in seinem Diskussionsbeitrag die Denkansätze von Gramsci auf und plädierte für eine linke systematische Diskussion und Analyse zur Funktionsweise staatlicher Herrschaft. Robert Steigerwald (Frankfurt/M.) verwies für die Diskussion über die ideologischen Staatsapparate auf frühe deutsche marxistische Untersuchungen zum Faschismus und gab zu beachten, daß in manchen Debatten zur marxistischen Philosophie und zur marxistischen Staatstheorie versucht werde, mit Vertretern, die sich dazu eigneten, aber auch solchen, die dazu gänzlich ungeeignet seien (so auch Gramsci), gegen den Marxismus zu polemisieren.

Die zweite Diskussionsrunde, die rechtstheoretische Debatten, eröffnete Rechtsanwalt Schmitt-Lermann (München) mit der Äußerung eines rechtstheoretischen Wunsches an die marxistischen Rechtswissenschaftler. Die praktische Arbeit als Jurist und die politische Arbeit zeige immer wieder, daß

4 Michael Ellwardt, Demokratischer Staat - Verbändestaat - Staat der Monopole? Politische Entscheidungsstrukturen im heutigen kapitalistischen Staat, Marburg, 1983.

aufgrund des Antikommunismus die Frage des Sozialismus Endstation in vielen Debatten sei. Es bedürfe daher einer rechtstheoretischen Ausarbeitung und der Eröffnung einer rechtstheoretischen Diskussion, um den Stellenwert und die Bedeutung des Sozialismus als Idee und als realer und wirksamer Faktor in die juristische Diskussion und Gedankenwelt einzubringen. Der Marxismus sei auch in der Rechtswissenschaft mehr als ein Gedanke, der um Liberalismus seitens der Herrschenden heische. Der Sozialismus habe ganz im Sinne des soziologischen Normbegriffes objektiven, dauerhaften und systematischen Einfluß und sei damit (immer noch in diesem Gedankengang) „objektiver Ordnungsfaktor von Verfassungsrang“. *Schmitt-Lermann* skizzierte diesen Gedanken an dem Beispiel, daß es kaum eine Reform und kaum ein Stück Fortschritt gegeben habe, das nicht von konservativer und reaktionärer Seite zunächst als kommunistisch verunglimpft worden sei. Der Einfluß des Marxismus bei allen gesellschaftlichen Veränderungen könne nicht geleugnet werden. Am provokantesten könne der Einfluß des Sozialismus am Grundgesetz selbst aufgezeigt werden, ohne den Sieg der Roten Armee, ohne Stalingrad sei das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht denkbar. Diese Fragen seien in rechtstheoretischen Debatten aufzuwerfen, da diese Diskussionen selten und z. B. in den Berufsverboteverfahren zu spät in den Gerichtssälen geführt werden könnten.

Rechtsanwalt *Erwin Siemantel* (Düsseldorf) warf eine Reihe von Fragen für die weitere Diskussion und Arbeit auf und stellte wie *Schmitt-Lermann* einige Forderungen an die marxistische Rechtstheorie in der Bundesrepublik. Die marxistische Rechtstheorie müsse eine Hilfe und eine Handlungsanleitung für den juristischen Praktiker sein. Sie müsse Anhaltspunkte dafür geben, wie ein marxistischer Jurist mit dem bürgerlichen Recht umgehen könne und umzugehen habe, und müsse die Frage beantworten, ob Rechtsanwendung, Rechts-handhabung in der bürgerlichen Gesellschaft einen Sinn habe, welche Möglichkeiten sie biete, oder ob sie nicht doch auf eine Integration in das bürgerliche System, auf eine Arbeit im Dienst der herrschenden Klasse hinauslaufe.

Weitere Fragen und Problemstellungen waren: Kann es sinnvoll sein, ein Forderungsprogramm dem geltenden Recht gegenüberzustellen, oder wären das nur Modellspielereien? Was sind die wichtigsten Elemente zur Entwicklung des Rechtsbewußtseins der Arbeiterklasse, die Kritik des bürgerlichen Rechts oder die Darstellung der Grundstrukturen einer neuen Rechtsordnung? Welches Gewicht haben schon heute Rechts- und Gerechtigkeitsvorstellungen in den Klassenauseinandersetzungen, oder ist die Ablehnung des Rechts dominant etwa nach dem Motto: legal, illegal, scheißegal?

Welcher Begrifflichkeit muß sich die marxistische Rechtstheorie bedienen? Einer eher juristischen, um mit der herrschenden juristischen Lehre kommunizieren zu können, oder der Begrifflichkeit der marxistischen Gesellschafts- und Staatstheorie? Abschließend betonte *Siemantel* den außerordentlichen Stellenwert, den eine marxistische Rechtstheorie nicht nur zur Beantwortung dieser Fragen, sondern auch in den ideologischen und politischen Kämpfen gewinnen könne, wenn sie den Positionen der bürgerlichen Rechtswissenschaft und den Herrschenden entgegeng gehalten werden könne. Für die marxi-

stische Analyse des Rechts, der Bestimmung seines Wesens und seiner Funktion warnt *Siemantel* unter dem Hinweis auf Ausarbeitungen *Herrmann Klenner*<sup>5</sup> vor einem verengten und verkürzten Begriff von Recht, der nur Teilaspekte erfasse und berücksichtigen könne.

Rechtsanwalt *Herbert Lederer* (Essen) engagierte sich in seinem Beitrag für eine intensivere Diskussion marxistischer Positionen zu Staat und Recht, um der weitverbreiteten Theorielosigkeit und Theoriefeindlichkeit der Juristen entgegenzutreten. Die Arbeitsbedingungen des Juristen machten es für die fortschrittlichsten Vertreter dieser Berufsgruppe unabdingbar, sich mit den Kenntnissen der marxistischen Staats- und Rechtstheorie zu wappnen und auseinanderzusetzen. Auch der marxistische Jurist sei auf die Kenntnis und Aneignung des Normensystems des bürgerlichen Rechts angewiesen, er stehe alleine, individuell der bürgerlichen Justiz gegenüber und könne kaum aus kollektiven Erfahrungen und kollektiver Arbeit schöpfen. Hier seien sowohl der Schulterschuß und die Mitarbeit in den Organisationen und Parteien der Arbeiterbewegung erforderlich als auch ein solider Fundus an marxistischen Kenntnissen, um die Aufgaben des marxistischen Juristen miterfüllen zu können. *Lederer* sah diese darin, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe in die Gerichtssäle zu transportieren, in das Recht zu übersetzen, juristisch mit durchzufechten und dabei gleichzeitig zu helfen, juristische Angriffe auf soziale und demokratische Bewegungen abzuwenden. Die Gerichte und das Normensystem in diesem Sinne zu neuen Fragestellungen zu bringen, sei keineswegs erfolglos, sondern auch in der täglichen praktischen Arbeit dem Wirken eines „bürgerlichen Juristen“ überlegen.

Rechtsanwalt *Schümann* (Frankfurt/M.) forderte die Einbeziehung neuer Ansätze in die marxistische Rechtstheorie, insbesondere der systemtheoretischen Überlegungen *Luhmanns*, die einen hohen Erklärungsgrad aufwiesen. *Schümann* kritisierte einige Kategorien, die von *Heinz Wagner* vorgetragen worden waren, etwa, daß die Entwicklung des Rechts ein zu komplexer Vorgang sei, als daß man ihn an Entwicklungen vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus anbinden oder auf diese zurückführen könne.

*Winfried Kumpel* (Düsseldorf) beschäftigte sich mit dem Problem der Verrechtlichung und verwies auf die unterschiedlichen Aspekte dieser Erscheinung. Der Begriff sei heute eine Art Käseglocke für eine Reihe ganz unterschiedlicher Sachverhalte. Es komme darauf an, den konkreten Inhalt dieser Entwicklungen zu erfassen. Das zahlenmäßige Anwachsen der Gesetze und Verordnungen etwa sei nicht gleichbedeutend mit einer größeren Herrschaft des Rechts. Unter dem Begriff Verrechtlichung werde auch die Problematik gefaßt, daß das Rechtsbewußtsein zu einem beherrschenden Element des gesellschaftlichen Bewußtseins geworden sei und in nicht unwesentlichem Maße auch die Handlungsfähigkeit und Bereitschaft der Arbeiterbewegung beeinflusse. Er vertrat die Auffassung, daß dieser Glaube an das Recht gebro-

5 Vgl. Herrmann Klenner, Der rechtsphilosophische Denk-Einsatz von Karl Marx, in: Demokratie und Recht 1/1984, S. 47 ff.

chen werden müsse, sofern er damit einhergehe, daß das, was außerhalb des Rechts liegt, auch als außerhalb der Reichweite des eigenen Handelns angesehen werde. Gleichzeitig dürfe das eigene Handeln, das Vertrauen auf die eigene Kraft und politische Aktion nicht zu einem Rechtsnihilismus im Sinne der Ablehnung der Verankerung der eigenen Forderungen in der Rechtsordnung führen. In diesem Sinne seien der Zusammenhang und die Notwendigkeit der Unterscheidung von Recht und Politik deutlicher herauszuarbeiten.

Auf Fragen der Grundrechte unter den Bedingungen faktischer Besatzungsherrschaft ging Rechtsanwalt *Rolf Gutmann* am Beispiel der Wald-Okkupation durch US-Truppen ein.

*Heinz Wagner* griff in einer zweiten Wortmeldung einen Kernpunkt der Diskussion noch einmal auf: Es komme darauf an, gestützt auf die gesellschaftlichen Bewegungen und Kämpfe innerhalb des bürgerlichen Rechts Handlungsräume zu verteidigen, zu erkämpfen und auszuweiten und gleichzeitig das Bewußtsein für die gesellschaftlichen Perspektiven zu erhalten und zu fördern. *Wagner* antwortete auf die Fragestellung *Schümanns*, er könne sich die abstrakte und über den Systemen und damit über den Dingen stehende Betrachtungsweise *Luhmanns* nicht zu eigen machen. Erst die konkrete und historische Untersuchung bringe unterschiedliche und interessierende Fragen hervor und zwingt dann aber auch zur Stellungnahme.

*Manfred Bobke* (Düsseldorf) informierte über den Komplex der arbeitsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit den Tarifaueinandersetzungen in der Metall- und Druckindustrie und machte auf neue Frage- und Frontstellungen in fast allen Bereichen des Arbeitskampfrechtes und der dieses berührenden Rechtsmaterien aufmerksam, die allesamt eine intensive Aufmerksamkeit der demokratischen Juristen verdienten.

Rechtsanwalt *Klaus Dammann* (Hamburg) benannte aktuelle Probleme in den Kämpfen gegen die Berufsverbote und regte an, durch Rechtsvergleiche mit anderen westeuropäischen Ländern, etwa dem Beamtenrecht in Frankreich, und die Aufarbeitung der Rechtspositionen internationaler Organisationen die Argumentation und den Druck gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik zu verstärken.

Rechtsanwalt *Hans-Henning Adler* (Oldenburg) regte an, neben der Diskussion und der Analyse des Rechts im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik Erfahrungen und Fragen des Staates und des Rechts in den sozialistischen Ländern, aber auch in den jungen Nationalstaaten aufzuarbeiten und auszuwerten.

*Josef Schleifstein* griff zum Schluß der Diskussion das Problem des Arbeitens linker Juristen mit dem bürgerlichen Recht noch einmal auf. Genausowenig wie die Arbeiter auf die Lohnarbeit für das Kapital verzichten könnten und es für sie keinen Ausstieg aus dem System gebe, außer dem der Überwindung des Systems, könnten sich linke Juristen der Handhabung bürgerlichen Rechts entziehen. Weiter verwies *Schleifstein* darauf, daß die bürgerliche Klasse, indem sie formale Gleichheit versprach und propagierte, auch formale Waffen für die Unterdrückten, Nichtgleichen geschaffen habe. Die Tatsache, daß bürgerliche Herrschaft verhüllte Klassenherrschaft sei, sei zu nutzen.

An der Hülle des bürgerlichen Rechts könne angeknüpft werden, um die Interessen der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen.

*Heinz Jung* (Frankfurt/M., IMSF) zog abschließend ein Resümee der Veranstaltung. Er sah dies in erster Linie in der Aufforderung des Kolloquiums, Fortschritte in der Konkretisierung und Ausarbeitung der marxistischen Rechtstheorie für die Bundesrepublik durch eine Konzentration und Bündelung von Kräften auf dieses Gebiet zu erreichen. Als erster Schritt wurde dazu ein „Arbeitskreis Marxistische Staats- und Rechtstheorie“ beim IMSF gegründet, zu dem zahlreiche Kolloquiumsteilnehmer ihre Mitarbeit anmeldeten und als dessen Sekretär *Claus Skrobanek-Leutner* benannt wurde.

*Heinz Jung* vertrat die Auffassung, daß die weitere Entwicklung der marxistischen Rechtstheorie eine wesentliche Hilfe für den juristischen Praktiker werden könne und werden müsse. Darüber hinaus müsse sie mit dazu beitragen, daß aus dem weitverbreiteten Glauben an das Recht der Glaube und das Wissen um das Recht der Arbeiterklasse auf die Durchsetzung ihrer aktuellen und historischen Interessen werde. Die Rechtswissenschaft könne wirksame Anstöße und Beiträge zur Verbreiterung demokratischer und sozialer Bewegungen leisten, da es in diesen Bewegungen nicht unwesentlich auch um Fragen der Rechtssetzungen, des Inhalts des Rechts, um Fragen der Demokratie und der Modi der Klassenherrschaft gehe. Das Ringen um Demokratie, die Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte, der zum Handeln gewandte Rechtsanspruch könnten ein wichtiger Hebel progressiver Bewegungen und Prozesse werden.

# Die verstaatlichte Industrie in Österreich

## Geschichte – Funktion – Möglichkeiten – Perspektiven

*Margit Scherb*

1. Einleitung – 2. Phasen der Entwicklung der verstaatlichten Industrie Österreichs – 2.1 Die Unterordnung der verstaatlichten Industrie unter das heimische Privatkapital – 2.2 Die Unterordnung der verstaatlichten Industrie unter das internationale Monopolkapital – 3. Aktuelle Krisenbewältigungsstrategien – 3.1 Staatliche Kapitalzuführung – 3.2 Umstrukturierung und Diversifizierung – 3.3 Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten – 4. Verstaatlichung und alternative Wirtschaftspolitik

### 1. Einleitung

Die in der staatlichen Holding „*Österreichische Industrieverwaltungs-AG*“ (*ÖIAG*) zusammengefaßten verstaatlichten Industriebetriebe sind ohne Zweifel das Kernstück der österreichischen Wirtschaft. Sie konzentrieren sich vor allem auf den Grundstoffbereich, also auf Eisen und Stahl (*VOEST-Alpine AG*, *Vereinigte Edelmetallwerke AG*), Chemie (*Chemie Linz AG*), Erdöl (*Österreichische Mineralölverwaltung AG*), den Nichteisenbereich (*Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG*) und den Kohlebergbau. Aber auch Betriebe der Elektroindustrie (*Elin-Union AG*, *Siemens Österreich AG*), des Maschinen-, Anlagen-, Fahrzeuge- und Schiffbaus (z. B. *Simmering-Graz-Pauker AG*, *Österreichische Schiffswerften AG*) gehören zum „Imperium“ der *ÖIAG*.

Die verstaatlichte Industrie war 1983 mit 21,3 Prozent am Bruttoproduktionswert der österreichischen Industrie, mit 24 Prozent an den österreichischen Exporten und mit 22,1 Prozent an den Industrieinvestitionen beteiligt. Der *ÖIAG-Konzern* beschäftigte 1983 mit 101 726 Mitarbeitern 18,4 Prozent aller Beschäftigten in der Industrie; insgesamt waren etwa 3,7 Prozent aller selbstständig Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie tätig.<sup>1</sup> 100 Prozent des Roheisens, 93 Prozent des Rohstahls werden von der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie erzeugt. Allein der Beitrag der Stahlindustrie zur Handelsbilanz entspricht rund der Hälfte der Deviseneinnahmen des gesamten österreichischen Fremden- und Reiseverkehrs.

Obwohl ohne dieses beträchtliche Potential in den Händen des Staates der beispiellose wirtschaftliche Aufstieg Österreichs nicht möglich gewesen wäre,

<sup>1</sup> *ÖIAG*, *ÖIAG Geschäftsbericht 1983*, Wien (1984).

steht die verstaatlichte Industrie angesichts der krisenhaften Entwicklungen, denen die Grundstoffindustrien in allen kapitalistischen Ländern ausgesetzt sind, einmal mehr im Brennpunkt der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen.

Staatliches Eigentum drückt im Rahmen des kapitalistischen Systems einen Widerspruch aus. Einerseits engt es im monopolistischen Stadium des Kapitalismus die kapitalistischen Verhältnisse nicht ein, sondern erweitert sie. Auch findet keine Beseitigung der Ausbeutung, sondern lediglich eine Veränderung ihrer Form statt. Andererseits geht, da Staatskapital keine unmittelbaren privaten Eigentumspositionen repräsentiert, von ihm auch nicht der gleiche permanente Druck auf die Erzielung von Höchstprofiten aus, auch wenn das private Monopolkapital immer wieder versucht, es zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbspositionen einzusetzen. Insofern ist Verstaatlichung als Veränderung der Eigentumsform ein Fortschritt, da sie prinzipiell die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Planung im Interesse der abhängig Beschäftigten eröffnet.<sup>2</sup>

Ziel dieses Beitrages ist es, bei der Darstellung der Entwicklung und der Einschätzung der aktuellen Situation der verstaatlichten Industrie Österreichs das Spannungsfeld zwischen Inanspruchnahme durch privatmonopolistische Interessen und dem Fortschritt zugunsten der arbeitenden Menschen auszuloten und die Rolle zu diskutieren, die einer in ihrer Substanz gestärkten verstaatlichten Industrie im Rahmen einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik zukommen müßte.

## 2. Phasen der Entwicklung der verstaatlichten Industrie Österreichs

### 2.1 Die Unterordnung der verstaatlichten Industrie unter das heimische Privatkapital

Auch wenn die Verabschiedung des *Ersten Verstaatlichungsgesetzes* am 26. Juli 1946 von der SPÖ im Parlament mit großem austromarxistischem Pathos<sup>3</sup> bedacht worden war, waren damit nicht die Forderungen der Arbeiterklasse, die sofort nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges mit dem Wiederaufbau der Industriezentren begonnen hatte, erfüllt worden. Es ging dabei vielmehr um die Wiederherstellung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen zugunsten der Restauration des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der In-

2 Ausführlichere theoretische Überlegungen finden sich dazu in: Margit Scherb, Die verstaatlichte Industrie Österreichs im Spannungsfeld zwischen kapitalistischer und sozialistischer Vergesellschaftung, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 4/1981.

3 So führte der SPÖ-Abgeordnete Anton Proksch u. a. aus: „... Das Wort Verstaatlichung ist eigentlich nicht der richtige Ausdruck für das, was geschehen soll. Nicht der Staat soll in Zukunft Herr und Gebieter im Betrieb sein, sondern das Volk selbst, die arbeitende Bevölkerung als Produzent und Verbraucher soll die Verwaltung der Betriebe innehaben. ... Eine notwendige und wichtige Ergänzung der Verstaatlichung ist aber auch die Schaffung der Einrichtung für die Planung und Lenkung der Wirtschaft“ (Stenographisches Protokoll der 30. Sitzung des Nationalrates vom 26. Juli 1946).



tegration Österreichs in den sich wieder formierenden kapitalistischen Weltmarkt.<sup>4</sup>

Die Verstaatlichungen waren aus mehreren Gründen unumgänglich geworden: So fand das wiedererstandene Österreich nach der Befreiung von faschistischer Herrschaft eine geographisch und vor allem größtmäßig verschobene und durch Kriegseinwirkungen erheblich beschädigte Industriestruktur vor, die auf die Proportionen eines viel größeren und von anderen Produktionszielen (Rüstungsindustrie!) bestimmten Wirtschaftsraumes abgestellt war. Dazu kam noch, daß auf der *Potsdamer Konferenz* (17. 7.–2. 8. 1945) die USA, die Sowjetunion und Großbritannien zwar übereingekommen waren, von Österreich keine Reparationen zu verlangen, sich jedoch die Besitztitel an dem im Ausland gelegenen deutschen Eigentum vorbehielten. Die österreichische Wirtschaft, die nach dem „Anschluß“ des Jahres 1938 besonders intensiv von deutschem Kapital durchdrungen worden war,<sup>5</sup> wurde von dieser Bestimmung besonders hart betroffen.

Da der Begriff des „*Deutschen Eigentums*“ in Potsdam nicht genau definiert worden war, mußte die Provisorische Staatsregierung *Renner* mit dem Verlust von großen Teilen der österreichischen Produktionsbasis rechnen, weshalb sie schon im September 1945 versucht hatte, diese durch Verstaatlichung zu retten, war aber am Widerstand der Alliierten, vor allem der UdSSR, gescheitert.<sup>6</sup>

Am 26. Juli 1946 war die Verabschiedung des Ersten Verstaatlichungsgesetzes möglich geworden, da die USA und die weitsichtigeren Vertreter des heimischen Privatkapitals inzwischen erkannt hatten, daß sie für die Wiederherstellung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zumindest vorübergehend auf die vollständige Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Konzeptionen bzw. auf ihre unmittelbare Herrschaft verzichten mußten.<sup>7</sup> Mit dem *Ersten Verstaatlichungsgesetz* sollte für die geordnete Wiederinbetriebnahme der „herrenlosen“ Betriebe eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. In der damaligen aktuellen Situation richtete es sich zum einen gegen die Sowjetunion und zum anderen gegen die KPÖ. Die Ansprüche der Sowjetunion auf deutsches Eigentum sollten abgewehrt und den Forderungen der KPÖ nach weitergehenden Verstaatlichungen, die auch vor ausländischem (alliiertem) Kapitalbesitz nicht haltmachen, zuvorgekommen werden. Die Sowjetunion, die aufgrund ihrer gewaltigen Kriegsschäden auf die in ihrer Zone gelegenen zur Verstaatlichung vorgesehenen dreizehn Betriebe nicht verzichten konnte, verhinderte in der Folgezeit deren Einbeziehung in die Verstaatlichungsmaßnahmen. Wie groß das Interesse der USA inzwischen an den Verstaatlichungen geworden war, zeigt der Umstand, daß auch die Rechtsabteilung der amerikanischen Besatzungsmacht der Ansicht war, daß das *Erste Verstaatlichungs-*

4 Hans Prader, Probleme kooperativer Gewerkschaftspolitik. Am Beispiel der Politik des ÖGB am Wiederaufbau 1945–1951, Dissertation (phil. Fak.), Salzburg 1975.

5 Siehe dazu zusammenfassend: Eduard März/Fritz Weber, Das Vorspiel zum Anschluß, Deutsches Kapital in der Ersten Republik, in: *Die Zukunft*, Heft 8/1978, S. 37 ff.

6 Edmond Langer, *Die Verstaatlichungen in Österreich*, Wien 1966, S. 47.

7 Prader, a.a.O., S. 127.

gesetz gegen das 2. Kontrollabkommen verstoße, sich aber hütete, den sowjetischen Kontrollratspartnern davon Mitteilung zu machen.<sup>8</sup>

Die *Österreichische Volkspartei* (ÖVP), die bei den ersten Nationalratswahlen im Dezember 1945 mit 85 Mandaten die Mehrheit erhalten hatte (SPÖ: 76, KPÖ: 4), stimmte – wenn auch mit Einschränkungen – den Verstaatlichungen zu. Die großen Opfer, die die österreichische Arbeiterklasse zuerst im austrofaschistischen Ständestaat (1934–1938) und dann unter der Herrschaft des deutschen Faschismus gebracht hatte, die allgemeine Diskreditierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems unmittelbar nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, die Erfordernisse des Wiederaufbaus und nicht zuletzt der Umstand, daß das schwache heimische Privatkapital überhaupt nicht in der Lage gewesen wäre, die für Österreich überdimensionierte und weitgehend zerstörte Grundstoffindustrie wiederzuerrichten, das alles waren Faktoren, die die ÖVP bewegten, den Verstaatlichungen zuzustimmen.

Daß diese keineswegs einen Durchbruch sozialistischen Wirtschaftsdenkens darstellten, wurde im nachhinein auch von dem prominenten ÖVP-Wirtschaftstheoretiker und -politiker *Stephan Koren* bestätigt: „Daß die Verstaatlichung in Österreich keinen ideologischen ‚Background‘ hatte, kann man an der Auswahl der Unternehmungen leicht feststellen. Im Ersten Verstaatlichungsgesetz, das die Industrie betraf, wurde kein Unternehmen einbezogen, das privaten in- oder ausländischen Eigentümern (außer deutschen) gehörte.“<sup>9</sup>

Die durch den Akt der Verstaatlichung geschaffenen Voraussetzungen, die dem Staat einen durch Gesetz garantierten Einfluß auf die Betriebe ermöglichten, nützte die ÖVP vor allem dazu, um die „Verstaatlichte“, die nun einmal nicht zu verhindern gewesen war, so unbedeutend als möglich zu halten.

Mit der Zuweisung der verstaatlichten Unternehmungen in den Ressortbereich des vom ÖVP-Minister *Dr. Peter Krauland* geleiteten *Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung* gelang es den bürgerlichen Kräften, einen ersten und für die Folgezeit entscheidenden Einfluß auf die künftige Organisationsform und Entwicklung der Betriebe zu nehmen. „Von besonderer Bedeutung war, daß der Komplex der verstaatlichten Banken und der verstaatlichten Industrie in keinen konzernalen Zusammenhang gebracht wurde und auch die Industriebetriebe ohne echte Produktions-, Absatz-, Forschungs- und Sozialkoordinierung blieben.“<sup>10</sup> Nach den Nationalratswahlen 1949 wurden die verstaatlichten Banken und ihre Industriebetriebe dem (von der ÖVP geführten) Finanzministerium, die verstaatlichte Industrie dem vom SPÖ-Mitglied *Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner* geleiteten *Ministerium für Verkehr und Verstaatlichte Betriebe* unterstellt. Den Bemühungen *Waldbrunners*, die Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuholen, waren dadurch, daß mit der im Jahr

8 Gerald Stourzh, *Kleine Geschichte des österreichischen Staatsvertrages*, Graz/Wien/Köln 1975, S. 39.

9 Stephan Koren, *Die Industrialisierung Österreichs*, in: Wilhelm Weber (Hrsg.), *Österreichs Wirtschaftsstruktur*, Band I, Berlin 1961, S. 340; es muß angemerkt werden, daß auch einige österreichische Privatunternehmen (vor allem Kohlengruben und die Schmidhütte Krems) verstaatlicht wurden. Aber auch dies hatte keinen „ideologischen Background“.

10 Rupert Zimmermann, *Verstaatlichung in Österreich*, Wien 1964, S. 17.

1947 als Vorbedingung für die Gewährung von ERP-Mitteln („Marshall-Plan“) durchgeführten Währungsreform die Rückkehr zu marktwirtschaftlich-kapitalistischen Verhältnissen besiegelt worden war, enge Grenzen gesetzt. Die Währungsreform und die damit verbundenen Lohn- und Preisabkommen verteilten die Lasten des Wiederaufbaus höchst ungleich auf die arbeitenden Menschen und die kapitalistischen Eigentümer. Gegenüber marktwirtschaftlichen Regulierungsformen und -methoden wurden planwirtschaftliche Elemente wie Preiskontrollen, die Rationierung von Rohstoffen usw. Zug um Zug eliminiert.<sup>11</sup>

Mit der Verwirklichung der für die Elektrizitätswirtschaft, für die Eisen- und Stahlindustrie, den Kohlenbergbau und die Metallindustrie noch unter *Krawland* erstellten mittelfristigen Fünfjahres- und langfristigen Fünfzehnjahrespläne wurde erst gar nicht mehr begonnen. Der 1948 fertiggestellte Eisen- und Stahlplan, der die dringend notwendige Produktionsabgrenzung zwischen der *VOEST AG* und der *Österreichisch-Alpine Montangesellschaft* und in weiterer Folge eine Fusionierung dieser beiden Betriebe vorsah, konnte aufgrund der ablehnenden Haltung der USA nicht in Angriff genommen werden. Ein aus einem solchen Zusammenschluß hervorgegangenes Unternehmen wäre nicht nur sehr rasch international konkurrenzfähig und damit zu einer potentiellen Gefahr für die amerikanische, vor allem aber für die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie geworden. Daß die USA mit dem Einsatz der Marshall-Plan-Mittel „großräumige“ Konzeptionen verfolgten, ist auch daran abzulesen, daß sie von Österreich einen Verzicht auf eine eigene Automobilproduktion forderten und im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie vor allem Walzwerksanlagen (für Autobleche) finanzierten. Auf diese Art und Weise sollte Österreich gleichzeitig als Zulieferer und Abnehmer für die sich in Westdeutschland im Aufbau befindlichen Zweigwerke US-amerikanischer Automobilkonzerne fungieren.<sup>12</sup>

Hervorstechendste Errungenschaft der Ära *Waldbrunner* war die soziale Besserstellung der in der verstaatlichten Industrie arbeitenden Menschen. Auch die Mitbestimmungsrechte wurden nach und nach erweitert. Im Jahr 1953 wurde – zum ersten Mal in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte – in Form eines Rundschreibens an die verstaatlichten Betriebe der Grundsatz formuliert, daß bei konjunkturellen Schwierigkeiten alles getan werden sollte, um die Vollbeschäftigung zu erhalten.<sup>13</sup>

Darüber hinaus sind zwischen 1950 und 1956 wichtige Investitionen getätigt worden. So fiel in diese Zeit unter anderem auch die Entwicklung und erstmalige Anwendung des LD-Verfahrens, das nicht nur die Stahlproduktion weltweit revolutionieren, sondern auch die Zukunft der verstaatlichten Industrie entscheidend mitbestimmen sollte. Daß die Rechnung der USA, Österreich zu einem ausschließlichen Blechlieferanten zu machen, nicht aufgegan-

11 Prader, a.a.O., S. 135.

12 Margit Scherb, Ökonomische Auswirkungen des Internationalisierungsprozesses auf kleine Industriestaaten. Dargestellt am Beispiel der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 3/1978, S. 282f.

13 Zimmermann, a. a. O., S. 84.

gen ist, und die ÖVP trotz aller Anstrengungen den Vorstoß in die Finalindustrie nicht verhindern konnte, ist vor allem auf die Entwicklung des LD-Verfahrens und die Inbetriebnahme des ersten LD-Stahlwerkes der Welt im Jahr 1952 zurückzuführen. Obwohl das LD-Verfahren ein Verfahren zur Herstellung von Rohstahl ist, kann es als der unmittelbare Anlaß für die Errichtung des *VOEST-Industrieanlagenbaus*, der sich in seiner Anfangsphase auf die Errichtung von weiteren LD-Anlagen in aller Welt spezialisierte, betrachtet werden. Es ist also vor allem auf diesen Umstand zurückzuführen, daß die *VOEST* nicht den vorgezeichneten Weg eines in der Fachwelt kaum beachteten, auf die österreichischen Verhältnisse „gesundgeschrumpften“ und vorwiegend Roh- und Halbfabrikate exportierenden Unternehmens gegangen ist und zumindest bis Anfang der siebziger Jahre in der Lage war, die negativen Auswirkungen des staatsmonopolistischen Internationalisierungsprozesses weitgehend zu kompensieren.<sup>14</sup>

Die trotz aller Widrigkeiten stattgefundene zumindest teilweise Konsolidierung des verstaatlichten Sektors, vor allem aber der Umstand, daß die SPÖ nicht zuletzt aufgrund der sozialen Maßnahmen unter den Arbeitern ihre „Hausmacht“ noch weiter ausgebaut hatte – die ÖVP sprach vom „Königreich Waldbrunner“ – ließ die ÖVP nicht ruhen. Sie gewann 1956 den Wahlkampf mit der Parole der – zumindest teilweisen – Reprivatisierung und setzte die Gründung einer Holdinggesellschaft, der *Industrie- und Bergbauverwaltungsgesellschaft (IBV)*, durch, die treuhänderisch die Anteile des Staates verwalten sollte.<sup>15</sup>

Österreich hatte im Jahr 1955 durch den Abschluß des Staatsvertrages seine nationale Souveränität wiedererlangt. Damit war auch die Rückgabe der von der Sowjetunion verwalteten Betriebe verbunden gewesen. Anstatt die verstaatlichte Industrie endgültig zu konsolidieren, wurde sie in dieser Phase entscheidend geschwächt. Hatte sich Österreich als Vorbedingung für den Abschluß des *Staatsvertrages* im „*Wiener Memorandum*“ verpflichten müssen, die vor dem Zweiten Weltkrieg in ausländischem Besitz gewesenen Erdölfelder und Schürfrechte an ihre ursprünglichen Besitzer zurückzugeben<sup>16</sup>, so setzte die ÖVP im Jahr 1957 den Verkauf von 40 Prozent des Nominalkapitals der beiden großen verstaatlichten Banken durch. Schließlich fiel in diese Zeit auch der erste Schritt einer teilweisen Reprivatisierung der Elektroindustrie, dem Mitte der sechziger Jahre die Wiederübernahme ihrer Tochterunternehmen durch die *Siemens AG Deutschland* folgen sollte. Während die Grundstoffindustrien in den Händen des Staates blieben, mußten der gewinnträchtige Erdölsektor und die dynamische Elektroindustrie zumindest teilweise an das ausländische Privatkapital zurückgegeben werden.

Dazu kam noch eine direkte Umverteilung in andere Bereiche der Wirtschaft. So erhielt die *ÖMV*, die durch die Aufbringung umfangreicher Repara-

14 Kurt Wicht, Die Entwicklung des LD-Verfahrens und dessen Auswirkungen auf die VOEST AG von 1959 bis 1972, Dissertation an der Hochschule für Welthandel, Wien 1975.

15 Ferdinand Lacina, Verstaatlichung in Österreich, in: Festschrift für Fritz Klenner, Wirtschaft und Politik, Wien 1976, S. 271 ff.

16 Stourzh, a.a.O., S. 120 ff.; Memorandumstext ebenda S. 168–172.

tionsleistungen geschwächt wurde, 1956 die zwingende Auflage, 300 Millionen Schilling an den Milchwirtschaftsfonds zur Stützung des Milchpreises abzuliefern.<sup>17</sup> Diese Maßnahme kann nur so interpretiert werden, daß die ÖVP die Ansprüche ihrer Anhängerschaft, die sich vor allem aus dem Bereich der Landwirtschaft rekrutierte, auf Kosten der verstaatlichten Industrie befriedigte. Die entscheidendste Schwächung erlitt die verstaatlichte Industrie jedoch dadurch, daß sie für den Wiederaufbau dringend benötigte Grundstoffe (vor allem Bleche und Trägereisen) zu weit unter dem Weltmarktniveau liegenden Preisen an die heimische Privatindustrie abgab. Darüber hinaus erhielten die österreichischen Eisen- und Stahlweiterverarbeiter, die ihre Erzeugnisse exportierten, einen Exportförderungsbeitrag in der Form, daß sie Walzwaren zu einem wesentlich unter dem offiziellen Inlandspreis liegenden Preis beziehen konnten.<sup>18</sup> Die Chemieindustrie, also die damaligen *Stickstoffwerke AG*, belieferte die heimische Landwirtschaft mit verbilligten Düngemitteln und überließ dabei sogar den Vertrieb den der ÖVP nahestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, die inzwischen auf dem Weltmarkt noch billigere Lieferanten gefunden hatten und die verstaatlichte Chemieindustrie auf den für sie geschaffenen Kapazitäten sitzen ließen.

Schon 1959 wurde die *IBV* wieder aufgelöst und dem (SPÖ-)Vizekanzler unterstellt. Für die verstaatlichte Industrie war nunmehr jedoch kein einzelnes Ministerium, sondern die gesamte Regierung zuständig; jeder Hauptversammlungsbeschluß eines verstaatlichten Unternehmens mußte den Ministerrat, in dem nur einstimmige Beschlüsse möglich waren, passieren. Diese komplizierte Organisationsform führte dazu, daß sich die gewinnbringenden Unternehmen immer stärker dem Einfluß des Staates entzogen und die gravierenden Strukturprobleme der anderen ungelöst blieben.

Im Jahre 1966 ging die Ära der Koalitionsregierungen zu Ende. Die ÖVP brachte noch im ersten Jahr ihrer Alleinregierung des *ÖIG-Gesetz* ein, durch das 1967 die *Österreichische Industrieverwaltungs G.m.b.H.*, eine Staatsholding, geschaffen wurde. 1969 wurde neuerlich reorganisiert, nachdem Streitigkeiten innerhalb der Regierungspartei die *ÖIG* lahmgelegt hatten. Diesmal wurde eine echte Holding, die *Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG)* geschaffen, die die Anteile des Bundes an den verstaatlichten Unternehmungen übernahm.<sup>19</sup> Die Gewerkschaften und die SPÖ setzten ihre Forderungen nach Verankerung des staatlichen Eigentums an den Industriebetrieben in der Verfassung, den gesetzlichen Auftrag für eine branchenmäßige Zusammenfassung der einzelnen Betriebe und die Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die verstaatlichte Industrie durch.<sup>20</sup>

Neben dieser direkten Steuerung durch den Staat, d. h. durch die im Parla-

17 Zimmermann, a.a.O., S. 94.

18 Scherb (1978), a.a.O., S. 283.

19 Durch die Übertragung der Anteile des Bundes wurde der staatliche Einfluß beträchtlich geschwächt. Andererseits war dies die einzige Möglichkeit, endlich eine Organisationsform zu schaffen, die zumindest die Wahrscheinlichkeit bot, mehr als nur eine Legislaturperiode zu überleben.

20 Lacina, a.a.O., S. 272.

ment vertretenen Parteien, existierte eine – nicht minder wirksame – indirekte Steuerung durch das politische System, d. h. durch die personelle Besetzung der Leitungspositionen und -organe.<sup>21</sup> So gelang es den Vertretern des heimischen Privatkapitals über die ÖVP, mit der sie traditionell verbunden waren und die sie für Spitzenpositionen im Management und in Aufsichtsräten und Vorständen nominiert hatte, entweder selbst die Geschäftspolitik der verstaatlichten Industrie zu bestimmen oder diese zumindest als Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder mitbestimmen zu können. Der 1946 gefaßte Beschluß, auf die verstaatlichte Industrie das bürgerliche Aktienrecht anzuwenden, bildete die Grundlage dafür, daß die verstaatlichte Industrie dem direkten staatlichen Einfluß im Sinne der damals noch praktizierten Wirtschaftsplanung entzogen werden konnte und andererseits den Vertretern des Privatkapitals die Möglichkeit eröffnet wurde, sich in den Entscheidungsorganen zu etablieren. 1956 bis 1959 wurde die privatrechtliche Unternehmensform für alle Betriebe der verstaatlichten Industrie durchgesetzt.

Viele der in die Organe der verstaatlichten Industrie entsandten Vertreter des Privatkapitals bekleideten wichtige Funktionen in den Unernehmerverbänden (*Verein Österreichischer Industrieller, Sektion Industrie in der Bundeswirtschaftskammer*), also in jenen Schaltstellen, wo sich monopolistische Interessen am wirksamsten durchsetzten.

Die „Siemens-Lösung“ und die steuerrechtliche Gleichstellung der verstaatlichten Industrie mit der Privatindustrie, die unter tatkräftiger Mitwirkung von führenden Funktionären des *Vereins Österreichischer Industrieller* bewerkstelligt wurden,<sup>22</sup> hat diesen selbst kaum direkte Vorteile gebracht. Sie haben vielmehr im Gesamtinteresse des heimischen Privatkapitals, das in der Schwächung der verstaatlichten Industrie bestand, agiert.

Jene Privatindustriellen hingegen, die in einem verstaatlichten Unternehmen ihrer eigenen Branche Positionen innehatten, dürften bei ihren Entscheidungen sehr wohl ihre eigenen Interessen im Auge gehabt haben.<sup>23</sup>

Die Grundlagen der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ausrichtung Österreichs und des ökonomischen Wiederaufbaus wurden ebenso wie jene seiner gegenwärtigen Stellung im internationalen System in den Jahren 1945 bis 1955, also in den Jahren der Besetzung durch die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges geschaffen. Die „*Restauration des kapitalistischen Gesellschaftssystems*“ darf aber nicht allein auf den Einfluß der westlichen Alliierten zurückgeführt werden, sondern setzte auch die spezifische Tradition der österreichischen Klassenzusammenarbeit fort.<sup>24</sup>

Die Verstaatlichung großer Teile der Grundstoffindustrie ergab sich nicht

21 Inge Morawetz, Die Struktur personeller Verflechtungen zwischen Industrie- und Bankwesen in Österreich, Institut für höhere Studien, Forschungsbericht Nr. 182, Wien 1983.

22 Theodor Faulhaber, Die Vereinigung österreichischer Industrieller, Wien 1980, S. 152.

23 Siehe dazu: Inge Morawetz, Wege des politischen Einflusses auf die verstaatlichte Industrie zur Unterordnung unter monopolkapitalistische Interessen, unveröffentlichtes Manuskript (Wien 1984).

24 Rudolf G. Ardejt/Hans Haas, Die Westintegration Österreichs nach 1945, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 3/1975, S. 379.

nur aus der Notwendigkeit, eine Lösung für das „Deutsche Eigentum“ zu finden, sondern war ein wichtiger Hebel für die Ingangsetzung kapitalistischer Reproduktionsbedingungen und für die Integration Österreichs in den kapitalistischen Weltmarkt. Die verstaatlichte Industrie wurde seit ihrem Bestehen nicht nur durch umfangreiche Subventionsleistungen an die Privatwirtschaft und die Landwirtschaft, durch eine ungenügende Kapitalzufuhr und eine restriktive Produktpolitik, sondern auch durch die Reprivatisierung der dynamischen Bereiche entscheidend geschwächt.

## 2.2 Die Unterordnung der verstaatlichten Industrie unter das internationale Monopolkapital

Es ist erstaunlich, daß sich trotz der systematischen Vernachlässigung der verstaatlichten Industrie und der insgesamt ungünstigen ökonomischen Ausgangsbedingungen erst nach der Krise 1966/67 endgültig die Form der Einbeziehung in das kapitalistische System herausbildete, wie sie von den USA in der unmittelbaren Nachkriegszeit angestrebt worden war.

Jene auch heute noch wirksame „negative Spezialisierung“, die darin besteht, daß die österreichische Wirtschaft noch immer ein starkes Übergewicht in den Grundstoffindustrien (Eisen und Stahl, Papier, Steine – Keramik, Holz) und den einfachen Konsumgüterindustrien (Textil und Bekleidung, Nahrungsmittel) aufweist, während die technischen Konsumgüter- und Investitionsgüterindustrien mit hohem Verarbeitungsgrad wie z. B. die Maschinenbau- und die Elektroindustrie von vornherein in der österreichischen Wirtschaft unterrepräsentiert waren und darüber hinaus weitgehend unter den Einfluß des Auslandskapitals gerieten oder wie die Automobilindustrie auf Grund des externen Drucks überhaupt nicht Fuß fassen konnten, wurde erst in den sechziger Jahren geschaffen.<sup>25</sup>

Die Eisen- und Stahlindustrie, das Kernstück des verstaatlichten Sektors, stellte aufgrund ihrer für den Inlandsmarkt überdimensionierten Kapazitäten, ihrer Abhängigkeit von Rohstoffen und wissenschaftlich-technischem Know-how zwangsläufig schon immer einen Hauptakteur des Internationalisierungsprozesses dar, wurde aber, da sie dank der Entwicklung des LD-Verfahrens einen Technologievorsprung aufwies und darüber hinaus eine extensive Spezialisierung („Marktnischenkonzept“) praktiziert und ausgedehnte und stabile Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern unterhalten hatte, erst nach der Krise von 1966/67 besonders hart von den negativen Auswirkungen des monopolkapitalistischen Internationalisierungsprozesses betroffen.

Ab 1967 wurde die österreichische Eisen- und Stahlindustrie, die im Vergleich zu den in Westeuropa gigantisch angewachsenen Kapazitäten nur als „Stahlzweig“ bezeichnet werden konnte, immer stärker von den monopolisti-

25 Kurt Bayer, Charakteristika der österreichischen Industriestruktur – Ein Vergleich mit der BRD, in: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 8/1978, S. 397.



schen Praktiken der westeuropäischen, im besonderen von den westdeutschen, Stahlkonzernen betroffen. Daß die Kooperationsbeziehungen zwischen den Betrieben der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie und den westdeutschen Konzernen in der Folgezeit auch immer stärker zu einer Kooperation bei Produktion und Absatz und damit zu einer De-facto-Einbeziehung und Unterordnung in die Produktionsabgrenzungen und Marktabschottungen der westdeutschen Rationalisierungsgruppen geführt hatte, ist daran abzulesen, daß der VOEST-Vorstand den seit 1964 verstärkt betriebenen Ausbau der Finalindustrie wieder zurücknahm und dem Ausbau der Hüttenproduktion und den Walzwerken Priorität einräumte.<sup>26</sup> So übernahm die VOEST AG damit letztlich die Rolle des Blechproduzenten, die ihr schon von Anfang an zgedacht gewesen war. Sie beschränkte sich in der Folge immer mehr auf die Erzeugung hochwertigster Vorprodukte und überließ die weitaus profitablere Verarbeitung vor allem den westdeutschen Stahlkonzernen. Die Unterordnung unter die österreichische Privatindustrie wurde damit immer stärker von der Unterordnung unter das ausländische Monopolkapital abgelöst.

Die Konzentration und die damit verbundene Strukturbereinigung der Eisen- und Stahlindustrie, die z. B. der gegenseitigen Konkurrenz heimischer Stahlerzeuger ein Ende bereitete, fand in den Jahren 1972 bis 1976 unter der SPÖ-Alleinregierung statt. Es entstanden im wesentlichen zwei Stahlkonzerne, nämlich die VOEST-Alpine AG, die die Linzer und die obersteirischen Werke zusammenfaßte, und die Vereinigten Edelstahlwerke AG, die im VOEST-Konzern zusammengeschlossen wurden. Die positiven Effekte, die die branchenmäßige Zusammenfassung und Konzentration für eine auf ihre „relative Eigenständigkeit“ bedachte Eisen- und Stahlindustrie gehabt hätte, wurde durch die Vertiefung und Ergänzung der privatmonopolistischen Integration in Form des Abschlusses der Freihandelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nicht zum Tragen gebracht. Die österreichische Eisen- und Stahlindustrie erhielt damit jedoch in diesen Jahren eine „integrationswürdige“ Größenordnung.<sup>27</sup>

Während die ÖVP die Unterordnung der verstaatlichten Industrie unter das ausländische Monopolkapital indirekt dadurch begünstigte, daß es ihr Erstarren und ihre Konsolidierung verhinderte, ist es das zweifelhafte Verdienst der österreichischen Sozialdemokratie, den relativ rückständigen österreichischen Kapitalismus dadurch „dynamisiert“ zu haben („Österreich wird moderner“), daß sie dem ausländischen Monopolkapital immer direktere Zugriffsmöglichkeiten auf den österreichischen Staat, auf die österreichische Innen- und Außenpolitik, bot. Der österreichische Staatsapparat wurde durch die partielle Teilnahme an der europäischen Integration noch stärker und vor allem in institutionalisierter Form zum Regulator bzw. Garanten des privatmonopolistischen Integrationsprozesses. Daß er dabei kaum „nationale Interessen“ ver-

26 Zitiert nach: Langfristige Unternehmensplanung in der VOEST, in: Die VOEST, Werkszeitung, Heft 1/1970, S. 2.

27 Scherb (1978), a.a.O., S. 283 ff.

treten konnte, sondern vielmehr einen Beitrag zur weiteren Erosion der nationalen Souveränität leisten und immer stärker zum bloßen Vollzugsorgan von externen Entscheidungen werden sollte – gehört zum Wesen des staatsmonopolistischen Integrationsprozesses.<sup>28</sup>

### 3. Aktuelle Krisenbewältigungsstrategien

#### 3.1 Staatliche Kapitalzuführungen

Im Rahmen der komplizierten Wechselbeziehungen zwischen privatem und verstaatlichtem Kapital darf letzteres, um seine Verwertungsfunktion für das Privatkapital langfristig aufrechterhalten zu können, nicht nur kleingehalten und geschwächt werden, sondern muß vielmehr einen hohen Produktivitätsstand aufweisen. Daß in Österreich gerade die ÖVP, die die politische Vertretung der privaten Kapitalfraktion wahrnimmt, die Gratwanderung zwischen Schwächung und Stärkung der verstaatlichten Industrie nicht bewerkstelligen kann, liegt vor allem in ihrer bündischen Struktur begründet. So hat sie in ihrem Wirtschaftsbund neben der eher kleinen Anzahl der österreichischen Großunternehmer<sup>29</sup> vor allem Klein- und Kleinstunternehmer, d. h. Gewerbetreibende, zu vertreten. Diese den Mittelschichten zugehörige Gruppe, die in ihrer Existenz immer stärker von den Monopolisierungstendenzen der österreichischen Wirtschaft bedroht wird, beansprucht selbst zwar ein umfangreiches Arsenal staatlicher Förderungen,<sup>30</sup> vertritt aber nichtsdestotrotz besonders offensiv eine Ideologie der freien Marktwirtschaft. Die verstaatlichte Industrie ist für sie der Inbegriff von „Staatsinterventionismus“ und „Bürokratismus“. Auch der Umstand, daß in der verstaatlichten Industrie der konzentrierteste und klassenbewußteste Teil der österreichischen Arbeiterschaft zusammengefaßt ist, trägt zu dieser Frontstellung bei.

Ihre Verbundenheit mit den österreichischen Kleinunternehmern ließ die ÖVP eine strukturkonservierende Wirtschaftspolitik, die sowohl die verstaatlichte Industrie behinderte als auch das Einströmen von Auslandskapital nicht aktiv förderte, betreiben. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß die Inangriffnahme der Reorganisation der verstaatlichten Industrie und das massive Einströmen von Auslandskapital in die Zeit der SPÖ-Alleinregierung fielen.<sup>31</sup>

28 Margarita Maximowa, *Kapitalistische Integration*, Berlin/DDR 1975.

29 Von den 6994 österreichischen Industriebetrieben haben 5675 weniger als 100 Beschäftigte, 1240 von 100 bis 1000 Beschäftigte und nur 79 mehr als 1000 Mitarbeiter. Von den rund 228 500 in Österreich existierenden Betrieben weisen 192 970 weniger als zehn Beschäftigte auf. Diese (leider ohne Jahresangabe versehenen) Angaben stammen aus: Herbert Tieber/Rudolf Spitzer, *Verstaatlichte Industrie zwischen gestern und morgen*, Wien, o. J. (1984), S. 33.

30 Es wird geschätzt, daß der Bund von 1970 bis 1983 an Hilfen für die private Wirtschaft rund 200 Milliarden Schilling ausgegeben hat. *ÖIAG-Journal*, Heft 4/1983, S. 2.

31 Die Ansiedlung eines General-Motors-Motorenwerks ist das bisher hervorstechendste realisierte Projekt dieser Politik. Siehe dazu: Kurt Bayer, *General Motors in Aspern: Grundstein einer neuen Industriepolitik?* in: Hans Abele u. a. (Hrsg.), *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik*, Wien 1982, S. 427 ff.

Die SPÖ hatte keine traditionellen Bindungen an die heimischen Kapitalfraktionen und konnte ihrer Anhängerschaft, den Arbeitern und Angestellten, die Verbesserung der Verwertungsfunktionen für inländisches, vor allem aber für ausländisches Monopolkapital mit „Modernisierung“ und „Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen“ nahebringen. Der Umstand, daß Österreich aufgrund einer Reihe von Sonderfaktoren (u. a. spezifisch österreichische Form der Sozialpartnerschaft, vergleichsweise geringer Monopolisierungsgrad und großer verstaatlichter Sektor) erst zeitvershoben und auch abgemildert von den krisenhaften Prozessen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems erfaßt worden ist, hat ihr diese Argumentation beträchtlich erleichtert.

Die unter der SPÖ-Alleinregierung begonnene Strukturverbesserung der verstaatlichten Industrie verfolgt neben der aus legitimatorischen Gründen notwendigen Arbeitsplatzsicherung vor allem den Zweck, sie für die internationalen Monopole „funktionaler“ zu gestalten. Die in Österreich besonders intensive Tätigkeit internationaler Beraterfirmen (vor allem *Booz/Allen & Hamilton International, Management Consultants*) sorgte automatisch dafür, daß bei den „Sanierungskonzepten“ nicht so sehr österreichische, dafür um so stärker „internationale“ Erfordernisse Berücksichtigung fanden.

Der Staat als Eigentümer war anfangs nur sehr zögernd bereit, die aus der langjährigen Vernachlässigung und den aktuellen Krisenprozessen resultierenden Substanzverluste durch direkte finanzielle Zuwendungen an die verstaatlichte Industrie auszugleichen. Die verstaatlichte Industrie hatte von 1970 bis 1982 95,7 Milliarden Schilling investiert und dafür bis 1979 überhaupt keine Zuschüsse ihres Eigentümers erhalten; sie hatte vielmehr zwischen 1970 und 1981 112 Milliarden Schilling an Steuern gezahlt und rund vier Milliarden als Dividenden ausgeschüttet.<sup>32</sup> Während in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen 1975 und 1983 eine Tonne Rohstahl mit durchschnittlich 750 Schilling subventioniert wurde, mußte die *VOEST AG* die Stahlkrise bis 1981 aus eigener Kraft bewältigen. Erst nach der neuerlichen Verschärfung der Krise, die den europäischen Stahlunternehmen Verluste von mehr als 80 Milliarden Schilling brachte, erhielt sie für 1981/82 eine Umstrukturierungshilfe in der Höhe von zwei Milliarden Schilling. Die besonders schwierige Situation auf dem Edelstahlmarkt und die mit der 1975 erfolgten Fusion notwendig gewordenen Produktionsabstimmungen veranlaßten die Bundesregierung, den *Vereinigten Edelstahlwerken* von 1979 bis 1982 eine Strukturhilfe in der Höhe von insgesamt fünf Milliarden Schilling zuzuführen.

Aufgrund des in Österreich im Vergleich zu den größeren kapitalistischen Industrieländern „hinterherhinkenden“ Krisenzyklus war 1983 erneut eine Kapitalzuführung notwendig geworden. Diesmal wurde von der *ÖIAG* eine umfassende Bedarfserhebung durchgeführt und eine Kapitalzuführung von 16,6 Milliarden Schilling vom Eigentümer Staat verlangt. Das Parlament genehmigte im Oktober 1983 mit den Stimmen der Regierungsparteien SPÖ und

<sup>32</sup> Herbert Tieber/Rudolf Spitzer, *Verstaatlichte Industrie. Was gesagt und verschwiegen wird*, Wien 1983, S. 19f.

FPÖ – die ÖVP hatte eine Zustimmung von einer gleichzeitigen Förderung der Landwirtschaft und Privatindustrie und einer allgemeinen „Besserung des Wirtschaftsklimas“ abhängig gemacht – diese Kapitalzuführung.<sup>33</sup>

### 3.2 Umstrukturierung und Diversifizierung

Die *VOEST-Alpine AG*, die die Umstrukturierung im wesentlichen schon bewältigt hat – so ist der Anteil der Hüttenproduktion von 64 Prozent im Jahr 1974 auf 39 Prozent im Jahr 1982 zurückgegangen –, hat mit der Kapitalzuführung von sechs Milliarden Schilling eine echte Chance erhalten, ein international konkurrenzfähiges Unternehmen zu bleiben. Die *VOEST-Alpine AG*, das „Flaggschiff“ der verstaatlichten Industrie, hat in den Jahren 1973 bis 1981 rund 24 Milliarden Schilling investiert. Zu den wesentlichen Investitionen der letzten Jahre zählen u. a.: die Errichtung eines Rohrzentrums in Kindberg/Krieglach; das Werk Donawitz erhielt eine neue Hochleistungsstraße. Im Werk Linz werden schon über 90 Prozent des Stahls in Stranggußanlagen produziert: Mit einem Anteil dieses modernen Verfahrens von 77,3 Prozent (1982) liegt Österreich noch vor der BRD und hat mit Japan gleichgezogen.<sup>34</sup>

Neben der schon erwähnten Rohrtechnik müssen unter anderem die Medizin- und Biotechnik, die Fertigung von Industrierobotern und Laserschneidemaschinen und die System- und Umwelttechnik als neue Produktionsbereiche angeführt werden. Aber auch in dem angestammten Maschinen- und Industrieanlagenbau hat es eine Reihe von Weiter- und Neuentwicklungen gegeben. Darüber hinaus ist die *VOEST-Alpine AG* schon kein reiner Produktionsbetrieb mehr; eine eigene Handelsgesellschaft sorgt für die weltweite Vermarktung der Produkte und Dienstleistungen, die vor allem im Zusammenhang mit Kompensationsgeschäften und in den Beziehungen mit Entwicklungsländern von größter Bedeutung sind. Montage- und Servicegesellschaften runden das Angebot im Dienstleistungsbereich ab.<sup>35</sup> Wie tiefgreifend der Strukturwandel gewesen ist, läßt sich daran ablesen, daß die *VOEST-Alpine AG* trotz ihres noch immer sehr großen Hüttensektors 1981 ein Drittel ihres Umsatzes mit Produktionen und Dienstleistungen erzielte, die vor zehn Jahren noch nicht im Produktionsprogramm waren.

Besorgniserregend ist jedoch im Rahmen dieser Diversifizierungsstrategie der Umstand, daß der an sich richtige und wichtige Einstieg in den Elektronikbereich in allzu enger Anlehnung an das internationale Monopolkapital vor sich geht. Die Kooperation mit *IBM* besteht im wesentlichen in der Zulieferung von Computerteilen: Technisches Know-how und Ausrüstungen für diese Fertigungen stammen vom *IBM*, Österreich ist nichts anderes als „verlängerte Werkbank“. Eine Beteiligungsgesellschaft der *VOEST-Alpine AG* und

33 Siehe dazu die Dokumentation in: Tieber/Spitzer (1984), 1984, S. 99 ff.

34 Economic Commission for Europe, *The Steel Market in Europe 1982*, New York 1983.

35 Heribert Apfalter (Gen. Direktor der *VOEST-Alpine AG*), *VOEST-Alpine: Ein Konzern ändert sein Gesicht*, in: *ÖIAG-Journal*, Heft 2/1983, S. 3 ff.

der *American Microsystems, Inc. (AMI)* produziert seit Anfang 1983 elektronische Bauteile (integrierte Schaltungen).<sup>36</sup> Da die *Siemens AG* in Villach ebenfalls ein solches Werk betreibt, bahnt sich in Österreich ein Konkurrenzkampf von zwei Firmen im Nahbereich der verstaatlichten Industrie an.

In diesem Zusammenhang muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß die *Republik Österreich* und die *ÖIAG* ein eigenes Unternehmen, die *Gesellschaft für Industrieansiedlung und industrielle Kooperation (ICD)* gegründet haben, das die Aufgabe hat, sich um Investoren aus dem Ausland zu bemühen. Zum Präsidenten dieser Gesellschaft wurde der frühere Direktor von *General Motors Austria* bestellt.<sup>37</sup> Dieser staatlich organisierte Ausverkauf Österreichs – man muß ausländischen Investoren bekannterweise einiges bieten – ist aus einer Reihe von Gründen notwendig geworden: Da auch die Befürworter der verstaatlichten Industrie der Meinung sind, daß der verstaatlichte Sektor unter keinen Umständen ausgeweitet werden soll,<sup>38</sup> und auch das heimische Privatkapital zu wenig innovativ und vor allem zu schwach ist, müssen, soll die Wirtschaftsstruktur nicht erstarren, ausländische Investoren aktiv werden.

Ob Österreich als Bananenrepublik US-amerikanischer Mikroelektronikkonzerne, um die sich die ICD besonders bemüht, eine wirtschaftliche Zukunft hat, ist höchst ungewiß. Über die jetzt schon in Österreich aktiven Investoren – 1981 waren ein Viertel aller Industriearbeitsplätze und 60 Prozent der Arbeitsplätze in der Elektroindustrie unter Auslandseinfluß – hat man inzwischen herausgefunden, daß sie zwar kurzfristig durchaus zur Lösung heimischer Arbeitsplatzprobleme beitragen, jedoch bei einem Konjunkturéinbruch wesentlich schneller mit Rationalisierungsmaßnahmen oder Produktionsverlagerungen bei der Hand sind. So haben sich zwar zwischen 1979 und 1981 die Direktinvestitionen erhöht, die Arbeitsplätze unter ausländischem Einfluß jedoch um etwa 20 000 reduziert.<sup>39</sup>

Die zweite, besonders besorgniserregende, Diversifizierungsstrategie besteht in der Forcierung des Rüstungssektors. Galt früher der Umstand, daß sich der größte Teil der Rohstahlproduktion in Händen des Staates befindet, als Garant dafür, daß sich keine nennenswerte Rüstungsproduktion etablieren konnte, so ist der verstaatlichte Sektor inzwischen zum Motor der österreichischen Rüstungsproduktion geworden. Die *VOEST-Alpine AG* gibt inzwischen zu, daß 3 bis 5 Prozent ihres Umsatzes aus dem wehrtechnischen Bereich stammen. Es darf aber angenommen werden, daß der Anteil wesentlich höher ist.<sup>40</sup> Auf diese Art und Weise versucht die verstaatlichte Industrie, an den vergleichsweise hohen Rüstungsprofiten teilzuhaben und den weiteren Verlust

36 VOEST-Alpine info, Nr. 55, S. 44 ff. (1984).

37 Wiener Zeitung vom 19. 4. 1984.

38 Siehe stellvertretend: Oskar Grünwald (Vorstandsvorsitzender und Gen.Dir. der ÖIAG), Verstaatlichung und Entstaatlichung aus österreichischer Sicht, in: Entstaatlichung, Verstaatlichung, Status quo – Europa wohin?, Baden-Baden 1982, S. 36.

39 Österreichische Nationalbank, Ausländische Direktinvestitionen in Österreich, Stand per Ende 1980 und 1981, in: Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank, Heft 12/83, S. 12 ff.

40 Diese sonst eher geheimgehaltenen Angaben stammen aus einer PR-Broschüre: Erwin H. Aglas, Die VOEST Story, Österreichisches Pressebüro 1984, S. 65 ff.



von Industriearbeitsplätzen zu verhindern. Das Arbeitsplatzargument ist sehr vordergründig und in der Zwischenzeit auch nicht mehr haltbar.<sup>41</sup> Vielmehr hat die verstaatlichte Industrie mit dem Einstieg in die Rüstungsproduktion eine weitere Form der Sicherung der ökonomischen Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems übernommen.<sup>42</sup>

Die *VOEST-Alpine AG* hat im Zuge dieser Umstrukturierungsmaßnahmen im Zeitraum 1974 bis 1982 vor allem im Hüttenbereich Arbeitsplätze verloren. Die Gesamtbeschäftigtenzahl wurde von 44 198 auf 40 035 reduziert.<sup>43</sup> Da sich die Finalbereiche in jüngster Zeit durchaus positiv entwickeln, dürfte der gegenwärtige Personalstand gehalten werden können. Bei den *Vereinigten Edelstahlwerken (VEW)* ist die Situation weitaus bedrohlicher: Trotz der Durchführung von zwei Strukturkonzepten, die im Verlauf von nur drei Jahren (1980 bis Mitte 1983) 4500 Arbeitsplätze vernichtet haben, sieht ein 3. Strukturkonzept eine Quasi-Stillegung von niederösterreichischen und steirischen Stahlstandorten und eine weitere Reduzierung um 2960 Arbeitsplätze (Beschäftigtenstand im August 1983: 13 720) vor.<sup>44</sup> Angesichts der anhaltenden besonders krisenhaften Situation auf dem internationalen Edelstahlmarkt und der hartnäckigen Strukturschwächen der österreichischen Edelstahlindustrie ist deren Zukunft höchst ungewiß.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die im *ÖIAG-Konzern* zusammengeschlossenen Betriebe trotz partieller gravierender Strukturschwächen durchaus überlebensfähig sind, ja in einigen Bereichen sogar den dynamischsten Teil der österreichischen Wirtschaft darstellen. Die Zukunft des verstaatlichten Sektors wird vor allem davon abhängen, welche Entwicklungsmöglichkeiten ihm von seinem Eigentümer, dem Staat, eingeräumt werden. Sollte er in Verwirklichung der „Doktrin von der Nichtausweitung des verstaatlichten Sektors“ die zukunftsweisenden technologieintensiven Bereiche dem Auslandskapital überlassen müssen, wird er innerhalb von wenigen Jahren an den Rand gedrängt und in seiner Existenz gefährdet sein.

### 3. 3 Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten

In der „Verstaatlichten“ zu arbeiten, bedeutete früher, eine „Lebensstellung“ zu haben oder als gesuchter Facharbeiter unter vielen (zum Teil besser bezahlten) Stellen in der Privatindustrie wählen zu können. Daß die Löhne und Gehälter in der Vergangenheit etwas über dem allgemeinen Durchschnitt lagen, hing nicht so sehr mit dem verstaatlichten Charakter der Betriebe, son-

41 Stellvertretend: Vereinte Nationen, Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Rüstungswettlaufs, Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, deutscher Text in: Militärpolitik-Dokumentation 8/1978.

42 Jörg Huffschmid (Hrsg.), Rüstungs- oder Sozialstaat?, Köln 1981, S. 174.

43 Tieber/Spitzer (1984), a.a.O., S. 40.

44 Kleine Zeitung Graz vom 25. 1. 1984; Zur Situation der VEW siehe: Hermann Fuchs, Die „VEW-Krise“ – mehr als „Strukturprobleme“ eines einzelnen Unternehmens, in: Fortschrittliche Wissenschaft, Heft 1-2/1981.

dem mit ihrer branchenmäßigen Zusammensetzung und ihrer Größe zusammen.

Die Sozialleistungen waren jedoch für ganz Österreich vorbildlich. Neben direkten finanziellen Zuwendungen in Form von Prämien, Zuschüssen für Wohnung, Heizung und Baudarlehen, innerbetrieblichen Pensionsregelungen usw. gab es viele Maßnahmen, die nicht nur das „Arbeitsleid“ senkten, sondern ganz allgemein die „Lebensqualität“ hoben. Zählten Werkskantinen, Fahrtkostenvergütungen, Arbeitskleidung, Zusatzurlaube für Schicht- und Schwerarbeit in betriebseigenen Erholungs- und Urlaubsheimen, übertarifliche Abteilungen für Schwerarbeit u. a. zu den Selbstverständlichkeiten, so gab es neben einem ausgezeichneten beruflichen Weiterbildungswesen auch viele Aktivitäten, die in den Freizeit- und Kulturbereich hineinreichten.

Daß der Staat als Eigentümer bei den Kapitalzuführungen trotz aller Arbeitsplatzsicherungsrhetorik dabei vor allem die Wiederherstellung der Verwertungsfunktion für das Privatkapital im Auge hat, ist daran abzulesen, daß diese immer stärker an die Vernichtung von Arbeitsplätzen und den Abbau von Sozialleistungen gebunden werden. Insgesamt hat der *ÖIAG-Konzern* von 1980 bis 1983 knapp 10000 Arbeitsplätze (8,5 Prozent) abgebaut, gleichzeitig jedoch den Umsatz pro Kopf um 34 Prozent gesteigert.<sup>45</sup> Obwohl die verstaatlichten Betriebe bei den Pro-Kopf-Lohnkosten bei weitem nicht führend sind – 1981 lag die *ÖMV* an der 10. Stelle, die *Chemie Linz AG* an 34., die *VOEST-Alpine AG* an 66. und die *VEW* gar erst an 118. Stelle –,<sup>46</sup> wurden als Ursache für die krisenhafte Situation immer wieder die „überzogenen“ Einkommen angeführt und die Arbeiter und Angestellten bezichtigt, auf Kosten der Allgemeinheit zu leben.

So von der „öffentlichen Meinung“ mit dem Rücken an die Wand gestellt und von einer fest in das System der Sozialpartnerschaft eingebundenen Gewerkschaftsführung vertreten, deren Spitzenvertreter z. B. als Parlamentsabgeordnete zwangsläufig auch für den Eigentümerstandpunkt Verständnis aufbringen müssen, mußten die Arbeiter und Angestellten in nahezu allen verstaatlichten Betrieben eine empfindliche Kürzung innerbetrieblich vereinbarter Sonderzahlungen und freiwilliger Sozialleistungen hinnehmen.

Die Maßnahmen reichen von der Abschaffung der Milchaktion über die Einstellung oder Reduzierung des Werksverkehrs und der Urlaubsheime bis zu Mieterhöhungen bei Werkswohnungen und Wohn- und Lehrlingsheimen. Die wohl einschneidendste Maßnahme ist jedoch die Kürzung oder der Wegfall von Erfolgs- und Produktionsprämien, die im Laufe der Jahre zu einem festen Lohnbestandteil geworden waren.<sup>47</sup> Diese Demontage sozialer Errungenschaften hat weit über die verstaatlichten Betriebe hinausreichende Auswirkungen. So hat z. B. ein privates Unternehmen der chemischen Industrie im Raum Linz sofort nach Bekanntwerden der Kürzungen der freiwilligen Sozialleistungen bei der *Chemie Linz AG* die eigenen sozialen Standards gesenkt.

45 ÖIAG, ÖIAG-Geschäftsbericht 1983, Wien (1984)

46 Tieber/Spitzer (1984), S. 46.

47 Tieber/Spitzer (1984), S. 47 ff.



Solange die verstaatlichten Betriebe eine restriktive Lohn- und Sozialpolitik praktizieren, hat auch die Privatindustrie kaum eine Veranlassung, die Löhne und Gehälter über den mageren Kollektivvertrag hinaus anzuheben.

#### 4. Verstaatlichung und alternative Wirtschaftspolitik

Wenn in diesem Beitrag vor allem davon die Rede war, daß die Funktion der verstaatlichten Industrie im Rahmen des kapitalistischen Systems in der Aufrechterhaltung der Verwertungsfunktion für das Privatkapital besteht und dafür auch am Beispiel der verstaatlichten Industrie Österreichs leider allzu viele empirische Belege gefunden werden konnten, darf daraus nicht die Forderung nach Rückgängigmachung der Verstaatlichung resultieren. Die verstaatlichte Industrie ist vielmehr – unabhängig von ihrer Inanspruchnahme durch monopolistische Verwertungsinteressen – objektiv der fortgeschrittenste Teil der österreichischen Wirtschaft, der prinzipiell die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Kontrolle durch die Produzenten eröffnet.

Sind die Gefahren der ausschließlichen Funktionalisierung der verstaatlichten Industrie für monopolistische Interessen zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch besonders groß, so sollten die Vorteile, die sie den Beschäftigten vor allem in der Vergangenheit gebracht hat, nicht übersehen werden. Neben vielen anderen positiven Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft (Produktivkraftentwicklung, hohe Forschungsintensität, Berücksichtigung regionaler Erfordernisse u. a.) war der verstaatlichte Sektor besonders nach dem massiven Konjunkturereinbruch des Jahres 1975 eine wichtige Basis der damals praktizierten staatlichen Vollbeschäftigungspolitik. Ohne „Verstaatlichte“ wäre der „Damm der Vollbeschäftigung“ noch in den siebziger Jahren geborsten und hätte für die achtziger Jahre eine beträchtliche Anzahl von Dauerarbeitslosen nach sich gezogen.

Obwohl die verstaatlichte Industrie im Rezessionsjahr 1975 einen massiven Produktionsrückgang von 9,1 Prozent zu verzeichnen hatte (Gesamtindustrie –7,4 Prozent), reagierte sie nicht mit einem Beschäftigungsabbau, sondern vielmehr mit einem leichten Anstieg von 0,3 Prozent, während die Privatindustrie 6,1 Prozent der Beschäftigten abbaute.

Insgesamt zeigte sich deutlich ein Unterschied zum unternehmerischen Verhalten der übrigen österreichischen Industrie und in noch stärkerem Ausmaß zur Industrie der BRD. Zieht man dabei die besonders starke Exportorientierung der österreichischen verstaatlichten Industrie in Betracht, so wird dieser Unterschied um so bemerkenswerter.<sup>48</sup>

Die deutlichen Produktionseinbußen wurden durch interne Kapitaltransaktionen von profitablen (vor allem Erdöl) zu „notleidenden“ Töchtern durch die ÖIAG und durch die Auflösung von Rücklagen kompensiert. Auch in den Rezessionsjahren konnte dadurch die Investitionsquote auf einem relativ ho-

48 Zu den beschäftigungswirksamen Effekten siehe: Ewald Nowotny, Verstaatlichte und private Industrie in der Rezession – Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: WISO, 2. Jahrgang, Heft 3/Mai 1979.

hem Niveau (rund 30 Prozent der gesamten Industrieinvestitionen) gehalten werden.<sup>49</sup> Daß in der verstaatlichten Industrie inzwischen ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen stattgefunden hat, hat eine Reihe von Ursachen. So sind gerade jene Produktionsbereiche, die sich in staatlichem Besitz befinden, am schwersten von den internationalen krisenhaften Prozessen betroffen. Darüber hinaus zog die dringend notwendig gewordene Umstrukturierung von zum Teil recht veralteten Produktionsanlagen und die Konsolidierung von Produktionsbereichen zwangsläufig einen Verlust von Arbeitsplätzen nach sich. Zu kritisieren ist, daß die Krisenlasten in Form von Arbeitslosigkeit und Reallohnverlusten höchst einseitig auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt wurden. Da sich der verstaatlichte Sektor nicht auf Gedeih und Verderb an kurzfristigen Profitkriterien zu orientieren hatte, wäre es durchaus möglich gewesen, im Rahmen der ÖIAG langfristig zu planen und rechtzeitig die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in Angriff zu nehmen. Der durch langjährige Unterordnung unter das in- und ausländische Kapital hervorgerufene Verlust autonomer Steuerungskapazität macht sich hier schmerzlich bemerkbar. Dazu kommt noch, daß sich inzwischen auch das allgemeine wirtschaftspolitische Klima zuungunsten einer Vollbeschäftigungspolitik gewendet hat. Es mehren sich die Anzeichen, daß die Zeiten „kompensatorischer staatlicher Ausgabenpolitik“ im wesentlichen vorbei sind und nun auch in Österreich angebotsorientierte wirtschaftspolitische Maßnahmen viel stärker als bisher eingesetzt werden.

Der prinzipielle Fortschritt, den die verstaatlichte Industrie darstellt, wird auch durch Rückschläge im Zuge zeitweiliger Veränderungen des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses nicht geändert. Soll das beträchtliche „Startkapital“, das sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt für alternative Formen der Wirtschaftspolitik noch darstellt, nicht „auf kaltem Weg“ an das ausländische Monopolkapital verspielt werden, muß ihre Erhaltung, ja Stärkung zu einer der zentralen Forderungen der österreichischen Arbeiterklasse werden.

Eine schlagkräftige und zukunftsorientierte verstaatlichte Industrie, die gegenüber dem Auslandskapital weitgehend unabhängig ist, könnte es sich im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik<sup>50</sup> durchaus „leisten“, beschäftigungspolitische, regionalpolitische und einkommenswirksame Maßnahmen zu setzen.

Die Stellung der verstaatlichten Industrie im Gefüge der österreichischen Gesamtwirtschaft und die effektive Mitbestimmung der in ihr manuell und geistig Tätigen wird einen sensiblen Gradmesser für die Veränderungen des politischen Kräfteverhältnisses in Österreich darstellen.

49 Hermann Kepplinger, Verstaatlichte Industrie als Instrument des Staatsinterventionismus, in: *Fortschrittliche Wissenschaft*, Nr. 1-2/1981, S. 40.

50 Jörg Huffscheid, Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung? in: *Alternative Wirtschaftspolitik, Argument-Sonderband 35*, Westberlin 1979.

## Der dritte „Kapital“-Entwurf von 1863–1865

### Ein Überblick vor der Veröffentlichung

*Irina K. Antonowa/Winfried Schwarz/Alexander Tschepurenko*

*1. Die komplizierte Reihenfolge der Manuskriptteile – 2. Das „Sechste Kapitel“ als Teil des ersten Buchs – 3. Die erste Skizze über den Zirkulationsprozeß – 4. Das „Hauptmanuskript“ des III. Buches vor der Redaktion durch Engels*

Spätestens seit der internationalen Debatte über die „Grundrisse“, den ersten „Kapital“-Entwurf von Marx, ist unter marxistischen Philosophen, Wissenschaftstheoretikern und Ökonomen unumstritten, daß gerade die Vorarbeiten zum „Kapital“ großen Erkenntnisgewinn vermitteln können. Die Vorgeschichte des „Kapitals“ vollzieht sich verdichtet über die drei Gesamtentwürfe von 1857–58, von 1861–63 und von 1863–65. Sie beleuchten nicht nur die ökonomische Theorie neu, sondern jene Vorarbeiten erlauben durch ihre jeweiligen Unterschiede voneinander, d. h. gerade aufgrund ihres Entwurfscharakters, auch einen tieferen Einblick in die innere Notwendigkeit der Darstellung des „Kapitals“. Folglich bewahren sie die marxistische Methodologiedebatte – mit ihren Streitfragen wie „Dialektik im ‚Kapital‘“, „Abstraktes und Konkretes“, „Logisches und Historisches“ – vor der Gefahr der Sterilität, die der Umstand in sich birgt, daß jahrzehntelang die gleichen, seit 1894 vollständig veröffentlichten drei Bücher den Hauptstoff für Untersuchungen abgaben. In der folgenden kurzen Erstvorstellung des letzten ökonomischen Gesamtmanuskripts vor der Publikation des Ersten Buches 1867, des Entwurfs von 1863–65, werden wir besonders auf wichtige Abweichungen gegenüber früheren Fassungen und gegenüber der Endfassung des „Kapitals“ eingehen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die „Grundrisse“-Debatte wurde Ende der sechziger Jahre in der BRD ausgelöst, lief allerdings in den siebziger Jahren aus. Im Gegensatz dazu wurde dieser erste Entwurf in Zusammenhang mit der Herausgabe der neuen MEGA in den sozialistischen Ländern seitdem verstärkt diskutiert. In Frankreich scheint gegenwärtig die Neuveröffentlichung einiger Vorarbeiten, besonders der „Grundrisse“, die Diskussion zu beleben. Vgl. dazu: Marc Sagnol, Des „Grundrisse“ au „Capital“. Sur la modification du plan du Capital, in: La Pensée No. 228, 1982, S. 17–28.

## 1. Die komplizierte Reihenfolge der Manuskriptteile

Im Sommer 1863 war endgültig die viergliedrige Struktur der ökonomischen Arbeit von *Marx* konzipiert: die ersten drei Bücher als theoretischer Teil, das vierte Buch als Geschichte der Theorien. Sofort nach Abschluß der Arbeit am Manuskript 1861–63<sup>2</sup> ging *Marx* daran, auf der Grundlage dieses Entwurfs die ersten drei Bücher in systematischer Form niederzuschreiben. Überliefert sind: „Sechstes Kapitel. Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“, von *Marx* paginiert von S. 441 bis S. 495 sowie einzelne nicht zusammenhängende Seiten zu Buch I;<sup>3</sup> das sogenannte „Manuskript I“ von Buch II, von *Marx* mit den Seitenzahlen 1 bis 149 versehen;<sup>4</sup> das Manuskript des Buchs III, von *Marx* paginiert von S. 1 bis S. 527 und von unbekannter Hand von S. 528 bis S. 575.<sup>5</sup>

Im Unterschied zu den ersten beiden „Kapital“-Entwürfen sind die genannten Manuskripte sämtlich ohne Datierung durch den Autor. Bisher gab es in der Forschung jedoch allgemeine Übereinstimmung darüber, daß *Marx* in den Jahren 1863 bis 1865 nacheinander die Bücher I, II und III verfaßt hat und anschließend dazu übergang, 1866 das erste Buch für den Druck fertigzustellen, wozu ihm die nicht erhaltenen ersten fünf Kapitel jenes Entwurfs als Überarbeitungsgrundlage dienten. Erst vor relativ kurzer Zeit erschien ein Aufsatz von *Igor Boldyrew*,<sup>6</sup> der den Versuch unternahm, den Arbeitsverlauf von *Marx* im fraglichen Zeitraum neu zu rekonstruieren. Der Autor machte zu Recht auf Ungereimtheiten in einer Reihe von Arbeiten aufmerksam und kam zu dem Schluß, daß das einzige Manuskript, das *Marx* 1863–65 schuf, das Buch III war, mit dem er folglich auch die Arbeit am dritten Entwurf begann. Ein neues Manuskript des I. Buches – so *Boldyrew* – habe *Marx* in diesem Zeitraum weder geplant noch realisiert, da er die Behandlung des Produktionsprozesses im Manuskript 1861–63 als ausreichende Quelle für die 1866 durchgeführte Druckvorbereitung betrachtet habe. „Von daher ist klar, daß der Schwerpunkt der Arbeit von *Marx* im Untersuchungszeitraum in erster Linie auf Problemen des III. Buchs des ‚Kapitals‘ lag.“<sup>7</sup>

Zweifellos glaubte *Marx*, als er die Arbeit am Manuskript 1861–63 beendete, daß das Material schon zur Veröffentlichung reif sei, und zwar „bis zum

2 Inzwischen ist der gesamte Text in der neuen MEGA publiziert. Vgl. dazu den Kommentarband „Der zweite Entwurf des ‚Kapitals‘“, Berlin 1983, sowie: Manfred Müller/Wolfgang Fokke, Ein bisher unveröffentlichter Marx-Text liegt vor, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M. 1983, S. 356–366; ferner: Produktivkräfte, Maschinensystem, Charakter der Arbeit, Lage der Arbeiter, Internationales Kolloquium zur Marx-Engels-Forschung am 10. Dezember 1983 in Hannover, hrsg. von der Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal o. J. (1984).

3 Veröffentlicht 1933 in Originalsprache in: Archiv Marks a i Engelsa, t. II (VII), Moskau 1933. Nachdruck 1969 in Frankfurt am Main.

4 In Originalsprache bisher nicht publiziert. Auf russisch in Band 49 der Werkausgabe, Moskau 1974, S. 234–330.

5 Der Originaltext (noch nicht veröffentlicht) diente Engels als Grundlage der Herausgabe in den Jahren 1885–1894. Siehe dazu Vorwort von Engels, in: MEW Bd. 25, S. 8–15.

6 Igor Boldyrew, Die Arbeit von Karl Marx am „Kapital“ 1863–1867, in: Voprosy ekonomiki, Moskau 1980, Heft 2 (russ.).

7 Ebenda, S. 24.

Reinschreiben und der letzten Feilung für den Druck".<sup>8</sup> Indessen sind solche Fehlprognosen, was Termine angeht, bei *Marx* keine Seltenheit. Sie hängen mit seiner unglaublichen Akribie in der Bearbeitung des Stoffs zusammen. Dennoch besticht die von *Boldyrew* vorgeschlagene Lösung auf den ersten Blick durch ihre Eleganz: Um die vermißten ersten fünf Kapitel des ersten Buchs von 1863/64 braucht sich die Forschung keine Gedanken zu machen. Es gibt sie nicht. Das überlieferte „Sechste Kapitel“ sieht *Boldyrew* als den nicht gedruckten Schluß der 1866 formulierten Reinschrift an, in Anschluß an welche *Marx* das „Manuskript I“ des Buchs II niederschrieb.<sup>9</sup>

*Boldyrews* Hypothesen, so intuitiv sie auch erscheinen, waren in dieser zugespitzten Form eine Herausforderung an die Marxforschung der UdSSR und DDR, zumal die bevorstehende Veröffentlichung der Manuskripte in der ME-GA (II. Abteilung, Bände 4.1 und 4.2) wegen des chronologischen Prinzips maximale Sicherheit über die Entstehungszeiten verlangt. Die ungenügende Begründung der bislang allgemein geteilten Ansichten wurde plötzlich offenkundig. Daher ging von diesem Aufsatz ein starker Impuls für eine vertiefte Forschung, vor allem am Moskauer IML, aus, in deren Verlauf nun nicht einfach die alten Positionen wieder bekräftigt wurden, sondern ganz neue Erkenntnisse über die wirkliche Reihenfolge der Manuskripte entstanden.

Das einsetzende erneute Studium des Briefwechsels von *Marx* zeigte zwar, daß bereits im August 1863 die Arbeit an einem neuen Manuskript im vollen Gange war (*Marx* am 15. 8. 1863 an *Engels*), und ließ auch kaum einen Zweifel daran, daß die Anfang 1866 zum Abschreiben für den Druck vorliegenden „an 1200 Seiten Manuskript“<sup>10</sup> einen Gesamtentwurf aller drei Bücher bildeten. Allerdings lassen die Briefe die Frage nach der Reihenfolge dieser Bücher unbeantwortet. Zur Lösung mußte man sich den Originalmanuskripten selbst zuwenden, um alle in ihnen enthaltenen wechselseitigen Bezüge und Hinweise der drei Bücher untereinander zu analysieren. Hier die Hauptresultate:

1. Die im „Sechsten Kapitel“ vorkommenden wenigen Bezüge auf das zweite und dritte Buch erlauben in ihren Formulierungen nicht den eindeutigen Schluß, daß die anvisierten Kapitel tatsächlich noch ungeschrieben sind. Indessen lassen umgekehrt die zwei Rückverweise im „Manuskript I“ des II. Buchs auf das „Sechste Kapitel“ keinen Zweifel daran, daß das „Sechste Kapitel“ schon vorliegt – so exakt werden zwei Stellen aus diesem Kapitel rekapituliert.<sup>11</sup>

2. Den Schlüssel für die Reihenfolge von „Sechstem Kapitel“ und „Manuskript I“ gegenüber Buch III finden wir ebenfalls im „Manuskript I“, und zwar in seinen Vorverweisen auf das dritte Buch: Ausnahmslos entsprechen alle rund zehn Verweise dem damals in *Marxens* Kopf möglicherweise vor-

8 *Marx* an L. Kugelmann, 28. 12. 1862, in: MEW Bd. 30, S. 639.

9 In der DDR kam Joachim Conrad zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Siehe ders., In welchen Etappen entstand das Manuskript des Hauptwerks von Karl Marx?, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Berlin 1980, Heft 6, S. 165–176.

10 *Marx* an Johann Philipp Becker, um den 13. Januar 1866, in: MEW Bd. 31, S. 492. Die Addition der nummerierten Seiten der drei Manuskriptteile ergibt übrigens die Zahl 1219 (!).

11 Es handelt sich um zwei Rückblicke auf S. 4 und 136 in Manuskript.

handenen Plan, „stimmen aber nicht mit der realen Struktur des III. Buches in dessen zweiter Hälfte überein“. <sup>12</sup> Erstens verweist *Marx* auf das VII. Kapitel des III. Buches über die „Refluxbewegungen des Geldes“. Ein solcher Abschnitt steht sowohl im ökonomischen Manuskript von 1861–63 als auch im Planentwurf von Januar 1863. Im wirklichen Text des III. Buches hat *Marx* aber darauf verzichtet. Zweitens wird das zinstragende Kapital dem Kapitel IV zugewiesen, wohin es zwar laut Planentwurf von 1863 und sogar noch in der Kapitelüberschrift auf S. 243 von Buch III plaziert werden sollte. Doch wurde im Laufe der Niederschrift dieses Kapitel in „Kaufmännisches Kapital“ (IV.) und „Zinstragendes Kapital“ (V.) aufgeteilt. Diese und andere Vorverweise auf das III. Buch beweisen durch ihre Nichtübereinstimmung mit dem Text, daß dieser Text noch nicht vorlag.

Beweist dies, daß das III. Buch bei der Niederschrift von „Manuskript I“ noch nicht verfaßt war? Nur teilweise. Erlaubt ist strenggenommen nur die Schlußfolgerung, daß „Manuskript I“ vor der Teilung des IV. Kapitels des III. Buches in IV und V geschrieben wurde. Über die ersten drei Kapitel von Buch III ist noch nichts gesagt. Im II. Kapitel des III. Buchs findet sich auf S. 164 folgende für unsere Frage aufschlußreiche Bemerkung: „Man erinnert sich aus dem Buch II, daß hier in der Zirkulationszeit die Produktionszeit eingeschlossen ist, indem jede Phase worin sich das Kapital befindet von der Verwandlung des Gelds in die stofflichen Elemente des Kapitals bis zur Rückverwandlung des Produkts in Geld (...) eine Phase seiner Gesamtzirkulation oder seines Umschlags bildet. Wie weit die Zirkulationszeit auf die Profitrate einwirkt, Frage auf die wir hier nicht im Detail eingehen wollen (da Buch II noch nicht geschrieben, worin dies ex professo erörtert wird).“

Es gibt keinen Grund, an diesen Worten zu zweifeln. Somit wurde das Manuskript des II. Buchs erst nach der Niederschrift des zweiten Kapitels des III. Buchs verfaßt. Ganz exakt einordnen läßt sich die Unterbrechung der Arbeit am III. Buch aus verständlichen Gründen natürlich nicht. Immerhin gelang *Teinosuke Otani*, einem Forscher aus Japan, der die Arbeit der Moskauer Wissenschaftler fortsetzte, recht überzeugend eine Eingrenzung in die Phase zwischen den Seiten 182 bis 243, d.h. zwischen der Mitte des Kapitels über den Durchschnittsprofit und dem Abschluß des Kapitels über den Fall der Profitrate. <sup>13</sup>

Es gibt auch eine innere Logik, ausgerechnet bei der Profitrate bzw. vor dem Kaufmannskapital auf den Zirkulationsprozeß einzugehen. Denn auf die Profitrate wirkt die Dauer des Umschlags ein, und zwar in der Art, daß jene durch die reine Zirkulationszeit vermindert wird. Tatsächlich findet sich im Manuskript des ersten Kapitels von Buch III nur der Titel über die Wirkung

12 L. Miskewitsch/M. Ternowski/A. Tschepurenko/W. Wygodski: Zur Periodisierung der Arbeit von Karl Marx am „Kapital“ in den Jahren 1863 bis 1867, in: Marx-Engels-Jahrbuch 5, Berlin 1982, S. 300. Dort werden auch sog. „mögliche Pläne“ zum I. und III. Buch rekonstruiert (S. 299–301).

13 Teinosuke Otani, Zur Datierung der Arbeit von Karl Marx am II. und III. Buch des Kapital, in: International Review of Social History, Vol. XXVIII (1983), Part I, Amsterdam 1983, S. 91–104.

des Umschlags auf die Profitrate vor, so daß *Engels* bei der Herausgabe dieses Buchs gezwungen war, den Text selbst auszuarbeiten.<sup>14</sup>

Die Reihenfolge der Arbeit von *Marx* an den Manuskripten ist viel komplizierter, als vor dem Artikel *Boldyrews* angenommen worden war. Sie sieht folgendermaßen aus: In der zweiten Julihälfte oder ersten Augushälfte des Jahres 1863 nahm *Marx* das erste Buch in Angriff. Das ergibt sich daraus, daß das „Sechste Kapitel“ des Buchs I, wie festgestellt wurde, und – wie noch gezeigt wird – folglich auch die vorausgehenden fünf Kapitel geschrieben waren vor der Arbeit am II. und III. Buch. Annähernd Ende 1864 nahm *Marx* die Arbeit am III. Buch auf.<sup>15</sup> In der ersten Hälfte 1865 unterbrach er diese Arbeit noch vor dem IV. Kapitel, um das II. Buch zu schreiben. Die Arbeit am III. Buch dauerte mindestens bis zum Ende des Jahres 1865.

Die oben zusammengefaßte Analyse der wechselseitigen Bezüge innerhalb der Manuskripte wird durch eine neue Studie von *Witali Wygodski* über den Marxschen Vortrag „Lohn, Preis und Profit“ zusätzlich bestätigt.<sup>16</sup> Dem Autor war im Rahmen der Arbeit aufgefallen, daß *Marx* in jenem im Mai/Juni 1865 geschriebenen Vortrag ausschließlich den Begriff „Arbeitskraft“ gebraucht, „wogegen in allen vorhergehenden ökonomischen Manuskripten der Terminus ‚Arbeitsvermögen‘ überwog“.<sup>17</sup> Die Nachprüfung der Häufigkeit der jeweiligen Bezeichnungen erbrachte ein überraschendes Resultat: Im „Sechsten Kapitel“ kommt 148mal „Arbeitsvermögen“, aber nur 9mal „Arbeitskraft“ vor. Im „Manuskript I“ und den ersten fünf Kapiteln von Buch III werden beide Formulierungen ungefähr gleich oft verwendet. Nach der Arbeit am Vortrag blieb *Marx* endgültig beim Terminus „Arbeitskraft“: Die nach Oktober 1865 geschriebenen beiden letzten Kapitel des III. Buchs enthalten ausschließlich, nämlich 53mal, diese Formulierung.<sup>18</sup>

## 2. Das „Sechste Kapitel“ als Teil des ersten Buchs

Obwohl das „Resultat des Produktionsprozesses“ als Bestandteil der Struktur des I. Buchs erstmals im Planentwurf vom Januar 1863<sup>19</sup> formell benannt wurde, war die gemeinte Problematik für *Marx* schon lange von Interesse. In den „Grundrissen“ führt er die drei objektiven Ergebnisse an, in welche der Produktionsprozeß mündet: Ware, Mehrwert und Reproduktion des ganzen kapitalistischen Verhältnisses.<sup>20</sup> Diesen drei Elementen entspricht auch die in-

14 Vgl. *Engels'* Vorwort zum dritten Buch des „Kapital“, op. cit., S. 12. Die vier Autoren (s. Anm. 12) stellen die These auf, daß das III. Buch nicht mit dem ersten, sondern dem zweiten Kapitel begann, zumal das Manuskript des 2. Kapitels provisorisch von „a“ bis „l“ von *Marx* durchpaginiert wurde (a. a. O., S. 307). Die vorfindliche Numerierung von Seite 155–202 sei erst vorgenommen worden, als der Seitenumfang des ersten Kapitels feststand – also nachher.

15 Im ersten Kapitel, auf Manuskriptseite 135, notiert *Marx*: „... jetzt October '64 neue Krise“.

16 *Witali Wygodski*, Der Platz des Manuskripts „Lohn, Preis und Profit“ im ökonomischen Nachlaß von Karl *Marx*, in: *Marx-Engels-Jahrbuch* 6, Berlin 1983, S. 211–227.

17 Ebenda, S. 220.

18 Ebenda.

19 MEGA II/3.5, S. 1862.

20 Siehe MEGA II/1.2, S. 317, 367, 370; II/2, S. 278, 283; II/3.4, S. 1302–1303, 1505.



nerer Struktur des „Sechsten Kapitels. Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“.

Die Eigentümlichkeit des Kapitels besteht darin, daß drei Komplexe einem einzigen analytischen Hauptzweck untergeordnet werden, nämlich der dialektischen Wechselwirkung zwischen Resultats- und Voraussetzungseigenschaft. Es sollen nicht nur die Endergebnisse des Produktionsprozesses analysiert werden, sondern sie sollen mit sich selbst als Voraussetzungen dieses Produktionsprozesses verglichen werden, damit die spezifisch neuen Züge hervortreten. Eine zweite Aufgabe des Kapitels besteht darin, „den Übergang zum zweiten Buch“ zu bilden (S. 441). Diese Rolle hat der Abschnitt über die Ware zu übernehmen.

Wir setzen es nunmehr als gesichert voraus, daß das „Sechste Kapitel“ im Jahr 1864 geschrieben wurde. Welche Anhaltspunkte gibt es dafür, daß ihm fünf Kapitel als neues Manuskript des I. Buchs vorausgingen, und wie weit lassen sich diese Kapitel rekonstruieren?

*Erstens:* Die Originalseiten 441 bis 495 sind in einer weichen Papiermappe erhalten, die von *Marx* mit „Erstes Buch. Produktionsprozeß des Kapitals“ beschriftet ist. Nicht nur diese Überschrift deutet darauf hin, daß das „Sechste Kapitel“ Teil des I. Buches war, sondern die von den einliegenden Blättern erzeugten Umschlagsknicke sind so weit voneinander entfernt, daß sie unmöglich nur von den überlieferten Seiten 441 bis 495 herrühren können, sondern von ungefähr 500 derartigen Seiten stammen müssen, die einstmals von der Mappe umschlossen wurden – mit anderen Worten: In ihr befanden sich auch die nicht erhaltenen ersten fünf Kapitel (S. 1 bis 440). Zu erwähnen ist auch noch, daß von den überlieferten einzelnen Seiten 24/25 und 96–99 aus früheren Kapiteln das Papier Wasserzeichen mit der Jahreszahl 1863 trägt und sich auf den Manuskriptseiten des „Sechsten Kapitels“ das Wasserzeichen „1864“ befindet.

*Zweitens:* Das „Sechste Kapitel“ selbst enthält ebenso wie das „Manuskript I“ und die Handschrift des III. Buchs so viele klare Hinweise auf die Inhalte der Kapitel des ersten Buchs, daß die Annahme auszuschließen ist, sie seien ungeschrieben gewesen.<sup>21</sup>

Folgende grobe Kapitelgliederung läßt sich aus den Rückbezügen erschließen: Bei Ware und Geld verweist *Marx* auf das erste Heft „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ (1859). Daher ist das I. Kapitel die Verwandlung von Geld in Kapital. Es folgen: II. Absoluter Mehrwert; III. Relativer Mehrwert; IV. Weitere Untersuchungen über absoluten und relativen Mehrwert (einschließlich Verwandlung von Wert des Arbeitsvermögens in Wert der Arbeit); V. Akkumulation (mit ursprünglicher Akkumulation als V, 2) und schließlich VI. Resultate.<sup>22</sup>

Das Manuskript des ersten Buchs folgt im großen und ganzen dem schon

21 Verweise im „Sechsten Kapitel“ auf S. 441, 444, 455, 458, 467, 471, 472; im „Manuskript I“ auf S. 65, 114, 120, 122, 130, 137; im Manuskript zu Buch III auf S. 37.

22 Vgl. L. Miskewitsch u. a., a. a. O., S. 299/300. U. E. plante *Marx* die Hereinnahme von Ware und Geld als Anfangskapitel I ins erste Buch schon seit dem ersten Kapitel des III. Buchs (1864), weil er dort das „Sechste Kapitel“ mit „ch. VII“ bezeichnet.

erwähnten Planentwurf von 1863, wo die Grundzüge fixiert wurden. Das einschränkende „im großen und ganzen“ ergibt sich aus der textologischen Analyse. Dabei geht es um folgendes: Im Verlauf der Arbeit am „Sechsten Kapitel“ hat *Marx* hierher aus dem vorhergehenden Teil die Seiten 96 bis 107 einbezogen (und sie in 469a bis 469m unnummeriert). Dieses Material ist „6. Der unmittelbare Produktionsprozeß“ betitelt. Das Thema fehlte im Planentwurf von 1863, war aber im Manuskript von 1861–63 behandelt, und zwar im ersten Abschnitt „Verwandlung von Geld in Kapital“. Unter der Überschrift „Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß (kapitalistischer Produktionsprozeß)“ und in den Zusätzen dazu<sup>23</sup> brachte *Marx* die Überlegungen, die er im Manuskript von 1863/64 fast wörtlich wiederholte. Überhaupt äußert sich der inhaltliche Zusammenhang zwischen den beiden Manuskripten an mehreren direkten Übertragungen aus dem 2. „Kapital“-Entwurf. Daraus ist zu schließen, daß die Niederschrift des gesamten ersten Buchs nicht exakt dem Planentwurf vom Januar 1863 folgte, sondern sich stärker an der vorhandenen Struktur des Manuskripts 1861–63 orientierte.

Das „Sechste Kapitel“ wurde von *Marx* in die endgültige Fassung des ersten Buchs nicht einbezogen. Statt dessen findet sich am Schluß der ersten Ausgabe von 1867 nur ein seinen Inhalt zusammenfassender Absatz.<sup>24</sup> Und selbst diesen hat *Marx* in der zweiten Ausgabe des ersten Bandes (1872) gestrichen. Versuchen wir nun, den Hauptinhalt des Kapitels nachzuvollziehen, um seinen Platz in der Struktur des „Kapitals“ zu bestimmen und eine Antwort darauf zu finden, warum *Marx* die „Resultate“ nicht publizierte.

Die Untersuchung beginnt mit der Ware als Produkt des Kapitals (S. 441–458); allerdings nur „der Bequemlichkeit wegen“, da diese Rubrik als „Übergang zum zweiten Buch“ an sich „zuletzt, nicht zuerst zu stellen“ ist.<sup>25</sup> Die Darlegung ist kein einheitliches Ganzes, weil *Marx* zwei verschiedene Probleme zusammenfaßt. Erstens die Ware als Voraussetzung und Resultat der kapitalistischen Produktion – historisch und logisch. Zweitens die Verwandlung der Ware als Warenmasse und Träger des Kapitals in Geld, wobei Zusammenhänge des Warenpreises mit der Produktivkraft der Arbeit und mit der Mehrwertrate und -masse behandelt werden und die Einzelpreisbildung auf Grundlage des Gesamtpreises der Warenmasse betrachtet wird.

Es ist zu vermuten, daß die zweite Aufgabe im Laufe der Arbeit für *Marx* an Bedeutung zunahm. Dafür spricht, daß er mitten in der Beschäftigung mit den Warenpreisen einen neuen Anfang mit stärkerem Akzent auf der Realisierungsproblematik versucht: „*Waren* aber ... sind ihrer *Form* ... nach betrachtet, *unvollständige Resultate*. Sie haben erst gewisse Formverwandlungen durchzumachen – sie müssen in den Austauschprozess wieder eingehn ..., bevor sie als Reichtum ... wieder funktionieren können.“<sup>26</sup> Die bis dahin behan-

23 Siehe MEGA II/3.1, S. 82–92, 125–126, 128–135; II/3.2, S. 609–613.

24 MEGA II/5, S. 619.

25 Manuskriptseite 441.

26 Ebenda, S. 454. Bei der Neuveröffentlichung in MEGA II/4.1 wird das Manuskript in seiner Struktur entsprechend dem Original wiedergegeben, damit im Unterschied zu der umgruppierten Ausgabe von 1933 bzw. 1969 der Marxsche Forschungsprozeß klarer wird.

delten Probleme offenbarten ihre enge Zugehörigkeit zum Zirkulationsprozeß, so daß nunmehr dieser Übergangscharakter zu Buch II gleich in der Einleitung hervorgehoben werden soll.

Das zweite Problem des Kapitels ist der Mehrwert als Resultat des Produktionsprozesses (S. 459–492). Die spezifische Betrachtungsweise des ganzen Kapitels, nämlich der Vergleich zwischen Voraussetzung und Resultat, gilt auch hier.<sup>27</sup> So analysiert *Marx* unter den Begriffen formale und reale Subsumtion der Arbeit unter das Kapital den stofflichen Arbeitsprozeß, wie er im Resultat der Produktion von Mehrwert ein anderer ist, als er als Voraussetzung war, d. h., wie das Kapital im Resultat des historischen Prozesses die vorausgesetzte Produktionsform zu einer ihm adäquaten spezifischen Produktionsweise real umgestaltet. Im Manuskript 1861–63 hatte diese Problematik noch keinen stabilen Platz. Zuerst kam sie dort im Rahmen der Einheit des Arbeits- und Verwertungsprozesses vor.<sup>28</sup> Und auf der Grundlage des Planentwurfs von 1863 befaßte sich *Marx* damit nochmals nach dem absoluten und relativen Mehrwert.<sup>29</sup> Im „Sechsten Kapitel“ werden diese beiden Aspekte der Analyse vereinigt. Dabei dient die Betrachtung aus dem zweiten Manuskript als Materialgrundlage für die sozial-historische Analyse der beiden Formen der Subsumtion.

Die Dialektik von Voraussetzung und Resultat ist auch im dritten Teil, der Reproduktion des kapitalistischen Verhältnisses, Untersuchungsgegenstand (S. 492–495). Und zwar hier besonders als Dialektik zwischen Wesen und Erscheinung: Unter dem „betrügenden Schein“ des gleichberechtigten Austauschs zwischen zwei Warenbesitzern wird beständig das Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters vom Kapitalisten erneuert. Bekanntlich betrachtete *Marx* schon in den „Grundrissen“ die Reproduktion des Verhältnisses als das Hauptresultat des Produktionsprozesses.

Die Arbeit an diesem Abschnitt verlief in zwei Etappen. Nach drei Seiten Text entwirft *Marx* einen Neubeginn (S. 495), der sich allerdings auf einen Absatz beschränkt, mit dem das Manuskript dann abbricht. Wichtig ist aber, daß *Marx* hier zur früheren Fassung des Namens des ganzen Kapitels, nämlich „Resultat des unmittelbaren Produktionsprozesses“ zurückkam und daß er dieses Resultat auf die Reproduktion des Verhältnisses begrenzte.<sup>30</sup> Dieser, als ein solcher hier unterstellter, völlige Neuanfang des „Sechsten Kapitels“

27 Dies sei betont, weil die Wechselwirkung zwischen Voraussetzung und Resultat in diesem Punkt von W. Schwarz in seinem Buch „Vom ‚Rohentwurf‘ zum ‚Kapital‘“, Westberlin 1978, S. 213, nicht gesehen wird, was zur Abwertung der methodischen Konsistenz des „Sechsten Kapitels“ führen muß. Vgl. dazu I. K. Antonowa, Der Platz des Sechsten Kapitels „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“ in der Struktur des „Kapitals“, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Berlin 1982, Heft 11, S. 70/71.

28 Siehe MEGA II/3.1, S. 82–82. Damit wird die Einbeziehung der Seiten 96–107 aus dem Manuskript des Buchs I hierher klar.

29 MEGA II/3.6, S. 2126–2159.

30 Diese Eigentümlichkeit der Marxschen Methode, am Ende eines Manuskripts einen Neuanfang auf neuer Bearbeitungsstufe des Materials zu entwerfen, ist auch in anderen Manuskripten zu finden. Z. B. der Neuanfang über den Wert am Schluß der „Grundrisse“. Siehe MEGA II/1.2, S. 740–743.

an dessen Ende (mit der Präzisierung seiner Problematik und Struktur) ergibt sich aus dem Rohentwurfscharakter des im Unterschied zu den vorausgehenden Teilen erstmalig niedergeschriebenen Kapitels.<sup>31</sup> Im Grunde geht es primär nicht darum, warum dieses Kapitel ins erste Buch nicht einbezogen wurde, sondern warum *Marx* auf seine weitere Ausarbeitung verzichtet hat; zumal gerade dieses Kapitel in engster theoretischer Verbindung zur „ursprünglichen Akkumulation“ steht, womit der vorausgehende Teil abschließt: Wie die ursprüngliche Akkumulation die historische *Produktion* der Trennung von Arbeiter und Produktionsmittel ist, so könnte jetzt betrachtet werden, wie sich diese soziale Trennung beständig *reproduziert*.

In den folgenden Fassungen des ersten Buchs gibt es aber weder ein selbständiges Kapitel über dieses „Resultat“, geschweige denn über alle drei Resultate. Wichtig ist allerdings zu betonen, daß die Fragestellungen als solche nicht preisgegeben wurden, wenngleich die Dialektik zwischen Voraussetzung und Resultat nicht mehr die Drehscheibe der Analyse ist. So werden formelle und reelle Subsumtion im „Kapital“ auf die drei Mehrwertabschnitte verteilt. Ebenso legitim ist die Unterbringung der Reproduktion des Verhältnisses im Akkumulationsabschnitt, der bekanntlich Reproduktion auf einfacher und erweiterter Stufenleiter zum Thema hat. Bleibt die Ware als Produkt des Kapitals. Unter diesem Titel waren zum größten Teil Fragen behandelt worden, die in den Zirkulationsprozeß und damit ins II. Buch gehörten. Daß die Ware in ihrer Eigenschaft als mehrwerttragende Warenmasse, die das Übergangsmoment zum nächsten Buch bildet, als einziger Punkt des „Sechsten Kapitels“ sich im „Kapital“ nicht mehr wiederfindet, hängt wohl mit der neuen Betrachtungsweise des Übergangs zusammen, auf deren Gründe wir hier leider nicht eingehen können.

Die verbreitetste Hypothese darüber, warum *Marx* von der Aufnahme des selbständigen Kapitels über die Resultate in den ersten Band Abstand nahm, besteht darin, daß es als Übergangskapitel wegfallen mußte, nachdem klar war, daß das erste und zweite Buch nicht gleichzeitig erscheinen würden und sich *Marx* schließlich mit einer längeren Verzögerung des II. Buchs abfand. Letzterer Umstand habe ihn zur Streichung des überleitenden Schlußabsatzes für die zweite Auflage des ersten Buchs veranlaßt. Uns ist klar, daß damit nur das äußere Motiv für den Wegfall des „Sechsten Kapitels“ bezeichnet wird. Wir wollen aber hier keine neue Hypothese über „innere“ Beweggründe aufstellen, sondern zugeben, daß es hier noch offene Fragen gibt.

Zum Schluß kommen wir zur Ware als Produkt des Kapitals, indem wir fragen, was *Marx* damals positiv unter „Übergang zum zweiten Buch“ verstand. Der Übergangsgedanke besteht u. E. aus zwei Teilen: Erstens muß das Produkt des Kapitals als *Ware* in die Zirkulation eingehen. Zweitens: Als *Produkt des Kapitals* verwandelt die Ware ihren Zirkulationsprozeß in einen Zirkulationsprozeß von Kapital. Gerade das begründet die Ware als Produkt des Ka-

31 Der Entwurfscharakter der „Resultate“ gegenüber dem vorausgehenden Teil zeigt sich auch äußerlich daran, daß sie keine durchlaufenden Fußnoten haben, während dies für die offensichtlich als Reintext verfaßten einzelnen Seiten zutrifft.

pitals: nämlich den Zirkulationsprozeß als Zirkulationsprozeß von Kapital. Indem sie ihn begründet, begründet sie das Thema des nächsten Buchs.

Konsequenterweise steht am Anfang des „Manuskripts I“ von Buch II der Rückverweis auf das „Sechste Kapitel“: „Wir haben gesehen, daß das Gesamtproduct des Capitals sich darstellt in einer *Waarenmasse*, deren konstituierende Theile, nach ihren naturgemässen oder konventionellen Massen gemessen, oder als selbständige *Waaren preisbestimmt* sind durch ihr Verhältniß als *aliquote* Theile des Gesamtwerths des Gesamtproducts. Diese Waaren müssen, wie alle Waaren, die Waarenmetamorphose durchlaufen.“<sup>32</sup>

### 3. Die erste Skizze über den Zirkulationsprozeß

Das „Manuskript I“ des II. Buches ist der erste Versuch einer systematischen Darstellung des Zirkulationsprozesses des Kapitals, und zwar eine der zwei vollständigen Ausarbeitungen.<sup>33</sup> Obwohl schon die „Grundrisse“ und dann das Manuskript 1861–63 die wichtigsten Probleme der Kapitalzirkulation untersucht hatten (u. a. den Umschlag des Kapitals und seinen Einfluß auf die Wertbestimmung, die Reproduktion des Kapitals einschließlich der Realisierung des produzierten Mehrwerts und den Ersatz verschiedener Kapitalteile in Wert- und Naturalform), weisen die zwei ersten „Kapital“-Entwürfe noch keine festen Strukturvorstellungen über den Zirkulationsprozeß im Zeitraum 1857 bis 1863 bei *Marx* auf. Demgegenüber sind die Fragen des architektonischen Aufbaus des II. Buchs im „Manuskript I“ weitgehend gelöst.

Das Manuskript besteht aus drei großen Kapiteln – „Zirkulation des Kapitals“, „Umschlag des Kapitals“ und „Zirkulation und Reproduktion“ –, welche ihrerseits in mehrere Paragraphen untergliedert sind. Was sind die inhaltlichen und strukturellen Besonderheiten des Manuskripts?

Zunächst gilt anzumerken, daß hier die endgültige Aussonderung des Kreislaufs des Kapitals zu einem selbständigen theoretischen Problem vollzogen wurde. Gewiß hat *Marx* in den „Grundrissen“ den Kreislauf des Kapitals bereits definiert,<sup>34</sup> seine Phasen oder Stadien benannt,<sup>35</sup> den Einfluß von Zirkulationszeit und -kosten auf die Wertbestimmung untersucht, also die Hauptfragen gelöst, die später den Inhalt des ersten Kapitels des „Manuskripts I“ ausmachen. Im Heft XV des Manuskripts 1861–63 wurden als weiterer Schritt die Kreislauffiguren formuliert.<sup>36</sup> Gleichwohl bildete damals der Kreislauf noch keine selbständige Kategorie im theoretischen System des *Marx*schen Werkes. In den „Grundrissen“ wird der Kreislauf faktisch als Syn-

32 Manuskript I, S. 2.

33 Wie Engels im Vorwort zum zweiten Band schreibt, war dies „die erste selbständige, aber mehr oder weniger fragmentarische Bearbeitung von Buch II in seiner gegenwärtigen Einteilung“ (MEW, Bd. 24, S. 11). Die andere Bearbeitung des ganzen Buchs ist „Manuskript II“ von 1870. Über weitere Varianten siehe ebd., S. 11–12, und A. Tschepurenko, *Is istoriji wtoroj knigi „Kapitala“ Marksa*, in: *Otscherki po istoriji „Kapitala“ K. Marksa*, Moskau 1983, S. 207–216.

34 Siehe MEGA II/1.2, S. 416.

35 Ebenda, S. 357, 421, 505–506.

36 Ebenda, II/3.4, S. 1468–1469, 1477–1481.

onym solcher Begriffe wie Umschlag und Zirkulation verstanden. Das drückt sich darin aus, daß der innere Unterschied des Kapitals als Bewegung und als in einem Punkt derselben befindlich noch als Differenz von „fixiertem“ oder „festliegendem“ und „capital circulant“ beschrieben wird. Erst das „Manuskript I“ bezieht die Abwechslung von Prozeß und Fixierung, den Übergang von einer zur andern Phase eindeutig auf den Kreislauf.<sup>37</sup>

Erstes Kapitel des II. Buchs ist im „Manuskript I“ also der Kreislaufprozeß – genannt „Umlauf des Capitals“. Die hier ausgearbeitete Struktur: 1) Die Metamorphosen des Capitals, 2) Die Circulationszeit, 3) Die Productionszeit, 4) Circulationskosten<sup>38</sup> nähert sich im wesentlichen ihrer endgültigen Fassung, die sich in den Manuskripten IV, II, V und VI, d. h. bis 1878, herausbildete. Freilich sind noch nicht alle Fragen so ausführlich dargestellt wie in späteren Varianten: z. B. nicht die Kreislauffiguren der Metamorphosen des Kapitals. In die Augen fällt ein inhaltlicher Unterschied, den dieses Manuskript aufweist: Und zwar betrachtet *Marx* hier nicht nur die drei (aus dem 2. Band bekannten) Kreislaufformen, sondern vier. „In 1) wird vom Geld (G) ausgegangen, in 2) von den Waren, die die Faktoren des Arbeitsprozesses bilden, in 3) vom unmittelbaren Produktionsprozeß selbst und in 4) von der Ware als Produkt (nicht wie in 2) als Voraussetzung) des Produktionsprozesses.“<sup>39</sup>

Neben den drei auch in späteren Entwürfen vorkommenden wird hier auch die mit der „Ware in der Form der Produktionsmittel“ (S. 4) beginnende Kreislaufform genannt. Sie wird als zweite nach der des Geldkapitals betrachtet, und die Kreislauffigur des Warenkapitals wird nur als Zusatzform 4) neben dieser Form 2) behandelt. Im weiteren Verlauf der Arbeit erweist sich diese Form jedoch als überflüssig. *Marx* kommt zu dem Schluß: „Die Form 2) in der Tat einbegriffen in der Form 4). Das Warenkapital und die Form, worin es die Faktoren des Arbeitsprozesses bildet, ist selbst W', Produkt des Produktionsprozesses.“<sup>40</sup> Demnach sind die vier Formen als Durchgangsstadium der analytischen Arbeit zu verstehen. U. E. kommt hier zum Ausdruck, daß *Marx* den Kreislauf noch nicht streng genug mit dem *individuellen* Kapital identifizierte. Denn beim einzelnen Kapital ist klar, daß die vom Markt kommenden Produktionsmittel keine von ihm selbst gebildete Form sein können, daß diese Waren nicht seine inneren, sondern äußere Voraussetzungen sind. Nur unter dem Blickwinkel der allgemeinen Formbestimmtheiten, die dem Zirkulationsprozeß des Kapitals schlechthin entspringen, ist die Form 2) verständlich. Somit kann man anhand dieser Einzelfrage den Stand der methodologischen Einsichten von *Marx* Mitte der sechziger Jahre besser verstehen.

Was das zweite Kapitel des Manuskripts, „Umschlag des Capitals“, angeht, so ist es nicht nur im Vergleich mit dem späteren „Manuskript II“, sondern auch gegenüber dem ersten Kapitel weniger klar ausgearbeitet. Beträchtliche

37 Im Manuskript 1861–63 werden die Kreislauffiguren von *Marx* noch im Kontext der abstrakten Untersuchung der „Continuität des Produktionsprozesses“ oder der „Reproduktion“ behandelt (MEGA II/3.4, insbes. S. 1479).

38 Das Kapitel reicht bis S. 56, seine vier Unterkapitel beginnen auf S. 1, 41, 46 und 53.

39 Manuskriptseite 4.

40 Manuskriptseite 21.

Textabschnitte sind nur thesenhaft geschrieben – besonders im 2. Paragraph „Fixes u. circulirendes Capital. Umschlagscyclus. Continuität d. Reproductionsprocesses“.<sup>41</sup> Das ist damit verbunden, daß alle wichtigen Probleme des Umschlags – der allgemeine Begriff, die Wirkung auf die Wertbestimmung, Besonderheiten der Zirkulation und Reproduktion des fixen bzw. zirkulierenden Kapitals, die vermittelnde Rolle des Umschlags im Bildungsprozeß der Profitrate u. a. – bereits in den „Grundrissen“ ausreichend ausgearbeitet waren und deshalb hier, nach der Ansicht von *Marx*, keiner weiteren Präzisierung bedurften. Darum noch zwei kurze Bemerkungen zu den inhaltlichen Besonderheiten des betreffenden Kapitels.

In der begrifflichen Ableitung des fixen bzw. zirkulierenden Kapitals wird dem Unterschied zwischen „fixiertem“ Kapital und capital circulant keine große Bedeutung beigemessen, wie es noch 1857–58 der Fall war. Der Unterschied zwischen fixiertem und zirkulierendem Kapital wird schon beim Kreislauf resümiert, und die Analyse des letzteren ist die einzige Voraussetzung der Untersuchung des Umschlags.

Der Umschlag wird nicht nur nach seiner formellen Seite betrachtet, sondern auch real. In der Bemerkung, daß er „andererseits materiell (ist) und das wirkliche Zirkulieren der Waren aus(drückt); ihre Ortsveränderung, die verbunden ist mit ihrem Übergehn aus der Hand des Verkäufers in die des Käufers“,<sup>42</sup> wird der Übergang zur Analyse der realen Bedingungen der Zirkulation oder Reproduktion eingeleitet.

Auch für das dritte Kapitel „Zirkulation und Reproduktion“<sup>43</sup> ist zu konstatieren, daß praktisch alle Probleme, die dann in den Manuskripten II und VIII ausführlich betrachtet werden, in diesem ersten systematischen Entwurf wenigstens skizziert sind. Das ist schon aus der Untergliederung ersichtlich: 1. Austausch von Kapital gegen Kapital, von Kapital gegen Revenue und Reproduktion von konstantem Kapital. 2. Revenue und Kapital. Revenue und Revenue. Kapital und Kapital (Austausch dazwischen). 3. (Rolle des fixen Kapitals). 5. Akkumulation oder Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter. 6. Die die Akkumulation vermittelnde Geldzirkulation. 7. Parallelismus, Stufenfolge, aufsteigende Linie, Kreislauf des Reproduktionsprozesses. 8. Notwendige Arbeit und Surplusarbeit (Surplusproduce). 9. Störungen im Reproduktionsprozeß.<sup>44</sup>

Unter 1), 2) und 3) wird behandelt, was später den Gegenstand der Kapitel 18 bis 20 des zweiten Bandes ausmacht; was unter 5) und 6) steht, findet sich im 21., dem Schlußkapitel, wieder. Die Punkte 7) bis 9) gelten einem breiteren Themenkreis, als das für den zweiten Band der Fall ist. Deshalb sind sie hier von besonderem Interesse.

Mit Punkt 7) – so die Hypothese – wird eines der Elemente für den Über-

41 Manuskriptseite 66. Neben dem genannten zweiten Unterkapitel hat dieses von S. 57 bis 106 reichende Kapitel noch zwei Paragraphen: 1. Umlaufzeit und Umschlag (S. 57) und 3. Umschlag u. Werthbildung (S. 97).

42 Manuskriptseite 88.

43 Manuskriptseite 107–149.

44 Punkt 3 ist von *Marx* nicht betitelt. Punkt 4 fehlt gänzlich.



gang zum dritten Buch besprochen. Hier wird nämlich die wechselseitige Abhängigkeit der Produktionszweige charakterisiert, d.h. die gesellschaftliche Produktion wird als eine Reihe von parallel ablaufenden Produktionsprozessen aufgefaßt, die insgesamt stoffliche Elemente einer beliebigen Ware produzieren und – mehr noch – gegenseitig Elemente des produktiven Kapitals füreinander erzeugen. Z.B. wird Kohle im Maschinenbau als Hilfsstoff verbraucht, Maschinen werden ihrerseits im Kohlebergbau verwendet. *Marx* kommt zu dem Schluß, daß hier „die gegenwärtige Arbeit in beiden gleichzeitigen Produktionsprozessen wechselseitig vergangene Arbeit in beiden unterstellt“.<sup>45</sup> Die Parallelität der Kreisläufe verschiedener Kapitale kann man als materielle Grundlage für die Verwandlung der Werte in Produktionspreise betrachten, und damit als eine der Voraussetzungen für das III. Buch.<sup>46</sup>

Was Punkt 8) angeht, so werden hier Fragen der produktiven und unproduktiven Arbeit – an sich systematisch dem Produktionsprozeß zugehörig – unter einem besonderen Blickwinkel thematisiert. Hier ist gemeint, daß die Teilung der in der Produktion verausgabten Arbeit in notwendige und Mehrarbeit auf höherem Niveau der kapitalistischen Reproduktion neue Momente aufweist. Und zwar ist die in Konsumtionsmitteln der Arbeiter und deren Produktionsmitteln vergegenständlichte Arbeit gesellschaftlich gesehen im ganzen Umfang notwendige Arbeit, auch wenn sie selbstverständlich zum Teil Mehrarbeit repräsentiert, weil sie nämlich in Mitteln zur Erhaltung der produktiven Klasse steckt.

Unter dem letzten Punkt 9) „Störungen im Reproduktionsprozeß“ gibt es überhaupt keinen Text mehr (es folgt hier der neue Planentwurf „dieses Kapitels III“ – auf Seite 149). *Marx* verweist darauf, daß das Thema im Kapitel VII des III. Buchs zu untersuchen ist.<sup>47</sup> Doch auch dies ist für uns kein ausreichender Anhaltspunkt, seinen geplanten Inhalt zu bestimmen.

Insgesamt läßt sich sagen, daß das Schlußkapitel des „Manuskripts I“ grundsätzlich ausgearbeitet ist, daß aber manche Punkte – vor allem bei der erweiterten Reproduktion – noch sehr skizzenhaft bleiben. Bekanntlich wurden nicht nur dieses letzte, sondern beide vorausgehenden Kapitel von *Marx* im weiteren Gang der Arbeit mehrfach umgearbeitet. Von „Manuskript I“ war laut *Engels* bei der Herausgabe des zweiten Buchs „nichts benutzbar“.<sup>48</sup>

45 Manuskriptseite 143.

46 Das Buch III hat in seinem ersten Satz gleich einen Rückverweis auf die Thematik dieses Abschnitts: „Wir haben gesehen, daß der Produktionsprozeß im ganzen betrachtet Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß ist. Bei der Betrachtung des Zirkulationsprozesses als Reproduktionsprozeß (ch. IV, Buch II) wurde dies näher erörtert.“ (Seite 1). Die verkehrte Numerierung ist daraus zu erklären, daß Buch II damals noch nicht geschrieben war. Für die Anlage irgendeines „Übergangs“ im III. Kapitel von Buch II spricht auch der neu entworfene Plan am Ende von Buch II, dessen letzter Punkt „7) Übergang zu Buch III“ lautet (S. 149). Leider gibt es dazu keinen Text.

47 Manuskriptseite 149.

48 *Engels* im Vorwort zum zweiten Buch, in: MEW, Bd. 24, S. 11.

#### 4. Das „Hauptmanuskript“ des III. Buchs vor der Redaktion durch Engels

Das III. Buch im Manuskript 1863–65 ist bekanntlich die einzige systematische Darlegung der „Gestaltungen des Gesamtprozesses“, wie der Marxsche Originaltitel auf S. 1 lautet. Es diente *Engels* bei seiner fast zehnjährigen Redigierung für den Druck als „Hauptmanuskript“. Sowohl sein Originalzustand als auch der Engelssche Eigenbeitrag sind vom Herausgeber Abschnitt für Abschnitt sorgfältig protokolliert worden.<sup>49</sup> Wir beschränken uns auf wenige Ergänzungen dazu.

Der Vergleich dieses Manuskripts mit der Endfassung erlaubt keinen Schluß auf irgendwelche Verfälschungen durch *Engels*, sondern läßt im Gegenteil Verständnis für die lange Redaktionstätigkeit aufkommen.

*Marx* teilte sein Manuskript in sieben selbstbetitelt Kapitel:

Erstes Kapitel. Verwandlung von Mehrwert in Profit (S. 1);

Zweites Kapitel. Die Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit (S. 155);

Drittes Kapitel. Gesetz des tendentiellen Falls der Allgemeinen Profitrate im Fortschritt der kapitalistischen Produktion (S. 203);

Viertes Kapitel. Verwandlung von Warenkapital und Geldkapital in Warenhandlungskapital und Geldhandlungskapital und in kaufmännisches Kapital (S. 243);

Fünftes Kapitel. Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn. Das zinstragende Kapital (S. 286);

Sechstes Kapitel. Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente (S. 406);

Siebentes Kapitel. Revenuen (Einkommen) und ihre Quellen (S. 528–575).

In einigermaßen klarer Gedankenausführung sind die vier Kapitel über Durchschnittsprofit, Fall der Profitrate, Kaufmännisches Kapital und – mit Einschränkungen – Revenuen und ihre Quellen abgefaßt. Das sind auch gleichzeitig die Teile, die *Marx* selbst relativ weitgehend untergliedert hat. Diese verhältnismäßig reife Darstellungsform ist kein Zufall. Jene vier Kapitel sind diejenigen, welche in den vorausgehenden ökonomischen Manuskripten am detailliertesten ausgearbeitet sind. Anzumerken ist jedoch, daß diese vier Kapitel nicht einmal ein Drittel (180 von 575 Seiten) der Textmasse bilden, so daß der Gesamtcharakter des Manuskripts nicht durch *deren* Zustand, sondern durch die ziemlich ungeordneten, oft zusammenhanglosen und sich in Abschweifungen verlierenden, aber umfangreichen Kapitel über das zinstragende Kapital und die Grundrente bestimmt wird, sowie durch das mit endlosen mathematischen Berechnungen und empirischen Illustrationen überfrachtete erste Kapitel über den Profit.

Die Abhängigkeit der Darstellungsreife davon, ob ein Kapitel zum ersten Mal verfaßt wird oder auf Vorarbeiten aufbauen kann, bedarf im Falle des Profitkapitels einer Erklärung, weil der einfache Profit hier schon zum dritten Mal behandelt wird.

<sup>49</sup> Engels im Vorwort zum dritten Buch, a.a.O., S. 8–15.

Das erste Kapitel beginnt auf S. 1 unter der Unterkapitelüberschrift „1. Mehrwert und Profit“ mit langen Berechnungen aller möglichen Variationen des Verhältnisses zwischen Mehrwertrate und Profitrate. Die zweite Hälfte des Kapitels besteht aus einer Menge von Auszügen aus Parlamentsberichten, womit empirisch die Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals bzw. des Einflusses des Preiswechsels des konstanten Kapitals auf die Profitrate (womit *Marx* auf S. 71 beginnt) illustriert werden soll. *Engels* stellt durch Kürzungen aus den Materialien das 3., 5. und 6. Kapitel des ersten Abschnitts („Kapitel“ bei *Marx* wird bei *Engels* zu „Abschnitt“) zusammen.

Außerdem kann *Engels* mitten aus dem Text aus einer von *Marx* zusammenhängend und begrifflich klar niedergeschriebenen Passage über die Profitrate das 2. Kapitel zusammenstellen, welches das Niveau früherer Entwürfe vollständig erreicht – aber auch nicht überschreitet. Das theoretische Defizit hinsichtlich des Profits im ersten Abschnitt besteht aus zwei Momenten: Erstens hat *Marx* noch nicht die herkömmliche allgemeine Begründung der Verwandlung des Mehrwerts in Profit durch den Bezug auf den Kapitalvorschub pro Zirkulationsabschnitt überwunden durch die differenziertere, vom Kostpreis ausgehende Bestimmung. Im Bewußtsein dieser Schwäche entwarf er bis 1871 insgesamt vier neue Varianten des Anfangs „Kostpreis und Profit“,<sup>50</sup> deren ersten beide *Engels* für ein neues erstes Kapitel benutzte. Zweitens hatte *Marx* durchweg die Wirkung des Umschlags auf die Profitrate (wegen des noch ungeschriebenen Buchs II) unberücksichtigt gelassen und erst ganz am Ende des ersten Kapitels bzw. Abschnitts auf S. 151 die Überschrift formuliert: „Einfluß des change in der Zirkulationszeit. Abkürzung oder Verlängerung (...) auf die Rate des Profits“, aber keinen Text darunter gesetzt. Bekanntlich füllte *Engels* diese Lücke mit dem 4. Kapitel und hatte dementsprechend die umfangreichen Marxschen Berechnungen über Mehrwert- und Profitrate durchweg zu korrigieren.

Unter den erwähnten relativ glatten vier Kapiteln gibt es ebenfalls Lücken, die *Engels* zu schließen hatte. So ist z. B. das jetzige 15. Kapitel beim Fall der Profitrate über die „Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes“ durch Engelssche Umgruppierungen entstanden – selbst Titel und Untertitel stammen von ihm. Auch Kapitel 20, „Geschichtliches über das Kaufmannskapital“, hat *Engels* aus auf andere Kapitel verstreuten Marxschen Bemerkungen und Ausführungen gebildet.

Was die beiden Problemkapitel über Zins und Grundrente betrifft, so ist ihr Rohentwurfcharakter hinsichtlich der Systematik leicht verständlich. Die Darstellung ist z. B. beim Zins geschlossen und glatt, solange sie fast so allgemein bleibt wie im vorhergehenden Manuskript. Je tiefer *Marx* beim zinstragenden Kapital aber in das bisher unerforschte Kreditwesen eindringt, zunächst den kommerziellen Kredit einbezieht (noch unter ausdrücklicher Ausklammerung

50 Vgl. dazu die Angaben bei I. G. Kasmina, Die Arbeit von Engels an der Herausgabe des dritten Bandes des „Kapitals“ von Marx (russ.), in: Is istoriji Marksizma (Aus der Geschichte des Marxismus) (russ.), Moskau 1961, S. 376–404, hier S. 383. Diese Arbeit ist unseres Erachtens überhaupt die bisher einzige, die sich mit diesem Thema befaßt hat.

des Bankkredits aus dem Plan – auf S. 319 unter „Kredit. Fiktives Kapital“) und dann auch noch den Bankkredit sich vornimmt, geht die Darstellung seiner Gedanken zum Teil in eine Form über, wie sie ihm gerade in den Kopf gehen. Das heißt: Unterbrechungen durch Abschweifungen und Zwischenbemerkungen. Das heißt: Sammlung und Kommentierung von Auszügen aus Parlamentsberichten, der Bilanz der Bank von England, aus diversen Abhandlungen über Kredit, Geld, Wechselkurs, Währung usw. Kurz, die Darstellung hat überwiegend, und zwar je weiter sie geht, Forschungscharakter, teilweise sogar in Form von Exzerpierung, so daß erst *Engels* durch Einschübe, Umstellungen, Weglassungen einen Zusammenhang herstellt, der einen lesbaren Text ergibt. Man kann für diesen Abschnitt mit Recht sagen: hier hat *Engels* eine selbständige Arbeit geleistet.

Für den Abschnitt über die Rente war *Marx* durch das Manuskript von 1861–63 besser vorbereitet. Dennoch entwirft er am Ende des Abschnitts einen neuen Plan,<sup>51</sup> der die geschriebene Textanordnung völlig umdrehte. Diesem Plan ist *Engels* weitgehend gefolgt. Außerdem kommt ihm das Verdienst zu, das von *Marx* – aus irgendwelchen Gründen – nicht geschriebene Kapitel über die Differentialrente I bei steigendem Produktionspreis (die Abschnitte zu ihrer Entwicklung bei konstantem und sinkendem Produktionspreis lagen vor) nachgeholt zu haben – als Kapitel 43.

Es ist – und dies gilt für alle drei Manuskriptteile – am Manuskript von 1863–65 ganz deutlich geworden: Die Reife der Darstellung eines Gegenstandes korrespondiert direkt mit der Häufigkeit und Ausführlichkeit seiner Behandlung in den vorher geschriebenen „Kapital“-Entwürfen. Somit ist auch diese Variante des künftigen Werkes von großer selbständiger theoretischer und methodologischer Bedeutung, denn in ihr wird die Marxsche ökonomische Theorie gegenüber den „Grundrissen“ und dem Manuskript 1861–63 weiterentwickelt. In gewisser Hinsicht füllt sie die Lücke aus, die noch für die Marx-Forscher im Herausbildungsprozeß des „Kapitals“ existiert. Die Veröffentlichung dieser Manuskripte im MEGA-Band II/4 und seine wissenschaftliche Kommentierung werden manche bisher gängigen Auffassungen korrigieren und berichtigen.

51 Das Kapital, Buch III, MEW Bd. 25, S. 736.

## **Marxismus-Studien und Marxistische Wissenschaftlerkonferenzen in den USA**

*Werner Rügemer*

Zunächst eine persönliche Vorbemerkung: Als Marxist in der Bundesrepublik Deutschland kann man sich mit gutem Grund als Angehöriger einer Minderheit fühlen, deren Wirkungsmöglichkeit selbst in dem gegenwärtigen geringen Umfang keineswegs grundsätzlich gesichert ist. Ein Blick in die USA kann allerdings dazu beitragen, diese Situation und diese Einschätzung in einem anderen Licht erscheinen zu lassen. Mir wurde dies zum ersten Mal plastisch klar, als ich im Sommer 1983 in Chicago ein Wochenende im Kreise von etwa 15 Mitgliedern einer Gruppe verbrachte, die die nächste „Midwest Marxist Scholars Conference“ vorbereiten sollte. Wir trafen uns im Privathaus eines der drei Professoren der Gruppe. Einer der drei hatte seit Jahren um seine Stelle zu kämpfen, die ihm aus politischen ebenso wie haushaltsmäßigen Gründen abgenommen werden sollte; die beiden anderen Professoren hatten eine „sichere Stelle“, die übrigen waren entweder arbeitslos oder schlugen sich mit befristeten Anstellungen, Lehraufträgen oder unsicheren Projektstellen herum. Das war die berufliche Situation der Kerngruppe, die für das Einzugsgebiet der Bundesstaaten Illinois, Minnesota, Indiana, Michigan, Ohio, Iowa und Wisconsin die marxistischen Wissenschaftlerkonferenzen vorbereitet – für ein Einzugsgebiet, das fast so groß wie Westeuropa ist und eine Bevölkerung fast so groß wie die Bundesrepublik hat.

Die Linkskräfte in den USA sind ungleich geringer und haben es ungleich schwerer als in der Bundesrepublik. Gegenüber der US-amerikanischen Bevölkerung von 230 Millionen, die die sozial komplizierteste Struktur aller kapitalistischen Gesellschaften hat, gegenüber dem Potential der mächtigsten Produktivkräfte mit zugleich dem höchsten Destruktivanteil unter allen gegenwärtigen Volkswirtschaften oder schließlich gegenüber dem notwendigen Ziel, die US-amerikanische Gesellschaft in den Sozialismus zu überführen, nehmen sich die mehreren tausend Mitglieder der kommunistischen Partei bescheiden aus. In direkter und gestaltender Weise können sie nur an wenigen einzelnen Orten oder Arbeitsgebieten in politische Prozesse eingreifen.

Andere politische, parteimäßig organisierte Linkskräfte sind ebenfalls weit aus geringer an Zahl und Einfluß als im Vergleich zur Bundesrepublik. Die Sozialdemokratische Partei der USA, selbst vielen Amerikanern unbekannt, ist eine rechtssozialdemokratische Hintergrundorganisation, in der mehrere hundert Gewerkschaftsfunktionäre, höhere Angestellte von Staat und Konzernen und gut etablierte Medienleute zusammengeschlossen sind; diese Partei

tritt nie zu Wahlen an, mischt aber in den oberen Rängen des politischen Establishments der Demokratischen und auch der Republikanischen Partei kräftig und durchaus nicht einflußlos mit. Die Demokratischen Sozialisten der USA sind ebenfalls eine kleine Gruppe, die zudem seit Jahren sich über den alten Streit, ob man innerhalb oder außerhalb der Sozialdemokratischen und der Demokratischen Partei wirken oder auch eine Doppelstrategie fahren soll, weitgehend politisch lahmlegt. Die Citizen Party mit ihrem Vorsitzenden *Barry Commoner*, die in den letzten Jahren vor allem aus der Umweltbewegung und verschiedenen Bürgerinitiativen hervorging, ist sicherlich nicht marxistisch, aber auch nicht eindeutig links einzuordnen. Daneben hat sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts eine größere Zahl von verschiedenen Linksgruppen herausgebildet, die zum Teil mit dem Anspruch einer Partei und des Marxismus auftreten, meist örtlich begrenzt wirken und zwischen einem Dutzend und einigen hundert Mitgliedern oder Aktivisten haben.

Eine wichtige Erscheinung im amerikanischen gesellschaftlichen Leben sind die vielen Bewegungen, Strömungen, Gruppen, Initiativen, die im Gefolge der Schwarzenaufstände, des Vietnamkrieges, der Frauen-, Umweltschutz- und Dritte-Welt-Solidaritätsbewegungen sich herausgebildet haben. In der letzten Zeit ist die Friedensbewegung dazugekommen, kommunale, kulturelle, Schwulen- und Lesbengruppen gehören dazu; gegenwärtig sind die Solidaritätsgruppen, die sich für mittelamerikanische Länder und gegen die Einmischung der USA in Lateinamerika einsetzen, besonders wichtig. Alle diese Gruppen haben in bestimmten Bereichen mit der herrschenden Politik gebrochen; in ihrem Selbstverständnis haben sie oft mit dem ganzen politischen System radikal gebrochen, doch gibt es keine entsprechende gesamtpolitische Alternativstrategie. Oft tritt an deren Stelle irgendeine Version des in solchen Kreisen sehr verbreiteten Populismus.

Unter Intellektuellen und Wissenschaftlern hat sich in diesem Zusammenhang eine gewisse, z. T. weitverbreitete kritische Haltung herausgebildet, die nicht selten zu einer ausführlichen und ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Marxismus führt, aber meist „unabhängig“ bleiben will. Es gibt seit mehreren Jahren für fast alle wissenschaftlichen Disziplinen alternative Zeitschriften, die mehr oder weniger dieser Linie folgen und völlig neue, wirklichkeitsgesättigte Themen in die akademische Wissenschaft einführen, so z. B. „*The Insurgent Sociologist*“, „*Psychology and Social Theory*“, „*Radical Teacher*“, „*Science for the people*“, „*The Review of Radical Political Economics*“, „*Dollars and Sense*“ (populärwissenschaftlich). Insbesondere bei den Historikern haben sich in der Neubeschäftigung mit wichtigen Phasen der amerikanischen Geschichte wie der Geschichte der schwarzen Sklaven, dem Bürgerkrieg, der Arbeiterbewegung, der Industrialisierung und der kulturellen Identität und Geschichte der Minderheiten zahlreiche kritische Schulen und Strömungen herausgebildet.

Um die objektive Bedeutung dieser Entwicklung zu verstehen, ist es nützlich, sich den antikommunistischen Kahlschlag zu vergegenwärtigen, der in den frühen 50er Jahren in der McCarthy-Ära in den Schulen und Hochschulen vollzogen wurde, und zwar auf der Basis einer schon in den Kriegs- und

ersten Nachkriegsjahren vollzogenen antikommunistischen „Säuberung“. In einer umfangreichen Studie von 1952 wurden die politischen Einstellungen der Hochschulangehörigen ermittelt. Man fand, daß 38 Prozent für die Republikaner votierten, 26 Prozent für die Demokraten; 35 Prozent bezeichneten sich als unabhängig, 0,5 bis 1 Prozent blieben für alle anderen politischen Gruppierungen, die man unter „links“ zusammenfaßte: Kommunisten, Sozialisten, Liberale, Bauern-Arbeiter-Populisten usw. Bei den Wahlen im Jahre 1953 entfielen von den abgegebenen 60 Millionen Stimmen gerade 200 000, das sind 0,3 Prozent, auf alle verschiedenen Linkskräfte. Trotzdem wurde von den Einpeitschern des kalten Krieges die Parole ausgegeben: Macht unsere Colleges frei von der kommunistischen Unterwanderung!<sup>1</sup>

In sechs Monaten intensivster Untersuchungsarbeit vernahmen Komitees des Kongresses im ganzen Land Universitätsrektoren, Professoren, Kommunisten, die früher an den Universitäten gearbeitet hatten, Sekretärinnen, Telefonistinnen, Hausmeister, Studenten. FBI-Agenten saßen in den Vorlesungen, Kursen, Versammlungen, Kulturveranstaltungen und fertigten Dossiers an, die an die Kongreßkomitees weitergeleitet wurden. Das offizielle Ergebnis war: 42 Hochschulangehörige in den USA wurden verdächtigt, Beziehungen zur kommunistischen Partei zu haben, 19 von ihnen wurden entlassen, drei gingen „freiwillig“. Im Bereich der Schulen wurden etwa 150 Lehrerinnen und Lehrer wegen tatsächlicher oder vermuteter Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei entlassen. Die über diese dünnen Zahlen weit hinausgehende Wirkung war allerdings die, daß von nun an für die nächsten Jahre an den Schulen und Hochschulen eine tiefgehende Entpolitisierung sich durchsetzte, wo es eine große Angst vor jeglicher politischer Äußerung, jeglichem politischem Engagement gab und wo auch im Wissenschaftsbetrieb und in den Schulbüchern die Geschichte der Schwarzen, die Lage der Arbeiterklasse und jedes sozial brisante Thema zum Tabu wurde.<sup>2</sup>

In den 60er Jahren brach diese antikommunistische Verödung allmählich an einzelnen Stellen auf. *Herbert Aptheker*, von 1964 bis 1984 Leiter des Amerikanischen Instituts für Marxistische Studien (American Institute for Marxist Studies, AIMS), beschreibt diese Entwicklung wie folgt: „In den letzten zwanzig Jahren hat es einen bemerkenswerten Aufschwung des Interesses für den Marxismus gegeben. Dieses Interesse hat auch organisierte wissenschaftliche Formen angenommen, z. B. als wir 1964 das AIMS gründeten, mit seinem zweimonatlichen Rundbrief, der es inzwischen auf 4000 Abonnenten gebracht hat, seinen Symposien, seinen Dutzenden von Monographien, Gelegenheitspapieren und Bibliographien, auch mit seinen verschiedenen, mehr oder weniger erfolgreichen sozialistischen und marxistischen Konferenzen . . . Marxistische Wissenschaftlergruppen bildeten sich in den Disziplinen Geschichte, Ökonomie, Soziologie, Psychologie, Kriminologie, Jura und Anthropologie

1 *Subversive Influence in the Educational Process. Hearings before the Sub-Committee to Investigate the Administration of the Internal Security Act. 83rd Congress, 1st session, Washington 1953.*

2 *Harold Taylor, On Education and Freedom. Southern Illinois University Press, Foffer and Simons, London und Amsterdam 1954, Neudruck 1967, S. 250 ff.*



und haben Ergebnisse mit hoher Qualität erarbeitet. Zeitschriften mit ausdrücklichem marxistischem Anspruch haben sich der altehrwürdigen ‚Science and Society‘, die in den 30er Jahren gegründet worden war, hinzugesellt, so die ‚Monthly Review‘, die ‚Studies on the Left‘ und die ‚Marxist Perspectives‘, wobei letztere allerdings nach großem Erfolg aufgrund von Differenzen im Herausgeberkreis Mitte der 70er Jahren eingestellt wurde. Heute braucht man schon 300 Seiten, um alle Veröffentlichungen mit marxistischem Anspruch bibliographisch zusammenzufassen (The Left Academy. Marxist Scholarship on American Campuses, hrsg. von Bertell Ollman und Edward Vernoff im recht profitorientierten Verlag McGraw-Hill, 1982). Eine Grenze dieser Veröffentlichung liegt freilich darin, daß nur Hochschulangehörige berücksichtigt werden, nicht aber Marxisten, die keine Möglichkeit hatten, eine Stelle an der Universität zu bekommen . . . Selbst in den etablierten Zeitschriften der akademischen Zunft, wie bei den Historikern, Anthropologen, Soziologen und Ökonomen, sind inzwischen ernsthafte marxistische Darstellungen oder Auseinandersetzungen mit dem Marxismus zu finden.“<sup>3</sup>

Der wichtigste Ansatz, der diese neuen Möglichkeiten im amerikanischen Wissenschaftsleben von marxistischer Seite aus aufgegriffen hat, sind die „Marxist Scholar Conferences“, marxistische Wissenschaftlerkonferenzen. Sie finden seit 1976 jährlich statt und werden von der Marxist Educational Press (MEP) organisiert. MEP ist zugleich ein Verlag, in dem die Protokolle der Konferenzen und andere marxistische Literatur herausgebracht werden.

Initiator und Seele des Unternehmens ist *Erwin Marquit*, der seit mehreren Jahren eine Professur für Philosophie der Physik an der University of Minnesota in Minneapolis hat. Als Kommunist hatte *Erwin Marquit* in den 50er und 60er Jahren an keiner amerikanischen Hochschule eine Stelle bekommen und mußte deshalb als Ingenieur, teilweise im Ausland, sein Geld verdienen. Auch jetzt war seine Stelle aus politischen und ökonomischen Gründen gefährdet. Auch aufgrund vielfältiger internationaler Solidarität konnte bisher verhindert werden, daß er entlassen wurde.

In einer der Konferenzeinladungen heißt es programmatisch: „Unser Ziel ist die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Marxismus als lebendige Wissenschaft. Zu diesem Zweck soll die Konferenz marxistische Wissenschaftler von universitären und progressiven Bewegungen zusammenführen, um über die wichtigen politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Fragen unserer Zeit zu diskutieren.“ Im Aufruf zur bisher letzten Konferenz im April 1984 in San Francisco hieß es: „Wir wollen die verschiedenen Auffassungen über theoretische und praktische Probleme miteinander konfrontieren, die beim Aufbau einer breiten, an Arbeiterinteressen orientierten progressiven Bewegung vor uns stehen.“

Dieses Programm hat sich nach einigen Diskussionen in der CPUSA durchgesetzt. Auf Grund der Isolierung und zeitweiligen Halblegalität der Partei

3 Herbert Aptheker, *Marxism and Social Sciences in the U.S.: A Brief Appraisal*, in: *Political Affairs* 6/1983, S. 20 f. Zum AIMS vgl.: H. Aptheker, *Das „Amerikanische Institut für Marxistische Studien“*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 4, 1981, S. 408 f.

hatte sie – anders als manche kommunistische Partei in Westeuropa – nur wenig Zugang zu den Protestbewegungen der Intelligenz und anderer Mittelschichten während der 60er und 70er Jahre und mußte sich erst mit dem relativ eigenständigen Leben von Wissenschaftlern, auch von marxistischen Wissenschaftlern, vertraut machen.<sup>4</sup>

Das Thema der ersten Konferenz 1976 war „Marxismus und die Ideologie der Neuen Linken“. Es folgten: Soziale Klassen in der gegenwärtigen Gesellschaft der Vereinigten Staaten; Die Vereinigten Staaten in der Krise; Der Rassismus und die Verweigerung der Menschenrechte: jenseits des Ethnizismus; Das Bildungssystem der Vereinigten Staaten: marxistische Annäherungen; Marxismus und menschliches Wissen – Marxismus und menschliches Überleben (1983, zum 100. Todestag von Marx). Für Herbst 1984 ist eine Konferenz zum Thema „Marxismus und Religion“, für Januar 1985 zum Thema „Das verborgene Erbe der Volkskultur“ geplant. Im Frühjahr 1985 soll eine zentrale Konferenz „Die wissenschaftliche und technologische Revolution und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“ in Chicago stattfinden.

Die Konferenzen werden abwechselnd an verschiedenen Universitäten durchgeführt, je nach thematischem Schwerpunkt und den Möglichkeiten beteiligter Wissenschaftler; auf diese Weise ist die Möglichkeit gegeben, das Projekt allmählich an verschiedenen Universitäten bekannt zu machen. Persönliche Anwesenheit und persönliche Diskussion sind in einem Lande, in dem die üblichen Medien über solche Ereignisse und Aktivitäten absolut nichts berichten, lebensnotwendig. Das Wechseln der Veranstaltungsorte hat aber auch mit den großen Entfernungen in den USA zu tun, die nicht jeder Interessierte aus zeitlichen und finanziellen Gründen leicht zurücklegen kann.

Die Konferenzen dauern meist drei oder vier Tage; sie wurden anfangs von etwa 200 bis 300 Teilnehmern besucht; bei der letzten in San Francisco waren es bis zu 500. Plenumsitzungen wechseln mit 30 bis 40 Workshops oder Diskussionsgruppen ab. Kulturelle Darbietungen, ein Dinner und eine gemeinsame Einschätzung am Ende sind in den Programmablauf eingebaut.

Die Zusammensetzung der Teilnehmer ist aus den genannten Gründen größtenteils regional bestimmt. Etwa ein Drittel, so hat sich aufgrund der Umfragen ergeben, ist Mitglied der kommunistischen Partei. Sehr gezielt wird darauf geachtet, daß gerade die, die traditionell vom Wissenschaftsleben größtenteils ausgeschlossen sind, wie Schwarze, Frauen und Chicanos, besonders eingeladen werden; daß solche Bemühungen nicht sogleich erfolgreich sein können, ist bei der Kompliziertheit der amerikanischen Klassengesellschaft, die

4 Die CPUSA ist sich seit längerem der Tatsache bewußt, daß der Weg der Arbeiterklasse zur sozialen Befreiung im Hauptland des Imperialismus äußerst langwierig und opferreich ist. Ausgehend von dem gegebenen Niveau der demokratischen und Arbeiterbewegung orientiert sie auf die Herstellung einer breiten Koalition, in der die Arbeiterklasse vor allem über die Gewerkschaften ein größeres Gewicht erlangen muß. Bestandteil dieser Konzeption ist das Bestreben, eine von den beiden dominierenden bürgerlichen Parteien unabhängige neue Partei zu initiieren, eine demokratische, antimonopolistische Volkspartei, die sich auch zu einer wählerstarken Massenpartei entwickeln soll. Die CPUSA will ihre politische und organisatorische Selbständigkeit auch nach Konstituierung einer solchen demokratischen Massenpartei bewahren.

in unterschiedlich abgemilderter Weise auch in die Organisationen der Arbeiter- und demokratischen Bewegung hineinwirkt, nicht verwunderlich.

Aufgrund des Konzepts und der Zusammensetzung geht es bei den Konferenzen zum Teil sehr kontrovers zu. In San Francisco etwa ging es um unterschiedliche Einschätzungen folgender Fragen: Wie wirkungsvoll ist die von *Lenin* diagnostizierte Arbeiteraristokratie heute in den Gewerkschaften? Worin besteht die Krise der Arbeiterbewegung, was muß getan werden, um sie vom weißen Facharbeiter hin zu den Arbeitslosen, zu den Minderheiten und zu den Frauen zu öffnen? Stimmt die These von der „Feminisierung der Armut“? Inwiefern ist die Sowjetunion ein Staat der Arbeitermacht?<sup>5</sup>

Neben den Konferenzen stellt insbesondere der Verlag MEP die Kontinuität der Arbeit her. Er lebt bisher vom ganz persönlichen und sehr intensiven Engagement von *Erwin Marquit* und seiner Frau *Doris Grieser-Marquit*. Hier läuft nichts von alleine, hier wird fast rund um die Uhr die Arbeit an den Manuskripten organisiert, wird um jeden Dollar gekämpft und wird jede Briefmarke zweimal umgedreht, bevor sie aufgeklebt wird. Viel freiwillige Arbeit von Freunden geht in das Eintüten und Sortieren von Rundbriefen u. ä.

Neben den Protokollen der Konferenzen ist inzwischen eine ansehnliche Reihe von Einzelstudien veröffentlicht worden, z. B. von *Marquit* über die sozialistischen Länder mit einer Analyse der Krise in Polen, von *Philip Foner* über die erste Arbeiterpartei der USA (Workingmen's Party), von *Weiss* über den Kapitalisierungsprozeß in der Wirtschaft der Navajo-Indianer, von *Somerville* eine Einführung in die marxistische Philosophie, ein Sammelband mit DDR-Texten über philosophische Probleme der Naturwissenschaften, ein Sammelband über die innermarxistische Diskussion der Struktur dialektischer Widersprüche usw. In jüngster Zeit sind auch literarische Werke ins Programm aufgenommen worden, so ein Roman von *Meridel Le Sueur* und zweisprachige Gedichte aus der nicaraguanischen Revolution.

Besonderes Augenmerk legt der Verlag inzwischen darauf, einige der Veröffentlichungen als Studien- und Unterrichtstexte an den Schulen und vor allem Hochschulen einzuführen; dies ist bisher insbesondere mit dem Buch über die sozialistischen Länder, mit der Einführung in die marxistische Philosophie und mit den nicaraguanischen Gedichten gelungen.

Die hier kurz vorgestellten Aktivitäten verdienen es, daß Wissenschaftler und Marxisten aus der Bundesrepublik sich eingehend damit beschäftigen. Die Kooperation zwischen den marxistischen Wissenschaftlern beider Länder, deren politisches Geschehen für die Zukunft der Menschheit in je verschiedener, aber eng zusammenhängender Weise entscheidend ist, ist noch längst nicht ausgeschöpft, steht vielmehr erst am Anfang.

Die Adresse von MEP: MEP Publications c/o Anthropology Department, University of Minnesota, 215 Ford hall, 224 Church Street S.E., Minneapolis, Minnesota 55455.

5 Paul Klausen, Historic Marxist Meeting, in: Peoples World 12. 5. 84; Tim Patterson, Gathering Displays Vitality of Marxism, in: Frontline 14. 5. 84; Paul Klausen, Marxist Scholars Hear Angela Davis, in: Daily World 16. 5. 84.

## **IMSF – 1984**

### **Publikationen, Veranstaltungen und wissenschaftlicher Beirat des IMSF**

(Ohne Veröffentlichungen des IMSF oder seiner Mitarbeiter in Zeitschriften, in von Dritten herausgegebenen Sammelbänden usw. Der Berichtszeitraum deckt sich nicht mit dem Kalenderjahr 1984; er umfaßt die Jahrbuchperiode 1984 vom Oktober 1983 bis September 1984. Der Bericht setzt die Übersicht aus Bd. 6 der „Marxistischen Studien“ (1983) fort.)

#### **I. Publikationen**

1. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/M. 1984, 432 S., DM 32,00 (Schwerpunkt: Arbeiterklasse im Betrieb – Bewegung und Formierung).
2. Informationsbericht des IMSF, Bd. 37: *Jörg Goldberg, Angelina Sörgel*, Grün-alternative Wirtschaftskonzeptionen. Analyse und Kritik, Frankfurt/M. 1983, 87 S., DM 9,80.
3. Informationsbericht des IMSF, Bd. 38: *Kaspar Maase*, Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit. Empirische Materialien und theoretische Analyse, Frankfurt/M. 1984, 300 S., DM 24,00.
4. Informationsbericht des IMSF, Bd. 39: *Edgar Gärtner*, Waldsterben und Umweltpolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1984, 175 S., DM 12,80.
5. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, Heft 13: *Gert Hautsch, Bernd Semmler*, Betriebsbesetzung. Adler – VDM – Demag-Pokorny – Rockwell-Golde. Vier Beispiele aus Frankfurt. Bundesweiter Überblick, Frankfurt/M. 1983, 120 S., DM 8,00.
6. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, Heft 14: *Hartmut Dybowski, Lutz Schröter u. a.*, Arbeitslosenbewegungen in Westeuropa. Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1984, ca. 100 S., DM 8,00.
7. Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF, Heft 16: *Gert Hautsch, Klaus Pickshaus, Klaus Priester*, Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. „Flexi-Konzept“ des Kapitals und die Zukunft der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1984, ca. 144 S., DM 8,00.
8. Arbeitsmaterialien des IMSF, Band 15: *Eberhard Dähne* unter Mitarbeit von *Barbara Bunge*, Rüstung tötet schon im Frieden. Materialien zu den Kosten und Folgen des Rüstungswettlaufs, zu den Kosten des Militärs in der BRD 1979–1984, zu den Auseinandersetzungen um atomwaffenfreie Städte, Straßen usw., Frankfurt/M. 1983, 32 S., DM 3,00.

9. Theorie und Methode VII: *Wadim P. Jerusalimskij*, Proletarische Psyche. Zum sozialökonomischen und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse in der BRD, Frankfurt/M. 1984, 253 S., DM 15,00.
10. IMSF (Hrsg.), Die Alternativen der Alternativbewegung. Diskussion und Kritik ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeptionen. Materialien einer Tagung des IMSF vom 26./27. November 1983 in Frankfurt/M., Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1984, 203 S., DM 10,80.
11. *Achim Bühl*, Der Staat der Bundesrepublik. Staat und Staatsapparate der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1984, 265 S., DM 10,80.
12. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: *Jörg Goldberg*, *Klaus Pickshaus* u. a. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Nachrichten-Verlag, Frankfurt/M., vier Ausgaben.
13. Broschürenreihe „Durchblick“, hrg. vom IMSF, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., jeweils 16 Seiten, DM 1,00:
  - Heft 2 (1983): Wirtschaftskrise. Sind wir übersättigt? (Verf. *J. Goldberg*);
  - Heft 3 (1984): Verstaatlichung – eine Alternative? (Verf. *K. Pickshaus*);
  - Heft 4 (1984): Hat es sich gelohnt? Kampf um 35 Stunden (Verf. *G. Hautsch*).

## II. Konferenzen, Seminare, Veranstaltungen

1. „Arbeiterklasse und Intelligenz – Kampfbedingungen in den 80er Jahren“, Marxistische Woche '83, Marburg/L., 9. bis 14. Oktober 1984, veranstaltet von IMSF, MSB Spartakus und MASCH/Marburg. An der einwöchigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung nahmen etwa 200 Interessenten teil. Die Abendveranstaltungen wurden zusätzlich von etwa 1000 Teilnehmern besucht. Vorträge: *K. Pickshaus*, Kern der Arbeiterklasse – Geschichte, Stellung, Perspektiven; *R. Steigerwald*, Arbeiterbewegung und Intelligenz – Probleme der Betriebsorientierung der marxistischen Arbeiterpartei; Arbeitsgruppe unter Leitung von *E. Dähne*, Historischer Materialismus und Kultur – Am Beispiel der Stadtentwicklung Marburgs; *H. H. Holz*, Ökologische Krise und Friedenskampf; *H. Flessner*, *H. Knake-Werner*, *S. Schunter-Kleemann*, Frauen in den 80er Jahren: Aufstehen gegen die konservative Offensive; *F. Deppe*, Intelligenz, Marxismus und Arbeiterbewegung. Abendprogramm mit Podiumsdiskussion zu „Perspektiven des Friedenskampfes in den 80er Jahren“, Vorträgen und Diskussionen zu Konservatismus, Arbeiterklasse im Sozialismus, Arbeitsmedizin, neuer Musik, Soziologie in BRD und DDR, IX. Kunstausstellung der DDR.

*Berichte*: Marxistische Blätter H. 1/1984: Weg und Ziel, H. 1/1984; *Veröffentlichung* des Vortrags von *F. Deppe* in: rote blätter H. 1/1984.

2. Vortragsveranstaltungen mit *Prof. Dr. Helmut Steiner* (Berlin/DDR) zum Thema „Soziologie und gesellschaftliche Praxis in der DDR“ in Göttingen, Hamburg, Bremen, Münster und Duisburg vom 17. bis 21. Oktober 1983. Die

Veranstaltungen fanden in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Universitätsinstituten statt.

3. „Die Alternativen der Alternativbewegung. Diskussion und Kritik ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeptionen“. Diskussionsveranstaltung des IMSF am 26./27. November 1983, Frankfurt/M. mit ca. 350 Teilnehmern. Vier Diskussionsblöcke zu den Themen: Grundkonzeptionen der Alternativökonomie – „menschengemäß und umweltgerecht“/Krise der Stahlindustrie – Krise des Ruhrgebiets? Welche Auswege gibt es?/Alternative Technik und Arbeitsorganisation/Strategien der Veränderung – Dualwirtschaft, Dezentralisierung oder gesellschaftliche Kontrolle? Referenten: *H. Diefenbacher* (FEST/Öko-Institut), *J. Goldberg* (IMSF), *D. Marcelllo* (ehem. plakat-Gruppe Daimler-Benz), *S. Voets* (DKP/Düsseldorf), *E. Stratmann* (MdB Die Grünen), *J. Bünnig* („Revier“), *H. Bömer* (Dortmund), *B. Flieger* (AG SPAK), *B. Nilsson* (ASH Krebsmühle, Oberursel), *R. Bohle* (AG SPAK), *A. Sörgel* (Bremen).

*Berichte:* Marxistische Blätter H. 2/1984; Das Argument 144 (1984); Dialektik 9 (1984); Widerspruch. Münchener Zeitschrift für Philosophie 2/1984.

4. „Neues aus der MEGA: Produktivkräfte, Maschinensystem, Charakter der Arbeit, Lage der Arbeiter“, Kolloquium zur Marx-Engels-Forschung am 10. Dezember 1983 in Hannover. Veranstalter: Marx-Engels-Stiftung/Wuppertal, *Prof. Dr. P. Brokmeier*/Hannover, IMSF. Referenten: *Prof. Dr. W. Jahn*/Halle und *Dr. M. Müller*, Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/DDR.

*Veröffentlichung* der Tagungsmaterialien durch die Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal 1984.

5. „Marxismus, Staat und Recht heute“, Kolloquium des IMSF am 19. 5. 1984 in Frankfurt/M., ca. 100 Teilnehmer. Referenten: *Prof. Dr. J. Schleifstein*, *C. Skrobanek-Leutner*, *Prof. Dr. H. Wagner*, *Dr. M. Kutscha*.

*Bericht:* Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984.

*Veröffentlichung* der Vorträge von *H. Wagner* und *M. Kutscha* in Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984.

6. Alternativen zum Wettrüsten – Analyse, Kritik, Aufgaben aus marxistischer Sicht. Arbeitsdiskussion des IMSF am 2. Juni 1984 in Frankfurt/M. Ca. 40 Teilnehmer. Referenten: *B. Greiner*, Hamburg, und *Dr. J. Reusch*, IMSF.

*Bericht:* Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984.

7. Einführung in die Staatstheorie und die Analyse des BRD-Staates. Marxistische Studienwoche '84, 24. bis 30. Juni 1984, Bonn. 50 Teilnehmer. Referenten: *Prof. Dr. J. Schleifstein*, *Dr. A. Sörgel*, *A. Gottschalk*, *Dr. Chr. Butterwege*, *Dr. H. Jung*.

### III. Wissenschaftlicher Beirat des IMSF

In Übereinstimmung mit § 6 der Vereinssatzung des IMSF hat der Vorstand zur Förderung des Vereinszwecks einen wissenschaftlichen Beirat berufen, dem die Beratung des Vorstands bei Planung und Durchführung der wissenschaftlichen Tätigkeit obliegt.

- Im einzelnen wirken die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats mit bei
- allgemeinen Diskussionen wissenschaftlicher Fragen,
  - Beratung der Arbeitsplanungen und Themenstellungen des IMSF,
  - Beratung und Unterstützung bei der Herausgabe von Veröffentlichungen des IMSF,
  - Beratung über Konzeptionen und Durchführung von wissenschaftlichen Veranstaltungen des IMSF,
  - Vermittlung und Wahrnehmung von Kontakten und Kooperationsbeziehungen zu Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Institutionen.

Dem wissenschaftlichen Beirat gehören insgesamt 17 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen an. Anlässlich des 15. Jahrestags der Gründung des IMSF am 5. 12. 1983 wurden in den Beirat berufen: *Prof. Dr. Wolfgang Abendroth*, Frankfurt/M.; *Dr. Hermann Bömer*, Dortmund; *Prof. Dr. Dieter Boris*, Marburg; *Dr. Christoph Butterwegge*, Bremen; *Prof. Dr. Frank Deppe*, Marburg; *Dr. Heike Flessner*, Oldenburg; *Prof. Dr. Georg Fülberth*, Marburg; *Prof. Dr. Jörg Huffschmid*, Bremen; *Johanna Hund*, Hamburg; *Prof. Dr. H. J. Krysmanski*, Münster; *Prof. Dr. Lothar Peter*, Bremen; *Prof. Dr. Jan Priewe*, Darmstadt; *Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler*, Bremen; *Prof. Dr. Josef Schleifstein*, Frankfurt/M.; *Dr. Angelina Sörgel*, Bremen; *Dr. Robert Steigerwald*, Eschborn; *Dr. Kurt Steinhaus*, Düsseldorf.

Die Beiräte für „Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF“ und „Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF“ wurden zum gleichen Zeitpunkt aufgelöst.



## **Marxistische Studien**

Jahrbuch des IMSF 7/1984

### **Autoren dieses Bandes**

*Irina Antonowa*, Moskau, geb. 1952, Diplomphilosophin, wiss. Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus, Moskau.

*Jens Bünnig*, Duisburg, geb. 1944, wiss. Mitarbeiter an der Universität Wuppertal, Mitarbeiter der Zeitschrift „Revier“; Arbeitsgebiete: Arbeitsforschung, Industriesoziologie.

*Jürgen Burger*, Bremen, geb. 1949, arbeitsloser Lehrer; Arbeitsgebiet: Geschichte der Arbeiterbewegung.

*Dr. Christoph Butterwegge*, Bremen, geb. 1951, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an den Universitäten Duisburg und Münster; Arbeitsgebiete: Staatstheorie, Geschichte der Sozialdemokratie, NATO-Strategie.

*Klaus Dörre*, Marburg, geb. 1957, Dipl.-Politologe, Doktorand; Arbeitsgebiete: Gewerkschaftsanalyse, Jugendforschung.

*Fritz Fiehler*, Hamburg, geb. 1949, Dipl.-Soziologe, Buchhändler; Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Branchen- und Regionalanalysen.

*Georg Fobbe*, geb. 1952, Mitarbeiter der Zeitschrift „Revier“; Arbeitsgebiete: Umweltfragen, Industriesoziologie.

*Holger Geißelbrecht*, Hamburg, geb. 1947, Maschinenbauingenieur, Mitglied des Betriebsrats und der Vertrauenskörperleitung der HDW Hamburg.

*Dr. Gert Hautsch*, Frankfurt/M., geb. 1944, Dipl.-Volkswirt; Arbeitsgebiete: Analyse sozialer Bewegungen und ökonomischer Prozesse der BRD.

*Dr. Johannes Henrich von Heiseler*, Dierdorf, geb. 1938, Soziologe, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Entwicklung gesellschaftlichen Bewußtseins.

*Dr. Uwe Höfkes*, geb. 1951, Mitarbeiter der Zeitschrift „Revier“; Arbeitsgebiete: Gewerkschaftstheorie, Umweltsoziologie.

*Dr. Martin Kutscha*, Hamburg, geb. 1948, Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Verfassungs- und Verwaltungsrecht.

*Prof. Dr. Hellmuth Lange*, Bremen, geb. 1942, Hochschullehrer an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Industrie- und Wissenschaftssoziologie.

*Dr. André Leisewitz*, Frankfurt/M., geb. 1947, Dipl.-Biologe, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

*Heike Leitschuh*, Marburg, geb. 1958, Dipl.-Politologin.

*Dr. Kaspar Maase*, Bad Vilbel, geb. 1946, Dipl.-Kulturwissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Soziologie von Lebensweise und Freizeit.

*Peter Müller*, Marburg, geb. 1957, Dipl.-Politologe.

*Michael Nacken*, Bremen, geb. 1947, Rechtsanwalt, Bezirkssekretär der DKP für marxistische Bildung.

*Prof. Dr. Lothar Peter*, Bremen, geb. 1942, Hochschullehrer an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Industrie- und Betriebssoziologie.

*Klaus Pickshaus*, Frankfurt/M., geb. 1949, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Soziale Bewegungen.

*Klaus Priester*, Frankfurt/M., geb. 1952, Dipl.-Soziologe, wiss. Assistent an der Universität Frankfurt/M.; Arbeitsgebiet: Medizinsoziologie.

*Dr. Jürgen Reusch*, Urbar, geb. 1947, Stellvertr. Leiter des IMSF, Sinologe und Politologe; Arbeitsgebiete: Rüstung/Abrüstung, Friedensbewegung.

*Dr. Werner Rügemer*, Köln, geb. 1941, Lehrer, Redakteur der Zeitschrift „Demokratische Erziehung“; Arbeitsgebiete: Bildungspolitik und -theorie.

*Dr. Margit Scherb*, Wien, geb. 1953, Lehrbeauftragte an der Universität Wien; Arbeitsgebiet: Analyse der verstaatlichten Industrie.

*Professor Dr. Ursula Schumm-Garling*, Frankfurt/M., geb. 1938, Hochschullehrerin an der Universität Dortmund; Arbeitsgebiet: Industriesoziologie.

*Dr. Winfried Schwarz*, Frankfurt/M., geb. 1948, Dipl.-Soziologe, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Marx-Forschung.

*Bernd Michael Semmler*, Offenbach, geb. 1952, Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Soziologe, Arbeitsgebiet: Soziale Bewegungen.

*Claus Skrobanek-Leutner*, Marburg, geb. 1956, Rechtsreferendar, Mitarbeiter an Projekten des IMSF; Arbeitsgebiet: Staats- und Rechtsanalyse.

*Peter Sörgel*, Bremen, geb. 1942, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Klöckner-Werke AG, Spitzenkandidat der BAL, Mitglied des Bezirkssekretariats der DKP Bremen.

*Alma Steinberg*, Frankfurt/M., geb. 1950, Dipl.-Pädagogin; Arbeitsgebiet: Frauenbewegung und Frauenpolitik.

*Regina Stosch*, Marburg, geb. 1959, Studium der Soziologie.

*Alexander Tschepurenko*, Moskau, geb. 1954, Kandidat der ökon. Wissenschaften, wiss. Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus, Moskau.

*Prof. Dr. Heinz Wagner*, Berlin-West, geb. 1926, Hochschullehrer für Staats- und Verwaltungsrecht an der Freien Universität Berlin-West.

*Herbert Wiedermann*, Bremen, geb. 1954, Dipl.-Sozialarbeiter, Dipl.-Sozialwissenschaftler; Arbeitsgebiet: Sozialpolitik.

*Wolfgang Zellner*, Köln, geb. 1953, Dipl.-Soziologe; Arbeitsgebiet: Friedens- und Sicherheitspolitik.

## Zusammenfassungen

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 26 – 59

**Gert Hautsch/Klaus Pickshaus/Klaus Priester**

### **Der 35-Stunden-Kampf: Bedeutung und Bilanz**

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche im Frühsommer 1984 wird im Kontext der strategischen Zielsetzungen der Kapitalverbände (Flexibilisierung, Schwächung gewerkschaftlicher Gegenmacht) und des veränderten politischen Klimas analysiert. Themen sind u. a.: Die Initiativrolle der Gewerkschaften, neue Elemente der Streikqualität, die Entwicklung betrieblicher Kräfteverhältnisse im Vorfeld des Arbeitskampfes, unterschiedliche Handlungstypen am Beispiel mehrerer Großbetriebe, die Folgen der Tarifabschlüsse. Trotz negativer Aspekte der materiellen Ergebnisse werden durch den Arbeitskampf die Grenzen konservativer Hegemonie sichtbar.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 60 – 72

**Fritz Fiehler/Holger Geißelbrecht**

### **Werftbesetzung und Umbruchperiode der Arbeiterbewegung**

Nach einer Skizze der Entwicklung von HDW im Zusammenhang der Werftenkrise analysieren die Autoren die Überwindung von Spaltungen in der Belegschaft und die Formierung eines kämpferischen Kerns. Er konnte die Besetzung führen und auch die Niederlage im Kampf so verarbeiten helfen, daß Klasseneinsichten und einheitliche gewerkschaftliche Interessenvertretung gestärkt wurden. Analysiert werden die Positionen gewerkschaftlicher und politischer Kräfte zur HDW-Besetzung und ihre Bedeutung für eine Umorientierung gewerkschaftlicher Strategien.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 73 – 83

**Heike Leitschuh/Regina Stosch**

### **Neue Formen betrieblicher Bewegungen im HBV-Bereich in den achtziger Jahren**

Als Angestelltengewerkschaft mit relativ niedrigem Organisationsgrad steht die HBV vor der Arbeitsplatzsicherung als ihrer Hauptaufgabe. Kennzeichen der vergangenen Jahre sind zunehmendes Engagement von Frauen und stärkere betriebliche Verankerung vor allem im Einzelhandel. Mit der Bedrohung bisheriger Arbeitsbedingungen bildete sich ansatzweise ein neuer Gewerkschaftertyp heraus: konfliktoffene und aktionsorientierte Betriebsräte bzw. Vertrauensleute.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 84 – 94

**Peter Müller**

### **Betriebliche Friedensinitiativen in der Bundesrepublik**

Betriebliche Friedensinitiativen (BFI) entstanden zumeist auf Anstöße aus der außerbetrieblichen Friedensbewegung hin durch Aktivität linker Kerne in den Betrieben. Sie haben v. a. die betriebliche Mobilisierung für Großaktionen der Friedensbewegung zum Ziel und sind dabei auf gewerkschaftliche Verankerung und Unterstützung angewiesen. Dabei können sie zu auch innergewerkschaftlich wirksamen Zentren politisch entwickelter Kräfte im Betrieb werden. In diesem Zusam-

menhang untersucht der Autor die Verteilung der BFI auf Branchen und Gewerkschaftssektoren, ihre Träger und Bewußtseinswirkungen in die Belegschaften.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S.95 - 114

**Jürgen Burger/Michael Nacken/Peter Sörgel**

### **Das Betrieblich Alternative Bündnis in Bremen. Über den Formierungsprozeß linker betrieblicher Bündnisse**

Zu den Bremer Bürgerschaftswahlen vom September 1983 stellte sich mit der Betrieblich Alternativen Liste (BAL) erstmals ein beachtlicher Teil linker Betriebs- und Personalräte sowie Vertrauensleute zur Wahl. Eine wesentliche Voraussetzung für das Entstehen der BAL war die Arbeit des Betrieblich Alternativen Bündnisses (BAB). Die Verfasser geben eine Übersicht über die Formierung dieses Bündnisses, seine Verankerung in Bremer und Bremerhavener Großbetrieben und seine Programmatik.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 115 - 129

**Johannes Henrich von Heiseler**

### **Gibt es einen neuen Typ betrieblicher Kader?**

In Auseinandersetzung mit der „Instrumentalismus-These“ und der Gewerkschaftssoziologie wird der Frage nachgegangen, inwieweit die typischen Entwicklungswege betrieblicher Kader (Betriebsräte, Vertrauensleute) sich gegenüber den sechziger Jahren verändert haben. Auf der Grundlage qualitativer Interviews in zwei Großbetrieben werden diskutiert: die Hauptanstöße, die Form des Entwicklungsprozesses, die Wechselwirkung zwischen Hochschulen und Betrieben, die Emotionalität der Bindung an die Gewerkschaften, die Zukunftsentwürfe.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 130 - 153

**Lothar Peter**

### **Arbeit, Betrieb, Bewußtsein. Zur Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse in der neueren industriesoziologischen Diskussion**

Ausgehend von den marxistischen Bestimmungen der Arbeiterklasse und der politischen Notwendigkeit, die Interessen der verschiedenen sozialen Kategorien der Arbeiterklasse zu vereinheitlichen, liefert der Beitrag einen kritischen Literaturbericht über die neuere industriesoziologische Forschung zur Entwicklung von „Arbeiterbewußtsein“. Dabei geht es hauptsächlich um die Frage, wie die Zusammenhänge von Klassenlage, betrieblicher Arbeitserfahrung und kollektiver Interessenorientierung erfaßt und bewertet werden.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 154 - 174

**Bernd M. Semmler**

### **Die Großbetriebe und ihre Belegschaften. Angaben zum großbetrieblichen Sektor der BRD**

Rahmen- und Strukturdaten zum sozialökonomischen Kern, zum großbetrieblichen Sektor der Arbeiterklasse der BRD (Betriebe ab 500 Beschäftigte): leicht sinkende durchschnittliche Be-

triebsgrößen, schrumpfende Anteile des Produktionssektors zugunsten der Nichtproduktionsbereiche, Abbau von 730000 Arbeitsplätzen im großbetrieblichen Industriebereich in den 70er Jahren. Behandelt werden regionale Komponenten der Umschichtungsprozesse, Änderungen des Produktionskerns der großbetrieblichen Belegschaften, die Beschäftigtenstruktur von Konzernen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 175 – 193

**André Leisewitz**

### **Flexibilisierung und Kontrolle. Neue Technologien und Veränderungen der Betriebsstrukturen am Beispiel der Automobilindustrie**

Zwischen der Flexibilisierungsstrategie des Kapitals, wie sie 1984 im Kampf um die 35-Stunden-Woche deutlich wurde, und Prozessen der Produktionsintensivierung durch Anwendung flexibler, informationsverarbeitender Rationalisierungstechnologien besteht ein enger Zusammenhang. Ihre Einführung wird anhand der Entwicklung in der Automobilindustrie der BRD und der Zukunftsvorstellungen für die Umstrukturierung der Automobilfabriken (VW, Werk 2000) diskutiert. Anschließend behandelt der Verfasser Möglichkeiten und Grenzen betrieblicher Kontrolle durch neue Technologien (Betriebsdatenerfassungssysteme u. a.)

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 194 – 212

**Klaus Dörre**

### **Arbeiterjugendliche und Klassenformierung. Zum Wandel außerbetrieblicher Entwicklungsbedingungen und seinen Auswirkungen auf den Formierungsprozeß**

Die proletarische Jugendphase ist heute durch ein Hinausschieben der betrieblichen Erwerbstätigkeit gekennzeichnet. Die politische Sozialisation des Nachwuchses der Arbeiterklasse wird daher abnehmend durch betriebliche Erfahrungen und zunehmend durch außerbetriebliche Lebenszusammenhänge geprägt. Gewerkschaftsmitgliedschaft ist daher genauso wenig selbstverständlich wie die Beschränkung politischer Interessen auf den Betriebsbereich. Kann die gegenwärtige gewerkschaftliche und politische Jugendarbeit unter diesen Bedingungen sämtliche vorhandenen Handlungspotentiale der Jugendlichen aktivieren?

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 213 – 232

**Alma Steinberg**

### **Strukturwandel der Frauenarbeit und betrieblich-gewerkschaftliches Engagement**

In den neuen Abteilungen der Arbeiterklasse, in den Großbetrieben des Handels- und Dienstleistungssektors stellen Frauen einen bedeutenden Teil der Arbeitskräfte. Neue Momente lassen sich im Bewußtsein erwerbstätiger Frauen aufzeigen. Kennzeichnend ist eine von Ambivalenzen durchzogene Doppelorientierung auf Familie und Beruf. Gewachsen ist das Engagement der Frauen in den sozialen Auseinandersetzungen im Betrieb, in der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung. In diesem Aktivierungsprozeß haben sich neue Wertorientierungen herausgebildet.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 233 – 255

**Hellmuth Lange**

**Die lohnabhängigen Naturwissenschaftler und Ingenieure: „Die Arbeiten werden aufgeteilt, und es wird immer mehr“**

Der starke Zuwachs der erwerbstätigen naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz (1982: 1,7 Millionen Erwerbstätige) macht eine erneute theoretische und empirische Erforschung dieser sozialen Gruppe notwendig. Der Verfasser untersucht Veränderungen im sozialen Status, der Stellung im Betrieb, der Arbeitslosigkeit und beim Berufszugang der Gruppe. Mit dem Massencharakter der nTI verändern sich der Charakter ihrer Arbeit und ihre betrieblich-soziale Stellung. Angleichungsprozesse an die Arbeiterklasse finden ihre Schranke in den Besonderheiten der qualifizierten Arbeitskraft der nTI als lohnabhängiger Mittelschicht.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 256 – 281

**Kaspar Maase**

**Betriebe ohne Hinterland? Zu einigen Bedingungen der Klassenbildung im Reproduktionsbereich**

Der Beitrag fragt nach Veränderungen des sozialen Klassenzusammenhangs im Reproduktionsbereich, die seine Rolle als Hinterland der sich betrieblich formierenden Arbeiterbewegung verändern. Herausgearbeitet wird die historische Tendenz zur Individualisierung der Lebensweise der Lohnarbeiter, die neue Voraussetzungen der Klassenbildung schafft. Aktuell wird nach Bedeutung und Verhältnis zweier Linien der Klassenbildung gefragt: einer in der Spange – Wohngebiet – Verein – Arbeiterpartei und einer anderen in bezug auf Kristallisationskerne eines oppositionellen Milieus.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 319 – 331

**Christoph Butterwegge / Wolfgang Zellner**

**Alternativen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik. Zur Diskussion über eine neue NATO-Strategie in der SPD**

Die Autoren untersuchen Positionen zur Sicherheitspolitik, die im Zusammenhang mit den SPD-Parteitag von Köln und Essen 1983/84 vorgebracht wurden. Im Kern geht es den dominierenden Kräften um eine Reform der NATO-Strategie im Bereich der atomaren „Abschreckung“, in der alle Optionen „konventioneller“ Aufrüstung bisher offenbleiben. Der Gedanke der „Sicherheitspartnerschaft“ geht in solche Konzepte bisher nur höchst inkonsequent und widersprüchlich ein. Klassenpositionen wurden von der Parteilinken nur punktuell artikuliert.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 347 – 356

**Heinz Wagner**

**Marxistische Rechtstheorie in ihrer aktuellen Bedeutung**

Welche Veränderungen der Rechtsverhältnisse haben sich mit der Entwicklung des SMK vollzogen und welche Anforderungen an die marxistische Rechtstheorie erwachsen hieraus? Der Verfasser geht auf die Schaffung allumfassender Zugriffs-„Tatbestände“ und die Tendenz zur juristischen Normierung der Einzelfallrichtigkeit ein. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Erörterung der

Probleme der Praxis marxistischer Juristen und ihrer Aktivität als Beitrag im Kampf gegen die ideologische Hegemonie der Bourgeoisie.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 357 – 368

**Martin Kutscha**

### **Sozialstaatsverheißung und innerstaatliche Feinderklärung**

Im Mittelpunkt steht die Entwicklung der herrschenden Verfassungsinterpretation unter dem Gesichtspunkt von Repression und Integration: Dies betrifft die Fixierung der Verfassungsfeinde und -feindschaft sowie die Interpretation der Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes. Der Verfasser zeigt, daß und wie sich in der jeweiligen Bestimmung die Herrschaftsinteressen und die Kräfteverhältnisse unter sich wandelnden Bedingungen niederschlagen. Ein Abschnitt ist der Erörterung von Gegenstrategien im Interesse der Arbeiterklasse gewidmet.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S. 376 – 393

**Margit Scherb**

### **Die verstaatlichte Industrie in Österreich**

Im Vergleich entwickelter kapitalistischer Länder weist Österreich einen hohen Anteil verstaatlichter Industrie auf. Sie entstand nach dem zweiten Weltkrieg. Der Beitrag zeichnet die damalige Interessenkonstellation nach und ihr Fortwirken in den Nachkriegsjahrzehnten. Die Verfasserin legt die für die österreichische Wirtschaft positive Rolle der „Verstaatlichten“ für die Dämpfung der Krisenauswirkungen, die positiven Momente für die Arbeiter und Angestellten sowie die Möglichkeiten im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik dar.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, 1984, S.394 – 409

**Irina Antonowa/Winfried Schwarz/Alexander Tschepurenko**

### **Der dritte „Kapital“-Entwurf von 1863 bis 1865. Ein Überblick vor der Veröffentlichung**

Der einzige von Marx zusammenhängend verfaßte Entwurf aller drei theoretischen Bücher des „Kapital“ wird bei seiner Publikation Forschungslücken schließen. Dargestellt werden die neu erforschte Entstehungsgeschichte des Textes, die Frage der verschwundenen ersten fünf Kapitel von Buch I und die unterschiedliche wissenschaftliche Reife der einzelnen Bücher, gemessen an vorausgehenden Manuskripten und den endgültigen Fassungen: Buch I wurde von Marx und Buch III von Engels auf der gegebenen Textgrundlage fertiggestellt; Buch II erfuhr noch mehrere Überarbeitungen durch Marx.



# Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

## **MARXISTISCHE STUDIEN 1, 1978**

Politische Ökonomie der BRD – Profitrenddiskussion – Soziale Lage der Arbeiterklasse –  
Krise / Klassenkämpfe / Klassenbewußtsein

374 Seiten, DM 24,--

## **MARXISTISCHE STUDIEN 2, 1979**

Ökonomische Stagnationstendenzen – Raumökonomie – Individuelle Konsumtion –  
Gewerkschaftstheorie – Neue Technik – Widersprüche im Arbeiterbewußtsein

437 Seiten, DM 24,-- (2. Auflage 1984)

## **MARXISTISCHE STUDIEN 3, 1980**

Neue Technik und soziale Alternativen – Umweltpolitik – Einheitsgewerkschaft – Vereine –  
Lebensweise – Internationale ökonomische Arbeitsteilung – Krisenendebatte

396 Seiten, DM 24,-- (2. Auflage 1984)

## **MARXISTISCHE STUDIEN 4, 1981**

Staat / politisches System / Überbau – Korporatismus – Staatsverschuldung – Außenpoli-  
tische Krisenstrategien – Staatsbewußtsein / Wahlverhalten – Streiks und Gegenmacht –  
Wohnungswirtschaft – Technik-Diskussion

433 Seiten, DM 30,--

## **MARXISTISCHE STUDIEN 5, 1982**

Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung – Frauenbewegung – Friedensbewegung/  
Friedensforschung / Rüstungsökonomie – Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Krise

461 Seiten, DM 30,--

## **MARXISTISCHE STUDIEN 6, 1983**

Arbeiterklasse in den 80er Jahren: Historisches Subjekt / Betriebliche Basis / Kämpfe /  
Bewußtsein – Politische Ökonomie / SMK-Theorie – Friedensbewegung – Soziologie-  
entwicklung und Marxismus-Debatte – Marx-Engels-Forschung.

470 Seiten, DM 32,--

Ab 1985 erscheinen die „Marxistischen Studien“ in zwei Lieferungen pro Jahr, mit erweiter-  
tem Spektrum von Themen und Autoren.

Band 8 (März 1985) hat die Schwerpunkte: 1945/1985: Welthistorische Veränderungen –  
Geschichte der Arbeiterbewegung – Politische Ökonomie und Krisentheorie.

Umfang: 350 – 400 Seiten, Preis des Einzelbandes DM 32,--

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)**  
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1

# **Neuerscheinungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main**

**Informationsbericht Nr. 37**

## **Grün-alternative Wirtschaftskonzeptionen**

**Analyse und Kritik** · Verfasser: Jörg Goldberg, Angelina Sörgel

Hauptthemen: Was bedeutet das Konzept der Dualwirtschaft? · Welche sozialen Kräfte sollen Veränderungen verwirklichen? · Was ist dran an der „Kritik des Industriesystems“? · Welche Technik brauchen wir? · Wo liegt der Schlüssel zu einer besseren Gesellschaft: bei den Arbeits- oder bei den Eigentumsverhältnissen?

87 Seiten, DM 9,80

**Informationsbericht Nr. 38**

## **Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit**

**Empirische Materialien und theoretische Analyse** · Verfasser: Kaspar Maase

Die Studie erörtert umfangreiches Datenmaterial zu wesentlichen Tätigkeitsfeldern; passive Erholung, Hausarbeiten, Kommunikation, Nachbarschaft, Vereine, Interessenvertretung, Häuslichkeit, Sport, Urlaub, Kunst und Medien, Weiterbildung, Hobbys.

300 Seiten mit 151 Tabellen und Schaubildern, umfangreiches Literaturverzeichnis, DM 24,—

**Informationsbericht Nr. 39**

## **Waldsterben und Umweltpolitik in der Bundesrepublik**

Verfasser: Edgar Gärtner

Hauptthemen: Ökologie und Ökonomie des Waldes · Waldwirtschaft, Großindustrie und Umweltpolitik in der BRD · Das Waldsterben · Waldsterben und Umweltpolitik – Politische Reaktionen und Konsequenzen · Eine Wende in der Umweltpolitik?

175 Seiten, DM 12,80

**Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF 16**

## **Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche**

**„Flexi-Konzept“ des Kapitals und die Zukunft der Gewerkschaften**

Verfasser: Gert Hautsch, Klaus Pickshaus, Klaus Priester

Hauptthemen: Welche Folgen hat das „Flexi-Konzept“, das sich als Kern der Kapitalstrategie erweist? · Wie kann der Entsolidarisierung und der Aushöhlung kollektivvertraglicher Schutzkraft begegnet werden? · Welche Zukunft haben die Gewerkschaften? · Kann in der Verarbeitung des Kampfes die klassenorientierte Strömung in der Arbeiterbewegung gestärkt werden? Ist ein Zusammengehen aller fortschrittlichen Bewegungen gegen die „Wendepolitik“ möglich?

Ca. 124 Seiten, DM 8,—

**Theorie und Methode VII**

## **Proletarische Psyche**

**Zum sozialökonomischen und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse in der BRD**

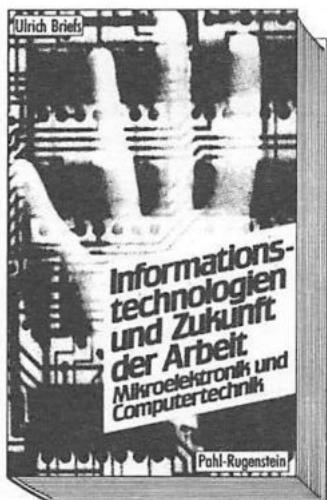
Verfasser: Wadim P. Jerusalemkij

Die sowjetische Studie verbindet historische und sozialpsychologische Gesichtspunkte mit der Interpretation aktueller empirischer Befunde. Eine Leitfrage ist die nach Voraussetzungen und Anknüpfungspunkten für die Bildung sozialistischen Bewußtseins.

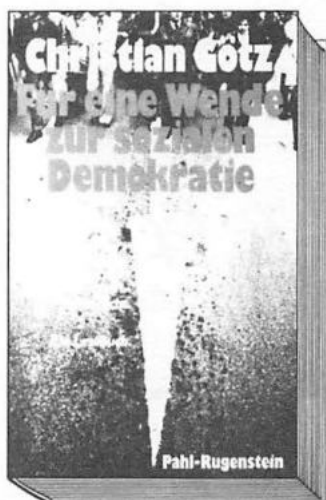
253 Seiten, 63 Tabellen und Schaubilder, DM 15,—

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)**  
**Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1**

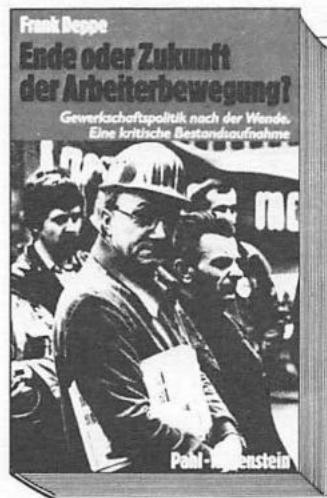
# Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung?



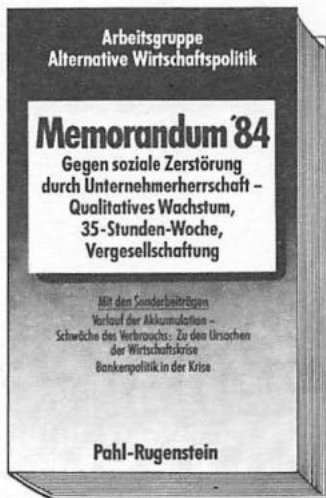
KB 267. 211 S., DM 14,80  
Ein politisches Handbuch zu Mikroelektronik und Computertechnik.



KB 329. 180 S., DM 10,-  
Einschätzungen und Materialien aus gewerkschaftlicher Sicht.



KB 337. 314 S., DM 14,80  
Gewerkschaftspolitik nach der Wende.  
Eine kritische Bestandsaufnahme.



KB 330. 480 S., DM 19,80

**Pahl-Rugenstein**

Gert Hautsch

## **Kampf und Streit um Arbeitszeit**

*Dokumente und Materialien  
zur Geschichte  
des Kampfes um  
Arbeitszeitverkürzung  
Erfahrungen - Argumente -  
Kontroversen*



VMB

216 Seiten, Paperback, DM 10,80

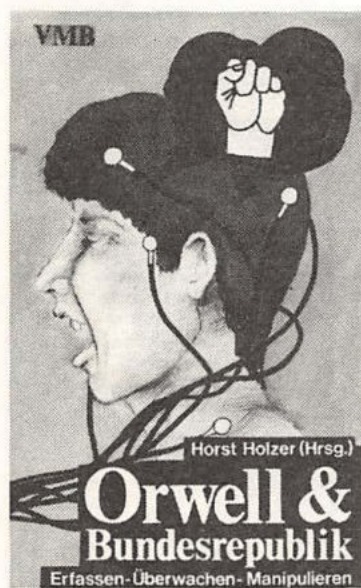
IMSF (Hrsg.)

## **Die Alternativen der Alternativbewegung**

Diskussion und Kritik ihrer wirt-  
schafts- und gesellschaftlichen  
Konzeptionen

VMB

203 Seiten, Taschenbuch, DM 10,80



VMB

Horst Holzer (Hrsg.)

## **Orwell & Bundesrepublik**

Erfassen - Überwachen - Manipulieren

544 Seiten, Taschenbuch, DM 16,80

## **FASCHISMUS**

Zur Entstehung der „völkischen“ Richtung  
im politischen Kraftespektrum der  
bürgerlichen Gesellschaft.

Entstand die NSDAP „autonom“?

Gab es in der NSDAP einen „sozialisti-  
schen“ oder „linken“ Flügel?

## **UND**

Wie hingen im deutschen Faschismus der  
Antisemitismus, die Politik der Juden-  
verfolgung und die Judenvernichtung mit  
den Interessen des Monopolkapitals  
zusammen?

Zu Begriff und Entwicklungstendenzen des  
Neofaschismus in der Bundesrepublik.

Zur Rekonstitution des „Völkischen“ in der  
neuen „nationalen“ Literatur.

## **NEO- FASCHISMUS**

Reinhard Opitz

VMB

272 Seiten, Taschenbuch, DM 12,80

**VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH**  
Hedderner Landstraße 78a - 6000 Frankfurt/Main 50

# Karl Marx/Friedrich Engels · Gesamtausgabe

**MEGA**

Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus  
beim Zentralkomitee der KPdSU  
und Institut für Marxismus-Leninismus  
beim Zentralkomitee der SED



## Neuerscheinung

### Vierte Abteilung: Exzerpte · Notizen · Marginalien

**Band 7: Karl Marx/Friedrich Engels:  
Exzerpte und Notizen  
September 1849 bis Februar 1851**

Text und Apparat  
46, 916 Seiten · Mit 29 Abbildungen  
Kunstleder im Schuber · DM 144,50  
Bestellangaben: 744 952 6/MEGA,4.Abt.Bd.7

Der Band wird mit den Notizen aus dem „Economist“ eröffnet, die Marx in einem selbständigen Heft zusammenfaßte. Den Hauptinhalt bilden die ersten seiner insgesamt 24 „Londoner Hefte 1850–1853“, in denen Exzerpte zur Theorie, Geschichte und Praxis von Krisen, Geld- und Kreditwesen sowie die Sammlung entsprechender empirischer Fakten enthalten sind. Die Hefte 1–6 werden überwiegend zum erstenmal publiziert. Sie enthalten Auszüge aus Schriften von Thomas Tooke, John Stuart Mill, Robert Torrens, William Blake, James Taylor, Germain Garnier, David Ricardo, Samuel Jones Loyd, Henry Charles Carey u. a.

### Zweite Abteilung: „Das Kapital“ und Vorarbeiten

**Band 5: Karl Marx: Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie  
Erster Band, Hamburg 1867**

Text und Apparat  
Etwa 1000 Seiten · Mit 27 Abbildungen · Kunstleder im Schuber · DM 144,50  
Bestellangaben: 744 861 1/MEGA,2.Abt.Bd.5

### Vierte Abteilung: Exzerpte · Notizen · Marginalien

**Band 6: Karl Marx: Exzerpte und Notizen September 1846 bis Dezember 1847**

Text und Apparat  
54, 977 Seiten · Mit 20 Abbildungen · Kunstleder im Schuber · DM 144,50  
Bestellangaben: 744 951 8/MEGA,4.Abt.Bd.6



**DIETZ VERLAG BERLIN**  
DDR-1020 Berlin, Wallstraße 76–79

# Das geschichtswissenschaftliche Erbe von **KARL MARX** Sammelband

Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Küttler

1983 · Etwa 360 Seiten · gr. 8<sup>o</sup> · Leinen 38,- DM  
Bestellangaben: 754 183 2 (6723)

Dieser Band stellt eine thematisch abgestimmte Sammlung von Aufsätzen dar, die sich einerseits mit der Entwicklung von Theorie und Methodologie der materialistischen Geschichtswissenschaft im Werk von Karl Marx und andererseits mit aktuellen Problemen der Anwendung des Marxschen geschichtstheoretischen Erbes auf konkrete Probleme und Zweige der historischen Forschung befassen.

Vorrangiges Anliegen des Werkes ist es, neue Erkenntnisse über die Theorie- und Methodengeschichte der historischen Forschung auf der Grundlage des Marxismus zu vermitteln und an ausgewählten Problemen einen Einblick in die methodische Werkstatt von Marx zu geben. Gleichzeitig wird die Verbindung von Theoriegeschichte und aktuellen Forschungsproblemen bei wichtigen Themen unserer Geschichtswissenschaft hergestellt. Das Werk von Engels findet insoweit Berücksichtigung, wie es die direkte Zusammenarbeit mit Marx unmittelbar widerspiegelt. Zugleich werden auch Probleme der Rezeption der Marxschen Geschichtstheorie in der deutschen Arbeiterbewegung behandelt. Auf der Grundlage einer einheitlichen Konzeption strebt der Band aber nicht thematische Geschlossenheit oder Vollständigkeit an. Er soll der Auseinandersetzung mit Entstellungen der bürgerlichen Marxologie dienen.



DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4



